Fürst Bismarck und die Parlamentarier: Bd. 1847-1879

Heinrich Poschinger (Ritter von)

INDIANA
UNIVERSITY
LIBRARY

Digitized by Google

Digitized by Google

Fürst Bismarck

und die Parlamentarier

von

Dr. H. Ritter von Poschinger

Zweiter Band

1847—1879

Breslau
Verlag von Eduard Trewendt
1895.

Digitized by Google

585607

IID2.18.3
.P8
v.2

Das Recht der Übersetzung bleibt vorbehalten.

Digitized by Google

I-II-52

Inhalt.

	Seite
1. Vor dem Eintritt in das Ministerium (1847—1862)	1
2. Vom Eintritt in das Ministerium, 23. September 1862—1866 (Konfliktszeit)	16
3. Die Indemnität und die Entwickelung in Preußen während der IX. und X. Legislatur-Periode (1866—1870)	47
4. Der konstituierende Reichstag. 24. Febr.—17. April 1867	82
5. Der norddeutsche Reichstag. 1868 — 1870	101
6. Das deutsche Zollparlament. 1868 — 1870	114
7. Berührung mit den Parlamentariern während des deutsch-französischen Krieges	128
8. Die I. Legislatur-Periode des deutschen Reichstags (21. März 1871—25. Juni 1873)	152
9. Die XI. preußische Legislatur-Periode (14. Dez. 1870—5. Okt. 1873)	178
10. Die II. Legislatur-Periode des deutschen Reichstags (5. Febr. 1874—21. Dez. 1876)	189
11. Die XII. preußische Legislatur-Periode (12. Nov. 1873—30. Juni 1876)	229
12. Die erste Session der III. Legislatur-Periode des Reichstags (22. Febr.—3. Mai 1877)	236
13. Die zweite Session der III. Legislatur-Periode des Reichstags (6. Febr.—24. Mai 1878)	259
14. Die erste Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags (9. Septbr.—19. Okt. 1878)	281
15. Die zweite Session der VI. Legislatur-Periode des Reichstags (11. Febr. — 12. Juli 1879)	314

Digitized by Google

Vorrede.

Im vergangenen Jahre veröffentlichte ich unter dem Titel „Die Tischgespräche des Reichskanzlers“ die Einleitung zu einer größeren Arbeit, welche es sich zur Aufgabe stellt, den Verkehr des Fürsten Bismarck mit den Parlamentariern etwas näher ins Auge zu fassen. Soweit derselbe sich in den einzelnen parlamentarischen Körperschaften (Abgeordnetenhaus, Herrenhaus, Zollparlament, Reichstag) abgespielt hat, liegt das Material in den gedruckten Parlamentsverhandlungen vollständig ausgebreitet vor uns da. Mein Augenmerk war aber nicht hierauf, sondern auf denjenigen Verkehr gerichtet, der sich hinter den Kulissen des Parlaments abgespielt hat, im Hause Bismarck's unter vier Augen, bei oder nach Tische, oder im Konferenzzimmer des Reichstags, und der zum Zwecke hatte, die Abgeordneten in die Ziele der Regierungspolitik einzuweihen und ihren Einfluß bei den Parteien dafür zu gewinnen. Es ist erklärlich, daß über diesen intimeren Verkehr wenig in die Öffentlichkeit gedrungen ist, denn nur in wenigen Fällen waren die Eröffnungen Bismarck's der Art, daß sie sogleich für die große Öffentlichkeit bestimmt waren. Ein Fall dieser letzten Art lag zum Beispiel vor bei dem Kompromiß über das Septennat im Jahre 1874, da Bismarck die Abgeordneten Dietze-Barby und Dr. Lucius an sein Krankenbett in der Absicht kommen ließ, ihnen, und durch sie dem Reichstag, seinen Vorschlag zur Beseitigung des drohenden Konflikts in betreff des Reichsmilitärgesetzes zu unterbreiten. In den meisten Fällen erfuhr aber das Gros der Abgeordneten gar nichts davon, daß eine wichtige Frage bereits vor der Plenarberatung durch ein Abkommen Bismarck's mit den Führern der leitenden Parteien erledigt worden war.

Die Sprache, die Bismarck den Abgeordneten gegenüber führte, hat sich von jeher durch eine besondere Offenheit ausgezeichnet; aber er sagte ihnen nichts ohne Absicht, nichts ohne Vorbedacht. Er sah voraus, daß von seinen Mit-

Digitized by Google

teilungen in zehn Fällen neunmal Gebrauch gemacht würde, daß der eine sie ins Gedächtnis eingrub, der andre zu Hause sorgfältig zu Papier brachte, daß ein dritter sie seinen politischen Freunden erzählte, von denen es bald in die Couloirs des Parlaments durchsickerte. Eben deshalb erschien es unbedenklich, die Schatzkammer dieser historischen Erinnerungen etwas früher zu öffnen. Sie verträgt bereits jetzt mehr Licht, während noch Jahrzehnte hinweggehen werden, bis die mit Bismarck in Verkehr getretenen Diplomaten und Beamten daran gehen werden, ihre Erinnerungen einem weiteren Kreise zugänglich zu machen.

Die Zahl der Abgeordneten, über deren Verhältnis zum ersten Reichskanzler bereits etwas publiziert wurde, ist nicht groß. Nur wenige derselben haben sich entschlossen, in Selbstbiographien etwas hiervon zu verraten, so zum Beispiel Bluntschli, Temme, Friedrich Oetker, Geheimer Rat Hermann Wagener, von Unruh. Einige andre einschlägige Notizen findet man in Monographien, Aufsätzen und größeren Geschichtswerken, so zum Beispiel von Max Duncker, Twesten, Lasker, Bamberger, von Blanckenburg, Gerlach. Beachtenswertes Material liegt in den Zeitungen begraben; einiges wenige in Korrespondenzen, welche zwischen Bismarck und einzelnen Abgeordneten geführt worden sind. Weitaus das meiste beruht aber bis jetzt auf dem Gedächtnis, worauf sich die Beteiligten bekanntlich so lange verlassen, bis dasselbe nachgelassen oder mit seinem Träger den Weg alles Irdischen gegangen ist.

Von dem Fürsten Bismarck ist nicht zu erwarten, daß er sich über seinen Verkehr mit den Parlamentariern Aufzeichnungen gemacht hat. Es bleiben also für unsern Zweck nur die persönlichen Mitteilungen der Abgeordneten selbst übrig oder von denselben nach ihrem Tode hinterlassene schriftliche Aufzeichnungen. Diese Quellen so vollständig als möglich zu sammeln und in systematischer Darstellung einem größeren Kreise zu erschließen, ist die Aufgabe dieses Werkes. Dieser Band führt bis zum Jahre 1879, dem Wendepunkt in unsrer innern und äußern Politik. Der Schlußband mit einem alle drei Bände umfassenden Personen- und Sachregister wird spätestens bis zum nächsten Herbste nachfolgen.

Digitized by Google

I. Abschnitt.

Vor dem Eintritt in das Ministerium.

(1847—1862.)

Wenn man von dem Verhältnis Bismarck's zu den Parlamentariern spricht, so ist man geneigt, nur an seine Verhandlungen mit den Abgeordneten in seiner Eigenschaft als leitender Staatsmann zu denken, und man vergißt, daß dem ein Zeitraum von 15 Jahren vorausgeht, da er selbst Abgeordneter war und mit diesen also auf dem Fuße der Gleichberechtigung zu verkehren hatte. Bismarck war Mitglied des ersten (11. April bis 26. Juni 1847) und des zweiten vereinigten Landtags (2. bis 10. April 1848), der zweiten Kammer des preußischen Landtags während vier Sessionen (26. Februar bis 27. April 1849, 7. August 1849 bis 26. Februar 1850, 21. November 1850 bis 9. Mai 1851 und 27. November 1851 bis 19. Mai 1852), des deutschen Parlaments in Erfurt (20. März bis 29. April 1850), endlich des Herrenhauses seit dem 21. November 1854.[1]

Über den Verkehr Bismarck's mit den Parlamentariern in dieser ersten Zeit ist nicht viel zu berichten. Derselbe war damals noch nicht die Persönlichkeit, welche es den Kollegen nahe gelegt hätte, sich seine privaten Äußerungen einzuprägen, oder gar darüber sich Aufzeichnungen zu machen. Auch war damals die Gewohnheit der Politiker, ein Tagebuch zu führen, noch wenig verbreitet.

Von Unruh schreibt in seinen „Erinnerungen" über Bismarck's Auftreten auf dem vereinigten Landtag 1847[1]): „Bismarck, damals noch sehr jung, und auf der äußersten Rechten, wurde wenig beachtet, obgleich schärfer Sehende seine Bedeutung schon damals erkannten, wie ich aus dem Munde eines liberalen Mitglieds des Landtags, Gustav Coqui aus Magdeburg weiß."

Wie ein Zeitgenosse berichtet, datiert sich der Haß der liberalen Presse gegen Bismarck eigentlich von seinem Auftreten in der Kurie der drei Stände vom 17. Mai 1847 her. Die Presse war damals überwiegend in den Händen der Liberalen, sie beherrschte die öffentliche Meinung unumschränkt, und sie ging

[1]) In das Album desselben trug Bismarck folgenden Ausspruch ein: „Das löbliche Streben wird zur Thorheit, wenn dabei das vorhandene Gute übersehen wird."

Digitized by Google

mit Bismarck noch feindseliger und gewissenloser um, wie mit von Thadden und von Manteuffel. Infolgedessen mußte die Welt glauben, Bismarck sei in der That noch einer der wilden Junker, der bis an die Zähne in Stahl gehüllt, Dorftyrannei und Wegelagerei für die beste Staatsverfassung halte und in tiefer politischer Unwissenheit etwa auf dem Standpunkte Dietrichs von Quitzow oder höchstens eines Junkers aus der Zeit Friedrichs I. stehe. Es gelang der liberalen Presse wirklich, aus Bismarck eine Figur zu machen, die halb Schreckgespenst, halb lächerlicher Popanz war; den lächerlichen Popanz mußte sie denn freilich bald genug fallen lassen, um so fester hat sie an dem Schreckgespenst gehalten und damit bis in eine späte Zeit hinein die alten politischen Kinder zu fürchten gemacht[1]).

Dabei war Bismarck in jener ersten Zeit seines parlamentarischen Auftretens von dem, was man unter einem „Stockjunker" versteht, weit entfernt. „Wir finden bei einer Rückschau wenig, was ganz zur Anschauungsweise der „Kreuzzeitung" paßt, und selbst darin ist meist ein gut Teil Wahrheit. Dagegen begegnen wir bereits in dieser seiner Entwicklungsepoche bei ihm neben großer Schlagfertigkeit und neben einer ungewöhnlichen Gabe, alles auf seine natürlichen Ursachen zurückzuführen, der Erfahrung zu ihrem Rechte zu verhelfen und dem aus dem Auslande bezogenen Doktrinarismus der Liberalen eine auf deutschem Boden gewachsene Realpolitik gegenüber zu stellen, jenem strammen Festhalten an der altpreußischen Treue, an der vollen Souveränetät des Königs, an dem Christentum und seinen Konsequenzen für den Staat und jenem stolzen Gefühl der Nationalehre, jenem echten Patriotismus, mit dem er später der Regenerator unsres Vaterlandes wurde[2]).

Wie aufmerksam Bismarck die Verhandlungen der preußischen Nationalversammlung, welcher er persönlich nicht angehörte, verfolgte, das mag der nachstehende auszugsweise mitgeteilte Artikel, datiert Schönhausen, den 21. August 1848, beweisen. Der Aufsatz richtet sich gegen den Abgeordneten des Belgarder Kreises, Jänsch, welcher in der Kammersitzung vom 18. desselben Monats erklärt hatte, daß die pommerschen Tagelöhner nur $2\frac{1}{2}$ bis 4 Sgr. Tagelohn erhielten und dabei noch 190 Tage arbeiten müßten, und besagt u. a.: „Daß davon ein Mann nicht leben kann, sieht jeder ein, auch Herr Jänsch, wenn er näher darüber nachdenkt. Ich würde daher die Äußerung dieses Herrn für eine absichtliche, in der offiziellen Eigenschaft als Volksvertreter ausgesprochene Lüge halten, wenn nicht das nachfolgende Verlangen eines festen Satzes von 6 Sgr. Tagelohn bewiese, daß Herr Jänsch die Verhältnisse der zahlreichsten Klasse der von ihm vertretenen Urwähler kennen zu lernen, entweder nicht die Fähigkeit oder nicht die Muße gehabt hat, denn mit 6 Sgr. Tagelohn ständen die pommerschen Arbeiter auf dem Lande

[1]) Hesekiel, „Das Buch vom Grafen Bismarck."

[2]) M. Busch, „Unser Reichskanzler" Bd. I, S. 174. Ganz zu derselben Auffassung gelangt Dr. Hans Blum in seinem Werke: „Fürst Bismarck und seine Zeit." München 1894. I. Buch, S. 110: „Bismarck war damals wirklich sehr liberal." Vergl. auch S. 113.

Digitized by Google

schlechter als jetzt . . . Ich will nicht rühmen, sondern nur historisch bemerken, daß die große Mehrzahl der Gutsbesitzer sich bisher bereitwillig der herrschenden Sitte fügten, indem sie bei Unglücksfällen, Viehsterben, Notjahren die Eingesessenen ihrer Güter ausreichend unterstützten, viele in einem Maße, von welchem unsre weltverbessernden Schwätzer in ihren Deklamationen gegen das Junkertum gar keine Ahnung haben; auch in dem vergangenen Notjahre, zu der Zeit, wo der Abgeordnete Fleischermeister Jänsch in Belgard Kartoffel-Krawall machte, und sich, wenn ich nicht irre, eine Verurteilung deshalb zuzog, hat die von ihm jetzt durch irrtümliche oder erdichtete Nachrichten angegriffene Klasse von Gutsbesitzern mit großen Opfern dafür gesorgt, daß die Einsassen ihrer Güter keine Veranlassung hatten, die Unzufriedenen zu vermehren, an deren Spitze der jetzige Stadtverordneten-Vorsteher Herr Jänsch tumultuarische Lorbeeren zu erkämpfen bemüht war. Ich füge diese Persönlichkeit bei, um die Aufmerksamkeit des Herrn Jänsch auf den übrigen Teil des Artikels zu lenken und ihm so die Gelegenheit zur Belehrung über die Verhältnisse der Leute zu verschaffen, die er zu vertreten angiebt, Verhältnisse, welche er billig hätte kennen müssen, ehe er sie in der Nationalversammlung zur Sprache brachte."

Die erste Wahlrede zur Erlangung eines Mandats für die zweite Kammer hielt Bismarck in Friesack[1]), er stellte merkwürdigerweise schon damals den Satz auf, daß mit der deutschen Einheit in Schleswig-Holstein der Anfang gemacht und daß dann allmählich vom Norden zum Süden das Einheitswerk fortgesetzt werden müsse[2]).

Am 26. Februar 1849 wurde der Landtag eröffnet. Unter den ersten Mitgliedern, welche sich zu der Feierlichkeit im Weißen Saale einfanden, war auch Bismarck. Wahrscheinlich ganz ohne Absicht stellte er sich ungefähr an derselben Stelle auf, wo er einst als Vertreter der Ritterschaft von Jerichow im vereinigten Landtage Platz genommen hatte, und hier nahm er, als Vertreter der alten Kur- und Hauptstadt Brandenburg, zahlreiche Begrüßungen entgegen; es hatte etwas von einer Cour, denn nicht nur seine früheren Gesinnungsgenossen, wie Graf Arnim-Boitzenburg, Minister von Manteuffel und viele andre stellten sich hier ein, sondern auch die Gegner, die, welche es gewesen waren und die, welche es wieder

[1]) Die Wahlrede, welche Bismarck in Rathenow am 2. Februar 1849 hielt, findet sich abgedruckt in Dr. Hans Blum, „Fürst Bismarck und seine Zeit." Bd. I. S. 164.

[2]) Als ein einfacher, alter Bürger von Friesack im Juni 1892 nach Friedrichsruh gewandert war, um Bismarck zu sehen, und sich als Friesacker vorstellte, wurde der Fürst gesprächig und sagte: „Ah, Sie sind aus Friesack? In Friesack habe ich meine erste politische Rede gehalten, und Ihr Wahlkreis hat mich zum erstenmal ins Parlament gewählt." Unser Mitbürger bemerkte darauf, daß er selbst jener Wahlversammlung beigewohnt, und daß er auch bei Gelegenheit der Feier des 70sten Geburtstages des Fürsten die Ehre gehabt, Mitglied einer Glückwunsch-Deputation gewesen zu sein. Der Fürst erinnerte sich im langsamen Weiterschreiten auch noch der übrigen Orte im Kreise, wo er damals als Redner aufgetreten, erkundigte sich des weiteren nach dem Befinden des Grafen von Bredow-Burg-Friesack und trug zuletzt unsern Mitbürger herzliche Grüße an alle Friesacker auf.

Digitized by Google

werden sollten, wie Auerswald, Vincke, Grabow. An jenem Tage blieb sein Antlitz ernst, mochte auch der Freiherr von Vincke noch so humoristisch erzählen, wie er beim Aussteigen aus dem Wagen unten an dem Schloßportal von dem Berliner Janhagel ausgezischt worden sei, während den Temmes und d'Esters Lebehochs gebracht wurden. Bismarck machte sich keine Illusionen über die Schwierigkeiten der Lage, wenn auch die Royalisten laut triumphierten über den Ausfall der Wahlen. Die Parteien standen sich nämlich numerisch ungefähr gleich, wenn man zu den Royalisten alle rechnete, die nicht ausgesprochene Demokraten waren. Es war das eine sehr mangelhafte Rechnung und dennoch war nach den Ereignissen des Vorjahres dieses Resultat schon als ein großer Erfolg zu betrachten, ein Erfolg, welcher zu einem guten Teil den Bemühungen Bismarck's und seiner näheren Freunde zugeschrieben werden mußte. Bei der Begrüßung der Abgeordneten sagte ein aus Pommern Gewählter zum Abgeordneten für Westhavelland: „Wir haben gesiegt!"

„Nein, wir haben nicht gesiegt," entgegnete Bismarck ruhig, „aber wir haben angegriffen, und das ist die Hauptsache; der Sieg soll erst noch kommen, aber er wird kommen![1])"

Im Laufe der ersten Session (26. Februar bis 27. April 1849) nahm Bismarck unter den Konservativen mehr und mehr eine führende Rolle ein. Um so mehr rief er durch seine freie, unerschrockene Kampfweise[2]) oft den Zorn seiner Gegner hervor.

J. D. H. Temme, welcher Mitglied derselben Kammer war, schreibt über Bismarck in seinen „Erinnerungen": „Ich kam durch den Zufall des Loses mit ihm in die nämliche Abteilung. In den Abteilungen lag der Schwerpunkt der Vorberatungen, die jetzt in Kommissionen stattfinden. Sie kamen daher öfters und oft zu sehr lebhaften Debatten zusammen. Unsre Abteilung war wie durch einen Eigensinn des Loses zusammengesetzt. Ein großer Teil, ich glaube, der größte Teil des hohen Adels aus der Kammer, war darin vertreten; dann kam eine kleine Anzahl des niederen, ärmeren preußischen Adels; dann kamen ehrbare

[1]) Vgl. Hesekiel, „Das Buch vom Grafen Bismarck." S. 152 ff.

[2]) Welche Stellung Bismarck am Schlusse dieser Session in der öffentlichen Meinung einnahm, ersieht man am besten aus den Angriffen, die gegen ihn gerichtet wurden. „Dem Abgeordneten zur preußischen zweiten Kammer, Freiherrn von Bismarck-Schönhausen, ist in Anerkennung seiner trefflichen antediluvianischen Rede, welche er in der Sitzung vom 21. April über die deutsche Frage gehalten hat, das Prädikat „Allerunterthänigster Unterthan" beigelegt worden." „Herr von Bismarck-Schönhausen läßt in seinem Wahlkreise Westhavelland-Zauche eine Adresse an den König besorgen, in welcher die Krone gebeten wird, das Ministerium Brandenburg-Manteuffel als zu revolutionär zu entlassen und sich mit Ministern zu umgeben, welche weniger dem Umsturze des Bestehenden huldigen." — „Herr von Bismarck-Schönhausen hat den Baumeister des Sitzungsgebäudes gefragt, ob es denn gar nicht möglich wäre, die Wand der rechten Seite noch einige Fuß weiter hinauszurücken: sie ist ihm nicht rechts genug. Der Baumeister hat sein Bedauern ausgedrückt, die Wand selbst nicht verrücken zu können, indessen dem Edlen von Bismarck wenigstens versprochen, in künftiger Session eine Nische für ihn einzuschneiden, wenn er nämlich wieder gewählt werden sollte."

Digitized by Google

bürgerliche Philister; zuletzt waren, wie verloren zwischen diesen verschiedenen Elementen, wir Demokraten der entschiedensten Richtung durch das Los hineingeworfen, Georg Jung, d'Ester, Schulze-Wanzleben und ich.

Man saß an einem langen Sitzungstische. Der hohe Adel hatte in geschlossenen Reihen das eine Ende des Tisches eingenommen; wir Demokraten saßen an dem entgegengesetzten Ende beisammen. In der Mitte befanden sich die andern Mitglieder der Abteilung. Herr von Bismarck saß mitten zwischen dem hohen Adel. Eines Tages, mitten in einer Sitzung, erhob sich plötzlich Herr von Bismarck, schob seinen Stuhl mit Geräusch zurück, nahm seine Mappe und seine Papiere, schritt mit Aplomb an der ganzen Länge des Tisches vorüber zu dessen andern Ende, nahm einen leeren Stuhl und saß auf einmal mitten zwischen den fünf Demokraten. „Diese sind mir doch gar zu dumm!" führte er sich bei uns ein, auf das Ende des Tisches zeigend, das er verlassen hatte. Er blieb an unserm Ende. Er war sehr liebenswürdig in seiner Weise; wir blieben ihm nichts schuldig. Wir blieben als gute Nachbarn zusammen, obwohl wir politisch derbe aneinander kamen. Es war wohl ein eigentümliches Schauspiel, wie aus unserem kleinen Häuflein an dem demokratischen Tischende die kräftigsten Angriffe auf Reaktion, Aristokratie und Junkertum fielen, und dann auf einmal aus der Mitte desselben Häufleins in der junkerlichsten Weise die Demokratie mitgenommen wurde. Der offizielle Streit wurde gewöhnlich im gemütlichen Privatgespräch fortgesetzt. So erinnere ich mich einmal — ich glaube, es war bei der Debatte über die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin — daß Herr von Bismarck zu seinem Nachbar d'Ester sagte: „Wenn ich zu befehlen hätte, so ließe ich Sie sofort erschießen," worauf der stets redefertige d'Ester antwortete: „Hm, Herr von Bismarck, wenn wir einmal das Regiment haben, lasse ich Sie henken."

Zu dieser Erzählung bemerkt M. Busch in seinem Werke: „Unser Reichskanzler" Bd. I. S. 179: „Das ist eine arge Verdrehung der Thatsachen. Bismarck konnte gar nicht von der konservativen Gegend des Tisches nach der demokratischen auswandern, weil die Herren nicht nach ihrer politischen Meinung getrennt, sondern nach Zufall durcheinander gemischt saßen, und er konnte die von Temme berichtete Äußerung erstens als Mann von guter Lebensart, dann aber auch deshalb nicht thun, weil die betreffenden Konservativen nichts weniger als „dumm" waren[1]). Was endlich das Gespräch mit d'Ester betrifft, so verhielt es sich damit in Wirklichkeit folgendermaßen. Dieser kleine Herr kam eines Tages „biergefrühstückt" in die Sitzung und wendete sich an den damaligen Vertreter des westhavelländischen Kreises mit den Worten: „Herr von Bismarck, Sie sind gegen uns unter allen Leuten Ihrer Partei immer artig und höflich gewesen. Wir wollen Ihnen darum ein Kartell vorschlagen: wenn wir die Oberhand behalten, so schonen wir Sie, ist's umgekehrt, so thun Sie das mit uns." Bismarck aber lehnte freundlich ab, indem er bemerkte: „Wenn Ihre Partei siegt, d'Esterchen,

[1]) Eine andre Version wird uns weiter unten von Unruh verbürgt.

Digitized by Google

so ist es nicht mehr der Mühe wert, zu leben; kriegen wir dagegen die Oberhand, so wird gehenkt, aber Höflichkeit bis zur letzten Galgensprosse."

Auf den damals gleichfalls dem Abgeordnetenhause angehörigen Abgeordneten von Unruh, einen Mann mit überaus klarem Auge, machte Bismarck einen sehr günstigen Eindruck[1]), so entgegengesetzt auch ihr beiderseitiger politischer Standpunkt war. „Sein frisches Wesen, seine treffenden originellen Bemerkungen und seine Mitteilsamkeit zogen mich an. Es sprach sich sehr gut mit ihm, auch wich er von der gewöhnlichen Schablone der Reaktionäre bedeutend ab. So unter anderem leugnete er gar nicht, daß er ein Junker sei, sondern äußerte gerade heraus zu mir: „Ich bin ein Junker und will auch Vorteile davon haben." Ich glaubte ihn richtig zu verstehen, daß er nicht sowohl pekuniäre Vorteile, als solche der Stellung und des Einflusses meine. Deshalb antwortete ich ihm: „Dann ist mit Ihnen zu reden und zu verhandeln. Mit den Herren von der Rechten, welche immer das Staatswohl im Munde führen und die ganz Uneigennützigen spielen, ist kaum zu sprechen."

In den Abteilungen saßen, wie im Hause, die Abgeordneten nach Fraktionen geordnet. Bismarck aber nahm seinen Platz in der Abteilung in der Regel bei der Opposition, mir grade gegenüber. Wir waren inzwischen bekannt genug geworden, um ihn zu fragen, was uns die Ehre verschaffe, ihn auf unserem Flügel zu sehen. Daß er nicht horchen wolle, verstände sich von selbst. Einmal gäb' es nichts zum horchen und dann liege das auch sicher nicht in seiner Absicht. Bismarck erwiderte lachend: „O! das ist ganz einfach. Drüben bei meinen Freunden ist es sehr langweilig; hier amüsiere ich mich besser."

Auch in der Restauration sprach Bismarck oft mit Abgeordneten von der Opposition, speziell von der äußersten Linken. Von einem solchen wurde ihm eine ähnliche Frage vorgelegt, wie von mir in der Abteilung, wie es komme, daß er soviel mit der Linken verkehre? Bismarck antwortete sofort: „Warum soll ich mit Ihnen nicht reden, Sie gehen mir doch nicht aus dem Wege und fürchten nicht, durch Ihre Unterhaltungen mit mir Ihren politischen Ruf zu schädigen. Da giebt es aber Leute von der ministeriellen Seite, die gehen mir aus dem Wege, weil sie besorgen in den Ruf der Reaktion zu kommen." Dabei fixierte Bismarck stark den nahe bei ihm stehenden Präsidenten des Oberlandesgerichts in Ratibor, der in dem Ruf stand, daß er das Justizministerium anstrebe.

Eines Tages äußerte Bismarck im Laufe des Gesprächs zu mir, wenn es einmal mit den Waffen zum Klappen käme, so glaube er, daß wir beide auf derselben Seite fechten würden. Ich entgegnete: „Es kommt darauf an, wofür gefochten wird. Da kann es allerdings sein, daß wir auf derselben Seite stehen." Wie Bismarck häufig das Gespräch mit einem pikanten Einfalle endigte, so sagte er auch hier zu mir: „Nun, wissen Sie was, wenn Ihre Partei siegt, so nehmen

[1]) H. v. Unruh, „Erinnerungen aus meinem Leben," Deutsche Revue, IV. Quartal, Band des Jahrgangs VI, S. 8 ff.

Digitized by Google

Sie mich in Schutz und kommt meine Partei oben, so werde ich Ihnen denselben Dienst leisten. Schlagen Sie ein." „Sehr gern," antwortete ich und wir lachten beide. Acht Jahre später hatte ich Veranlassung, Bismarck an diese scherzhafte Abrede zu erinnern und seine Vermittlung in Anspruch zu nehmen. Er hielt präcise Wort, obgleich es sich ursprünglich nur um einen Scherz handelte.

Ich wußte, daß Bismarck der „Kreuzzeitung" nahe stand, und fragte ihn, weshalb er es dulde, daß dieses Blatt von boshaften Verleumdungen und Lügen strotze, sogar anständige Frauen nicht schone? Bismarck antwortete mir, das sei auch ihm zuwider, aber man sage ihm, daß es in einem solchen Kampf nicht anders ginge. Meine Hinweisung darauf, daß solche Waffen denjenigen befudeln, der sie führe, blieb ohne Wirkung. — —

Am Schlusse der ersten Legislatur-Periode des preußischen Abgeordnetenhauses macht Bismarck auch die persönliche Bekanntschaft des Abgeordneten Lothar Bucher und zwar am 27. April 1849. Die denkwürdige Scene verlief am Büffet des Abgeordnetenhauses, unmittelbar nach Verlesung der Königlichen Botschaft, welche die Auflösung der zweiten Kammer wegen Annahme des Waldeckschen Antrages auf Aufhebung des Belagerungszustandes verkündete. Bismarck richtete an den neben ihm am Büffet stehenden Abgeordneten Bucher die Frage: „Was werden Sie nun thun?" „Ich werde wohl über das große Wasser gehen." „Sie meinen, daß Verfolgungen eintreten werden?" versetzte Bismarck. „Ja!" antwortete Bucher. „Das glaube ich nicht," schloß Bismarck die kurze und doch charakteristische Besprechung. Dieselbe läßt ahnen, daß der jugendlich frische, freiheitsbegeisterte, geist- und kenntnisvolle Oppositionsredner bei Bismarck Interesse und Teilnahme zu erwecken gewußt hatte, und daß Bismarck zu den Prozessen gegen die Steuerverweigerer nicht geraten hat. Auf alle Fälle hatte Buchers parlamentarisches Auftreten auf ihn einen Eindruck gemacht, und zwar einen so lebhaften, daß er ihn im Auge behielt und seine Entwicklung verfolgte. Nachdem Bucher 15 Jahre lang als Schriftsteller seinen eigenen, mühseligen Weg gegangen war, erachtete Bismarck ihn hinreichend vorbereitet für eine praktische Thätigkeit [1]).

In der zweiten Legislaturperiode des preußischen Landtags (7. August 1849 bis 19. Mai 1852) blieb Bismarck seinen bisherigen politischen Grundsätzen treu. Um ein Mandat zu erlangen, erschien er wiederum, wie vor 5 Monaten, in seinem alten Wahlkreise, um sich den Wählern vorzustellen, und sie durch sein kräftiges Wort zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit lief er Gefahr, von seinen politischen Gegnern gesteinigt zu werden [2]). Zur Ergänzung dessen, was ich über

[1]) Zu vergl. mein Werk „Ein Achtundvierziger" III. Bd. S. 105 ff.

[2]) Als Bismarck in Rathenow den Saal verlassen wollte, in welchem er zu den Wählern gesprochen, trat der Schornsteinfegermeister Wolf erregt an ihn heran und flüsterte ihm zu: „Gehen Sie nicht hinaus, Herr von Bismarck, sie wollen Ihnen draußen zu Leibe." „Ach, glauben Sie doch den Bläffern nicht," versetzte Bismarck unverzagt und schritt aus dem Saale. Dicht um den Saaleingang drängte sich ein großer Volkshaufe, der den Heraustretenden mit Zischen und Schimpfrufen empfing. Hochaufgerichtet und mit verächtlichem Blick schritt Bis-

Digitized by Google

diesen Vorgang in Bd. I, S. 98 (der 2. Auflage) dieses Werkes berichtet habe, will ich hier noch ein Gespräch mitteilen, welches Bismarck im August 1890 mit einigen Rathenower Herren führte, welche nach seinem Familiengute Schönhausen gekommen waren, um ihren Ehrenbürger zu sehen. Das Glück war ihnen günstig; sie kamen gerade nach Schönhausen, als Fürst Bismarck mit seinem Sohne Herbert eine Ausfahrt machen wollte, und begrüßten die beiden Herren bei der Vorbeifahrt mit Hurrageschrei. Fürst Bismarck ließ sofort halten, zog seinen Filzhut und fragte: „Wo kommen die Herren her und zu welchem Zweck?“ Die Antwort lautete: „Von Rathenow und um Ew. Durchlaucht wieder einmal zu sehen.“ Nunmehr wurde das Gespräch in folgender Weise fortgeführt:

Bismarck: „So, so, von Rathenow, ach ja, da ist ja jetzt Eisenbahn; früher mußte ich hier meilenweit durch den Sand fahren, als ich mit dem Herrn von Stechow dorthin reiste.“

Ein älterer Herr, der sich der Sache erinnern konnte, entgegnete: „Durchlaucht gedenken dabei wohl an die Zeit der Wahlen zum ersten Landtage im Jahre 1849?“

Bismarck: „Jawohl, ich wurde damals in Rathenow aber wenig freundlich empfangen. Es war eine wilde Erregung, und man warf mich sogar mit einem Steine; ich meine die Schmerzen noch jetzt öfter hier (auf den linken Oberarm zeigend) am Knochen zu spüren. Ich begrüßte trotzdem den Herrn, welcher geworfen hatte, recht höflich und warf darauf den Stein zurück.“

Der ältere Herr entgegnete darauf: „Ja, Durchlaucht, es war eine bewegte Zeit und besonders ihre Folgen.“

Bismarck: „Ja, ja, ich weiß, sogar die Besatzung mußte damals aus Rathenow ausrücken!“

Ein jüngerer Mann bemerkte hierauf: „Durchlaucht, unsre Husaren würden in ähnlicher Lage heute wohl nicht ausrücken.“

Bismarck: „Nein, jetzt wird überhaupt nicht mehr ausgerückt.“

Hiermit war das Gespräch beendet, und Fürst Bismarck fuhr grüßend weiter. Auch ein paar Tage darauf, da Fürst Bismarck den Bürgermeister Lange von Rathenow mit einer Deputation empfing, hat derselbe mit den Herren Erinnerungen aus dem Jahre 1848/49 ausgetauscht [1]).

Während der ersten Session (7. August 1849 bis 26. Februar 1850) machte Bismarck die Bekanntschaft des Abgeordneten Dr. Georg Beseler, welcher in dieselbe Ende August 1849 eintrat. Beseler schreibt über Bismarck in seinem

marck, nur von dem Meister Wolf und dem Stadtschreiber Noack begleitet, durch die erregte Menge dem Gasthof zu, wo er sein Fuhrwerk eingestellt hatte. Hier ließ er anschirren und trat dann aus dem Gasthof heraus, um fortzufahren. Inzwischen war aber die Menge so angewachsen, daß er nur mit Mühe den Wagen erreichen konnte. Kaum war er eingestiegen, so flogen mehrere Steine über seinen Kopf hinweg, gleich darauf auch einer in den Wagen, der seinen linken Arm nicht unerheblich verletzte. Im ersten Zorn und Schmerz ergriff er den Stein, fuhr vom Sitz empor und erhob den Arm zum Wurf. Dann aber schleuderte er den Stein den Landfriedensbrechern verächtlich vor die Füße und ließ den Kutscher im sausenden Trabe mitten durch die Pöbelmasse hindurchfahren, die feig auseinanderstob. Dr. Hans Blum a. a. O. Bd. I. S. 187.

[1]) Berliner Tageblatt vom 7. August 1890, Nr. 394.

Digitized by Google

Buche: „Erlebtes und Erstrebtes“ S. 95: „Die Größe Otto von Bismarck-Schönhausens haben wir damals nicht erkannt [1]), wenn auch seine hohe Begabung, seine streitbare Art, sein sanglanter Witz sich bemerkbar genug machten. Allerdings forderte es mich zum Nachdenken auf, als er, im Begriffe zur Bundestags-gesandtschaft nach Frankfurt abzureisen, mich noch begrüßte, und mir sagte, der Deputierte von Mansfeld werde sehen, daß sie beide in der deutschen Frage nicht so fern stünden, wie es wohl den Anschein habe. Bisher lag er in den Banden der Parteipolitik und deren rücksichtslose Vertretung machte ihn zum bestgehaßten Gegner; fand sich, was häufig geschah, in der „Kreuzzeitung“ eine persönliche Invektive gegen Abgeordnete, so war man geneigt, sie auf seine Rechnung zu setzen.“ —

Wie es einem gewissenhaften und zugleich fernsichtigen Abgeordneten geziemt, blieb Bismarck mit seinen Wählern in Fühlung, hielt dieselben auf dem Laufenden und drückte ihnen ab und zu die Hand. Zwei Schreiben sind uns erhalten, die der Abgeordnete Bismarck in seinen Wahlkreis an die Person des Stadtverordneten-Vorstehers Meus zu Rathenow gerichtet hat und die in meinen anonym erschienenen „Bismarck-Briefen“, Neue Folge, Bd. II, S. 1 und 5 abgedruckt sind.

Im Januar 1850 bewarb sich Bismarck in Rathenow um ein Abgeordneten-Mandat für das Volkshaus des Erfurter Unionsparlaments. In einem an eine unbekannte Person, vermutlich den Stadtverordneten-Vorsteher Mens daselbst, gerichteten Briefe erklärte er sich zur Annahme eines Mandats bereit. „Denn es scheint mir gerade dort sehr notwendig, daß Preußen, welches die einzige gesunde und kräftige Grundlage einer engeren Einigung Deutschlands bilden kann, dort gegen die auflösenden und schwächenden Angriffe der sogenannten Großdeutschen und Frankfurter verteidigt werde. Wir laufen dort Gefahr, die erheblichsten Opfer an unsrer Macht und namentlich an unsrer Steuerkraft zu bringen, ohne etwas Andres, als eine Verminderung unsrer Selbständigkeit zu gunsten der kleinen Staaten zu erreichen [2]).“

[1]) Andere haben ein ferner sehendes Auge gehabt. „Eine Preußin“ widmete im Jahre 1849 dem damaligen Abgeordneten Bismarck folgendes Gedicht:

„Hui, Bismarck, wie klingt Deine Rede so gut!
Hui, Bismarck, wie flammst Du im Löwenmut!
Das Schwert Deiner Rede, es blitzet so frei,
Und der Sinn Deiner Rede ist ewige Treu!

Hurra für den Bismarck! Wem's Herze noch schlägt,
Wer's noch an der rechten Stelle trägt,
Der jub'le mit mir in die Welt hinein,
Daß noch solche Männer in Preußen sei'n.

Ja, wärst Du Feldmarschall, Du flög'st noch im Sans
Und jagtest den Feind uns zum Lande hinaus.
O Gott! schaff uns Männer von dieser Art.
Nur hundert, nur hundert auf unsrer Wart!“

[2]) Ein andrer hierher gehöriger, bisher unveröffentlichter Brief Bismarck's läßt ersehen, daß sich derselbe in Sachen dieser Wahl am 28. Januar 1850 zu dem Rittmeister von Arnstädt in Groß-Kreuz begab.

Digitized by Google

Am 16. Februar 1850 stand in der „Kreuzzeitung“ (Zuschauer) folgendes Dementi: „Wir sind autorisiert, diejenigen Äußerungen, welche mehrere Zeitungen dem Herrn von Bismarck-Schönhausen bei Gelegenheit seiner Wahl in Erfurt in den Mund gelegt haben, für unrichtig zu erklären. Namentlich hat Herr von Bismarck nicht erklärt, daß er dahin wirken wolle, daß in Erfurt überhaupt nichts zu stande komme, noch weniger hat derselbe die Übereinstimmung irgend welcher hochgestellter Personen mit seinen Ansichten auch nur entfernt angedeutet.“

Da Bismarck eines der jüngsten Mitglieder des Erfurter Parlaments war, so wurde er in der Eröffnungssitzung am 20. März provisorisch zum Schriftführer ernannt und am 26. März zum Schriftführer gewählt. An der Spitze des Volkshauses stand der Präsident der Paulskirche, Dr. Eduard Simson. Als Präsident Simson die Liste der erwählten Schriftführer, und unter diesen zuletzt den Namen des Abgeordneten von Bismarck-Schönhausen verlas, sagte Bismarck, der eben vor der Tribüne stand, zu August Reichensperger: „Mein seliger Vater würde sich dreimal im Grabe herumdrehen, wenn er hörte, daß ich der Schreiber eines jüdischen Gelehrten geworden bin.“ In den achtziger Jahren, auf einer parlamentarischen Soiree, erinnerte Reichensperger Bismarck an dieses Wort mit dem Bemerken: „Diesen jüdischen Gelehrten haben Durchlaucht zum Präsidenten des Reichsgerichts gemacht.“ Darauf aber rühmte Bismarck den Präsidenten Simson, dessen Eltern übrigens schon Christen waren, als einen der ausgezeichnetsten, von der reinsten Vaterlandsliebe getragenen Vertreter des nationalen Gedankens als ein edles Gefäß, in dem stets die lautersten Empfindungen zusammengeströmt seien.

Bismarck hielt sich als Schriftführer berechtigt, seinen starken Sympathien für Österreich einen merkwürdigen Ausdruck zu geben[1]). Auf der Journalistentribüne des Erfurter Volkshauses saßen u. a. zwei Journalisten, deren österreichfeindliche Berichte Bismarck's besonderes Mißfallen erregt hatten. Der eine dieser Herren war der Braunschweiger Ludwig von Rochau, der begeisterte nationale Kämpfer und spätere Historiker, der wegen seiner Beteiligung an den burschenschaftlichen „Umtrieben“ und namentlich an dem Frankfurter Attentat zu zwanzigjähriger Zuchthausstrafe verurteilt, aber nach Paris entflohen und erst im Jahre 1848 nach Deutschland zurückgekehrt war, wo er bis 1851 für Zeitungen schrieb. Er war damals in Erfurt ein ebenso untadeliger deutscher Patriot, wie später, da er als Historiker und Abgeordneter des norddeutschen Reichstags für Bismarck's Politik in trefflichen Schriften und Reden eintrat. Der Name des andern Urhebers von Bismarck's Mißvergnügen ist von keiner Bedeutung. An diese beiden Herren richtete nun Bismarck ein amtliches Schreiben, welches unterzeichnet war: „Das Schriftführeramt des Volkshauses zu Erfurt, von Bismarck.“ In diesem Schreiben zeigte er den Herren an, daß ihnen die Plätze auf der Journalistentribüne entzogen werden würden, wenn sie fortführen, ihre Berichte in einem österreich-feindlichen

[1]) Die folgende Darstellung ist dem Dr. Hans Blum von dem Präsidenten Dr. Simson mitgeteilt worden. Vergl. dessen Werk: „Fürst Bismarck und seine Zeit“, Bd. I, S. 223.

Digitized by Google

Sinne zu schreiben. Der eine Betroffene mit dem minder bekannten Namen wandte sich einfach an Dr. Simson mit der Anfrage, ob denn dieser erstaunliche Erlaß mit Wissen des Präsidenten des Volkshauses ergangen sei. Rochau dagegen hielt diese Frage für überflüssig, da er in dem Ukas des „Schriftführeramtes" nur eine unzweifelhaft ganz ungehörige Eigenmächtigkeit des ihm damals wenig sympathischen Abgeordneten von Bismarck Schönhausen erblickte. Er schrieb daher Herrn von Bismarck einen recht scharfen und beleidigenden Brief. Fast zu gleicher Zeit empfing Präsident Simson die Nachricht von dem ungewöhnlichen Vorfall, nämlich durch das Schreiben des minder Berühmten und durch das persönliche Verlangen Bismarck's, ihm selbst volle Genugthuung gegen den frechen Rochau zu verschaffen. Simson richtete darauf an Bismarck vorläufig nur die Frage, ob dieser im Namen des „Schriftführeramtes des Volkshauses zu Erfurt" die beiden Schreiben an die beiden Gentlemen gerichtet habe, was Bismarck mit der Zuversicht einer guten und gerechten That bejahte. Darauf wurde der „Schriftführer des Volkshauses", der zugleich anklagte und verklagt war, vom Präsidenten auf eine frühe Abendstunde zu einer Unterredung unter vier Augen eingeladen. Von dem, was dann hier weiter vorgegangen ist, war Präsident Simson noch nach fast zwanzig Jahren, da er dem Verfasser dieses Ereignis erzählte, einigermaßen erregt: „Bis nach Mitternacht rangen wir förmlich gegen einander in Worten, so daß die Wände erdröhnten," berichtete er etwa von dieser Scene. „Sie müssen sich eben diesen gewaltigen Mann um fast zwanzig Jahre jünger denken." Schließlich fügte sich aber Bismarck doch den Vorstellungen Simson's, indem er seinen Ukas zurücknahm. Simson dagegen entzog Herrn von Rochau den Sitz auf der Berichterstattertribüne, da er sich zu einem Widerruf der an Herrn von Bismarck-Schönhausen gerichteten Beleidigungen nicht verstehen wollte [1]).

In Erfurt gehörte Bismarck eine Zeit lang der von Stahl geführten Fraktion an; zu ihr zählten auch die beiden Brüder Reichensperger.

Auch aus der zweiten Kammersession (21. November 1850 bis 9. Mai 1851) ist wenig zu berichten.

Am 8. November 1850 folgte das Mißverständnis von Bronzell (bei Fulda). Die Fortsetzung der österreichischen Rüstungen, trotz der mit Preußen angeknüpften Unterhandlungen, zwang letzteres zur Mobilmachung. Im Lande herrschte nationale Begeisterung. Aber Preußen konnte nicht zuschlagen. Der Kriegsminister von Strotha sagte zu Herrn von Bismarck: „Wir können uns gar nicht schlagen; wir haben erst in vierzehn Tagen 70 000 Mann zwischen Oder und Elbe und können die Österreicher nicht hindern, Berlin zu besetzen; wir müssen in zwei getrennten Lagern mobilisieren, das eine in Königsberg, das andre in Koblenz,

[1]) Der Protest der Journalisten beim Volkshause, d. d. Erfurt, den 26. April 1850 gegen das Verfahren des Schriftführers des Volkshauses, von Bismarck-Schönhausen und gegen die Ausschließung des Berichterstatters der „Augsburger Allgemeinen Zeitung," von Rochau, von der Journalisten-Tribüne seitens des Präsidiums des Volkshauses, findet sich abgedruckt in der „Voss. Zeitung" 1850, Nr. 98.

585607

Digitized by Google

von da müssen wir unser Land und die Hauptstadt wieder erobern. Ich muß Sie also bitten, wenn Sie Einfluß auf Ihre Kollegen in der Kammer haben, wiegeln Sie ab, was Sie können."

In diesem Sinne sprach sich Bismarck gegen den damaligen Leiter der Regierungspartei, Justizrat Geppert, und später gegen andre Abgeordnete aus.

Im Jahre 1850 oder 1851 hatte Manteuffel Befehl erhalten, eine Verständigung zwischen den Gagern'schen (den sogenannten Gothaern) und den Konservativen von der preußischen Partei anzustreben. „Er nahm mich (Bismarck selbst erzählt die Geschichte) und Herrn von Gagern dazu und so wurden wir eines Tages zu einem souper à trois bei ihm eingeladen. Zuerst wurde wenig oder gar nicht von Politik gesprochen. Dann aber ergriff Manteuffel einen Vorwand uns allein zu lassen. Als er hinaus war, sprach ich sogleich von Politik und setzte Gagern meinen Standpunkt auseinander und zwar in ganz nüchterner, sachlicher Weise. Da hätten Sie aber Freund Gagern hören sollen. Er machte ein Jupitergesicht, hob die Augenbrauen, sträubte die Haare, rollte mit den Augen, und schlug sie gen Himmel, daß es ordentlich knackte, dann sprach er zu mir mit seinen großen Phrasen, wie wenn ich eine Volksversammlung wäre. Natürlich half ihm das bei mir nichts. Ich erwiderte kühl und wir blieben auseinander wie bisher. Als Manteuffel dann wieder herein gekommen war und der Jupiter sich entfernt hatte, fragte mich jener: „Nun, was haben Sie zu stande gebracht mit einander?" „Ach", sagte ich, „*nichts ist zu stande gekommen. Das ist ja ein ganz dummer Kerl. Hält mich für eine Volksversammlung. — Die reine Phrasengießkanne!* Mit dem ist nicht zu reden." — —

Im Mai 1851 begab sich Bismarck zuerst als Legationsrat nach Frankfurt a. M., um demnächst dort Herrn von Rochow als Bundestagsgesandten zu ersetzen. Bismarck hatte sich infolge dessen einer Neuwahl zu unterziehen (13. Oktober 1851), infolge deren ihm der alte Wahlkreis wieder zufiel. Naturgemäß trat aber seine persönliche Teilnahme an der Kammerverhandlung nunmehr in den Hintergrund. Er ergriff in der dritten Session (27. November 1851 bis 19. Mai 1852) im ganzen nur dreimal das Wort. Trotzdem geriet er mit zwei Parlamentariern hart aneinander, zunächst mit dem Abgeordneten Harkort wegen der Äußerung, Offizier zu werden, sei zwar ehrenvoll, „aber nicht so lukrativ, als Fabriken anzulegen und mit königlicher Unterstützung fortzuführen und den Dank dafür durch Angriffe auf die Regierung zu zahlen." (Sitzung vom 20. März 1852.) Die Differenz mit Harkort wurde beigelegt[1]), ohne daß Bismarck demselben irgend eine Ehrenerklärung gab[2]). Daß dieselbe ausblieb, empfand Harkort unangenehm[3]).

[1]) Zu der 49. Sitzung vom 24. März verlas der Abgeordnete Harkort zur Entkräftung des neulich gegen ihn laut gewordenen Vorwurfs eine Erklärung der Seehandlungsverwaltung, wonach er ein Geschäft mit ihr jemals weder abgeschlossen noch vermittelt, noch jemals Gelder oder Unterstützungen von der Seehandlung erhalten (Bismarck hatte dies nicht behauptet). — Vergl. auch die „Voss. Zeitung" vom 25. März 1852.

[2]) Dies behauptet ganz irrig Varnhagen von Ense in seinen Tagebüchern.

[3]) Zu vergl. das Werk: „Der alte Harkort". Ein Westfälisches Lebens- und Zeitbild von L. Berger-Witten. Leipzig 1890. S. 483. Dem von Harkort herausgegebenen „Wahlkatechismus

Digitized by Google

Die Differenz mit dem Abgeordneten Georg von Vincke entstand deshalb, weil dieser am 22. März 1852 Bismarck erst ironisch einen „namhaften Diplomaten" nannte, dann diese Äußerung zurückzog, „da allerdings alles, was ich von seinen diplomatischen Leistungen weiß, sich auf die bekannte brennende Cigarre beschränkt". Bismarck replizierte, „diese Äußerung überschreite die Grenze nicht nur der diplomatischen, sondern derjenigen privaten Diskretion, deren Beobachtung ich von einem Manne von guter Erziehung erwarten zu dürfen glaubte." Die Folge der Diskussion[1]) war eine Forderung, die Herr von Bismarck seinem parlamentarischen Gegner zusandte, und ein Duell zwischen ihnen, welches am 25. März 1852 stattfand.

Die „Nationalzeitung" (26. März 1852, Nr. 145) schrieb darüber: „Wie erzählt wird, hätte diesen Vormittag zwischen zwei bekannten Kammermitgliedern ein Duell stattgefunden, das infolge der neulich stattgehabten parlamentarischen oder unparlamentarischen Debatte engagiert war. Wie hinzugefügt wird, wäre der Zweikampf so abgelaufen, wie manche Kammerdebatte, d. h. es wäre nichts dabei herausgekommen[2])."

In den Denkwürdigkeiten aus dem Leben Leopold von Gerlach's heißt es Band I, S. 746: (23. März 1852.) „Es kommt nun doch zum Duell von Vincke und Bismarck. Gestern Abend war Bismarck bei mir, sehr liebenswürdig über sein Duell; vorher Stolberg, der, davon sehr bewegt, es dennoch für notwendig erklärte. Büchsel hatte Bismarck das heilige Abendmahl verweigert — er war mit Hans Kleist bei ihm gewesen; ich kann das nicht richtig finden, er ist im stande der Notwehr und gerechten Krieges. Kleist hat Büchsel vergeblich zugeredet. Heute Morgen schrieb ich an Alvensleben, um auf Schulenburg-Wolfsburg, Vincke's Schwiegervater, zu wirken und an Eberhard Stolberg, Bismarck's Sekundant, um dem, was von dort kommen könnte, eine günstige Aufnahme zu verschaffen."

---

pro 1852 für das Volk" war ein Verzeichnis derjenigen Abgeordneten beigefügt, welche in der letzten Sitzungsperiode mit der Regierung gestimmt hatten, und welchen Beförderungen und Gehaltsverbesserungen zu teil geworden waren. Alphabetisch geordnet begann diese Liste mit dem Regierungsreferendar von Bismarck-Schönhausen und wies außer diesem noch 34 während der letzten Session beförderte Angehörige der Rechten nach, darunter Bodelschwingh, Eulenburg, zwei Kleist, Klitzow, Krassow, Meusebach, Manteuffel, Puttkamer, Schleinitz, Scherer, Selchow, Witzleben. Auf der schwarzen Tafel, dem Verzeichnis der gemaßregelten Mitglieder der Linken, begegnen wir den Namen Auerswald, Bardeleben, Bonin, Delius, Hansemann, Patow u. a.

[1]) von Vincke war derjenige Abgeordnete, mit welchem sich Bismarck während seines ersten, fünfjährigen parlamentarischen Auftretens weitaus am häufigsten herumgestritten hatte. Sonst kam Bismarck noch häufig und mehr oder minder heftig aneinander mit den Abgeordneten von der Heydt, von Beckerath, Kranse, von Bodelschwingh, Beseler, Simson und von Sancken-Tarputschen. Aus Gerlach's Denkwürdigkeiten Bd. I, S. 195 erfahren wir, daß Bismarck Beckerath für eine Kreatur von Hansemann hielt (1848).

[2]) Parallele zwischen Bismarck und Vincke im 1. Heft der von R. Prutz und Wolffsohn herausgegebenen Zeitschrift „Deutsches Museum", abgedruckt in Horst Kohl, „Bismarck-Reden" Bd. I, S. 262.

Digitized by Google

Ferner ebendaselbst S. 747 (28. März 1852): „Seitdem ist Bismarck's Duell, ohne daß etwas herausgekommen, vorübergegangen, und zwar am 25. März. Büchsel hat ihm das heilige Abendmahl am Tage vorher morgens gereicht, und er hat vor dem ersten Schuß ein Gebet gesprochen. Auf Vincke soll dies doch Eindruck gemacht haben. Gestern ist Bismarck abgereist."

Varnhagen von Ense's Tagebuch erweist sich auch an dieser Stelle als eine Zusammenstellung von bismarckfeindlichem Klatsch und positiven Irrtümern.

Über den Entschluß Bismarck's, eine Neuwahl in die am 29. November 1852 eröffnete neue Kammer nicht mehr anzunehmen, schrieb derselbe in einem Briefe an den General von Gerlach vom 6. November 1852 (Briefwechsel S. 46): „Wo so verschiedenartige Richtungen, wie die im Ministerium vertretenen, die der „Kreuzzeitung", die von Radowitz und die Seiner Majestät selbst, friedlich bei einander leben, da muß ein Zustand des décousu und der Zerbröckelung vorhanden sein, der es unmöglich macht, einen irgend erheblichen Einfluß auf das Ganze zu üben, indem man nur den Teil in der Hand behält, den man gerade anfaßt. Seine Majestät waren sehr unzufrieden damit, daß ich die Wahl abgelehnt hatte. Ich kann mich vermutlich, wenn ich will, noch im Naugarder Kreise wählen lassen, wo eine Doppelwahl auf Herrn von Kamner gefallen ist, ich halte es aber, ganz abgesehen von der persönlichen Abneigung, die ich habe, mich jetzt in die Berliner Verhältnisse zu mischen, mit meinem hiesigen Dienst wirklich nicht für verträglich. Meine häufigen Abwesenheiten von hier machen mir denjenigen Zusammenhang mit meinen Kollegen unmöglich, der bei einer kollegialisch organisierten Körperschaft, wie der Bundestag, notwendig ist, um im Einfluß und an fait der Geschäfte zu bleiben, und in der Kammer selbst hat ein bruchstückweises und deshalb ununterrichtetes Eingreifen nicht minder nachteilige Folgen für das politische Gewicht dessen, der sich darauf einläßt[1])."

Recht charakteristisch ist folgende Äußerung in einem Briefe Bismarck's an den General von Gerlach d. d. Frankfurt, 25. November 1853. „Es ist vortrefflich, daß die Kammern etwas von ihrem volksvertreterischen Nimbus verloren haben, aber wenn sie ganz auf den Hund kommen, so verliert der König ein brauchbares und in ruhigen Zeiten gesundes Korrektiv für seine von dem Krebs republikanisch-heidnischer Bildung angefressene Büreaukratie, die auf die Dauer mehr Elend in das Land bringt, als die Hand voll oppositioneller Kammerschwätzer[2])."

Am 5. März 1854 schrieb Bismarck an den General Leopold von Gerlach: „Unsere Landtage gravitieren dahin, daß sie durch den Servilismus der Majoritäten in den Abgeordneten, durch die Trägheit und den Mangel an Kenntnissen und Geschäftsroutine bei den Herren vom anderen Hause und dem Adel überhaupt, in Unbedeutendheit und Vergessenheit einsumpfen, und gerade dadurch, daß sie von

[1]) Über die Unmöglichkeit, sich in die erste Kammer wählen zu lassen, s. Brief Bismarck's an von Gerlach d. d. 11. Dezember 1852 a. a. O. S. 50.

[2]) Briefwechsel S. 126.

Digitized by Google

keiner öffentlichen Meinung getragen werden, zu büreaukratischen Staatsstreichen auffordern, weil letztere leicht erscheinen werden, wenn es so weiter geht[1])."

Am 13. April 1854 schreibt Bismarck an die gleiche Adresse (Briefwechsel S. 156): „Die Kammerdebatte hat mich amüsiert, und war mir dabei etwa wie dem rauflustigen Schmiedegesellen zu Mute, der den Lärm einer Keilerei hört."

Am 22. November 1854 heißt es in derselben Korrespondenz (Briefwechsel S. 207): „Zu den Kammern werde ich ohne besondere Weisung nicht kommen. Übrigens fehlt mir auch noch die Berufung." Die Stelle bezieht sich nicht auf das Abgeordnetenhaus. Vielmehr wurde Bismarck am 21. November 1854 auf Vorschlag des alten und befestigten Grundbesitzes im Landschaftsbezirk des Herzogtums Stettin in das Herrenhaus berufen, dessen Debatten er bis 1862 zwar mehrfach beiwohnte, ohne aber aktiv sich an denselben zu beteiligen[2]).

Seine Ansichten über die Stellung Preußens im Zollverein und die Notwendigkeit der Errichtung eines Zollparlaments und die Zuckerfteuer-Vorlage entwickelte Bismarck in einem Schreiben vom 15. März 1858, gerichtet an einen unbekannten Abgeordneten, welches in meinem Werke: „Preußen im Bundestag", Bd. IV, S. 298, abgedruckt ist[3]).

Unter den Abgeordneten, mit denen Bismarck in dieser älteren Zeit befreundet war, ist der der gemäßigt konservativen Partei angehörige, im Jahre 1882 gestorbene Herr von Below zu erwähnen. Auf der Reise nach Petersburg erkrankte Bismarck auf Below's Besitzung Hohendorf bei Elbing so ernstlich, daß er die Gastfreundschaft desselben längere Zeit in Anspruch nehmen mußte. An diesen Abgeordneten richtete Bismarck am 18. September 1861 aus Stolpmünde einen Brief, woselbst es gegen den Schluß hin heißt: „Wir bedürfen einer neuen und bildsamen Einrichtung auf dem Gebiete des Zollwesens und einer Anzahl gemeinsamer Institutionen, um die materiellen Interessen gegen die Nachteile zu schützen, die aus der unnatürlichen Konfiguration der deutschen Landesgrenzen erwachsen. Daß wir diese Dinge ehrlich und ernst fördern wollen, darüber sollten wir jeden Zweifel heben. Ich sehe außerdem nicht ein, warum wir vor der Idee einer Volksvertretung, sei es im Bunde, sei es in einem Zoll- und Vereinsparlament, so zimperlich zurückschrecken. Eine Institution, die in jedem deutschen Staate legitime Geltung hat, die wir Konservative selbst in Preußen nicht entbehren möchten, können wir doch nicht als revolutionär bekämpfen."

---

[1]) Briefwechsel S. 144. Des weiteren verbreitete sich Bismarck über den Antrag auf sechsjährige Wahlperioden auf Grund von Mitteilungen, die ihm Moritz von Blanckenburg gemacht hatte.

[2]) Überaus treffende Urteile über die parlamentarischen Vorgänge in Preußen finden sich ferner in den Briefen Bismarck's an den General von Gerlach d. d. 31. März 1857 (Briefwechsel S. 328) und 11. April 1857 (a. a. O. S. 332).

[3]) Über ein interessantes Gespräch, das Bismarck im Jahre 1859 bald nach Ausbruch des französischen Krieges mit dem früheren Präsidenten der preußischen Nationalversammlung von Unruh führte, vergl. die „Erinnerungen" dieses letzteren, auszugsweise mitgeteilt in der „Deutschen Revue" IV. Jahrgang, 4. Bd. S 11. Unruh gehörte damals dem preußischen Abgeordnetenhause nicht an.

Digitized by Google

Auch mit dem Abgeordneten Moritz von Blanckenburg)[1] stand Bismarck schon in seiner Gesandtenzeit über parlamentarische Fragen in Korrespondenz[2]). Bismarck, fast gleichaltrig mit Moritz Blanckenburg, war mit diesem infolge der Nachbarschaft seiner väterlichen Güter Külz und Kniephof befreundet und kam während der Ferien oft nach Zimmerhausen, der Besitzung Blanckenburg's, herüber. Politisch lebhafter gestalteten sich ihre Beziehungen erst zu Anfang der sechziger Jahre, da Roon Kriegsminister geworden war, und zu den gelegentlichen Besuchen, die Bismarck dem alten Freunde bei Gelegenheit seiner Reisen durch Berlin machte, meist Blanckenburg beigezogen wurde. Er war es, der im Auftrage des Ministers von Roon am 15. September 1862 Bismarck zur Beschleunigung der Rückkehr nach Berlin riet mit den Worten: „Periculum in mora. Dépêchez-Vous. L'ami de Maurice Henning“ [3]). Nach einer andern Version soll Roon[4]) Bismarck telegraphiert haben: „Die Birne ist reif“.

II. Abschnitt.

Vom Eintritt in das Ministerium, 23. September 1862—1866 (Konfliktszeit)

Am 19. September 1862 früh acht Uhr entstiegen auf dem Anhalter Bahnhof in Berlin einem Coupee erster Klasse zwei ziemlich gleich hoch gewachsene Männer, der eine in Civil, der andre Militär[5]). Nur der letztere erregte einige Aufmerksamkeit beim Publikum. Man flüsterte sich zu: „Der Kriegsminister“. Der andre war Herr von Bismarck. Georg von Vincke war mit demselben Zug gekommen, ohne zu ahnen, mit wem er fuhr. Er war am Bahnhofe nicht wenig überrascht, Herrn von Bismarck mit dem Kriegsminister aus demselben Coupee aussteigen zu sehen. Zu einer gegenseitigen Begrüßung kam es nicht. Durch Georg von Vincke gelangte aber die Kunde von der Ankunft der beiden nach dem Dönhoffsplatze. Hier erkannte man sofort die Situation. Der Kriegsminister hatte den neuen Ministerpräsidenten geholt, um ihn schon unterwegs gehörig zu

[1]) von Blanckenburg, Moritz Carl Henning, General-Landschaftsrat und Rittergutsbesitzer in Zimmerhausen bei Plathe. Geboren 25. Mai 1815. Mitglied des Abgeordnetenhauses ununterbrochen von 1852—67. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Reichs.

[2]) Vergl. den in Kohl's Regesten Bd. I, S. 96 abgedruckten Brief Bismarck's an denselben d. d. Frankfurt a. M. den 4. April 1854.

[3]) Kohl, „Bismarck-Reden“ Bd. II, S. 14. In der Generalversammlung des (feudalen) preußischen Volksvereins zu Berlin am 29. Oktober 1862 erklärte von Blanckenburg, die Ernennung des Ministers Bismarck sei der Schritt über den Rubicon, der aber fest gemacht werden müsse. Das sei die Aufgabe der konservativen Partei.

[4]) Briefe Bismarck's an den General von Roon über parlamentarische Fragen aus der Gesandtenzeit des erstern findet man in Roon's Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 27, 79, 92 und 97.

[5]) Vergl. zum Folgenden die anonym erschienene Schrift: „Der Berliner Hof und seine Politik“, S. 3. ff.

Digitized by Google

instruieren. Georg von Vincke war an diesem Tage an launigen Einfällen und Glossen reicher als je. „Sie wollen sich gewiß noch einmal an der einsamen Pappel schlagen," bemerkte ihm ein Kollege. Jetzt, wo Herr von Bismarck als designierter Ministerpräsident nach Berlin gekommen war, ergoß sich der Spott des Freiherrn in ähnlicher Weise. Er sprach von der „Feuer- und Eisenpolitik", die jetzt an's Ruder käme. So lautete ursprünglich das Programm des Herrn von Bismarck, noch ehe er Minister wurde. „Blut und Eisen" ist erst später daraus geworden. Herr von Vincke sprach auch von dem „Napoleonsvergötterer", von dem „Renommisten", er bedauerte die Kollegen „des für sie zu genialen Ministers" und persiflierte die Kreuz- und Querzüge, die es jetzt in der auswärtigen Politik geben würde[1]). Die feudalistische Partei dagegen jubelte ihm auf der andern Seite zu, indem sie hoffte, daß jetzt die Zeit einer frischen, fröhlichen Reaktion gekommen sei, täuschte sich damit indessen gleich stark wie die Liberalen mit ihren Befürchtungen und ihrer Geringschätzung des neuen Ministers[2]). War es auch ein Wunder? Hatte doch weder die eine noch die andre Partei auch nur eine Ahnung von der Schule, die Bismarck seit seinem Austritt aus dem Parlament im Bundestag durchgemacht hatte, und von seinen unvergleichlich klaren und lichtvollen Frankfurter Depeschen, die erst fünfundzwanzig Jahre später bekannt geworden sind.

Wer die Verhältnisse kennt, muß es Bismarck zugestehen, daß er mit der Absicht, mit dem Abgeordnetenhause in Feindschaft zu leben, nicht in das Amt als Minister getreten ist. Er hielt es nur für seine Pflicht, gegen das wachsende Übergewicht des Hauses der Abgeordneten und des parlamentarischen Beamtentums die Schwerkraft der Krone zu wahren und zu stärken. „Ich halte — bemerkte er in einem Briefe an den sächsischen Minister von Beust vom 16. Oktober 1862 — diese Aufgabe für lösbar, ohne mit positiven Bestimmungen der Verfassung zu brechen, und werde dabei bemüht sein, konstitutionelle Empfindlichkeiten soweit es möglich zu schonen, und die unbestrittene Heeresstraße des Verfassungslebens, sobald es geht, wieder zu gewinnen, immer aber eingedenk sein, daß unser Verfassungseid die „Treue dem König" voranstellt[3])."

Bismarck hielt es auch anfänglich für möglich, die feindlichen Parteiführer zu gewinnen, er verhandelte damals mit vielen; ob Liberale oder Fortschrittsleute[4]), er appellierte an den preußischen Patriotismus in ihnen, sie mußten, wenn

[1]) Die „Berliner Allgemeine Zeitung", Vincke's Blatt, von Julian Schmidt redigiert und infolgedessen doppelköpfig unfehlbare Staatsweisheit predigend, entwarf folgende Charakteristik von ihm: „Als ein Landedelmann von mäßiger politischer Bildung, dessen Einsichten und Kenntnisse sich nicht über das erheben, was das Gemeingut aller Gebildeten ist, begann er seine Laufbahn. Den Höhepunkt seines parlamentarischen Ruhmes erreichte er in der Revisionskammer von 1849 und im Unionsparlamente von 1850. Er trat in seinen Reden schroff und rücksichtslos auf, nonchalant bis zur Frivolität, mitunter witzig bis zur Derbheit, aber wann hätte er einen politischen Gedanken geäußert?"

[2]) M. Busch, „Unser Reichskanzler" Bd. I, S. 189.

[3]) Beust, „Aus drei Jahrhunderten", Bd. I, S. 306.

[4]) 23. November 1862. Bismarck konferiert mit mehreren Mitgliedern der Fortschrittspartei über die Mittel, zu einem Ausgleich zu kommen. — Die in Bd. I dieses Werkes gegebenen

Digitized by Google

sie auch andre Wege verfolgten, mit ihm doch des Vaterlandes Ruhm und Größe als gemeinsames Ziel im Auge haben! Wenn sie aber Preußens und Deutschlands Heil wollten, so mußten sie auch das Mittel dazu, das neuorganisierte Heer, wollen. So manchem, mit welchem Bismarck damals verhandelte oder verhandeln ließ, mag auch das Herz bei solchem Appell laut genug geklopft haben, aber er gewann doch nur wenige, bei vielen erhob sich die starre Parteidoktrin als unübersteigliche Schranke, bei andern wich unbesiegliches Mißtrauen jedem Versuche zur Verständigung aus [1]).

Am 29. September 1862 trat Bismarck zum erstenmal als Minister vor das Abgeordnetenhaus, nachdem er wenige Tage zuvor (24. September) dem Präsidenten desselben dort seinen Besuch abgestattet hatte. Ein Mitglied des Hauses aus jener Zeit schildert sein parlamentarisches Debut am Ministertisch wie folgt: „Seine Erscheinung, wie sie sich an diesem Tage gab, ist mir mit unverlöschlichen Zügen in die Seele geschrieben. Sie hatte damals noch nichts vom General und alles vom Kavalier. Die heute so breitschultrige Figur durfte damals noch schlank genannt werden, und Haltung und Bewegung ließen an eleganter Vornehmheit nichts zu wünschen übrig. Man sah es dem Mann an, daß das Parkett der Höfe sein gewohnter Aufenthalt sei und daß er dem Vorzug noch nicht entsagt habe, ein vortrefflicher Tänzer zu sein, wenigstens für Quadrillen. Die Verbeugung, welche er gegen das Präsidium machte, verdiente studiert zu werden, so genau war berechnet worden, daß sie an Höflichkeit nicht zu wenig leiste, aber beileibe auch nicht zu viel. Das Auge streifte mit großer Lebendigkeit über die Versammlung hin; was auch die moderne Physiologie gegen die Zauberkraft des Auges einwenden mag, die Geschichte hat über dieselbe immer von neuem berichtet. „Er hat einen wunderbaren Augenaufschlag," sagte der erste Adept, den er gefunden hat und der bis auf den heutigen Tag sein ergebenster geblieben ist.

Am 30. September 1862 gab Herr von Bismarck in der Budgetkommission des Abgeordneten-Hauses die bekannten, übergroßes Aufsehen erregenden Erklärungen ab [2]). Verfassungsleben überhaupt, preußisches und französisches Volkstum, kleinstaatlicher Liberalismus und großstaatliche Machtentfaltung, „katilinarische Existenzen" und Lösung der Zeitfragen durch „Eisen und Blut" — das alles ging in kaleidoskopischer Verschmelzung an den Blicken der Abgeordneten vorüber, rascher wechselnd zumeist, als das Auge fassen konnte.

In dieser Sitzung vom 30. September fiel auch das viel besprochene Wort von dem „Ölzweig von Avignon", über dessen Entstehung der Schleier nunmehr auch gelüftet ist [3]).

Daten über Gesellschaften bei Bismarck, in denen vorzugsweise auch Abgeordnete verkehrten, bedürfen einer Ergänzung. Von Parlamentariern zahlreich besucht waren seine Abendgesellschaften am 7. und 13. Februar 1863; ausschließlich Mitgliedern des Landtags gab er ein Diner am 21. Februar 1863, am 1. März 1865 ein solches für Diplomaten und Mitglieder des Landtags.

[1]) Hesekiel, „Das Buch vom Grafen Bismarck", S. 270.

[2]) Der Wortlaut findet sich abgedruckt in Kohl, „Bismarck-Reden" Bd. II, S. 19 ff.

[3]) Vergl. die Erzählung von Christoph Wild, „der Ölzweig von Avignon" in den „Berliner Neuesten Nachrichten" vom 19. März 1890, Nr. 192.

Digitized by Google

Am 15. September 1862 speiste Herr von Bismarck, damals auf einer Reise durch die Pyrenäen begriffen, mit Herrn Lüning, einem Frankfurter Patrizier und seiner jungen Gemahlin im Hotel Beau séjour in Avignon und machte nach der gemeinsamen Table d'hôte mit dem Hochzeitspaar einen Ausflug in die Umgebung der Stadt. Bei dieser Gelegenheit empfing Bismarck, als er neben der jungen Dame im Fonds der Equipage Platz genommen hatte, die Depesche des Königs Wilhelm, welche ihn nach Berlin berief, um das preußische Ministerpräsidium zu übernehmen. Er machte aus der Nachricht kein Hehl, die doch tags darauf in allen Blättern stand, und sprach die Hoffnung aus, daß es ihm gelingen werde, die Regierung und die Volksvertretung zu versöhnen.

Man fuhr über die prächtige Kettenbrücke am Rhoneufer entlang bis hinaus, wo zwischen reizenden kleinen Besitzungen die Weinberge mit den Olivenhainen wechseln. Hier stieg man aus und promenierte in der balsamischen Luft.

Madame Lüning brach einen Doppelzweig von einem jungen Ölbaum, überreichte ihn graziös Herrn von Bismarck und meinte: „Möchte er Ihnen als Friedenskündiger mit Ihren Gegnern nützlich sein."

„Ich acceptiere nur die Hälfte," erwiderte dieser lächelnd, und eine Rose brechend und ihr die andre Hälfte des Zweiges als dunkle Folie gebend, fügte er hinzu: „Die andre Hälfte hinter dieser Rose künde Ihnen, gnädige Frau, den ewigen Frieden in Ihrer glücklichen Ehe."

Herr von Bismarck zog eine kleine Brieftasche hervor und barg darin sorgfältig den Ölzweig. Seinen anfänglich auf zwei Tage projektierten Aufenthalt in Avignon mußte er abkürzen, und so schied er denn nach flüchtiger Bekanntschaft von seinen jungen Landsleuten, die er übrigens 1866 und zur Zeit des Frankfurter Friedens näher kennen lernte.

In der mehrerwähnten Sitzung der Budgetkommission versicherte er eindringlich, die Regierung suche Versöhnung, keinen Kampf. Endlich erklärte er, man bedürfe der Militärreform, um *nationale Politik* treiben zu können.

Darauf erwiderte man ihm, es sei besser, wenn die Regierung durch den Liberalismus moralische Eroberungen in Deutschland mache.

Noch einmal versuchte Bismarck die Gegner zu erweichen. Er zog seine Brieftasche heraus, entnahm derselben den bewußten Zweig mit trockenen Blättern und rief:

„Diesen Ölzweig habe ich von *Avignon* mitgebracht, um ihn der Fortschrittspartei als Friedenszeichen zu bieten; ich sehe aber, daß ich damit zu früh komme!"

Und als man auch für diese Worte nur ein Lächeln hatte, dann erst reckte sich Bismarck empor und sprach jene berühmten Worte:

„Deutschland sieht nicht auf den Liberalismus, sondern auf die Macht Preußens. Preußen muß seine Kraft zusammenhalten, damit der günstige Moment nicht wieder verpaßt wird. Nicht durch Reden und Beschlüsse, wie 1848 und 1849, werden die großen Fragen der Zeit entschieden werden, sondern durch *Eisen und Blut!*"

Digitized by Google

Dabei zerdrückte seine Rechte krampfhaft ein Zweiglein mit welken Blättern und ließ den Staub zur Erde sinken.

Es war der Ölzweig von Avignon!

Am 13. Oktober 1862 wurde der Landtag durch Bismarck geschlossen, nachdem das Haus der Abgeordneten den Beschluß des Herrenhauses auf Verwerfung seines Budgetbeschlusses als gesetzwidrig für null und nichtig erklärt hatte. Zwei Tage später (15. Oktober) hatte Bismarck eine denkwürdige Unterredung mit dem kurhessischen Abgeordneten Dr. Friedrich Oetker[1]), einem damals in Kurhessen politisch und besonders in der Presse („Hessische Morgenzeitung") thätigen Manne, welcher später zu den Mitbegründern der nationalliberalen Partei zählte. Oetker berichtet in seinen „Lebenserinnerungen"[2]) darüber wie folgt:

„Man kann sich vorstellen, mit welchen Gedanken und mit welcher Zurückhaltung ich mich dem Manne näherte, der damals liberalerseits als der wahre aristokratisch-feudale Unhold angesehen wurde. Serviler Landjunker, eingefleischter Aristokrat, Jagdbummler, leichtsinniger Spieler ꝛc. ꝛc., das waren so etwa die Bezeichnungen, mit denen man den neuen ersten Minister Preußens bedachte. Und ich selbst, wenn ich auch mein Urteil weit freier gehalten hatte, stand doch unter dem Eindrucke der allgemeinen Meinung.

Wie war ich daher erstaunt, in wenig Minuten ein ganz andres Bild in der Seele zu haben, als womit ich das Zimmer des Ministers betreten hatte. Keine Spur von aristokratischem Übermut, borniertem Junkertum, feudaler Einseitigkeit, prinzipieller Verranntheit, diplomatischer Zurückhaltung! . . .

Eine hohe, starke, aber geschmeidige Kraftgestalt kam mir freundlichst bis an die Thür entgegen, reichte mir die Hand, rückte mir einen Sessel zurecht und sagte mit dem gewinnendsten Lächeln: „Na, Sie werden ja auch schon mißliebig bei den Demokraten!"

Gleich aus seinen ersten Äußerungen entnahm ich — und zu meiner großen Freude — daß Herr von Bismarck die deutschen Angelegenheiten noch um viele Grade höher stellte, als seine Vorgänger. Von einem bestimmten Plane war noch nichts zu bemerken; aber desto mehr von einer entschlossenen Thatkraft: man muß die Dinge stets fassen, wie sie eben laufen!

Bismarck wartete nicht auf die Mitteilung meines Anliegens. Er begann sofort, mir seine Ansichten und Bestrebungen in betreff des Handelsvertrags mit Frankreich und des deutschen Zollvereins zu entwickeln. Man sei fest entschlossen, auf jede Folge hin, auch auf die einer „vollständigen Isolierung", am Handelsvertrag mit Frankreich, der ohne Mitwirkung der andern Zollvereinsstaaten ab-

[1]) Oetker, Friedrich, Dr., Schriftsteller in Cassel. Geb. 9. April 1809 in Rehren (Grafsch. Schaumburg). Seit 1838 Obergerichts-Anwalt in Cassel, 1852 rechtswidrig entlassen, 1866 infolge gerichtlicher Klage wieder eingesetzt, ohne von seinem Rechte Gebrauch zu machen. Seit 1859 Herausgeber der „Hessische Morgen-Zeitung" und thätiges Mitglied des National-Vereins. 1848 Mitglied des Vor-Parlaments. 1848—1850 und 1862—1866 Mitglied der Kurhessischen Landtage; Mitglied des Reichstags und des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1867 (nat.-lib.).

[2]) Bd. III, S. 334 ff.

Digitized by Google

geschlossen war, festzuhalten und eine Umbildung der Verfassung des Zollvereins zu erstreben, damit das Veto der einzelnen wegfalle. Dabei solle eine „Vertretung der Bevölkerung" stattfinden, woraus „mit der Zeit, mit den Jahren" — denn auf ein Mal lasse sich so etwas nicht erzwingen — eine bedeutungsvolle politische Konsequenz hervorgehen könne. Die Souveränetät der Fürsten komme dabei nicht allzu empfindlich in betracht, indem solche nur durch Verträge, die auf Kündigung ständen, beschränkt werde. Ob alsbald eine Gesamtgesetzgebung für alle Vereinsstaaten in Handelsangelegenheiten und ähnlichen Dingen erzielt werden könne, lasse er vorläufig dahin gestellt sein. — Sehr wichtig bei diesem Plane sei natürlich Kurhessen. (Das gab Anlaß, noch verschiedene kurhessische Fragen zu besprechen, hinsichtlich deren Oetker Bismarck's Ansicht zu hören wünschte, und die hier übergangen werden können.)

Inzwischen waren schon mehrere Anmeldungen erfolgt, darunter Herr von Sydow u. a. Ich hatte mich bereits erhoben, aber Herr von Bismarck hielt mich noch zurück, er hatte augenscheinlich noch etwas auf dem Herzen, worauf er Wert legte. Es werde mich doch interessieren, fuhr er fort, auch etwas über die innere Frage in Preußen zu vernehmen, was aber nicht für die Öffentlichkeit sei. Er habe der Sache die jetzt vorliegende Richtung ꝛc. gegeben, um vorläufig einen gewissen Abschluß zu erzielen. Die Stimmung sei auf allen Seiten eine solche gewesen, daß eine Verständigung jetzt unmöglich erscheine. Die Zeit werde helfen. Er denke nicht daran, den Konflikt zu schärfen . . . . er hege vielmehr die feste Hoffnung, daß sich in wenigen Monaten ein Weg zur Ausgleichung werde eröffnen lassen.

Als ich meinerseits auf eine Mittelzahl in betreff der drei- bezw. zweijährigen Dienstzeit hinwies, entgegnete Bismarck lebhaft: „Das ist der Henkel, an dem sich die Sache wird fassen lassen; es bedarf aber einiger Zeit" . . . .

Dann klagte Bismarck, daß so viel Verkehrtes in die Öffentlichkeit komme. So habe Frese seine Äußerungen vielfach entstellt veröffentlicht, namentlich auch den Zusammenhang gestört, in dem er von „Eisen und Blut" gesprochen habe; „Blut" sei gleich „Soldaten" gebraucht worden.

Ich schob hier ein, daß ich selbst ganz der Ansicht sei, daß wir ohne „Eisen und Blut", viel Blut sogar, nicht ans Ziel gelangen würden, was Bismarck wie in Gedanken versunken anhörte.

Dann fuhr er fort: er sei der junge Mensch nicht mehr, der sich 1848 „den Barrikaden gegenüber gestellt habe" . . . . Jedem hänge seine Erziehung an . . . Aber in Frankfurt seien ihm die Augen aufgegangen . . .

Übrigens habe er das Ministerium übernommen gerade um Extremes zu verhüten; die Herren von der Opposition irrten sich, wenn sie an ein liberales Ministerium dächten, nach ihm würden vielmehr die Herren v. M. u. s. w. kommen und die Sache könne dann leicht mit „Karlsbader Beschlüssen" enden.

Ich schob abermals eine Bemerkung ein, etwa dahin, daß ich eine ähnliche Auffassung gehegt habe und daß ich ihm keine Pläne „im Sinne der Kreuzzeitung" zutrauen könne.

Digitized by Google

Worauf Bismarck in höchster Lebhaftigkeit: „O Gott bewahre!“ . . . .

Dann folgten Ausdrücke über die „Kreuzzeitung,“ so schwer und so wegwerfend, wie ich sie selbst noch niemals in den Mund oder in die Feder genommen hatte.

Schließlich kam Bismarck nochmals auf den Konflikt zurück. Er strebe aufrichtig nach Ausgleichung; es müsse ein Weg gefunden werden. Denn wenn ein Budget nicht zu stande komme, so liege — wie man über die „Lücke“ in der Verfassung denken möge — jedenfalls ein thatsächlicher Zustand vor, der in der Verfassung nicht erwähnt werde und wobei das Gesetz nicht sage, wer nachgeben müsse . . . .

Dann begleitete mich der riesige Mann mit freundlichstem Gruße und Händedruck bis zur Thür, und Regierungsrat Zitelmann lief mir noch nach wegen der geheimen Adresse.

Es wirbelte mir im Kopfe, als ich auf die Straße, in mein Zimmer trat . . . Das war also der eingefleischte „Landjunker“? . . . Nicht doch! Wie vieles auch berechnet sein mochte — hier war eine ganz außergewöhnliche, großartige Erscheinung! —

Und diese Überzeugung mehrte sich später bei jeder Unterredung.

Aber vergebens war es, auch andre davon zu überzeugen! Da wuchs nur Wut und Widerwille! Man blieb ungläubig und hielt dafür, daß ich von Bismarck bethört sei und angeführt werde[1].“

Im Oktober 1862 fuhr der Ministerpräsident mit dem sich eben wieder der parlamentarischen Carriere widmenden Herrn von Unruh[2] zufällig die Eisenbahnstrecke von Berlin bis Jüterbog. Sehr bald kam Bismarck auf den Streit über die Militärvorlage zu sprechen und wiederholte im wesentlichen, was er bereits in der Budgetkommission des Abgeordnetenhauses geäußert hatte: er habe bei seinem Eintritt in das Ministerium auf eine Verständigung gehofft, leider vergeblich. Es bliebe ihm jetzt nichts andres übrig, als nach der Vorschrift der Verfassung zu verfahren, welche die Regierung verpflichte, dem Landtage das Budget rechtzeitig vorzulegen. Wenn ein solches nicht zu stande komme, so könne der Staat deshalb nicht stillstehen, die nötigen Ausgaben müßten geleistet werden u. s. w. Herr von Unruh sprach sich namentlich dahin aus, daß mit der bloßen Vorlage des Etats die verfassungsmäßige Verpflichtung der Regierung nicht erledigt sei, daß vielmehr die Verfassung unzweifelhaft einen vom Landtage genehmigten Etat im Auge habe. Gerade in dem Umstande, daß nur auf Grund eines solchen die Ausgaben geleistet werden könnten, liege für beide Teile der Zwang, zu einer Einigung zu gelangen; Unruh glaubte auch, daß eine solche zu stande zu bringen sei, nur dürfe die Regierung nicht darauf bestehen, daß das Abgeordnetenhaus jede Forderung der Regierung, auch die zu ganz neuen, großen Ausgaben, unbedingt genehmigen solle.

---

[1] Über eine zweite Unterredung Bismarcks mit Oetker s. unten 7. November 1864.

[2] Vergl. oben S. 6.

Digitized by Google

So wurde noch viel hin und her gesprochen. Schließlich sagte Unruh ganz offen, daß Bismarck auf dem von ihm betretenen Wege notwendig entweder zum Staatsstreich oder nach langem Streit endlich zum Nachgeben gelangen müsse. Bismarck versicherte, daß er an keinen Staatsstreich denke, aber augenscheinlich auch nicht an Nachgeben [1]). — —

Als Bismarck Minister geworden war, erinnerte er sich sofort des früheren Redakteurs der „Kreuzzeitung", Hermann Wagener, der sich 1854 nach seiner Wahl ins Abgeordnetenhaus ganz der parlamentarischen Thätigkeit hingegeben hatte [2]), und nunmehr als der erste mit ihm zu zweien dinierte. „Die Flut der Geschäfte — bemerkt Wagener in seinem Werke „Erlebtes", Abteilung II, S. 17 — die unmittelbar auf ihn einstürmte, war eine solche, daß sie wahrscheinlich jeden andern überwältigt hätte, doch besaß er eben die seltene Gabe, stets fast instinktiv den Punkt zu finden, auf den es ankam, ebenso wie er sich von Anbeginn als Meister des Stils und des richtigen Ausdrucks bewährte. Wie hoch er über seinen Gegnern stand, läßt sich am besten danach bemessen, daß diese auch nicht einmal eine Ahnung davon zu haben schienen, was der Fürst Bismarck in seinem Kopf und Herzen bewegte und erstrebte, und während man ihn dort noch als beschränkten märkischen Junker taxierte, hatte er sich in der Zwischenzeit zum ersten Staatsmann und Diplomaten seiner Zeit entwickelt. Die Illusionen über Österreich mit denen er vielleicht noch nach Frankfurt gegangen war, hatte er während seiner Thätigkeit als Bundestags-Gesandter vollständig abgestreift und er war schon damals von der Überzeugung durchdrungen, daß die nächste und dringendste Aufgabe der preußischen Politik sei, die deutsche Kraft von dem Druck und den Intriguen eines mißverstandenen österreichischen Egoismus zu befreien."

Von der Vortrefflichkeit der reorganisierten preußischen Armee war Bismarck so fest überzeugt, daß er es ausdrücklich aussprach, er würde seine Politik nicht treiben, wenn er es überhaupt für möglich hielte, daß die preußische Armee besiegt werden könne. „Man kann uns auf diesem Gebiete vielleicht alles nachmachen," pflegte er zu sagen, „aber nicht den preußischen Sekonde-Leutnant."

---

[1]) Erinnerungen, S. 15.

[2]) Wagener, Hermann, Geheimer Ober-Regierungs-Rat und vortragender Rat im preußischen Staatsministerium. Geb. 8. März 1815 zu Segeletz (Kr. Neu-Ruppin). Durch das Ministerium Schwerin 1848 zum Austritt aus dem Staatsdienst veranlaßt, wurde er Gründer eines neuen Organs seiner Partei, der „Neuen Preuß. (Kreuz-) Zeitung", deren Leitung er bis 1854 als Chef-Redakteur vorstand. Auch in seiner Stellung als Justizrat beim Obertribunal blieb er, um sich der Politik ungehindert widmen zu können, nur kurze Zeit. Von 1859—1866 gab er ein umfangreiches „Staats-Lexikon" heraus, welches, zwanzig starke Bände umfassend, in seiner Art und namentlich in betreff konservativer Interessen als Quellenwerk bezeichnet werden muß. In amtlicher aktiver Stellung vom 1. April 1866 bis 1. Oktober 1873. Wagener's Verdienste um die konservative Partei, die er sich namentlich auf der Tribüne des Abgeordnetenhauses erwarb, sind bekannt; seine Partei machte ihm in Anerkennung derselben das Rittergut Eulenburg zum Geschenk. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Deutschen Reichs bis 1874. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1853—1858, 1861, 1863—1870.

Digitized by Google

Daß Fürst Bismarck vor 1866 der inneren Politik und der Verwaltung der einzelnen Ressorts nur eine geringe Aufmerksamkeit schenkte, war leicht verständlich. Seine Absicht ging eben dahin, den Souveränetätsschwindel des Parlaments durch seine auswärtige Politik und deren Erfolge aus dem Sattel zu heben[1]), und seine Arbeitslast auf diesem Gebiete war groß genug, um ihm für andre Geschäfte nur wenig Muße zu lassen. „Ich habe damals — bemerkt Hermann Wagener — stets die mit überlegener Einsicht und Kühnheit gepaarte Sicherheit bewundert, mit welcher er jeden Schritt vorwärts that, und erhielt auf meine ausgesprochene Bewunderung von ihm die Antwort: „Ich treibe jetzt auswärtige Politik, wie ich früher auf die Schnepfenjagd ging, und setze nicht eher den Fuß vorwärts, als bis ich den Bülten, auf den ich treten will, als sicher und tragfähig erprobt habe." — —

Aus der Zahl verschiedener unverbürgter Privatgespräche Bismarck's mit einzelnen Abgeordneten will ich eins hervorheben, welches sich auf die polnische Frage bezieht. Die Sendung des Generals von Alvensleben nach Petersburg, die Mobilisierung von vier Armee-Korps, die deutsch-russische Konvention wegen des polnischen Aufstandes, die drohende Sprache der Westmächte schienen im Jahre 1863 ernste Stürme zu verkünden. Im Abgeordnetenhause folgten sich die Interpellationen und Anträge über diese Vorgänge, welche zu stürmischen Scenen führten.

Um diese Zeit traf Herr von Bismarck ein hervorragendes Mitglied des Abgeordnetenhauses auf einem Hofballe. Eine Unterhaltung knüpfte sich an, man kam auf die polnische Frage, und der preußische Ministerpräsident äußerte im wesentlichen folgendes: Es gebe zwei Wege, die polnische Frage zu behandeln; entweder den Aufstand sofort in gemeinsamer Kooperation mit Rußland zu unterdrücken, und somit rasch ein fait accompli zu machen, gegen welches die Westmächte dann vergebens protestieren würden; oder aber, man könne die Sache sich weiter entwickeln, die Russen und Polen sich fester verbeißen lassen, dann, falls die Russen Hilfe erbäten oder gar hinausgeschlagen würden, in Polen einmarschieren und es — für Preußen in Besitz nehmen. Als Herr von Bismarck so weit gekommen, äußerte der mit solcher Mitteilung beglückte Abgeordnete seine Freude über den guten Humor des Ministers, der ihn mit solchem exquisiten Ballscherz regaliere. Im Gegenteil, replizierte Herr von Bismarck, er spreche ernsthaft von ernsthaften Dingen, spreche als preußischer Ministerpräsident; Rußland sei längst

[1]) „Erlebtes", S. 32. Von den parlamentarischen Kämpfen in der Konfliktszeit bemerkte Hermann Wagener, daß Bismarck dieselben immer nur als hors d'oeuvres behandelte und daß es ihm eigentlich ganz bequem war, seine auswärtige Politik hinter dieser Coulisse betreiben zu können. „Für einen Mann von der Einsicht, der Energie und dem Charakter des Fürsten Bismarck waren die parlamentarischen Radelstiche wohl von Zeit zu Zeit unbequem, doch glaube ich wahrgenommen zu haben, daß es ihm vielleicht nicht gelungen wäre, Österreich zu der Kooperation in Schleswig-Holstein zu bestimmen, wenn man dort nicht auf die vermeintliche innere Schwäche und Zerrissenheit Preußens spekuliert und um deswillen Preußen als einen durchaus ungefährlichen Bundesgenossen betrachtet hätte."

Digitized by Google

Polens müde; Kaiser Alexander habe ihm selbst in Petersburg gesagt, die unzivilisiertere Nation der Russen könne die zivilisiertere der Polen nicht beherrschen, die Deutschen würden es können. Wir würden Polen in Jahren germanisieren, sagte Herr von Bismarck, und gleichzeitig fügte er hinzu, es dürfe nur Personal-Union eintreten und die polnischen Abgeordneten würden nicht länger hier in Berlin, sondern in Warschau tagen[1]).

Wie kurzsichtig Bismarck's meisterhafte Politik in der Herzogtümerfrage beurteilt wurde, geht aus nachstehender Zuschrift hervor, welche ein preußischer Abgeordneter zu Anfang des Jahres 1864 an die „Times" richtete. Derselbe wünschte, daß die Herzogtümer Schleswig und Holstein in ihrem Streben, von Dänemark vollständig loszukommen, unterstützt werden. „Da das Land und sein Herzog einen unnachgiebigen und gewissenlosen Feind, keine Waffen und Verbündete haben, so suchen wir ihnen an dem deutschen Bunde einen Freund zu gewinnen, und wir arbeiten auf die Unterstützung dieser Politik durch Preußen hin. Hierin wie in allem andern arbeiten wir vergebens. In dieser wie in allen anderen Angelegenheiten setzt Herr von Bismarck seinen Stolz darin, in geradem Widerspruch mit unsern Ansichten zu handeln. Für ihn sind die Urheber dieser (sehr sanften) Agitation die Demokraten von 1848, die einen Vorwand zum Sturz der konservativen Herrschaft suchen. Für ihn sind die deutschen Regierungen, die dem Verlangen ihres Volkes beigestimmt haben, Verschwörer gegen Preußens Unabhängigkeit. In seinen Augen wäre die Schöpfung eines neuen, zugleich an der Ost- und Nordsee liegenden norddeutschen Staates eine Aussicht auf einen neuen Gegner Preußens, und so sucht er nur einen anständigen Vorwand zur Anerkennung Christians IX. als Herzog von Schleswig und Holstein." — —

Am 7. und 23. November 1864 hatte Bismarck Unterredungen mit dem bereits oben genannten Abgeordneten Dr. Oetker[2]), die sich zumeist auf die Gestaltung verschiedener kurhessischer Fragen beschränkte. Nur gelegentlich berührte der Ministerpräsident auch den Konflikt mit dem Abgeordnetenhause.

Auf Oetker's Bemerkung, daß endlich der innere Hader in Preußen beigelegt werden möchte, der so viel Kraft wegnehme, rief Bismarck lebhaft: „Sie haben vollkommen recht; aber mit den jetzigen Leuten ist zu keiner Verständigung zu gelangen; die Professoren wollen alles besser wissen, über alles Aufschluß haben, in alles mit hineinreden, und das geht in der Politik nicht[3])."

[1]) Das obige Gespräch ist niemals in das Reich der puren Erfindung verwiesen worden, wie beispielsweise die Erzählung des in Warschau lebenden Schriftstellers Berg über die Mission des Generaladjutanten von Treskow nach Dresden zu Anfang des Jahres 1865.

[2]) Vergl. oben S. 20.

[3]) In einem an Motley unterm 17. April 1863 gerichteten Briefe schreibt Bismarck: „Ich bin genötigt, ungewöhnlich abgeschmackte Reden aus dem Munde ungewöhnlich kindischer und aufgeregter Politiker anzuhören." Noch weniger schmeichelhaft äußert sich Bismarck in der Fortsetzung dieses Briefes vom 18. April 1863. „Diese Schwätzer können Preußen wirklich nicht regieren, sie haben zu wenig Witz und zu viel Behagen dumm und dreist . . . Von der Politik über die Kirchturminteressen hinaus wissen sie so wenig, wie wir als Studenten davon wußten, ja noch

Digitized by Google

Als Bismarck später eine ähnliche Bemerkung machte, die Schale seines Unwillens wiederum auf die Liberalen ausgoß, und Oetker bemerkte: „Aber Excellenz, ich gehöre ja auch zu den Liberalen!“

„Das ist richtig — erwiderte er sofort — aber Sie sind ein praktischer, geschichtlicher Mann, kein philosophischer Prinzipienreiter; Sie gehen von links aus, ich von rechts, und da kommen wir sicher zusammen. —“

Beim Abschied warf Bismarck noch einige Äußerungen über den Kurfürsten und über die offiziösen Blätter hin. Auf diese dürfe Oetker kein zu großes Gewicht legen: ein Ministerium sei keine Redaktion . . . . Der Kurfürst denke, man werde in Preußen oktroyieren und dann wolle er's auch thun; da könne er jedoch lange warten [1]).

Wenige Monate vor Ausbruch des Krieges mit Österreich fühlte Bismarck, welcher bis dahin seine persönlichen Beziehungen zu der parlamentarischen Opposition abgebrochen hatte, das Bedürfnis, mit einigen seiner einflußreichsten und intelligentesten Gegner wiederum Unterhandlungen anzuknüpfen: Er ließ sie — bemerkt Ludwig Bamberger in seinem Werke „Herr von Bismarck“ — auf die bedeutungsvollste Art zu vertraulichen Besprechungen zu sich bitten, in welchen er ihnen die Frage vorlegte, ob sie die nötigen Mittel zum Kriege bewilligen und ob sie ihn im Falle einer ersten ungünstigen Wendung unterstützen würden. Er beschwor sie, für eine kurze Zeit ihre feindselige Haltung aufzugeben und nur an das Vaterland zu denken. Man erwiderte ihm, daß er es gewesen, der einen Abgrund zwischen dem Volke und dem Königtum gegraben, durch die unsinnige Art, mit der er beharrlich die öffentliche Meinung gereizt und jede Rückkehr zum Vertrauen in die Regierung unmöglich gemacht habe. Herr von Bismarck bestritt nicht das Gewicht dieser Anklagen, aber er verschanzte sich hinter die unlösbaren Schwierigkeiten seiner Stellung neben einem den modernen Ideen widerstrebenden Herrn und Meister, der von ultra-aristokratischen Einflüssen umgeben, bei seinem vorgerückten Alter wenig zu Meinungsänderungen geneigt sei. Er forderte sie auf, für jetzt nur an den Staat und das große Vaterland

---

weniger, in auswärtiger Politik sind sie auch einzeln genommen Kinder; in allen übrigen Fragen aber werden sie kindisch, sobald sie in corpore zusammentreten, massenweise dumm, einzeln verständig.“

[1]) Eine Bestätigung der obigen Politik Bismarck's liegt auch im folgenden: Am 19. Juni 1865, dem Tage vor der Abreise des Königs nach Karlsbad, wurde in Berlin ein Kabinettskonseil gehalten über die der zweiten preußischen Kammer gegenüber zu ergreifenden Maßregeln. Der Kriegsminister von Roon war der Ansicht, daß mit dem gegenwärtigen Abgeordnetenhause und dem bestehenden Wahlgesetz nicht länger zu regieren sei und Oktroyierungen stattfinden müßten; von Bismarck dagegen behauptete, daß eine Veröffentlichung des Budgets im Verwaltungswege zur Kenntnisnahme des Publikums vollkommen ausreiche. Auf diesem Wege könne man die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses ruhig ertragen. Man werde dieselben in solchen Fällen, wo sie die Zustimmung des Königs fänden, wie bisher acceptieren, in andern aber, wo sie wegen Mangels an Übereinstimmung der drei Faktoren wirkungslos seien, unberücksichtigt lassen. Bismarck's Ansicht drang durch.

Digitized by Google

zu denken, und setzte auseinander, wie man, ohne sich eitlen Selbsttäuschungen hinzugeben, von der Zukunft das beste hoffen könne. Er erkannte ohne Umschweife an, daß einige seiner Kollegen im Ministerium es wohl verdienten, entfernt zu werden, und daß man bei Gelegenheit des Militärgesetzes Unrecht gethan, nicht mehr wie geschehen, zu einer Verständigung mit der Kammer die Hand zu bieten; daß er für seine Person diese beiden Resultate zu erreichen gewünscht, daß man aber seinen Einfluß überschätze, daß er mit unübersteiglichen Hindernissen zu kämpfen habe. Der König, sagte er, wolle von einem versöhnlichen Schritte, welcher irgend eine Reduktion der Armee zur Folge hätte, nichts hören, und es wäre verlorne Mühe, ihm eine Veränderung in der Zusammensetzung des Kabinetts anzusinnen.

Bei dieser Lage der Dinge, sagte der Minister, hätte er alles seinem großen, seit acht Jahren verfolgten Zwecke opfern müssen. Dieser Zweck war die Ausschließung Österreichs, die wesentlichste Bedingung zur Bildung eines deutschen Staats. Österreich im italienischen Kriege beizustehen, wäre ein Selbstmord gewesen, und mit diesen nämlichen Worten behauptete er seinerzeit dem Könige von jenem Entschluß abgeraten zu haben, der für einen Augenblick die größte Aussicht hatte, angenommen zu werden. „Mein größter Triumph — rief er mehrmals in diesen Unterredungen aus — ist, vom Könige von Preußen die Kriegserklärung gegen Österreich und die Berufung eines deutschen Parlaments erlangt zu haben. Überlassen Sie das übrige der Zukunft und fragen Sie mich nicht, warum ich dies höchste Ziel nicht erreichen konnte, ohne die Presse und die Kammer gegen mich aufzubringen. Es giebt große Dinge, die man nicht mit Reden und Abstimmungen durchsetzen kann. Man muß dazu fünfmalhunderttausend Bajonette haben."

Herrn von Bismarck fiel es nicht schwer, die Männer, welchen er auf diese Weise unter den interessantesten Bekenntnissen sein Herz ausschüttete, zu überzeugen, daß sie in diesem entscheidenden Momente seinen Rücktritt unmöglich wünschen konnten; er anderseits, fügte er hinzu, könne die Schwierigkeit seiner Stellung nicht noch dadurch vermehren, daß er auf eine Politik eingehe, welche von derjenigen der vier letzten Jahre von Grund aus verschieden wäre. „Ich kann von meinem Posten zurücktreten — sagte er — aber ich kann mich nicht dem Schein aussetzen, von heute auf morgen ungesattelt zu haben, um so weniger, als ich dadurch alle Widersacher meiner großen Politik gegen mich entfesseln würde."

Solche, im Tone einnehmender Offenherzigkeit gegebene Erklärungen bahnten eine schließliche Verständigung an zwischen dem Minister und einem einflußreichen Teile der Opposition, welcher sich ihn zu unterstützen entschied, nicht nach dem errungenen Siege, sondern bevor noch der Kanonendonner von Königgrätz seinen Argumenten zu Hilfe gekommen war.

Wir sind in der Lage, über die hier von Bamberger angedeuteten Verhandlungen einige nähere Details geben zu können.

Digitized by Google

Beginnen wir mit dem Abgeordneten Dr. Miquel[1]), der schon zwei Jahre vorher Bismarck's Verdienste um die deutsche Sache bereitwillig anerkannt hatte. Im November 1864 hielt derselbe nämlich eine Rede, der ich nachstehende Stellen entnehme: „Meine Herren, sehen wir auf die Thatsachen der Gegenwart. Da hatten wir zuerst praktisch zu agitieren um Wiederherstellung der Verfassung in Kurhessen und wer hat den Ausschlag gegeben und geben müssen? Meine Herren, ich sage mit entschiedener Betonung: Bismarck. Wer hat den Zollverein wieder hergestellt? Es ist unter der Regierung Bismarck's geschehen. Wer hat das österreichische Reformprojekt vereitelt? Herr von Bismarck. Wer hat Schleswig-Holstein befreit? Herr von Bismarck. Sie werden nicht verkennen, daß ich weit entfernt bin, dem Ministerium Bismarck Lorbeeren zu streuen. Alles, was hier Herr von Bismarck that, hat er vielleicht wider Willen gethan, aber er hat es im Interesse Preußens zugleich für Deutschland gethan und thun müssen, da in allen großen Fragen das deutsche und preußische Interesse zusammenfällt" (Bravo)[2]).

Über Bismarck's erstes Begegnen mit Miquel berichtet der letztere: Ich war längere Zeit vor dem Kriege zum Besuche bei Verwandten in Berlin, Ende Mai oder Anfang Juni. Bei dieser Gelegenheit fragte mich Geh. Rat Abeken, ein Osnabrücker, ob ich nicht geneigt wäre, bei der schweren Zeit einmal mit dem

---

[1]) Miquel, Johannes Dr., preußischer Finanzminister, geboren am 21. Februar 1829 zu Neuenhaus, evangelisch. Seit 1855 im hannoverschen Verfassungskampf, 1859 Mitbegründer und Ausschußmitglied des Nationalvereins, 1864 Geschäftsführer des Schleswig-Holstein-Ausschusses dieses Vereins, 1864 als Abgeordneter der kleinen Göttingenschen Städte in die hannoversche zweite Kammer eingetreten, 1865 zum Oberbürgermeister von Osnabrück gewählt, 1869—1873 Direktor der Diskonto-Gesellschaft in Berlin, 1882 Oberbürgermeister von Frankfurt a. M. Von 1867—1877 Mitglied des Reichstages (erst für Osnabrück, dann für Waldeck) des preußischen Abgeordnetenhauses, jetzt des Herrenhauses. 1887 in den Reichstag gewählt für Friedberg (Hessen) und Kaiserslautern, nahm er letzteres Mandat an.

[2]) Vor einem Jahre — so bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" Nr. 270 vom 17. November 1864 hierzu — würden kaum solche Worte zu Gunsten Bismarck's in der Generalversammlung laut geworden sein, nach einem Jahre dürfte vielleicht noch mehr Grund vorhanden sein, Herrn von Bismarck, dem Staatsmann, der stets „besser gewesen ist als sein Ruf", Gutes nachzusagen. Unsere Leser mögen uns nicht mißverstehen und irre an uns werden, aber wenn man die deutsche Misère sich vergegenwärtigt und die Persönlichkeiten, welche an der Spitze der übrigen deutschen Staaten stehen, mit der kühnen Entschlossenheit und der genialen Fruchtbarkeit des preußischen Premier vergleicht, dann wird man uns zustimmen müssen. Wenn man sich nicht scheut, einen Minister wie Herrn von Beust, der zehn Jahre lang an Gewaltmaßregeln und politischen Nichtswürdigkeiten sich überboten und in Sachsen gewirtschaftet hat, wie es Bismarck selbst beim schlechtesten Willen in Preußen nicht möglich gewesen wäre, wenn ein solcher Minister heute von der liberalen Partei „angetoastet", von schwarz-rot-goldenen Vereinen mit Fackeln und obligaten Vivats empfangen wird, dann — ja dann kann man es uns wahrlich nicht verübeln, wenn der Vertrauensdusel auf uns ansteckend wirkt und wir Anwandlungen bekommen, Herrn von Bismarck als den „rechten Mann" zu preisen, der, wenn es nach seinem Willen ginge, dieser mittelstaatlichen und k. k. österreichischen Intriguen- und Kabalen-Wirtschaft schon längst ein Ende gemacht haben würde. Am Ende ist uns ein Mann der That immer noch lieber als Männer der Phrase, des Separatismus, der Zaghaftigkeit und des politischen Jesuitismus!

Digitized by Google

Grafen Bismarck mich zu unterreden. Ich lehnte anfänglich dies ab, nicht, weil ich irgendwie an Hannover dachte, denn wir glaubten noch immer, es würde eine Einigung zwischen Preußen und Hannover zu stande kommen, sondern wegen der allgemeinen politischen Verhältnisse, und wegen des scharfen Gegensatzes, in dem meine politischen Freunde, die mit im Nationalverein waren, zum Teil gegen Bismarck standen. Die Sache war mir nicht bequem. Schließlich ließ ich mich bewegen, wenn ich eine schriftliche Einladung bekäme, damit ich meinen politischen Freunden gegenüber mich legitimieren könnte. Nun kam ich also zu ihm in Audienz tief in der Nacht wegen starker Beschäftigung. Bismarck unterhielt sich mit mir, bei welcher Gelegenheit ich mich bemühte, dahin zu kommen, im allgemeinen deutschen Interesse, daß der Verfassungskonflikt ausgeglichen werde. Er erwiderte, daß er gegenwärtig nicht dazu im stande sei aus nicht näher mitgeteilten Gründen. Am Schlusse unserer Unterredung kam der Herr Ministerpräsident auf etwas Andres. Er sagte: „Sie sind ja hannoverscher Abgeordneter, was denken Sie, haben wir Aussicht, daß Hannover sich zu uns in ein freundschaftliches Verhältnis stellt?“ Darauf sagte ich: „Excellenz, darüber kann ich keine Mitteilung machen. Ich bin in der Opposition, habe keine Beziehungen zum Hofe und zu den dortigen Anschauungen. Darüber kann Ihnen der preußische Gesandte Auskunft geben.“ Darauf sagte er: „Wir haben mit Hannover gefochten im siebenjährigen Kriege und in den Freiheitskriegen. Preußen, wenn es zu einem Konflikt und Bruche kommt, was ich nicht weiß, ist in einer gefährlichen Lage, wir können nur dringend wünschen, daß Hannover sich neutral hält, mehr verlangen wir nicht, und Geneigtheit zeigt, teilzunehmen an der Rekonstruktion der Bundesverhältnisse, die nicht so bleiben können, wie sie sind.“ Ich glaube, daß er hinzufügte, vor einigen Tagen sei mit Stockhausen, dem damaligen Gesandten, ein Freundschaftsvertrag abgeschlossen, und er hoffe bestimmt, daß er ratifiziert werde. Dies läge im offenbaren Interesse des Landes. Ich fragte, ob ich von dieser Äußerung Gebrauch machen dürfe. Er sagte, dem stehe nichts entgegen, es wäre ihm sogar sehr erfreulich. Er hat dies verschiedenen Personen gegenüber geäußert.

Die Unterredung, welche der Ministerpräsident am 20. Juni 1866 mit dem damals noch zur Fortschrittspartei gehörigen Abgeordneten Hans Victor von Unruh hatte, ist im ersten Bande (2. Auflage, S. 324 ff.) dieses Werkes von diesem letzteren selbst geschildert worden[1].

Vor Unruh war auch Twesten[2] zu Bismarck berufen worden. Ihr Verhältnis zu einander zu schildern, ist eine undankbare Aufgabe. Der Abgeordnete

[1] In den oben erwähnten „Erinnerungen“ J. D. H. Temme's, welcher 1863—1864 Mitglied des Abgeordnetenhauses war, findet sich über Bismarck nichts Erwähnenswertes. Temme ist entrüstet über die Redewendungen desselben. „Meine Herren, ich nehme das Geld, wo ich es finde! — Meine Herren, ich führe Krieg auch ohne Sie.“

[2] Twesten, Carl, in Berlin. Geboren 22. April 1820 in Kiel. Unter den Begründern der Fortschrittspartei verfaßte er großenteils die ersten Aufrufe und Programme derselben. Seit 1862 Mitglied des Abgeordnetenhauses, suchte er in dem Militärkonflikt einen Ausgleich auf Grund der zweijährigen Dienstzeit oder einer festen Präsenzzahl der Armee herbeizuführen.

Digitized by Google

fühlte sich eine Zeit lang zu dem leitenden Staatsmann hingezogen, und er wirkte auch zeitweise für seine Politik. Aber es lebte noch eine zweite Seele in ihm, die ihn zum Politiker unfähig machte; er witterte, auch nachdem Bismarck den Frieden mit der Volksvertretung geschlossen hatte, überall die Tendenz zu Gesetzesbrüchen und Verletzungen der Verfassung, und ging dann in der Verteidigung derselben oft mit einer falsch angebrachten Schneidigkeit und Rücksichtslosigkeit vor, die Bismarck schließlich die Überzeugung beibringen mußte, daß es Twesten mehr zu thun sei, in den Augen der Menge als Volkstribun zu erscheinen, denn als ein praktischer Mitarbeiter der Regierung. „Mit Twesten glaubte ich noch einmal zusammen im Ministerium zu sitzen," äußerte Bismarck einmal. Es kam so wenig dazu, daß schließlich sogar der persönliche Verkehr der beiden vollständig erkaltete [1]).

Über seine, Ende Mai oder Anfangs Juni 1866 erfolgte Unterredung mit Bismarck schrieb Twesten Ende Juni 1866 seinem Freunde Gustav Lipke [2]), welcher Twesten gefragt hatte, ob nicht zur Beruhigung der Gemüter wenigstens an Stelle der am meisten mißliebigen Minister Lippe und Eulenburg andere, populäre Männer gestellt werden könnten.

„An eine Änderung in dem System oder den Personen der Regierung ist gar nicht zu denken. Bismarck giebt zu, daß liberale Maßregeln und Personen die Chancen des Krieges durch die Wirkung auf das Inland wie auf das übrige Deutschland verbessern, die Erfolge des Sieges namentlich durch die Wirkung auf Napoleon größer und sicherer machen würden; er erklärt, daß er selbst den König zu einem liberalen Ministerium nötigen würde, wenn er im auswärtigen Ministerium zu ersetzen wäre; er versichert, daß er nicht an einem liberalen Ministerium teilnehmen könne, der König sich nicht zu einem solchen entschließen werde. Außer stande, einen großen Aufschwung in Preußen und Deutschland hervorzurufen, erkennt er an, daß es dringend erforderlich, wenigstens so weit zu einer Verständigung zu kommen, daß Geldbewilligungen seitens des Abgeordnetenhauses erfolgen können. Aber selbst dazu soll nichts geschehen. Ich bin auf seinen Wunsch bei ihm gewesen, habe ihm gesagt, daß uns ohne Herstellung des

[1]) Twesten wurde Ende 1861 zum erstenmal in das preußische Abgeordnetenhaus gewählt, nachdem sich die politische Welt kurz vorher lebhaft mit ihm beschäftigt hatte aus Anlaß der anonymen Schrift desselben: „Was uns noch retten kann. Ein Wort ohne Umschweife." Berlin 1861. Infolge dieser Schrift kam es zu einem Pistolenduell zwischen dem General von Manteuffel und dem Stadtgerichtsrat Twesten, wobei der letztere durch einen Schuß in den rechten Arm verwundet wurde. Während der Konfliktszeit bekämpfte Twesten die Verfassungsverletzungen der Regierung, aber er begünstigte so wenig den unfruchtbar, nur verneinenden Radikalismus, daß er sogar aus dem Vorstande der Fortschrittspartei ausgeschlossen wurde. Das erste Rededuell zwischen Bismarck und Twesten erfolgte in der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 17. April 1863, bei welcher Gelegenheit der Abgeordnete dem Minister einen scharfen aber ganz unnötigen Hieb auf Bismarck's frühere Stellung zur schleswig-holsteinischen Frage versetzte. Bismarck's spätere Politik in dieser Frage erkannte Twesten bereitwillig an.

[2]) Vergl. zum Folgenden den Aufsatz von Gustav Lipke: Bismarck und Twesten in der „Deutschen Revue", IV. Jahrgang, Heft 4. 1880, S. 1—23. Auch die „Grenzboten" 1870. IV. Quartal, S. 162.

Digitized by Google

verfassungsmäßigen Budgetrechts jede Verhandlung über Geldbewilligungen unmöglich sei, daß die Bewilligungen aber ohne andere, außerhalb der Budgetfrage liegende Bedingungen sicher erfolgen würden, sobald sie uns durch Herstellung des verfassungsmäßigen Bodens rechtlich und moralisch möglich gemacht würden. Ich konnte ihm diese Versicherung geben, obwohl damals (vor 3 Wochen) noch viel mehr gerufen wurde: diesem Ministerium kein Geld, weil ich sicher war, daß sich das im Kriege schnell ändern würde, und weil ich sah, daß unser Interesse, bewilligen zu können, bald größer sein würde, als sein Interesse, Bewilligungen zu erhalten. Jetzt wird der Ruf: unbedingt bewilligen! schon ziemlich laut. Das ist uns unmöglich. Könnte die Regierung ohne uns kein Geld erhalten, so würde sie in demselben Augenblick nachgeben; aber sie kann es ohne uns auf absolutistischem Wege erhalten, und so wird sie den Weg gehen. Ich machte ihm spezielle Vorschläge über die Budget-Operationen ꝛc. und habe auf seinen Wunsch einen Entwurf für die Thronrede gemacht, worin der König unter Ankündigung der Finanzvorlagen die Zusicherung erteilen sollte, daß künftig nicht ohne ein durch die drei Faktoren festgestelltes Etats-Gesetz regiert und keine Ausgabe gegen einen Beschluß einer Kammer gemacht werden sollte[1]).

Seitdem hat er Unruh zu sich, hat ihm erklärt, das ganze Ministerium sei mit meinem Vorschlag und Entwurf einverstanden gewesen, aber der König habe alles verweigert. Dann hat er nur gemeint, wir müßten auch so für den Krieg bewilligen. Das wird hoffentlich nicht geschehen. Der äußere Erfolg wird allerdings ziemlich derselbe sein; wird ohne uns, oder mit unserer einfachen Unter-

[1]) Twesten's Entwurf zu einem Passus der Thronrede. Bismarck zugestellt am 3. Juni 1866 lautet: In dem Augenblick, da die Verteidigung des Vaterlandes Meinem Volke große Anstrengungen und Opfer auferlegt, ist es Mein dringender Wunsch, die Zweifel über das Grundgesetz des Staates gehoben und die bisher widerstreitenden Auffassungen um der gemeinsamen Aufgabe willen versöhnt zu sehen.

Damit der in der Verfassungs-Urkunde vorgesehene Zustand der regelmäßigen Verwaltung wieder hergestellt werde, wird Meine Regierung unverzüglich den Staatshaushalts-Etat für das laufende Jahr zur gesetzlichen Feststellung vorlegen. Während des Krieges können Verhandlungen über die Organisation des Heeres im Frieden und über die regelmäßige Verpflichtung zum Kriegsdienste nicht stattfinden; auch ist ein spezieller, den gewöhnlichen Verhältnissen entsprechender Voranschlag und eine Trennung der ordentlichen und außerordentlichen Ausgaben für die Armee nicht möglich. Es ist daher statt des Etats des Kriegsministeriums eine den Erfordernissen dieses Jahres entsprechende Pauschsumme für den Unterhalt der Armee und die Kriegführung in den Staatshaushalts-Etat aufgenommen. Soweit es zur Deckung der Staatsausgaben außerordentlicher Mittel bedarf, wird Ihnen über die Beschaffung derselben ein besonderer Gesetzentwurf zugleich mit dem Budget vorgelegt werden.

Um die zwischen Meiner Regierung und einem Teil der Landesvertretung entstandenen Zerwürfnisse zum Abschluß zu bringen, und um Meinem Volke ein neues Pfand zu geben, erkläre Ich, daß die Verwaltung des Staates in Zukunft nicht ohne ein durch die drei Faktoren der Gesetzgebung festgestelltes Etats-Gesetz geführt und hinfort keine Ausgaben geleistet werden sollen, welche von einem der Häuser des Landtags verweigert worden sind; und Ich will, daß diese Meine Zusicherung als eine die Staatsregierung für alle Zeiten bindende Auslegung der bisher streitig gewesenen Verfassungs-Bestimmung gelten soll.

Digitized by Google

werfung gesiegt, so wird wahrscheinlich der Erfolg für die Umgestaltung Deutschlands nicht sehr groß und gewiß die Herrschaft der Reaktion im Innern lang und drückend werden. Aber ich ziehe unsere Niederlage durch die Gewalt der Regierung selbst mit Suspension der Verfassung und allem übrigen der Niederlage durch eigenen Abfall und die daran sich knüpfende Demoralisation vor. Und dabei behalten wir doch die eine Chance einer Nachgiebigkeit für den Fall, daß der Krieg sich in die Länge ziehen, oder daß während desselben ein Regierungswechsel eintreten sollte. Für das erste ist an einen Zwang durch Geldnot so wenig zu denken, wie an einen Zwang durch die Haltung des Volkes, wovon natürlich manche träumen, oder jetzt schon träumten.

Ich kam mit Bismarck überein, nicht von der Unterhandlung zu sprechen, so lange ein Erfolg zu hoffen, wünsche auch jetzt nicht, daß die Sache durch mich in das Publikum kommt, und bitte Dich also, in der nächsten Zeit nicht davon zu sprechen." —

Wir kommen zu Rudolf von Bennigsen[1]); derselbe scheint von Haus aus Bismarck skeptischer gegenüber gestanden zu sein als sein Kollege Miquel. Ein Beweis hierfür liegt in dem von ihm unterm 18. Januar 1866 an Dr. Friedrich Oetker gerichteten Briefe, abgedruckt in Bd. III, S. 423 der Lebenserinnerungen des letzteren.

Die persönliche Bekanntschaft zwischen Bismarck und Bennigsen vermittelte Dr. Friedrich Oetker, welcher hierüber a. a. O. S. 425 ff. wie folgt berichtet:

„Während des ganzen Winters trug ich mich mit dem Gedanken, ob nicht eine Annäherung zwischen Bismarck und Bennigsen zu ermöglichen sei.

Gelegentlich der Mai-Sitzung hatte ich wieder eine Unterredung mit Bismarck und gewann darin wiederholt die Überzeugung, daß er entschieden darauf ausging, das Kriegsglück zwischen Preußen und Österreich entscheiden zu lassen, selbst auf die Gefahr seines eigenen persönlichen Sturzes, ja seines Untergangs.

Unter solchen Umständen fand ich mich doppelt veranlaßt, auf nationaler Seite ein richtiges Verständnis der Sachlage herbeiführen zu helfen. Ich machte daher Herrn von Bismarck den Vorschlag, eine persönliche Bekanntschaft mit Bennigsen zu suchen; eine schriftliche Einladung werde gewiß nicht ohne Erfolg bleiben, und ich selbst wolle nötigenfalls das Meinige dazu beitragen. Nach einigem Besinnen erklärte sich Bismarck mit dem Gedanken einverstanden, und

[1]) von Bennigsen, Rudolf, Dr. h. c.; Oberpräsident der Provinz Hannover, Wirklicher Geheimer Rat zu Hannover. Nationalliberal. — Geboren am 10. Juli 1824 zu Lüneburg; evangelisch; trat 1856 aus dem Staatsdienst, weil ihm der Urlaub in die zweite hannoversche Kammer verweigert wurde. Seit 1856—1866 Führer der hannoverschen Opposition. Mitbegründer des Nationalvereins und dessen Präsident von 1859 bis zur Auflösung des Vereins im Jahre 1867. Seit 1867 Mitglied des Norddeutschen und des Deutschen Reichstages bis zum Jahre 1883 und wiederum von 1887 ab; 1867–1873 Vizepräsident dieser Körperschaften. Von 1867–1883 Mitglied der preußischen zweiten Kammer. Vizepräsident derselben von 1867—1873 und dann Präsident von 1873—1879. Mitglied des hannoverschen Provinziallandtags von 1867—1888 und Landesdirektor der Provinz Hannover von 1868—1888. Oberpräsident der Provinz Hannover seit 1888.

Digitized by Google

schon vor der Ausschußsitzung teilte mir Bennigsen mit, daß ihn Bismarck durch ein Schreiben von Keudell's auf den 14. Mai, abends neun Uhr, habe einladen lassen. Ich riet natürlich, darauf einzugehen, und gab zugleich Herrn von Bennigsen einige nähere Aufschlüsse über meine eigenen Beziehungen zu Bismarck. Bennigsen war bereit, der Einladung zu entsprechen, hielt sich jedoch für verpflichtet, den Ausschuß von seinem Vorhaben vertraulich in Kenntnis zu setzen.

Da kam es denn zu einem sehr lebhaften Wortwechsel und Meinungszwiespalt. Besonders erklärte sich der verstorbene Rechtsanwalt Lang aus Wiesbaden, dieser kernbrave Rheinländer, mit größtem Nachdruck gegen einen solchen Schritt. Der Ausschuß müsse sich mit aller Entschiedenheit dagegen verwahren, daß sein Präsident, der Präsident des Nationalvereins, der hier nicht als Privatperson in Betracht komme, mit Bismarck in Verkehr trete.

Ich war natürlich ebenso entschieden andrer Meinung, und die Ansichten der übrigen Mitglieder waren ebenso geteilt. Einige, die zu den entschiedensten Gegnern Bismarck's gehörten, z. B. Dr. Metz aus Darmstadt, sprachen sich doch dafür aus, daß Bennigsen der Einladung folge. Ja, Metz gab nicht undeutlich zu verstehen, daß er selber nicht übel Lust hätte, eine solche Unterredung zu haben, um ein Stück Marquis Posa zu spielen. Die Mehrheit würde sich aber doch augenscheinlich gegen den Besuch ausgesprochen haben. Da erklärte Herr von Bennigsen, daß er es nur für seine Pflicht gehalten habe, nicht ohne Vorwissen der Mitglieder zu handeln, daß er aber einen Beschluß über den Gegenstand nicht für geeignet halte, diesen vielmehr als eine persönliche Angelegenheit betrachte und die Verantwortlichkeit für seine Handlung allein übernehme.

So fand denn die Unterredung der beiden Männer statt[1]), und auch Bennigsen kam mit der Überzeugung zurück, daß der Krieg bevorstehe."

Obwohl vorstehende Mitteilungen des verstorbenen Dr. Friedrich Oetker ungenau sein sollen, habe ich dieselben doch erwähnen zu sollen geglaubt, will aber gleich hinzufügen, was Herr von Bennigsen[2]) selbst über die betreffende Unterredung vom 19. Mai 1866 bei Gelegenheit eines Prozesses gegen den hannoverschen Redakteur von Dannenberg mitzuteilen für gut fand.

„Etwa in der dritten Woche des Mai, einige Tage nach dem Attentat auf den Grafen Bismarck, als in Berlin eine Sitzung des Ausschusses des Nationalvereins stattfand, bekam ich während der Verhandlungen einen Brief des vortragenden Rates des Ministerpräsidenten, von Keudell, später Botschafter in Rom. In diesem Briefe schrieb er mir, daß der Herr Ministerpräsident den Wunsch habe, mich zu sprechen, am selben Abend oder am folgenden. Sofort habe ich geantwortet, daß ich am Abend den Besuch machen würde. Nachdem ich diese

[1]) Vergl. auch die „Grenzboten" 1873. I. Quartal, S. 6—15.

[2]) Zu vergl. über denselben: Wiermann, Der deutsche Reichstag, seine Parteien und Größen. Bd. II, S. 1—101 und S. 246. Karl Braun (Wiesbaden), Reichstagebuchblätter 1877, S. 56—63. Adolf Kiepert, Zum 70. Geburtstage Rudolf von Bennigsen's. Rückblick auf das Leben eines Parlamentariers. Hannover, Verlag von Karl Meyer, (Gustav Prior) 1894.

Digitized by Google

Antwort weggeschickt, habe ich den Mitgliedern des Nationalvereins Mitteilung davon gemacht. (Miquel ist wahrscheinlich anwesend gewesen, es waren überhaupt gegen 20 Mitglieder da.) Ich will vorausschicken, daß ich, als ich zum Ministerpräsidenten ging, ihn überhaupt nicht kannte. In der Unterredung hat der Herr Ministerpräsident von Bismarck mir seine Pläne über die Umgestaltung Deutschlands mitgeteilt für den Fall, daß Österreich im Kriege von Preußen besiegt werden würde, einen Sieg, den er als zweifellos voraussetzte. In dieser Unterredung ist von Hannover überhaupt nicht gesprochen worden. Das hatte seinen Grund darin, daß ich gleich bei Beginn der Unterredung befürwortete, daß in unserer politischen Unterhaltung von Hannover nicht gesprochen werden dürfe, eine Befürwortung, die von dem Herrn Ministerpräsidenten innegehalten ist. Im übrigen hat der Herr Ministerpräsident in der Unterredung damals mir mitgeteilt, er beabsichtige, sobald Österreich besiegt sei, in Deutschland eine bundesstaatliche Verfassung einzuführen unter Mitwirkung der Bevölkerung, welche mit möglichst ausgedehntem Wahlsystem zu einer Versammlung zur Mitbeschließung der Verfassung berufen werden solle. Über diese bundesstaatliche Einrichtung ist verschiedentlich unter uns geredet worden. Der Plan, den der Herr Ministerpräsident entwickelte, entspricht im wesentlichen vollständig demjenigen, was später in der norddeutschen Bundesverfassung und in der deutschen Reichsverfassung zur Ausführung gekommen ist. Er entspricht im wesentlichen auch demjenigen, was Herr von Gagern als Ministerpräsident 1848/49 als deutsche Reichsverfassung hinstellte und was in der Reichsverfassung von 1849 von der deutsch-nationalen Versammlung beschlossen ist, was der Nationalverein in seinen Statuten, dann aber in die programmmäßigen Beschlüsse aus den Jahren 1860 und 1863 aufgenommen hat.

Der wesentliche Inhalt der Politik des Fürsten Bismarck, der Bestrebungen des Nationalvereins ist der gewesen, daß ein engerer Bundesstaat mit Centralgewalt und Parlament geschaffen werden möge ohne Österreich. Dieselbe Idee ist die Grundlage desjenigen, was der Herr Ministerpräsident für den Fall der Besiegung Österreichs in Aussicht genommen hatte. Mit Österreich sollte nach dem Nikolsburger Frieden verhandelt werden über das Verhältnis, wie es auf politischem und militärischem Wege hergestellt werden kann. Es ist dies eine der ersten Ideen des Fürsten Bismarck gewesen. Über die Stellung, die Hannover nehmen würde, ist überhaupt nicht gesprochen, weil damals, wie notorisch, zwischen Preußen und Hannover über dieses Verhältnis verhandelt wurde, und ich keine Verantwortung übernehmen wollte. Es ist dieses der Grund, weshalb ich verlangt habe, daß darüber nicht gesprochen werden sollte.

Der Herr Ministerpräsident hat offenbar die Absicht gehabt, mir nicht als Herrn von Bennigsen, sondern als Präsident des Nationalvereins diese Mitteilung zu machen, und ich habe Veranlassung genommen, den politisch wesentlichen Inhalt am folgenden Tage den Mitgliedern des Ausschusses mitzuteilen, mit Ausschluß von Urteilen über Personen. Die Absicht, wenn sie auch nicht ausgesprochen war, war die, über diese Reformpläne für Deutschland, welche allgemein ange-

Digitized by Google

zweifelt wurden, auch von mir, mir eine eingehende Mitteilung zu machen für meine politischen Freunde[1])." — —

Wenn wir von geschäftlichen Verhandlungen Bismarck's mit Abgeordneten in dieser Periode verhältnismäßig so wenig zu berichten vermögen, so ist zu bedenken, daß wir mitten in der Konfliktszeit stehen, wo es leichter ist ein Kapitel über die schlechten als über die guten Beziehungen des Ministerpräsidenten zum Parlament zu schreiben. Dies fällt aber außerhalb des Rahmens dieses Buches[2]). Nur der eine Konflikt möge erwähnt werden, der zu einer Forderung des Abgeordneten Virchow durch Bismarck führte. In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 2. Juni 1865 zog Virchow mit dürren Worten die Wahrhaftigkeit des Ministerpräsidenten in Zweifel. Bismarck ließ Virchow durch den Hauptmann von Puttkamer als Kartellträger am 3. Juni auffordern, entweder jene Äußerung durch öffentliche Erklärung zurückzunehmen, oder sich mit ihm zu schießen. Virchow erblickte nach der „Vossischen Zeitung" in der bemängelten Äußerung nichts Beleidigendes und wies deshalb auch jede öffentliche Erklärung zurück. Ebenso lehnte der Abgeordnete Virchow das Duell mit Rücksicht auf seine parlamentarische Stellung ab[3]).

Über diese Angelegenheit schrieb Bismarck am 26. Dezember 1865 dem ihm befreundeten Prinzen Roman von André: „Was die Virchow'sche Sache anbelangt, so bin ich über die Jahre hinaus, wo man in dergleichen von Fleisch und Blut Rat annimmt. Wenn ich mein Leben an eine Sache setze, so thue ich es in

---

[1]) Es beruht auf einer ganz willkürlichen Kombination, wenn der Franzose Bilbort in seinem Buche „Das Werk des Herrn von Bismarck" Bd. I, S. 228 bemerkt, Bennigsen habe zu Bismarck in der Konferenz vom 19. Mai 1866 gesagt: „Wir verfolgen denselben Zweck, nämlich die Einigung, wo nicht die Einheit Deutschlands zu begründen; wir weichen einzig und allein in der Wahl der Mittel ab; Sie wollen dies Ziel durch den Krieg erreichen, und ich erachte dies für einen schweren Fehler; denn Sie werden gezwungen sein, die Kraft Süddeutschlands zu brechen. Aber auch Ihre Kräfte werden sich in dem schrecklichen Kampfe erschöpfen und Sie werden dann verhängnisvoller Weise Frankreich Zugeständnisse machen müssen, die sich vielleicht hätten vermeiden lassen, wenn diese Einigung oder Einheit auf friedlichen Wege hergestellt worden wäre."

[2]) Diese Seite der Frage findet man behandelt in dem Werke „Fürst Bismarck und nicht seine Leute" von Dr. Wolfgang Frank. Leipzig 1882 Friedrich Thiel. In Format und Ausstattung ganz à la Moritz Busch, beschäftigt sich das Buch mit den parlamentarischen Kämpfen Bismarcks, ihren Ursachen, Anfängen, spannendsten Episoden, ferner mit der Charakterisierung der Führer der verschiedenen, dem Fürsten mehr oder minder gegenüberstehenden parlamentarischen Parteien. Das Charakterbild des Fürsten ist lebensfrisch, da seine persönlichen Äußerungen selbst die eindrucksvollste Farbe dazu geben.

[3]) Auch die „Volks-Zeitung" wollte gehört haben, daß am 3. Juni durch einen Offizier, Herrn von Puttkamer, vom Professor Virchow namens des Ministerpräsidenten eine Ehrenerklärung oder eine Genugthuung im Wege des Duells gefordert wurde. Herr Virchow habe die erstere nicht abgelehnt, sondern nur zur Gegenbedingung gemacht, daß der Herr Ministerpräsident seinerseits die Erklärung abgebe, daß er durch seine Bezugnahme auf Hannibal Fischer weder den Referenten noch die Mitglieder der Kommission persönlich habe beleidigen wollen. Zu vergl. auch die Notiz in Kohl „Bismarck-Reden", Bd. II, S. 375.

Digitized by Google

demjenigen Glauben, den ich mir in langem, schwerem Kampfe, aber in ehrlichem und demütigem Gebete vor Gott gestärkt habe, und den mir Menschenwort, auch das eines Freundes im Herrn und eines Dieners seiner Kirche, nicht umstößt."

In den letzten Tagen des Monats Juni hatte Bismarck noch eine scharfe Auseinandersetzung mit einem hervorragenden Mitgliede der konservativen Partei, dem Appellationsgerichts-Präsidenten Dr. von Gerlach[1]). „Wissen Sie nicht," sagte Bismarck zu dem Vertreter des Legitimitäts-Gedankens „was der König von Hannover sich von den Österreichern hat versprechen lassen, und können Sie danach im Ernst an die preußische Regierung die Zumutung richten, diesen Fürsten, für welchen Deutschland nichts als eine Phrase ist, so zu behandeln, als wenn wir nur mit einander gespaßt hätten?"

„Fürchten Sie nicht," entgegnete ihm von Gerlach, „damit den Weg der internationalen Revolution zu betreten und in Deutschland ähnliche Zustände herauf zu beschwören, wie wir dieselben leider in Italien vor Augen haben?" „Ich verstehe es," sagte Bismarck, „daß Sie als alter Soldat aus den Napoleonischen Kriegen nur mit schwerem Herzen daran gehen, das Schwert mit Österreich zu kreuzen, und daß Sie sich nicht mit dem Gedanken befreunden können, den deutschen Bund und mit diesem ein Triumvirat deutscher Fürsten verschwinden zu sehen; doch sollen Sie dabei nicht übersehen, in welcher Weise Preußen seitens des deutschen Bundes behandelt worden ist, und daß es nicht an dem guten Willen der beteiligten Fürsten liegt, wenn Preußen nicht wieder in seine Stellung vor dem 7 jährigen Kriege zurück gedrückt wird."

„Ich fürchte," sagte Gerlach, „daß Ew. Excellenz einen sehr gefährlichen Gang gehen und daß Sie Geister heraufbeschwören, deren Sie schwerlich wieder Herr werden. Unsre alte Freundschaft hat mir deshalb keine Ruhe gelassen, bis ich mein Herz vor Ihnen ausgeschüttet habe; ich kann Ihnen auf dem Wege, welchen Sie betreten haben, nicht folgen und ich bin zu alt, um meine Ansichten zu wechseln wie einen abgetragenen Rock."

„Es wird mir tief schmerzlich sein," sagte Bismarck, „wenn unsere Wege sich trennen, und Sie, was ich vermute, sich verpflichtet fühlen, mir auch öffentlich entgegen zu treten; doch ist mein Entschluß unbeugsam, und ich sehe nicht mehr zurück, sondern nur nach vorwärts und werde mit meiner Politik stehen und fallen[2])!"

---

[1]) von Gerlach, Ernst Ludwig, Appellationsgerichts-Präsident a. D. in Magdeburg. Geb. in Berlin 7. März 1795 (evang.), 1844 I. Präsident des Ober-Landesgerichts in Magdeburg und 1842 Mitglied des Ministeriums Savigny und Mitglied des Staatsrats. 1849 bis 1851 Mitglied der I., 1852 bis 1858 Mitglied der II. Kammer. 1874 wegen einer Flugschrift bestraft und dienstentlassen. Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses seit 1874 für Wipperfürt ꝛc., demnächst auch Mitglied des Reichstags, dort Hospitant des Centrums; verstorben den 18. Februar 1877.

[2]) „Bismarck", Erzählung von einem Staatsmann, Deutsche Revue 1866, Oktober-Heft. Bereits unterm 7. Mai 1866 hatte sich der Rundschauer der „Kreuzzeitung" in derselben sehr eindringlich gegen die Politik Bismarck's und die durch sie bewirkte innere Auflösung der kon-

Digitized by Google

Über die letzten Stunden, die Bismarck am 29. Juni 1866 im Kreise von Abgeordneten vor seiner Abreise nach dem Kriegsschauplatz zubrachte, berichtet einer derselben (Hermann Wagener) wie folgt: „Die Stunde war schon weit vorgerückt, als der Ministerpräsident von Bismarck wie gewöhnlich in seinen Salon trat, um seine Freunde, die sich um diese Zeit zu versammeln pflegten, zu begrüßen und sich von den Anstrengungen des Tages im Schoße seiner Familie etwas zu erholen.

Nach den inzwischen eingegangenen Siegesnachrichten war man bereits in gehobener Stimmung, ein Gefühl, welchem Bismarck noch dadurch Ausdruck verlieh, daß er sagte: „Meine Herren, ich habe es stets als ein Axiom behandelt, daß die preußische Armee in ihrer jetzigen Gestalt und Führung überhaupt nicht besiegt werden könne, und ich habe deshalb auch unsre bisherigen Siege nur als eine Art von Morgengabe entgegengenommen. Nichtsdestoweniger beuge ich mich unter die Hand Gottes und will den Tag nicht vor dem Abend loben. Meine Parole bleibt: „Kehre nimmer, oder kehr' als Sieger." Wenn ich nun heute Euch „auf baldiges Wiedersehen" zurufe, so geschieht dies nicht in leichtfertigem Übermut, sondern mit dem Vorbehalte, „so Gott will". Was mich besonders schmerzlich bewegt, ist die Erfahrung, daß meine Pläne gerade bei meinen besten Freunden von früher am wenigsten Verständnis zu finden scheinen, und die Perspektive, daß es der zähe preußische Partikularismus sein wird, welcher dem von mir geplanten Aufbau der deutschen Einheit die größten Schwierigkeiten bereitet. Helfen Sie mir deshalb den nationalen Gedanken zu beleben und vergessen Sie nicht, daß uns nach dem Kriege mit Österreich voraussichtlich noch andere Kämpfe erwarten, aus denen nur die Gesamtkraft Deutschlands als Siegerin hervorgehen wird. Ich habe vor einigen Tagen von unserm alten Freunde Gerlach so zu sagen politischen Abschied genommen [1]) und ich fürchte, daß, wenn auch nicht alle die Charakterstärke besitzen werden, mir öffentlich entgegenzutreten, doch die Zahl derjenigen nicht klein sein wird, welche mich im stillen als den Zerstörer des alten Preußens anfeinden oder mir wohl gar noch schlimmere Absichten zutrauen."

„Gestatten Sie mir," unterbrach ihn Herr von Below-Hohendorf, „Ihnen als Alterspräsident der hier Anwesenden ein einstimmiges Vertrauensvotum auszusprechen, denn wenn wir auch heute noch nicht bis an das Ende Ihrer Pläne zu schauen vermögen, so wissen wir doch, daß der König von Preußen keinen treueren Diener hat als Sie, daß die berechtigten Eigentümlichkeiten unsers Vaterlandes in Ihren Händen gut aufgehoben sind, und daß Ihr Zweck kein anderer sein kann als alles, was der Erhaltung wert ist und was Preußen zu dem gemacht hat, was es ist, zu einem Gemeingute der deutschen Nation zu machen."

---

servativen Partei in Preußen ausgesprochen. Vergl. auch die Schrift Gerlach's „Licht und Bismarck's Finsterniß". Von einem Österreicher. Im Selbstverlag des Verfassers, Braunschweig 1870. 32 Seiten.

[1]) Vergl. oben S. 36.

Digitized by Google

„Ja, mein alter Freund," sagte Graf Bismarck, indem er ihm herzlich die Hand schüttelte, „wenn wir viele solche Konservative hätten! Man wird mich nicht dahin bringen, meine Pläne fallen zu lassen, aber man wird mich zwingen, meine Mitarbeiter dort zu suchen, wo ich sonst nichts zu suchen hätte, um so auf nicht unbedenklichen Umwegen zum Ziele zu gelangen."

„Ich verstehe Dich nicht ganz," sagte Herr von Kleist-Retzow, „wir haben Dich bisher auf allen Deinen Wegen ohne viel zu fragen rückhaltlos unterstützt, und ich sehe nichts, was diese unsre Haltung alterieren könnte."

„Gedenke unsres heutigen Gesprächs, mein lieber Hans," entgegnete Bismarck lächelnd, „wenn ich Dir dermaleinst das bekannte „auch Du, Brutus" zurufen sollte. Ich setze meine Hoffnung zunächst auf die Armee, welche uns nicht allein zum Siege führen, sondern auch den Kristallisationspunkt bilden wird, den Kern Deutschlands zusammenzufassen und unsre Errungenschaften nach allen Seiten sicher zu stellen."

„Und nun, meine Herren," fuhr er fort, „entschuldigen Sie mich, ich werde wahrscheinlich die Morgensonne am Arbeitstische begrüßen müssen."

Tags darauf, 8 Uhr morgens, begab sich Bismarck im Gefolge des Königs zur Armee nach Böhmen.

Ich schließe die Konfliktszeit mit zwei Aufzeichnungen ab, welche sich in dem litterarischen Nachlasse des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger [1]) fanden [2]). Die erste ist betitelt:

Eine tragikomische Kammerscene und eine ernste Bismarck-Enthüllung

und lautet:

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 11. Mai 1863 wurde über den Gesetz-Entwurf, betreffend die Abänderung und Ergänzung des Gesetzes vom

[1]) Reichensperger, Peter Dr.; Obertribunalsrat a. D. zu Berlin, Centrum — Geboren am 28. Mai 1810 zu Koblenz; katholisch. War Landgerichtsrat in Koblenz, Appellationsgerichtsrat in Köln. Schriften: 1847 die „Agrarfrage"; 1848 „Die preußische Nationalversammlung und die Verfassung vom 5. Dezember 1848"; 1851 „Entwurf eines Hypothekengesetzes"; 1856 „Die freie Agrarverfassung"; 1860 „Gegen die Aufhebung der Zinswuchergesetze" und „Deutschlands nächste Aufgaben" (von August und Peter Reichensperger); 1882 „Erlebnisse eines alten Parlamentariers im Revolutionsjahr 1848"; 1888 „Die Gemeinschädlichkeit der in Aussicht gestellten Erhöhung der Kornzölle". 1848 Mitglied der preußischen Nationalversammlung, 1850 des Volkshauses in Erfurt, seit 1849 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses; war anfänglich bei der liberalen Opposition, seit den Ministerialerlassen von Raumer und Westphalen vom Mai 1852 in der „katholischen Fraktion", nach deren Beseitigung im Jahre 1861 Mitglied des Centrums. In den konstituierenden Reichstag gegen Schluß der Session eingetreten, stimmte er gegen die Bundesverfassung, später im Abgeordnetenhause für dieselbe, indem er anführte, daß diese Verfassung hier nicht mehr, wie im Reichstage, verbessert, sondern nur noch abgelehnt oder angenommen werden könne; geschehe letzteres nicht, so sei jede politische Einigung Deutschlands gefährdet, da die Landesfürsten durch den Allianzvertrag nur noch auf wenige Wochen gebunden seien. Mitglied des Reichstages in allen Sessionen bis 1890.

[2]) Der Schwiegersohn des verstorbenen Abgeordneten Dr. Peter Reichensperger, Professor Loersch in Bonn, hatte die Güte, mir die oben abgedruckten historisch bedeutsamen Aufzeichnungen für dieses Werk zu überlassen.

Digitized by Google

3. September 1814 über die Verpflichtung zum Kriegsdienst, verhandelt. An heftigen Angriffen gegen das Ministerium fehlte es dabei nicht und der Kriegsminister von Roon forderte und erhielt durch den Vize-Präsidenten von Bockum-Dolffs das Wort. Er sagte: „Wenn Äußerungen, wie sie hier gemacht worden sind: „Die Verfassung ist verletzt," oder wenn, wie der letzte Vorredner (von Sybel) für gut gefunden, mir die Berechtigung, zum Patriotismus zu ermahnen, um deswillen abgesprochen, weil ich den Unfrieden, oder wie er sich sonst ausdrückte, ins Land geschleudert habe, — wenn dergleichen persönliche Äußerungen gegen das Ministerium oder gegen eines seiner Mitglieder erhoben werden, so ist das nach meiner Auffassung eine ganz unberechtigte Anmaßung."

Der Vize-Präsident von Bockum-Dolffs unterbrach den Minister und wollte einem andern Abgeordneten das Wort erteilen. Roon ersuchte, ihn nicht zu unterbrechen, und der darauf folgende Wortwechsel endigte damit, daß der Vize-Präsident — unter stürmischen Tumulte — die Sitzung „vertagte", indem er sich bedeckte. [1])

Die Einzelheiten dieser Scene hat der stenographische Bericht aufbewahrt, der sich leider versagt hat und sich wohl versagen mußte, die dabei mitspielende humoristische Tücke des Schicksals zugleich zu verewigen. Diese Tücke bestand nämlich darin, daß der dem Herrn Vice-Präsidenten überbrachte Hut viel zu weit war und darum nicht bloß sein Haupt bedeckte, sondern bis auf dessen Schultern herabsank und nur mit Hilfe des Büreaus in die richtige Verfassung gebracht werden konnte. Selbst die Katone der Versammlung mußten in die unwillkürliche laute Heiterkeit einen Augenblick einstimmen.

Allein diese Heiterkeit hielt nicht lange vor. Die Sitzung war durch den ominösen Hut glücklich vertagt, aber jeder fragte sich, was nun weiter geschehen könne und werde. Man sah die Herren vom Fortschritte die Köpfe zusammenstecken und besorgliche Blicke nach dem Präsidentenstuhle und dem Kabinett richten, in welchem die Minister verschwunden waren. Nach einer halben Stunde kamen einige jener Herren zu mir und meinten, die Angelegenheit sei doch ohne Not auf die äußerste Spitze getrieben worden, — es sei zur Vermeidung eines Bruches dringend zu wünschen, daß der Kriegsminister unter etwaiger Erneuerung seines Protestes in der Sitzung wieder erscheine und die Sache einfach tot geschwiegen werde. Zu dem Ende möchte ich doch mit den Ministern sprechen, da ich mit denselben nicht auf eben so gespanntem Fuße stände wie sie.

Selbstverständlich teilte ich den Wunsch jener Herren, entschloß mich aber erst nach gehöriger Rücksprache mit meinen politischen Freunden zu dem ebenso delikaten, als zweifelhaften Versuche. In dem Ministerkabinett traf ich nur den Herrn Kriegsminister mit der Korrektur seines stenographischen Berichts beschäftigt. Ich teilte ihm die Veranlassung und den Zweck meines Erscheinens kurz mit und sprach die Hoffnung aus, daß er nach Wiedereröffnung der Sitzung erscheinen werde. Noch sichtlich erregt, fuhr er mich mit der Frage an, wie ich ihm, einem alten General, zumuten könne, nach der ihm widerfahrenen Behandlung in der

[1]) Vergl. darüber auch die Denkwürdigkeiten Roon's Bd. II., S. 120.

Digitized by Google

Sitzung zu erscheinen — davon könne keine Rede sein. Ich erwiderte, daß ich nicht vermeint habe, zu dem Herrn General, sondern zu dem Staatsmanne und Kriegsminister zu sprechen, der doch die allgemeinen politischen Interessen nicht außer Betracht lassen werde. Er wollte dies gelten lassen und ließ mich dann eingehender meine Ansicht auseinandersetzen, bemerkte aber, daß er um deswillen nicht darauf eingehen könne, weil er mit den bereits weggegangenen Ministern das Gegenteil verabredet und einen Ministerrat auf den Abend festgestellt habe, in welchem der weitere Beschluß gefaßt werden solle.

In diesem Augenblicke erschien der Ministerpräsident von Bismarck und fragte, was denn vorgefallen sei. Ich teilte ihm kurz die Sachlage und den Zweck meiner Anwesenheit sowie die letzte Äußerung des Herrn von Roon mit, worauf er erklärte, daß es vor der Hand bei jenem Beschlusse der Minister verbleiben müßte, und mich einlud, ihn nach Hause zu begleiten, um ausführlicher zu berichten, damit Herr von Roon ruhig seine Korrektur vollenden könne.

Auf der Leipzigerstraße unterbrach nun Herr von Bismarck, plötzlich stillestehend, meine Erzählung von der Hutkatastrophe mit der Frage: „Wissen Sie, wem diese Schweinereien das meiste Vergnügen machen?"

Ich: „Bitte Excellenz, mir Ihre Antwort zu sagen, da es darauf doch allein ankommt."

Bismarck: „Das will ich Ihnen sagen, — das ist der hohe Bundestag zu Frankfurt a. M."

Nun war an mir die Reihe, betroffen still zu stehen und mir einen Augenblick der Überlegung zu erbitten. Ich erwiderte dann, daß, wenn dem wirklich so sei, dies die schwerste Verurteilung Seiner Excellenz und seiner Bestrebungen darstelle.

„Wieso meinen Sie das?" fragte der Ministerpräsident.

„Nun," erwiderte ich, „dieser hohe Bundestag ist doch wohl keiner Sympathie mit demokratischen Schweinereien verdächtig?"

„Nein", meinte Bismarck trocken.

„Dann muß also — entgegnete ich — jener deutsche Bundestag Grund haben, in Ihnen, Excellenz, eine weit größere Gefahr zu erblicken, als in allen Demokraten Deutschlands!"

„Und darin soll er Recht bekommen!" schloß Bismarck; sprach's und bog mit stummem Gruße und stolz gehobenem Haupte nach der Wilhelmstraße ab.

Ich aber wanderte verdutzt und mit erregten Gedanken heimwärts, fest überzeugt, ein Wort gehört zu haben, welches schwere Ereignisse verkündigte. Oft habe ich dieses Wortes bei den diplomatischen Schachzügen der folgenden Jahre und namentlich des Frühjahrs 1866 gedacht und mußte schließlich anerkennen, daß der hohe Bundesrat in dem ihm von Herrn von Bismarck suppeditierten Urteile nur zu sehr Recht bekommen hat. Verhältnismäßig untergeordnet ist dabei die Frage, ob er geschickt operiert, oder seinem entschlossenen Gegner ins Messer gelaufen, — seine Existenz war und blieb trotz der auf ewige Zeit verbrieften Dauer der deutschen Bundesakte auf die Spitze des Degens gestellt.

Digitized by Google

Ich glaube meinerseits durch Aufzeichnung obiger Äußerung auch keine Indiskretion zu begehen, da ich sie bis zum Jahre 1866 für mich behielt, und Fürst Bismarck nach jenem siegreichen Feldzuge im Abgeordnetenhause selber erklärte, daß der Budgetkonflikt nie eingetreten wäre, wenn er den Zweck der Armeevermehrung ohne Gefährdung seines Endzieles hätte verlautbaren dürfen.

Der heute noch lebende, hochbejahrte Abgeordnete von Bockum-Dolffs[1]), dem die drollige Hutscene passierte, war zu Bismarck bereits bei dem ersten vereinigten Landtage dadurch in Beziehungen getreten, daß er ihn im Auftrage von Georg Vincke darüber befragen mußte, ob er diesen durch eine etwas korrumpierte Wiedergabe einer früheren Rede desselben habe persiflieren wollen. Von dieser Stunde an hat von Bockum-Dolffs dem Fürsten Bismarck seine volle Ehrerbietung gewidmet, wie er sie demselben noch heute, nur in erhöhtem Maße, zollt, wenngleich ihre beiderseitigen politischen Überzeugungen weit auseinander gingen.

Die kurze Periode, während welcher der Prinz-Regent nicht nur nach den Worten, sondern auch im Sinne der beschworenen Verfassung zu regieren anfing, wurde durch Minister wahrgenommen, die zu schwach waren, um den Gegenströmungen den nötigen Widerstand entgegenzusetzen; dasselbe galt von den bislang liberalen Fraktionen Vincke, nachmals Grabow. Dadurch entstand bei vielen Abgeordneten der Wunsch, eine neue, völlig unabhängige Fraktion zwischen dem Fortschritt und den reaktionären Parteien zu bilden. Dieser Gedanke kam bei der Krönung zu Königsberg zur Ausführung, und mit dem alleinigen Programm „Zur Aufrechterhaltung der Verfassung" entstand das „linke Centrum", das sehr bald über 100 Mitglieder zählte. Dasselbe war an und für sich regierungsfreundlich, bei allen Zuwiderhandlungen gegen die Verfassung aber und bei allen reaktionären Praktiken völlig unzugänglich, jedenfalls aber weit entfernt, eine grundsätzliche Oppositionspartei zu sein. Die Kamarilla, das Ministerium, alle Büreaukraten, alle Reaktionäre betrachteten aber diese Ausscheidung aus den Alt-Liberalen mit höchstem Mißfallen und gaben dieser Empfindung, wo immer möglich, gehässigen Ausdruck, während die Betroffenen selbst stets an den Tag legten, daß ihnen ein solches Gebahren gleichgültig sei.

Als mehrjähriger Vorsitzender der Budget- und andrer Kommissionen hatte von Bockum-Dolffs zum öftern Gelegenheit, dem Fürsten Bismarck seine

---

[1]) von Bockum-Dolffs, Florens Heinrich, Gutsbesitzer in Völlinghausen (Kr. Soest). Geb. 19. Februar 1802 (evangel.), führte als Landrat i. J. 1851 die Kreisordnung vom 11. März 1850 im Kr. Soest (dem einzigen im Staate, dem sie zu teil geworden) ein, worauf er am 8. Okt. 1852 die Denkmünze „für bewiesene Treue im aktiven Dienst" und am 14. dess. M. seine Dispositionsstellung „im Interesse des Dienstes" erhielt. 1859 als Ober-Reg.-Rat nach Koblenz berufen, wurde er 1862 nach Gumbinnen versetzt, wodurch er 1865 sich veranlaßt fand, den Staatsdienst aus Gesundheitsrücksichten zu quittieren und die Bewirtschaftung seines Gutes zu übernehmen. v. B. war 1847—48 Mitglied des vereinigten Landtags, 1849—51 Mitgl. der I. Kammer, seit 1852 Mitgl. des Abg.-H., seit 1869 Mitgl. des Reichstags bis 1881 (liberal, keiner Fraktion angehörig).

Digitized by Google

Ehrerbietung zu erkennen zu geben und stets wurden die Äußerungen desselben mit Wohlwollen entgegengenommen. Auch später, als von Bockum-Dolffs keiner Fraktion mehr angehörte, änderte sich dieses Verhältnis nicht.

Die obige Erzählung des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger ruft übrigens die Erinnerung an einen heftigen Zusammenstoß wach, den der Ministerpräsident in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Mai 1863 mit dem Vize-Präsidenten Behrend hatte. Es war auf dem Höhepunkt des Verfassungskonflikts während des polnischen Aufstandes. Die fortschrittlichen Abgeordneten von Hoverbeck und von Carlowitz hatten den Antrag eingebracht, die preußische Regierung solle sich den kämpfenden Parteien gegenüber neutral verhalten, insbesondere solle niemandem gestattet sein, ohne gleichzeitige Entwaffnung preußisches Gebiet zu betreten. Dagegen erhob sich der Ministerpräsident von Bismarck. Er warf der Fortschrittspartei vor, sie rufe dem Auslande zu: „Kommt her, der Augenblick ist günstig, Preußen . . . .“ Hier unterbrach ihn ungeheurer Widerspruch und Lärm, worauf Bismarck fortfuhr:

„Nun, es freut mich, daß Sie noch ein Gefühl der Entrüstung äußern.“ (Unterbrechung. Ruf: Zur Ordnung!)

Der Vize-Präsident Behrend erklärte hierauf: „Ob der Herr Ministerpräsident irgend eine Freude über das, was das Haus zu thun gedenkt oder gethan hat, hier äußern will, ist seine Sache. Einen Ordnungsruf über diese Äußerung halte ich nicht für gerechtfertigt.“

Bismarck bestritt darauf, daß die Minister überhaupt zur Ordnung gerufen werden könnten und führte dann einen persönlichen Hieb gegen Herrn von Unruh, auf den Steuerverweigerungsprozeß anspielend. Vom Vize-Präsidenten Behrend zur Sache verwiesen, leugnete er in heftigen Ausfällen, der Disziplinargewalt des Präsidenten zu unterstehen und fuhr heraus: „Sie haben nicht das Recht, mich zu unterbrechen. Die Disziplinargewalt des Herrn Präsidenten hat in diesen Schranken ihre Grenzen.“

Darauf erwiderte Behrend unter einem Beifallssturm des ganzen Hauses: „Der Präsident des Hauses übt in diesem Saale seine Disziplinargewalt aus, so weit diese vier Wände reichen, sie endet nicht am Ministertische“. Und da Bismarck abermals den Steuerverweigerungsprozeß anzog, erklärte Behrend, sofort die Vertagung auszusprechen, falls der Ministerpräsident abermals nicht zur Sache Gehöriges vorbringen würde, worauf dann Bismarck unter lebhaftem Widerspruch des Hauses seine Rede zu Ende brachte.

Die Streitfrage, ob Regierungs-Kommissarien der Disziplinargewalt des Präsidenten unterliegen, ist zwar heute noch nicht rechtlich ausgetragen. Sollte sie aber einmal praktisch werden, so ist sicher von Interesse, die Ansichten kennen zu lernen, welche sich bei dem Fürsten Bismarck in einer weit später zurückliegenden Zeitperiode darüber gebildet haben. Zu Anfang der achtziger Jahre

Digitized by Google

hatte Fürst Bismarck einem Kaiserlichen Beamten gegenüber, welcher als Kommissar ungewöhnlich heftige Kämpfe im Reichstag zu bestehen gehabt hat, folgende Direktive gegeben. „Wenn es dazu kommen sollte, daß Sie vom Präsidenten des Reichstags zur Ordnung gerufen werden, so rufen Sie den Präsidenten Ihrerseits auch zur Ordnung."

Die zweite Aufzeichnung des Abgeordneten Franz Peter Reichensperger ist betitelt:

Ein folgenreiches parlamentarisches Kabinetsstück

und lautet wie folgt:

Bei Eröffnung der Landtagssession am 15. Januar 1866 bestand der unter dem Namen des Budgetkonflikts bekannte Verfassungsstreit zwischen der Landesvertretung und der Regierung noch in gleicher Schärfe, wie seit 4 Jahren. Die Majorität des Abgeordnetenhauses hatte die verfassungsmäßige Zulässigkeit der im Jahre 1860 ohne dessen Zustimmung eingeführten neuen Armee-Organisation bestritten und auf Grund des im Art. 99 der Verfassungs-Urkunde gewährleisteten Ausgabe-Bewilligungsrechtes die Zustimmung zu der für die Erhöhung der jährlichen Rekruten-Aushebung von 40000 auf 63000 Mann geforderten Mehr-Ausgabe von $8\frac{1}{2}$ Millionen Thalern, die durch einen Zuschlag von 25 Prozent zur Klassen- und Einkommensteuer bezw. Mahl- und Schlachtsteuer teilweise gedeckt werden sollten, abgelehnt. Die begonnenen Verhandlungen schlossen sofort jeden Zweifel darüber aus, daß die Majorität auf jenem Standpunkte beharren werde, sowie, daß die Staatsregierung die sog. Lückentheorie nicht aufzugeben, sondern die bisherige budgetlose Verwaltung fortzusetzen gedenke.

Nicht minder gewiß war, daß die rechte Seite des Hauses sowie das Herrenhaus, welches durch Verwerfung des abgeänderten Staatshaushalts-Etats das freie Verfügungsrecht des Ministeriums über alle Staatsausgaben festgestellt zu haben behauptete, auf dem bisherigen Standpunkte beharren werde. Als packende Parole zum Widerstande diente dabei das ausgegebene Schlagwort, daß nach der Forderung des Abgeordnetenhauses die schon unter dem vorhergehenden liberalen Ministerium der neuen Aera (Graf Schwerin, von Patow) an die neuen Regimenter feierlich abgegebenen Fahnen in der Budget-Kommission gestreckt und niedergelegt werden sollten.

Dieser Stand der Dinge wurde in weiten Kreisen nicht bloß vom finanziellen Standpunkte peinlich empfunden, sondern man erkannte zugleich, daß mit dem mißachteten Ausgabe-Bewilligungsrechte des Abgeordnetenhauses die gesamte verfassungsmäßige Zukunft des Landes ernstlich gefährdet sei. Die kleinste Fraktion[1]) des Abgeordnetenhauses entschloß sich darum, den Versuch zu machen, durch einen die entgegenstehenden Interessen möglichst ausgleichenden Antrag der budgetlosen Zeit ein Ende zu machen und die Rückkehr zu normalen Zuständen herbeizuführen.

[1]) Welche Fraktion hierunter zu verstehen war, und wie dieselbe entstand, wird auf S. 46 ausgeführt werden.

Digitized by Google

Zu dem Ende beantragte der Abgeordnete Peter Franz Reichensperger, unterstützt durch 14 Genossen der „Centrumsfraktion“ unterm 22. Januar 1866: an Se. Majestät den König eine Adresse zu richten, in welcher 1. „das verfassungsmäßige Ausgabe-Bewilligungsrecht der Landesvertretung nach Maßgabe der beigefügten, 30 Folioseiten umfassenden Denkschrift dargelegt und 2. der König gebeten werde, jenes Recht grundsätzlich anzuerkennen und der Staatsregierung zu befehlen, der Landesvertretung mit Anträgen entgegenzukommen, welche die mit der neuen Heereseinrichtung verbundene Mehrbelastung des Landes auf das von der Staatsregierung selbst als zulässig anerkannte, jedoch bisher von derselben nicht angegebene Minimum zu ermäßigen geeignet sind“, endlich 3. die Versicherung ausgesprochen werde, „daß nach Sicherstellung des Rechtes des Abgeordnetenhauses das letztere an die Budgetberatung mit dem Entschlusse herantreten werde, die endliche Beseitigung des, den wahren Interessen der Krone und des Landes zuwiderlaufenden Konfliktes durch möglichste Berücksichtigung der obwaltenden Verhältnisse herbeiführen zu helfen“.

Dieser Antrag wurde von den beiden Hauptparteien des Hauses gleich ungnädig aufgenommen, indem die fortschrittliche Opposition von irgendwelcher Genehmigung der neuen Armee-Organisation nichts wissen wollte, die rechte Seite des Hauses aber jede Anerkennung des verfassungsmäßigen Ausgabe-Bewilligungsrechtes starr zurückwies.

Bei der Plenarverhandlung vom 22. Februar trat der Abgeordnete Dr. Gneist, welcher schon am 5. Mai 1865 erklärt hatte, „die Maßregeln der Regierung trügen das Kainszeichen des Eidbruches an der Stirn“, dem Antrage am schärfsten entgegen, indem er unter anderm erklärte, daß eine Adresse erfolglos sein werde, so lange die gegenwärtigen Personen und das gegenwärtige System sich am Ruder befänden. „Es begann, — sagte er, — alsbald die Neupreußische Regierungsweise, welche nicht ihre Maßregeln nach den Gesetzen sondern die Gesetze nach ihren Maßregeln mißt. Das Königliche Regiment besteht nur einfach darin, daß in Preußen durch Ministerialbeschluß jedes Gesetz für Nichtgesetz und jedes Nichtgesetz für Gesetz erklärt wird, je nach der Maßgabe des vorliegenden Zweckes, und daß die Beamten — auch die der Gerichte bis zum Boten herab — schuldig sind, den zeitigen Ministern hold und gewärtig zu sein und zu diesen Interpretationen positiven Beistand zu leisten“.

Der Abgeordnete Twesten wiederholte die Erklärung, „daß es unmöglich sei, von irgend einem Kompromiß zu sprechen, so lange die gegenwärtigen Ratgeber der Krone stehen,“ — und der Abgeordnete Waldeck erwartete ebenfalls von der Denkschrift und der Adresse keinen Erfolg.

Der gouvernementale Abgeordnete Wagener richtete sodann seine Angriffe gegen das sogenannte konstitutionelle Machtgelüste der Opposition und wünschte nur eine Adresse zu machen, „worin Seine Majestät der König gebeten wird, aus königlicher souveräner Machtvollkommenheit die Initiative zur Lösung unsres Verfassungskonflikts zu ergreifen,“ was dann seitens der Opposition als eine Aufforderung zum Absolutismus bezeichnet wurde.

Digitized by Google

Der Antragsteller, Abgeordneter Franz Peter Reichensperger erörterte, unter Darlegung der dem gesamten Verfassungsrecht drohenden Gefahren, eingehend die erhobenen Einwendungen und forderte zur Zuversicht in den Sieg des Rechtes auf kraft des Dichterwortes:

Wir sind geschlagen, nicht besiegt,
In solchem Kampf erliegt man nicht.

Während dieser ganzen Verhandlung saß das Staatsministerium am grünen Tische, allein kein Mitglied desselben öffnete den Mund, um den Anklagen entgegenzutreten oder sich über den Adreßantrag zu äußern; erst als derselbe abgelehnt war, erhob sich der Ministerpräsident Graf Bismarck mit der Erklärung, er habe dem Hause Mitteilung von zwei königlichen Verordnungen zu machen. Die Versammlung erhob sich in allseitiger größter Überraschung und vernahm erstens, daß am folgenden Tage die Sitzung des Landtags geschlossen und daß derselbe zweitens bis dahin vertagt werde. Zur Erklärung dieser Verordnungen wurde in der Thronrede ausgeführt, daß das Abgeordnetenhaus von Anfang an nur eine feindliche, ja verfassungswidrige Stellung eingenommen habe, und dann gesagt:

„Angesichts dieser Übergriffe mußte die Staatsregierung sich die Frage vorlegen, ob von der Fortsetzung der Verhandlungen des Landtags gedeihliche Ergebnisse für die Wohlfahrt und den inneren Frieden des Landes überhaupt zu erwarten ständen. Seine Majestät der König hat die Beantwortung dieser Frage ausgesetzt wissen wollen, bis die Beratungen des Hauses der Abgeordneten über einen Antrag erfolgt sein würden, in welchem die vermittelnden Bestrebungen einer Minderheit ihren Ausdruck gefunden hatten. Der Verlauf dieser Beratungen hat bei der Staatsregierung die Besorgnis nicht zu heben vermocht, daß auf dem vom Hause der Abgeordneten eingeschlagenen Wege das Land ernstern Zerwürfnissen entgegengeführt und die Ausgleichung der bestehenden auch für die Zukunft erschwert werden würde."

Diese Begründung des Landtagsschlusses nach einer nur dreiwöchigen Session mußte um so befremdlicher erscheinen, als nicht bloß die Opposition, sondern auch die der Regierung ergebene rechte Seite des Hauses den in der Thronrede für entscheidend erklärten Vermittelungsantrag abgelehnt und das Staatsministerium selbst mit keinem Worte seine Bereitwilligkeit zur Betretung des bezeichneten Ausgleichsweges ausgesprochen hatte. Nur wenn letzteres unter Zustimmung der rechten Seite des Hauses geschehen wäre, hätte die Verantwortlichkeit für die Fortdauer der als gefährdet anerkannten Lage des Landes der oppositionellen Majorität des Abgeordnetenhauses zugeschrieben und dessen weitere Thätigkeit, insbesondere die verfassungsmäßig vorgeschriebene Budgetberatung abgeschnitten werden dürfen. Auch die mit dem Zusammensein und den Verhandlungen des Landtags verbundenen Unannehmlichkeiten für das Ministerium konnten unmöglich zur Erklärung der extremen Maßregel ausreichen, und man suchte vergeblich nach dem eigentlichen Grunde derselben, bis die bald folgenden weltgeschichtlichen Ereignisse denselben klar legten.

Digitized by Google

Als historische Thatsache stellte sich nämlich heraus, daß bereits zur Zeit der Plenarberatung vom 22. Februar die Verhandlungen des preußischen Ministerpräsidenten von Bismarck mit der italienischen Regierung zur Herbeiführung eines Allianzvertrages gegen Österreich im besten Zuge waren. Am 14. März folgte die erste mündliche Verhandlung mit dem italienischen Obersten Govone in Berlin, am 27. März die Vereinbarung über das beiderseitig erstrebte Ziel, und am 8. April 1866 wurde der geheime Offensiv- und Defensivvertrag abgeschlossen, falls binnen drei Monaten der Krieg mit Österreich zum Ausbruch gelange. Dementsprechend stellte die preußische Staatsregierung schon am 9. April beim Bundestage den gegen Österreich gerichteten Antrag auf Reform der Bundesverfassung, worauf dann der Mobilmachungsbeschluß des Bundes erfolgte, nachdem Preußen und Österreich bereits gerüstet hatten — schließlich die Kriegserklärung.

Daß bei all' diesen Bestrebungen und Thatsachen das Abgeordnetenhaus keine Unterstützung, sondern nur Widerstand leisten werde, mithin geschlossen werden müsse, war für Herrn von Bismarck nicht zweifelhaft. Es wurde ihm das Wort in den Mund gelegt, das nötige Geld werde er nehmen, wo er es finde, wie dies dann auch unter anderm durch den Verkauf des Rückfallsrechts gegenüber der Köln-Mindener Eisenbahn für 14 Millionen Thaler geschehen ist. Durch den siegreichen Feldzug in Böhmen wurde dann das einleitende parlamentarische Kabinetsstück der Vergessenheit überantwortet, indem die Thronrede vom 5. August einen Indemnitätsantrag ankündigte und anerkannte, daß der Etat in den letzten Jahren der gesetzlichen Grundlage entbehrt habe.

In der Reichstags-Sitzung vom 24. Januar 1882 hat Fürst Bismarck ganz unumwunden dargelegt, daß die gegen die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses durchgesetzte Armeeverstärkung von Anfang an dazu bestimmt war, die preußische Hegemonie in Deutschland zu verwirklichen.

Der Abgeordnete Franz Peter Reichensperger bezeichnet oben Seite 43 die Fraktion, von deren Majorität der betreffende Vermittelungsantrag ausging, als die „kleinste" im Abgeordnetenhaus. Dieselbe befand sich damals im Zustand der Ebbe. Ihre Wurzeln reichten bis an das Frankfurter Parlament zurück, dessen glaubenstreue katholische Mitglieder, etwa siebzig an der Zahl, unter dem Präsidium des Generals von Radowitz und des Dr. August Reichensperger als dessen Stellvertreter, einen Verein gebildet hatten, um eine Sanktionierung der kirchlichen Freiheit, auch auf dem Gebiete des Schulwesens, in die Grundrechte der deutschen Nation aufgenommen zu sehen. Der Verein erreichte im wesentlichen seinen Zweck; die betreffenden Grundrechtssatzungen gingen demnächst in die preußische Verfassung über.

Im Abgeordnetenhause bildeten 1851 Dr. August Reichensperger, Dr. Peter Reichensperger nebst noch etwa zwölf Mitgliedern (darunter Osterroth, Rohden, Ziegler) gewissermaßen provisorisch eine Fraktion, welche sich nach dem Herkules-Keller, ihrem Versammlungsorte, benannte. Nach einer Neuwahl im Jahre 1852

Digitized by Google

schwoll dieselbe zu 70—80 Mitgliedern an, welche sich als: „Katholische Fraktion" konstituierte. Dieser Wandel hatte sich dadurch begeben, daß Erlasse des Kultus-Ministeriums vom 22. Mai und 16. Juli 1852 die durch Artikel 12 der Verfassung garantierte Religionsfreiheit auf den Gebieten der geistlichen Missionen und des kirchlichen Unterrichtswesens beschränkt hatten. Nachdem der harte Kampf gegen diese Reaktion von der katholischen Fraktion mit Erfolg durchgefochten war, schmolz dieselbe allmählich wieder sehr zusammen, da man die Religionsfreiheit für vollkommen gesichert erachtete. Im Verfolg bezeichnete sich die Fraktion sogar als „Fraktion des Centrums" unter Beifügung der Bezeichnung „Katholische Fraktion" in Klammern, um so die Kontinuität zu wahren.

Als der deutsche Reichstag zusammentrat, beschloß die große Mehrzahl seiner katholischen Mitglieder, ebenfalls als Fraktion des Centrums sich zu vereinigen.

Die vorstehende Notiz über die Entstehung des Centrums verdanke ich der Güte des Appellationsgerichtsrats Dr. August Reichensperger. Dieselbe ist sehr beachtenswert, weil über den Gegenstand so viel gefabelt worden ist. Wurde doch sogar schon der Abgeordnete Windthorst als der Begründer der Centrums-Fraktion bezeichnet!

III. Abschnitt.

Die Indemnität und die Entwickelung in Preussen während der IX. und X. Legislatur-Periode[1]).

(1866—1870.)

Am 5. Juli 1866, also bereits drei Tage nach der Schlacht von Königgrätz, erklärte sich Bismarck aus Horschwitz mit dem Vorschlag des Ministers v. d. Heydt einverstanden, nach dem günstigen Ausfall der Landtagswahlen Schritte zur Beendigung des Verfassungsstreites zu thun[2]). Den Konservativen, welche hiervon Wind bekommen haben mußten, war diese Entwickelung natürlich in hohem Grade unsympathisch.

Anfangs August erschien Herr von Kleist-Retzow an der Spitze einer Deputation von Gesinnungsgenossen bei dem Ministerpräsidenten in Prag, um denselben zu bewegen, die äußeren Erfolge zu einem Siege des „konservativen

[1]) Die IX. Legislatur-Periode wurde von zwei Sessionen ausgefüllt; die erste währte vom 5. August 1866 bis 9. Februar 1867, die zweite vom 24. April 1867 bis 29. Juni 1867. Die X. Legislatur-Periode brachte drei Sessionen: I. Session vom 15. November 1867 bis 29. Februar 1868, II. Session vom 4. November 1868 bis 6. März 1869, III. Session vom 6. Oktober 1869 bis 12. Februar 1870.

[2]) Roon a. a. O., S. 310 und von Sybel V, S. 343. Angeregt war der Ausgleich bereits früher (28. Juni) durch ein Schreiben des Ministers des Innern an Bismarck, betreffend den Entwurf der Thronrede. Vergl. Roon's Denkwürdigkeiten Bd. II, S. 309. Die Urwahlen für das neue Abgeordnetenhaus waren am 25. Juni, die Wahlen der Abgeordneten am 3. Juli 1866 vorgenommen worden.

Digitized by Google

Prinzips" auch im Innern zu verwerten, d. h. unter dem Vorwande, daß die preußische Verfassung für die weiteren Aufgaben des vergrößerten Staates nicht zugeschnitten sei, dieselbe zu beseitigen und eine neue zu oktroyieren, zu welcher Herr von Kleist-Retzow das Rezept ohne Zweifel in der Tasche trug[1]). In der sicheren Voraussicht, daß größere Kämpfe als die eben beendigten in mehr oder minder naher Zukunft zu gewärtigen seien, erkannte Bismarck unschwer, daß ein reaktionäres Regiment in Preußen der verhängnisvollste Fehler sein würde, zu welchem ein Staatsmann dem Könige in jenem Augenblicke raten konnte. Ein von Herrn von Kleist-Retzow getragenes Banner wäre schwerlich dasjenige geworden, um welches Deutschland vertrauensvoll sich geschart hätte. Die preußische Krone mußte weit heraustreten aus der Aera des Konflikts, sollten die Früchte so großer Anstrengung nicht vollständig verloren gehen. Im Munde des siegreich heimkehrenden Königs klang das Wort: „Indemnität und Versöhnung" unendlich verheißungsvoller und würdiger, als die von den Junkern erbetene „Oktroyierung". Bismarck erwiderte der Deputation: „Haben Sie die Einwilligung des Kronprinzen?" Die Deputation verstand die Antwort und ließ die Angelegenheit fallen.

Über die nach 1866 neugeschaffene parlamentarische Lage, welche in der Gründung der nationalliberalen Partei einen äußeren Ausdruck fand, geben die in Bd. I S. 337 (der 2. Auflage) mitgeteilten Unruh'schen Erinnerungen ein sprechendes Bild. Für den Ausgleich hat, sei es auch nur hinter den Kulissen, der Abgeordnete Dr. Werner Siemens[2]) gewirkt, welcher seinen ganzen Einfluß aufwandte, um die bisher grollenden Mitglieder der Fortschrittspartei zur Bewilligung der Indemnität zu veranlassen[3]).

In den Denkwürdigkeiten des Grafen von Roon findet sich auch die Indemnitätsfrage des Jahres 1866 berührt. Es heißt dort u. a.: „Für Bismarck's Zustimmung war es jedenfalls entscheidend, daß er die versöhnlichen Anschauungen seines Monarchen genau kannte, und er hielt daher an dem Indemnitätsgesetze fest, obwohl viele seiner Anhänger und die Mehrzahl der Konservativen, im Lande sowohl wie in beiden Kammern, dringend abrieten und ein solches Nachgeben für verderblich hielten. . . Es entsprach der Großmut des großmütigsten und gewissenhaftesten aller Könige, die je einen Thron geziert haben, diesen Schritt zu thun."

Hierzu bemerkten die „Hamburger Nachrichten" (21. Juni 1891) in einem augenscheinlich von Friedrichsruh aus inspirierten Artikel: „Die Annahme, daß König Wilhelm seinerseits Bedürfnis nach Erlangung der Indemnität gezeigt

[1]) „Aus der Wilhelmstraße". Erinnerungen eines Offiziösen, S. 288.

[2]) Dr. Werner, Siemens geboren den 16. Dezember 1817, fortschrittlicher Abgeordneter in den Jahren 1862—1867.

[3]) Als Abgeordneter ist Dr. Werner Siemens mit Bismarck nicht zusammengekommen, wohl aber hat er später einmal eine Audienz bei dem Reichskanzler erhalten, um denselben für das Zustandekommen eines Reichspatentgesetzes zu gewinnen.

Digitized by Google

hätte, ist irrtümlich. Der Monarch faßte die Sache mehr im Sinne eines ihm zugemuteten Eingeständnisses begangenen Unrechts auf, denn als formale Dechargierung. Er hat darüber nie Zweifel gelassen, daß er in ähnlichem Falle ebenso handeln werde. Diese Haltung entsprach seinen bekannten und mit größter Konsequenz vertretenen Anschauungen über das Königtum; sicherlich wäre ihm persönlich nichts peinlicher gewesen, als das Platzgreifen der Auffassung, daß er sich in dieser Frage im Unrechte glaube und dem Landtage ein pater peccavi auszusprechen sich gedrungen fühle. Es hat der starken und wiederholten Betonung aller der politischen Gründe bedurft, welche dafür sprachen, in Preußen den Verfassungsstreit zu schließen und ihn nicht in die beabsichtigte nationale Neubildung mit den übrigen norddeutschen Staaten zu übertragen. Ob und in wie weit letztere möglich geworden wäre, wenn in Preußen der Riß zwischen der Krone und der parlamentarischen Opposition offen blieb, ist sehr fraglich; jedenfalls wären die Grundlagen des Norddeutschen Bundes, das Verhältnis zur Bevölkerung der annektierten Länder und die Festigkeit dem Übelwollen andrer Mächte gegenüber zweifelhaft geworden, wenn die Verstimmung zwischen dem König und dem Parlament aus formellen Gründen unvermittelt geblieben wäre. Das Staatsministerium stimmte diesen Erwägungen zu mit Ausnahme des Grafen Lippe, welcher dem Berichte an den König ein Separatvotum im entgegengesetzten Sinne beifügte. Die Thatsache, daß das Ministerium im übrigen einstimmig und amtlich die Indemnität befürwortete, bestimmte schließlich den König, den betreffenden Antrag zu genehmigen, aber nicht ohne die Erklärung, daß er vorkommendenfalls in ähnlichen Situationen keine Möglichkeit sehen würde, anders zu verfahren als im Konflikt geschehen war. Es gelang schließlich, den König zu überzeugen, daß das Wort Indemnität keine schlimmere Tragweite habe, als die eines Anerkenntnisses der Thatsache, daß sein Verfahren unter den obwaltenden Umständen nachträglich als einwandfrei anerkannt würde." —

Zu den 1866 in das preußische Abgeordnetenhaus gewählten Abgeordneten gehörte auch der Amtsrat und Rittergutsbesitzer Dietze in Barby[1]). Derselbe kannte Bismarck schon als Student und kneipte als solcher einmal mit demselben in Magdeburg. Vor 1848 hielt Bismarck einmal in Gegenwart Dietze's auf dem Lande eine Rede vor einer Versammlung von Landwirten. Dabei entwickelte er eine für damalige Zeiten ungewöhnliche Beredsamkeit und bewies große Sachkenntnis. Als Bismarck Minister wurde, schickte ihm Dietze mehrfach aus seiner Gegend Zustimmungsadressen zu der von ihm befolgten Politik und erhielt darauf verbindliche Dankschreiben. Als Dietze nach 1866 zuerst in den Landtag und später in den Reichstag gewählt wurde, besuchte er Bismarck, der ihn freundlich empfing. „Wir sind ja alte Bekannte; ich hoffe, daß Sie jetzt auch als Abgeordneter die Politik der Regierung vertreten werden." Bismarck

[1]) Dietze, von, Gustav Adolph. Geboren den 5. Februar 1825 zu Barby. Amtsrat, Kreisdeputierter, Pächter der Domäne zu Barby und Rittergutsbesitzer. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Norddeutschen und des Deutschen Reichstags bis 1889, mit Ausschluß der Periode 1878—1881.

Digitized by Google

lud denselben noch für denselben Tag zu Tisch ein. „Aber im Rock, ich liebe nicht den Frack.“ Später wurden die Beziehungen so freundschaftlich, daß Bismarck eines Tages zu Dietze sagte: „Der Reichstag hat keine Diäten. Ich will Sie aber, so viel an mir liegt, entschädigen. Sie finden an jedem Tag Ihr Couvert bei mir für das Diner.“ Ließ sich Dietze dann einmal einen oder zwei Tage nicht sehen, so schickte Bismarck zu ihm in das Hotel unter den Linden, wo Dietze abgestiegen war. Wenn sich Dietze nach Tisch empfahl, pflegte Bismarck zu ihm zu sagen: „Auf Wiedersehen um zehn Uhr.“

In jedem Winter fanden damals in Barby, wie noch heute, große Jagden statt, denen die Anwesenheit Bismarck's einen besonderen Reiz erteilte. Es lag in der Natur der Sache, daß die gemütlichen Plaudereien, die sich bei solchen Gelegenheiten entspannen, oft genug auf das politische Gebiet kamen, um dem Grafen wiederholten Anlaß zu Äußerungen zu geben, die ganz den pointenhaften Charakter seiner Reden trugen und von den Hörern natürlich gierig verschlungen wurden. So geriet die Unterhaltung eines Tages (am 20. Dezember 1866) auf das Thema der Verfassungskämpfe und Bismarck sprach sich dabei über den Absolutismus wie folgt aus: „Ich kenne alle Souveräne Europas und empfinde außerordentliche Hochachtung vor vielen derselben; Sie werden aber, meine Herren, es nicht als eine bloße loyale Phrase ansehen, wenn ich Ihnen versichere, daß ich keinen von allen so tief verehre, wie Seine Majestät unsern König Wilhelm. Selbst diesen unsern König Wilhelm möchte ich jedoch nicht als absoluten Monarchen sehen — wie ich denn überhaupt den Absolutismus für die unglücklichste aller Staatsformen halte. Sie glauben nicht, welchen Anteil an den Geschicken eines absolut regierten Landes oft der Einfluß eines raffinierten Kammerdieners besitzt.“

Interessant ist noch folgende, an demselben Tage gefallene Äußerung Bismarck's. Einer aus der Gesellschaft hatte ihn um seine Meinung über Beust, den vor kurzem von ihm Überwundenen, gebeten. Der Graf war sofort bereit, Rede zu stehen. „Wenn ich,“ sagte er, „mir ein Urteil über die Gefährlichkeit eines Gegners bilden will, so subtrahiere ich zunächst von dessen Fähigkeiten seine Eitelkeit. Wende ich dies Verfahren auf Beust an, so bleibt als Rest wenig oder nichts[1].“

Von den Abgeordneten aus den neuen Provinzen traten in den Vordergrund Miquel[2] und R. von Bennigsen. Der letztere bemerkte bei Gelegen-

[1] 22—23. Dezember 1868, Bismarck Gast des Amtsrats Dietze in Barby. Auch am 19. Dezember 1869 war Bismarck wiederum der Einladung Dietze's gefolgt, und nahm drei Tage in Barby an den Jagden teil.

[2] Vergl. S. 28. An ersteren richtete Bismarck im April 1868 nachstehendes Schreiben: „Ew. Wohlgeboren und den zur Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Königs versammelt gewesenen Bürgern der Stadt Osnabrück spreche ich für die in dem gefälligen Telegramm vom 22. v. M. mir ausgedrückten freundlichen Gesinnungen hierdurch meinen verbindlichen Dank aus. Der Kanzler des Norddeutschen Bundes. gez. v. Bismarck.“ Zu vergl. auch das Schreiben Bismarck's an Miquel vom April 1868: Dank für die im Telegramm vom 22. März ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen. „National Zeitung“ vom 10. April 1868, Nr. 86.

Digitized by Google

heit des oben erwähnten Prozesses[1]) über sein damaliges Verhältnis zu Bismarck: „Nach Beendigung des Krieges von 1866 wurden die hannoverschen Mitglieder des Abgeordnetenhauses und des Reichstags zu längerem Aufenthalt nach Berlin berufen. Dort habe ich mich mit ihm über viele politische Fragen unterhalten und bei dieser Gelegenheit hat er mir sehr viel erzählt von den Verhandlungen in Nikolsburg. Vor der Publikation der Annexion bin ich meiner Erinnerung nach nicht mehr bei Herrn von Bismarck gewesen. Die Publikation ist Ende September erfolgt; das Gesetz ist von Ende September, das Patent wird von den ersten Tagen des Oktober sein. Die Annexion ist beschlossen durch die Kammer in Berlin in der ersten Hälfte des September. Fürst Bismarck habe ich meines Wissens in der Zeit nicht mehr gesprochen. Jedenfalls ist das gewiß, daß ich damals mit ihm niemals über Hannover gesprochen habe." —

Unter den im Nassauischen gewählten Abgeordneten verkehrte Bismarck gern mit Dr. Karl Braun (Wiesbaden)[2]). Man darf dabei nicht nur an die ungezählten Flaschen und Krüge denken, welche beide auf den parlamentarischen Soireen zusammen geleert haben. Auch geschäftlich waren Braun's Dienste dem Kanzler oft willkommen.

Am 5. Mai 1867 wandte sich der Abgeordnete Braun an den Grafen Bismarck mit dem Ausdrucke des Dankes für die Aufhebung der fiskalischen Jagden in Nassau und zugleich mit der Bitte um Beseitigung eines mit der Neuregelung verbundenen Übelstandes. „Die alten Jagden sind aufgehoben, die neuen Jagdverpachtungen lassen auf sich warten. Zwischenzeitig ist niemand berechtigt zu schießen. Die Bauern sind in der Alternative, entweder ihre Saaten durch das Hochwild vernichten zu lassen, oder Wilderei zu treiben. Es ist aber nicht gut, daß der Bauer auf die Jagd geht, viel weniger, daß er wilddiebt. Meine Bemühungen, hier die Sache in Fluß zu bringen, waren ohne Erfolg. Wenn Ew. Excellenz veranlassen wollten, daß die neuen Verpachtungen der Jagd sofort vorgenommen werden, wäre geholfen. Ich schäme mich, Ew. Excellenz mit einer solchen Kleinigkeit zu behelligen. Allein ich hoffe, Sie können mit einem Wort die Sache abthun und rechne deshalb auf Verzeihung."

Auf diese Zuschrift erging nachstehender Bescheid:

---

[1]) Vergl. oben S. 33.

[2]) Braun, Karl, Dr., Justizrat. Geboren den 4. März 1822 in Hadamar in Nassau. Von 1848—1866 Mitglied, von 1859—1866 Präsident der II. Kammer von Nassau. Seit 1859 Präsident des volkswirtschaftlichen Kongresses und Mitglied der ständigen Deputation desselben. Ende 1873—1874 Herausgeber der Speyer'schen Zeitung. Verfasser der Parlaments-Briefe (Berlin, Herbig 1868). Seit 1867 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen Reichstags für Wiesbaden, des I. Deutschen Reichstags für Reuß jüngerer Linie (Gera), seit 1874 für Glogau. Gestorben Mitte Juli 1893. Zu vergl. den Nekrolog desselben aus der Feder von Alexander Meyer in der „Nation" 1893, Nr. 44.

Digitized by Google

20. Mai 1867.

An den Reichstagsabgeordneten Dr. Braun (Wiesbaden).

Eurer Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 5. d. Monats ergebenst, daß der Herr Regierungspräsident von Diest mit der nötigen Anweisung versehen worden ist, die Bildung der Jagdbezirke, welche der Verpachtung vorangehen muß, möglichst zu beschleunigen. Das gegenwärtige Interimistikum, so unerwünscht es ist, war leider nicht zu vermeiden.

von Bismarck.

Braun schrieb mit einer unglaublichen Gewandtheit, kleine Broschüren so schnell, wie ein gewöhnlicher Sterblicher einen längeren Brief. Es blieb von seiner geistigen Arbeit nicht leicht etwas im Pulte; was nicht in die Zeitungen kam, wurde zu Abhandlungen in Zeitschriften, Broschüren und Büchern verarbeitet, die alle aufzuzählen allein ein paar Seiten in Anspruch nehmen würde[1]). In einzelnen verrät er manches interessante Gespräch, das er mit Bismarck geführt hat. So schildert er z. B. einmal[2]) den Eindruck, den Bismarck ihm bei öfteren Unterhaltungen mit andern Diplomaten, speziell mit Benedetti machte.

„Ich bin vor diesem wütenden Korsikaner fast meines Lebens nicht sicher," sagte eines Tages Graf Bismarck zu uns, jedoch lächelte er dabei, und wir lachten, wenn wir uns vorstellten, wie eine nordische Eiche seines Kalibers von einem kleinen italienischen Cactus bedroht wird." — —

„Wenn ich eine Prise Tabak nehmen will, muß ich erst sieben preußische Minister fragen," sagte Bismarck ein andres Mal unter Anspielung auf die fast autonome Stellung der einzelnen Minister gegenüber dem Ministerpräsidenten. Seine Äußerung im Reichstag von den sich hart aneinander reibenden Steinen ist bekannt. —

Unter den in Kurhessen gewählten Abgeordneten ist Dr. Friedrich Oetker[3]) zu nennen, mit welchem Bismarck schon am dritten Tage nach der Rückkehr vom Kriegsschauplatz (7. August) spät nachts eine längere Unterredung hatte. Auch den Besiegten gegenüber benahm er sich mit äußerster Mäßigung. Frankreich dagegen,

---

[1]) Mit Bismarck beschäftigt sich Braun besonders in folgenden Schriften: „Erzählungen, Skizzen und Studien während des Krieges". Leipzig 1871. — „Bismarck-Literatur". Aufsatz in der „Gegenwart" 1876, IX. Band, Nr. 16, 18 und 20. — „Fürst Bismarck. Er und seine Biographen." Geschrieben im April 1876, S. 228—282 der „Zeitgenossen" Erzählungen, Charakteristiken und Kritiken, Bd. I, Braunschweig 1877. Beachtenswert der Anhang. „Über den Ursprung und das Wesen der Reptilien" (Staatsanzeiger, Norddeutsche Allgemeine Zeitung, Provinzial-Korrespondenz 2c.). — „Randglossen zu den politischen Verhandlungen der letzten Jahre". Bromberg 1878. 1. Teil, Reichs- und Landtags-Tagebuch. 2. Teil, Reichstags-Tagebuchblätter 1877. — „Friedrich der Große, Friedrich Wilhelm III., Graf Mirabeau und Fürst Bismarck" im dritten Bande des 18. Jahrganges der Vierteljahrsschrift für Volkswirtschaft, Politik und Kulturgeschichte, herausgegeben von Dr. Eduard Weiß. — „Von Friedrich dem Großen bis zum Fürsten Bismarck", 1882.

[2]) „Bismarck und Benedetti. Unpolitische Briefe an eine Dame". 1871.

[3]) Vergl. oben S. 25 und zum Folgenden Oetker's Lebenserinnerungen, Bd III, S. 454.

Digitized by Google

dessen Botschafter während der ganzen Zeit der Unterredung im Vorzimmer war, vernahm eine Sprache, die deutlich bewies, daß ein gehobenes Selbstbewußtsein in Berlin herrschte. „Mag Napoleon versuchen, was er kann — sagte Bismarck zu Oetker — wir wissen jetzt, wie stark wir sind."

„Und der Sieger darf auch im Innern Frieden machen," erwiderte Oetker.

„Gewiß, gewiß! wir sind um Indemnität eingekommen, das wird viele versöhnen."

Bismarck sah blaß und angegriffen aus, aber sein Gesicht zeigte eine wahrhaft verklärte Heiterkeit. Er trat mir mit fast vertraulicher Heiterkeit entgegen und scherzte sogleich:

„Nun, bald hoffe ich Sie als Oppositionsmitglied des Abgeordnetenhauses zu sehen; darum keine Feindschaft!"

Ich entgegnete, daß ich „nicht in diese Lage zu kommen gedenke . . ." Man konnte das auch so verstehen, als hoffe ich noch, der Einverleibung zu entgehen; allein daran mochte und wollte ich in Wahrheit schon längst nicht mehr glauben, wie widerwärtig mir auch gerade in diesen Tagen wieder „die preußische Eigentümlichkeit", abgesehen von der Kriegstüchtigkeit, erschienen war.

Freilich kam noch viel auf die Antwort an, welche Benedetti erhielt und aus Paris zurückbrachte; allein wer hätte auch dem Ärgsten entgehen mögen durch den siegenden Einfluß Frankreichs?

„Der draußen", meinte Bismarck, den scherzenden Ton noch etwas festhaltend, „wird mit meiner Antwort noch weniger zufrieden sein, als Sie." Und als ich eine entsprechende Frage daran knüpfte, fuhr er fort: „Eine Einverleibung von Apenrade bis Mainz wird in diesen Tagen Europa hingeworfen werden, um zu sehen, welchen Eindruck das macht; die französischen Gelüste aber werden wir zurückweisen." Hinsichtlich des Südens schien Bismarck wohl weitgreifende Absichten zu hegen, sie aber vor der Hand vertagt zu haben; wie schon früher, hob er auch jetzt, jedoch klarer, die Mainlinie hervor.

Als ich fragte, warum man jetzt den glänzenden Siegeslauf nicht fortgesetzt und alles mit einem Schlage erledigt habe, rief er, plötzlich ernst werdend, ja fast finster aussehend: „Sie haben noch kein Schlachtfeld gesehen . . . . Furcht vor Frankreich war es nicht; wir wären früher am Rhein gewesen, als die Franzosen, aber die Cholera . . . ich erhielt die bedenklichsten Berichte." —

Am 15. November 1867 trat der durch den Zutritt der neuen Provinzen erweiterte preußische Landtag wieder zusammen. In der Sitzung vom 28. November beschäftigte sich die Budgetkommission bereits mit der Denkschrift, betreffend die Ausführung des Gesetzes vom 28. September 1866, wodurch die Regierung ermächtigt worden war, für die durch den Krieg gegen Österreich veranlaßten außerordentlichen Ausgaben das Geld bis zur Höhe von sechzig Millionen Thalern im Wege des Kredits zu beschaffen[1]). Bei der Beratung dieses Gesetzes hatte

[1]) Vergl. zum Folgenden den Aufsatz von Gustav Lipke in der „Deutschen Revue", IV. Jahrg., Heft 4, S. 18.

Digitized by Google

Bismarck erklärt, daß die Gelder nur dazu verwendet werden sollten, um die Lücken auszufüllen, welche durch die Kriegführung entstanden waren. Der Überschuß über das, was zu dieser Aufbesserung notwendig wäre, solle nur in Verwendung treten, insoweit und falls die Landesverteidigung es unbedingt erfordere. Die Denkschrift über die Ausführung dieses Gesetzes ergab aber, daß trotzdem aus den betreffenden Geldern infolge des mit dem Könige von Hannover geschlossenen Vertrages vom 29. September 1867 sechzehn Millionen Thaler und infolge des mit dem vormaligen Herzog von Nassau geschlossenen Vertrages vom 18. September 1867 8891252 Thaler gezahlt worden waren. Die Verträge waren mit der Denkschrift nicht vorgelegt. Twesten[1]), welcher in der Kommission als vorläufiger Referent fungierte, beantragte daselbst die Vorlegung dieser Verträge und die Einholung der Genehmigung des Landtags zu den in diesen Verträgen gewährten Abfindungssummen. Die Beschlußfassung über diesen Antrag wurde auf die nächste Sitzung anberaumt, welche am 29. November in Gegenwart des Ministerpräsidenten Graf Bismarck stattfand. Bismarck beschränkte sich darauf, die hohe politische Bedeutung der Verträge, besonders des mit dem Könige von Hannover abgeschlossenen, hervorzuheben. Twesten führte dagegen aus, daß die Regierung nicht berechtigt gewesen wäre, die Verträge ohne Zustimmung des Hauses abzuschließen und die Abfindungen zu zahlen. Die Handlungsweise der Regierung schließe einen Bruch des Gesetzes und des in Anspruch genommenen Vertrauens in sich. Unmöglich könne die Genehmigung des Hauses zu der Ausgabe beiläufig wie bei einer Etatsüberschreitung ausgesprochen werden, er beantrage, daß die nachträgliche Genehmigung in Form einer besonderen Gesetzesvorlage und unter Vorlegung der Verträge ausgesprochen werde. Bismarck erwiderte, er glaube, keine Veranlassung gegeben zu haben zu einem Ausdruck wie Bruch des Gesetzes und Bruch des Vertrauens, und als Twesten dabei blieb, daß die Verwendung der Gelder zu einem andern Zwecke als zu dem im Gesetze vorgesehenen sich weder mit dem Gesetze noch der in der Beratung desselben abgegebenen Erklärung vereinigen ließe, obgleich er zugebe, daß es nicht in der Absicht der Regierung gelegen habe, das Land zu benachteiligen, verließ Bismarck den Sitzungssaal schließlich noch äußernd, daß er für seine Person kein Bedenken trage, die Ermächtigung Seiner Majestät des Königs zu dieser besonderen Gesetzesvorlage einzuholen, wenn es vom Landtage verlangt würde.

Noch vor Schluß der Sitzung ging nachfolgendes an den Vorsitzenden der Budgetkommission des Hauses der Abgeordneten, Generalmajor Stavenhagen[2]) gerichtetes Schreiben ein:

Berlin, den 29. November 1867.

Ich bin Ihrer Einladung zur Beteiligung an den Verhandlungen der heutigen Kommission bereitwillig und unter Hintansetzung jedes andern Geschäftes

[1]) Vergl. oben S. 29.

[2]) Friedrich Stavenhagen, geboren den 8. März 1896. Mitglied des Abgeordnetenhauses in der 5.—10. Legislatur-Periode. Mitglied des Reichstags 1867 und 1868. Verstorben am 30. März 1869.

Digitized by Google

gefolgt und habe die von mir verlangte Auskunft rückhaltlos gegeben, bin auch den Wünschen, welche in der Kommission über die Behandlung der diskutierten Vorlage ausgesprochen sind, im Namen der Königlichen Regierung bereitwillig entgegen gekommen. Ich habe mich dabei, da mir vor Allem die Verständigung mit der Landesvertretung am Herzen liegt, jeder Diskussion über den Rechtspunkt enthalten, vielmehr im Interesse der Einigung sofort die Bereitwilligkeit der Königlichen Regierung ausgesprochen, bezüglich der nachträglichen Vorlage der hannöversch-nassauischen Verträge den eventuellen Wünschen des Hauses der Abgeordneten zu entsprechen. Ich habe dies ohne Rücksicht auf die daraus hervorgehenden Erschwerungen einer Geschäftsleitung gethan, welche ohnehin meine Kräfte erschöpft. Aber ich bin außer Stande, meine Aufgabe durchzuführen, wenn ich bei ruhiger und sachlicher Diskussion der Geschäfte persönlichen Beleidigungen ausgesetzt bin, deren Entgegennahme meine amtliche Stellung mir ebensowenig zur Pflicht machen kann, als ich sie außerhalb des Dienstes zu ertragen gesonnen wäre. Der Herr Referent hat der Königl. Regierung und insbesondere mir persönlich den Vorwurf des Rechts- und Vertrauensbruches gemacht, und, auf die von mir gegebene Erläuterung, denselben nicht etwa, wie ich erwarten durfte, zurückgezogen, sondern im Gegentheil ausdrücklich wiederholt. Wenn ich mein Amt nur unter der Bedingung fortsetzen könnte, daß ich dergleichen wahrheitswidrige Kränkungen anzuhören gezwungen wäre, ohne mich rechtlich dagegen vertheidigen zu können, so würde ich unbedingt vorziehen, demselben zu entsagen. Einstweilen habe ich geglaubt mich der Gefahr einer nochmaligen Wiederholung verletzender Äußerungen der Art entziehen und die Sitzung verlassen zu sollen. Ich bedaure, daß es mir dadurch unmöglich geworden ist, an der Verständigung über die diskutierte Frage in dem Maße, wie es meine Absicht war, mitzuwirken. von Bismarck.

General Stavenhagen zeigte diesen Brief Twesten und erwiderte darauf noch an demselben Tage dem Ministerpräsidenten, er habe in den von dem Referenten gebrauchten Ausdrücken keine persönliche Beleidigung gefunden, von dem Inhalt des Briefes Twesten Kenntnis gegeben und dieser hätte erklärt, daß ihm jeder Gedanke, daß seine Äußerung eine persönliche Beleidigung des Ministerpräsidenten enthalte, völlig fern gelegen habe. Bismarck beruhigte sich hierbei aber nicht, sondern schickte eine Abschrift des an Stavenhagen gerichteten Briefes an den Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Forckenbeck mittelst nachstehenden Schreibens:

Berlin, den 29. November 1867.

Ew. Hochwohlgeboren wollen aus meinem in Abschrift beigeschlossenen Schreiben vom heutigen Tage ersehen, daß ich die heutige Sitzung der Budgetkommission verlassen habe, weil der Herr Referent derselben mich durch einen nach seinem Wortlaute und dem Zusammenhange, in dem er vorgebracht wurde, ehrenrührigen Vorwurf beleidigte. In dem gleichfalls abschriftlich beigefügten Schreiben vom heutigen Tage erklärt der Herr Vorsitzende der Kommission, er

Digitized by Google

habe in den fraglichen Äußerungen, wiewohl er sie bedauert, eine Beleidigung meiner Person nicht finden können, weil der Referent von keinem Minister persönlich, sondern von der Staatsregierung kollektiv gesprochen habe.

Diese Auffassung erscheint mir nicht zutreffend.

Auch als Kritik für das Verfahren des Gesammtministeriums muß ich den Ausdruck in die Kategorie derer rechnen, welche in einer früheren Periode die sachlichen Schwierigkeiten der parlamentarischen Verständigung durch Anwendung persönlich kränkender Redeformen erschwerten. Aber Herr Twesten hat den verletzenden Ausdruck gebraucht in unmittelbarer Folge und Anwendung auf eine von ihm citierte Äußerung, die ich selbst gethan und die er als die meinige bezeichnete. Die Spitze war demnach gegen mich persönlich gerichtet.

In der Voraussetzung, daß Ew. Hochwohlgeboren die Disziplin des Hauses, unter deren Schutz allein die Minister des Königs sich an den Debatten betheiligen können, nicht nur im Plenum, sondern auch in allen Verhandlungen des Hauses zu handhaben berufen sind, ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren, zu vermitteln, daß für die mir widerfahrene Beleidigung in gleicher Öffentlichkeit eine Remedur eintrete und ich dadurch in den Stand gesetzt werde, mich fernerhin ohne Gefährdung der persönlichen Rücksichten, auf deren Beobachtung mir gegenüber ich nicht verzichten kann, und die ich zu beobachten mir bewußt bin, an den Verhandlungen zu betheiligen. von Bismarck.

Der Präsident von Forckenbeck wandte sich nunmehr an den mit ihm befreundeten Twesten mit der Bitte, dazu beizutragen, den drohenden Konflikt abzuwenden. Twesten war hierzu bereit und richtete an Forckenbeck einen Brief, in welchem er beteuerte, daß er nicht daran gedacht habe, den Ministerpräsidenten beleidigen zu wollen, und von diesem Briefe jeden Gebrauch zu machen gestattete, und als Forckenbeck ihm mittheilte, daß dieser Brief nicht genüge, so fügte er noch folgendes ebenfalls an Forckenbeck gerichtetes Schreiben hinzu:

Berlin, 30. November 1867.

Da Sie mir mittheilen, daß das von mir gebrauchte Wort „Vertrauensbruch" besonderen Anstoß erregt hat, beeile ich mich, meinem Schreiben von heute Morgen hinzuzufügen, daß ich mit diesem Wort nur meine Empfindung über den objektiven Gebrauch, welcher von dem Creditgesetze dem Abgeordnetenhaus gegenüber gemacht worden ist, ausgedrückt und damit nicht entfernt eine Beleidigung der Regierung oder gar des Herrn Ministerpräsidenten persönlich beabsichtigt habe.

Auch hierbei beruhigte sich Bismarck nicht, er hielt vielmehr, wie Forckenbeck in der am folgenden Tag anberaumten Sitzung der Budgetkommission erklärte, durch die geführte Korrespondenz den Konflikt noch nicht für erledigt, da die Budgetkommission durch die Wahl des Herrn Twesten zum Referenten für das Plenum die von demselben durch das Wort „Vertrauensbruch" geübte Kritik gebilligt zu haben scheine. Auf Antrag des Herrn von Bennigsen, der damals Mitglied der Budgetkommission war, faßte letztere nun folgenden Beschluß:

Digitized by Google

„Es wird auf Anfrage des Vorsitzenden klar gestellt, daß die Kommission durch die Wahl des Herrn Twesten zum Referenten den von Herrn Twesten gebrauchten Ausdruck „Vertrauensbruch“ sich nicht hat aneignen wollen.“

So wurde der Konflikt geschlichtet, Twesten blieb Referent, doch ehe das Referat von ihm schriftlich abgefaßt war, legte die Regierung bereits, ohne die Aufforderung des Abgeordnetenhauses abzuwarten, die mit dem König von Hannover und dem Herzog von Nassau geschlossenen Verträge dem Abgeordnetenhause zur Genehmigung vor, welche erteilt wurde. Twesten sprach sich für die Genehmigung aus politischen Gründen aus, rügte aber die Verfassungsverletzung[1]). —

Während Bismarck bis 1868 von den Konservativen die bereitwilligste Unterstützung in Bezug auf alle seine Bestrebungen erhalten hatte[2]), bereitete sich im Februar dieses Jahres seine Abwendung von den alten Anhängern und sein Übertritt in das Lager der Nationalliberalen vor. Den Anlaß zu dieser Schwenkung bot die Vorlage, betr. die Überweisung der Bestände bisheriger hannoverscher Fonds an die Provinzialstände Hannovers zur Verwendung für bestimmte provinzielle Zwecke. Die Regierung hatte vom ersten Augenblick keinen Zweifel darüber bestehen lassen, daß sie die Angelegenheit des Provinzialfonds für Hannover ebenso wie die der Abfindung der entthronten Fürsten als ein Glied in dem Zusammenhange ihrer nationalen Politik behandelt wissen wollte. Ebenso wie der Ministerpräsident in betreff der Ausgleichung mit den Fürsten die Forderung stellte, daß man nicht ein einzelnes Stück seiner Politik aus dem Zusammenhang herausreiße und verwerfe, während man sich den Anschein gebe, die Gesamtpolitik zu billigen, legte er mit demselben Rechte schon bei den Vorberatungen über den Provinzialfonds für Hannover den größten Wert auf die politische Bedeutung der Sache nicht bloß für die neu erworbene Provinz, sondern für den Eindruck in ganz Deutschland. Die Regierung berief sich ferner darauf, daß eine ausdrückliche königliche Zusage an die hannoverschen Stände erteilt sei, deren Nichterfüllung den übelsten Eindruck machen würde. Endlich stand die Frage im engsten Zusammenhang mit der laut verkündeten Absicht der Regierung, eine größere Selbstverwaltung in den einzelnen Provinzen anzubahnen. Diese Erwägungen waren unzweifelhaft so wichtig, daß diejenige Partei, welche der Regierung vorzugsweise als Stütze dienen wollte, sich denselben nicht hätte verschließen sollen. Aber es kam anders.

Am 18. Januar 1868 richtete das Mitglied des Herrenhauses, Landrat von Waldow-Steinhöfel das nachstehende Schreiben an Bismarck:

[1]) Am 28. November 1867 hatten einige Abgeordnete aus der Provinz Preußen eine Unterredung mit Bismarck, um zu hören, was die Regierung zur Linderung des Notstandes in ihrer Provinz zu thun geneigt sei. Graf Bismarck sagte jede thunliche Hilfe zu und forderte die betreffenden Herren auf, dahin zu wirken, daß alle Mitglieder des Landtags, also sowohl des Herrenhauses wie des Abgeordnetenhauses, welche der Provinz Preußen angehören, sich zu einer gemeinschaftlichen Beratung über die der Regierung vorzuschlagenden Maßregeln zusammenfänden; in dieser Versammlung würde dann die Regierung sich durch Kommissarien vertreten lassen.

[2]) 7. Mai 1867 Glückwunsch-Deputation der konservativen Fraktion am Jahrestage des Blind'schen Attentats.

Digitized by Google

Eure Excellenz erzeigten mir gestern die Ehre, mit mir über den hannöverschen Provinzialfonds zu sprechen. Die Frage ist mir zur Zeit nicht hinreichend bekannt, doch Gründe giebt es für und gegen jede Sache. Noch habe ich indessen in der Provinz und hier niemand gefunden, der aus innerer Überzeugung für die Bewilligung wäre. Excellenz verlangen sie von der konservativen Partei aus Vertrauen zu Ihrer Person und zu Ihrer tieferen Einsicht, gewissermaßen als Recht eines alten Freundes.

An Beweisen unseres Vertrauens, meine ich, haben wir es nicht fehlen lassen. Wir haben unsere Überzeugungen vielfach zum Opfer gebracht, Ihrer Person, Excellenz, nicht dem Ministerium. Was ist uns dagegen geworden? Ich sage nicht von der Person, aber von der Regierung, in der doch schließlich Sie das leitende geistige Element sind. Jede einzige Maßregel war gegen den großen Grundbesitz und gegen die konservativen Interessen gerichtet und wie schmerzlich es auch ist, der Gedanke verbreitet sich immer mehr, daß Excellenz die konservativen Interessen aufgegeben haben. Ich bitte nicht um Verzeihung für diese Offenheit, ich bin sie Ihnen schuldig und ein Mann wie Sie, Excellenz, hat das Recht, sie zu fordern.

Preußen ist ein armes Land und wir gehen, ich bin dessen gewiß, schweren finanziellen Verwickelungen entgegen, und danach können wir in Geldfragen, eine solche ist der hannöversche Provinzialfonds, unsere Überzeugung gefangen geben, aber nur dann, wenn wir auf einem andern Gebiet eine Entschädigung erreichen.

Die Kreisordnung und was damit zusammenhängt schwebt über uns. Nach allem, was seit zwei Jahren geschehen, müssen wir fürchten, sie werde noch trauriger ausfallen, wie die des Grafen Schwerin. Können wir in dieser Frage auf Eure Excellenz zählen, so können wir in der andern mit Ihnen gehen. Sie wissen es und ich täusche mich darüber nicht, Sie können Ihre Zwecke auch ohne und gegen uns erreichen, das berechtigt uns aber nicht zum Selbstmord. Um so weniger, als die Zukunft dennoch schließlich denen gehört, die gegen die Vermehrung der Staatslasten kämpfen.

In unwandelbarer persönlicher Treue und Ergebenheit

Eurer Excellenz gehorsamster

Berlin, den 18. Januar 1868. gez. von Waldow-Steinhöfel.

Hierauf erging nachstehende Antwort:

An das Mitglied des Herrenhauses, Königlichen Landrat Herrn von Waldow-Steinhöfel.

Berlin, den 24. Januar 1868.

Eurer Hochwohlgeboren kann ich nicht unterlassen, auf das Schreiben vom 18. zu erwidern, daß, so sehr ich auch die freundschaftlichen und patriotischen Motive Ihrer Darlegung zu würdigen weiß, ich doch die Bemerkung nicht unterdrücken kann, daß Sie meines Erachtens die Schwierigkeiten der Stellung und Aufgabe gerade eines konservativen Ministers, der, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, einer Majorität bedarf, unterschätzen.

Digitized by Google

Ob sich irgend Jemand in der Lage befindet, das Zusammenwirken der maßgebenden Kräfte Preußens, in dem Maße, ohne welches die Regierungsmaschine überhaupt nicht im Gange erhalten werden kann, ohne Verletzung befreundeter und selbst eigener Ansichten sicher zu stellen, weiß ich nicht. Davon aber bin ich überzeugt, daß wenn Euer Hochwohlgeboren von der Nothwendigkeit des Zusammenfassens jener, oft sehr heterogenen Kräfte, im Interesse des Vaterlandes, so wie ich, einmal überzeugt wären, Ihre mir bekannte Energie unter Umständen Sie wahrscheinlich zu einer noch freieren Bewegung außerhalb der Schranken der Partei-Gefühle hinreißen würde, als die ist, welche ich mir bisher gestattet habe. Es kommt das nur auf den Versuch an.

Der Ihrige

von Bismarck.

Einige Tage vor diesem Bescheide, am 19. Januar 1868, hatte Graf Bismarck zwei Mitglieder des Abgeordnetenhauses, Georg von Vincke und von Dieſt-Daber, schriftlich zu einer Besprechung der Provinzialfonds-Frage zu sich geladen[1]).

Nach eingehender und über eine Stunde dauernder Erörterung aller Gesichtspunkte gab Graf Bismarck diesen beiden Mitgliedern zunächst das Versprechen, keine Kabinettsfrage aus dieser Angelegenheit machen zu wollen, und erklärte sich dann hinsichtlich des ihm seitens eines dieser beiden Abgeordneten unterbreiteten Vorschlages, welcher dahin ging, der Königlichen Staatsregierung im Staatshaushalts-Etat für 1868 den Betrag von 500000 Thlrn. zu den in dem vorliegenden Gesetzentwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen, und dieselben aufzufordern, spätestens bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen, etwa folgendermaßen: Bei der bestimmten Position, die das Staatsministerium in der Sache einmal gewählt, könne man nicht von ihm verlangen, daß er für diesen Vorschlag im Abgeordnetenhause eintreten solle; im übrigen ließe derselbe sich hören und sei möglicherweise in mancher Beziehung ein Auskunftsmittel, denn er habe eigentlich die Absicht gehabt, Hannover nicht in einem Provinzialverbande zu belassen, insbesondere Teile von Ostfriesland wieder mit Westfalen zu vereinigen. An der Ausführung dieses Planes sei er durch verschiedene Gründe und durch die Kürze der Zeit bisher behindert worden. Werde nun ein Jahr Frist gewonnen, so ließe sich derselbe vielleicht noch realisieren.

[1]) Schon vorher hatte der Bruder des Ministerpräsidenten im Abgeordnetenhause dem Abgeordneten von Dieſt gegenüber mündlich und später durch Brief vom 14. Januar 1868 schriftlich den Wunsch ausgesprochen, mit seinem Bruder persönlich die oben bezeichnete Frage durchzusprechen. Es erfolgte dann eine Einladung zu Mittag seitens des Grafen und der Gräfin Bismarck, der Dieſt, nachdem er zuvor einige Worte an ersteren auf den schriftlichen Wunsch des Bruders geschrieben, Folge leistete. Nach dem Diner wünschte Bismarck die betreffende Besprechung sogleich abzuhalten. Dieſt bat dagegen um Zuziehung des Herrn von Vincke zur Besprechung.

Digitized by Google

Auf die demnächst von einem der beiden Abgeordneten an ihn gestellte Frage, ob der König durch eine Zusage oder ein Versprechen engagiert sei, antwortete Graf Bismarck, der König habe der ihm nachgereisten Deputation auf der Insel Mainau die Antwort gegeben, er könne ein Versprechen nicht geben, müsse vielmehr erst seinen Landtag fragen[1]).

Der Abgeordnete von Dieſt stellte demnächst (am 23. Januar 1868) zu dem Berichte der Budgetkommission über den Gesetz-Entwurf, betr. den hannoverschen Provinzialfonds (Nr. 158 der Drucksachen), das bezeichnete Amendement[2]). Auf diesen Dieſt'schen Antrag bezieht sich die nachstehende Kundgebung Bismarck's.

An das Mitglied des Hauſes der Abgeordneten von der Marwitz[3]).

Berlin, den 24. Juni 1868.

Lieber Marwitz!

Auf Deinen Brief erwidere ich in der Eile anderer Geschäfte, daß ich mich mit dem Dieſt'schen Antrage weder einverstanden erklärt habe, noch einverstanden erklären kann. Es zeigt mir, daß die Organisation einer Regierung unbekannter ist, als man glauben sollte, wenn so viele Freunde einer Regierung anzunehmen im stande sind, daß eine Gesetzesvorlage, welche ursprünglich auf einer Zusage an den Provinzial-Landtag beruht, welche demnächst im Staatsministerium und im Kabinett mit sorgfältiger Erwägung aller Gegengründe festgestellt, von Seiner Majestät genehmigt und vollzogen, von dem Gesamt-Ministerium mit Aufwendung aller Kräfte und Argumente in der Kommission vertheidigt worden ist, von einem der Minister gewissermaßen unter 4 Augen und heimlich zurückgezogen werden könnte.

Die Leichtigkeit, mit der man mißverstanden wird, scheint mir so groß, daß ich auch diesen Worten noch die Erläuterung hinzufügen muß, daß dieselben keine Andeutung enthalten, als wären es nur jene äußerlichen Vorgänge, welche mich noch heute an der Vorlage festhalten ließen, sondern daß ich noch heute wie vor vier Monaten das Prinzip der Vorlage für das richtige halte, dasselbe wenn es nicht schon geschehen wäre, noch heute aus eigener Überzeugung aufstellen und seine Verwerfung, namentlich durch die konservative Partei, und

[1]) Wie aus der späteren Darstellung noch deutlicher erhellt, lag eine königliche Zusage nur auf die Vorlegung des Gesetz-Entwurfs an den Landtag vor.

[2]) Dasselbe lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen:

I. Dem vorliegenden Gesetz-Entwurf die Zustimmung zu versagen.

II. Der Königlichen Staatsregierung im Staatshaushalts-Etat für 1868 unter den „einmaligen und außerordentlichen Ausgaben" sub II. Finanz-Ministerium Kap. 5. Tit. 4., den Betrag von 500000 Rthlrn. zu den in dem vorliegenden Gesetz-Entwurfe aufgeführten Zwecken zu bewilligen.

III. Die Königliche Staatsregierung aufzufordern:
spätestens bei Vorlegung des Staatshaushalts-Etats pro 1869 dem Landtage einen festen Plan über die den sämtlichen Provinzen zur Selbstverwaltung zu überweisenden Mittel vorzulegen.

[3]) von der Marwitz, Eugen, Rittergutsbesitzer, geb. den 11. Juli 1819, Mitglied (konservativ) während der X. Legislaturperiode des preußischen Abgeordnetenhauses.

Digitized by Google

aus ihrem Standpunkte für einen politischen Fehler halten würde, der sich voraussichtlich in der Entwickelung sowohl der hannöverschen wie der provinziellen Verhältnisse im allgemeinen strafen würde.

Ich habe nichts dagegen, daß Du von diesem Briefe jeden Dir gut scheinenden Gebrauch machst. von Bismarck[1]).

In den demnächstigen Verhandlungen im Abgeordnetenhause spielte der im Jahre 1881 in Erfurt im 73sten Lebensjahr verstorbene Regierungs- und Schulrat Bieck[2]), eine seltsame Rolle. In der Sitzung vom 6. Februar 1868 geriet derselbe in einer sehr persönlichen Weise mit dem Abgeordneten Georg von Vincke aneinander, der damals als heftiger Gegner des Gesetz-Entwurfs über die Reservierung des hannoverschen Provinzialfonds auftrat. Graf Bismarck setzte alles daran, die Vorlage durchzubringen, und wie Vincke ihm in öffentlicher Sitzung vorhielt, sollte er den Führern der konservativen Partei, zu denen speziell Herr Bieck gehörte, in einer vertraulichen Besprechung verheißen haben, wenn sie in dieser Beziehung der Regierung zu Willen wären, so würden sie ihre Interessen bei der in Aussicht stehenden Kreisordnung bedeutend mehr berücksichtigt finden, als das sonst zu erwarten wäre[3]). Vincke fragte den Ministerpräsidenten auf sein Wort, ob er solche Versprechungen oder Drohungen gemacht habe[4]), aber Graf Bismarck ließ sich auf eine präzise Antwort nicht ein. Die konservative Partei hatte schon vor der Sitzung von dem Vorhaben Vincke's Wind bekommen, und um dem Minister eine peinliche Scene zu ersparen, hatte sie beschlossen, daß Bieck in einer privaten Besprechung Herrn von Vincke den Hergang der

---

[1]) Später entstand eine Entfremdung zwischen Bismarck und von der Marwitz, da der letztere die Kreuzzeitungs-Deklaranten-Erklärung vom 26. Februar 1875 unterzeichnet hatte.

[2]) Am 14. März 1866 richtete der Ministerpräsident das nachstehende Schreiben an den damaligen Landtags-Abgeordneten, Regierungs-, Konsistorial- und Schulrat Bieck in Erfurt: Ew. Hochwürden kann ich nicht unterlassen, meinen verbindlichen Dank für Ihre treue und erfolgreiche Thätigkeit im Dienst des Königs und des Vaterlandes auszusprechen; umsomehr bin ich erfreut, daß der Herr Minister der geistlichen Angelegenheiten die Geneigtheit gehabt hat, Sie Ihrer dortigen Wirksamkeit auch fernerhin zu erhalten. v. Bismarck.

[3]) Nach dem Zeugnisse des konservativen Abgeordneten von Berg-Perschler hat Bismarck mit der liberalen Kreisordnung nicht gedroht, sondern nur die unausbleibliche Konsequenz mit seiner gewohnten Offenheit bezeichnet. „Denkwürdigkeiten des Grafen von Roon", Bd. II, S. 376.

[4]) „Nun, meine Herren," bemerkte Vincke, „habe ich mir noch eine Frage zu erlauben an den Herrn Ministerpräsidenten, von der ich in unserm Interesse wünsche, daß er sie mit einem entschiedenen Nein beantworten kann. Ich kann Ihnen nur sagen, daß mir in den letzten Tagen von glaubhaften Mitgliedern dieses Hauses gesagt ist, daß — ich weiß augenblicklich nicht mehr, ob in der vorgestrigen Sitzung, ich glaube aber, es war in der vorgestrigen Sitzung — von dem Herrn Ministerpräsidenten zu hervorragende Mitglieder der konservativen Partei erklärt worden ist, daß, wenn sie in dieser Vorlage das Ministerium nicht unterstützen, sie eine weniger konservative Kreisordnung von dem Ministerium zu gewärtigen hätten. Meine Herren! Ich wünsche aufrichtig, daß das nicht wahr ist, und ich werde, wenn der Herr Ministerpräsident sagt, daß es nicht wahr ist, keinen Vorwurf darin finden, denn ich bin nur Referent — relata refero, — aber meine Autoritäten sind gut, ich habe keinen Grund, in ihre Mitteilungen Mißtrauen zu setzen."

Digitized by Google

Konferenz mit dem Grafen Bismarck auf das genaueste erzählen, dafür aber das Versprechen der Diskretion verlangen sollte. Vincke war indessen schlau genug, den Plan zu durchschauen, und lehnte alle Mitteilungen Bieck's rundweg ab, um nicht zur Verschwiegenheit über das gezwungen zu sein, was er schon aus andern Quellen wußte [1]). Seine Rechnung, daß er mit diesem Haupttrumpf die Regierung sicher schlagen würde, traf indes nicht zu; der Gesetz-Entwurf wurde mit geringer Mehrheit angenommen; aber eine viele Jahre lang anhaltende Verstimmung zwischen Bismarck und den Konservativen war die Folge der Vinckeschen Enthüllung, die Bismarck einem groben Vertrauensbruch der konservativen Unterhändler, speziell des unschuldigen Bieck, zuschrieb. Wenn wir nicht irren, stellte sich später heraus, daß Vincke zufällig eine Unterhaltung mehrerer Konservativen mit angehört hatte [2]).

Die Verhandlung hatte noch ein Nachspiel. Am 14. Februar 1868 richtete der Abgeordnete Georg von Vincke nachstehendes Schreiben an den Ministerpräsidenten:

Eure Excellenz wollen eine Appellation von Ehrenmann zu Ehrenmann mir gütigst gestatten.

Als ich in Folge Eurer Excellenz Aufforderung am Abend des Ordensfestes den 19. v. M. die Ehre hatte, in Gemeinschaft mit dem Herrn Abgeordneten

[1]) Der Abgeordnete Bieck bemerkte in der Sitzung vom 6. Februar 1867: „Der Abgeordnete von Vincke giebt mir Veranlassung zu einer kurzen persönlichen Bemerkung. Er sagte, daß ein Mitglied dieser, der konservativen Fraktion, ihm noch kurz vor der Sitzung eine Mitteilung habe machen wollen über das, was — um mich der Worte eines der Herren Vorredner zu bedienen — „indiskreter" Weise von ihm hier zur Sprache gebracht worden ist. Ich bin dieses Mitglied gewesen. Nun ist es allerdings richtig, daß ich Herrn von Vincke, ehe die Sitzung begann, eine authentische Mitteilung über die beregte Angelegenheit habe machen wollen, weil ich gehört hatte, daß er einen Gegenstand hier öffentlich zur Sprache zu bringen beabsichtigte, der sich allein auf die konservative Fraktion bezog. Er lehnte dies aber ganz entschieden ab, und dadurch bin ich verhindert worden, ihn mit einer solchen Mitteilung zu versehen, die — wie ich annehme — ihn geschützt haben würde, in solcher Weise, wie er es gethan hat, einen Gegenstand, der sich lediglich auf die konservative Fraktion bezog, zur Sprache zu bringen. Ich bin dadurch auch verhindert worden, die dringende Bitte gegen ihn auszusprechen, nicht indiskret zu sein und eines solchen Vorgangs hier im Hause gar nicht zu erwähnen." Darauf erwiderte der Abgeordnete von Vincke: „Was zunächst die Bemerkung des letzten Herrn Redners anbetrifft, so habe ich seine Mitteilung absichtlich reflektirt und ebenso auch jede weitere Konversation mit den Worten: ich wüßte bereits genau, was ich zur Sprache bringen wollte. Ich wollte nämlich durch fernere Mitteilungen nicht gehindert sein, eine Sache, die ich für wichtig hielt, und die mir von dem Herrn Abgeordneten vielleicht als eine diskrete vertraut würde, zur Sprache zu bringen und mich dadurch einer Indiskretion schuldig zu machen. Die Mitglieder, die mir früher die Worte mitgeteilt haben, haben das in größter Aufregung gethan, und keiner hat mir Stillschweigen darüber auferlegt. Ich habe einen von den Herren, vielleicht beiden, ausdrücklich gesagt, ich würde diese Sache zur Sprache bringen; ich glaubte also, in dieser Beziehung mich in keiner Weise einer Indiskretion schuldig gemacht zu haben."

[1]) „Vossische Zeitung" vom 12. Juni 1881, Nr. 267, I. Beilage S. 2.

Digitized by Google

von Dieſt bei Hochdemſelben mich einzufinden, gaben Eure Excellenz auf die Frage des letzteren:

Ob Seine Majeſtät der König eine Zuſage auf die Bewilligung des hannoverſchen Provinzialfonds erteilt habe?

eine verneinende Antwort . . . .

Dagegen enthält nun aber die amtliche „Provinzial-Korreſpondenz“ vom 12. d. M. (Nr. 7) folgende Stellen:

„Die Regierung hat freilich vom erſten Augenblick keinen Zweifel darüber beſtehen laſſen, daß ſie die Angelegenheit des Provinzialfonds für Hannover eben ſo wie die der Abfindung des entthronten Fürſten als ein Glied in dem Zuſammenhange ihrer nationalen Politik behandelt wiſſen wollte. Eben ſo wie der Miniſterpräſident in betreff der Ausgleichung mit den Fürſten die Forderung ſtellte, daß man nicht ein einzelnes Stück ſeiner Politik aus dem Zuſammenhang herausreiße und verwerfe, während man ſich den Anſchein gebe, die Geſamtpolitik zu billigen, mit demſelben Rechte legte er ſchon bei den Vorberatungen über den Provinzialfonds für Hannover den größten Wert auf die politiſche Bedeutung der Sache nicht blos für die neu erworbene Provinz, ſondern für den Eindruck in ganz Deutſchland. Die Regierung berief ſich ferner darauf, daß eine ausdrückliche königliche Zuſage an die hannoverſchen Stände erteilt ſei, deren Nichterfüllung den übelſten Eindruck machen würde.

. . . . . Gerade weil grundſätzliche und Gewiſſensfragen für die Partei eingeſtandenermaßen nicht vorhanden, für die Regierung dagegen nach ihrer wohlbegründeten und klar ausgeſprochenen Anſicht nicht blos wichtige politiſche Verpflichtungen, ſondern geradezu die Einlöſung einer im Namen des Königs gegebenen Zuſage in Frage ſtanden, — deshalb konnte und mußte die Regierung erwarten, daß die konſervative Partei alle Bedenken von blos praktiſcher Bedeutung, alle Zweckmäßigkeitsgründe bereitwillig den von der Regierung entſchieden in den Vordergrund geſtellten höheren Rückſichten opfern würde.

Man darf annehmen, daß die große Mehrheit der konſervativen Abgeordneten ſo gehandelt hätte, wenn nicht durch den Einfluß einzelner Parteiführer Täuſchungen über die wirkliche Stellung der Regierung zur Sache verbreitet worden wären.“

Die unterſtrichenen Stellen[1]) ſtehen im Widerſpruche mit den von Ew. Excellenz dem Herrn von Dieſt und mir am 19. v. M. gegebenen Antwort und der auf Grund derſelben von mir in der Sitzung am 6. d. M. gegebenen Relation, und würden, falls ſie nicht zurückgenommen würden, den Vorwurf der Unwahrheit einer von mir öffentlich abgegebenen Erklärung einſchließen, einen Vorwurf, bei welchem ich, wie Ew. Excellenz anzuerkennen gewiß nicht Anſtand nehmen werden, mich nicht würde beruhigen können . . . .

Auf dieſen Brief hin erfolgte kein Widerruf des von der „Provinzial-Korreſpondenz“ gebrachten Artikels, es wurde nur richtig geſtellt, worauf ſich die königs-

[1]) Im Text geſperrt gedruckt.

Digitized by Google

liche Zusage bezogen hatte[1]), hiermit mußte sich der Abgeordnete von Vincke[2]) begnügen. —

Wenn man die Korrespondenz überblickt, in welcher die Herren von der feudalen Partei nach Erledigung der Streitfrage ihrem Herzen Luft machten[3]), so

[1]) Die betreffende Stelle der „Provinzial-Korrespondenz" vom 19. Februar, Nr. 68, lautet: „Es ist bei der früheren Besprechung der Angelegenheit mehrfach hervorgehoben worden, daß es sich für die Regierung nun die Erfüllung einer den hannoverschen Ständen erteilten ausdrücklichen königlichen Zusage handele. Diese Zusage bezog sich freilich (wie von andrer Seite betont wird) zunächst nur auf die Vorlegung des Gesetz-Entwurfs an den Landtag. Die Erfüllung lag nicht in der Hand der Regierung allein, sie hing zugleich von dem selbstständigen und unabhängigen Ermessen der Landesvertretung ab. Bei der Erteilung jener Zusage aber hatte die Regierung von der Zuversicht ausgehen müssen, daß diejenigen Parteien, welche sich die Unterstützung der Regierung, zumal in Fragen, auf welche diese ein besonderes Gewicht legt, zur Aufgabe gestellt haben, ihr auch bei der Erfüllung der durch jene Verheißung erweckten Hoffnungen bereitwillig zur Seite stehen würden. In solchem Sinne ist seitens der Regierung sowohl, wie an dieser Stelle, auf die erteilte Zusage hingewiesen worden. Des Königs Erwartung ist nicht getäuscht worden."

[2]) Eine ungünstige Beurteilung von Vincke's Verhalten in der hannoverschen Streitfrage findet man in den Roon'schen Denkwürdigkeiten, Bd. II. S. 369. Vincke starb am 3. Juli 1875. Ein Lebensüberblick findet sich in der Zeitschrift „Im neuen Reich", Jahrg. V. 1875, Bd. I S. 955; vergl. auch „Die Grenzboten" 1875, II. Jahrg. S. 440.

[3]) Ein Abgeordneter schrieb Mitte 1868 an Roon: Schuld an dem Zerwürfnis mit den Konservativen sei einerseits von Bodelschwingh, andrerseits Bismarck, der die Partei, welche ihm so unbegrenzt ergeben ist, so viel von ihm hält, und mit der er, wenn er sich nur herablassen wollte, sie halb so gut zu behandeln wie die Nationalliberalen, alles machen könnte — statt dessen mit unbegreiflicher Schroffheit zu behandeln fortfuhr. Statt ihnen einfach zu sagen, von Anfang an, und nicht erst etwas verblümt in der letzten Viertelstunde: „Wir haben im Namen des Königs, und auf dessen eigentlichen Wunsch, die Zusage erteilt: also bewilligt, oder enthaltet Euch wenigstens der Opposition! — statt dessen drohte er ihnen fortwährend öffentlich und durch Zwischenträger mit seiner Ungnade, brüskierte sie, indem er sagte, sie müßten mit ihm stimmen, in allen Fragen unbedingt, dazu wären sie gewählt, er würde sich sonst auf die Liberalen stützen, würde eine liberale Kreisordnung einbringen, u. s. w. — so daß er die armen Leute, welche gar nicht mehr aus und ein wußten, denen es an Führung, aber nicht an Zuflüsterungen aller Art fehlte, förmlich zur Opposition zwang, wenn sie nicht auf immer dem unauslöschlichen Hohne preisgegeben sein und die Partei als solche ruiniren wollten." Ähnlich lauteten die Nachrichten, welche Roon von Blankenburg empfing. Dieser berichtete am 16. Februar aus Zimmerhausen: „Mir scheint, daß beide Teile verhängnisvolle Fehler gemacht haben. Die Konservativen haben sich durch Bodelschwingh einfangen lassen, haben sich selbst in solche Rage gesprochen und fractioniert, daß kein Bitten mehr half. Der Lange hat anfänglich viele verletzt und zur unrechten Zeit bei Seite stehen lassen, mit den Nationalen coquettirend. Das böse Blut ist dadurch immer höher gestiegen und hat zuletzt Alles schwindlig gemacht. Jetzt arbeitet Wagener in den boshaftesten Ausdrücken gegen Bodelschwingh, Brauchitsch ꝛc.: „Sie haben sich einen alten Fuchs zum Heerführer gewählt." — Indessen was nutzt die Zergliederung der Entstehung des Zwistes! Ich bin in großer Sorge, daß noch mehr Übereilungen geschehen. Mit einer wirklich liberalen Majorität kann Bismarck noch viel weniger Deutschland regieren — das nimmt ein trauriges Ende. Die hart geritteuen, jetzt allerdings durchgehenden Junker wieder weichmäulig zu machen, ist geradezu keine Kleinigkeit — aber mit solchen Mitteln geht es nicht, die jetzt angewandt werden; z. B. er soll niemand sprechen wollen, bevor nicht Bodelschwingh aus dem Vorstande vertrieben ist. Das geschieht sicherlich — aber doch erst wenn der Zeitpunkt da ist. Es geht doch jetzt nicht so Knall und Fall. Neue Partei bilden! Ja wo ist die? — —"

Digitized by Google

begreift man das harte Urteil, das Bismarck über dieselben in einem Briefe an seine Gemahlin d. d. Prag, 3. August 1866 gefällt hatte, worin er bemerkte: „Die Leutchen haben alle nicht genug zu thun, sehen nichts als ihre eigene Nase und üben ihre Schwimmkunst auf der stürmischen Welle der Phrase[1]). Mit den Feinden wird man fertig, aber die Freunde! Sie tragen fast alle Scheuklappen und sehen nur einen Fleck von der Welt[2])."

Schon während der vorerwähnten Debatten im Abgeordnetenhaus verlautete, Bismarck sei so erbittert und verärgert, daß er sich unbestimmten Urlaub erbeten habe. Am 29. Mai 1868 erschien er zwar zur Parade, er wurde aber plötzlich so unwohl, daß er sofort zu Wagen in seine Wohnung gebracht werden mußte. Ein tödliche Krankheit befiel ihn, die gebot, ihn in den ersten Wochen mit allen Staatsgeschäften zu verschonen. Als ihm die erste Kunde gebracht wurde, daß man mit den Führern der Konservativen und Nationalen über einen provisorischen Ausgleich in Reichstagsfragen unterhandle, durfte er noch nicht sprechen; er soll damals nur durch eine heftige Kopf- und Handbewegung seine Abneigung ausgedrückt haben.

Es blieb ihm nichts andres übrig, als unter Beschränkung auf die Erledigung der allerwichtigsten Staatsgeschäfte sich in längerem Urlaub nach Varzin zurückzuziehen (16. Juni 1868)[3]).

Die Berichte über den Gesundheitszustand des Grafen Bismarck riefen in London einen tiefen Eindruck hervor. Nicht leicht spiegelt etwas die Wandlung des Urteils, die sich während der letzten Jahre in England über Bismarck vollzogen hatte, besser wieder, als die folgende Betrachtung der „Times": „Es ist ein Glück, daß der Sommer in der Regel eine Stille in politischen Angelegenheiten mit sich bringt. Trotz alledem ist die Geschäftsführung doch keine sehr leichte Sache. Das Sprichwort sagt: „Thoren bauen die Häuser, damit weise Männer darin wohnen können." Wie es scheint, gilt aber in der Regel von

[1]) Objektiver urteilte über Bismarck's Verhalten in der hannoverschen Frage der Abgeordnete von Berg-Perschken und der Kriegsminister von Roon in einem Briefe d. d. Bordighera, 25. Februar 1868 und Lugano, 25. März 1868, letzterer gerichtet an den Abgeordneten v. Blanckenburg. In dem erstgenannten Briefe schreibt Roon: „Wenn man, wie ich, ganz sicher weiß, wie Ungeheures B. zu leisten hat und auch leistet, so kann man ihn billigerweise nicht schelten, daß er nicht auch noch mehr leistet und für seines Kollegen Versäumnis oder Unfähigkeit eintritt. Übrigens wird der Bruch heilen, denn er muß heilen; wir können uns auf keine andre Partei in der Hauptsache stützen, aber die Partei muß endlich begreifen, daß ihre heutigen Auffassungen und Aufgaben wesentlich andre sein müssen, als zur Zeit des Konflikts; sie muß eine Partei des konservativen Fortschritts sein und werden und die Rolle des Hemmschuhs aufgeben, so wesentlich und notwendig solche zur Zeit der Übermacht des demokratischen Fortschritts und der damit angedrohten demagogischen Überstürzung auch sein mochte und in der That gewesen ist."

[2]) 20. Februar 1868. Bei Gelegenheit eines Zweckessens der Konservativen wurde beschlossen, die an den Tag gelegte Opposition gegen Bismarck wieder fallen zu lassen.

[3]) Motive für das plötzliche Urlaubsgesuch des Grafen Bismarck s. „National-Ztg." 1868, Nr. 70, 72, 79. Vergl. hierzu auch den Artikel „Die Regierung und die konservative Partei" in der „Provinzial-Korrespondenz", Nr. 73 von 1868.

Digitized by Google

Staaten das Umgekehrte, und es ist ebenso gewiß, daß Deutschland nur einen weisen Mann besitzt, wie es sich noch 1861 auswies, daß Italien nur einen fähigen Mann besaß. Es gab eine Zeit, wo diese Thatsache allgemein anerkannt wurde, wo der beschränkteste, eigensinnigste deutsche Steckenpferdreiter einräumte, daß im ganzen Lande nur ein Mann recht gehabt, nur ein Mann sein Ziel unverwandt im Auge behalten habe. Seit dieser Zeit indessen haben Selbstsucht, Eitelkeit und Querköpfigkeit ihren verlorenen Boden zum großen Teile wiedergewonnen. Konservative und Radikale, Einheitsfreunde und Bundesfreunde, Männer aller Stände und Klassen, Männer aller Farben und Bekenntnisse bilden sich ein, ihre Sache besser zu verstehen als Bismarck . . . .

Es ist immer unsre feste Überzeugung gewesen, daß, wenn Europa im Laufe der letzten zwei Jahre von den Schrecknissen eines Krieges verschont geblieben, das Verdienst dafür nur zwei Männern, dem Grafen Bismarck und dem Kaiser Napoleon gebührt. Und seit der letztere Herrscher durch Verlegenheiten und Inkonsequenzen von streitenden Parteien in seinem eigenen Kabinett beeinflußt wurde, hat der Friede an der äußerst klaren und entschlossenen, zu gleicher Zeit aber doch vorsichtigen und versöhnlichen Politik des preußischen Staatsmannes gehangen." —

Am 23. August 1868 traf in Berlin folgende schwerwiegende Depesche ein: „Graf Bismarck ist mit dem Pferde gestürzt und hat sich erheblich verletzt." Der Unfall wäre hier nicht zu erwähnen, wenn sich derselbe nicht in Gegenwart eines Parlamentariers, des Abgeordneten Moritz von Blanckenburg[1]) zugetragen hätte, welcher darüber in einem Briefe an den Kriegsminister von Roon d. d. Varzin, 24. August 1868 Nachstehendes mitteilte: „Ich hatte mir schon vorgenommen, Dir einen Bericht über Bismarck's Gesundheit zu machen. Leider ist durch einen Sturz, den er vorgestern mit dem Pferde machte, alles verändert. Wir ritten längs einer großen Rieselei im Walde auf einem aufgeschütteten, anscheinend ganz ebenen und festen Rasenweg Trab — er unmittelbar vor mir, Keudell hinter mir. Denke Dir mein Erstarren, als ich ganz plötzlich folgendes Bild sich vor mir abspinnen sehe: Der kleine breite Fuchs, den er ritt, tritt mit dem rechten Vorderfuß durch die Rasendecke und zwar so tief und energisch, daß er gleich, mit dem linken sich vergebens stützend, nach einigem Stolpern mit der Nase in der Erde wühlte. Natürlich flog Otto über den Hals fort und war m. E. erst mit der rechten Hand und dem Gesicht an der Erde, als der zweite Akt erfolgte — nämlich daß der Fuchs vollständig „heefterkopp" schlug und mit dem dicken Pferderücken (10 Ctr. Gewicht!) auf die bundeskanzlerischen Schultern prallte. Der dritte Akt folgte ebenso schnell — nämlich daß der Fuchs rechts abfiel und Otto schnell aufsprang und leichenblaß ohne Athem, ein dumpfes Gestöhn ausstoßend, halb Gewimmer, sich den Magen krampfhaft haltend umher-

[1]) Vergl. oben S. 16. Während der Konfliktszeit stand derselbe mit Bismarck in fortdauernder Korrespondenz. Brief Bismarck's d. d. 18. Juli 1865, Kohl, Bismarck-Regesten Bd. I. S. 260, desgl. v. 26. Juli 1865, a. a. O. S. 261, desgl. 1. August 1865, a. a. O. S. 261. Sommer 1868 Brief Bismarck's an Blanckenburg (Inhalt unbekannt) Kohl. a. a. O. S. 359.

Digitized by Google

ging. Ich war in dem Momente vom Pferde, als er aufsprang, und überzeugte mich bald, daß Knochen nicht zertrümmert waren, was natürlich mein erster Gedanke war, auch erfolgte kein Blutsturz, auch nicht das leiseste Blutspucken, so daß wir bis jetzt hoffen, daß alles ohne weitere Folgen abgegangen ist. Er ritt noch Schritt ¼ Stunde und hatte die ersten heftigen Schmerzen, als er einen Wagen nahm. — — Der Arzt kann nichts finden.

Natürlich wird dies seine Nerven nicht gerade stärken. Vorher machte er mir eigentlich einen guten Eindruck, wenngleich er über Schlaflosigkeit klagt. Er trank — wie er sagte — am Tage vor dem Sturze zum erstenmal mit Appetit Sekt und rauchte drei Cigarren . . .

Ein einziges Mal vor dem Sturz fing er mit mir ein wenig Politik an zu sprechen über innere Angelegenheiten, dies war aber mehr wie einer — der vieles, sehr vieles Gebrechen sieht aber keine Macht hat es zu ändern — etwa als wenn ich über dies oder das räsonnire — gar nicht als wenn er Premier und dafür ebenso gut verantwortlich!" — —

Ende September 1869 war derselbe Abgeordnete zu Bismarck nach Varzin gereist, um mit demselben über Landtagsangelegenheiten zu beraten. Über seinen dortigen Aufenthalt schreibt Blanckenburg seinem Onkel, dem Minister Roon, d. d. Varzin, 1. Oktober 1869: „Bin heute noch hier geblieben, weil Eulenburg kommt — wie Du wohl wissen wirst — anscheinend im Auftrage des Königs.

Bismarck hat mich gebeten, daß Du doch Selchow einen Anstoß geben mögest, daß er sich wenigstens der ländlichen Interessen im Staatsministerium annimmt, die Heydt mit Reduction der Creditfristen von 6 Monaten auf 3 Monat wiederum schädigen will. Bismarck ist darüber erregt, erstens daß diese Operation allein dazu geschehen soll, das eigentliche Deficit zu verdecken . . . zweitens ist er auch der Meinung, daß diese Reduction dem Lande einen empfindlichen Schnitt versetzt und ärgert sich, daß niemand außer ihm diese Interessen wahrnimmt . . . Dies Alles ist nun aber eine völlige Nebensache in meinen Augen im Vergleich mit der ganzen Situation, die ich hier vorgefunden habe. Ich finde B. fest entschlossen unter allen Umständen sich ganz auf den Bund zurückzuziehen, wenn der König nicht mindestens Heydt entläßt."

Nachdem dies näher ausgeführt und Bismarck's damalige krankhafte, sehr reizbare Stimmung beklagt worden, fährt der Brief fort: „Mir scheint, daß Du energisch B. helfen mußt, den König zu überzeugen, H. zu entlassen, auch womöglich Selchow, wiewohl dies mehr negativ ist. Ich glaube — dann ließe sich der Lappen flicken.

Otto will hier bleiben — gar nicht zum Landtag kommen und will wohl nichts lieber, als daß der Landtag alles ablehnt. Ich werde meine Entschließungen hierfür mitzuwirken erst fassen, wenn ich die Vorlagen kenne."

Acht Tage später, 8. Oktober 1869, schreibt Blanckenburg von seinem Gute Zimmerhausen weiter an Roon: „Ich habe Bismarck, da es mir in Varzin unmöglich wurde, mich völlig auszusprechen, in diesen Tagen etwas ausführlicher geschrieben, als ich das sonst zu thun pflege. An seine Krankheit kehre ich mich

Digitized by Google

gar nicht mehr — die ist unheilbar, wenn er in Varzin fortfährt so ungesund zu leben wie bisher. Sehr spätes Aufstehen und dann wie ein Förster bis 5 Uhr draußen, essen (und wie!) um 5, 6, 7 Uhr anfangend je nachdem, ½ Stunde Billard und dann die eigentlich nicht zu vermeidende Arbeit bis 10, 11 Uhr — und das bewußte kalte Nachtessen — natürlich kein Schlaf bei zerstörter Verdauung.

Seine herben Urtheile über seine Kollegen und die Konservativen (er nimmt bei den Ausfällen jedesmal Dich und mich aus) sind ja zum großen Theil völlig gerecht und nicht neu. Ich habe ihm zugesagt, das Meinige (geringe) zu thun um zu helfen. Auf sein Verhältniß zum Könige habe ich keinen Einfluß, auch kein Urteil darüber; habe ihn auf die Ehe verwiesen, die auch nicht ohne gegenseitige Duldung zu führen ist. Mögen nun aber die Konservativen noch schlechter sein, wie er sie schildert — ohne dieselben wird er nimmermehr Preußen in anständiger Form in Deutschland aufgehen machen, was (richtig verstanden) allerdings das noch mögliche gute Ziel ist. Will er dies Werk mit den Liberalen vollziehen — so führt es unfehlbar zur Republik.

Man kann den Liberalen nicht gerecht werden, wenn man nicht ihr ganzes Programm erfüllt, und dazu gehört in erster Linie die Zerstörung der Kirche und Schule . . . Also — läßt sich Deutschland nur einigen auf liberalem Wege, so kann dies nur mit Hülfe der Konservativen geschehen. Die müssen das Bewußtsein behalten oder wiederbekommen, daß sie die eigentliche Stütz-Partei sind, mit der Deutschland erobert wird. Dazu aber sehe ich nicht allein keine Anstalten — sondern ich besorge, daß die Verbindungen, die noch bestehen, abgebrochen werden.

Am letzten Abend in Varzin hatte ich noch ein langes Gespräch mit Eulenburg, der mir mittheilte, was man plante um Heydt zu beseitigen[1]). Ich bin ganz einverstanden, und B. wird auch nicht krank werden, wenn ihm der Schwarze Adler umgehängt wird. H. lauert also auf einen Moment, um als Konservativer abzugehen. Ich fürchte aber, der Moment kommt nicht." —

Am 6. Oktober 1869 stellte das Mitglied des Herrenhauses, der frühere Justizminister Graf zur Lippe daselbst den Antrag: Das Herrenhaus wolle beschließen: daß

[1]) In den letzten Oktobertagen 1869 erfolgte bekanntlich der Rücktritt Heydt's und die Ernennung Camphausen's zum Finanzminister. Dieselbe war wohl dem zunehmenden Einfluß Delbrück's zuzuschreiben, den Bismarck „zu seinem Handwerkszeug rechnete, wenn er bequemer arbeiten wollte." Es war also in Bismarck's unmittelbarster Umgebung ein Triumvirat Delbrück-Camphausen-Wehrmann geschaffen, das einem hochkonservativen Manne wie Roon stark zu denken gab, und den bald kommenden Systemwechsel vorbereitet hat. Den Konservativen fehlte ein Führer. M. v. Blanckenburg wünschte, daß General Moltke die Leitung der Fraktion in die Hand nehme, wie ehedem Stolberg. „Es würden dabei die eigentlichen Korporaldienste von Deuzin geleistet, — schrieb er — und ich würde mich ihnen gewiß nicht entziehen, wenn ich da wäre. Aber wir müßten ihn gerade in erster Linie haben als feinstes Deckblatt, das wir noch hätten für unsere Vierradener Einlagen." Darauf erwiderte ihm Roon, daß sich dieser Plan schwerlich verwirklichen werde, da sich das „Deckblatt" Moltke nicht gut rollen läßt.

Digitized by Google

1) seiner Überzeugung nach die in den Gesetzen vom 12. und 21. Juni 1869, betreffend die Einrichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelssachen und die Gewährung der Rechtshilfe (Bundesgesetzblatt Seit 201 u. 305), liegenden gleichzeitigen Änderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes vom 27. Juli 1867 und der preußischen Verfassungs-Urkunde vom 31. Januar 1850 ohne Zustimmung der preußischen Landesvertretung nicht hätten getroffen werden dürfen;
2) die Königliche Staatsregierung zu ersuchen sei, dem entgegenzuwirken, daß in Zukunft Änderungen der Verfassung des Norddeutschen Bundes, soweit durch dieselben zugleich Änderungen der preußischen Verfassungs-Urkunde herbeigeführt werden, ohne Zustimmung der Preußischen Landesvertretung vorgenommen werden.

Motive. Die Wahrung der der preußischen Landesvertretung verfassungsmäßig zustehenden Rechte [1]).

Dieser Antrag des Grafen Lippe wurde der IX. Kommission zur Beratung überwiesen, welche durch Bericht vom 9. November 1869 zustimmte, und dem Herrenhause die Annahme des Antrages empfahl.

Gegen diesen Beschluß ist das nachstehende Schreiben gerichtet, welches der Ministerpräsident Graf Bismarck an den Fürsten Putbus [2]) auf Rügen richtete [3]):

Varzin, den 13. November 1869.

Ich benutze den Anlaß, den mir das Denkmal für Arndt bietet, um ein Wort über den Lippe'schen Antrag im Herrenhaus einfließen zu lassen. Ich habe es für unmöglich gehalten, daß dieser Antrag in der Kommission irgend welche Zustimmung, geschweige denn die Majorität finden könne, und nun schreibt man mir, er werde sogar im Plenum angenommen werden. Wenn das Herrenhaus sich der Regierung entgegenstellen will, so giebt es so viele Gebiete innerhalb der preußischen Politik, auf denen dies nicht nur mit Nutzen für unsere Gesammtentwickelung, sondern auch mit praktischem Erfolg von unmittelbarer Anschaulichkeit und unter unabweislichem Hervortreten der Wirksamkeit des Herrenhauses geschehen kann. In der deutschen Politik aber sind der

[1]) Der Antrag war unterstützt durch die Mitglieder des Herrenhauses von Beurmann, von Borcke, von Brand, von Bredow, Graf von Brühl, von Le Coq, von Goßler, Graf von der Gröben-Ponarien, von Jena, von Karstedt, von Köller, von Kröcher, Leo, Freiherr von Paleske, von Plötz, von Rabenau, Fürst Reuß, Graf von Schlieffen, von Schoenborn, Graf von der Schulenburg-Emden, Graf von der Schulenburg-Hesler, von der Schulenburg-Salzwedel, von Senfft, Graf zu Solms-Baruth, Uhden, von Waldaw.

[2]) Fürst und Herr zu Putbus, Wilhelm Karl Gustav Malte, geborener Graf von Wylich und Lottum, Erb-Landmarschall im Fürstentum Rügen und der Lande Barth, Generalmajor à la suite der Armee, evang., geb. den 16. April 1833 zu Neapel, wohnhaft zu Putbus, Mitglied des Herrenhauses seit April 1863.

[3]) In den Politischen Briefen Bismarck's aus den Jahren 1849—1889, Berlin 1889, Hugo Steinitz' Verlag, Bd. I, Seite 206, ist der Brief vom 17. November 1869 datiert; diese Angabe ist aber falsch.

Digitized by Google

Regierung so tiefe und feste Geleise vorgezeichnet, daß sie ohne schwere Schädigung des Staatswagens gar nicht aus denselben heraus kann. Wir werden durch den Antrag an eine Wand gedrängt, die gar kein Ausweichen gestattet, und hinter dem drängenden preußischen Herrenhause stehen Frankreich und Österreich, die sächsischen und süddeutschen Partikularisten, die Ultramontanen und die Republikaner, Hietzing und Stuttgart. Die Regierung, wenn sie nicht die Politik von 1866 aufgeben will, kann nicht weichen, sie muß den Handschuh aufnehmen, und jedes Ministerium, welches dem jetzigen folgt, muß dies in verstärktem Maße thun. Außerdem ist der Beschluß ein Schlag ins Wasser, an den der Bund sich nicht kehren wird, der aber die Regierung und die gesammte Bundespolitik gezwungener Weise in Opposition mit dem Herrenhause bringt und zwischen beiden Häusern des Landtags einen Konflikt erzeugt, in welchem Fluth und Wind mit der ganzen Kraft deutschen Nationalgefühls zu Gunsten des Hauses der Abgeordneten und gegen das Herrenhaus laufen. Wenn Sie auf ein politisches Urteil irgend welchen Werth legen, so bitte ich Sie, thun Sie was Sie können, um die Annahme des Lippe'schen Antrags zu hindern; sprechen Sie mit Graf Stolberg und zeigen Sie ihm, wenn Sie die Güte haben wollen, diesen Brief, sowie überhaupt jedem der Kollegen, dem daran liegen kann, meine und der Regierung Ansicht über die Sache zu kennen. Wenn es dem Grafen Lippe gelänge, seine Ansicht in dieser die ganze Situation beherrschenden Principienfrage zur maßgebenden zu machen, so müßte er auch bereit sein, unsere Politik im Sinne dieses Antrages weiter zu führen. Kann und will er das nicht, so treibt der Antragsteller und die, welche mit ihm stimmen, mit den höchsten Interessen des Landes ein strafbares und leichtfertiges Spiel.

Fürst Putbus wirkte demnächst im Herrenhause dahin, daß der Antrag im Plenum abgelehnt werde, was ihm im Verein mit andern verständigen Kollegen gelang. Der Antrag an sich war ohne rechtliche Bedeutung, im Grunde nur ein böser Nadelstich gegen Bismarck. Am 17. November fand die Plenarsitzung statt, in welcher nach längerer Debatte über den Antrag Lippe bei namentlicher Abstimmung mit 58 gegen 49 Stimmen zur Tagesordnung übergegangen wurde [1]).

Bereits während der Verhandlungen über den hannoverschen Provinzialfonds sehen wir die neue preußische Kreisordnung im Hintergrunde erscheinen, wie ein Gespenst, mit dem man unartige Kinder gehorchen lernt, wenn die Vernunftgründe den Dienst versagen. Eine greifbare Form nahmen die Versuche, Preußen eine neue Verwaltungsreform zu geben, erst im Jahre 1869 an.

Fürst Bismarck hat das große Verdienst, die Sache in Gang gebracht zu haben in einer Zeit, in welcher niemand etwas von diesen Plänen wissen wollte. Später hat er die Ausführung im wesentlichen dem Grafen Fritz Eulenburg überlassen, da die wichtigen allgemeinen deutschen Fragen seine Aufmerksamkeit

[1]) Fürst Putbus war in Versailles während des Kriegsjahres ein häufiger Gast im Hause Bismarcks. Vergl. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. II, S. 47, 91, 133, 253, 341.

Digitized by Google

mehr verlangten. Das große Verdienst der Initiative bleibt aber wie gesagt dem Fürsten Bismarck. Er allein zeigte in der Übergangszeit die Fähigkeit, nicht bloß über die herrschenden Parteiansichten, sondern auch über die Vorstellungen seiner Geheimräte hinaus das staatlich Notwendige zu erkennen. Bevor Bismarck an die Ausführung ging, hielt er es für angemessen, sich mit unsrer größten Autorität auf diesem Gebiete zu beraten, mit dem Professor Dr. Rudolf Gneist[1]), welcher kurze Zeit vorher sein grundlegendes Werk über das englische Staatsrecht beendet hatte. Gneist war Bismarck vom Abgeordnetenhause, dem derselbe seit 1858 angehörte, und außerdem vom konstituierenden Reichstage her bekannt. Er hatte das Glück, während der Konfliktszeit nicht ein einziges Mal mit Bismarck ein Renkontre zu haben. In der Militärfrage stritt er sich ausschließlich mit dem Kriegsminister von Roon herum. Mit Bismarck gab es nur ein kleines Scharmützel in der Lauenburgschen Frage.

Da über die Verhandlungen des leitenden Staatsmannes und des Parlamentariers über die Grundlagen der Kreisordnung bisher noch nichts bekannt geworden ist, so habe ich Herrn Professor Gneist gebeten, den Gedankengang der preußischen Verwaltungsreform in einem Essay zusammen zu stellen, dessen ersten, das Jahr 1869 umfassenden Teil ich am Schlusse dieses Abschnittes (S. 72) folgen lasse.

Wir werden später (1872) auf die endgültige Lösung der Frage zurückkommen.

Am Schlusse unsrer Periode bietet sich in Bezug auf sein Verhältnis zu seinen bisherigen politischen Freunden ein für Bismarck wenig erfreuliches Bild dar[2]). Wie mögen die Bismarck abgeneigten Junker über denselben

---

[1]) Gneist, Rudolf, Dr., ordentlicher Professor und Oberverwaltungsgerichtsrat in Berlin. Geboren 13. August 1816 (evangelisch). Professor in der Juristenfakultät seit 1844. Hilfsrichter beim Obertribunal 1846—50. Mitglied des Landtags seit 1858, des Reichstags seit 1867. Stadtverordneter von Berlin seit 1848. Präsident des deutschen Juristentages 1868 ff. Präsident des Centralvereins für das Wohl der arbeitenden Klassen seit 1869. Präsident des Eisenacher Vereins für Sozialpolitik 1872. Vorsitzender des wissenschaftlichen Vereins der Singakademie ꝛc. Er schrieb u. a.: Englisches Verwaltungsrecht. 2. Auflage 1867. 2 Bände. Englisches Selfgovernment. 3. Auflage 1871. Geschichte des Selfgovernment. 1863. Freie Advokatur. 1867. Konfessionelle Schule. 1869. Selbstverwaltung der Volksschule. 1869. Verwaltungs-Justiz. 1869. Preußische Kreisordnung. 1871. Rechtsstaat. 1872. Zur deutschen Strafprozeßordnung. 1874. Formelle Verträge. 1845. Römische Institutionen. 1858 ꝛc. (Nat. Lib.)

[2]) In einem Artikel der „Hamburger Nachrichten" vom 29. März 1892, Nr. 76, betitelt „Fürst Bismarck und die Konservativen", heißt es: Die Entfremdung gegen den Fürsten Bismarck hat bei den Führern der Konservativen vielleicht schon im Jahre 1866 in Prag begonnen, als eine konservative Deputation dem Streben des damaligen Ministerpräsidenten, den inneren Konflikt bei der Rückkehr nach Berlin zu schließen, durch den Versuch einer Einwirkung auf den König entgegentrat und bei gewissen Stimmungen des hohen Herrn auch Anklänge fand, obschon die Deputation nicht anzugeben wußte, welche Gestaltung der zukünftigen Entwickelung Deutschlands ihr nach den Ereignissen des Jahres 1866 vorschwebte, wenn bei der Heimkehr des siegreichen Heeres der seit bald sechs Jahren schwebende Konflikt unverändert fortgesponnen werden sollte. Ob die Gegnerschaft gegen die Regierungspolitik, welche in den letzten sechziger Jahren bei den Konservativen öffentlich zum Ausbruch kam (z. B. in den Kämpfen um den hannöverschen Provinzialfonds und ähnliches), an die Erinnerung an die Prager Vorgänge und an die Indemnitäts-Wendung in der Thronrede in bewußter Weise anknüpfte, lassen wir dahin gestellt

Digitized by Google

räsonniert haben, wenn ein Getreuer, wie M. von Blanckenburg, sich in Briefen an Roon wie folgt erging: Zimmerhausen, 21. 1. 70.

. . . Überraschen thut mich gar nicht, was Du über B. schriebst. Daß er die Fehler, die seit Erledigung der Frage über den Provinzialfonds in Behandlung der Konservativen gemacht sind, nicht wieder gut machen will, das weiß ich von Varzin her; daß er die Meinung hat, daß die vorschreitende Einigung Deutschlands es erfordert, daß wir immer liberaler werden müssen — das spricht er geradezu aus — freilich auch, daß jeder liberale Mann, der dem König durch das Amt näher gebracht wird, eo ipso konservativer wird . . . .

Z., den 5. Februar.

. . . Die Opposition der Konservativen gegen B. nimmt reißend zu — man kann es schon Erbitterung nennen. Führer dieser Opposition gegen ihn will und werde ich nimmermehr sein, und Führer der murrenden, widerwilligen, ihm noch aus allerhand Gründen folgenden Rest-Konservativen mag ich nicht sein, also Stolberg's [1]) Erbschaft trete ich nicht an [2]).

Wir werden in einem späteren Abschnitt sehen, wie sich die Wolken immer drohender zusammenballten, bis sich schließlich über die Häupter der Konservativen unter Donner und Blitz ein Gewitter entlud, welches das alte Fraktionsgebäude bis in die Fugen erzittern machte.

Anhang.

Fürst Bismarck und die preußische Verwaltungsreform.

(Nach einer Mitteilung des Professor Gneist.)

Nachdem der preußische Verfassungskonflikt von 1862—1866 seine glückliche Lösung gefunden hatte und das schwere Werk der Errichtung des Norddeutschen Bundes gelungen war, regte sich in Preußen der lebendige Wunsch, die noch vorhandenen Differenzen über den inneren Ausbau des Staates, insbesondere den Streit über die Ausgestaltung der Kreis-Ordnung zu einem gütlichen Austrag zu bringen.

Im Ministerium des Innern war man mit Entwürfen einer neuen Kreis-Ordnung oder Kreis-Ordnungs-Novelle mehrfach beschäftigt, konnte sich aber kaum verhehlen, daß die in der politischen Abteilung entstandenen ersten

sein; jedenfalls waren die Angriffe gegen den Ministerpräsidenten schon damals lebhafter, als mit freundlichen Beziehungen der konservativen Fraktion und mit deren Unterstützung der Regierungspolitik verträglich war.

[1]) Graf Eberhard Stolberg, bisher Fraktionsvorstand, war kürzlich zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt worden.

[2]) Der Kriegsminister von Roon erwiderte Blanckenburg am 7. Februar 1870. „. . . Du erwähnst in Deinem letzten Briefe die Opposition resp. Mißstimmung der Konservativen. Der gute Berg diskutierte gestern Abend an meinem Theetisch dasselbe Thema, und sprach, wie Du, vom Rückzuge. Wenn Du und er und die Gleichgesinnten sich von der politischen Bühne in der That zurückziehen, so wird den Liberalen freilich das Feld unbestritten überlassen; dann kann die Regierung oder B. nicht bloß mit den Liberalen transigieren und wirtschaften, dann muß er es thun, und Ihr werdet bald wahrnehmen, wie das Schiff von den Mithänden am Steuer ganz entschieden nach links gewendet wird, was ich natürlich nicht mitmache."

Digitized by Google

Entwürfe in dem jetzigen Landtag unmöglich zur Annahme gelangen könnten. Man hatte nicht nur die Ritterschaft mit ihren Virilstimmen im Kreistage beibehalten, sondern auch noch durch sogenannte Notable (die Superintendenten u. a.) verstärken wollen, ohne zu erwägen, daß die Städte sich in Zukunft mit je einer Stimme, die Bauern in ihrer Gesamtheit mit drei Stimmen unmöglich zufrieden geben würden.

Inzwischen hatten die positiven Vorschläge des Professor Gneist zur Reform der inneren Verwaltung (in der Schrift: „Verwaltung, Justiz, Rechtsweg" im September 1868) in weiteren Kreisen Aufmerksamkeit erregt. Der Ministerpräsident sah sich dadurch veranlaßt, im Januar 1869 durch seinen damaligen Adlatus, Regierungs-Assessor von Kendell, den Dr. Gneist zu einer Abendbesprechung über diesen Gegenstand einzuladen, die am 2. Februar 1869 in einer bis spät in die Nacht hineindauernden Konferenz stattgefunden hat. Es war damals noch nicht üblich, den Inhalt solcher Interviews weiteren Kreisen mitzuteilen; indessen ist das Wesentliche der Besprechung aus einer bald darauf erschienenen Monographie („Die preußische Kreis-Ordnung", von Dr. R. Gneist) sowie aus dem weiteren Verlauf der Verwaltungsreformen zu entnehmen.

Gneist ging bei seinem Vortrage von folgenden Gesichtspunkten aus:

1. Das Schicksal einer neuen Kreis-Ordnung hängt davon ab, ob sie als eine parlamentarische Institution oder ob sie als eine neue Grundlage der Staatsverwaltung behandelt wird. Soll nur ein neues Kreisparlament geschaffen werden, so entsteht ein unlösbarer Widerstreit: ob neues Herrenhaus oder neues Abgeordnetenhaus. — Die Parlamente häufen sich so, daß eines das andre aufhebt. wenn noch neue Kreis-, Stadt- und Dorfparlamente hinzukommen. Soll dagegen eine Verwaltungseinrichtung geschaffen werden, so handelt es sich darum, Funktionen der bisherigen Staatsbeamten auf Ehrenämter, Staatslasten auf die Kreisverbände zu übertragen. Das, was ein früherer Gesetz-Entwurf vorläufig vermeiden will, „Übertragung von Staatsfunktionen", das ist gerade der einzige Gegenstand des vielgerühmten Selfgovernment. Damit erst beginnt die Kluft sich zu füllen, welche zwischen der Beamtenverwaltung des Staates und den Parlamentskörpern liegt. Die Staatsbeamten gewinnen die Unabhängigkeit der besitzenden Klassen, die besitzenden Klassen einen wesentlichen Teil der Geschäftserfahrung des Beamtentums, wie dies Verhältnis in England die Wurzel der Staatsbildung geworden ist und den Wahlkörpern zum Unterhaus (commune) den festen Zusammenhang gegeben hat, auf dem allein der Aufbau eines Parlaments in seiner englischen Machtstellung möglich ist. Das, worüber konservative und liberale Parteien zur Zeit streiten, ist überhaupt kein Selfgovernment, obgleich beide Seiten es so nennen, sondern beide Teile verlangen nur eine Handhabung wirtschaftlicher Angelegenheiten nach ihren Interessen und Beschlüssen, vereinigen sich dann aber über die Teilnahme an diesen Machtbefugnissen. Nach konservativer Idee sollen Adel, Ritter, Bürger und Bauern sich in die Beschließung über Provinzial- und Kreiseinrichtungen teilen, nach der liberalen Ansicht sollen alle Steuerzahler

Digitized by Google

diese Machtbefugnisse üben. Beide Teile erstreben nichts weiter als Beschlüsse zu fassen über gewisse gemeinnützige Einrichtungen und solche durch ihre remunerierten Beamten zu verwalten. Die Kreis-Ordnungen Friedrich Wilhelms IV. waren ungefähr so wie die alte deutsche Reichs-Kreisverfassung gebildet; aber bei den heutigen Besitzverhältnissen wird niemand mehr im stande sein, einen Adel-, Ritter-, Bürger- und Bauernstand die ihm zukommende Zahl der Stimmen zuzumessen und dabei das Großkapital, die Großindustrie, die gelehrten Klassen und das in Preußen so einflußreiche Berufsbeamtentum aus dem Rahmen der Vertretung wegzulassen. An dieser Unmöglichkeit ist eben der so patriotische „allgemeine Landtag" gescheitert. Andrerseits hat die liberale Partei im Jahre 1850 nichts weiter zu stande gebracht, als Gemeinde-, Kreis-, Bezirks-, Provinzial-Ordnungen, die alle nach einem Schema gebildet sind, so wie sich der Privatmann seine Parlamente denkt, als Verwaltungsräte der Steuerzahler, deren Beschlüsse durch besoldete Beamte ausgeführt werden. Die Unfruchtbarkeit solcher Gemeinde-Ordnungen zeigt sich in der Staatsbildung Frankreichs, die mit ihren Gemeinde-Arrondissements- und Departementsräten bis heute zu keinem innern Halt gelangt ist.

Zwischen zwei intransigenten gesellschaftlichen Gruppen steht allerdings unser Staatsbeamtentum. Unser höheres Beamtentum ist in der That geteilt zwischen beiden Bestrebungen: im stillen aber doch einig in dem Grundgedanken, daß höhere Verwaltungsstellen nur von geschulten Berufsbeamten genügend versehen werden können und daß alles Laientum in solchen Funktionen ein unzuverlässiges und kostspieliges Experiment bleibe.

2. Das, worauf es in Preußen ankommt, kann nur vom Staat ausgehen und muß deshalb in unserm monarchischen Staat von der Ministerverwaltung seinen Ausgang nehmen als Reform der Staatsverwaltung, innerhalb welcher schließlich auch die politischen Parteibestrebungen ihre berechtigte Stellung und ihre Befriedigung finden werden.

Das vielgerühmte englische Selfgovernment, das weder der Freiherr vom Stein noch sein Freund, der Oberpräsident von Fincke in seinem vollen Zusammenhang zu übersehen im stande war, hat für uns nur den negativen Wert, nämlich den Beweis zu führen, daß unsre herrschenden Vorstellungen von einer Selbstverwaltung, die konservativen wie die liberalen, sich auf Institutionen berufen, die mit dem historischen Selfgovernment Englands gar nichts gemein haben. Wenn die Selbstverwaltung nichts weiter enthielte als eine wirtschaftliche Verwaltung des kommunalen Vermögens und der kommunalen Beiträge, so müßte unser Zeitalter ein Wunder von politischer Entwicklung und Reife darstellen infolge der massenhaften Bildung von Aktienvereinen und von Vergesellschaftungen aller Art. Die Dinge, die unsre Parteien ausschließlich in ihren Kreisständen wie in ihren Kreisvertretungen suchen, sind aber im englischen Selfgovernment überhaupt nicht vorhanden. Und wenn Herr von Gerlach in komischer Weise in seinen Patrimonialgerichten, seiner Gutspolizei und seinen ständischen Kurien ein deutsches Selfgovernment gefunden zu haben glaubte, so war das, was die

Digitized by Google

liberale Partei darin suchte: Stadtverordnetenversammlungen, gewählte Kreisvertretungen, gewählte obrigkeitliche Beamte u. dergl., ebensowenig darin zu finden. Der englische Aufbau datiert aus der mittelalterlichen Zeit, in welcher die Staatsfunktionen auf persönlichen und Naturalleistungen der Unterthanen beruhten, und das anglo-normannische Königthum war stark genug, dies System der persönlichen Dienstpflicht zu dem späteren Friedensrichteramt, zum Geschworenendienst und zu den zahlreichen Polizeipflichten englischer Unterthanen fortzubilden. Dieser ganze Unterbau beruht von Hause aus nur auf Erfüllung persönlicher Pflichten des öffentlichen Lebens. Es ist ein obrigkeitliches Selfgovernment, durch dessen Übernahme die besitzenden und gebildeten Klassen Englands ihre Stellung als regierende Klasse und das Parlament allmählich seine sog. Omnipotenz erlangt hat. Die wirtschaftliche Selbstverwaltung durch gewählte Stadtverordnete haben die englischen Städte erst seit 1835 erlangt (die gewählten Kreisvertretungen sind erst seit 1887 entstanden). Das, was unsre Parteien in der Selbstverwaltung suchen, ist also erst ein moderner Zusatz zu dem historischen Selfgovernment, der nicht zu einer Fortbildung desselben gedient hat, sondern, losgelöst von der obrigkeitlichen Verwaltung, zu einer Verflachung und Entartung des Unterbaues, der denn auch die moderne Parlamentsregierung in England in immer tiefere Kämpfe und Verwirrung hineinzieht.

Unsern Parteien als solchen wird daraus kein Vorwurf zu machen sein, denn die Bestrebungen der Gesellschaft auf die Gestaltung dieses Zwischenbaues sind überall dieselben, und die französische Bourgeoisie wie die seit der Reformbill zur Herrschaft gelangten middle classes in England verfolgen durchaus gleichmäßig dasselbe Ideal einer einseitigen Vertretung wirtschaftlicher Interessen. Die Verflachung und Bureaukratisierung des Kommunalwesens ist der überall gleichmäßige Erfolg dieser Strömungen. Der Zwischenbau zwischen Staat und Gesellschaft kann also nur aus der Initiative der Staatsgewalt und aus einem Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft zu einer harmonischen Bildung gelangen. In England ist die Monarchie für solche Aufgaben zu schwach. In Frankreich haben die Bourbonen ihre eigentliche Aufgabe nicht erfüllt. In Preußen aber ist die Machtstellung der Monarchie und der rechte Zeitpunkt anscheinend vorhanden, um über die Parteiprogramme hinaus eine rechte Selbstverwaltung zu schaffen. Wo weder die eine noch die andre Partei ein lebensfähiges Programm hat, kann die Vereinigung nur in einem Dritten liegen, — einem Dritten, an welches bisher keiner der beiden Teile gedacht hat. Dies Dritte ist die obrigkeitliche Selbstverwaltung, die Übernahme der persönlichen Pflichten zur Ausführung der Verwaltungsgesetze des Staates in den kleineren und größeren Kommunalverbänden. Aus der Gesellschaft heraus verlangt aber niemand nach neuen Pflichten, sondern nur nach neuen Rechten. Am wenigsten sind es persönliche Dienstpflichten, nach denen die Gesellschaft verlangt. Auch in der Zeit eines hohen patriotischen Aufschwungs waren es einzelne hervorragende Geister, wie der Freiherr vom Stein, der den treibenden Keim in unsre Städte-Ordnung von 1808 zu legen wußte, mit dem ernstlich durchgeführten persönlichen Zwang

Digitized by Google

zur Übernahme der kommunalen Ämter und Vertretungen, die anfangs in vielen Städten (namentlich auch in Berlin) auf starken Widerstand stieß, dann aber bald eine bereitwillige Gewöhnung fand. Unter vielen Vermächtnissen der Steinschen Zeit ist dies wohl das wertvollste für unsre innere Verwaltungsreform. Der weite Blick des Staatsmannes, geschult durch die vielseitigsten Erfahrungen des Verwaltungsbeamten, hat wohl einzig in seiner Art erkannt, wie in diesem preußischen Staatswesen das geschulte Beamtentum mit selbstthätigen Ehrenämtern der bürgerlichen Gesellschaft zu verbinden, wie in den kollegialischen Magistraten der Städte ein Hauptorgan der obrigkeitlichen Verwaltung mit einem ständigen Körper der wirtschaftlichen Verwaltung, in den Stadtverordneten die geeigneten Vertreter der Steuerzahler und zugleich in den städtischen Deputationen die praktisch thätigen Mitverwalter obrigkeitlicher Funktionen untereinander zu verbinden seien. Die Städte-Ordnung von 1808 hat jederzeit lebhafte Bewunderer gehabt; aber die Bewunderung gilt in der Regel nicht dem Magistrat und dem städtischen Beamtensystem, sondern fast nur der Stadtverordnetenversammlung.

Schon zur Zeit Stein's und seiner näheren Freunde war vielfach von einer Nachbildung der Friedensrichter, der Quartalsitzungen der constables u. s. w. die Rede. Solche Übertragungen sind aber möglichst zu vermeiden. Gewisse Grundsätze der obrigkeitlichen Verwaltung nach den Landesgesetzen und der wirtschaftlichen Verwaltung der Kommunen kehren in allen Kulturstaaten wieder, der Bau der innern Verwaltung ist aber in den verschiedenen Ländern so grundverschieden, daß eine Übertragung englischer wie französischer Institutionen auf deutsche Verhältnisse nicht ausführbar und darum jeder darauf hindeutende Ausdruck besser zu vermeiden ist. Wir haben nur nötig, die Stein'sche Städte-Ordnung auf die Kreise und damit auf das platte Land auszudehnen; an der Spitze ein geschulter höherer Beamter in einer starken obrigkeitlichen Stellung, zur Seite desselben ein Magistratskollegium als kollegialischer Mittelpunkt der obrigkeitlichen und der wirtschaftlichen Verwaltung, in den Bezirken des Kreisgebiets (Amtsbezirken) ein System von Bezirksvorstehern (Amtsvorstehern), die aber infolge der geographischen Ausdehnung des Kreises nicht Unterbeamte, sondern Hauptbeamte (Unterlandräte) in ihrem Bezirk sind. Daraus ergaben sich folgende Hauptpostulate:

1. Bildung neuer Amtsbezirke, die in der Regel eine Mehrheit von Gutsbezirken und Dörfern umfassen, und von einem Amtmann (später Amtsvorsteher genannt) im obrigkeitlichen Ehrenamt verwaltet werden. Für den inneren Ausbau unsres Staates erscheint es geradezu als Lebensfrage, die besitzenden Klassen in die höhere Staatsverwaltung hineinzuziehen. Ohne das sinkt die Lokalverwaltung in ein wenig zuverlässiges subalternes Beamtentum herab. Und wenn auch nur ein Teil der verwaltenden Lokalämter mit gering besoldeten Schreibern besetzt wird, findet sich bald niemand mehr, der ein solches Amt als Ehrenamt übernehmen möchte. Es wird deshalb auch einer ausdrücklichen Vorschrift bedürfen, daß in Gebieten, in denen es unmöglich ist, eine geeignete Person

Digitized by Google

für den Ehrendienst zu gewinnen, nur ein höher gebildeter Beamter mit angemessenem Gehalt auf Kosten des Amtsbezirks kommissarisch zu bestellen ist. Abgesehen von diesem Ausnahmsfall soll der Amtmann analog dem Landrat in seinem engeren Bezirk verwaltender Beamter der Ortspolizei sein in allen Gebieten derselben, der vorgesetzte Beamte der Dorfschulzen; er bildet zugleich ein hervorragend tüchtiges Element für die Bildung der Kreisausschüsse und deren Deputationen. In dies normale Amt geht die bisherige Gutspolizei auf, deren Beseitigung schon der Freiherr vom Stein dringend gefordert hatte.

2. An die Stelle der aus dem Gutspolizeisystem hervorgegangenen Lehnschulzen und Setzschulzen treten überall die von der Dorfgemeinde zu wählenden Schulzen, die aber als polizeiliche Exekutivbeamte der obrigkeitlichen Bestätigung bedürfen.

3. Zur Vertretung der wirtschaftlichen Interessen der Steuerzahler tritt eine gewählte Vertretung derselben, der Kreistag. Derselbe wird sich aber nicht länger in drei Kurien scheiden lassen, in welchen die heutigen Klassen des Besitzes und Erwerbs nicht mehr unterzubringen sind. Wie durch das Ehrenamt den höheren Klassen der Gesellschaft ein berechtigter Einfluß gesichert wird, so wird für die gewählte Kreisvertretung ebenso wie in unsern Städte-Ordnungen wohl ein Dreiklassensystem nach der Höhe der direkten Steuerzahlungen sich rechtfertigen lassen. Gelingt es in Zukunft, unsre Parlamentswahlkörper auf die Grundlage fester Kreis- und großer Stadtkorporationen zu gründen, so wird es nicht einmal besonderer Kreiswahlen bedürfen, sondern die Wahlmänner zu den Landtagswahlen können dann auch die geborenen Kreiswähler sein.

4. Ein gewählter Kreisausschuß von 4 oder 6 Mitgliedern unter Vorsitz des Landrats bildet, analog dem Magistrat in den Städten, den kollegialischen Körper für die mannigfaltigen obrigkeitlichen Beschlüsse (streitige und Beschlußsachen) sowie für die kommunalen Angelegenheiten des Kreises. Mit Rücksicht auf diese Doppelstellung sollte der Kreisausschuß bestehen aus ernannten Mitgliedern (Amtsvorstehern und Bürgermeistern), ergänzt durch frei vom Kreistag gewählte Mitglieder. (In der späteren Gesetzgebung sind dafür 6 freigewählte Mitglieder beliebt worden.)

5. Der Kreisausschuß dient zugleich als Grundlage für den Aufbau einer Verwaltungsrechtsprechung, für den dann in der Mittelinstanz gemischte Behörden aus Regierungsbeamten und bürgerlichen Beisitzern, in oberster Instanz ein Verwaltungsgerichtshof zu bilden sein würde.

6. An diese Gestaltung der Kreisverwaltung ließe sich alsbald die Reform des Kommunalsteuersystems anknüpfen. Unser planlos zusammengewürfeltes, rapide steigendes Gemeindesteuersystem überwuchert die dem Staat unentbehrlichen Einkommensteuern mit vervielfältigten Zuschlägen. Erst die Überweisung der Realsteuern an die Kommunen wird hier die rationelle, gleichmäßige Grundlage für das Steuersystem der Nachbarverbände bilden, auf der dann die kostbarsten Teile der Armen-, Schul- und Wegeverwaltung von den Kreisverbänden übernommen werden können. Auf dieser Basis wird es dann schließlich gelingen,

Digitized by Google

unsere auf die Dauer nicht haltbaren Zwerggemeinden und Gutsbezirke zu leistungsfähigen Verbänden zu vereinigen.

Der Ministerpräsident ging beifällig namentlich auf das System der Ehrenbeamten nach den Stein'schen Grundideen ein. Der noch unreife Plan Stein's, eine Anzahl von Großgrundbesitzern den Regierungskollegien beizufügen, werde sachgemäßer erreicht, wenn man von unten herauf durch die Verwaltung der Ortspolizeiämter ein geschäftstüchtiges Ehrenbeamtentum ausbilde. Den durch solche Elemente formierten Kreisausschüssen werden sich wichtige Geschäfte der bisherigen Regierungskollegien übertragen lassen.

Von einem Vorschlag indessen, für die Bearbeitung eines so umfassenden Gesetz-Entwurfs eine Immediatkommission zu ernennen, wollte der Ministerpräsident nichts wissen, erklärte vielmehr einen andern modus procedendi für notwendig, den er alsbald einschlug.

Der Minister des Innern, Graf Fr. Eulenburg erhielt nämlich den Auftrag, über die Reformfragen der Kreis-Ordnung mit hervorragenden Vertrauensmännern aller Fraktionen des Landtags informatorische Besprechungen zu veranstalten [1]).

Zuerst fanden zahlreiche Konferenzen mit hervorragenden Mitgliedern des Abgeordnetenhauses statt, die sich mehrere Wochen hindurch in längeren Abendsitzungen hinzogen. Als überraschendes Resultat ergab sich indessen eine bunte Verschiedenheit der Meinungen, von denen augenscheinlich keine zu einer Majorität zu gelangen Aussicht hatte. Es entwickelte sich das gewöhnliche Hin und Her gesellschaftlicher Vorstellungen über die Teilnahme am Staat, die sich vom Standpunkt der verschiedenen Gesellschaftsklassen aufbauen, aber über das Maß und den Umfang der Teilnahme stetig verneinigen. Als ein Mitglied beiläufig die Möglichkeit streifte, eine Teilnahme am obrigkeitlichen Amt für die besitzenden Klassen zu konstruieren, fuhr ein berühmter Parlamentarier mit der Bemerkung dazwischen: was das mit der Selbstverwaltung zu thun habe? Daß alle Selbstverwaltungsbeamten nur gewählt werden können, verstand sich auf allen Seiten. Die Ideen gingen so weit auseinander, daß der als Berichterstatter des Ministerpräsidenten anwesende Kreuzzeitungs-Wagener in seiner mephistophelischen Weise die konservativen wie liberalen Redner mit dem bittersten Hohn und Spott überschüttete.

---

[1]) Am 15. Februar 1869 erging an das Mitglied des Abgeordnetenhauses, Ritterschaftsrat von Wedell-Malchow nachstehendes Schreiben: „Das Königliche Staatsministerium ist, wie Ew. Hochwohlgeboren bekannt sein wird, mit einem Gesetzentwurf zur Reform der Kreis-Verfassung beschäftigt. Im Auftrage des Staatsministeriums ersuche ich Ew. Hochwohlgeboren ergebenst um gefällige Erklärung, ob Sie die Güte haben wollen, an vertraulichen Besprechungen dieses Entwurfes teilzunehmen. Denselben würde der Charakter eines freien Meinungs-Austausches gewahrt bleiben, ohne Einfluß auf die Stellung des einzelnen zu der späteren Vorlage der Königlichen Regierung. Im Falle einer bejahenden Antwort werden die zur Information erforderlichen Schriftstücke Ew. Hochwohlgeboren alsbald zugehen, und würden die Besprechungen in den ersten Tagen dieser Woche beginnen. von Bismarck."

Digitized by Google

Etwas einfacher haben sich die Besprechungen unter Mitgliedern des Herrenhauses gestaltet, die nicht allzuweit aus dem Rahmen der alten Kreis-Ordnung hinausgingen.

Die wahrscheinlich pessimistischen Berichte seines vortragenden Rats haben anscheinend den Ministerpräsidenten um so mehr in der Auffassung befestigt, daß ein einheitlicher Reformplan von dem Ministerium ausgehen müsse. Unmittelbar darauf wurde Professor Gneist veranlaßt, in einer Denkschrift die Gesichtspunkte einer obrigkeitlichen Selbstverwaltung zusammenzustellen. Diese Denkschrift hat Graf Bismarck demnächst seinen Kollegen, den preußischen Staatsministern, als ein Gegenprojekt zu den bisherigen Entwürfen mitgeteilt.

Die Vorschläge scheinen anfangs einiges Befremden im Staatsministerium erregt zu haben. Graf Eulenburg war indessen durch den ziemlich trostlosen Eindruck der Vorbesprechungen einem „dritten" Plan nicht mehr so abgeneigt, wie er anfangs gewesen war. Je weiter er aber in den Vorarbeiten und in den späteren Parlamentsverhandlungen in dieser Materie heimisch wurde, um so mehr verwandelte sich nach seinem eigenen Ausdruck der Saulus in einen Paulus der Verwaltungsreform.

Der Minister zog nunmehr mehrere in den Einzelheiten der Frage geschulte Beamte zur Bearbeitung eines neuen Entwurfs heran: für die allgemeineren Fragen den Landrat, späteren Staatsminister Dr. Friedenthal [1]), für die Formu-

[1]) Friedenthal, Rudolf, Dr. jur., Gutsbesitzer zu Gießmannsdorf bei Neiße. Geboren 15. September 1827 zu Breslau (evangelisch). Bis 1854 im preußischen Justizdienst, Assessor, dann beschäftigt mit Verwaltung seiner landwirtschaftlichen Besitzungen und industriellen Etablissements. 1856 Kreisdeputierter; von 1857—64 durch Wahl Landrat des Kreises Grottkau, 1864 übernahm er bei dem Tode seines Vaters die ererbten Besitzungen. Seit 1867 Mitglied des Reichstags bis 1880, seit 1870 des Landtags, 1873 zum Vize-Präsidenten des Abgeordnetenhauses gewählt, 1874 am 19. September zum Staatsminister ernannt. Friedenthal gehörte im konstituierenden Reichstage mit den beiden Bindes, Max Duncker und andern dem altliberalen Centrum an. Als diese Fraktion im ersten ordentlichen Reichstage nicht wieder zur Konstituierung gelangte, trat Friedenthal mit der Mehrheit ihrer bisherigen Mitglieder der naheverwandten freikonservativen Partei bei. Über seine Mitwirkung bei der Verwaltungsreform schreibt Friedenthal selbst in einer im Jahre 1884 geschriebenen Autobiographie: Seit meiner Studienzeit hatte ich mich mit der Frage der Reform der ländlichen Gemeinde- und Kreis-Verfassung in den östlichen Provinzen Preußens auf der Grundlage einer im monarchischen Sinne maßvoll geregelten Selbstverwaltung beschäftigt, Material hierfür gesammelt und positive Vorschläge durchgearbeitet. Nachdem ich in meiner Jungfernrede im Reichstage auf die Notwendigkeit und Bedeutung einer derartigen Reform — auch in nationalem Sinne und als Gegengewicht gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechts — hingewiesen hatte, veranlaßte eine zufällige Unterhaltung des damaligen Ministers des Innern Grafen zu Eulenburg mit mir, den letzteren zu der Aufforderung, ich möge als freiwilliger Mitarbeiter an der von ihm in Aussicht genommenen Reorganisations-Gesetzgebung mitwirken. Ich erklärte mich hierzu bereit, erhielt alles bis dahin geförderte Gesetzgebungs-Material, und im Sommer 1868 trat im Ministerium des Innern eine Kommission (bestehend aus dem Minister, den Herren von Klützow, Bitter der Ältere, Persius, von Boetticher und mir) zusammen, innerhalb welcher die Grundgedanken desjenigen Entwurfs eingehend erörtert und im wesentlichen fixiert wurden, welcher, obwohl als Kreis-Ordnung bezeichnet, zugleich die unerläßlichen Reformen der

Digitized by Google

lierung der einzelnen Hauptabschnitte den Ministerialrat, späteren Präsidenten Persius. Für den so entstandenen Entwurf wurde die Genehmigung des Königs zur Vorlage an den Landtag eingeholt, und am 8. Oktober 1869 führte der Minister Graf Eulenburg diesen vom 27. September 1869 datierten ersten Entwurf zur Kreis-Ordnung mit einer vorsichtig aber würdig gehaltenen Eröffnungsrede in dem Hause der Abgeordneten ein [1]).

Für die Geschichte dieser Gesetzgebung ist es wichtig, sich den Kontrast zu vergegenwärtigen, den der neue Gesetz-Entwurf zu allen früheren Kreis-Ordnungs-Entwürfen (auch zu den Entwürfen des Präsidenten Lette von 1863, 1865) darbot. Schon in der Einführung trat hervor, daß es sich nicht mehr um bloße Regelungen des kommunalen Haushalts, sondern um eine organische Umbildung des preußischen Verwaltungssystems handelt. Die Bildung der ländlichen Amtsbezirke, die Neuschöpfung des Ehrenamts der Amtsvorsteher, die verantwortliche Beamtenstellung desselben (unter völliger Beseitigung der Gutspolizei), die Beseitigung der Lehns- und Erbschulzen, die gesetzliche Pflicht zur Übernahme der Ämter, die Neugestaltung der Kreisvertretung zu einer einheitlichen Repräsentation, die Bildung eines ständigen Kreisausschusses mit wichtigen staatlichen Aufgaben als Beschlußbehörde und als Verwaltungsgerichtshof gaben dem Gesetz-Entwurf eine völlig veränderte Physiognomie.

Gemeinde-Verfassung, der bezüglichen Staats-Verwaltung und die Anfänge der Verwaltungs-Justiz zu ordnen bestimmt wurde. Die Ausarbeitung des Entwurfs, welche der durch seine Beherrschung des in Frage kommenden Gesetzgebungs-Verwaltungsgebietes besonders hervorragende Herr Geheimrat Persius und ich übernahmen, erfolgte bis zum Herbst 1869, und die Einbringung in das preußische Abgeordnetenhaus in der Session 1869/70.

[1]) Zu einer Zeit, da der Entwurf der Kreis-Ordnung bereits zur Vorlage an das Abgeordnetenhaus reif war, machte der Abgeordnete von Diest-Daber noch den Versuch, Bismarck für seinen Reformplan zu gewinnen. Bismarck erklärte sich mit den wesentlichen Grundzügen der Diest'schen Arbeit in einem Briefe an denselben d. d. Varzin, 31. August 1869 einverstanden. „Wollen wir aber einen praktischen Erfolg erzielen, so glaube ich müssen wir beherzigen, daß das Beste des Guten Feind ist; und dürfen wir nicht in den gebräuchlichen, meist nur die Negation der Reform bergenden Fehler verfallen, daß wir den partiellen Umbau verschmähen, weil der generelle ohnehin nötig und deshalb bevorstehend ist. Halten wir uns zunächst an die zu erwartende Vorlage über die Kreis-Ordnung und deren Gebiet. Gelingt es diesen wichtigen Flügel des Gebäudes wohnlich zu restaurieren, so folgt das corps de logis und der Rest. Ich weiß nicht, wie weit die Vorlage des Ministers des Innern greifen wird, aber hüten wir uns vor allem vor dem Irrtum, als könnten wir beim Kreise nicht anfangen, wenn nicht Provinz, Gemeinde und Staat gleichzeitig umgearbeitet würden. Damit schieben wir die Sache auf die lange Bank. Ein zweites Erfordernis, um zum Ziele zu gelangen, ist die Fernhaltung der Partei-Taktik aus der Frage. Die Besprechungen des Winters haben gezeigt, daß auf diesem Boden weder die Opposition so unpraktisch ist, wie die Konservativen, noch letztere so reaktionär sind, wie die Liberalen glaubten. Die Leute vom Lande und die Praktischen unter den Studierten waren eigentlich von Hoverbeck bis Blankenburg-Kleist viel weniger weit von einander, als sie vorher gedacht hatten. Deshalb möchte ich raten, daß Sie bis zu Zusammentritt des Landtages Besprechungen verschiedener Partei-Führer unter einander zu vermitteln suchen, bevor die Animosität der Plenar-Beratungen Konflikte und Spaltungen hervorruft, welche meist mehr persönlich als sachlich sind."

Digitized by Google

Weggelassen aber waren alle Anläufe zu einer Neugestaltung der bunt geschichteten Dorfverfassungen, der Gutsbezirke und aller Reformversuche des kommunalen Steuersystems. Der Verlauf der Gesetzgebung hat bewiesen, daß diese Selbstbeschränkung eine weise gewesen ist, da noch ein Menschenalter später diese Fragen für eine einheitliche Gesetzgebung noch nicht völlig ausgereift erscheinen. Mit kluger Vorsicht war das neue Selfgovernment so gestaltet, um innerhalb desselben ein Kompromiß unter den Parteistandpunkten zu ermöglichen.

Der erste Eindruck der Vorlage, so erheblich abweichend von dem gewöhnlichen Schema der Kommunal-Ordnungen, war in den Abgeordnetenkreisen einigermaßen befremdend, ungefähr vergleichbar dem ersten Eindruck des Entwurfs zur Norddeutschen Bundesverfassung, der auch den herrschenden gesellschaftlichen Vorstellungen fremdartig erschienen war. Allein die Materie war so vielseitig diskutiert, daß die Parteistellungen innerhalb des neuen Rahmens obrigkeitlicher Selbstverwaltung sich doch zurecht finden und zu der Erwägung gelangen konnten, ob die Konzessionen an die liberale wie die konservative Seite diskutabel erscheinen. Hochinteressant war die erste Generaldebatte des Entwurfs, die in vollem Hause stattfand. Es zeigte sich alsbald, daß bei dem „dritten" Standpunkt, den jetzt die Staatsregierung vertrat, sich von rechts und von links hervorragende Mitglieder von den Fraktionsideen ablösten und mit den neuen Grundsätzen der Vorlage ihren Frieden machten. Einzelne Fürsprecher fand die Vorlage bald auf allen Seiten. Am schwersten wurde es den fortgeschrittenen Elementen und den „entschiedenen" Politikern, sich mit den Neuerungen zu befreunden. Die wichtigeren Grundzüge der Vorlage hatten schon in diesem ersten Stadium eine Mehrheit erlangt, und dies wäre auch für die späteren Klauseln, betreffend die obrigkeitlichen Funktionen des Kreisausschusses, unzweifelhaft geschehen, wenn nicht der durch Lage der Geschäfte herbeigeführte Schluß der Session die völlige Durchberatung verhindert hätte.

Die Staatsregierung hatte nunmehr die wünschenswerte Fühlung mit den Fraktionsstandpunkten gewonnen und konnte mit einiger Wahrscheinlichkeit vorhersehen, welche mittleren Standpunkte in einigen streitigen Fragen etwa durchzusetzen waren. Erhebliche Differenzen waren unverkennbar bei der künftigen Frage der Kreistagswahlen noch zu überwinden. Über Erwarten erhebliche Schwierigkeiten ergaben sich aus dem Widerstreben der Städte gegen ihre Unterordnung unter den Kreisausschuß. Die liberale Seite konnte sich durchaus nicht mit der Ernennung der Amtsvorsteher befreunden. Die größten Schwierigkeiten waren insbesondere für das Kreissteuersystem zu erwarten.

Diesem verhältnismäßig günstigen Verlauf des ersten Entwurfs der Kreis-Ordnung folgte eine lange Pause, veranlaßt durch den Krieg mit Frankreich und den Abschluß der Reichsverfassung.

Digitized by Google

IV. Abschnitt.

Der konstituierende Reichstag.

(24. Februar bis 17. April 1867.)

Als die Wahlen zum konstituierenden Reichstag ausgeschrieben wurden, dachte ursprünglich Graf Bismarck nicht daran, sich selbst in denselben wählen zu lassen. Da verschiedene Anfragen an ihn ergingen, so gab es Anlaß zu mehrfachen Korrespondenzen, in deren Verlauf er, ohne ein Blatt vor den Mund zu nehmen, für die Wahl dieses oder jenes Abgeordneten mitunter recht energisch eintrat. Damals dachte noch niemand daran, daß in der Empfehlung eines Kandidaten durch den Ministerpräsidenten ein Grund liege, die Wahl desselben wegen angeblich erfolgter amtlicher Wahlbeeinflußung als ungültig zu erklären.

Ich lasse die betreffende Korrespondenz hier im Zusammenhange vollständig folgen.

Die erste Anfrage an Bismarck, ob er eine auf ihn fallende Wahl in das Parlament eventuell annehmen werde, erging aus dem Lauenburgischen. Bismarck hat daraufhin, in sehr verbindlicher Weise für das ihm zugedachte Vertrauen dankend, erwidert, daß zur Zeit noch Beratungen darüber schweben, ob Minister für das demnächstige Parlament Mandate würden annehmen können, daß er aber, wenn solches der Fall, bereits einem andern Wahlkreise gegenüber sich engagiert habe. Zugleich gab der Graf den Lauenburgern anheim, einen Einheimischen, der die Wünsche und Bedürfnisse des Landes kenne, die Vertretung des Landes im Parlament zu übertragen [1]).

Am 10. Januar 1867 richtete Bismarck an den Königlichen Landesdirektor der Altmark, von der Schulenburg zu Salzwedel, folgende Zeilen:

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf die Anfrage vom 6. d. Mts. zu erwidern, daß, da die Bedeutung und der Umfang der Arbeiten des Norddeutschen Reichstags die volle Hingabe und die ungeteilte Thätigkeit seiner Mitglieder in Anspruch nehmen werden, ich, mit Rücksicht auf meine Überhäufung mit Geschäften und auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand, es zu meinem aufrichtigen und lebhaften Bedauern ablehnen muß, eine Wahl zum Norddeutschen Reichstage anzunehmen.

Indem ich deshalb bitte, für den dortigen Wahlkreis, in welchem sonst, als in der Wiege der preußischen Monarchie, eine Wahl besonders ehrenvoll für mich gewesen sein würde, von meiner Person abzusehen, glaube ich dies in dem vorliegenden Falle um so unbedenklicher aussprechen zu können, als

[1]) Mitteilungen aus Südkurhessen über die Aufstellung des Grafen Bismarck als Kandidaten für das Reichsparlament. „National-Zeitung", Nr. 549 vom 21. 11. 66.

Digitized by Google

nach den mir anderweit gewordenen Mitteilungen der Graf Schulenburg-Beetzendorf[1]) wohl Aussicht hat, an meiner Stelle gewählt zu werden.

Selbstredend würde diese Wahl der Königlichen Regierung und mir selbst sehr angenehm und willkommen sein, und kann ich deshalb nur dringend wünschen, den Grafen Schulenburg-Beetzendorf statt meiner als Kandidaten für den dortigen Wahlkreis aufgestellt zu sehen[2]).

Ew. Hochwohlgeboren autorisiere ich hierdurch ausdrücklich von dieser meiner Erklärung auch für die Öffentlichkeit Gebrauch zu machen.

von Bismarck.

Am 21. Januar 1867 richtete derselbe an den Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode in Wernigerode das nachstehende Schreiben:

Ew. Erlaucht beehre ich mich auf dero Anfrage vom 13. d. Mts. mitzuteilen, daß ich nach Halberstadt allerdings die Antwort erteilt habe, daß die Wahl des Freiherrn von Roggenbach[3]) zum Norddeutschen Reichstage mir an sich in hohem Grade willkommen sein würde, daß ich aber gleichzeitig, nach näherem Ausweis der abschriftlichen Anlage, die Bemerkung hinzugefügt habe, daß derselbe zur Zeit nicht wählbar sei.

Selbstredend ist es der Königlichen Regierung und mir persönlich ganz besonders willkommen und erfreulich, wenn Eure Erlaucht selbst in dem dortigen Wahlkreise als Kandidat aufgestellt werden, und kann ich nur lebhaft wünschen, daß alle, welche die Regierung unterstützen wollen, sich auf Ihre Wahl vereinigen.

von Bismarck.

Hieran mögen noch folgende Kundgebungen gereiht werden:

An den Vorsitzenden des konservativen Wahlkomitees Herrn von Krosigk auf Hohenerxleben bei Staßfurt.

(Telegramm.) Berlin, den 5. Februar 1867.

Der nach der Anfrage von gestern beabsichtigten Kandidatur des Herrn von Schaetzell kann ich nur den besten Erfolg wünschen.

von Bismarck.

An Herrn Dr. Günther in Barby.

(Telegramm.) Berlin, den 6. Februar 1867.

Die Wahl des Herrn Amtsrats Dietze zum Reichstage würde in jeder Beziehung den Wünschen der Königlichen Regierung entsprechen.

von Bismarck.

[1]) Graf von der Schulenburg-Rimptsch und Beetzendorf, Ernst Friedrich Werner, Fideikommißbesitzer, evangelisch, geboren den 1. April 1829 zu Beetzendorf, wohnhaft zu Beetzendorf, Kreis Salzwedel; landtagsfähiger Besitz: Fideikommiß-Rittergut Klosterrode, Kreis Sangerhausen; berufen in das Herrenhaus auf Präsentation des Grafenverbandes der Provinz Sachsen (ohne die Altmark) durch Allerhöchsten Erlaß vom 23. Oktober 1872 auf Lebenszeit.

[2]) Das gute Verhältnis des Fürsten Bismarck zu dem Grafen Schulenburg-Beetzendorf ist, wie wir weiter unten sehen werden, später sehr getrübt worden.

[3]) Mit Roggenbach hatte Bismarck am 8. August 1866 in Berlin in Sachen des Friedensschlusses zwischen Baden und Preußen verhandelt.

Digitized by Google

An Herrn G. W. Koch in Gommern.

Berlin, den 8. Februar 1867.

Ew. Wohlgeboren erwidere ich auf das Telegramm vom 6. d. Mts., daß ich mich zu meinem Bedauern nicht in der Lage befinde, dem dort ausgesprochenen Wunsche Folge geben zu können. Bei den mehrseitig an mich gestellten Anfragen vermag ich mich über die Annahme eines Mandats zum Norddeutschen Reichstag nicht zu erklären, bevor ich nicht wirklich gewählt bin.

Ew. Wohlgeboren ersuche ich, die Herren Mitglieder der dortigen Versammlung hiervon mit dem Bemerken in Kenntnis zu setzen, daß ich den Ausdruck des mir kundgegebenen Vertrauens vollkommen und mit verbindlichem Dank zu würdigen weiß.

von Bismarck.

Endlich schrieb Bismarck am 9. Februar 1867 eigenhändig dem Wahlkomitee des 6. Berliner Wahlkreises, daß die Wahl des Generals von Steinmetz[1]) als Abgeordneter für den Norddeutschen Reichstag ihm in jeder Beziehung erwünscht sei, und daß er für jede Mitwirkung zur Durchführung derselben aufrichtig dankbar sein werde.

Bismarck wurde als Vertreter der beiden Jerichowschen Kreise gleich im ersten Wahlgang mit 10362 von 15641 Stimmen gewählt und nahm das Mandat auch an. Für Elberfeld-Barmen war er gleichfalls aufgestellt, erhielt aber von 17379 Stimmen im ersten Wahlgange nur 6522, während auf den nationalliberalen Kandidaten, den Oberbürgermeister von Forckenbeck 6122 und auf den Sozialdemokraten Johann Baptist von Schweitzer 4674 fielen[2]). Im zweiten Wahlgange siegte Graf Bismarck mit 10187 über Forckenbeck, auf welchen nur 6974 fielen; die Sozialdemokraten stimmten auf den Rat Schweitzer's für Bismarck, weil dieser das allgemeine Wahlrecht geben wollte. Graf Bismarck lehnte diese letztere Wahl mit folgendem Schreiben ab:

An den Oberbürgermeister Herrn Lischke in Elberfeld.

Berlin, 26 Februar 1867.

Ew. Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichen Dank für die gefällige Mittheilung vom 25. d. M., wonach ich im zweiten Wahlkreise des Regierungsbezirks Düsseldorf zum Abgeordneten für den Reichstag des Norddeutschen Bundes gewählt worden bin. Zu meinem aufrichtigen Bedauern befinde ich mich nicht in der Lage, diese ehrenvolle Wahl anzunehmen, da ich bereits als

[1]) von Steinmetz, Karl Friedrich. Geboren 27. Dezember 1796 in Eisenach. Seit 1813 Offizier machte er die Befreiungskriege mit. 1864 kommandierender General des 5. Armeekorps und in demselben Jahre General der Infanterie. Seine Thätigkeit an der Spitze des 5. Armeekorps im böhmischen Kriege 1866 ist bekannt. Steinmetz wurde Mitglied des konstituierenden Reichstags und des Reichstags des Norddeutschen Bundes. Die Haltung dieses Abgeordneten im Reichstag fand später nicht den Beifall des Kanzlers.

[2]) Außerdem erhielt Bismarck noch im 2. Berliner Wahlkreise von 13515 Stimmen 5138, im 1. Berliner Wahlkreise von 12765 gültigen Stimmen 12, im 3. von 12007 gültigen Stimmen 31, im 4. von 8956 Stimmen 1462.

Digitized by Google

Abgeordneter des Jerichowschen Wahlkreises fungierte, welcher bald nach der erfolgten Wahl durch eine Deputation mich um eine Erklärung über Annahme oder Ablehnung ersuchen ließ. Ew. Hochwohlgeboren und die geehrten Herren, welche mich im dortigen Bezirke gewählt haben, werden mit mir in dem Gefühle übereinstimmen, daß ich jener Deputation keine ausweichende Antwort geben, die Annahme der bereits vollzogenen Wahl nicht von dem noch ungewissen Ausfalle der engeren Wahl in Elberfeld-Barmen abhängig machen durfte, ohne die Wähler des Jerichowschen Kreises empfindlich zu verletzen. Genehmigen Ew. Hochwohlgeboren mit dem wiederholten Ausdrucke meines Bedauerns, daß ich unter diesen Umständen auf die Ehre der Vertretung eines Wahlkreises von so hervorragender Bedeutung, wie es der Elberfelder ist, habe verzichten müssen, die Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

von Bismarck.

Im ganzen waren die Wahlen der liberalen Sache nicht ungünstig; von 297 Abgeordnetensitzen hatten die Konservativen nur 144 erobert.

Am 29. Februar 1867 wurde der konstituierende Reichstag des Norddeutschen Bundes in Berlin eröffnet. Das Ereignis war so groß, daß sich Bismarck für alle Einzelheiten der Eröffnungsfeierlichkeit interessierte [1]).

Es war ein Sonnentag in der Geschichte der Hohenzollern, wie er noch nie dagewesen war [2]). Auf dem Thron stand der greise Vater, der nach schwerer Mühe das Werk vollbracht sah; ihm zur Rechten, eine Stufe höher als die übrigen Prinzen, stand in vollster männlicher Kraft der Sohn und nächste Erbe der jetzt so reich begnadeten Krone, und von der Tribüne oben schaute, wenn auch als zartes Kind, der Enkel dem Werke zu, dessen Grundstein zu legen Vater und Sohn da unten im Begriff standen. Drei Geschlechter wirkten mit bei diesen Hohenzollernwerk.

Es stand noch ein Mann bei der Eröffnung des Reichstags dem Könige näher als alle andern. Er stand nicht auf einer Stufe des Thrones wie der Kronprinz und auch nicht zur Rechten, wie die übrigen Prinzen, denn er war kein Prinz. Er stand links im Saal, dem Thron zunächst, in weißer Kürassier-Uniform und mit einem Gesicht so bleich, daß man zweifelhaft sein konnte, was weißer sei, ob das Tuch des Rockes oder das Gesicht des Mannes. Man sah es wohl, der Mann war körperlich schwer leidend, aber die Muskeln waren doch noch stark genug, um die hohe, kräftige Gestalt in voller militärischer Straffheit aufrecht zu halten. Das war Graf Otto von Bismarck-Schönhausen, des Königs Wilhelm Ministerpräsident. Er hatte den größten Anteil an dem Zustandekommen des Werkes, und darum stand er ja wohl mit vollem Recht dem Thron ein paar Schritte näher als alle andern. —

[1]) Es gab damals noch keinen Bundeskanzler, die betreffenden Verfügungen mußten daher im preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten entworfen worden.

[2]) Vergl. den Artikel: Photographieen aus dem Reichstag, von einem Mitglied desselben. „Gartenlaube" 1867, Nr. 14.

Digitized by Google

Wenn Bismarck als Abgeordneter im Reichstag zur Abstimmung in den Saal herabstieg, nahm er, obwohl er sich keiner Fraktion angeschlossen hatte, und darum zu den „Wilden" zählte, unter den Konservativen Platz, ganz in der Nähe des Kriegsministers von Roon, seines Freundes Moritz von Blanckenburg und des Geheimrats Hermann Wagener, des Gründers der „Kreuzzeitung". Obwohl er nach der Rückkehr aus dem Böhmischen Feldzuge sich an das Uniformtragen gewöhnt hatte, so erschien er im konstituierenden Reichstag doch mitunter im Jackett. Damals sagte man, wenn man ihn in Generalsuniform sah, er wollte diese bloß abtragen, um dann ganz wieder als unser einer zu erscheinen. Die Sache verhielt sich aber, wie die Folge gezeigt hat, gerade umgekehrt, das bürgerliche Jackett sollte im konstituierenden Reichstage abgetragen werden.

Unmittelbar vor Bismarck saß der konservative Heißsporn Dr. Ludwig von Wedenmeyer, mit dem wir uns später noch zu beschäftigen haben.

Eine Centrums-Partei gab es im konstituierenden Reichstag noch nicht; aber die späteren Koryphäen desselben waren schon damals unter der Firma der bundesstaatlich-konstitutionellen Vereinigung auf dem Posten: von Mallinckrodt und Windthorst.

Der erstere[1]) war mit Bismarck schon aus der Studienzeit bekannt; verkehrten doch im Mallinckrodt'schen Hause zu Aachen zwei später bekannt gewordene Referendare: Karl Friedrich von Savigny, der älteste Sohn des Ministers, und dessen Freund Otto von Bismarck-Schönhausen. Auf dem Erfurter Parlamente (1850—1853) wurde die Bekanntschaft um so mehr fortgesetzt, als Mallinckrodt mit Bismarck's Ansichten damals ziemlich übereinstimmte. Im konstituierenden Reichstag kam es am 12. März 1867 zu einem ersten parlamentarischen Scharmützel zwischen denselben. „Bismarck ist nichts weniger als zufrieden mit dem Gang der Dinge auf dem Reichstag — bemerkte Mallinckrodt am 8. April 1867 — obwohl er für die nächsten vier Jahre alles erreicht, was er wünscht, es sei denn, daß es definitiv bei der Diätenzahlung bleibt, was ihm in sein Konzept einen ziemlich dicken Strich gemacht hat."

Die Maßregelung Mallinckrodt's, welche in seiner Versetzung von Düsseldorf nach Merseburg lag, war nicht von Bismarck ausgegangen, sondern von dem neuen Regierungspräsidenten in Düsseldorf, von Kühlwetter; sie war aber die Antwort auf Mallinckrodt's Auftreten im konstituierenden Reichstag. Obwohl schon vor dem Kulturkampf Mallinckrodt's und Bismarck's Ansichten sehr aus-

[1]) Von Mallinckrodt, Regierungsrat in Merseburg. Geboren den 5. Februar 1821 in Minden. Als Assessor gehörte er den Regierungs-Kollegien zu Minden, Erfurt, Stralsund und Frankfurt a. O. an, war zeitweise kommissarischer Oberbürgermeister von Erfurt und Hilfsarbeiter im Ministerium des Innern. 1860—67 Regierungsrat in Düsseldorf. 1852—63 und 1868 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mitglied des konstituierenden Reichstags des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des allgemeinen Reichstags. Verstorben am 26. März 1874. Vergl. die Schrift: Hermann von Mallinckrodt, die Geschichte seines Lebens. Dargestellt von Otto Pfülf, Freiburg 1892. S. 7.

Digitized by Google

einander gingen, war das beiderseitige Verhältnis bis 1870 doch ein leidliches [1]).

Die Berührungspunkte zwischen Bismarck und Windthorst [2]) reichen gleichfalls bis in die Studentenzeit hinein. Ehemals saßen sie auf der Bierbank beisammen und später auf der Abgeordnetenbank „auseinander." Tempora mutantur! Es scheint, sie waren von dem Schicksal dazu bestimmt, sich gegenseitig mit allen Waffen der Politik zu bekämpfen. Diese Kämpfe reichen bis in die Zeit zurück, da Bismarck noch Bundestagsgesandter in Frankfurt a. M. und Windthorst hannoverscher Minister war. Das hannoversche Ministerium Schele, dem Windthorst als Justizminister angehörte, hatte 1853 der Ständeversammlung eine Vorlage gemacht, der zufolge die erste Kammer derart umgestaltet werden sollte, daß den Rittern 24 Vertreter, ebensoviel den größeren bäuerlichen Grundbesitzern gebühren sollten. Trotzdem der Verfassungs-Ausschuß die Vorlage zur Annahme empfahl, wurde sie von der zweiten Kammer abgelehnt. Diese Umstände benutzten die Ritter, welche mit dem in der Vorlage Gebotenen überhaupt nicht zufrieden waren, um die Stellung des Ministeriums zu einer unhaltbaren zu machen. Wie derzeit versichert wurde, hätten die bei Hofe einflußreichen Angehörigen der Ritterschaften König Georg veranlaßt, sich von dem derzeitigen Bundestagsgesandten Preußens, von Bismarck, den die Ritter als einen Gesinnungsgenossen betrachteten, ein Gutachten über die Verfassungsreformvorschläge Schele's und über die hannoversche Verfassung von 1848 überhaupt ohne Schele's Wissen geben zu lassen. Das Gutachten Bismarck's sei dahin gegangen, die Reformvorschläge

[1]) Über das Entgegenkommen, mit dem Mallinckrodt bis 1870 behandelt wurde, vergl. Karl Braun, Reichstagebuchblätter, S. 165. „Damals war noch tiefer Friede zwischen Bismarck und den Ultramontanen. Es verlautete sogar, Bismarck wolle einen päpstlichen Nuntius in Berlin haben." Am 16. März 1869 beteiligte sich Mallinckrodt an der Debatte über die Nichtverfolgbarkeit von Mitgliedern der Kammern und Landtage wegen Äußerungen, die sie in Ausübung ihres Berufs gethan. Bei diesem Anlaß erhob sich Bismarck und sprach: „Ich habe seit drei Jahren so selten das Glück, mich mit dem Herrn Vorredner in Übereinstimmung zu befinden, daß ich den Augenblick, wo dies der Fall ist, nicht vorübergehen lassen kann, ohne mir die Genugthuung zu geben, es zu konstatieren." Nicht immer sollte er von Bismarck so höfliche Sprache hören.

[2]) Windthorst, Ludwig, Dr. jur.; Staatsminister a. D. in Hannover. Geboren am 17. Januar 1812 zu Caldenhof bei Ostercappeln im Fürstentum Osnabrück; römisch-katholisch. War zunächst Advokat, dann ritterschaftlicher Syndikus und vorsitzender Rat des Konsistoriums zu Osnabrück, hierauf Oberappellrat zu Celle. 1851—53 und 1862—65 Staats- und Justizminister zu Hannover (ausgetreten 21. Oktober 1865); zuletzt Kronoberanwalt zu Celle. 1849 bis 1866 wiederholt Abgeordneter und 1851 Präs. der 2. Kammer der Allgemeinen Ständeversammlung zu Hannover. Mitglied des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen und des Deutschen Reichstags und Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1867 bis zu seinem Tode. Literatur: Die Fraktion Windthorst-Savigny, „Grenzboten" 1872, I. Quartal, S. 285—288. Windthorst, „Grenzboten" 1872, I. Quartal, S. 504—512. „Hie Bismarck, hie Windthorst". Ein Versöhnungswort, Berlin 1885. Richard Wilhelmi. „Whig-Bismarck und Tory-Windthorst." Zur Reichstagswahl. Eine politische Plauderei. 1889. Berlin. Georg Höppner's Buchhandlung. „Ludwig Windthorst" von Johann Menzenbach. Trier 1892.

Digitized by Google

Schele's gingen nicht weit genug und befriedigten die gerechten Ansprüche der Ritter nicht, die hannoversche Verfassung von 1848 verstoße gegen das monarchische Prinzip und die Gesetzgebung des Deutschen Bundes. Der damalige Finanzminister Bacmeister soll mit diesen Anschauungen Bismarck's ganz einverstanden gewesen sein und dies bei der Anwesenheit Bismarck's in Hannover[1]) zur Zeit der Ministerkrisis offen bekundet haben. Das Ende der Ministerkrisis war der Abgang des Ministeriums Schele; den Auftrag zur Neubildung des Ministeriums erhielt aber nicht Bacmeister, sondern von Lütcken.

Auf diesen Vorgang bezieht sich die von dem Abgeordneten Dr. Windthorst in der Abgeordnetenhaus-Sitzung vom 29. Januar 1886 gefallene Äußerung: „Hat der Reichskanzler denn die Scene vergessen, wo er dem verstorbenen König von Hannover ein Privatissimum darüber las, wie er die Politik zu ändern habe und wie er das Ministerium beseitigen könne, dem ich zum erstenmal angehörte?"

Ende der sechziger Jahre bewegte sich Windthorst noch ungezwungen auf den parlamentarischen Gesellschaften Bismarck's[2]). Sodann mied er bis zum Jahre 1879 dessen Haus. Beide waren inzwischen politisch gewachsen. Aus dem Bundeskanzler Grafen Bismarck-Schönhausen war der Fürst Reichskanzler und Einiger Deutschlands, aus dem zu Ende der sechziger Jahre nicht sonderlich beachteten Abgeordneten war der Führer der mächtigen Centrumspartei, die „Perle von Meppen" geworden. —

Die Gewohnheit, scharfe Hiebe auszuteilen, hat Bismarck von seiner Universitätszeit beibehalten. Unter den Reichsboten befand sich einer, der davon zu erzählen wußte, der Göttinger Kommilitone Bode[3]), den Bismarck mit den Worten begrüßte: „Sind Sie der?" dabei mit dem Finger auf eine Narbe im Gesicht weisend. „Aber der Hieb war doch nicht commentmäßig," entgegnete er lachend auf die bejahende Antwort und setzte hinzu, „das Rappier hat gesplittert."

Bode, der ein brillanter Schläger war, hatte seine erste Abfuhr von Bismarck, mitten über das Gesicht, nicht ungerächt hinnehmen wollen; er forderte ihn deshalb noch einmal, bekam aber zum zweitenmal einen tüchtigen Schmiß ab. Er hatte bei seiner kleinen Statur gegen die Größe und Länge der Arme Bismarck's nicht aufkommen können. Als Abgeordneter wurde Bode wiederholt zu kleinen Diners zum Kanzler geladen, aber er liebte in seiner bescheidenen Weise nicht, darüber viel zu sprechen. Er hielt dies für Renommage.

Der Direktor des königlichen Museums in Berlin, Geheimrat Bode, der Sohn des genannten Abgeordneten, hat die Freundlichkeit gehabt, mich das Korps-

[1]) Vergl. über diesen Aufenthalt die in meinem Werke: „Preußen im Bundestag" Bd. I. S. 369 f. abgedruckten Aktenstücke.

[2]) Außer den in meinem Werke: „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" beschriebenen parlamentarischen Gesellschaften hat noch am 2. März 1867 ein Diner für die Mitglieder des konstituierenden Reichstags stattgefunden.

[3]) Wilhelm Bode, Handelsgerichtsdirektor in Braunschweig, geboren am 17. November 1812, seit 1861 Mitglied der braunschweigischen Landesversammlung; später (1871) Mitglied des Deutschen Reichstags.

Digitized by Google

band seines Vaters einsehen zu lassen, worauf die zwei Duelle, die derselbe mit Bismarck hatte, eingetragen sind. Eins war auf zwölf Gänge und schärfste Mensur ohne Binde. Aus dem übrigen Duellverzeichnis ersieht man, daß zwischen den Hannoveranern und den Braunschweigern damals ein überaus gespanntes Verhältnis bestand. Daß Bismarck nicht daran Schuld war, hat Bode wiederholt den Seinigen versichert. Geheimrat Bode erinnert sich noch, daß sein Vater erzählte, wie Bismarck ihn bei einer der ersten Begegnungen im Reichstag nach dem Krakehler gefragt hatte, der den heftigen Korpszwist verschuldet hatte [1]). „Was ist aus N. N. geworden?“ fragte Bismarck, worauf Bode antwortete: „Er ist ein Schweinehund geblieben“, dem Bismarck laut lachend beistimmte: „Weiß Gott, das war er redlich.“

Von den Mitgliedern der Fortschrittspartei, die sich bei Bismarck sehen ließen, nenne ich zuerst den Schriftsteller Dr. Becker, genannt der „rote Becker“, wegen seiner roten Haare und etwas roten Vergangenheit [2]). Er wurde später Oberbürgermeister von Köln und stand als solcher in Briefwechsel mit Bismarck. Anlaß dazu gab unter anderm eine Begrüßung nach dem Kissinger Attentat [3]), eine Geburtstags-Gratulation aus dem Jahre 1876 [4]), und die Benachrichtigung von dem ersten Durchbruch der Kölner Stadtmauer [5]).

---

[1]) Von studentischen Mensuren des Fürsten Bismarck waren bisher schon etwa sechzig bekannt. Vor einiger Zeit waren die akademischen Monatshefte in der Lage, aus dem Paukbuche der Brunsviga noch folgende sieben nachzutragen, welche in der Zeit vom 9. August 1832 bis 18. Januar 1833 ausgefochten wurden, und zwar am 9. August 1832: Cramer I., mit Erfolg (Abfuhr bei Cramer); 22. August: Silberschlag, mit Erfolg (Abfuhr bei Silberschlag); 9. November: Liebe ohne Erfolg (L. einen kleinen „Blutigen“); 15. November ohne Erfolg; 22. Dezember: Cramer I., ohne Erfolg; 9. Januar 1833: Rudeloff, ohne Erfolg; 18. Januar: Bode ohne Erfolg (Bode einen kleinen Blutigen).

[2]) Dr. Hermann Heinrich Becker, geboren 15. September 1820 zu Elberfeld, nahm an der nationalen Bewegung der Jahre 1848 und 1849 als Volksredner und Publizist lebhaften Anteil, wurde deshalb aus der Liste der Referendarien gestrichen und zu mehrjähriger Festungshaft verurteilt; nach Verbüßung derselben exlernte er die Kaufmannschaft.

[3]) Ende Juli 1874 erging an den Oberbürgermeister Dr. Becker das nachstehende, in Kohl's Bismarck-Regesten nicht erwähnte Schreiben: Der Herr Reichskanzler Fürst von Bismarck hat mit lebhafter Genugthuung Kenntnis des geehrten Schreibens vom 15. d. M. genommen, in welchem Ew. Hochwohlgeboren und die Beigeordneten und Stadtverordneten von Köln ihre Teilnahme an der abermaligen gnädigen Bewahrung seines Lebens vor Mörderhand ausgesprochen haben, und mich beauftragt, für diese Kundgebung den herzlichsten und aufrichtigsten Dank, dessen persönlichen Ausdruck Se. Durchlaucht infolge ärztlicher Anordnung sich versagen muß, Ew. Hochwohlgeboren zu übermitteln. Ich benutze mit Vergnügen diesen Anlaß zur Versicherung meiner ausgezeichneten Hochachtung.

Der Staatssekretär des Auswärtigen Amts. von Bülow.

[4]) Das bei Kohl unberücksichtigt gebliebene Schreiben d. d. Berlin 2. April 1876 lautet „Eurer Hochwohlgeboren sage ich für die mir zu meinem Geburtstage übersandten freundlichen Glückwünsche meinen herzlichsten Dank. von Bismarck.

[5]) Die betreffende bei Kohl gleichfalls nicht berücksichtigte Kundgebung lautet: Berlin, 11. Juni 1881. Telegramm erhalten, und wünsche ich der altberühmten Stadt neues Glück und Gedeihen im erweiterten Spielraum. von Bismarck.

Digitized by Google

Zu den Männern welche gemeinschaftlich mit Bismarck in dem vereinigten Landtage, in dem Erfurter Parlament, im preußischen Abgeordnetenhause und im konstituierenden Reichstag saßen, zählt ferner Max Duncker[1]), gewöhnlich Geheimrat Duncker genannt (im Gegensatz zu dem fortschrittlichen Abgeordneten, dem Verlagsbuchhändler Franz Gustav Duncker). Man zählt ihn gemeiniglich nicht zu den Parlamentariern, weil er als solcher nicht hervorgetreten ist; um so enger sind die Berührungen, welche sich seit seiner Ernennung zum Ratgeber des Kronprinzen (6. Juni 1861) zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten etablierten[2]).

Für den konstituierenden Reichstag wurde Duncker von Halle ein Mandat angeboten; die Konservativen wollten aber für ihn nicht stimmen, da er in ihren Augen für zu liberal galt. Dies veranlaßte den Professor Dr. Leo, sich schwarz auf weiß von Bismarck versichern zu lassen, daß Duncker's Wahl der Regierung genehm sein werde. Das geschah mittelst folgender Kundgebung:

An den Professor Herrn Dr. Leo zu Halle a/S.

Berlin, den 21. Januar 1867.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 7. d. M. zu erwidern, daß ich mich, mit Rücksicht auf meine Überhäufung mit Geschäften und auf meinen noch immer zu schonenden Gesundheitszustand, habe ent-

[1]) Dr. Max Duncker, Mitglied der National-Versammlung in Frankfurt a. M., des Abgeordnetenhauses 1849—1852, 1860—1861.

[2]) Indem für die Einzelheiten auf das Werk R. Heym's: „Das Leben Max Duncker's", Berlin 1891, verwiesen wird, sollen nur die beachtenswerten beiderseitigen Berührungspunkte angeführt werden. Schon vor der Ernennung Bismarck's zum Ministerpräsidenten bezeichnete Duncker denselben dem Kronprinzen als denjenigen Mann, welcher allein die Macht habe, die Schwierigkeiten der inneren und äußeren Politik zu besiegen. Noch im Jahre 1862 reichte Duncker Bismarck verschiedene politische Denkschriften ein, am 11. Dezember 1862 bat er den Kronprinzen im Auftrage des Ministerpräsidenten, bei einem eventuellen Besuch in Wien jedenfalls sein Inkognito zu wahren und nicht in der Hofburg zu wohnen; am 9. Juni, 23 Juni und 17. Juli 1863 hatte Duncker Unterredungen mit Bismarck wegen der Veröffentlichungen des Schriftenwechsels zwischen dem König und dem Kronprinzen aus Anlaß der Verordnung, welche die Freiheit der Presse gefährdeten. Am 19. Mai 1864 wurde Duncker aufs neue auf das Auswärtige Amt zu einer Unterredung mit Bismarck über das Schicksal Schleswig-Holsteins und die innere Politik beschieden; ihr folgten bald mehrere andre Unterredungen, die Duncker immer tiefer in die Schachzüge, denen die bisherigen Erfolge verdankt wurden, einweihten. Als der Krieg zwischen Österreich-Preußen bereits vor der Thür stand, sprach Bismarck noch einmal den Wunsch aus, den Ratgeber des Kronprinzen in die Situation der deutschen Frage einzuweihen. Diese Unterredung, welche am 22. April 1866 stattfand, sollte Duncker in den Stand setzen, den Kronprinzen für die Politik Bismarck's zu gewinnen. Aber umsonst. An dem gekränkten Selbstgefühl des Kronprinzen, seiner Abneigung gegen Bismarck, seiner Parteinahme für den Herzog von Augustenburg und seinem Glauben an die moralische Macht des liberalen Gedankens prallten alle Vorstellungen Duncker's ab. Duncker erhielt am 13. Juni 1866 seine Entlassung. Am 16. Juni 1866 wurde er von Bismarck zur Organisierung der Verwaltung Kurhessens berufen, im August 1866 erhielt er den Auftrag, auf Grund des preußischen Reformvorschlags vom 10. Juni 1866, des Bündnisvorschlags vom 4. August, der Reichsverfassung von 1849 und der Erfurter Modifikationen einen Verfassungsentwurf für den Norddeutschen Bund auszuarbeiten.

Digitized by Google

schließen müssen, jede Wahl zum Norddeutschen Reichstage abzulehnen, und daß ich deshalb bitte, auch für den dortigen Wahlkreis von meiner Person absehen zu wollen.

Anlangend die beiden andern dort genannten Kandidaten, den Präsidenten von Wedell und den Geheimrath Duncker, so muß ich Bedenken tragen, mich für den einen gegen den andern auszusprechen, glaube es vielmehr der dortigen regierungsfreundlichen Partei überlassen zu sollen, sich über die betreffenden Personen unter sich zu verständigen.

Von Seiten der Königlichen Regierung dürfte weder gegen den einen noch gegen den andern der genannten Kandidaten etwas auszustellen sein, und bemerke ich noch *speziell* zu Ew. Hochwohlgeboren Information, daß auch der Geheimrath Duncker als ein zuverlässiger Mitarbeiter an der der Regierung obliegenden Aufgabe bezeichnet werden darf.

von Bismarck.

Diese Erklärung kostete Duncker am 12. Februar 1867 viele Stimmen; denn sie gab den „entschieden Liberalen" das Signal zu einer Gegenagitation, die über 3000 Stimmen mobil zu machen wußte [1]).

Als ein warmer Freund des Zustandekommens der Bundesverfassung erwies sich der bedeutende sächsische Rechtslehrer und spätere sächsische Kultusminister von Gerber [2]). Am 6. April 1867 überreichte derselbe dem Bundeskanzler die Arbeit eines ungenannten Freundes, betitelt: „Die Centuriae juniorum und seniorum des allgemeinen direkten Wahlrechts". Daß das allgemeine direkte Wahlrecht mit geheimer Abstimmung schwerlich wieder beseitigt werden könne, stand nach Ansicht des Freundes von Gerber's wohl fest. „Jeder hat aber mehr oder minder das Gefühl, daß auch diese Form des Wahlrechts einer Organisation bedarf, durch welche verhindert wird, daß die *bloße Quantität* der Stimmen den Ausschlag giebt und statt eines geregelten Fortschritts die *momentane* Überstürzung den Ausschlag bei den Wahlen giebt. Letzteres ist im geistigen und physischen Leben nur dadurch möglich, daß einer ungehemmten und deshalb sich stets beschleunigenden Bewegung ein *retardierendes Element* eingefügt wird,

---

[1]) In den Norddeutschen Reichstag einzutreten war Duncker nicht vergönnt; am 8. Juli 1867 erfolgte Duncker's Ernennung zum Direktor der preußischen Staatsarchive, am 31. August 1867 zeichnete Bismarck eine von ihm ausgearbeitete Instruktion für die Archiv-Beamten, am 1. Januar 1875 erfolgte sein Ausscheiden aus dem Staatsarchiv, das ihm insbesondere seit der Unterstellung unter den Vize-Präsidenten des Staatsministeriums Camphausen verleidet wurde.

[2]) Karl Friedrich von Gerber, geboren 11. April 1823, vorzüglicher Rechtsdogmatiker, Publizist und Staatsmann. Er war einer der ersten, welche sich der neuen politischen Ordnung in Deutschland rückhaltslos anschlossen. „Mein Verhältnis zu dem Entwurfe ist — bemerkte derselbe im Reichstag — daß ich die Verantwortlichkeit nicht übernehmen möchte, mich prinzipiell in Opposition zu demselben zu stellen. Dieser Entwurf ist berufen, eine Zeit gewaltsamer Aktion abzuschließen, einen Friedenszustand, einen festen Rechtsboden in Deutschland herzustellen. Es ist eine erste elementare Grundlage! Bringen wir sie rasch zum Abschluß und geben wir getrost unsern Nachfolgern anheim, sie auszubauen und gedeihlich zu entwickeln."

Digitized by Google

wie der Perpendikel in der Uhr. Dieses retardierende Element muß aber ein Teil der Maschine selbst sein, nicht außer ihr stehen. Bei allgemeinem Wahlrecht ohne Census giebt es aber nur einen natürlichen Unterschied unter den Wahlberechtigten, den Unterschied zwischen Alt und Jung. Es würde also nach Analogie der römischen centuriae seniorum und juniorum eine gleiche Anzahl von Mitgliedern des Reichstags durch die älteren und eine gleiche Anzahl durch die jüngeren Wähler zu wählen sein. Um dies auszuführen wäre nichts weiter zu ändern, als daß statt der bisherigen Wahlkreise von 100 000 Menschen jetzt Wahlkreise von 200 000 gemacht würden. In diesen so vergrößerten Wahlkreisen wählten die Wahlberechtigten von 25—45 Jahren einen Deputirten und die vom 46. Jahre aufwärts einen zweiten. Eine Schwierigkeit würde nur da eintreten, wo es sich um ein Land von nur einem Wahlkreise oder von 3,5 ꝛc. handelte, aber auch für diese Fälle wäre durch Verbindung mehrerer Wahlkreise diese Schwierigkeit zu überwinden."

Auf diese Anregung erging an den Reichstagsabgeordneten von Gerber das nachstehende Schreiben:

Berlin, 16. April 1867.

Eurer Hochwohlgeboren sage ich meinen verbindlichen Dank für die mir unter dem 6. d. M. gemachten Mittheilungen. Selbstredend wird es mir sehr willkommen sein, wenn Ihr Freund die Güte haben will, den von ihm angeregten Gedanken einer Regulierung des allgemeinen direkten Wahlrechts nach Analogie des centuriae juniorum und seniorum näher auszuführen.

Bei der Neuheit des Gedankens wage ich nicht, sogleich ein bestimmtes Urtheil darüber auszusprechen, und behalte mir meine Äußerung bis nach Eingang der Ausführung vor.

von Bismarck.

Als Bismarck und seinem Hause nahestehend nenne ich noch zum Schlusse den Abgeordneten Graf Fred Frankenberg[1]). Die katholische Geistlichkeit begann damals seit geraumer Zeit zum erstenmal eine politische Rolle zu spielen und überhaupt sich zu rühren. Frankenberg's Kandidatur setzte sie in den Sattel — den Dank dafür sollte er nach vier Jahren zu kosten bekommen[2]).

---

[1]) Graf von Frankenberg und Ludwigsdorf, Fred Ludwig Ernst, Mitglied des Staatsrats, des Volkswirtschaftsrats sowie des Provinzialrats für Schlesien, Herrschaftsbesitzer von Tillowitz, katholisch, geboren den 5. Februar 1835 zu Breslau, wohnhaft auf Tillowitz, Kreis Falkenberg; in das Herrenhaus berufen durch Allerhöchsten Erlaß vom 17. August 1885 aus besonderem königlichen Vertrauen auf Lebenszeit; Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und viele Jahre Mitglied des Reichstags.

[2]) Über sein erstes parlamentarisches Auftreten schreibt derselbe: Im Jahre 1867 warf ich mich in die parlamentarischen Geschäfte, da der Kreis Falkenberg-Grottkau mich nach energischem Wahlkampfe gegen einen fortschrittlichen Rechtsanwalt Sommer, der lange Abgeordneter des Kreises Grottkau gewesen war, mit glänzender Majorität in den konstituierenden Norddeutschen Reichstag wählte. Die Verfassungskämpfe und der glänzende Sieg des großen Staatenlenkers Bismarck und der national gesinnten Parteien interessierten mich bis tief ins Innerste. Der Umgang mit vielen bedeutenden, ausgezeichneten Männern, welche damals der Volksvertretung angehörten, war von größtem Einflusse auf mich, und ich schloß mich denen der freikonservativen

Digitized by Google

Die mächtigste Partei im konstituierenden Reichstag[1]) bildeten die Nationalliberalen (achtzig Mitglieder gegen sechzig Konservative). Mit ihnen mußte Bismarck am meisten rechnen. Nach Beendigung der zweiten Lesung wurden drei Mitglieder der Partei beauftragt, mit Bismarck über die in der zweiten Lesung strittig gebliebenen Punkte zu verhandeln: von Forckenbeck, von Bennigsen und von Unruh[2]).

Bennigsen hoffte die Bewilligung der Diäten durchzusetzen. Unruh war damals noch selbst für Diäten, sagte aber zu Bennigsen, er glaube nicht, daß Bismarck hierin nachgeben werde, vielleicht sei er gar nicht in der Lage, es zu können.

Als Bennigsen bei der Verhandlung mit Bismarck die Diäten zur Sprache brachte, lehnte dieser sofort ganz bestimmt das Eingehen darauf ab. Bennigsen deutete an, daß Bismarck vielleicht durch einen höheren Willen gebunden sei, worauf dieser erwiderte, daß, wenn der König ihm befehle, die Diäten zuzugestehen, er keine Stunde länger Minister bleiben würde. Später kam Bennigsen noch einmal auf dieselbe Frage zurück und Bismarck, der sonst sehr höflich und freundlich sich benahm, sagte nun etwas gereizt, er verstände nicht, wie nach seinen positiven Erklärungen Bennigsen noch einmal davon sprechen könne.

Auch mit dem Bundesministerium drangen die nationalliberalen Unterhändler nicht durch. Der Verfassungs-Entwurf sprach nur vom Bundeskanzler und erwähnte eines Bundesministeriums gar nicht. Die Mehrheit des Reichstags verlangte verantwortliche Bundesminister oder Verwaltungschefs. Bismarck erklärte positiv, hierauf nicht eingehen zu können und sprach sich schon damals, wie auch später ganz entschieden gegen die preußische Organisation aus, die ihm als Ministerpräsidenten keinen genügenden Einfluß gewähre. Seinen Forderungen und Anordnungen stelle jeder preußische Minister seine persönliche Verantwortlich-

---

Partei an, welcher alle meine engeren schlesischen Landsleute angehörten, mit denen ich schon eng verbunden war oder wurde, so z. B. der Fürst Hugo zu Hohenlohe, der Herzog von Ratibor, Graf Bethusy-Huc, Graf Johannes Renard, Fürst von Pleß, Dr. Kunzer, Hans Graf Oppersdorff, Fürst Lichnowski, Dr. Friedenthal. Nachdem ich mein Votum für die Verfassung abgegeben, welche zwei Drittel von Deutschland einte, stellte ich mich meinen Wählern wieder vor und wurde nun spielend in den ersten ordentlichen Reichstag im August gewählt. Ich ließ mich bereden, auch ins Abgeordnetenhaus einzutreten und wurde von Falkenberg-Neustadt für 1867—1869 gewählt. Damit saß ich fest für acht Monate des Jahres in Berlin und meine Freiheit war dahin, denn ich nahm die Würde eines Volksvertreters nicht als eine Spielerei, sondern faßte meine Aufgabe sehr ernst an, entsprechend der großen grundlegenden Epoche, durch die wir durch mußten. Mit Freuden begrüßte ich im Zollparlament die Süddeutschen, und mit Völk jubelte ich: „es ist Frühling geworden in Deutschland!"

[1]) Wer eine kurze Geschichte des konstituierenden Reichstags lesen will, eine Orientierung über sein Sitzungsgebäude, seine Partei-Verhältnisse, sein Präsidium und den Gang der Beratung des Verfassungs-Entwurfs, den verweise ich auf das treffliche Buch von Hans Blum: „Auf dem Wege zur Deutschen Einheit", Bd. I, S. 1—98.

[2]) Vergl. zum Folgenden: „von Unruh, Erinnerungen aus meinem Leben", in der „Deutschen Revue", IV. Quartal-Band des VI. Jahrgangs, S. 22 f. Die Verhandlungen mit Bismarck fanden am 11. und 12. April 1867 statt.

Digitized by Google

keit entgegen. Sogar die Räte in den einzelnen Ministerien zögen sich hinter den Gehorsam zurück, den sie ihrem Minister schulden. Dem Ministerpräsidenten bleibe eigentlich nur die formale Leitung der Geschäfte. „Wollen Sie — fragte Bismarck — dieselbe Konfusion (er brauchte noch einen stärkeren Ausdruck) auch im neuen Bunde einführen?"

Auf die Hindeutung, daß solchen Übelständen durch die Wahl geeigneter Minister abgeholfen und die allerdings notwendige Übereinstimmung des ganzen Ministeriums in allen Hauptsachen herbeigeführt werden könne, erwiderte Bismarck, er könne in Preußen keinen Minister los werden, den er nicht brauchbar finde, und keinen Minister, den er für genügend halte, erlangen. Ihm seien die Hände gebunden. Darauf könne er sich im Bunde nicht einlassen. Der Forderung, daß dem Reichstage verantwortliche Verwaltungschefs gegenüber stehen müßten, setzte Bismarck entgegen, daß er sich für verantwortlich halte und der Reichstag sich damit begnügen müsse.

In andern Punkten gab Bismarck nach und acceptierte die in der 2. Lesung angenommenen Verbesserungen. Es schien auch, daß er den immerwährenden Militäretat nicht festhalten wolle und Neigung habe, auf die vermittelnden Vorschläge Forckenbeck's einzugehen. Dieser sowie Bennigsen und Unruh erklärten auf das bestimmteste, daß sie auf den eisernen Militäretat unter keinen Umständen eingehen könnten, so dringend sie wünschten, eine brauchbare Verfassung zu stande zu bringen.

Bismarck hat damals die Streichung des eisernen Militäretats nicht definitiv acceptiert, aber auch nicht auf Annahme bestanden.

Als Resultat der Verhandlungen mit Bismarck stellte sich heraus, daß die Bundesverfassung nur zu stande zu bringen war, wenn in der 3. Lesung die Diäten und die Bundesministerien aufgegeben würden.

Zu den Verhandlungen über den eisernen Militäretat wurde auch der Abgeordnete Twesten[1]) beigezogen, welcher darüber in einem an Gustav Lipke gerichteten Briefe vom 16. April schreibt:

> Heute sind wir denn mit der Verfassung fertig geworden, und noch besser davon gekommen, als es in den letzten Tagen den Anschein hatte. Bis Montag früh war Bismarck nicht auf unsere Vorschläge eingegangen, hatte durch die Rechte die Amendements einbringen lassen, welche Armee-Ziffer und Geldpauschquantum auch über 1871 hinaus sichern sollten, und glaubte wohl, alles durchdrücken zu können. In dieser Meinung erklärte ich, daß kein Kompromiß zu Stande gekommen und daß ich für die Artikel, wie sie aus der Vorberatung hervorgegangen, stimmen würde. Da sagte er mir, er habe Usest und Bennigsen in das Konferenzzimmer gebeten, glaube unsere Vorschläge acceptiren zu können, und werde sich über die Redaktion sofort verständigen. Er und Roon erklärten dann wieder, sie hätten noch nicht mit dem König darüber gesprochen, müßten auch die Konservativen berücksichtigen, die nach ihrem Wunsch die

[1]) Vergl. oben S. 29 und 54.

Digitized by Google

Anträge eingebracht, könnten sich daher nicht öffentlich für unsere Amendements erklären, würden sie aber acceptieren und die Konservativen veranlassen, eventuell dafür zu stimmen. Darauf versprach ich, dies Abkommen zu verbreiten, infolgedessen die meisten von uns gegen die Diäten stimmen würden und mich mit einigen andern, die sich einmal für die Diäten engagiert, der Abstimmung zu enthalten. Als wir dann rasch bis Artikel 60 kamen, wurde die Sitzung vertagt. Heute erklärte Bismarck nun zwar nicht das Amendement Ujest-Bennigsen für unannehmbar, drückte aber öffentlich und privatim, unterstützt und überboten durch Vincke, so stark für die Amendements der Rechten (die nach Ablehnung bei Art. 60 zum Art. 62 wiederholt wurden) auf alle zugänglichen Gemüther, daß fast alle s. g. freie Konservative, Ujest an der Spitze, uns im Stiche ließen, viele bei uns schwankend wurden und die Sache schlimm aussah. Forckenbeck, Bennigsen und ich waren emsig umher, die Schar zusammen zu halten, die gestrige Erklärung Bismarck's geltend zu machen, gegen den Scandal des Abfalls zu eifern, und schließlich ergab sich denn die Majorität, welche die parlamentarische Verhandlung über Armeebestand und Budget von 1871 ab wieder sicher gestellt hat."

In dieser Zeit der Kämpfe um die Verfassung des Norddeutschen Bundes war das Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und Twesten ein nicht unfreundliches. Um so seltsamer erschien es, daß die gegen Twesten schwebenden Untersuchungen, welche wegen seiner berühmten Reden gegen die Entscheidungen des Obertribunals, die durch Ernennung von Hilfsrichtern ad hoc herbeigeführt waren, weiter gingen[1]). Es wurde sogar am 18. Februar 1867 durch Beschluß des Obertribunals eine neue Disziplinaruntersuchung gegen Twesten wegen einer seiner Reden verhängt. Als Twesten einer Einladung des Reichskanzlers zum Diner, mit denen er in dieser Zeit häufig beehrt wurde, Folge geleistet hatte, kam der Reichskanzler auf diese Untersuchungen zu sprechen, äußerte, daß jetzt, wo sie beide so gute Freunde wären, er gerne diesen Verfolgungen ein Ende setzen möchte, der Justizminister (Graf zur Lippe) habe aber erklärt, dies sei nicht möglich, sei einmal eine Untersuchung eingeleitet, so könne sie nur durch Erkenntnis wieder aus der Welt geschafft werden. Twesten erwiderte hierauf ganz korrekt: die Behauptung des Grafen zur Lippe sei richtig, insoweit es sich um die gegen ihn schwebende Kriminaluntersuchung handle, Disziplinaruntersuchungen könnten aber jederzeit aufgehoben werden. Wenige Tage nach dieser Unterredung verurteilte in der Disziplinaruntersuchung das Kammergericht Twesten zu einer Geldbuße von 200 Thalern, wies aber den weiter gehenden Antrag des Staatsanwalts auf Dienstentlassung zurück. Was geschah? Der Staatsanwalt appellierte gegen das Urteil, weil nicht auf Dienstentlassung erkannt sei. In der Kriminaluntersuchung wurde gegen die freisprechenden Erkenntnisse des Stadtgerichts und Kammergerichts, welche nach der früheren Praxis des Obertribunals die Reden im Abgeordnetenhaus für nicht verfolgbar erklärten, die Nichtigkeitsbeschwerde ein-

[1]) Lipke: „Bismarck und Twesten", „Deutsche Revue", IV. Jahrgang, 4. Band, S. 17. ff.

Digitized by Google

gelegt. Twesten empfand es bitter, daß Bismarck seinen politischen Einfluß nicht zu seinen Gunsten ausübte, und so erkalteten jetzt ihre beiderseitigen sozialen Beziehungen, um schließlich sogar einen recht feindseligen Charakter anzunehmen [1]).

Im März 1867 fand Graf Bethusy-Huc [2]) Anlaß, mit dem Fürsten Bismarck über die Luxemburger Frage zu verhandeln, welche der Abgeordnete von Bennigsen durch folgende Interpellation auf die Tagesordnung des Reichstags gebracht hatte:

1. Hat die königlich preußische Regierung Kenntnis davon erhalten, ob die in täglich verstärktem Maße auftretenden Gerüchte über Verhandlungen zwischen den Regierungen von Frankreich und den Niederlanden wegen Abtretung des Großherzogtums Luxemburg begründet sind?

2. Ist die königlich preußische Regierung in der Lage, dem Reichstage — in welchem alle Parteien einig zusammenstehen werden in der kräftigsten Unterstützung zur Abwehr eines jeden Versuchs, ein altes deutsches Land von dem Gesamtvaterlande loszureißen — Mitteilung darüber zu machen, daß sie im Verein mit

---

[1]) Seine bald darauf (Mai 1869) erfolgte Erkrankung setzte ohnedem seiner parlamentarischen Thätigkeit bald ein Ende. Er verließ außer einigen kurzen Unterbrechungen das Bett nicht bis zu seinem am 14. Oktober 1870 erfolgten Tode. Am 12. Juli 1870 schrieb er an Gustav Lipke: „Da an eine parlamentarische Thätigkeit für die nähere Zukunft nicht mehr zu denken, habe ich natürlich auf Wiederwahl verzichtet. So scheide ich denn aus der politischen Thätigkeit — mit einem gebrochenen Arm, Verlust von Amt und Einkommen, gänzlich zerrütteter Gesundheit, ohne irgend etwas gewirkt und erreicht zu haben. Die Junker haben Glück, bei einer Änderung hätte ich doch am meisten gethan, ihrem Regiment einen Riegel vorzuschieben."

[2]) Graf von Bethusy-Huc, Edmund Georg, Erbherr der Herrschaften Bankau und Albrechtsdorf in Oberschlesien und des Gutes Stany im Königreiche Polen, Ehrenritter des Johanniter-Ordens, Kreisdeputierter des Kreises Kreuzburg, Landwehr-Leutenant a. D. in Bankau bei Kreuzburg. Geboren den 3. September 1829 zu Bankau. Seit 1861 Mitglied des schlesischen Provinzial-Landtags, seit Januar 1862 ununterbrochen des Abgeordnetenhauses (zuerst in der kleinen konservativen Fraktion, nach Abstimmung für die Ministerverantwortlichkeit Wilder, dann freikonservativ). Mitglied des konstituierenden und ordentlichen Norddeutschen sowie aller Deutschen Reichstage bis 1878. Während des Krieges gegen Frankreich als Johanniter und Delegierter des Centralkomitees thätig. Die „Post" (vom 21. November 1893) bemerkte in ihrem Nachruf dieses Parlamentariers: „Die Reichs- und freikonservative Partei verliert in dem Verblichenen einen ihrer Begründer und ihren langjährigen Führer. In den Jahren 1866 bis 1880 hat er im Abgeordnetenhause (wo er 1874 zweiter Vize-Präsident war) sowohl wie im Deutschen Reichstage die Interessen der freikonservativen bezw. deutschen Reichspartei lebhaft und zielbewußt vertreten, bis er vom Januar 1880 ab, wo sein Mandat infolge seiner Ernennung zum Landrat des Kreises Kreuzburg erlosch, auf die parlamentarische Thätigkeit verzichtete und sich nur seinen Berufsgeschäften widmete. Ursprünglich hatte Graf Bethusy-Huc der konservativen Partei angehört, nachdem er im Jahre 1862 zum erstenmal ins Abgeordnetenhaus gewählt war. Im August 1861 gründete er mit dem Grafen Renard und Herrn von dem Knesebeck die Fraktion der Freikonservativen. Der freikonservativen bezw. deutschen Reichspartei hat er auch nach seinem Rücktritt von der parlamentarischen Thätigkeit die regste Anteilnahme gewährt. Besonders in Erinnerung ist das warm empfundene Schreiben, das er zum fünfundzwanzigjährigen Jubiläum der Partei an diese richtete. Sein Name wird als der ersten einer in dankbarer Erinnerung bei der Partei fortleben."

Digitized by Google

ihren Bundesgenossen entschlossen ist, die Verbindung des Großherzogtums Luxemburg mit dem übrigen Deutschland, insbesondere das preußische Besatzungsrecht in der Festung Luxemburg auf jede Gefahr hin dauernd sicher zu stellen?"

Graf Bethusy berichtet über den Gegenstand:

Wir saßen im Frühjahr 1867 im konstituierenden Reichstage — die Luxemburger Affaire war aufgetaucht, und die Interpellation Bennigsen stand für übermorgen (den 1. April) auf der Tagesordnung. Da sagte mir in einem Gespräch in den Vorräumen des Sitzungssaales General von Moltke etwa Folgendes: „Nach einem Kriege, wie wir ihn eben gehabt, kann man wahrlich nach einem zweiten kein Verlangen tragen, und niemand ist entfernter davon als ich. Und doch muß ich wünschen, daß der gegebene Anlaß zu einem Kriege mit Frankreich benutzt werde — ich halte leider diesen Krieg binnen jetzt und fünf Jahren für absolut unvermeidlich und innerhalb dieser Frist wird sich das heute unbestreitbare Übergewicht unsrer Organisation und Bewaffnung durch Frankreichs Anstrengungen täglich zu unsern Ungunsten mehr ausgleichen. — Je früher wir also handgemein werden, desto besser. Der gegenwärtige Anlaß ist gut. Er hat einen natürlichen Charakter, man benutze ihn also." Diese mir an sich einleuchtenden Äußerungen erschienen mir aus dem Munde einer solchen Autorität trotz ihres zunächst nur vertraulichen Charakters doch zu schwerwiegend, um ihnen nicht weitere Folge zu geben. Ich trug sie in meiner freikonservativen Fraktion vor und wurde von ihr veranlaßt, den Bundeskanzler über seine Ansicht zu befragen, da die Fraktion mit Recht Bedenken hatte, in so wichtiger äußerer Frage sich zu binden, ohne die Ansicht der Regierung zu kennen. Graf Bismarck erkannte zwar die Richtigkeit der Moltke'schen Ausführungen auf politischem wie auf militärischem Gebiete an, erklärte aber zugleich, daß er es niemals würde verantworten können, das Elend eines Krieges über sein Land heraufzubeschwören, wenn das Land diesen Krieg nicht, wie das im österreichischen Kriege der Fall gewesen, zur Wahrung seiner vitalen Interessen oder seiner Ehre bedürfe. Die wie immer fundierte subjektive Überzeugung eines Regenten oder Staatsmannes, daß der Krieg dereinst doch hereinbrechen werde, könne einen solchen nicht rechtfertigen. Unvorhergesehene Ereignisse könnten die Lage ändern und das scheinbar Unvermeidliche abwenden. Als ich tags darauf dem General dies mitteilte, erwiderte er: „Bismarck's Standpunkt ist unanfechtbar, wird uns aber seiner Zeit viele Menschenleben kosten" [1]).

[1]) „Ich weiß, — sagte Bismarck eines Abends in Versailles zu seiner Umgebung — 1867, wie ich (zur Weltausstellung) in Paris war, da dachte ich, wie wär's wohl, wenn wir wegen Luxemburgs losgeschlagen hätten, ob ich da jetzt in Paris wäre oder die Franzosen in Berlin? Ich glaube, daß ich recht gethan habe, damals abzuraten, auch aus militärischen Gründen. Wir hätten die Kräfte von heute bei weitem nicht gehabt. Die Hannoveraner und die Hessen waren zu der Zeit nicht von der Art, daß sie so viel gute Soldaten gestellt hätten wie jetzt. Die Schleswig-Holsteiner, die sich jetzt wie die Löwen geschlagen haben, bildeten damals gar keine Armee. Bei den Sachsen war das Heer aufgelöst und sollte erst wieder gebildet werden. Und von den Süddeutschen war wenig zu erwarten. Die Württemberger — was sind das jetzt für prächtige Leute, ganz ausgezeichnet! — aber sechsundsechzig, da mußte jeder Soldat lachen, als die einmarschierten in Frankfurt wie eine Bürgergarde. Auch mit den Badensern

Digitized by Google

Auch in Gegenwart des nationalliberalen Abgeordneten von Unruh besprach Bismarck den drohenden Konflikt mit Frankreich, indem er äußerte, daß der Krieg unvermeidlich sei, wenn Frankreich von der Erwerbung Luxemburgs nicht abstehe. Er teilte Unruh und einigen andern Abgeordneten mit, daß der französische Botschafter Benedetti gegen ihn die zuversichtliche Erwartung ausgesprochen habe, Preußen werde einer solchen Entschädigung Frankreichs nicht widersprechen. Darauf habe er geantwortet: wenn sein Herr und König ihm befehle, einzuwilligen, so werde er gehorchen; Bismarck setzte aber hinzu, der König habe ihm schon das feste Versprechen gegeben, in keine Abtretung an Frankreich zu willigen. Was das sogenannte Besatzungsrecht der Festung Luxemburg betreffe, so stände ein solches weder Preußen, noch dem Norddeutschen Bunde zu, sondern sei nur dem alten Deutschen Bunde zugestanden worden, der nicht mehr existiere und in dessen Namen und Auftrage jenes Besatzungsrecht durch Preußen ausgeübt worden sei. Indessen beati possidentes. Preußen habe zur Zeit die Festung noch besetzt und würde dieselbe nicht räumen, so lange Frankreich die Erwerbung Luxemburgs nicht aufgebe. Übrigens werde die an sich starke Festung von nicht befestigten Höhen beherrscht und sei deshalb schwer haltbar.

Schon früher hatte Bismarck ebenfalls in Unruh's Gegenwart Gespräche mit Benedetti aus der Zeit von Nikolsburg mitgeteilt, aus denen hervorging, daß Bismarck den französischen Botschafter gründlich irregeführt hatte. Gewiß ist von Bismarck niemals ein Entschädigungsanspruch Frankreichs für die Erwerbungen Preußens und die Bildung des Norddeutschen Bundes anerkannt worden; aber es scheint doch, daß er solche Ansprüche auch nicht ganz definitiv zurückgewiesen hat, so lange der Frieden zu Prag noch nicht abgeschlossen war und Preußen die Hände nicht ganz frei hatte. Bismarck hat sich wohl damals darauf beschränkt, die einzelnen Vorschläge Benedetti's zu bekämpfen und abzulehnen. Dieser muß in einem Falle sehr dringend geworden sein, denn Bismarck erzählte in Unruh's Beisein, daß Benedetti nach einer Abweisung seiner Vorschläge erklärt habe: „das sei der Krieg," worauf Bismarck sehr bestimmt geantwortet hat: „Nun gut, dann werden wir den Krieg haben". Hierauf sei Benedetti höflicher und zurückhaltender geworden [1]).

Am 18. März 1867, um welche Zeit der Konflikt mit Frankreich drohte, setzte sich Bismarck während einer Reichstagssitzung auf die Bank vor Herrn von Unruh zu einem befreundeten Abgeordneten, wendete sich dann zu Unruh um und sagte: „Sie werden morgen im Staatsanzeiger etwas sehr Wichtiges lesen." Als Herr von Unruh ihn fragte, ob er nichts Näheres andeuten könne, da es morgen

stand es nicht gut, da hat der Großherzog seitdem viel geschaffen. — Freilich war die öffentliche Meinung damals in ganz Deutschland auf unsrer Seite, wenn wir Krieg um Luxemburg führen wollten. Aber die ersetzte doch diese Mängel nicht." — Der Kriegsminister Graf Roon stand in der Luxemburger Streitfrage ganz auf Bismarck's Seite. Vergl. dessen Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 328.

[1]) Erinnerungen, S. 25 f.

Digitized by Google

doch bekannt werde, erwiderte Bismarck: „Ja wohl, es sind Schutz- und Trutzbündnisse mit Bayern, Württemberg und Baden abgeschlossen worden.“ Natürlich war Herr von Unruh sehr erfreut und antwortete: bravo!

Auch über das Zustandekommen jener Bündnisse machte Bismarck in seiner Behausung in Herrn von Unruh's Gegenwart interessante Mitteilungen. Er erzählte, daß nach dem Abschluß der Friedenspräliminarien in Nikolsburg, in welche die süddeutschen Staaten nicht eingeschlossen waren, der bayerische Ministerpräsident von der Pfordten nach Berlin gekommen sei, um über den Frieden zu verhandeln. Zunächst habe Bismarck sehr weitgehende Forderungen gemacht, von hoher Kriegskontribution und erheblichen Landabtretungen gesprochen, auch auf Ansbach-Bayreuth hingedeutet, das ehemals zu Preußen gehört habe. Nachdem Herr von der Pfordten sehr niedergeschlagen und, wie Bismarck sich ausdrückte, hinreichend mürbe gewesen sei, habe er (Bismarck) geäußert: „Sie können den Frieden sehr wohlfeil haben, ohne Landabtretungen, eine ganz kleine Grenzregulierung ausgenommen, und mit einer sehr mäßigen Kontribution“. von der Pfordten habe ganz überrascht und erstaunt ihn (Bismarck) gefragt, welche Gegenleistung er sonst noch verlange, worauf er geantwortet habe: „Nichts als sofortigen Abschluß eines Schutz- und Trutzbündnisses.“ Hierauf habe von der Pfordten ihn (Bismarck) umarmt und geweint. Bismarck drückte sich Herrn von Unruh gegenüber noch drastischer aus.

Bei einer späteren Gelegenheit der Verhandlungen Bismarck's mit Forckenbeck und Unruh über die Verfassung des Norddeutschen Bundes erzählte er diesen beiden noch manche interessante Vorgänge aus der Zeit seines Eintritts in das Ministerium. Er habe, sagte er, bei seiner Ankunft von Paris den König sehr aufgeregt und gleichzeitig deprimiert gefunden, sogar voll Besorgnis vor revolutionären Ereignissen mit tragischem Ausgange. Bismarck habe darauf gegen den König geäußert, er würde es für ein ruhmvolles Ende halten, wenn er seinen Kopf für Seine Majestät auf den Block legen müsse, aber es sei nach seiner Auffassung gar kein Grund zu solchen Befürchtungen vorhanden, es denke niemand an Revolution, und wenn der König Befürchtungen wegen des Abgeordnetenhauses hege, so würde er (Bismarck) ihm zeigen, wie man mit solchen Leuten umgehen müsse!

Bei diesem Gespräch standen Bismarck, Forckenbeck und Unruh ganz nahe bei einander. Als Bismarck die oben gesperrt angeführte Äußerung that, die ein helles Licht auf die Konfliktszeit warf, stieß Unruh Forckenbeck an und lächelte. Er that dasselbe und Bismarck, der dies bemerkte, lachte mit[1]).

Konstatieren wir hier am Schlusse dieses Abschnittes noch eins: den riesigen Umschwung, welcher sich im Auslande in der Beurteilung Bismarck's in dem Zeitraume von nicht ganz fünf Jahren vollzogen hatte. Als er das Staatsruder in die Hand nahm, wußte die fremde Presse kaum Worte genug zu finden, um die

[1]) Vergl. die bereits wiederholt citierten von Unruh'schen Erinnerungen, S. 20.

Digitized by Google

Unfähigkeit und Frivolität dieses Staatsmannes zu charakterisieren. Ich will zur Erheiterung des Lesers nur eine kleine Blumenlese aus damaligen Zeitungsstimmen hier folgen lassen.

Anfangs März 1863 schrieb die „Times“: „Sein Benehmen gegen das preußische Haus der Gemeinen gleicht dem eines tyrannischen Pädagogen gegen eine Klasse widerspenstiger Schuljungen“.

Um dieselbe Zeit sagte das „Journal des Debats“: „Dieser ungestüme Minister, welcher Paris, wie man sagt, in dem Glauben verlassen, die Sympathien Frankreichs und die Bundesgenossenschaft der französischen Regierung durch die unbegrenzte Bewunderung erobert zu haben, welche er für alle unsre Institutionen, unsre Preßgesetze nicht ausgenommen, an den Tag legte, wird damit enden, daß er der unglücklichste der Staatsmänner Europas ist“.

Die „Wiener Morgenpost“ endlich bemerkte, eine solche besondere Art von „Königlicher Regierung“, die Herr von Bismarck als Gegensatz zur parlamentarischen Regierung aufgestellt habe, könne schließlich nur dem Königtum schaden. Der Versuch der preußischen Regierung, die Aufmerksamkeit von dem großen Kampfe im Innern abzuziehen, werde vergeblich sein. Man glaube den Drohungen des Herrn von Bismarck nicht, und wenn Thatsachen folgen sollten, so würde seine unternehmende Politik aus Mangel an Teilnahme ein schlechtes Ende finden.

Und jetzt, vier Jahre später, hoben dieselben Zeitungen denselben Staatsmann förmlich in den Himmel. „Graf Bismarck hat — bemerkte die „Times“ am 28. März 1867 — in Deutschland ebenso Garibaldi's wie Cavour's Arbeit verrichtet. Die Allianz mit dem Süden war ein Teil desselben Planes, wie die Föderation des Nordens. Deutschland sehnte sich gleich Italien nach politischer Einheit. Die Ansichten der Dynastien und ihrer Anhänger widerstritten dem Volkswillen. Preußen, oder, um uns richtiger auszudrücken, ein Mann in Preußen, machte sich zum Dolmetscher dieses Willens. Kein Wunder, daß er alles vor sich niederwarf.“

Und Thiers begann am 14. März 1867 im gesetzgebenden Körper zu Paris eine Lobrede auf Herrn von Bismarck, auf den er Bossuet's Worte auf Cromwell anwendet: „Ein Mann hat sich gefunden!“ Es hat sich ein kühner Minister gefunden, der Preußen rasch groß machen wollte und der seine Bevölkerung plötzlich von neunzehn auf dreißig Millionen emporgehoben hat. Anfangs hielt man diese Kühnheit fast für Tollheit und in der That, wie konnte man ohne die Eigenschaften und die Fehler dieses Ministers mit einer Nation von neunzehn Millionen es mit fünfundfünfzig Millionen aufnehmen? Aber er hatte die Lage vollkommen richtig beurteilt.“

Digitized by Google

V. Abschnitt.

Der norddeutsche Reichstag.

(1868—1870.)

Am 17. April 1867 erklärte Graf Bismarck die Verfassung des Norddeutschen Bundes, wie sie der konstituierende Reichstag beschlossen hatte, für angenommen, womit die Aufgabe des letzteren segensreich beendigt war. Die Neuwahlen für den ersten Reichstag des Norddeutschen Bundes [1]) fanden Ende August 1867 statt. Die Gesamtziffern der Fraktionen erhielten dadurch nur unmerkliche Veränderungen.

Am 14. August 1867 richtete Bismarck an den Kreisdeputierten und Rittergutsbesitzer Grafen Wartensleben auf Rogaesen bei Groß-Wusterwitz das nachstehende Schreiben:

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich auf das Schreiben vom 6. d. M. zu erwidern, daß meine Stellung als Bundeskanzler die Annahme eines Mandats zum Reichstage für mich unmöglich macht.

Für den dortigen Wahlkreis werden Sie jedoch in der Person des Landraths von Brauchitsch [2]) in Genthin einen Ersatz finden, dessen Wahl ich um so lieber empfehle, als ich gewiß bin, daß derselbe auf die Angelegenheiten des Norddeutschen Bundes unsern heimathlichen Wahlkreis ganz in derselben Richtung vertreten würde wie ich, falls ich wiederum die Ehre haben könnte, der Abgeordnete der Jerichowschen Kreise zu sein.

Bei der Bedeutung, welche der nächste Reichstag für die Entwickelung des deutschen Vaterlandes haben wird, muß die Rücksicht auf die landrätliche Stellung und Aufgaben des Herrn von Brauchitsch einstweilen gegen die Vertretung des Wahlkreises im Reichstage in den Hintergrund treten.

von Bismarck.

Als erster Präsident fungierte im konstituierenden Reichstage und in allen Sessionen des Zollparlaments und des Reichstags bis 1873 Dr. Martin Eduard Simson [3])

---

[1]) Es währte die erste Session vom 10. Sept. bis 26. Okt. 1867, die zweite Session vom 23. März bis 20. Juni 1868, die dritte Session vom 4. März bis 22. Juni 1869. Eine gedrängte Geschichte der in diese Zeit fallenden Reichstagsverhandlungen findet man in dem Werke von Hans Blum: „Auf dem Wege zur deutschen Einheit", I. Band, S. 99—160, S. 243—297, S. 298—377.

[2]) von Brauchitsch, Heinrich, Landrat und Deichhauptm. in Genthin. Geb. 1831 in Berlin. 1862 übernahm er die Verwaltung des Landratsamts Genthin (II. Jerichowscher Kreis), 1866 und 1867 wurde derselbe von den Jerichowschen Kreisen ins Abgeordnetenhaus und demnächst auch in den Reichstag gewählt. (Konservativ.)

[3]) Vergl. den Aufsatz von Karl Braun (Wiesbaden): Eduard Simson, in „Nord und Süd", Bd. 37, 1886, S. 349—367; Präsident Simson, in den „Grenzboten" 1872, IV. Quartal, S. 1; Dr. M. Ed. Simson, in A. E. Brachvogel's „Die Männer der neuen deutschen Zeit", Bd. III, S. 391—454.

Digitized by Google

Nach dem Scheitern der Union[1]) saß Bismarck mit demselben (1851) wiederum zusammen auf den Bänken der preußischen Kammer; der Berührungspunkte gab es aber jetzt verhältnismäßig weniger. Im Jahre 1852 ließ sich Simson nicht wieder in die Kammer wählen, obwohl ihm ein Mandat angeboten worden war. Erst 1859 mit dem Eintritt der neuen Ära trat er wieder in die Kammer ein, deren Präsident er 1860 und 1861 wurde (Nachfolger von Grabow). Bei einer Unterredung mit dem König Wilhelm drückte der letztere später Simson sein Bedauern darüber aus, daß derselbe infolge einer bevorstehenden Operation sich nicht für tauglich hielt, den schweren, verantwortlichen Posten eines Präsidenten wieder zu übernehmen. Als der König bemerkte, daß der in der Nähe stehende Abgeordnete Grabow die Unterredung mit angehört hatte, bemerkte er zu Grabow: „Glauben Sie nicht, daß es mir unangenehm wäre, Sie an diese Stelle treten zu sehen". Als Grabow bemerkte, er trage gleichfalls Bedenken, das Präsidium zu übernehmen, da seine Sinne allmählich an Schärfe verloren hätten, und er nicht mehr alles sehen und hören könne, was vorgehe, entgegnete der König, indem er Grabow auf die Schulter klopfte: „Dann hören Sie nur um so sorgfältiger auf mich."

Als sich Simson und Bismarck nach Königsgrätz zum erstenmal wiedersahen, erzählte der Ministerpräsident dem Parlamentarier manche Details aus dem Schatze seiner Kriegserlebnisse. Selbst auf die Gefahr hin, daß sie bereits durch Mitteilung von einer andern Seite bekannt sind, will ich davon nur zwei Erzählungen folgen lassen. Als Bismarck in den Krieg von 1866 auszog, befand sich unter den Diplomaten, die sich von ihm verabschiedeten, auch der belgische Gesandte. „Auf glückliches Wiedersehen", rief ihm derselbe zu, die entgegengestreckte Hand ergreifend. „Auf Wiedersehen — entgegnete Bismarck — wenn alles gut geht; widrigenfalls lasse ich mich in der letzten Attacke niederreiten."

Im Anschluß daran erzählte er weiter über den Tag der entscheidenden Schlacht. Dieselbe sei bereits entschieden gewesen, und der Kreis der Männer um den König hätte sich bereits gelöst. Bismarck sei allein davon geritten. Da sei ihm ein General nachgekommen und habe ihm gesagt: „Sie können heute lachen. Wenn es schief gegangen wäre, hätten Ihnen die Kehrweiber ihre Besen um die Ohren geschlagen."

Die freundlichen Gesinnungen Bismarck's für Simson erhellen insbesondere aus folgendem Vorgange. Am 30. Januar 1869 wurde Simson zum ersten Präsidenten des Appellationsgerichts zu Frankfurt a. O. ernannt. Dadurch wurde seine Stellung als Präsident des Reichstags von einer Neuwahl abhängig. Bismarck wünschte nun, daß das Präsidium in Simson's Händen verbleibe. Um dies zu erreichen, ließ er die Sache so behandeln, als ob der Präsident nur vorübergehend behindert wäre — was doch nicht der Fall war — und er ließ den Reichstag bis zu Simson's Wiederwahl durch den ersten Vize-Präsidenten, den Herzog von Ujest (Fürst von Hohenlohe-Oehringen) leiten.

---

[1]) Wie oben S. 10 bemerkt, trat Simson zuerst in Erfurt Bismarck näher, nachdem er sich auf dem Revisions-Landtage gründlich mit demselben herumgezankt hatte.

Digitized by Google

In den langen Jahren, da Simson als Präsident des Reichstags fungierte [1]), war sein Verhältnis zu dem Kanzler das denkbar beste.

Nicht bloß der mündliche, auch der schriftliche Verkehr zwischen Bismarck und Simson war ein lebhafter. Oktav-Briefbogen, mit den charakteristischen Schriftzügen Bismarck's, mit Bleistift hingeworfen, vermittelten häufig den Meinungsaustausch zwischen dem Minister- und Präsidententisch. Bald handelte es sich um den Wunsch Bismarck's, das Wort vor oder zu der Tagesordnung zu erhalten, ein andermal um die Verlesung von Aktenstücken, oder um die Veranlassung eines Simson politisch nahestehenden Abgeordneten, in einer schwankenden Sache für die Regierungsforderung einzutreten, bald um die Bitte Bismarck's, Simson in dessen Zimmer ein paar Minuten zu sprechen, um die Benachrichtigung, zu welcher Stunde der König die Präsidenten des Reichstags empfangen wolle, um eine Anfrage, ob ein gewisser Tag Simson geeignet erscheine für das von Bismarck dem Präsidium des Reichstags zugedachte Diner, oder um Wünsche hinsichtlich der Festsetzung der Tagesordnung.

Man kann wohl sagen, daß keiner der späteren Reichstags-Präsidenten sich auch nur annähernd so guter Beziehungen zum ersten Beamten des Reichs rühmen konnte. Es hängt dies einmal mit den persönlichen Gefühlen zusammen, die der Kanzler für Simson hegte, andrerseits mit den politischen Verhältnissen. Simson hatte bis 1874 die große mächtige nationalliberale Partei, auf die sich Bismarck hauptsächlich stützte, hinter sich. Von 1875 ab wurde das Verhältnis von Jahr zu Jahr kühler. Die auf Forckenbeck folgenden Präsidenten waren alle durch Kompromisse verschiedener, zum Teil recht heterogener Parteien zu ihrer Stellung gelangt. — Ich füge hier zum Schlusse noch einen Briefwechsel an, welcher sich im Jahre 1868 zwischen Delbrück und Simson über die Frage der Fortdauer seines Reichstags-Präsidiums entwickelte.

Berlin, 1. März 1868.

An den Königlichen Appellationsgerichts-Präsidenten Herrn Dr. Simson in Frankfurt a. O.

In diesen Tagen ist mir erzählt, daß Sie, mein hochgeehrter Herr und Freund, die Absicht ausgesprochen hätten, die Wahl zum Präsidenten des Zollparlaments und Reichstags nicht annehmen zu wollen. Die ganze Nachricht ist vielleicht eine Ente; in wichtigen Dingen muß man indessen auch auf Enten aufmerksam sein und so verargen Sie es mir nicht, wenn ich Ihnen mit einem, vielleicht überflüssigen Briefe lästig falle.

Wir begreifen hier vollkommen, daß eine Parlaments-Präsidentschaft selbst für einen Virtuosen in diesem Fache kein Hochgenuß ist. Wir begreifen nicht minder, daß Rücksichten auf Familie und Amt es Ihnen wünschenswerth machen, sich diesem negativen Hochgenuß zu entziehen. Aber, ernsthaft gesprochen, wir sind überzeugt, daß Sie uns glauben werden, wenn wir Ihnen versichern,

[1]) Erst im Jahre 1874 wurde er in dieser Stellung von dem Oberbürgermeister von Berlin von Forckenbeck abgelöst.

Digitized by Google

daß Ihre Präsidentschaft eine politische Notwendigkeit ist, und daß Sie Sich der Last der Präsidentschaft nicht entziehen werden, wenn Sie uns diese Versicherung glauben. Daß alle respektabeln politischen Parteien im Reichstage Ihre Wahl wünschen, brauche ich Ihnen nicht zu sagen; daß alle unsre Feinde im Zollparlament sich freuen werden, wenn Sie nicht Präsident werden, davon bin ich überzeugt. Die Situation ist hiermit charakterisiert und ich darf kaum weiter an Ihren Patriotismus appellieren.

Erlauben Sie mir noch einiges Thatsächliche. Die Verzögerung der Parlamentswahlen in Württemberg und Hessen ist die, mir sehr willkommene Veranlassung zum Verlassen des ursprünglichen Planes, nach welchem zuerst das Parlament und erst bei dessen Schlusse der Reichstag zusammen treten sollte. Es wird, und zwar um den 20. d. M., der Reichstag und während dessen Session, im April, das Parlament berufen werden. Diese Kombination gestattet eine kürzere Dauer der gesammten Session, als der ursprüngliche Plan, ist also auch für den Herrn Präsidenten zusagender als der letztere.

Erfreuen Sie uns bald mit einer beruhigenden Antwort.

Ihr aufrichtigst ergebener

Delbrück.

Die Antwort Simson's lautete:

An Seine Excellenz, den Präsideuten des Bundeskanzler-Amts Herrn Delbrück.

Frankfurt a. O., 3. März 1868.

Eurer Excellenz beeile ich mich, in ergebenster Erwiderung des gütigen Schreibens, mit dem Sie mich unter dem 1. d. M. beehrt haben, vor Allem meinen innigen Dank für das neue Zeugnis von wohlwollender Gesinnung auszusprechen, das ich in Ihrem werthen Blatt besitze.

Daß ich gegen irgend Jemand „die Absicht *ausgesprochen* hätte, die Wahl zum Präsidenten des Zollparlaments und Reichstags nicht annehmen zu wollen," bezweifle ich entschieden, aber ich darf nicht in Abrede stellen, daß ich diese Absicht allerdings *gehabt* habe. Ich verhehle nicht, daß eben die Erwägungen, die mich zur Ablehnung einer Wahl für das Abgeordnetenhaus im vergangenen Spätherbst bestimmen mußten, den gleichen Entschluß auch für den Reichstag mir dringend nahe legen. Ew. Excellenz haben diese Erwägungen selbst schon anticipiert. Familie und Amt außerhalb Berlin haben, bei vorrückenden Jahren entfernt von Berlin die immerhin nicht geringe Mühsal des parlamentarischen Lebens bestehen, dazu reicht meine Kraft auf die Dauer nicht aus, und nachdem ich — mit einer Unterbrechung — eben zwanzig Jahre gleichwohl darauf verwendet, halte ich den Anspruch durch jüngere und frischere Kräfte, oder solche die sich in solcher Arbeit nicht so verzehrt wie die meinige, abgelöst zu werden für nicht unberechtigt.

Vor einigen Tagen hat der Herr Justizminister Excellenz die Anfrage an mich gerichtet, ob es meinen Wünschen entsprechen würde, Sr. Majestät dem König für das erledigte (erste) Präsidium des Appellationsgerichts in Hamm

Digitized by Google

in Vorschlag gebracht zu werden. Der Herr Minister hatte die Freundlichkeit hinzuzufügen, „er hoffe, daß die eventuell erforderliche Neuwahl zum Reichstage, auf welche die Königliche Staatsregierung Wert lege, irgend welche Schwierigkeiten nicht finden werde."

Ich habe geglaubt, die Anfrage ehrerbietig ablehnen zu dürfen. Für den Fall fortgesetzter Beteiligung an der Norddeutschen Volksvertretung konnte ich nicht wünschen, mein Domizil von Berlin weiter zu entfernen als der Fall ist.

Nun sprechen Ew. Excellenz mir aus, daß auch Sie auf meine fernere Thätigkeit im Reichstage einigen Werth legen. Sie entnehmen ein Argument für diese mich ebensosehr ehrende als beschämende Auffassung auch aus der Lage des gegenwärtigen Augenblicks, und Sie wissen, sehr gut, daß ich wahrlich nicht blos für die Anschauung der Gesamtlage der europäischen Dinge und der deutschen insbesondere Ihr Urtheil weit über das meinige setze! Darum will ich meine Gedanken jetzt zurücktreten lassen, wie ich im vergangenen Frühjahr den Wunsch, statt meiner Graf Schwerin — und im Herbst den Vorschlag, an meiner Statt Herrn von Forckenbeck zum Präsidenten ernannt zu sehen, aufgegeben habe, und meine Bereitschaft, die Wahl, falls sie mich träfe, anzunehmen, hiermit ausdrücklich aussprechen.

Ew. Excellenz deuten mir an, daß die Arbeit in keinem Falle eine übermäßig lange sein wird, und Sie setzen mit Recht voraus, daß diese Andeutung mir den Entschluß erleichtert. Ich schließe mit dem herzinnigen Wunsche, daß die glücklichen Anfänge der Jahre 1866 und 1867 in dem laufenden Jahre zu segensreicher Fortentwickelung gelangen mögen.

Ew. Excellenz ꝛc.

Simson.

Zu den Mitgliedern des ersten Reichstags des Norddeutschen Bundes zählte auch Graf Guido Henckel von Donnersmarck[1]), welcher sich der nationalliberalen Partei anschloß. Schon von früher her mit Bismarck befreundet, wirkte er als Abgeordneter im Sinne einer Ausgleichung der Gegensätze, welche zwischen den Liberalen und Bismarck über die streitigen Punkte der künftigen Bundesverfassung bestanden. Während der kritischen Verhandlungen sah Graf Bismarck den Abgeordneten Grafen Henckel wiederholt und empfing von denselben Mitteilungen über die Stimmung unter den Parlamentariern und das voraussichtliche Stimmenverhältnis bei den entscheidenden Abstimmungen. Graf Henckel hat bei allen politischen Abstimmungen sich von großen, nationalen und reaktionsfeindlichen Gesichtspunkten leiten lassen. Daß er mit dem Bundeskanzler, bei der größten Verehrung für denselben, nicht durch dick und dünn gehen wollte, gereicht ihm sicher nicht zur Unehre. Aber gerade darin lag der Keim zu einer

[1]) Graf Henckel von Donnersmarck, Guido Georg Friedrich, Erb-Ober-Landmundschenk im Herzogtum Schlesien, Mitglied des Staatsrats, des Herrenhauses und des Volkswirtschaftsrats, evangelisch, geboren den 10. August 1830 zu Breslau, wohnhaft auf Schloß Neudeck, Kreis Beuthen.

Digitized by Google

Differenz mit Bismarck, welcher seinerseits gerade von einem ihm so sehr befreundeten Manne, wie dem Grafen Henckel von Donnersmarck, unbedingte Heeresfolge verlangen zu können glaubte. Die Folge war die Mandatsniederlegung des Grafen Henckel, welche er mit folgendem Schreiben zur öffentlichen Kenntnis brachte:

Das mir durch das Vertrauen meines heimatlichen Wahlkreises übertragene Mandat als Abgeordneter zum Norddeutschen Reichstage habe ich soeben niedergelegt. Ich erlaube mir dies hiermit zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und zugleich meinen aufrichtigen Dank für das mir bewiesene Vertrauen und die mir dadurch gewordene hohe Auszeichnung auszusprechen.

Zum Entschluß der Mandatsniederlegung hat mich die Überzeugung geführt, daß einerseits der heutige Leiter des preußischen und norddeutschen Staatswesens in der vorliegenden Situation unentbehrlich ist, also wir uns während der bevorstehenden Jahre des Übergangs seiner Führung unbedingt fügen und von jeder entschlossenen Opposition gegen denselben Abstand nehmen müssen, andererseits ich nicht in Freude und Eifer als Volksvertreter mitwirken kann unter Verhältnissen, welche lediglich eine Fortentwickelung auf wirtschaftlichem Gebiet, nicht aber ein entschiedenes Vorgehen in liberalen Institutionen oder einheitlicher Gestaltung in Aussicht stellen.

Neudeck, den 7. Juli 1868.

Guido Graf Henckel-Donnersmarck.

Auf die ferneren Beziehungen Bismarck's zu dem Grafen Henckel hat dieser Vorgang, wie wir sehen werden, keinen Einfluß gehabt.

Ein Abgeordneter, welcher dem Kanzler später in dienstlicher Beziehung näher trat, ist Ägidi[1]).

Den Entwurf zur Adresse auf die Thronrede, welche von den Konservativen ausging, verwarfen die Nationalliberalen, ebenso den Entwurf der letzteren die ersteren. Da traten die Freikonservativen ins Mittel und die drei Parteien einigten sich in gemeinsamer Beratung unter Bennigsen's Vorsitz über einen dritten Entwurf (im wesentlichen aus Ägidi's Feder), den im Namen der drei Parteien

[1]) Dr. jur. Ägidi, Ludwig Karl, Geheimer Legationsrat im Auswärtigen Amt und ordentlicher Professor der Rechte an der Universität Berlin. Geboren den 10. April 1825 zu Tilsit. Studierte 1842—1847 in Königsberg i. Pr., Heidelberg, Berlin. Vom 25. März bis 9. November 1848 Privatsekretär preußischer Minister; trat am 9. November aus und lehnte Anträge zum Wiedereintritt am 19. November 1848 ab. Privatdozent in Göttingen bis 1857 (1856 entzog ihm Georg V. die venia für Staatsrecht). Professor des deutschen Rechts in Erlangen bis 1859; im Sommer 1859 zu Berlin, seit Oktober 1859 in Hamburg, seit 1868 in Bonn. Als Schreiber für Zeitungen seit 1847 (Deutsche Zeitung 2c.) thätig; als solcher bei den parlamentarischen Versammlungen Berlin (1848—1850), Frankfurt a. M. (Paulskirche, 1848 Juni—Juli), Erfurt (1850 März—April). Er schrieb zahlreiche politische Broschüren und Aufsätze. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1867—1868, 1869—1879. Mitglied des Reichstags 1867 bis 1868 und 1869—1871. (Freikons.)

Digitized by Google

Blanckenburg, Ägidi und Braun-Wiesbaden einbrachten und den am 24. September Ägidi im Reichstage vertrat — namentlich im Hinblick auf die „Mainlinie".

Ein Abgeordneter, den Bismarck sogleich von Anfang an mit besonderem Wohlwollen behandelte, ist Dr. Hans Blum[1]) in Leipzig, in neuerer Zeit in weiten Kreisen bekannt geworden durch seine beiden Werke „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's" und „Fürst Bismarck und seine Zeit"[2]).

Als 1869 die Einrichtung der parlamentarischen Abende bei Bismarck ins Leben gerufen wurde, fragte Blum beim Kanzler schriftlich an, ob es gestattet sei, etwas über diese Abende in die Presse zu bringen. Auf bejahende Antwort durch Herrn von Kendell schrieb Blum einige Artikel für „die Gartenlaube", welche durch die wörtlich mitgeteilten Bemerkungen und Scherzworte Bismarck's dauernden Wert besitzen[3]).

In dem Werke „Fürst Bismarck und seine Zeit" erzählt Blum eine interessante Reminiszenz aus dem norddeutschen Reichstage, welche sowohl der Unbefangenheit des politischen Urteils, wie den Herzenseigenschaften des Fürsten Bismarck ein neues Ruhmeszeugnis ausstellt. „Am 23. Mai 1870 stand im norddeutschen Reichstag das Schicksal des wichtigsten Gesetzes der dreijährigen Tagung, des Strafgesetzbuches, zur Entscheidung. Es konnte nach den bestimmten Erklärungen der Regierung nur zu stande kommen, wenn der Reichstag die Todesstrafe (auf Mord und Fürstenattentat) annahm, die in zweiter Lesung abgelehnt worden war. In Sachsen war die Todesstrafe schon 1868 abgeschafft worden. Um das große Gesetz zu retten, stimmte Dr. Hans Blum, als der einzige unter den 23 sächsischen Abgeordneten, gleichwohl für die Todesstrafe. Lautes „Pfui" der Sozialdemokraten und eines Teiles der Fortschrittspartei begleitete dieses „Ja". (Die radikalen Parteien legten nämlich dem Dr. Hans Blum dieses Votum als Verrat an dem Andenken seines Vaters, des standrechtlich erschossenen Robert Blum aus.) Präsident Simson wies unter dem lautesten Beifall des Hauses die frechen Abstimmungsterroristen zur Ordnung. Gleich darauf aber ließ Bismarck den Dr. Blum in sein Empfangszimmer hinter dem Sitzungssaal entbieten, reichte ihm hier die Hand und sprach etwa: „Ich habe Sie zu mir bitten lassen, um Ihnen in dieser Stunde, von der ich hoffe, daß sie für ganz Deutschland segensreich sein wird, ein Bündnis anzubieten."

---

[1]) Dr. Blum, Rechtsanwalt in Leipzig, geboren den 8. Juni 1841, seit Sommer 1866 Mitglied des Ausschusses der nationalliberalen Partei in Leipzig.

[2]) Aus Blum's Feder stammt ferner das Werk: „Auf dem Wege zur deutschen Einheit" und die zusammenhängende Darstellung der parlamentarischen Arbeit und des Anteils der nationalliberalen Partei an derselben in den Jahren 1867—1870 in der Zeitschrift „Unsere Zeit" 1868—1870 unter dem Titel: „Reichstag und Zollparlament vom konstituierenden Reichstag an" (anonym). Diese Artikelfolge giebt über manches, was damals im Schoße der nationalliberalen Fraktion spielte, authentischen Aufschluß.

[3]) Mit geringen Kürzungen finden sich diese Referate abgedruckt im I. Bande dieses Werkes, S. 23 ff. der 2. Auflage.

Digitized by Google

Mit Augen, die von der tiefen Bewegung über das soeben im Reichstage Erlebte und in Erinnerung an manche schlaflose Nacht vor Befestigung der letzten Entscheidung thränenfeucht waren, schaute Blum den Kanzler bei diesen Worten erstaunt an. „Nicht ein Bündnis zwischen uns," fuhr Bismarck freundlich lächelnd fort, „nicht ein Bündnis zu Gunsten eines Lebenden, sondern ein Bündnis zu Gunsten eines Toten. Ich möchte Sie bitten, daß Sie, wenn jemals wieder Ihr Vater von den Herren, die heute Ihre Abstimmung mit ihrem „Pfui" begleiteten — den Herren Bebel und Liebknecht — dadurch herabgewürdigt werden sollte, daß sie ihn für einen der ihrigen erklären, daß Sie dann über alle Macht verfügen wollen, die ich etwa besitze, namentlich in der Presse, um dieses Bild rein zu halten. Ich bin ja damals, 1848, ein scheußlicher Junker gewesen. Ich würde Ihren Vater auch haben erschießen lassen, wenn ich das hätte thun können. Ich würde auch Gottfried Kinkel haben erschießen lassen, obwohl ich mit ihm auf dem Fuße gegenseitiger Hochachtung stand. Aber ich urteile heute gerechter. Ihr Vater war liberal — sehr liberal — aber auch gut national. Er würde, wenn er heute noch lebte und im Reichstag säße, wohl auf denselben Bänken (unter den Nationalliberalen) Platz genommen haben, wie Sie." — Der Leser kann die tiefe Bewegung Blum's bei diesen überwältigenden Worten eines Mannes ermessen, der das Schicksal Deutschlands und den Frieden Europas auf seinem großen Herzen trug und dennoch fähig war, sich liebevoll mit dem zweitjüngsten Abgeordneten des Hauses zu beschäftigen, sich in dessen inneres Ringen hinein zu versetzen und ihn zu erheben mit Worten, die aus diesem Munde aus Ohr drangen wie versöhnender Glockenklang, wie der Spruch des gerechten Richters der Weltgeschichte!

Über die Frage der Aufhebung der Todesstrafe korrespondierte Bismarck in jener Zeit auch mit dem Reichstagsabgeordneten M. von Blanckenburg[1]), welcher bis zu Anfang der siebziger Jahre die Beziehungen der konservativen Partei mit dem Kanzler vermittelte. Es bereitete dem Abgeordneten Genugthuung, zu sehen, daß der von seinen Fraktionsgenossen im Abgeordnetenhause in so kurzsichtiger Weise vom Zaun gebrochene Konflikt mit Bismarck[2]) sich nicht auf den Reichstag herüber erstreckte[3]). Der oben in Bezug genommene Brief Bismarck's an Blanckenburg lautet:

---

[1]) Vergl. oben S. 16.

[2]) Vergl. oben S. 57.

[3]) Am 23. April 1868 schrieb Blanckenburg an den Kriegsminister von Roon: „Parlamentarisches Regiment — oder Königliches: da haben wir gestern wieder diese Fahne flattern lassen (im Reichstage) unter Bismarck's entschiedenster Führung — haben aber eine gründliche Schlappe erlitten. Beim Bundesschuldengesetz hatten die Nationalliberalen wieder den § 17 eingebracht, der dem Reichstag ein direktes Klagerecht gegen die qu. Beamten und gegen den Kanzler indirekt (teils auch direkt) gab! Bismarck hatte diese Sache erkannt und in den Bericht (ich war Berichterstatter) die deutlichste und klarste einstimmigste Erklärung aller Regierungen niedergelegt, daß hier die Grenze sei aller Konzessionen. Die Nationalen nahmen den Handschuh auf und traten in schärfster Weise (Twesten, Lasker) für parlamen-

Digitized by Google

Varzin, 19. Mai 1870.

Lieber Moritz!

Herzlichen Dank für Deinen Brief. Viel Politik vermag ich noch nicht zu leisten, meine Beine sind besser als mein Kopf. — In politischen Verbrechen bin ich für ausgiebige Tötung, bei militärischem Einschreiten und Standrecht ohne Rückfrage an den Monarchen, aber gegen posthume gerichtliche Hinrichtungen und Prozesse, von wegen der Eitelkeit und des falschen Märtyrerthums in dieser modernen Welt. Ich bin alt genug und habe Geschichte und Menschen studiert, um mir ein Urtheil zu bilden über das, was ich für praktisch zu halten habe. Der König kennt diese meine Ansicht, und ich wünschte, daß er sie gut hieße. Er hat aber soviel persönliches Interesse zur Sache, daß ich mich nicht entschließen kann, eine Pression auf ihn zu üben; er weiß auch das, und ich werde mich seinem Willen in dieser Frage unterordnen, aber bestrebt sein, ihn zu überreden, soviel ich es kann, ohne ihn zu verstimmen. Gelingt es mir nicht, so werde ich seine Meinung auch öffentlich vertreten. Ein Kompromiß, welches den wirklich ausgeführten Versuch mit dem Tode bedroht, wäre mir ganz genehm und würde proprio motu mein Bestreben sein, wenn es nicht unvermeidlich wäre, alle die kleinen Fürsten in gleicher Weise wie die wirklichen Monarchen zu behandeln. Ich halte die ganze Frage nicht sehr praktisch d. h. die Hochverrathsfrage; man trifft die eigentliche materia peccans damit nicht, nur Irrenhauskandidaten, wie Sand [1]), Tschech [2]), Sefeloge [3]), die dann auf dem Schafott zwei Jahre später aus Narren zu Märtyrern wurden. Erinnerst Du Dich, andere Hochverräther erlebt zu haben als die beiden letztgenannten und etwa die Burschenschafter? Ich im Augenblick nicht, und doch steht da der Feind nicht. Es ist ein theoretischer Streit.

Dein B.

Neben Blanckenburg zählte nach wie vor Hermann Wagener [4]) zu den dem Fürsten nahe stehenden Parlamentariern. Man war gewohnt und geneigt, in seinen Reden und Abstimmungen die Ansicht des Ministerpräsidenten zu lesen,

---

tarisches Regiment ein — juristische Verantwortlichkeit des Bundeskanzlers ꝛc. — verhöhnten ihn als „Großvezier“ und gewannen mit einigen Stimmen die Schlacht. Die Freien (-Konservativen) und Altliberalen hielten treu mit uns zusammen. Folge: Sofortiges Zurückziehen des Gesetzes! Folge davon: also kein Anleihen — kein Flottenbau — oder Beschaffung der Gelder durch den Etat. Der Bruch der Freundschaft mit den Nationalen ist der segensreichste Teil dieser Affaire. Ich dachte, sie würden klüger sein wie meine Freunde aus dem Abgeordnetenhause — sind aber ebenso kurzsichtig, inkl. Miquel, Braun, Bennigsen! Na, wohl bekomme es!“

[1]) Der Mörder Kotzebue's.

[2]) Bürgermeister von Storkow, verübte am 26. Juli 1844 einen Mordversuch auf Friedrich Wilhelm IV.; demnächst in Spandau enthauptet.

[3]) Verletzte am 22. Mai 1850 denselben Herrscher durch einen Schuß in den Arm; handelte im Wahnsinn.

[4]) Vergl. oben S. 37.

Digitized by Google

dem er jetzt seit 1866 auch in seiner Eigenschaft als vortragender Rat im Staatsministerium zu Diensten war. Bismarck schätzte aber in Wagener mehr den Parlamentarier als den Beamten. „Mir ist Wagener — bemerkte der Ministerpräsident in einem an den Kriegsminister von Roon gerichteten Briefe d. d. 26. Oktober 1868 — geschäftlich nicht eine solche Hilfe wie er seiner Begabung nach sein könnte. Unerfahrenheit im Büreaudienst, Eigensinn, Drohungen mit Abgang, Nebengeschäfte und vor allem die Erschütterung meines Vertrauens durch Senfft's Drohungen nomine Wagener für den Fall, daß letzterer abginge, treten störend dazwischen. Dennoch ist W. der einzige Redner der konservativen Partei, hart und unbequem, aber doch nötig; und geht er, so schweigt er mindestens, wenn ich ihn auch nicht für so perfide halte, daß er dienstliche Kunde mißbrauchen würde. Aus parlamentarischen Gründen bitte ich Sie, im Staatsministerium diese Frage vor Überstürzung zu behüten, nötigenfalls auch auf Se. Majestät in der Richtung zu wirken. Man muß W. nicht bloß als Ministerrath, sondern auch als Abgeordneten und als einen Mann von Verdienst um die konservative und Königliche Sache abwägen. Ich weiß nicht, wer ihn in der Kammer ersetzen sollte und man ist ihm seit 48 Dank schuldig. Lediglich zu dessen Bethätigung habe ich ihn bei Sr. Majestät mit Mühe durchgebracht."

Von hohem Interesse sind die Mitteilungen, welche der Kanzler diesem Abgeordneten über das Jahr 1866 und die darauf folgende Zeit gemacht hat.

Als nach Beendigung des Krieges mit Österreich von der heiligen Allianz und von dem Testamente Friedrich Wilhelm III. die Rede war, bemerkte Bismarck zu Wagener: „Mir ist es nicht ganz verständlich, wie man heute noch für die heilige Allianz schwärmen kann, nachdem sich in der letzten Zeit zur Evidenz herausgestellt hat, daß dieselbe nichts mehr als eine russische Mausefalle war und das Adjektivum heilig nur noch als ein unpassender Scherz erschien. Sie werden, wenn ich es erlebe, den Beweis in die Hand bekommen, daß der Krieg mit Österreich in meiner Politik nichts war, als ein Gewittersturm, der die Atmosphäre zwischen uns gereinigt hat, und daß es jetzt erst möglich sein wird, eine aufrichtige und nachhaltige Allianz auf dem Fuße der Gleichberechtigung zwischen uns und Österreich zu stande zu bringen. Sie werden mir noch alle Abbitte leisten und mich als den eigentlichen Testamentsvollstrecker Friedrich Wilhem III. preisen."

„Es ist nicht gerade sehr angenehm," sagte er zu Wagener ein andres Mal, „weder auf vierzehn Schritt belorgnettiert, noch auf vier Schritt beschossen zu werden, und das bißchen Eitelkeit, welches in dem Angestaunwerden seine Befriedigung findet, hält nicht lange vor. [1]) Alle die kleinen Eitelkeiten des Lebens haben nur so lange Reiz, wie man sie nicht besitzt. Sobald man dieselben er-

[1]) Nicht nur in Berlin, auch im Auslande wurde Bismarck nach 1866 mit einemmal eine riesig interessante Persönlichkeit. Seine Photographie wurde ein luranter Handelsartikel. Ein New-Yorker Kunsthändler, welcher an seinen Geschäftsfreund in Berlin schrieb: „Schicken Sie mir schleunigst zwölf Dutzend Bismarck's", erhielt zur Antwort: „So viele Sie wollen, wenn Sie uns nur einen Bismarck lassen."

Digitized by Google

reicht hat, gilt von allen der Ausspruch des Königs Salomo, daß es eitel ist und keine wahre Befriedigung gewährt. Ich begreife deshalb auch nicht, wie ein Mensch dies Leben ertragen kann, der nicht an ein andres und besseres glaubt."

Als eines Tages das Gespräch auf die öffentliche Meinung[1]) und deren Bedeutung kam, sagte der Kanzler zu Wagener: „Sie kennen unzweifelhaft den Ausspruch des alten Napoleon, daß drei schreiende Weiber mehr Lärm machen als tausend schweigende Männer. Man thut deshalb auch sehr unrecht, den schreienden Weibern der öffentlichen Meinung irgend eine größere Bedeutung beizulegen. Die wahre öffentliche Meinung ist die, welche sich aus gewissen politischen, religiösen und sozialen Vordersätzen in einfachster Fassung in der Tiefe des Volkslebens erzeugt und regt, und diese zu erkennen und zum Durchbruch zu bringen, das ist die eigentliche Begabung und Aufgabe des Staatsmannes. Ich möchte dieselbe die Unterströmung der öffentlichen Meinung nennen. Ich habe deshalb auch niemals mit den eigentlichen Parlamentsschreiern gerechnet und habe gerade um deswillen die Genugthuung gehabt, die öffentliche Meinung, auf welche ich Wert lege, in nachhaltiger Weise für mich zu gewinnen. Die Paulskirche in Frankfurt und das Unionsparlament in Erfurt waren in der That eine Versammlung ausgezeichneter Redner, und doch, was ist von denselben übrig geblieben? Versunken und vergessen, das ist des Sängers Fluch."

In Bezug auf die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechts bemerkte Bismarck zu Wagener:

„Wenn man eine alte Form umformen will, muß man dieselbe zunächst flüssig machen."

Auf die Frage des Abgeordneten Hermann Wagener (17. Februar 1870), ob man denn die weitere Entwickelung des deutschen Einheitsgedankens sich ganz selbst überlassen wolle, erwiderte Bismarck nicht ohne Sarkasmus: „Sollten Sie vielleicht eine prophetische Gabe besitzen, oder glauben Sie der Mutter und dem Kinde einen Dienst zu erweisen, wenn Sie eine noch nicht reife Frucht mit

[1]) Psychologisch sehr interessant ist es — bemerkt Hermann Wagener — daß der Kanzler, ähnlich wie Napoleon I., von dem Professor Leo behauptet, daß er selbst in dem Kanonendonner der Schlacht nach den Parlamentsreden in Paris gehorcht, den Parlamentarismus zwar praktisch mit großer Geringschätzung behandelt, nichtsdestoweniger aber die „öffentliche Meinung" wie kaum ein andrer auf das sorgfältigste studiert und seine größten Erfolge gerade seiner richtigen Diagnose der Volksstimmung und der Strömung verdankt. Freilich hat er dabei stets sowohl theoretisch wie praktisch den Grundsatz festgehalten, daß die Regierung als das Haupt des Volkskörpers und als der Ort, in welchem sich alle Staatsgedanken konzentrieren, der wichtigste und maßgebendste Teil des Volkskörpers sei und als Ausgangspunkt aller politischen Aktion die Aufgabe habe, die öffentliche Meinung zu leiten und zu korrigieren. Daher das große Gewicht, welches er auf die Presse und auf vollendete Thatsachen legt; daher auch die eiserne Konsequenz, mit welcher er seine Pläne verfolgt. Er teilt, wie wir hören und wie er dies in seinem vertrauten Kreise wiederholt ausgesprochen haben soll, die Ansicht des Paters Beck, welcher zu sagen pflegte: „Wenn der Wind sich dreht, drehen sich alle Wetterfahnen, und zwar um so schneller und entschiedener, je schärfer der Wind ist."

Digitized by Google

Kunst oder Gewalt zur Welt befördern? Solche himmelblaue Zukunftspolitik pflegt sich ja gern einen staatsmännischen Anstrich zu geben, ist aber doch nur Kannegießerei im höheren Stile — und dazu habe ich keine Zeit![1])"

Nach der Reichstagsdebatte über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund, am 27. Februar 1870, beauftragte der Kanzler den damals im Auswärtigen Amte beschäftigten Moritz Busch, in der Presse seine Stellung zu der Frage aufzuklären[2]). Er wies dabei auf die Rede hin, in welcher er Lasker und andern Drängern über die Natur der Sache Licht zu geben bemüht gewesen war. „Ich möchte Sie bitten — sagte er — vorzüglich hervorzuheben, daß man in den nationalliberalen Blättern meine Hauptmotive entweder nicht erraten oder absichtlich verschwiegen hat. In meiner Rede lag ein großer Fortschritt, den die guten Leute aber nicht gemerkt haben; es war die Andeutung, daß wir uns unter Umständen an die österreichische Auffassung, nach welcher der Süden, und an die französische, nach welcher ein einzelner Staat des Südens nicht in den Nordbund aufgenommen werden darf, nicht kehren würden. Das war ein Fühler. An weiteres kann erst gedacht werden, wenn ich weiß, wie jene Andeutung in Wien und Paris angesehen worden ist." — —

„Es ist wirklich mit diesen beredten Herren (er hatte dabei namentlich den Abgeordneten Lasker im Auge) wie mit manchen Damen, die einen kleinen Fuß haben und immer zu enge Schuhe anziehen und die Füße vorstrecken und sehen lassen. So, wenn einer das Unglück hat, beredt zu sein, da hält er zu lange Reden und zu oft."

Bis 1870 gehörte ein konservatives Mitglied dem Reichstag an, das in der Mitte der fünfziger Jahre viel von sich sprechen machte. Dr. jur. Wilhelm Ludwig von Wedemeyer, Rittergutsbesitzer zu Schönrade-Wognitz[3]). Derselbe hat sich in den siebziger Jahren hauptsächlich mit Wirtschaftspolitik befaßt und dabei allerdings andre Ziele verfolgt, als es die Regierung damals that. Erst mit dem von Bismarck inaugurierten Wirtschaftsumschwung sind viele der Pläne Wedemeyer's verwirklicht worden. Ein mündlicher Verkehr zwischen Bismarck und Wedemeyer hat nicht stattgefunden. Wenn letzterer zu Anfang der siebziger Jahre auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik, wie gesagt, auch andre Wege ging, als der Reichskanzler, so hat er doch im übrigen die Verdienste des letzteren um das Vaterland voll und ganz anerkannt, wie dies auch ein Brief Wedemeyer's aus dem März 1875 bezeugt[4]). Wenn von da an ein Umschwung in der Auf-

[1]) Fürst Bismarck und der Aufbau des Deutschen Reichs, „Deutsche Revue", Aprilheft 1889, S. 2.

[2]) Vergl. Moritz Busch, „Unser Reichskanzler" Bd. II, S. 50 und 346.

[3]) Geboren 12. September 1819. Besuchte das Gymnasium zu Lübeck, studierte in Berlin und Göttingen Jura und widmete sich später der Landwirtschaft, um seine Güter selbst zu verwalten. Er entwickelte eine rege Thätigkeit in den ihm nahe liegenden Kreisen. War 1866 bis 1867 Mitglied des Abgeordnetenhauses, Mitglied des konstituierenden Reichstags.

[4]) Unterm 14. Dezember 1875 schrieb die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung": In dem Streit über Herrn von Wedemeyer wird nun der „Post" „aus zuverlässiger Quelle" die zweite Nachricht der „Kölnischen Zeitung" bestätigt, daß der Herr Reichskanzler im Laufe dieses Jahres

Digitized by Google

fassung Wedemeyer's eingetreten war, so hatte das seinen Grund in dem körperlichen Befinden des ideal angelegten Mannes, zum Teil auch darin, daß jener Brief an den Fürsten Bismarck von diesem unbeantwortet blieb, worin Wedemeyer eine — gewiß nicht beabsichtigte — Kränkung erblicken zu müssen glaubte.

Im Jahre 1869 bemühte sich Bismarck im Reichstag redlich, die Finanzen des Reichs zu verbessern und den Staatsbedarf möglichst mittelst der weniger drückenden indirekten Steuern aufzubringen. Die entsprechenden Steuervorlagen, das sogenannte Steuerbouquet, wurden aber von der Majorität des Reichstags mit einer Fülle von Hohn und Superklugheit zurückgewiesen[1]). Am Tage, da der Reichstag diesen kurzsichtigen Beschluß faßte, äußerte sich Bismarck über die Opposition, die ihm der Reichstag bereitete, einem Korrespondenten des „New-York Herald" gegenüber wie folgt: „Die Abgeordneten haben offenbar kein richtiges Verständnis für die Situation. Unsre Institutionen sind von den englischen wesentlich verschieden, obwohl sehr achtbare Mitglieder aller Parteien darauf bestehen, daß britische Einrichtungen auch bei uns anwendbar sind. Sie können sich nicht von ihren feudalen Vorurteilen frei machen, haben seit 1848 nichts gelernt und nichts vergessen und bilden sich ein, als ein Staat im Staate notwendig zu sein. Ihr Operationsplan ist ein beständiger Angriff auf die Regierung — eine hartnäckige Mißbilligung der Administration und eine nie ermüdende Energie, ihr Hindernisse in den Weg zu legen. Es scheint, daß sie sich hauptsächlich im Widerspruche und Tadel gefallen und denken, die Regierung müsse sich selbst aus allen Schwierigkeiten heraushelfen. Mit in die Bresche zu treten, zu helfen und nützliche Vorschläge zu machen, sehen sie nicht als ihr Amt an. Geteilt in zahlreiche Fraktionen, jede von andern Interessen beherrscht, finden sie sich nur in der Opposition zusammen, so daß die Regierung gar keine feste Stütze hat. Ich bin entschlossen, die Sache zum Herbst zum Austrage zu bringen. Es wird dann vielleicht nötig sein, an die Intelligenz des Volkes zu appellieren, damit es die Schwierigkeiten einer Stellung begreift, die hartnäckig seitens der Vertreter verkannt wird, von denen jeder einzelne sich für einen Staatsmann par excellence hält. Meine Lage ist mir jetzt ganz klar. Ich werde gezwungen sein, die nützlichsten Ausgaben einzuschränken, ohne die dadurch entstehenden Kalamitäten zu berücksichtigen. Ich bin entschlossen, nicht einen Pfennig zu ver-

---

von dem verstorbenen Abgeordneten von Wedemeyer nur einen Brief erhalten hat. Derselbe ist von Herrn von Wedemeyer allein unterzeichnet, aus dem März datiert (also um mehrere Monate älter als die Artikel der „Kreuzzeitung" über die Ära Bleichröder-Delbrück ꝛc.) und ist, während er Angriffe gegen andre Personen enthält, ein Ausdruck vollen Vertrauens und freundschaftlicher Ergebenheit für den Fürsten. Nach dem März habe der Fürst Bismarck einen andern Brief, den Wedemeyer allein geschrieben oder mit andern unterzeichnet hätte, nicht empfangen, und ebensowenig sei ein solcher einem der Herren zu Gesicht gekommen, die nach den bestehenden Einrichtungen einen Teil der an den Fürsten gerichteten Privatbriefe zu öffnen haben.

[1]) Zu vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 59 ff.

Digitized by Google

ausgaben ohne die Garantie der gesetzgebenden Gewalt. Es soll ganz nach konstitutionellen Grundsätzen regiert werden, besonders hinsichtlich der Anleihen und schwebenden Schuld. Es ist ein Jammer, daß die Volksvertreter nicht einsehen, daß sie zur Mithilfe an der Regierung berufen sind, daß sie die Geldmittel nicht dem Ministerium, sondern dem Lande bewilligen sollen, und daß sie durch ihre Verweigerungen nicht nur der Verwaltung die Hände binden, sondern auch die Wohlfahrt des Landes untergraben."

VI. Abschnitt.

Das deutsche Zollparlament.

(1868 bis 1870.)[1])

Am 27. April 1868 wurde das deutsche Zollparlament eröffnet. Zum erstenmal waren also jetzt Vertreter von allen deutschen Landen in Berlin versammelt, und wenn sich das Arbeitsfeld zunächst auch nur auf wirtschaftliche Fragen erstreckte, so war doch wenigstens ein Band geschaffen, das den bereits staatsrechtlich geeinigten Norden mit dem Süden verknüpfte. Man kann sich denken, daß sich gerade die süddeutschen Abgeordneten seitens des Bundeskanzlers einer besonderen Aufmerksamkeit erfreuten.

Unter den Abgeordneten, welche Bayern entsandte, nenne ich an erster Stelle den Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst[2]). Derselbe arbeitete an der Regierung in Potsdam kurze Zeit, nachdem Bismarck dort auf Knall und Fall ausgetreten war. Nach allem, was sich die jüngeren Regierungsbeamten über den ausgeschiedenen Kollegen zu erzählen wußten, bedauerte Fürst Hohenlohe lebhaft, seine Bekanntschaft nicht schon damals gemacht zu haben; sie erfolgte erst während der Petersburger Gesandtschaftszeit Bismarck's, also zwischen 1859 und 1861. Als bayerischer Minister des Königlichen Hauses und des Äußern (Nachfolger des Freiherrn von der Pfordten) kam Fürst Hohenlohe im Sommer 1867

[1]) Es tagte das erste deutsche Zollparlament vom 27. April bis 23. Mai 1868, das zweite deutsche Zollparlament vom 3. Juni 1869 bis 22. Juni 1869, das dritte deutsche Zollparlament vom 21. April bis 7. Mai 1870.

[2]) Fürst von Hohenlohe-Schillingsfürst (Waldenburgische Linie), Chlodwig Carl Victor, Prinz von Ratibor und Corvey. Geboren den 31. März 1819. Trat im Jahre 1842 in den preußischen Staatsdienst, war Auskultator am Justizsenat zu Ehrenbreitstein, Referendar bei der Regierung in Potsdam und verließ diese Laufbahn 1845, um die ihm durch den Tod seines Bruders Philipp Ernst und durch Vertrag mit seinem Bruder Victor, Herzog von Ratibor zugefallene Standesherrschaft Schillingsfürst im bayer. Reg.-Bez. Mittel-Franken zu übernehmen (12. Februar 1846). Im Jahre 1846 wurde er als erbliches Mitglied in die Kammer der Reichsräte des Königreichs Bayern eingeführt. Seit 1. Januar 1867 Staatsminister des Königlichen Hauses und des Äußern, später deutscher Botschafter in Paris, z. Z. Statthalter von Elsaß-Lothringen.

Digitized by Google

auf Einladung Bismarck's nach Berlin, um die Übereinkunft wegen Fortdauer des Zoll- und Handelsvertrages zwischen den norddeutschen und süddeutschen Staaten abzuschließen. Über die Präliminarien des Zollvertrages zwischen dem Norddeutschen Bund und Bayern unterhandelten die beiden Staatsmänner persönlich. Bismarck lag natürlich viel daran, den Vertrag mit Bayern zu stande zu bringen — er bemerkte aber, daß auch ohne den Vertrag das Verhältnis mit Bayern ein gutes bleiben werde. Auch dann noch werde es heißen: „Seid umschlungen Millionen“ [1]). Nach München zurückgekehrt, gewann Fürst Hohenlohe den König Ludwig II. für den Zollvertrag, nachdem er denselben, für den Fall seiner Verwerfung, gebeten hatte, ihn als Minister zu entlassen. Ein Fernbleiben Bayerns vom Zollparlament hielt Fürst Hohenlohe nicht für möglich.

Fürst Hohenlohe wurde am 28. April 1868 zum ersten Vize-Präsidenten des Zollvereins gewählt und hatte an demselben Tage eine Unterredung mit dem Bundeskanzler; später, 1871, wurde er erster Vize-Präsident des Reichstags. Zu eigentlichen Verhandlungen Bismarck's mit dem Fürsten Hohenlohe über parlamentarische Fragen ist es nicht gekommen. Die Fraktion, welcher sich der letztere angeschlossen hatte (liberale Reichspartei), war nicht mächtig genug, als daß der Kanzler das Bedürfnis gefühlt hätte, mit Vertretern derselben in geschäftliche Verhandlungen einzutreten. Die damaligen Vertrauensleute Bismarck's saßen (1871) auf den Bänken der Nationalliberalen, der Konservativen und der deutschen Reichspartei. Hohenlohe war dafür aber im Hause des Kanzlers ein oft und gern gesehener Gast [2]). — —

Lebhaft zu bedauern ist es, daß bezüglich des bayerischen Abgeordneten Dr. Völk, welcher dem Fürsten Bismarck besonders sympathisch war, die Quellen ungemein spärlich fließen. Völk selbst hat weder Aufzeichnungen, noch sonst irgend welche schriftliche Erinnerungen an seinen Aufenthalt im Zollparlament bezw. im Reichstag hinterlassen und nur in verschiedenen Briefen Andeutungen über seine Unterredungen mit Bismarck gemacht. Leider ist dieser Briefschatz verloren gegangen [3]).

---

[1]) 27. Oktober 1867. Fürst Hohenlohe und Freiherr von Thüngen, der Führer der Opposition im bayerischen Reichsrat, bei Bismarck, um Bayern das Votorecht in Zollvereinssachen zu sichern. Ablehnung des Zugeständnisses. Nach der Konferenz Diner bei Bismarck.

[2]) Vergl. den Aufsatz: Chlodwig, Fürst zu Hohenlohe, in den „Grenzboten“ 1872, III. Quartal, S. 41 f.

[3]) Vergl den Aufsatz: Joseph Völk, von Hans Blum in den „Grenzboten“ 1872, I. Quartal, S. 10—28 und die Biographie Völk's von demselben Verfasser in der „Magdeburgischen Zeitung“ vom 4. und 5. Februar 1882. — Völk, Joseph, Dr. jur. und Rechtsanwalt in Augsburg. Geboren 9. Mai 1819 in Mittelstetten in Bayer.-Schwaben (altkath.). 1848 und 1849 lebhaft beteiligt an der politischen Bewegung im Sinne der Bestrebungen, welche in der Reichsverfassung von 1849 ihren Ausdruck gefunden haben. 1855 Rechtsanwalt. Seit 1855 Mitglied der bayer. Abg.-Kammer. Auf dem Kongresse deutscher Abgeordneten in Frankfurt am 1. Oktober 1863 und am 30. Mai 1866 vertrat er als Berichterstatter der Ausschüsse die Anträge derselben. Später Mitglied des I. Deutschen Reichstags. Völk ist am 22. Januar 1882 gestorben.

Digitized by Google

Die persönliche Bekanntschaft des leitenden Staatsmannes mit Völk, dem populärsten Parlamentarier Süddeutschlands, reicht bis in das Jahr 1868 zurück[1]). Er war auf allen parlamentarischen Soireen Bismarck's ein gern gesehener Gast, und wurde auch vielfach zu intimen Diners im Kreise der fürstlichen Familie zugezogen. —

Wenn bisher von Parlamentariern die Rede war, deren Beziehungen zu Bismarck bereits mehr oder minder bekannt waren, so wollen wir nunmehr zu einem hochbejahrten Abgeordneten aus der Zeit des Zollparlaments übergehen, der heutzutage zu den Verschollenen zählt, es aber wohl verdient, näher ins Auge gefaßt zu werden; ich meine den Münchener Universitätsprofessor Dr. Sepp[2]).

Einer der ersten, der ihm in Berlin auf dem Wege zum Sitzungssaal des Zollparlaments, eines Hauptes Länge über gewöhnliche Sterbliche wie über die Staatsmänner seiner Zeit hervorragend, begegnete, war der „Mann von Blut und Eisen". In einer Schilderung seiner ersten Berliner Eindrücke[3]) schreibt Dr. Sepp:

„Auffallend näherten die Herren sich uns Süddeutschen, alle Gespräche hatten militärischen Charakter.

Mit welcher Zuversicht sahen diese wie aus Stahl geschmiedeten Charaktere schon damals dem großen Kampfe mit Frankreich entgegen und wie wurde das Wort eingelöst!

Bei dem berühmten Flottenfest in Kiel bürdete man mir, dem Süddeutschen, den Toast auf die deutsche Flotte auf. Ich that es: „Möge die junge Flotte, die hier unter unsern Augen schwimmt, erstarken und ähnliche Stöße vollführen, wie jüngst die Schwesterflotte im adriatischen Meere bei Lissa. Wir Süddeutsche sind nur Landratten, aber verlassen Sie sich darauf: wir Bayern tragen keine

---

[1]) Am 5. Juli 1868 hatte der Bürgermeister Arnold in Kempten an Bismarck nachstehendes Telegramm geschickt: „Die zu Ehren des Abgeordneten für Immenstadt, Dr. Völk, in Immenstadt versammelten Wähler benachrichtigen, daß Eurer Excellenz ein tausendstimmiges Hoch ausgebracht worden wegen der Worte des 18. Mai: Ein Appell an die Furcht wird niemals Wiederhall in deutschen Herzen finden." Darauf erfolgte folgende Antwort: Varzin, 5. Juli 1868. Herzlichen Dank für die freundliche Kundgebung der vaterländischen Gesinnung, deren Gemeinsamkeit uns landsmannschaftlich verbindet. von Bismarck.

[2]) Sepp, Joh. Nep., Dr. phil., Professor der Geschichte an der Universität zu München. Geboren den 7. August 1816 zu Tölz, studierte unter Möhler, Görres und Schelling und ist Verfasser vieler theologischen, historischen und kunstgeschichtlichen Schriften (Gegner von Strauß und Renan). Als Dozent der Münchener Universität wurde er 1846, nach der Rückkehr von einer Reise nach dem Orient, wegen Konflikts mit Lola Montez des Lehrstuhls enthoben und in seine Heimat an der Oberisar verwiesen. 1848 und 1849 Mitglied der Nationalversammlung in Frankfurt, 1849—1854 der bayerischen Kammer der Abgeordneten, Redner in zahlreichen Volks- und katholischen Generalversammlungen. 1850 in sein akademisches Amt restituiert, wurde er kurz vor seiner Wahl ins Zollparlament auf Veranlassung des bayerischen Kultusministers abermals quäsziert. — Das Wochenblatt des Johanniter-Ordens vom 12. Juni 1889 giebt Aufschluß darüber, wie Professor Dr. Sepp in nähere Beziehung zum preußischen Hofe kam.

[3]) Vergl. zum Folgenden „Die Kriegsthaten der Jfarwinkler" von Dr. Sepp. München 1874, S. 108.

Digitized by Google

Rheinbundgelüste mehr, sondern wenn es demnächst den Franzmann gelüstet, werden wir Hand in Hand mit Ihnen den Kampf über dem Rhein aufnehmen." —

Nach der Rückkehr von Berlin fand Dr. Sepp im Jahre 1868 die Einladung vor, sich an der Gründung und Redaktion einer deutschen Zeitschrift in Paris zu beteiligen, worin der Kaiser Napoleon die Rechte und Freiheiten der Süddeutschen gegenüber preußischer Vergewaltigung zu verteidigen wünschte. Ebenso gelangten 1870 kurz vor dem Ausbruche des Krieges Zuschriften an Dr. Sepp mit der Zumutung, es sei doch selbstverständlich, daß die Wortführer in der bayerischen Kammer für die Erneuerung der alten Waffenbrüderschaft mit Frankreich alles aufbieten würden. Sepp antwortete den Herren: „Das Ferkel grunzt der Sau nach," um zu sagen: „Der Neffe führt die Sprache des ersten Napoleon". Zum Schlusse beehrte ihn der „Temps" mit einem Artikel, man habe sich an Dr. Sepp getäuscht.

Zur Ergänzung des Vorstehenden teile ich noch einiges mit, was mir der Universitätsprofessor Dr. Sepp aus seinen damaligen Tagebuchaufzeichnungen mitzuteilen die Güte hatte.

„Als wir Süddeutsche nach Berlin kamen, trug man uns und speziell mich auf den Händen, wohl den Einfluß überschätzend, den ich auf meine Landsleute ausüben könnte. Es galt, uns für den Anschluß an den Norddeutschen Bund zu gewinnen. Ich selbst kam mir den dortigen großen Männern gegenüber als ein politisches Wickelkind vor, wagte aber doch, mich ihnen zu nähern, um, soweit möglich, dem Vaterlande zu dienen, und so entspann sich folgendes, in mein Tagebuch eingetragenes Gespräch mit Bismarck[1]):

Sepp: Ich sehe viele Schritte, die hinein, doch keinen aus der Löwenhöhle führen.

Bismarck: Wir geben uns al pari; wollen Sie uns über pari haben, so ist das Ihre Sache.

Sepp: Wir Bayern sind die Stammesbrüder der Österreicher, sie sind die Ostbayern, wir die Westreicher. Man kann uns totschlagen, aber nicht zu Preußen machen.

Bismarck: Das wollen wir auch nicht, aber schließen Sie als gute Deutsche sich uns an.

Sepp: Wir haben das Haus Österreich für stärker gehalten, möchten aber auch nach Königgrätz nicht gezwungen werden, wie unter dem ersten Napoleon gegen dasselbe ins Feld geführt zu werden.

Bismarck: Herr Professor, ich habe Österreich keinen Zoll breit Landes genommen.

Sepp: Geht es jedoch gegen Tschechen und Magyaren, so sind wir bereit, ihnen das Übergewicht deutscher Waffen zu fühlen zu geben.

---

[1]) Derselbe beehrte den Professor Dr. Sepp während der ersten Session des Zollparlaments persönlich in dessen Wohnung, Französische Straße 11, 3 Treppen, mit seinem Besuche.

Digitized by Google

Bismarck: Sie sprachen als Geschichtsprofessor sich aus, ich darf als Staatsmann Ihnen darauf keine Antwort geben. Andre hören mit, und ich muß fürchten, daß andern Tags die geringste Äußerung mißverstanden in den Blättern steht.

Sepp: Ich bitte um Entschuldigung. Allerdings kann ich nur Lehren aus der Geschichte ziehen. Excellenz sind der Mann der politischen Großthat.

Bismarck: Ja wohl! Mann der That. Es ließe sich manches thun, wenn nicht öfter persönliche Hinderniſſe sich in den Weg legten. (Hierbei machte Bismarck eine Bewegung mit dem Fuße, als wenn er eine Schlange wegschleudern wollte).

Sepp: Ihre Arbeitskraft erfüllt uns mit Staunen und Bewunderung.

Bismarck: Ja, früher habe ich täglich sechzehn Stunden gearbeitet, jetzt bringe ich es bloß noch auf zehn oder zwölf. Ich habe mich im Militär redlich bis zum Major hinaufgedient, und der Zeitverlust beim Wechsel des Anzugs in Zivil, so oft ich zum König gerufen wurde, betrug täglich eine Stunde, bis Seine Majestät die Gnade gehabt hat, mir den Eintritt in jeder Art Bekleidung zu erlauben. Dreißig Stunden monatlicher Zeitverlust, berechnen Sie, was das an unnützem Lebensaufwand in einem Jahre macht.

Später wurde mir klar, daß Bismarck schon damals nicht bloß den Anschluß von Süddeutschland an Norddeutschland, sondern weiterhin auch ein Bündnis mit Österreich ins Auge gefaßt hatte, annähernd im Sinne der Großdeutschen.

14. Mai 1868. Präsident Simson erfaßt mich nun schon zum drittenmal beim Rock und verbittet sich jeden andern Titel als den: Alter Freund und Kollega. Er führt mich zurück über die Linden mit der Versicherung des aufrichtigsten Entgegenkommens der norddeutschen Brüder, bis die Zeit die Wunden des letzten Krieges geheilt und das Gefühl der Zusammengehörigkeit gestärkt habe.

Man glaubt an einen Krieg mit Frankreich und sagt uns mit Übertreibung, ganz Europa sei auf die Haltung der Süddeutschen schon gespannt.

21. Mai 1868. Festmahl im Prachtbau der Börse, den Parlamentsmitgliedern zu Ehren. Bismarck beehrt mich mit einer Ansprache.

Es kam die Rede auf das jugendfrische Aussehen Bismarck's, worauf derselbe erwiderte:

Ich zähle hier auch noch zu den Jüngeren. Sehen Sie den General Steinmetz an, der zählt siebzig und hat noch dazu Aussicht, von seiner jungen Frau beschenkt zu werden. In Parlamenten wird man freilich früh alt, dazu noch der Dienst. Es ist unglaublich, was ich täglich lesen muß, und äußere ich mich, so legt man Worten eine Bedeutung bei, die unbeachtet blieben, wenn sie aus anderm Munde kämen. Man glaubt zu schieben, und man wird geschoben.

Sepp: Wir halten uns an Thaten. Mit Worten macht man keine Weltgeschichte.

Bismarck: Für alles, was hier geschieht, haben wir der Geschichte Rechenschaft zu geben.

Unter Trompetenschall begann sofort der Eintritt in den Eßsaal.

Digitized by Google

Nach Tisch im Garten nähere ich mich den Generälen.

von Steinmetz: Wie gefällt es Ihnen bei uns?

Sepp: Ich sehe nichts als Uniformen und Kasernen. Allenthalben ist vom Krieg die Rede. Ist — wenn es dazu kommt — Preußen nicht mehr gedient, wenn wir Bayern durch bewaffnete Neutralität dessen linke Flanke decken und die Franzosen zwingen, am Rhein den Stier bei den Hörnern zu fassen?

von Steinmetz: Wie! Sie denken in Süddeutschland neutral zu bleiben?

Sepp: Das sage ich nicht, aber in einem Tage sind die Franzosen von Straßburg aus in Freiburg, ein paar Tage danach in München. Der Norddeutsche Bund kann uns nicht so schnell zu Hilfe kommen.

von Steinmetz: Wie viel Mann denken Sie selber aufzustellen?

Sepp: Eine Armee von 80000 Mann. Das reicht doch nur hin, um Ingolstadt zu besetzen und etwa Ulm zu verteidigen.

von Steinmetz: „Mit 80000 Mann getraue ich mir schon, mich angriffsweise im Felde zu behaupten, und ich brauche die Armee nicht in Festungen brach zu legen.

Sepp: Wir begreifen wohl: Preußen würde eine unglückliche Schlacht überstehen, für Frankreich wäre es der Sturz der Dynastie.

von Steinmetz: Was? unglückliche Schlacht! Sie werden sehen, wie das vorwärts geht.

von Moltke: Herr Professor! Bevor die Franzosen nach München kommen, sind wir in Paris!

Ich schweige. Schon die Voraussetzung, als könne das Preußenheer abermals, wie bei Jena, geschlagen werden, brachte ihn in Harnisch. Und wie hat dieses Siegesvertrauen mich im Glauben an den bevorstehenden Triumph Deutschlands bestärkt!

4. Mai 1868. Windthorst geht schon Arm in Arm mit mir und bespricht, ob sich nicht durch einen Königlichen Familienrat das Besorgnis erregende Verhältnis mit dem König Ludwig II. von Bayern lösen lasse. Ferner: Weshalb wir nicht das liberale Ministerium Fürst Hohenlohe beseitigen wollten? Auf die Anfrage, ob er eventuell Hohenlohe's Nachfolger als Ministerpräsident in Bayern zu werden wünsche, antwortet er ablehnend.

23. Mai 1868. Einladung der Parlamentsmitglieder zum Kronprinzen Friedrich Wilhelm nach dem Neuen Palais in Potsdam. Vorstellung durch den bayerischen Gesandten Pergler von Perglas.

Kronprinz: Ich heiße Sie willkommen. Sie sind doch nicht zum erstenmal hier?

Sepp: Vor neun Jahren genoß ich die Ehre, von dem Oheim Eurer Königlichen Hoheit als Landsmann Allerhöchstseiner Gemahlin im Schlosse Sanssouci vorgestellt zu werden.

Kronprinz: Sie haben sich auch wohl weiter umgesehen?

Sepp: Jüngst war ich in Babelsberg. Wenn die Architektur der Ausdruck für den Aufschwung eines Staates ist, so kann man Preußen nur gratulieren.

Digitized by Google

Diese stattliche Burg mit ihren selbständigen Geschoßen und vorspringenden Ecktürmen, freien Erkern und Zinnen, Hochsälen und wunderbaren Lichteffekten im Innern, so eigentümliche Bauten und doch ein einheitliches großes Ganze — so stellen wir uns den Bau des Deutschen Reiches vor.

Kronprinz: So meinen wir's ja auch! Ich will Sie aber jetzt meiner Gemahlin und Ihnen meine Kinder vorstellen. — —

Unter den württembergischen Abgeordneten ist zu nennen Dr. Moritz Mohl[1]). Derselbe war wegen seiner ausgesprochenen partikularistischen Gesinnung dem Fürsten Bismarck bis Mitte der siebziger Jahre feindlich gesinnt. Erst die Schwenkung desselben in der wirtschaftlichen Frage brachte eine Annäherung zwischen den beiden Männern zu stande. Schließlich (1878) wurde Moritz Mohl sogar ein entschiedener Vorfechter von Bismarck's Lieblingsprojekt, dem Tabakmonopol. Zu vergleichen dessen „Denkschrift für eine Reichs-Tabak-Regie". Als Zollvereins-Abgeordneter ist Mohl mit Bismarck persönlich nicht bekannt geworden; später hat aus Anlaß des Tabakmonopols nur ein schriftlicher Meinungsaustausch zwischen denselben stattgefunden.

Baden entsandte der Professor Dr. Bluntschli[2]), auf den Bismarck bei der ersten Begegnung den Eindruck eines „Recken aus der Zeit der Nibelungen, riesenhaft, gewaltig, mit den durchbohrenden Augen und den waldigen Augenbrauen" machte.

Beim Zusammentritt des Zollparlaments drehte sich hauptsächlich der Streit um die Frage, ob die Thronrede mit einer Adresse beantwortet werden solle, wodurch sich eine bequeme Gelegenheit gegeben hätte, das politische Verhältnis des Südens zum Norden zu klären. Bismarck hatte dem Grafen Schwerin gesagt, er könne sich weder dafür noch dagegen erklären, jenes nicht, weil es dann hieße, er habe die Adresse bestellt, dieses nicht, weil er sich für den Fall, daß doch eine Adresse beschlossen würde, keiner Niederlage aussetzen wolle. Das hieß doch wohl, er war für die Adresse, wenn sie Aussicht hatte.

Die Frage schien dem Abgeordneten Bluntschli so wichtig, daß er es für das beste hielt, darüber direkt mit Bismarck zu verhandeln. Am 30. April schrieb

---

[1]) Mohl, Moritz, Dr. phil. et cam., geboren den 9. Februar 1802. Seine nationalen Erörterungen, parlamentarisch und schriftstellerisch, gingen seit 1866 auf ein ganzes Deutschland, Österreich mitinbegriffen, politisch und handelspolitisch. Er stimmte gegen den Eintritt Süddeutschlands in den Norddbund, gegen Abschluß der Schutz- und Trutzverträge zwischen dem Norddeutschen Bund und den süddeutschen Staaten und für Zollschutz.

[2]) Bluntschli, Johann Kaspar, badischer Geheimrat, Professor der Staatswissenschaften zu Heidelberg, Mitglied der ersten Kammer. Geboren den 7. März 1808 in Zürich. Seit 1861 Professor für Staatswissenschaften in Heidelberg. Wirkte als Mitglied der ersten Kammer für deren liberale und nationale Richtung. Einer der Gründer des deutschen Abgeordnetentages zur Förderung der Bundesreform 1862. Im 36er Ausschuß 1863. Anträge für Neutralität des Südens im preußisch-österreichischen Kriege von 1866; nach dem Frieden gegen einen Sonderbund der Südstaaten, für nationalen Anschluß an den Norddbund.

Digitized by Google

er demselben[1]) und bat um eine Unterredung. „Er lud mich — so berichtet Bluntschli — umgehend auf denselben Abend ein. Meine Unterredung mit Graf Bismarck dauerte abends von 9 bis 10½ Uhr. Ich war höchst bequem mit ihm allein in seinem Arbeitszimmer, bei einem Glase Bier und mit Cigarren. Den Inhalt des Gesprächs habe ich unmittelbar nachher aufgeschrieben.

Erst brachte ich die Adreßfrage zur Sprache. Bismarck verhehlte nicht seinen Ärger über die Haltung der Liberalnationalen in der Frage der Verantwortlichkeit der Behörde für Schulden. Er bemerkte: „Ich habe das Wort gebraucht: setzt uns nur in den Sattel, wir werden schon reiten. Ich habe diese Zuversicht nicht mehr. Sie nötigen uns, als Stallmeister zu reiten, und dabei kommt man nicht vorwärts. Sie haben mir vorgeworfen, ich habe sie brüskieren wollen. Hätte ich auch zu viel gesagt, so war das kein Grund, die Sache zu stören. Ich war in Wahrheit voll Rücksichten. Ich werde künftig diplomatischer verfahren und anfangs weniger gewähren müssen, um nachher durch Zugeständnisse das Nötige zu erhalten. Wir leben nicht in einer Zeit, wo der Kreisrichter, der nichts von Politik versteht — das ist ja nicht seine Sache — über politische Dinge entscheiden kann.

Es sind kluge Leute darunter und gerade die Klügsten haben das gethan, Miquel, der kleine Lasker u. s. f. Die Doktrin steckt ihnen noch im Leibe. Sie kommen nicht darüber hinaus, und die kleine Eitelkeit der Partei spielt noch eine allzu große Rolle. Hätten sie das nicht gethan, so wäre die Thronrede noch viel entschiedener in nationalem Sinne ausgefallen. Über die Adresse kann ich mich nicht erklären. Sage ich, daß ich einverstanden sei, so heißt es, Bismarck hat die Adresse bestellt, und ich muß die Verantwortlichkeit dafür übernehmen. Ich weiß aber nicht, wie die Beratung ausfällt. Bis auf einen gewissen Grad ist sie unberechenbar.

Die Frage ist: Wird die Beratung eher das verhaltene Gift entleeren und dadurch wohlthätig wirken, oder die Erbitterung vergrößern? Darüber läßt sich streiten.

Es wird Ihnen vielleicht phantastisch vorkommen, wenn ich behaupte, es ist unter den Völkern wie in der Natur, die einen sind männlich, die andern weiblich. Die Germanen sind so sehr männlich, daß sie für sich allein geradezu unregierbar sind. Jeder lebt nach seiner Eigenart. Wenn sie aber zusammengefaßt sind, dann sind sie wie ein Strom, der alles vor sich niederwirft, unwiderstehlich. Weiblich dagegen sind die Slaven und die Kelten. Sie bringen es zu nichts aus sich, sie sind nicht zeugungsfähig. Die Russen können nichts machen ohne die Deutschen. Sie können nicht arbeiten, aber sie sind leicht zu führen. Sie haben keine Widerstandskraft und folgen ihren Herren. Auch die Kelten sind nichts als eine passive Masse. Erst als die Germanen hinzutraten, erst durch die Mischung entstanden staatliche Völker. So die Engländer und auch die

[1]) Zu vergl. zum Folgenden das unter dem Titel „Denkwürdiges aus meinem Leben" von den Hinterbliebenen des berühmten Staatsrechtslehrers Bluntschli herausgegebenen Memoirenwerk.

Digitized by Google

Spanier, so lange noch Goten an ihrer Spitze waren, die Franzosen, so lange das fränkische Element leitete. Die französische Revolution hat dasselbe ausgestoßen und damit der keltischen Natur wieder das Übergewicht verschafft. Das macht die Franzosen geneigt, sich der Autorität zu unterwerfen. Die Westfalen und die Schwaben sind echte Germanen und wenig gemischt, deshalb aber auch so schwer an den Staat zu gewöhnen. Wenn sie aber von einem nationalen Gedanken erfaßt sind, und dann wild werden, so schlagen sie Felsen zusammen. Das aber ist selten. In der Regel will jedes Dorf und jeder Bauer für sich sein. In den Preußen ist eine starke Mischung von slavischen und germanischen Elementen. Das ist eine Hauptursache ihrer staatlichen Brauchbarkeit. Sie haben etwas von der Fügsamkeit des slavischen Wesens an sich und zugleich etwas von der Kraft und Männlichkeit der Germanen.

Dazu kommt ein zweites. Die Hohenzollern haben von Anfang an ein wirkliches Fürstentum aufgerichtet und den widerspenstigen Adel dem Staate unterworfen. Meine Familie gehört zu dem Adel, der auf dem linken Ufer der Elbe wohnte und auf der Seite der fürstlichen Macht kämpfte, um den Adel auf dem rechten Elbufer zu bezwingen. Überall sonst in Deutschland hat der Adel eine Unabhängigkeit behauptet, mit der kein Staat bestehen kann. Nur in Preußen hat er gelernt, sich dem Staate zu fügen und dem Staate zu dienen.

Allerdings haben die Fürsten absolut regiert, aber ihr Absolutismus hat doch dem Staate gedient, nicht ihren Personen. Sie haben zuweilen auch adelige Herren hängen lassen, um zu zeigen, daß niemand in Preußen dem Gesetze entgegen handeln dürfe.

So ist Preußen gewachsen. Wie klein war es noch unter Friedrich dem Großen, der es aussprach, daß der Fürst der erste Staatsdiener sei. Diese Lehre haben die Hohenzollern nicht vergessen. In diesem Geiste werden sie erzogen, und er ist in ihr Blut übergegangen.

Die Scheu vor Frankreich hält mich keinen Augenblick von weiterem Vorgehen in der deutschen Sache ab. Ich fürchte Frankreich nicht. Wir sind den Franzosen weit überlegen, allerdings vor einem Jahre noch mehr als jetzt, aber auch jetzt. Ich sage das nicht, um zu renommieren. Das ist mir ganz fremd. Wir haben die Sache ganz genau überlegt. Alle unsre Generale haben dieselbe Meinung. Freilich können die Franzosen durch einen raschen Überfall bis nach Mainz und Koblenz kommen. Dann aber ist es aus und sie stoßen auf einen Widerstand, den sie nicht brechen. Sie haben nicht mehr als 300000 Mann zum Angriff, und wir können ihnen an jedem entscheidenden Punkte eine größere Macht entgegensetzen. Im letzten Kriege hatten wir 640000 Mann in den Waffen, und noch immer war Stoff vorrätig. Gegen die Franzosen marschieren alle bis auf die 36jährigen Männer, wenn es nicht anders sein kann. Es ist etwas andres, für den eigenen Herd streiten, als in ein fremdes Land eindringen.

Möglich, daß die Franzosen durch Überraschung im Süden vordringen. Ich glaube es zwar nicht, denn in diesem Falle brauchen sie dafür doch jedenfalls 50000 Mann, welche sie dann an dem Orte entbehren müssen, wo es zur Ent-

Digitized by Google

scheidung kommt. Aber für diesen Fall empfehle ich Ihnen: Lassen Sie die Franzosen wegnehmen, was sie kriegen können, aber geben Sie ihnen nichts. Unterhandeln Sie nicht, machen Sie keine Zugeständnisse. Im äußersten Falle gehen einige Orte und Personen zu Grunde, aber das Ganze wird schließlich gewinnen und die Verluste werden Ihnen reichlich ersetzt werden.

Ich schätze den einzelnen Franzosen doch nicht höher als den Deutschen. Wir haben aber die Überzahl. Wenn nicht Gott uns ungünstig und den Franzosen günstig ist, so werden wir einen französischen Angriff abschlagen und nach dem Siege nach Paris marschieren. Napoleon weiß, daß wir so stark sind; deshalb behalten wir den Frieden. Ich rechne mit Zuversicht darauf. Das deutsche Volk, militärisch geeinigt, ist die größte Macht der Welt und hat nichts zu fürchten.

Österreich wird unter allen Umständen neutral bleiben. Abgesehen von seinen Finanzverhältnissen kann es keinen Krieg führen. Alle seine Interessen sind dagegen. Die Deutsch-Österreicher wissen, daß der Krieg, der für Österreich einen günstigen Verlauf nähme, sie wieder um ihre Errungenschaften bringen würde. Die Ungarn wissen ebenso, daß ein siegreiches österreichisches Heer sie wieder um ihre Verfassung brächte. Die österreichischen Slaven sind den russischen Einwirkungen ausgesetzt. Im Notfall halten wir mit Rußland Österreich gänzlich im Schach. Sie werden es nicht wagen, das Schwert aus der Scheide zu ziehen. Ein paar Erzherzöge freilich wären dazu immer bereit. Aber was hat Österreich für ein Interesse, seine Existenz aufs Spiel zu setzen? Es wäre verloren, sogar dann, wenn Frankreich siegte, denn dann stünde es völlig ohnmächtig vor dem französischen Sieger und müßte thun, was dieser vorschriebe.

Den Russen brauchen wir gar nichts zu geben für eine eventuelle Allianz in einem Kriege mit Frankreich. Ihre schwache Seite ist Polen. Ein französisches Bataillon würde Polen zum Aufstand bringen. Die Russen können die Franzosen als Alliierte nicht brauchen, ohne daß diese sie in ihren wichtigsten Interessen bedrohen würden. Es giebt nur etwa 5 Millionen Polen. Das übrige (Littauen) ist früher von den Polen unterworfenes russisches Land. Die Polen sind genötigt, in ähnlicher Weise auf uns zu sehen und sich an uns anzulehnen, wie die Ungarn. Das wird sich ganz von selber so machen und ist heute schon wahrnehmbar. Wenn die Russen fortfahren, die Polen zu vernichten, so wird das nur um so bälder kommen.

Mit England stehen wir ausgezeichnet. Die Engländer hatten sich früher auf Österreich gestützt, weil sie darin eine Sicherheit gegen Frankreich fanden, und weil sie glaubten, daß Österreich in Deutschland die leitende Macht sei. Seit dem Kriege von 1866 haben sie als praktische Leute auf eine andre Karte gesetzt. Sie haben nichts gegen eine nationale Gestaltung von Deutschland einzuwenden. Sie ist ihnen ganz recht.

Der Empfang des Kronprinzen in Italien hat niemanden überrascht, als den Kronprinzen selber. Der König hat ihn hingeschickt, weil wir wußten, daß er enthusiastisch empfangen werde, und weil wir ein Ministerium La Marmora

Digitized by Google

verhindern wollten. Das hat gewirkt. Ein uns feindliches Ministerium ist nicht möglich.

Sie sehen wir sind unsrer Sache sicher, und wir wollen im Frieden an der Entwickelung von Deutschland arbeiten." —

Ich brachte nun meinen Antrag zur Sprache für ein gesetzgeberisches Zusammenwirken des Südens mit dem Norden, je nach der Wahl des ersteren.

Bismarck: Wir haben nach dem Sprichwort eine Seele gerettet. Wir haben ganz denselben Gedanken. Dabei muß ich freilich sagen: Ich werde vielleicht genötigt sein, mich nicht ganz so scharf dafür auszusprechen und unter Umständen zu diplomatisieren. Meine Stellung macht mir das zur Pflicht.

Auch die von mir geäußerte Meinung, daß wir durchaus nicht stille stehen dürfen, sondern in dem Parlament einen Schritt vorwärts machen müssen, bestätigte er vollständig: „Wir können nur dann die Dinge sich ruhig entwickeln lassen, wenn wir wirklich für Entwickelung sorgen. Stillstand wäre Rückschritt."

Als ich die Unmöglichkeit, mit bloßen Verträgen zu helfen, auseinandersetzte und als Beispiel das Civilprozeßgesetz erwähnte, sagte er: „Nehmen Sie als Beispiel die Freizügigkeit, die gegenwärtig in Frage ist. Wir werden den Antrag der Bayern ablehnen, ganz wohlwollend. Wir wollen Bayern schonen und ihm Zeit lassen, sich zu besinnen. Aber diese Dinge lassen sich nur durch eine gemeinsame Gesetzgebung ordnen, nicht durch Verträge. Da würden wir, wie früher im Zollverein, risieren, zwölf Jahre lang stille stehen zu müssen und nur bei der Erneuerung einen Schritt thun können. Das geht nicht."

Dann kam Bismarck auf 1866 zu sprechen: „Nach der Schlacht von Königgrätz war ich ganz allein für den Frieden. Alle waren gegen mich; es ist gar nicht zu sagen. Der König war ungehalten, die Generale tobten über den Civilisten. Ich erklärte dem Könige: Ich werde die Verantwortlichkeit der Fortsetzung des Krieges nicht auf mich nehmen und zurücktreten. Aber wenn der König trotzdem Krieg führen und meinethalb ein oströmisches Kaiserreich gründen und nach Konstantinopel ziehen wolle, so erbitte ich mir eine Stelle bei der aktiven Armee, um zu beweisen, daß es mir nicht an Mut fehle. Wir hatten damals die Cholera im Leib. Die Franzosen konnten eine Diversion in Süddeutschland machen. Der Sieg über sie hätte viel, auch deutsches Blut gekostet. Ich war der Meinung, wir haben eine Höhe erreicht, von wo aus die Wasser ganz von selber abwärts fließen, ohne Gewalt. Auch die Indemnität durchzusetzen war sehr schwierig. Die andern Minister wollten nicht. Der König sah darin eine Gefahr für seine Ehre. Er wolle nicht „Abbitte thun" vor den Kammern. Ich habe oft aufsetzen und alles anstrengen müssen, um ihm begreiflich zu machen, daß hier Indemnität nichts Andres heiße als: Hätten die Kammern alles gekannt, so hätten sie rebus sic stantibus ähnlich gehandelt wie wir.

Der König hat, nach Art der Hohenzollern, ein lebhaftes Pflichtgefühl gegen den Staat. Er arbeitet den ganzen Tag und läßt sich alles vortragen. Ich habe ihn mehr als einmal bei wichtigen Gelegenheiten mitten in der Nacht wecken lassen und ihm im Bette Befehle zur Genehmigung und Unterschrift vorgelegt.

Digitized by Google

Nichts ist ihm erwünschter, als etwa die Inspizierung eines Regiments. Dennoch wenn er eben im Begriffe wäre, zur Inspizierung eines neuen Garderegiments hinauszureiten, und ich ihm sagen ließe, ich habe Vortrag zu machen, so wird er zwar sehr ärgerlich sein über die Durchkreuzung seines Wunsches, aber er wird dableiben und mich anhören. Er war als Militär erzogen worden, ohne einen Gedanken, an die Regierung zu kommen. Aber als er dennoch zur Regierung kam, fing er sofort an zu arbeiten und möglichst viel nachzuholen. Er las nun fleißig, und nach richtiger Methode — von hinten, Akten. Anfangs ging es schwer, aber der sechszigjährige Mann hat sich doch viel rascher, als zu erwarten war, in die Geschäfte hineingearbeitet. Seine einzige Erholung ist abends das Theater.

Dabei hat der König das Bewußtsein, daß seine Befehle von der Armee unbedingt befolgt werden. Wenn er mir sagte: Schicken Sie alle die Herren des Abgeordnetenhauses nach Spandau, so sage ich nicht, daß ich das als konstitutioneller Minister thun würde (mit Lächeln), aber ich sage, daß der König, und nicht ohne Grund, überzeugt sei, daß sein Befehl von der Armee befolgt würde.

Als es sich nach dem Kriege um die Indemnität handelte, war auch die Frage nach Erneuerung des Absolutismus wieder hervorgetreten. Ich bin persönlich kein Anhänger irgend eines Verfassungssystems. Man kann einen Staat mit Erfolg auch absolut regieren.

Bluntschli: Unter Umständen gewiß. Aber für ein civilisiertes Volk in unsrer Zeit nicht mehr. Der Absolutismus ist nur möglich, wenn große, allen weit überlegene Individuen ihn ausüben. Dafür aber haben die Völker gar keine Gewähr.

Bismarck: Allerdings nicht und auch dafür nicht, daß diese Individuen gut sind. Der absolute Regent muß überdem sehr viele Rücksichten nehmen, die der konstitutionelle nicht zu nehmen braucht. Dieser kann die Verantwortlichkeit auf die Majoritäten abladen, jener nicht. Ich erklärte damals den Herren: Man kann Preußen auch absolut regieren, und es ist unter dem absoluten Regiment groß geworden. Aber es geht nicht, daß man bald so, bald so regiere. Der Staat kann nicht gedeihen, wenn er von einem System zum andern schwankt. Habt Ihr die Einwilligung des Kronprinzen zur Wiedereinführung des absoluten Regiments? Wenn nicht so dürfen wir die Wege der Verfassung nicht verlassen und nicht zum Absolutismus zurückkehren; denn dieser würde doch nicht länger halten, als bis zur Thronbesteigung des Kronprinzen. Diese Erwägung hat durchgeschlagen, da man wußte, daß der Kronprinz nicht zustimmen würde.

Über den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund bemerkte Bismarck: Wir müssen Bayern schonen. Wäre Baden im Nordbunde, so müßte Württemberg nachfolgen. Nun, das hätte so viel nicht auf sich. Aber Bayern würde diese Umarmung als eine Bedrohung empfinden und sich vielleicht dadurch zu falschen Schritten treiben lassen. Am Ende müßten wir dann Bayern mit den Waffen zwingen. Das wünsche ich zu vermeiden. Es soll mit meinem Willen

Digitized by Google

kein deutsches Blut mehr im Kampf von Deutschen mit Deutschen vergossen werden.

Wir wollen den Bayern Zeit lassen, daß sie sich besinnen können. Sie müssen inzwischen an den Wänden herumtasten und nach einem Ausweg suchen, sie werden keinen finden. Dann werden sie sich schließlich in ihr Schicksal fügen.

Wir haben Zeit, weil wir den Krieg nicht zu führen brauchen. Es läßt sich alles friedlich mit Bayern abmachen. Allerdings dürfen wir nicht stille stehen. Es muß vorwärts gehen. Aber schonen wollen wir die Bayern. Ich habe das auch Ihrem Großherzog gesagt.

Als ich einmal an die Notwendigkeit erinnerte, der Nation auch eine geistige Befriedigung zu verschaffen, erklärte sich Bismarck einverstanden, aber dieser Punkt wurde nicht näher besprochen, bleibt daher für später vorbehalten.

So reckenhaft und fast antediluvianisch mir der Mann erschienen war, als ich ihn zum erstenmal erblickte, so machte er mir nun bei dieser Unterredung einen ganz andern Eindruck. Er war überaus liebenswürdig und bei seiner staunenswerten Offenheit durchaus behaglich. Oft lachte er ganz von Herzen, seine Stimme offenbarte auch zarte und sogar weiche Empfindungen. Ein paar Mal aber leuchteten die Augen wie Blitze. Ich war in hohem Grade von der ganzen genialen Weise befriedigt[1]).

Zu den interessantesten Charakterköpfen des Zollparlaments zählte unstreitig Dr. Ludwig Bamberger[2]). Bismarck hat seine Bedeutung wohl gewürdigt und eine Zeit lang in freundlichen Beziehungen zu demselben gestanden. Bamberger hat sich darüber Aufzeichnungen gemacht, die einmal eine überaus wertvolle Geschichtsquelle bilden werden, und mit deren Veröffentlichung derselbe hoffentlich nicht mehr lange zurückhalten wird.

Aus der Zeit vor 1868 sind einige Briefe Bamberger's an Arnold Ruge erhalten, die, soweit Bismarck darin erwähnt wird, hier aufgeführt werden mögen. Am 6. Oktober 1866 schreibt er aus Trouville:

---

[1]) Die vorstehende Unterredung Bismarck's mit Bluntschli ist so bedeutsam, daß andre gelegentliche Wahrnehmungen, die der letztere in seiner Eigenschaft als Abgeordneter über Bismarck machte, in den Hintergrund treten. Vergl. Bd. III. der Denkwürdigkeiten S. 214 (Verlangen der Nationalliberalen nach einem oder zwei Ministern), S. 217 (Bismarck's Ausspruch: „Der Deutsche kennt die Furcht nicht"), 259 (Bismarck für die Idee eines norddeutschen Kaisers), 273 (Gründung einer Art von Sedanstag), S. 292 (Differenzen über den Kaisertitel in Versailles), 315 (Überreichung der zweiten Auflage seines Völkerrechts), S. 411 (Gedanken über Bismarck's Rücktritt). Verschiedene Aufsätze Bluntschli's über Bismarck enthält die „Deutsche Revue," besonders in den ersten Bänden.

[2]) Dr. jur. Bamberger, Ludwig, Rentner zu Berlin, geboren am 22. Juli 1823 zu Mainz. Infolge seiner Beteiligung an der Bewegung von 1848/49 ging er im Sommer 1849 zunächst nach der Schweiz und dann nach England. Von 1850—1866 in Bankhäusern in London, Antwerpen, Amsterdam, Rotterdam und Paris. Privatisiert seit 1866. Seit 1866 Mitglied des Zollparlaments, seit 1871 Mitglied des Reichstags bis 1893. Verfasser zahlreicher politischer Schriften. Ursprünglich nationalliberal, später Sezessionist, schließlich deutsch-freisinnig.

Digitized by Google

„Dein Manifest habe ich gelesen und mit Wonne, auch Deinen Brief an Simon. Der sitzt nun einmal bis aller Tage Ende auf dem letzten Ausschußbericht seines Stuttgarter Parlaments und ist über das erste Lallen dieser 48er Zeit nie hinausgekommen. Die reine Scholastik. Und wie bequem, „sich ins letzte Dorf zu setzen und Nein zu sagen“ und dabei ein Volksmann zu sein. In jedem trimmer[1]), der jetzt mit Bismarck . . . , ist mehr politische Tugend als in diesen keuschen Josephs, die sich zu ewiger Unfruchtbarkeit verdammen!

Aber eins fehlt uns jetzt vor allem: ein Organ in der Presse. Oppenheim, der wie ein angeschossener Eber nach Berlin stürzte, als ihm Bismarck die Stallthüre öffnete, ließ sich gleich in das loyalste Schwarzweiß umkleiden und tauchte in die „National-Zeitung“ unter. Das paßt nicht für uns, ist mir zuwider und schneidet den Zusammenhang mit Süddeutschland ab.“

In einem Briefe aus Trouville vom 8. Oktober 1867 macht Bamberger eine Anspielung auf sein eben für die „Revue Moderne“ unter der Feder befindliches Buch „Monsieur de Bismarck“.

Am 27. Mai 1868 schreibt Bamberger aus Aachen:

„Bismarck und die Nationalen sind wie zwei Liebende, die sich schlecht vertragen und doch nicht lassen können. Bismarck ist die stolze Kokette, welche ihren Anbeter mißhandelt, aber doch ankettet. Das deutsche Provisorium hat das Gute, daß es Bismarck zu dem Parlamentarismus zwingt, den er sonst in der Seele verachtet. Es ist noch schauerlich viel zu thun, und die Geduld unsrer Landsleute, aus ihrer staatlichen Bedürfnißlosigkeit entspringend, ist himmelschreiend.

. . . Hast Du meinen Bismarck bekommen?“

In seinen „Vertraulichen Briefen aus dem Zollparlament“ (1868—1869—1870) zeigt sich Bamberger keineswegs als einseitiger Bewunderer Bismarck's; im Gegenteil, er geht stellenweise scharf mit demselben ins Gericht. An die beliebte Behauptung, daß es Bismarck's eigentlicher Grundgedanke sei, den Parlamentarismus durch die Parlamente zu töten, glaubte Bamberger nicht. „So viel Geistesfreiheit wird der Mann aus seinen Erfolgen doch erübrigt haben, daß er bedenkt: es können große, schwere Zeiten kommen, in denen das Parlament seiner Politik große Dienste zu leisten berufen wäre und in denen er es bereuen müßte, es zu schanden geritten zu haben. Nein, es ist bloß starrer Sinn, der sich nicht bequemen kann, unter den Willen einer Mehrheit sich zu beugen, es ist alter Minister- und Regententrotz von Anno 1866, und mit dem können wir unsre Zukunft nimmer bauen!“

[1]) Überläufer.

Digitized by Google

VII. Abschnitt.

Berührung mit den Parlamentariern während des deutsch-französischen Krieges.

Am 19. Juli 1870 mittags 1½ Uhr überreichte der französische Geschäftsträger in Berlin Le Sourd dem Grafen Bismarck die französische Kriegserklärung. An demselben Abend hatte Bismarck eine Konferenz mit dem hessischen Bundeskommissar und den hessischen Abgeordneten Grafen Solms-Laubach, Freiherrn zu Rabenau und Buff über das Verhalten des Großherzoglich hessischen Ministers von Dalwigk im deutsch-französischen Konflikt [1]).

Der Krieg selbst war im Grunde bereits seit dem 13. Juli eine beschlossene Sache. Die Akten über die sogenannte „Emser Depesche" vom gleichen Tage sind, seitdem der Reichskanzler Graf von Caprivi in der Sitzung des Reichstags vom 23. November 1892 über den Hergang derselben genau berichtet hat, abgeschlossen. Um so unbedenklicher erscheint es, das hier zu reproduzieren, was Fürst Bismarck über die Vorgänge vor der Kriegserklärung vor Jahren in seinem Palais Parlamentariern gegenüber erzählt hat. Einer der Zuhörer, welcher sich sofort Aufzeichnungen gemacht hatte, berichtete darüber [2]): „Um große Ereignisse — sagte der Reichskanzler — windet sich immer ein Legendenkranz, und das ist oft sehr gut. Gewisse Legenden soll man nicht zerstören. Der König war in Ems, ich in Varzin, als in Paris der Spektakel wegen der Kandidatur des Erbprinzen Leopold von Hohenzollern auf den spanischen Thron losbrach. Die Franzosen benahmen sich so kopflos wie nur möglich. Allen voran die Regierung mit Ollivier an der Spitze, welcher der Situation in keiner Weise gewachsen war und nicht ahnte, was er mit seinen unvorsichtigen Prahlereien im gesetzgebenden Körper anrichtete. Die Situation lag für uns damals äußerst günstig. Wir waren thatsächlich die Provozierten, und da die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Frankreich uns allen längst klar war, erschien der jetzige Augenblick zum Losschlagen geeignet. Ich verließ also Varzin, um mich in Berlin mit Moltke und Roon über alle wichtigen Fragen auszusprechen. Unterwegs erhielt ich die telegraphische Mitteilung: Fürst Karl Anton von Hohenzollern hat um des lieben Friedens willen die Kandidatur seines Sohnes Leopold zurückgezogen. Es ist alles in schönster Ordnung.

Ich war von dieser unerwarteten Lösung ganz bestürzt, denn ich fragte mich: Wird sich je wieder eine so günstige Gelegenheit darbieten? Als ich in Berlin eintraf, rief ich Roland und sagte ihm: Telegraphieren Sie nach Hause, daß ich in drei Tagen zurückkomme. Zugleich reichte ich in einer Depesche nach Ems bei Sr. Majestät meine Entlassung als Ministerpräsident und Bundeskanzler ein.

[1]) „Neue Preußische Zeitung" Nr. 169, vom 23. Juli 1870.

[2]) Die nachstehenden Ausführungen sind einem Artikel der „Neuen Freien Presse" entnommen.

Digitized by Google

Ich erhielt darauf eine Depesche vom König: Ich solle nach Ems kommen. Ich hatte mir die Situation längst klar gemacht und sagte mir: Wenn ich nach Ems gehe, wird alles verzettelt; wir kommen im günstigsten Falle zu einem faulen Kompromiß; die allein mögliche, die allein ehrenhafte und große Lösung ist dann ausgeschlossen; ich muß thun, was ich thun kann, um Se. Majestät nach Berlin zu bringen, wo er den Pulsschlag des Volkes deutlicher fühlen wird, als es in Ems möglich wäre. In ehrerbietigster Weise motivierte ich daher mein Nichtkommen; ich sei in diesem Augenblicke in Berlin absolut unabkömmlich.

Zum Glück thaten inzwischen die übermütig gewordenen und kurzsichtigen Franzosen alles, um den Karren wieder zu verfahren. Sie ließen an den König das Ansinnen stellen, einen Brief zu unterzeichnen, der einer tiefen Demütigung gleichkam. Der König fragte mich telegraphisch um meinen Rat, und ich antwortete ihm mit bestem Gewissen: die Unterzeichnung ist unmöglich.

Ich hatte am Abend des 14. Juli Moltke und Roon zu Tische geladen, und wir besprachen alle Eventualitäten. Wir alle teilten die Hoffnung, daß das thörichte Vorgehen Frankreichs, das an unsern König gestellte unerhörte Ansinnen, die Gefahr eines schwächlichen und unrühmlichen Ausganges doch noch beseitigen würde. Da traf, während wir bei Tische saßen, eine Depesche aus Ems ein. Die Depesche begann mit den Worten:

> Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Se. Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Se. Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten.

Nun folgte eine längere Auseinandersetzung. Der Sinn war etwa der, daß der König sich auf das berufen habe, was er bereits dem Grafen Benedetti mitgeteilt habe. Botschafter Benedetti habe diese Rückäußerung dankbar entgegengenommen, und er würde dieselbe seiner Regierung übermitteln. Indessen erbat Benedetti noch eine Zusammenkunft mit Sr. Majestät, sei es auch nur, um sich noch ein mal mündlich bestätigen zu lassen, was von Sr. Majestät an der Brunnenpromenade geäußert worden war. Dann hieß es weiter:

> Se. Majestät lehnte jedoch ab, den französischen Botschafter noch einmal zu empfangen, und ließ demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen, Se. Majestät habe dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen.

Als ich diese Depesche verlesen hatte, ließen Roon und Moltke gleichzeitig Messer und Gabel auf den Teller fallen und rückten vom Tische ab. Es entstand eine lange Pause. Wir waren alle tief niedergeschlagen. Wir hatten die Empfindung: die Sache verläuft im Sande.

Da stellte ich an Moltke die Frage: „Ist das Instrument, das wir zum Kriege brauchen, ist unser Heer wirklich so tüchtig, daß wir mit größter Wahr-

Digitized by Google

scheinlichkeit auf einen guten Erfolg den Krieg aufnehmen können?" Moltke war felsenfest in seinem Vertrauen. „Wir haben nie ein besseres Werkzeug gehabt, als in diesem Augenblicke," sagte er. Roon, zu dem ich freilich weniger Vertrauen hatte, bestätigte Moltke's Worte vollkommen.

„Nun, dann essen Sie ruhig weiter," sagte ich den beiden.

Ich setzte mich an einen kleinen runden Marmortisch, der neben dem Speisetisch stand, las die Depesche aufmerksam durch, nahm meinen Bleistift und strich die ganzen Zwischensätze über Benedetti's Bitte um eine nochmalige Audienz u. s. w. fort. Ich ließ eben nur Kopf und Schwanz stehen. Nun sah die Depesche allerdings etwas anders aus. Ich las sie in dieser neuen Fassung Moltke und Roon vor.

Die beiden riefen: „Herrlich! Das muß wirken!" Wir aßen mit bestem Appetit weiter.

Ich gab sogleich die Weisung, die Depesche durch das Telegraphen-Bureau an alle Zeitungen und alle Missionen auf schnellstem Wege zu versenden. Und wir waren noch zusammen, als wir schon von der Wirkung, welche die Depesche in Paris gemacht hatte, die erwünschte Nachricht erhielten. Sie hatte wie eine Bombe eingeschlagen.

Während in Wahrheit man unserm König und Herrn eine beleidigende Zumutung gemacht hatte, wirkte die Depesche bei den Franzosen so, als ob ihr oberster Vertreter von unserm König brüskiert worden sei. Der gesamte Boulevard-Janhagel war der Ansicht, daß man sich das nicht bieten lassen dürfe. Der Ruf: „A Berlin! A Berlin!" wurde von den johlenden Massen ausgestoßen. Die Stimmung war da.

Und gerade wie drüben wirkte die Sache hüben. Der König, der sich auf mein dringendes Bitten entschlossen hatte, seine Emser Kur zu unterbrechen, kehrte nach Berlin zurück und war von dem Volksjubel, der ihm überall entgegenbrauste, ganz bestürzt. Er begriff einstweilen noch gar nicht, was sich inzwischen ereignet hatte. Die unbeschreibliche Begeisterung, die ihm hier in Berlin entgegenbrauste, ergriff und erschütterte den greisen Herrn auf das tiefste. Die Augen wurden ihm feucht. Er erkannte, daß es in Wahrheit ein nationaler Krieg, ein Volkskrieg war, den das Volk begehrte, dessen es bedurfte.

Schon vor der Ankunft in Berlin hatten wir vom König die Zustimmung dazu erhalten, daß wenigstens ein Teil der Armee mobil gemacht werde. Als der Kronprinz den königlichen Zug verließ, sprach er auf dem Bahnhof absichtlich sehr laut von der bevorstehenden Mobilmachung, und nun brach der Jubel immer aufs neue los. Und als wir im Schlosse angelangt waren, war Se. Majestät bereits zur Mobilmachung der gesamten Armee geneigt.

Wie sich dann die Sachen weiter entwickelten, ist Ihnen ja bekannt. Das ist der Punkt, über den Gramont in seinen Memoiren sein aufrichtiges Erstaunen ausspricht. Er begriff nicht, woher auf einmal, nachdem die Sachen eine ganz friedliche Wendung genommen hatten, das Kriegerische wieder die Oberhand gewann. „Une apparition sinistre, survint. Tout d'un coup tout est changé.

Digitized by Google

Qu'était-il arrivé? Monsieur de Bismarck à Berlin." So ähnlich steht es ja wohl in Gramont's Memoiren. Ich citiere aus dem Gedächtnisse. Jedenfalls war ich die „unheimliche Erscheinung".

Ich bemerke übrigens, daß ich auch formell zu dem mir durchaus notwendig erscheinenden Striche berechtigt war. Es war mir anheimgegeben, die Depesche in extenso oder im Auszuge zu veröffentlichen. Ich habe nicht zu bedauern gehabt, daß ich den Auszug gemacht habe[1])."

Bereits aus den im ersten Bande mitgeteilten „Tischgesprächen des Reichskanzlers" ist zu ersehen, welch' regen Verkehr derselbe nach Ausbruch des Krieges gegen Frankreich mit den Parlamentariern pflog. Zur Ergänzung des dort Gesagten[2]) sollen hier noch einige speziellere Vorgänge mitgeteilt werden.

Vor Ausbruch des Krieges mit Frankreich war Dr. Ludwig Bamberger zufällig in Paris, um auch die Wohnung, die er bis dahin daselbst noch immer besaß, aufzugeben. Mit seinem klaren Blick durchschaute er die in Paris geschaffene Situation, erkannte, daß es zum Kriege kommen werde, und telegraphierte — auf Umwegen — Delbrück und dem Gouverneur seiner Vaterstadt Mainz seine Pariser Eindrücke. Als Bismarck in Begleitung des Königs am 5. August 1870 in Mainz eintraf, um dort mit dem Hauptquartier bis zum 7. August zu verbleiben, erhielt Bamberger die Einladung Bismarck's, ihn zu besuchen. Die Unterredung betraf Maßregeln im Interesse der deutschen Operationen. Nach der Schlacht von Weißenburg ließ Bismarck Bamberger ein zweites Mal rufen; ihm lag daran, eine Persönlichkeit empfohlen zu haben, welche ihm resp. dem Hauptquartier attachiert blieb und die nötige Verbindung des Kanzlers mit der deutschen und ausländischen Presse bewirken sollte. Bamberger schien diese Aufgabe wichtig genug, um sich selbst für diese Arbeit anzubieten, und so kam es, daß er am 7. August 1870 mit dem Hauptquartier im Salonwagen Bismarck's nach Homburg aufbrach. Bamberger blieb die ganze nächste Zeit im direkten Gefolge Bismarck's[3]) bis zum 18. August[4]), dem Tage der Schlacht von Gravelotte. Auf Wunsch des Kanzlers begleitete jetzt Bamberger den designierten deutschen Präfekten von Nancy dorthin; später begab er sich auf schriftliche Aufforderung aus dem Hauptquartier nach Hagenau, woselbst er noch während der Belagerung von Straßburg das erste deutsche amtliche Blatt ins Leben rief[5]).

---

[1]) Die „Hamburger Nachrichten" Nr. 283 vom 27. November 1892 (M.-A.) reproduzierten diese Darstellung ihres historischen Interesses wegen, aber mit Vorbehalt, da sie stellenweise ungenau ist.

[2]) Die zweite Auflage hat gerade bezüglich dieses Kapitels eine starke Vermehrung erfahren.

[3]) Vergl. Dr. Moritz Busch: „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I, S. 23.

[4]) Nach Busch Bd. I, S. 30 stellte sich am 16. August 1870 in Pont à Mousson auch der Landrat Jansen, Mitglied der Freikonservativen im Reichstag (?), bei Bismarck ein, bereit zur Übernahme einer Verwaltung im eroberten Lande.

[5]) Zu vergl. auch M. Busch: „Graf Bismarck und seine Leute," Bd. I, S. 28, 51, 139, 204, 214, 233, 260, 304, 314.

Digitized by Google

Ende September 1870 ging Bamberger von Hagenau fort, weil es ihm unter den dort eingetroffenen Bureaukraten zu eng und unbequem geworden war. Vorher hatte er drei Wochen lang mit vielem Eifer und bekanntem Geschick gearbeitet und erreicht, was unter den schwierigen Verhältnissen erreichbar gewesen war und alles in guten Gang gebracht. Er fühlte sich mit andern beunruhigt durch die Möglichkeit, daß die Regierung an eine Wiedereinsetzung Napoleons denke, hielt sie aber für eine moralische Unmöglichkeit und war somit geneigt, anzunehmen, daß Andeutungen in der Presse, in denen sie als denkbar erscheint, nur eine Pression auf die provisorische Regierung in Paris im Auge haben. Bamberger fuhr fort, sein Talent und seinen Einfluß in der Presse im Sinne des Kanzlers geltend zu machen und korrespondierte eifrig mit dem Hauptquartier in Ferrières.

Bamberger mißbilligte u. a. das Verfahren gegen den Abgeordneten Jacoby (Verhaftung desselben) und machte darüber auch seine Vorstellungen im Hauptquartier. Er meinte, Bismarck könne thun, was er wolle, wenn er nur gesunde deutsche Politik triebe, d. h. „wenn in diesem Augenblicke wenigstens der einheitliche deutsche Bundesstaat fix und fertig gemacht würde". „Man ist" — so fährt er fort — „in Deutschland so fest überzeugt davon, daß diese Lösung jetzt in der Hand des Bundeskanzlers liegt, daß jeder Widerstand von der öffentlichen Meinung auf seine Rechnung geschrieben wird. Man sagt sich, wenn Graf Bismarck diesen Widerstand nicht heimlich ermutigte, so würde er vor der Größe des Augenblicks sich nicht zu regen wagen." Schließlich fragte Bamberger an, ob er nach Versailles kommen solle. Bismarck, von Bucher hierüber befragt, äußerte, die Herkunft Bamberger's würde ihm ganz erwünscht sein, da uns seine Lokalkenntnis in Paris, wenn wir erst drin, nützen könne. „Auch kann er nach seiner Rückkehr in seinen Kreisen über manches Aufklärung geben, was sich nicht gut schreiben läßt. Es ist übrigens komisch" — setzte Bismarck hinzu — „daß sie denken, ich wünschte die Einheit Deutschlands nicht. Die Sache geht aus andern Gründen nicht recht vorwärts. — — Aus denselben Gründen wird sie, wenn wir einmal damit zu stande kommen, das eine und das andre vermissen lassen."

Die Intervention Bamberger's für Dr. Johann Jacoby [1]) war nicht nutzlos. Am 26. September richtete der letztere nachstehendes Schreiben an den Grafen Bismarck in das Hauptquartier:

„Auf Befehl des Generals Vogel von Falkenstein sind Kaufmann Herbig und ich am 20. d. M. verhaftet und auf Festung Lötzen gebracht worden.

[1]) Dr. med. Jacoby, Johann, geboren 1. Mai 1805, praktischer Arzt in Königsberg, Mitglied der preußischen National-Versammlung, der National-Versammlung in Frankfurt a. M. und des preußischen Abgeordnetenhauses 1849, 1863—1870. 1874 zum Reichstag gewählt, Mandat aber nicht angenommen. Verstorben 6. März 1877, Mitglied der äußersten Linken; von ihm rührt das Wort her: es sei das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen. Vergl. hierüber die von mir herausgegebenen Erinnerungen von H. B. von Unruh. „Deutsche Revue", Juni-Heft 1894, S. 305.

Digitized by Google

Herbig, weil er „in einer öffentlichen Versammlung den Vorsitz geführt“ — ich, weil in „derselben Versammlung ich gegen die Annexion von Elsaß und Lothringen gesprochen“. Der das Vereins- und Versammlungsrecht betreffende Verfassungsartikel ist bei Erklärung des Kriegszustandes in unsrer Provinz nicht außer Kraft gesetzt, — die erwähnte Versammlung dem Gesetze gemäß bei der Polizei angemeldet und bis zum Schlusse durch Polizeibeamte überwacht worden. Meine Rede, die durch die Zeitungen veröffentlicht ist, enthält nichts Strafbares, noch bin ich sonst einer Schuld mir bewußt.

Excellenz! Obgleich alle Zeit ein entschiedener Gegner Ihrer Politik, habe ich doch das Vertrauen zu Ihnen als Menschen, daß — wenn anders es in Ihrer Macht steht — Sie nicht dulden werden, daß über schuldlose Männer, auf Grund des sogenannten Kriegsrechts, eine durchaus willkürliche Strafe verhängt wird.

Ew. Excellenz ergebener

Dr. Johann Jacoby.

Hierauf antwortete Bismarck an Jacoby d. d. Ferrières, 3. Oktober 1870:

„Ew. Wohlgeboren Schreiben vom 26. v. M. ist mir gestern vorgelegt worden. Ich vermag auf Entschließungen des Königlichen General-Gouverneurs der Küstenlande, da dessen Wirkungskreis außerhalb meiner amtlichen Kompetenz liegt, einen direkten Einfluß nicht auszuüben. Zur Motivierung seiner militärischen Maßregeln Behufs Verhinderung von Kundgebungen, welche den Feind in seinem Widerstande gegen die diesseitigen Streitkräfte bestärken, hat der General-Gouverneur sich vorbehalten, Seiner Majestät dem Könige einige Schriftstücke einzureichen, welche noch nicht vorliegen. Sobald dieselben eingegangen, werde ich mich freuen, wenn die Überzeugung, die ich von der Sachlage gewinne, mir gestattet, für die Erfüllung Ihrer Wünsche thätig zu sein.

von Bismarck.

Bereits am 26. Oktober 1870 erfolgte die Entlassung Jacoby's aus der Haft[1]).

Unterm 26. Oktober 1870 schreibt Bamberger aus Heidelberg an Arnold Ruge:

„Ich weiß nicht, ob Du von meinen Aventuren seit den Kriegszeiten was erfahren, daß ich eine zeitlang mit Bismarck umhergezogen und die ganze Campagne bis zum 23. August (die 3 Schlachten um Metz) miterlebt, dann drei Wochen lang Elsaß annectirt habe. Nun bin ich seitdem in der Schweiz gewesen, habe die zwei Gallomanen C. Vogt und L. Simon in natura besehen und wollte jetzt hier an meinem alten Musensitz Winterquartier aufschlagen. Aber schon winkt mir wieder eine Reise ins Hauptquartier nach Versailles, um

[1]) Vergl. über diese Frage auch noch M. Busch: „Graf Bismarck und seine Leute“, Bd. I. S. 267, 269 und 273, Bd. II. S. 27 und 307, und Bismarck's Erlaß an den Oberpräsidenten in Königsberg von Horn d. d. 28. September 1870, abgedruckt in der „Vossischen Zeitung“ vom 13. Oktober 1870, Nr. 251, S. 3.

Digitized by Google

dabei zu sein, wenn Deutschland am Sitze Ludwigs XIV. regenerirt wird. Ein schlimmes Omen für den Einfluß der Perücken. Aber es wird doch gehen. Diesmal muß der Bien, und heiße er selbst Bismarck oder Wittelsbach. . . . Lebe wohl. Ich reise eben nach Versailles und hoffe mit guten Nachrichten zurück zu kommen."

Am 22. November 1870 schrieb Ludwig Bamberger aus Versailles an Lasker:

Lieber Freund.

Ich habe heute mit Bismarck einen kleinen Strauß gehabt, wegen dessen ich mich direkt an Sie wende, da Sie den Anlaß gaben.

Bismarck erzählte mir in einer Unterredung über die deutsche Angelegenheit, daß auch mit Bayern Alles auf dem besten Wege sei, er habe deshalb unter anderm Schwierigkeiten gehabt, weil ihm Folgendes begegnet sei: Bei einer Reihe von Zumuthungen, die ihm Bayern gestellt, habe er abgelehnt mit der Bemerkung „solche Konzessionen würde der Reichstag nie gutheißen", worauf die Bayern ihm erklären, bei den Verhandlungen mit den Nationalliberalen in München seien dieselben Reservate als gerecht und durchführbar anerkannt worden. Als ich dazu ungläubige Bemerkungen machte, ward er ungehalten, daß ich Angaben in Frage stelle, die er schriftlich besitze, und ließ sich die Akten herbeibringen. Es kamen nun zwei Dokumente, das eine war mit Bleifeder oben bezeichnet: „Lasker", das andere: „Marquard Barth". Das erste sollte den Text der von Ihnen in München als zulässig erklärten Reservate enthalten. Er las mir vor, mit Glossen über das davon Eingeräumte und Abgewiesene und Glossen über die zu weit gehenden Konzessionen einzelner Punkte, die er nimmer konsentirt hätte.

Ich lege Ihnen wortgetreue Abschrift des Aktenstücks (Lasker)[1]) bei, das von Marquard Barth erkannte er selbst für irrelevant an, ich bemerke noch zu dem Ihrigen, daß er als besonders anstößig erklärte:

Nr. II, als zu viel Weitläufigkeiten reservierend, besonders aber.

Nr. VI, als das Wesentliche der ganzen Sache auf die lange Bank schiebend und auf Schrauben stellend. Die vorbehaltene Übereinkunft der Monarchen wäre vom höchsten Übel gewesen.

Nr. IX, 2ter Theil widersinnig.

Einzelne dieser Punkte sind nun Bayern allerdings eingeräumt worden, in vielen will Bismarck Verbesserungen erwirkt haben. Wegen Nr. I der Stimmenzahl sagt er, es käme ihm gar nicht so darauf an, daß Preußen das bisherige Übergewicht im Bundesrath habe, im Gegentheil er wünsche, daß das übrige Deutschland ins Gewicht falle! (?)

Nr. IV. Eisenbahnen habe er ebenfalls in besserem Sinne durchgetrieben, daß der bestehende Artikel der Norddeutschen Bundesverfassung in Geltung trete,

VI. die Militärübereinkunft ad separatim zwischen die zwei Monarchen verwiesen, schien ihm besonders anstößig.

[1]) Dasselbe findet sich als Schlußnote dieses Briefes abgedruckt.

Digitized by Google

Auch X. sei zu weit gegangen, er habe es an eine bestimmte Zahl von Stimmen gebunden, ich glaube eine Minorität von 14 Stimmen.

Da er, wie immer, furchtbar überladen und übereilt war, so ging die ganze Konversation in einer Hast vor, welche mir nicht erlaubte, Alles festzuhalten und vielleicht auch nicht in allem Festgehaltenen ganz treu zu sein. Das Wesentliche gebe ich Ihnen natürlich wieder.

Einzelnes, wie z. B. die Klausel in 9, daß zum Rekurs wegen Verfassungsstreits die Übereinstimmung beider Theile nothwendig sei, scheinen Sie mir unmöglich eingeräumt haben zu können.

Ich bitte Sie nun, mir über diese Frage einen authentischen Auftrag geben zu wollen, damit ich eintretenden Falles den Bayern Ihr Dementi entgegensetzen kann.

In der Hauptsache hat Ihre Anschauung Recht behalten; der deutsche Bund kommt auf alle Fälle zu Stande und eigentlich trotz allen Genergels vollständiger, als wir erwarten durften. Die ganzen Reservate beziehen sich im Grund auf kleine Schollen am Ufer, die der Strom schon fortreißen wird. Bismarck macht mir den Eindruck, als sei ihm die Vollendung der Sache ernster und bedeutungsvoller, wie mir früher schien. Ich schreibe dies den bösen Stunden zu, die ihm die auswärtige Politik macht und die ihm die Nothwendigkeit zeigte, das Bild der deutschen Einheit und Einigkeit dem Ausland ganz und unverkleinert entgegenhalten zu können. Darum auch war er schließlich der Ansicht, daß Bayern besser mit Konzessionen als gar nicht in den Bund trete. Ich gebe ihm darin Recht und glaube beinah, er macht es mit Ihnen in diesem Fall, wie z. Z. mit dem König; er schiebt Ihnen in die Schuhe, was ihm eigentlich recht ist, was er aber lieber Andere verantworten läßt. Sehr viel Schlimmes ist im Grund in diesen zehn Punkten nicht, wenn ich den nennten ausnehme, der mir nicht möglich scheint, und den sechsten, der allerdings eine Hauptsache in sehr unvollkommenem Stadium ließe.

Ich bitte die ganze Sache mit äußerster Diskretion zu behandeln. Sie können darauf rechnen, daß ich Ihre Remonstrationen, wenn Sie deren haben, an den Mann bringe. Bismarck ist in einem irritirteren Zustande als je. Man begreift dies, wenn man sieht, wie entsetzlich er mit Arbeit überhäuft ist. Er kommt wirklich nicht zum Athemschöpfen und man muß ihm deshalb viel zu Gute halten. — —

Mit herzlichem Gruße Ihr

L. Bamberger[1]).

---

[1]) Das in dem Briefe erwähnte Dokument Lasker's lautet:

I.

Art. 4 der Norddeutschen Bundesakte soll keine Restrictionen erleiden, dagegen dürfte es keinen wesentlichen Schwierigkeiten unterliegen, die Stimmenzahl Bayerns im Bundesrath auf die doppelte der nächst größten Staaten zu erhöhen, also etwa auf 8 zu bestimmen, vorausgesetzt, daß auch die Stimmzahl Preußens dahin erhöht wird, daß seine künftige Stimmzahl zur künftigen Gesammtheit im bisherigen Verhältniß bleibe.

Digitized by Google

Die Abreise Bamberger's aus Versailles nach Berlin Anfangs Dezember 1870 erfolgte nach langen und eingehenden Verhandlungen mit Bismarck über diejenigen Punkte der Verträge mit den Südstaaten, namentlich mit Bayern, welche bei der nationalliberalen Partei auf Schwierigkeiten gestoßen waren. Bismarck wünschte, daß sich Bamberger nach Berlin begebe, um seine politischen Freunde aus allgemeinen politischen Erwägungen zur Nachgiebigkeit in diesen Punkten zu bewegen. „Es kommt mir" — so hatte Bismarck bei der Schlußkonferenz zu Bamberger

II.

Art. 19 (Bundesexekution) soll zwar nicht auf Bayern unanwendbar erklärt, aber gleichzeitig mit dem Beitritt Bayerns in einer Weise geändert werden, daß geeigneter Schutz gegen willkürliche Handhabung der Einzelstaaten gegeben ist.

III.

(Reservat wegen Bier- und Branntweinsteuer.)

IV.

Art. 41 der Norddeutschen Bundesverfassung wird dahin modifizirt, daß Eisenbahnen für Rechnung des Bundes in Bayern ohne Zustimmung der bayerischen Regierung zwar auf Grund eines Bundesgesetzes im Interesse der Vertheidigung des Bundesgebietes, nicht aber im Interesse des gemeinsamen Verkehrs errichtet werden können.

V.

Sofern Bayern seine Post und Telegraphie den Vorschriften des Bundes gemäß einrichtet und verwaltet, wird dagegen, daß es diese Anstalten selbständig behält, keine prinzipielle Erinnerung gemacht, wenn sich die Maßregel als ohne Schädigung der Gemeinsamkeit technisch durchführbar herausstellt.

VI.

In Beziehung auf das Bundeskriegsgesetz ist festzuhalten, daß die Gesetzgebung und die Lasten sowohl für den Staat als für den Einzelnen in Bayern dieselben wie sonst im Bunde sein müssen, wogegen im Übrigen die Vereinbarung zwischen den zwei Monarchen über die Bayern in dieser Branche einschließlich des Festungsbaues einzuräumenden besonderen Befugnisse bei der Legislative keinen Schwierigkeiten begegnen dürften.

VII.

Art. 68 (Kriegsstandserklärung) soll zwar auf Bayern Anwendung finden, jedoch wird die Forderung als zurechtbestehend anerkannt, daß das darin vorgesehene Bundesgesetz gleichmäßig mit dem definitiven Eintritt Bayerns erlassen werde.

VIII.

Die Vorschriften der Regulirung des Bundesbudgets sind mit den Bayern schließlich gewährten Sonderrechten in Übereinkunft zu bringen.

IX.

Gegen eine entsprechende Modifikation des Art. 75 (Hochverrathsbehandlung ꝛc.) wird nichts erinnert, ebensowenig gegen einen Vorbehalt, daß Abschnitt 2, Art. 76 (Verfassungsstreitigkeiten in einem Bundesstaat) nur dann Anwendung auf Bayern finden soll, wenn Regierung und Landesvertretung zugleich auf Vermittlung durch den Bund antragen.

X.

Den Bedenken zu Art. 78 (Verfassungsänderungen) soll dadurch abgeholfen werden, daß für Verfassungsänderungen eine größere Mehrheit im Bundesrath bestimmt und außerdem Bayern gegen solche Änderungen, wodurch sein Stimmrecht oder eines der ihm eingeräumten Sonderrechte berührt wird, ein freies Veto gegeben wird. —

Lasker's Antwort (auf Bamberger's Brief) vom 25. November 1870 und ein zweiter Brief Bamberger's zur gleichen Frage vom 28. November 1870 finden sich abgedruckt in der „Deutschen Revue", Septemberheft 1892, S. 291 und 296.

Digitized by Google

gesagt — „vor allem darauf an, den Ring nach außen zu schließen, alle inneren Differenzen können später ausgeglichen werden." Bamberger reiste mit Extrapost bis Lagny, der ersten benutzbaren Eisenbahnstation für den Weg nach Deutschland, und dann bei furchtbarer Kälte ohne Unterbrechung bis Berlin [1]).

Als der Krieg gegen Frankreich ausgebrochen war und die Frage der Verwaltung der okkupierten französischen Landesteile entschieden werden mußte, dachte Bismarck sofort an das bedeutende Organisationstalent des Grafen Henckel von Donnersmarck [2]), dem außerdem seine gründlichen Kenntnisse der französischen Verhältnisse zu statten kam.

Schon kurze Zeit nachdem der Kanzler die französische Grenze überschritten hatte, finden wir den Grafen Henckel im diplomatischen Hauptquartier. Am 29. Januar 1871 berichtete Graf Henckel dem Kanzler über die Stimmung der französischen Bevölkerung in seinem Departement, und war zum Frühstück und Diner der Gast Bismarck's. Später wurde er zum Vorsitzenden der Kommission ernannt, welche die Regelung der Kriegskostenentschädigung Frankreichs vorbereiten sollte. Graf Henckel war in dieser Zeit drei Wochen lang täglich in Versailles bei Bismarck und oft bei demselben zu Tisch. Die Mitwirkung des Herrn von Bleichröder bei dieser Frage war nur eine sekundäre, wenngleich er mit dem Geheimen Finanzrat Scheitmann gleichfalls der oben erwähnten Kommission angehörte.

Eines Tages sagte Bismarck zu dem Grafen Henckel: „Heute fahren Sie nach Paris hinein und verlangen 6 Milliarden Kriegsentschädigung." — Henckel erwiderte: „Ich muß aber einen Zeugen mitnehmen, sonst wird mir nachträglich jedes Wort abgeleugnet. Ist es Eurer Excellenz genehm, wenn ich Herrn von Bleichröder mitnehme?" Bismarck hatte gegen diese Wahl nichts einzuwenden, und so kam es, daß der Berliner Bankier zu den finanziellen Verhandlungen auch nach Paris kam. Seit dieser Zeit haben die freundschaftlichen Verhältnisse zwischen Bismarck und Henckel ungetrübt weiter bestanden. Bismarck übernachtete am 7. März 1871 auf der Rückreise nach Deutschland bei dem Präfekten Grafen Henckel in Metz. —

Große Verdienste um die Verwaltung in den okkupierten Ländern hat sich außer dem Grafen Henckel noch Graf Johannes Renard, der Präfekt von Nancy, erworben. Derselbe war Mitglied des konstituierenden Reichstags und des Reichstags des Norddeutschen Bundes und einer der Begründer der freikonservativen Partei [3]).

---

[1]) Nach dem Tagebuch des Kronprinzen (Eintrag d. d. 28. November 1870) forderte Bismarck alle im Felde befindlichen Reichstagsmitglieder auf, nach Berlin zur Abstimmung zu gehen.

[2]) Vergl. S. 105.

[3]) Graf Renard, Johannes, Gutsbesitzer in Gr.-Strehlitz. Geboren 24. März 1829. Studierte Jura auf den Universitäten Halle, Berlin und Bonn, 1852—53 Attachee der königlich preußischen Gesandtschaft in Washington, dann bei der Gesandtschaft in Konstantinopel bis 1854. Von 1861 ab bis 1874 Mitglied des preußischen Hauses der Abgeordneten. Gestorben 7. März 1874.

Digitized by Google

Ich will, um die Schneidigkeit seiner Administration zu illustrieren, nur eine wenig bekannte Geschichte erzählen.

In der Zeit, als es eben von größter Wichtigkeit war, die vor Paris stehende Armee auf dem Schienenwege mit Proviant für Magen und Geschütze zu versehen, kamen verblendete Franzosen auf den Gedanken, die Eisenbahnbrücke bei Toul in die Luft zu sprengen. Graf Renard besorgte sich sofort 500 französische Arbeiter, die mit den Wiederherstellungsarbeiten betraut wurden. Französischen Hetzern und Einschüchterungen aller Art gelang es jedoch, diese Arbeiter zum Ungehorsam beziehungsweise zur Einstellung ihrer Arbeitsthätigkeit zu bestimmen.

Graf Renard war nun nicht verlegen. Er ließ ein paar Musikkorps auf dem Stanislaus-Platz in Nancy, welcher nur zwei Straßen-Eingänge hat, spielen, und als sich eine große Menge Franzosen daselbst versammelt hatte, ließ er mit einemmal die Zugänge sperren; daneben hatte er den ihm zur Verfügung stehenden 50 Feldgendarmen aufgetragen, 300 Franzosen zu ergreifen und sie zwangsweise nach Toul zu Arbeiten an der Brücke zu transportieren. Den Gendarmen war zur Pflicht gemacht, nur die bestgekleideten Franzosen zu ergreifen, insbesondere jene, die einen Cylinder als Kopfbedeckung trügen. An der Brücke in Toul angelangt, wurde den Gefangenen eröffnet, ein jeder könne nach Hause gehen, wenn er an seine Stelle zwei willige französische Arbeiter zur Stelle bringe. Am nächsten Tage war die genügende Zahl fleißiger Hände zur Stelle.

In Ferrières treffen wir auch den früheren Reichstagsabgeordneten Dr. Hans Blum mit den Leuten Bismarck's im Verkehr. Blum war gleich nach Ausbruch des Krieges gegen Frankreich als Korrespondent des „Daheim" dem Hauptquartier gefolgt und kam Ende September nach Ferrières, woselbst sich auch Graf Bismarck mit seinem diplomatischen Stabe auf dem Wege nach Versailles einige Zeit aufhielt. Blum war mit Moritz Busch, dem Verfasser von „Graf Bismarck und seine Leute", von Leipzig und Berlin her bekannt und suchte ihn natürlich in Ferrières sogleich auf. Schon bei dem ersten Besuche Blum's erklärte ihm Busch: Bismarck klage darüber, daß unter den Juristen, welche verfügbar seien, um in den von deutschen Truppen besetzten französischen Departements die Geschäfte der vormaligen französischen Präfekten oder Unterpräfekten während der deutschen Okkupationszeit zu übernehmen, so wenige geläufig französisch sprechen und schreiben können. Das sei eine wahre Notlage. Er (Busch) glaube, Blum würde Bismarck erfreuen, wenn er sich ihm zu beliebiger Verfügung stelle. Blum würde dann voraussichtlich die Präfektur oder Sousprefektur in Melun oder Fontainebleau zugeteilt erhalten. Blum erwog den Vorschlag und bedauerte unendlich, ihn nicht mit den Seinigen beraten zu können; dann setzte er sich am 24. September in Lagny hin und schrieb an den Grafen Bismarck, was ihm Busch mitgeteilt habe, und daß er sich dem Kanzler persönlich zu beliebiger Verfügung stelle. Er müsse nur die eine Bedingung stellen, daß er dauernd in der Verwaltung oder Justiz von Elsaß-

Digitized by Google

Lothringen angestellt werde, wenn seine amtliche Stellung in Frankreich über sechs Monate dauern sollte, da er nach so langer Zeit von seiner Anwaltspraxis in Leipzig so gut wie nichts mehr antreffen werde, wenn er dann erst dorthin zurückkehrte.

Am 26. September schon hielt der Reichstagsabgeordnete von Brauchitsch [1]), der Schwiegersohn des Kriegsministers von Roon, beritten vor der kleinen Bankiersvilla, die Blum in Lagny bewohnte, eilte auf dessen Zimmer und sagte ihm, Graf Bismarck lasse ihn ersuchen, sogleich nach Ferrières zu kommen und mit ihm über seinen Brief zu verhandeln. Er ritt sofort wieder zurück, um Blum anzumelden. Sobald dessen Pferd gesattelt war, folgte er nach. Als Blum sich im Schlosse meldete, wurde er zu Graf Hatzfeldt geführt, der ihn empfing und ihm sagte, Bismarck könne ihn heute nicht empfangen, da er eben zu längerem Vortrag bei Sr. Majestät befohlen worden sei und nachher wichtigere Geschäfte zu erledigen sein würden. Die nächste Audienz würde Blum von dem Herrn Bundeskanzler bestimmt werden. Dieselbe wurde demnächst auf den 30. September festgesetzt und Blum traf abermals pünktlich in Ferrières ein. Aber diesmal hatte Bismarck nicht daran gedacht, daß an diesem Tage der Geburtstag der Königin Augusta sei, und daß er dieses Geburtsfest an des Königs Tafel werde feiern müssen. Er war eben zur Königlichen Tafel gegangen, als Blum eintraf, ließ ihm aber sagen, er möchte doch auf ihn warten, und sein Gast bei seinem eigenen Diner sein, das wohl um 5 Uhr nachmittags genommen wurde; er hoffe sicher, einige Zeit wenigstens daran teilnehmen zu können. Blum ließ dem Kanzler zurücksagen, daß er für die gütige Einladung verbindlichst danke, er würde warten, so lange er befehle. Das hinderte jedoch den Grafen Hatzfeldt nicht, sich inzwischen der Sache zu bemächtigen. Nachdem er Blum's Schreiben an den Kanzler durch die Finger hatte gleiten lassen, bemerkte er zu Blum: „Hören Sie mal, ich glaube, Sie verlieren Ihre Zeit hier. Sie suchen, wie es scheint, eine Stelle durch Bismarck in Elsaß-Lothringen? — Aber alle diese Stellen hat das Civilgouvernement in Rheims zu vergeben. Da müssen Sie nach Rheims gehen — wir werden Ihnen aber eine Empfehlung dorthin mitgeben." Blum benahm dem Grafen seinen Irrtum und belehrte ihn, daß es doch wohl ein himmelweiter Unterschied sei, eine freie, selbstgeschaffene, unabhängige Stellung, die er schon besäße, aus patriotischem Pflichtgefühl zu opfern, und beschäftigungslos um eine Stellung zu antichambrieren, hier oder in Rheims. Diese Unterstellung müsse er entschieden zurückweisen. Graf Hatzfeldt erwiderte hierauf: „Ah, das ändert die Sache, das ist in der That anerkennenswert." Damit verbeugte er sich zum Zeichen dafür, daß die Unterredung zu Ende sei.

Bei Tisch verscheuchten die interessanten Gespräche der Mitarbeiter Bismarck's alle trüben Gedanken Blum's, und mit großer Spannung wartete er auf das Erscheinen des Kanzlers, der von dem ersten Tage seines Eintrittes in den Reichstag ihm zahlreiche Beweise von wahrhaft väterlicher Güte gegeben. Aber er

[1]) Vergl. S. 101.

Digitized by Google

kam nicht. „Als wir," so erzählte Blum selbst am Schlusse dieser Episode[1]), „nach der Tafel rauchend umherstanden und plauderten und plauderten, verschwand auf kurze Zeit der Geheime Legationsrat von Keudell — der spätere Botschafter des Deutschen Reichs beim Königreich Italien in Rom — den ich schon von Bismarck's parlamentarischen Abenden in Berlin her kannte, aus unserem Kreise, und als er zurückkehrte, winkte er mich hinaus in ein besonderes Zimmer. Hier teilte er mir überaus freundlich folgendes mit: „Der Kanzler bedauert sehr, bei der Tafel des Königs länger festgehalten zu werden, als er dachte, so daß er Sie nicht sprechen kann. Er beauftragt mich, Ihnen zu sagen, daß er sich über Ihr Schreiben und Ihre Bereitwilligkeit sehr gefreut hat. Er findet Ihre Bedingungen durchaus gerechtfertigt. Er ist auch bereit, jeden Wechsel für Sie auszustellen, aber die Frage ist nur die, ob der Graf Eulenburg — der die dauernden Stellen in Elsaß-Lothringen zu vergeben hat — diesen Wechsel acceptieren würde." — „Oh, wenn Graf Eulenburg in die Sache mit hineinzureden hat, dann mag mir Graf Bismarck nicht verübeln, wenn ich mein Anerbieten ganz zurückziehe!" rief ich. — „Recht so," versetzte Keudell lächelnd, und er fügte so etwas hinzu, als ob er und Bismarck selbst sich auch nicht anders entscheiden würden, wenn sie den Grafen Eulenburg als Vorgesetzten beschert erhielten. Ich ritt in tiefer Dunkelheit nach Lagny und schrieb noch spät an die Meinen. Die Antwort lautete: „Gott sei Dank, daß sich die Sache zerschlagen hat." Und damit sprachen sie nur aus, was ich selbst dachte." —

Bald nach Ausbruch des Krieges mit Frankreich wurde der Abgeordnete Graf Fred Frankenberg[2]) als Armee-Delegierter der freiwilligen Krankenpflege in das Hauptquartier des Kronprinzen berufen. In dieser Eigenschaft machte Graf Frankenberg auch die Schlacht von Sedan mit. Er sah, wie Bismarck nach der Nachricht von der Kapitulation der Festung auf dem Schlachtfelde zu den jungen Fürstensöhnen herantrat und, dem jugendlichen Thronerben von Württemberg die Hand schüttelnd, sagte: „Der heutige Tag sichert und befestigt die deutschen Fürsten und die konservativen Grundsätze".

Am 14. Oktober 1870 fuhr Graf Frankenberg nach Orleans, um nach den Verwundeten des von der Tann'schen Korps zu sehen. Bei der Organisation der Lazarette fand derselbe insbesondere Unterstützung bei dem berühmten Erzbischof Dupanloup, der eines Tages zu des Grafen großer Überraschung als einfacher Abbé gekleidet im Abenddunkel in dessen Zimmer trat. Graf Frankenberg bemerkte bald, daß er eine ernste Unterredung vorhatte. Zuerst bat der Erzbischof um Schonung seiner Stadt, welche die schwere Kriegskontribution nicht leisten könne. Dann ging er plötzlich auf ein andres Thema über und sprach sehr feurig über hohe Politik, indem er den Grafen Frankenberg in seine Pläne einweihte, welche später sich größtenteils genau erfüllt haben.

[1]) Im II. Bande seines Werkes „Auf dem Wege zur deutschen Einheit".
[2]) Vergl. S. 92.

Digitized by Google

Frankenberg hat über diese Unterredung folgende Aufzeichnungen gemacht: „Frankreich muß Frieden haben" — begann Dupanloup — „und zwar bald, denn alles bei uns ist in Frage gestellt und alles geht in Trümmer, wenn der Krieg, in welchem wir, wie ich erkenne, besiegt sind, noch länger dauert.

Man hat sich von seiten der Notablen dieser Stadt und anderwärts mit der Aufforderung an mich gewendet, eine Friedens-Liga zu bilden und an deren Spitze zu treten. Ich kann es heute nicht mehr, denn Orleans hat nicht mehr die Ehre der Freiheit und der Unabhängigkeit, und nur von einem Punkte und einem Manne, der sicher und frei ist, darf die Bewegung ausgehen. Der einzige Mann in Frankreich, der heute den Frieden machen kann, ist mein langjähriger Freund Thiers. Seine Voraussicht unsres Unterliegens, sein mutiger Widerstand in der Legislatur gegen den Krieg haben sein Ansehen mächtig gehoben und ihm die volle Unabhängigkeit im Handeln gewahrt. Der Ort, von welchem die Friedensbewegung ausgehen muß, ist Bordeaux — eine Stadt von 200000 Einwohnern, die fern und sicher gelegen ist. Ich will mit Thiers, den ich in Tours vermute, mich ganz geheim in Verbindung setzen und brauche daher ein sauf conduit für einen Vertrauten, den ich mit nur mündlichem Auftrage an ihn absende. Eine Sicherheit müssen wir aber vor allen Dingen haben, daß Preußen nicht beabsichtigt, uns Napoleon wieder aufzudrängen."

Hier bemerkte ich: Soviel ich nach offiziellen Kundgebungen und meiner Kenntnis der Ideen an der maßgebenden Stelle die Situation beurteile, wird Frankreich ganz frei und unabhängig seine inneren Angelegenheiten regeln können. Wir brauchen Friedensgarantien, in das Weitere mischen wir uns nicht ein.

Monseigneur schien von dieser Erklärung sehr befriedigt und fuhr fort: „Ich habe die Depesche des Grafen Bismarck über seine Zusammenkunft mit Jules Favre in Ferrières gelesen. Die Forderungen, welche er darin an Frankreich stellt, sind nicht übertrieben, und ich erkenne sie als durch die Erfolge und die Situation berechtigt an. Gebietsabtretungen müssen wir uns gefallen lassen, und da neben Straßburg und Metz nur ein gewisses Territorium, nicht aber die ganzen Provinzen Elsaß und Lothringen gefordert werden, ist die Bedingung acceptabel. Ist der Friede gemacht, so kann Frankreich nur durch Rückkehr zur legitimen Dynastie gerettet werden. Preußen hat Jena überstanden, weil es die Hohenzollern als Hort hatte; Österreich überdauerte Austerlitz und Königgrätz, weil es durch die Habsburger zusammenhielt. Ein Unheil für uns ist noch der Zwiespalt in der legitimen Familie, und hier wünschte ich den Einfluß des Königs Wilhelm, um eine Vereinigung der Getrennten zu stande zu bringen. Die Sache müßte mit dem tiefsten Geheimnis umgeben werden, aber ich weiß, sie kann gelingen."

Ich frug, in welcher Art Monseigneur sich die Erledigung der Thronfolge wohl denke? „Der Graf von Chambord" — antwortete er — „muß König werden, und da er kinderlos ist, den Grafen von Paris als Erben adoptieren. Ich spreche" — fuhr der Bischof fort — „hier nicht allein meine Meinung aus, sondern glauben Sie, daß mir zur Seite der ganze Episkopat Frankreichs steht! Ich bitte Sie, in Versailles Sr. Majestät dem Könige und dem Grafen Bismarck Kenntnis

Digitized by Google

von dem zu geben, was ich Ihnen mitgeteilt habe. Das Geheimnis aber muß gewahrt bleiben, wenn meine Bemühungen und die meines Freundes Erfolg haben sollen!" Der Bischof hatte mit solcher Wärme und solcher Bestimmtheit seine Ideen entwickelt, daß ich tief ergriffen war. Die Hoffnung trat mir vor die Seele, daß der Friede, der ersehnte Friede uns näher sei, als wir glaubten, daß leidenschaftslos denkende Männer in Frankreich die Lage des Landes richtig beurteilten und mit ihnen auf der Basis, die Deutschland fordert, paktiert werden könne, während den Machthabern des Moments der Boden unter den Füßen schwinde. Ich verhehlte dem großen Kirchenfürsten meine Gedanken nicht und er schied von mir in herzlichster Weise, indem er sprach: „Bestellen Sie alles was ich Ihnen anvertraute, und Gott segne Ihre Worte!"

Es war dunkel geworden, als der Bischof in einfachem Abbé-Mantel mit schwarzem, breitkrämpigem Hut das Haus verließ. Unten stand ein Trupp Franzosen, die wohl gesehen hatten, als er hineinging, und sich nun wunderten, was er wohl so lange bei dem maudit Prussien gemacht habe. Am andern Morgen um 6 Uhr verließ ich Orleans im dichtesten Nebel. In Etampes fütterte ich zwei Stunden. Ohne die Peitsche in die Hand zu nehmen fuhr ich so die 16 Meilen glatt durch, und beide Pferde gingen bis zuletzt fest in die Hand und langen Trab. Um 6½ Uhr trat ich zu Excellenz von Blumenthal ins Zimmer und gab die Depeschen von General von der Tann ab. Gleich darauf empfing mich der Kronprinz und hörte mit lebhaftem Interesse meine Meldungen und Mitteilungen aus Orleans an. Er befahl mir, um 9 Uhr beim König zum Thee zu erscheinen. Se. Majestät rief mich, sobald ich kam, heran, trat abseits an den Kamin und vernahm mit gespannter Aufmerksamkeit meine Relation. „Das ist sehr wichtig, was Sie mir da überbringen. Das ist viel, daß unsre Bedingungen von Dupanloup annehmbar erklärt werden. Gehen Sie morgen sofort zu Bismarck und erzählen Sie ihm alles. Thiers hat sich übrigens selber schon angemeldet, von Florenz aus, und kann jeden Tag kommen."

Ich brachte nun noch die Bitte um Erlaß der Kontributionen von Orleans vor. Der König rief den Kronprinzen heran und sagte ihm: „Gieb morgen Befehl, daß die Verpflegungssache geregelt werde!"

Am folgenden Morgen ging ich zu Bismarck. Er lag an einem Fußübel zu Bett, ließ mich aber sofort vor. Ich stellte meinen Stuhl zu seinen Füßen so hin, daß ich ihm voll ins Gesicht sehen konnte und begann meinen Bericht. Als ich die Vorbedingung erwähnte, die der Bischof stellte, daß nämlich Napoleon von uns nicht zurückgeführt werden solle, sagte er lächelnd: „Das können wir ruhig acceptieren!" Dann freue ich mich, Excellenz, fuhr ich fort, wohl das Richtige getroffen zu haben, wenn ich dem Bischof sagte: Frankreich werde ohne unsre Einmischung seine Angelegenheiten regeln können, sobald Friede sei. Der Graf nickte verschmitzt und zog sich die Decke höher herauf. Als ich ihm sagte, Dupanloup habe die Forderungen seiner Cirkular-Depesche für annehmbar und angemessen erklärt, stieß er die Decke wieder zurück, hob sich auf den Ellenbogen und sagte: „Das ist mir lieb zu erfahren, das ist mir sehr wichtig!" Als ich

Digitized by Google

von Thiers sprach, unterbrach er mich: „Ich kann ihn jeden Tag hier eintreffen sehen. Er hat schon selbst angefragt von Florenz aus, ob er ins Hauptquartier kommen dürfe. Seine Mission an allen Höfen hat vollständig Fiasko gemacht, und es soll mir angenehm sein, ihn jetzt zu sehen. Ich mache Frieden mit dem, der uns die günstigsten Bedingungen und Garantien bietet. Sie müssen nun Dupanloup antworten, daß seine Intermediation günstig aufgenommen sei, daß sein Freund hier erwartet werde, und in betreff Napoleons drücken sie sich vorsichtig aus, sagen Sie: die Ansicht, welche Sie neulich Monseigneur gegenüber ausgesprochen hätten, scheine dem Willen an maßgebender Stelle zu entsprechen. Fügen Sie dann noch eins bei: Wir unterhandeln mit Metz. Bazaine und seine Armee sind immer noch gut kaiserlich und der Marschall will nur auf Befehl Napoleon's sich übergeben. Der Bischof soll nicht ignorieren, welche verschiedenen Strömungen in Frankreich herrschen und wie nötig darum der Friede mit dem äußeren Feinde ist." Ich sprach die Hoffnung aus, Metz bald kapitulieren zu sehen. „In acht Tagen, meine ich, können wir darauf rechnen," entgegnete der Kanzler, „die Unterhandlungen gehen langsam. Jetzt verlangt Bazaine noch mit Armee und Waffen nach Belgien übertreten zu dürfen, um sich dort kriegsgefangen zu geben. Diesem Spiel aber trauen wir nicht, wir bestehen auf den Bedingungen von Sedan."

Ich wechselte infolgedessen drei Briefe mit Monseigneur Felix, die sich mit Krankenpflege, Genfer Konvention, Kriegskontribution und Friedensbedingungen beschäftigten.

Der Schluß war der, daß am 3. November der Erzbischof so ziemlich alles zurückzuziehen versuchte, was er früher angeboten hatte. Als ich diesen Brief dem Kanzler vorlas, lachte er und sagte: „Aha, die Armee Gambetta's nähert sich der Loire, da ist in Orleans der Wind umgeschlagen!"

Thiers war während dieser Verhandlungen in Versailles erschienen. Ich übergab ihm zwei Briefe seines Freundes Dupanloup, erzählte ihm die Unterredung und die Vorschläge seines Freundes und lernte auf diese Weise den Friedensstifter und Regenerator Frankreichs kennen. Es traf sich seltsam, daß gerade ich zum Zwischenträger der ersten Friedensvorschläge wurde, auf deren Basis, nachdem die Loire-Armee und die andern Armeen Gambetta's besiegt waren und Paris erschöpft war, das schwere Werk gelingen sollte." —

Am 30. November 1870, als Graf Frankenberg eben von dem blutigen Gefecht des VI. Korps bei Ville Juif abends nach Hause kam, ließ ihm Bismarck sagen: er müsse in den Reichstag, um die Verträge mit den süddeutschen Staaten retten zu helfen. Frankenberg ging zu ihm hin, um sich zu orientieren. „Die Situation" — sagte der Kanzler — „ist ernst, wie Delbrück telegraphiert, ich glaube kaum mehr an die Annahme des Vertrags mit Bayern. Ich habe zwar mehr erlangt als Bennigsen-Lasker gefordert hatten, als sie in München waren, um sich mit den dortigen Führern der Liberalen zu verständigen. Eigentlich haben sie mir durch zu billige Bedingungen das Geschäft verdorben. Das wird sie aber jetzt gar nicht hindern zu behaupten — ich hätte zu wenig durch-

Digitized by Google

gesetzt. Verwirft der Reichstag jetzt die Verträge, so müssen wir bis 1877 so weiter existieren, wie bisher — was aber bis dahin geschieht, das weiß der Himmel. Die Herren werden dann selber zusehen müssen, wie sie bessere Verträge zu stande bringen können!"

Frankenberg entgegnete, daß er nimmermehr glaube, der Reichstag werde sich selbst seinen Grabstein setzen, der das deutsche Volk mit Unmut und Trauer erfüllen müsse. „Ganz richtig" — fiel Bismarck ein — „Deutschland wird trauern und unsre Feinde ringsum werden jubeln! Wir selber nehmen vielleicht die Sache gar nicht so ernst, aber das Ausland wird an die tiefste Zerrissenheit Deutschlands und die Unmöglichkeit jemaliger Einigung glauben. Der Friedensschluß, vor dem wir stehen, wird dann unendlich erschwert und sicherlich ungünstiger für uns werden. Ich höre" — sagte er abspringend — „die Liberalen verlangen durchaus einen Kaiser. Den sollen sie haben, das verspreche ich ihnen. Es ist alles dazu eingeleitet und im Gange. Halten Sie fest in Berlin" — schloß er mit Nachdruck — „wenn wir jetzt die Einigung nicht zu stande bringen, ist sie für Jahre verloren."

Im Reichstag fand Graf Frankenberg die Stimmung günstiger als der Kanzler sie angesehen hatte. Am 8. Dezember votierte der Reichstag die Verträge mit den süddeutschen Staaten mit allen gegen 32 Stimmen.

Am 23. Januar 1871 befand sich unter den Tischgästen im Hause Bismarck's auch wiederum der Reichstagsabgeordnete Graf Fred Frankenberg. Der Kanzler empfing ihn mit der guten Nachricht, er erwarte Jules Favre. „Den Bundeskanzler von Ferrières wird er jetzt nicht mehr in mir finden," fügte er drohend und grimmig hinzu. Als Frankenberg um 7 Uhr sich verabschiedete, kam ein geschlossener Glaswagen gefahren, der den französischen Unterhändler brachte. Als Graf Frankenberg nachts 12 Uhr noch an seinem Schreibtische saß, kam Fürst Putbus eilig heran und rief jubelnd: „Wir haben Paris! Eben komme ich von Lehndorff zurück, dort trat Bismarck plötzlich ein, pfiff Halali und rief: „Es ist zu Ende! Trochu ist gestürzt, Favre ganz zahm. Ich habe eben drei Stunden mit ihm konferiert und schon dem Kaiser Vortrag gehalten."

Über die etwas bestrittene Frage von Bismarck's Einzug nach Paris berichtet Graf Frankenberg: „Mit dem VI. (schlesischen) Armee-Korps hielt ich meinen Einzug in Paris durch die Grande Avenue de Neuilly oder de la grande armée. Plötzlich kam Graf Bismarck in gelber Kürassier-Uniform angetrabt. Als er mich freundlich grüßte, konnte ich es mir nicht versagen, dem Manne, den ich über alles verehre, zu sagen: „Excellenz, am Abend von Königgrätz haben Sie mir die Rechte geschüttelt, lassen Sie mich in dem Thore von Paris auch wieder Ihre Hand drücken!" Der Kanzler antwortete kein Wort, aber er preßte meine Hand so kräftig zwischen seine mächtigen Finger, daß ich seine innere Erregung sehr deutlich und fast schmerzlich verspürte.

Am Rande des Weges stand gedrängt französisches Gesindel. Bismarck ritt dicht an dieser Bande entlang, und ich bemerkte, daß er sehr wohl erkannt wurde. „Voilà, Bismarck, c'est lui!" schrie manche Stimme, und ich sah viele Blousenmänner, die, so rasch es anging, vorauliefen, um den gehaßten Gegner nochmals

Digitized by Google

vorbeipassieren zu sehen. Mir wurde bange um ihn. Ich drängte mein Pferd möglichst zwischen ihn und die Menge und paßte genau auf, ob nicht ein Revolver oder Dolch blitzen werde. Am Arc de Triomphe wurde das Gedränge immer ärger, so daß wir zum Stillhalten kamen. Da wendete Bismarck in eine Nebenstraße ein, seine Herren begleiteten ihn, und als ich ihn in der Richtung nach Versailles zu unbehelligt forttraben sah, wandte ich mich zurück und durchritt den ganzen Raum der Elysäischen Felder, welcher allein den deutschen Heeren eingeräumt worden war."

Nach Sedan hatten auch die Konservativen das Bedürfnis gefühlt, die Grundlagen zu einer neuen deutschen konservativen Partei zu legen. Zu diesem Behuf war M. von Blanckenburg bereits Ende September nach Berlin gekommen, um mit den extremen preußischen Fraktionsgenossen zu verkehren. „Ich wäre beinahe" — schreibt derselbe am 24. September 1870 dem Kriegsminister Roon — „nach München gefahren, um Anknüpfungspunkte zu suchen — indeß sagten wir uns, daß es unthunlich sei, hinter Bismarck's Rücken und ohne dessen Aufträge an Delbrück zu kennen in Bayern anzubinden" [1]).

Als die Konservativen über die Basis der Neuorganisation des Reichs in geheimen Beratungen sich geeinigt hatten, hatte Blanckenburg mit Wagener, Lasker, Forckenbeck und Unruh eine Konferenz. Das Resultat übersandte der Abgeordnete Geheimrat Hermann Wagener in einem Promemoria an Bismarck, damit dieser genau erfahre, „was die Konservativen, soweit er mit denselben rechnen mußte, und die Nationalliberalen denken." Diese letzteren kamen aus München und Stuttgart und berichteten blaue Wunderdinge! Alles sei bereit zum Eintritt, es käme nur auf Bismarck an. —

Es fehlte nicht viel, und der Reichstag wäre nach Versailles berufen worden. Bismarck lancierte diesen Gedanken zuerst am 29. Oktober 1870 [2]). Am folgenden Tage wurde dieser Gedanke von dem Kanzler bereits ausführlich besprochen und erwogen, ob wohl auf den Einwand Delbrück's der Ständesaal von Versailles für eine so große Versammlung Raum genug bieten würde. Am 4. November 1870 faßte Bismarck auch die Berufung des Zollparlaments nach Versailles ins Auge; der Gedanke wurde aber bald fallen gelassen. Dafür berief er Ende Oktober 1870 drei Reichstagsmitglieder, für die Konservativen von Blanckenburg, für die Nationalliberalen von Bennigsen [3]), und für die Freikonservativen Dr. Friedenthal nach Versailles, um Vertreter der verschiedenen Gruppen der damaligen Reichstagsmehrheit über gewisse Fragen zu hören, welche damals gelegentlich des Abschlusses der Bundesverträge mit den deutschen Staaten einen Gegenstand der Verhandlungen bildeten.

Moritz von Blanckenburg kam am 26. Oktober 1870 in Versailles an, nachdem er einundsechzig Stunden lang mit dem Post-Courier Tag und Nacht gefahren

[1]) Graf Roon, Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 488.

[2]) M. Busch, Bd. I, S. 293, 299 und 314.

[3]) Über Bennigsen's Anwesenheit in Versailles vergl. M. Busch, Bd. I, S. 281, 293 und 294 und das „Tagebuch des Kaisers Friedrich" unterm 18. Oktober 1870.

Digitized by Google

war. Zu seinen Ehren veranstaltete der Kriegsminister von Roon einige kleine Diners, woran auch Bismarck teilnahm.

Am 31. Oktober kam es bei einem solchen Diner zu einer ziemlich heftigen Auseinandersetzung zwischen Roon und einem der Gäste, der dem Kriegsminister lebhafte Vorwürfe wegen der Verschleppung des Bombardements machte. Der Angegriffene blieb ihm nichts schuldig. Bismarck, der an diesem Tage auch bei Roon war, versuchte die Sache wieder auszugleichen, aber es wurde nur ein höflicher Waffenstillstand geschlossen [1]).

Über die Aussichten der Versailler Verträge im Reichstage, insbesondere des mit Bayern abgeschlossenen Vertrages, muß Delbrück nach Versailles überaus pessimistische Nachrichten gesandt haben. Für den Fall, daß der Fortschritt und die Nationalliberalen die Abmachungen mit den süddeutschen Staaten wirklich ablehnen sollten, stand Bismarck's Entschluß fest, den Reichstag aufzulösen. „Dann wird die Fortschrittspartei bei den Neuwahlen noch kleiner werden, und von den Nationalliberalen werden auch einige nicht wiederkommen" [2]) (29. November 1870). Ein paar Tage später (2. Dezember) gab er seiner Befürchtung darüber Ausdruck, der Reichstag möchte den Vertrag mit Bayern, wenn auch nicht verwerfen, doch abändern. „Die Leute ahnen nicht" — bemerkte Bismarck, die Konsequenzen eines solchen Vorgehens beleuchtend — „was die Lage ist." —

Die Art, wie die Wiederherstellung der deutschen Kaiserwürde vor den Reichstag gebracht wurde, fand den Beifall Bismarck's nicht. „Es mußte bei dieser Sache eine wirksamere Mise en scène stattfinden. Es hätte einer auftreten müssen, um seiner Unzufriedenheit mit den bayerischen Verträgen auszusprechen. Es fehlte dies, und es mangelte jenes. Dann mußte er sagen: ja, wenn sich ein Äquivalent für diese Mängel gefunden hätte, etwas worin die Einheit ausgesprochen wäre, das wäre was Andres, und nun mußte man den Kaiser hervorziehen." —

Im Dezember 1870 beschloß der Reichstag, eine Adresse desselben in Versailles durch eine Deputation von Reichstagsabgeordneten überreichen zu lassen. Am 14. Dezember sprach man am Tische des Kanzlers davon, daß die Reichstagsdeputation bereits in Straßburg angelangt sei, und in ein paar Tagen in Versailles eintreffen werde. „Da müssen wir doch endlich auch daran denken" — äußerte der Kanzler — „was wir ihnen antworten wollen. Simson wird das übrigens wohl thun. Der hat solche Sachen schon mehrmals mitgemacht, bei der ersten Kaiserdeputation, dann auf der Hohenzollernburg. Er spricht geschickt, spricht gern und gefällt bei solchen Gelegenheiten" [3]). Am 16. Dezember meldete sich der Präsident Simson bereits um 10 Uhr morgens bei Bismarck, der ihn wohl über die Abneigung des Königs, die Reichstagsdeputation vor Eingang aller fürstlichen

[1]) Denkwürdigkeiten des Kriegsministers Grafen von Roon, Bd. II, S. 497. Als Blanckenburg von Versailles nach Berlin zurückkam, und mit Wagener und „einem Haufen Freikonservativer" gesprochen hatte, sah er schwarz, und fürchtete eine „Verlaskerung des ganzen Reichstags".

[2]) M. Busch, Bd. II, S. 45 und 62, Äußerung Bismarck's über den radikalen Charakter der Berliner Wahlen, Bd. I, S. 311.

[3]) M. Busch, Bd. II, S. 97, 122, 137, 140 und 141.

Digitized by Google

Zustimmungsbriefe zur Herstellung der Kaiserwürde zu empfangen[1]), verständigte. Diese Briefe waren erst an den König von Bayern gegangen, der sie dem Könige von Preußen zuschickte. Telegraphisch hatten die deutschen Fürsten sich bereits alle zustimmend geäußert, nur Lippe schien noch nicht mit seinen Bedenken ins Reine gekommen zu sein. Man glaubte, es würden infolge dieser Verzögerung ein Paar von den Mitgliedern der Deputation erkranken müssen.

Erfreulicherweise trafen die fürstlichen Zustimmungsbriefe in den nächsten Tagen ein, sodaß der feierliche Akt am Sonntag den 18. Dezember vor sich gehen konnte. Da über denselben die Reichstagsverhandlungen keinen Aufschluß geben, so will ich hier den einzigen getreuen Bericht wiedergeben, welcher seiner Zeit im „Staatsanzeiger" erschien.

Gegen 10 Uhr versammelte sich vor der Schloßkapelle auf der „Place d'Armes", um das Denkmal Ludwigs XIV., der Kronprinz mit seinem Stabe, die Prinzen des Königlichen Hauses, die deutschen Fürsten, die Generäle und Offiziere, um Se. Majestät zu erwarten. Der König betrat, dem glänzenden Gefolge um wenige Schritte voran, die Kirche, nach allen Seiten den Gruß der versammelten Soldaten erwiderud, und nahm Platz zur Rechten des Altars, an seiner Seite die Prinzen und Fürsten. Die vordersten Reihen der linken Seite waren von den Abgeordneten eingenommen. Nach dem Gesang eines Militärchors: „Ehre sei Gott in der Höhe", und einem von der Militärmusik begleiteten Choral hielt Hof- und Divisions-Prediger Rogge aus Potsdam die Predigt, die auf die Bedeutung des Tages Bezug nahm.

Die Überreichung der Adresse fand um 2 Uhr in dem großen Empfangssaale der Präfektur statt. Auf den Korridoren, welche die Eintretenden passieren mußten, versahen Mannschaften von der Stabswache des großen Hauptquartiers die Ehrenposten. Eingeladen waren die Fürsten mit den höchsten Chargen ihrer persönlichen Umgebung, der Bundeskanzler, die Generäle, die höheren Beamten des Königlichen Hofstaates.

Se. Majestät nahm am Ende des Saales Platz. Zur Rechten standen Se. Königliche Hoheit der Kronprinz, die Prinzen Karl und Adalbert von Preußen, die Großherzöge von Baden, Sachsen und Oldenburg, die Herzöge von Koburg und Meiningen, der Prinz Wilhelm von Württemberg, die Erbgroßherzöge von Sachsen, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg, der Herzog Eugen von Württemberg, der Erbprinz von Hohenzollern. Es folgten die Generäle von Roon, von Podbielski, von Blumenthal, von Hindersin, von Kirchbach u. a. General Graf von Moltke hatte sich den Deputierten angeschlossen, die in der Mitte des Saales vor Sr. Majestät Aufstellung genommen hatten. Zur Linken

[1]) Dem Tagebuch des Kaisers Friedrich zufolge (Eintrag vom 16. Dezember 1870) wollte der König nichts vom Empfang der Abgeordneten hören, „doch lebt er sich mehr in die Sache ein; schlimm ist, daß gerade jetzt Bismarck fußleidend ist." 17. Dezember 1870. „Ich höre vom Hofmarschall des Prinzen Karl, daß morgen bei Sr. Majestät Diner für die Reichstagsabgeordneten. Bismarck sagt, der König wolle sie vorher empfangen; lange Unterhaltung mit Simson, der korrekt und logisch."

Digitized by Google

Sr. Majestät des Königs stand der Bundeskanzler, die Herren vom Civil- und Militärkabinet, die Flügel-Adjutanten, der Hofstaat.

Tiefe Stille herrschte, als der Präsident Dr. Simson die Feierlichkeit mit der folgenden Ansprache an Se. Majestät eröffnete:

Allerdurchlauchtigster König,
Allergnädigster König und Herr!

Ew. Königliche Majestät haben huldreich gestattet, daß die von dem Reichstage des Norddeutschen Bundes am 10. d. M. beschlossene Adresse Allerhöchstdenselben in Ihrem Hauptquartier zu Versailles überreicht wird.

Dem Beschluß der Adresse war die Zustimmung zu den Verträgen mit den deutschen Südstaaten und zu zwei Verfassungsänderungen voraufgegangen, mittelst deren dem künftigen deutschen Staat und seinem höchsten Oberhaupt Benennungen gesichert werden, auf denen die Ehrfurcht langer Jahrhunderte geruht, auf deren Herstellung das Verlangen des deutschen Volkes sich zu richten niemals aufgehört hat.

Ew. Majestät empfangen die Abgeordneten des Reichstags in einer Stadt, in welcher mehr als ein verderblicher Heereszug gegen unser Vaterland ersonnen und ins Werk gesetzt worden ist. Nahe bei derselben sind — unter dem Druck fremder Gewalt — die Verträge geschlossen, in deren unmittelbarer Folge das Reich zusammenbrach.

Und heute darf die Nation von eben dieser Stelle her sich der Zusicherung getrösten, daß Kaiser und Reich im Geist einer neuen lebensvollen Gegenwart wieder aufgerichtet und ihr, wenn Gott ferner hilft und Segen giebt, in beidem die Gewißheit von Einheit und Macht, von Recht und Gesetz, von Freiheit und Frieden zu teil werden.

Ew. Majestät wollen geruhen, den Befehl zu erteilen, daß der Wortlaut der Adresse verlesen und die Urkunde in Ew. Majestät Hände gelegt werde.

Nachdem Se. Majestät Allerhöchstihre Zustimmung gegeben, verlas der Präsident Dr. Simson die Adresse, welche auf Pergament geschrieben, in rotem Einband eingeschlossen, Sr. Majestät überreicht und von Allerhöchstdemselben dem Flügel-Adjutanten Grafen Lehndorff eingehändigt wurde. Se. Majestät der König verlasen darauf die folgende

Allerhöchste Erwiderung an die Deputation des Reichstags.

Geehrte Herren!

Indem ich Sie hier auf fremdem Boden, fern von der deutschen Grenze, empfange, ist es Mir das erste Bedürfnis, Meiner Dankbarkeit gegen die göttliche Vorsehung Ausdruck zu geben, deren wunderbare Fügung uns hier in der alten französischen Königsstadt zusammengeführt.

Gott hat uns Sieg verliehen in einem Maße, wie Ich es kaum zu hoffen und zu bitten wagte, als Ich im Sommer dieses Jahres zuerst Ihre Unterstützung für diesen schweren Krieg in Anspruch nahm.

Digitized by Google

Diese Unterstützung ist mir in vollem Maße zu Theil geworden, und Ich spreche Ihnen den Dank dafür aus in Meinem Namen, im Namen des Heeres, im Namen des Vaterlandes. Die siegreichen deutschen Heere, in deren Mitte Sie Mich aufgesucht haben, fanden in der Opferwilligkeit des Vaterlandes, in der treuen Theilnahme und Fürsorge des Volkes in der Heimath, in der Einmüthigkeit des Volkes und des Heeres ihre Ermuthigung in schweren Kämpfen und Entbehrungen.

Die Gewährung der Mittel, welche die Regierungen des Norddeutschen Bundes noch in der eben geschlossenen Session des Reichstags für die Fortsetzung des Krieges verlangten, hat Mir einen neuen Beweis gegeben, daß die Nation entschlossen ist, ihre volle Kraft dafür einzusetzen, daß die großen und schmerzlichen Opfer, welche Mein Herz wie das Ihrige tief bewegen, nicht umsonst gebracht sein sollen, und die Waffen nicht aus der Hand zu legen, bis Deutschlands Grenze gegen künftige Angriffe sicher gestellt ist.

Der Norddeutsche Reichstag, dessen Grüße und Glückwünsche Sie Mir überbringen, ist berufen gewesen, noch vor seinem Schluß zu dem Werke der Einigung Deutschlands entscheidend mitzuwirken. Ich bin denselben dankbar für die Bereitwilligkeit, mit welcher er fast einmüthig seine Zustimmung zu den Verträgen ausgesprochen hat, welche der Einheit der Nation einen organischen Ausdruck geben werden.

Der Reichstag hat, gleich den verbündeten Regierungen, diesen Verträgen in der Ueberzeugung zugestimmt, daß das gemeinsame staatliche Leben der Deutschen sich um so segensreicher entwickeln werde, als die für dasselbe gewonnenen Grundlagen von unsern süddeutschen Bundesgenossen aus freier Entschließung, nach Maßgabe ihrer eigenen Würdigung des nationalen Bedürfnisses, bemessen und dargeboten worden sind. Ich hoffe, daß die Vertretungen der Staaten, denen jene Verträge noch vorzulegen sind, ihren Regierungen auf dem betretenen Wege folgen werden.

Mit tiefer Bewegung hat Mich die durch Se. Majestät den König von Bayern an Mich gelangte Aufforderung zur Herstellung der Kaiserwürde des alten Deutschen Reichs erfüllt. Sie, meine Herren, bringen Mir im Namen des Norddeutschen Reichstags die Bitte, daß Ich Mich dem an Mich ergehenden Rufe nicht entziehen möge.

Ich nehme gern aus Ihren Worten den Ausdruck des Vertrauens und der Wünsche des Norddeutschen Reichstags entgegen. Aber Sie wissen, daß in dieser so hohe Interessen und so große Erinnerungen der deutschen Nation berührenden Frage nicht Mein eigenes Gefühl, auch nicht Mein eigenes Urtheil Meinen Entschluß bestimmen kann.

Nur in der einmüthigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Städte und in dem damit übereinstimmenden Wunsche der deutschen Nation und ihrer Vertreter werde ich den Ruf der Vorsehung erkennen, dem ich mit Vertrauen auf Gottes Segen folgen darf.

Digitized by Google

Es wird Ihnen wie Mir zur Genugthuung gereichen, daß ich durch Se. Majestät den König von Bayern die Nachricht erhalten habe, daß das Einverständniß aller deutschen Fürsten und freien Städte gesichert ist und die amtliche Kundgebung desselben bevorsteht.

Nach beendeter Rede schritt Se. Majestät auf den Präsidenten Dr. Simson zu, begrüßte ihn auf das huldvollste und kündete ihm die Verleihung des Sterns zum Roten Adler-Orden zweiter Klasse an. Se. Majestät reichte dann allen Mitgliedern die Hand, und sprach mit jedem einige Worte. Ein Hoch des Präsidenten auf Se. Majestät den König Wilhelm, den obersten Feldherrn des deutschen Heeres, schloß die Feier.

Simson blieb noch den folgenden Tag in Versailles und machte nach 2 Uhr mit Bismarck einen Ausflug zu Wagen. Dabei erzählte derselbe dem Kanzler, er sei das letzte Mal 1830 nach der Juli-Revolution in Versailles gewesen. Bismarck dachte, Simson würde sich für den Park und die hübschen Aussichten in ihm interessieren. Aber er zeigte nichts davon. Nun, vielleicht waren ihm an der Seite des Gründers des Reichs andre Gedanken mehr am Herzen als der Sinn für landschaftliche Schönheiten. Die Anwesenheit der Reichstags-Deputation in Versailles gab Bismarck auch Veranlassung, seinen Klagen über die Verzögerung des Bombardements von Paris Ausdruck zu geben. Dem Kanzler wäre es erwünscht gewesen, wenn diese Frage im Reichstag im Wege einer Interpellation zur Sprache gebracht worden wäre. Das Nähere hierüber und ein höchst charakteristisches Gespräch, das Bismarck darüber mit dem Abgeordneten Weigel führte, findet man in den Erinnerungen des Abgeordneten H. B. von Unruh, deren Publikation in der „Deutschen Revue“ im Gange ist. —

Am 28. Januar 1871 zählte zu den Tischgästen Bismarck's der Abgeordnete von Dietze-Barby[1]). Als derselbe in das Haus des Kanzlers in Versailles eintrat, kam der letztere gerade die Treppe herab und freute sich lebhaft über die Ankunft des bekannten Gesichts. Er habe augenblicklich wichtige Geschäfte, sagte er zu Dietze, rechne aber darauf, denselben bei Tisch zu sehen. Bismarck's Diener Engel riet Dietze, sich vorher zu stärken, denn der Anfang des Diners könne leicht Aufschub erhalten. Es war der Tag, da Jules Favre die Kapitulation unterzeichnete und mit mehreren Offizieren der Gast des Kanzlers war.

Über Dietze bemerkte Bismarck einmal in Versailles: „Der ist doch der liebenswürdigste Mensch, den ich kenne, sein Haus ist das gastfreieste und behaglichste, in dem ich je gewesen bin. Gute Jagd, vortreffliche Verpflegung und eine allerliebste, scharmante Frau. Er zeigt so recht die natürliche, angeborene Herzlichkeit — politesse du coeur — nichts Anerzogenes. Wie anders ist eine Jagd bei ihm[2]), der ohne Gewehr mitreitet und sich freut, wenn seine Gäste recht viel schießen, als eine gewisse andre Jagd, wo es für selbstverständlich gilt,

[1]) Vergl. S. 49.

[2]) Am 27. Dezember 1871 begab sich Bismarck nach Barby, jagte daselbst am 28. und 29. und erlegte 315 Hasen.

Digitized by Google

daß der Herr des Gutes das Meiste schießt, und wo es schlechte Laune und schlechte Behandlung der Diener giebt, wenn es nicht so kommt."

Die Urteile Bismarck's über andre Abgeordnete aus der Zeit seines Versailler Aufenthaltes waren stets treffend, aber für den Betroffenen nicht immer schmeichelhaft. Waldeck[1]), der Führer und Abgott der Fortschrittsdemokraten, wurde von Bismarck während des deutsch-französischen Krieges einmal wie folgt charakterisiert: „Ähnliche Anlage wie Favre, immer konsequent, prinzipientreu, fertig mit seiner Ansicht und seinem Entschlusse von vornherein; dazu stattliche Gestalt, weißer, ehrwürdiger Bart, Phrase im Brustton der Überzeugung auch in Kleinigkeiten — das imponierte. Er hielt mit einer Stimme, die von tiefster Überzeugungstreue und Zuversichtlichkeit bebte, eine Rede darüber, daß der Löffel hier im Glase stecke (wir waren eben beim Thee), und proklamierte, daß jeder ein Schuft sei, der das nicht glauben wolle, und alle glaubten's ihm und priesen in allen Tonarten seine energische Gesinnung."

Auch die Haltung des Generals von Steinmetz[2]) im Reichstag gefiel Bismarck nicht. Die Tapferkeit gestand er ihm zu, aber er bezeichnete ihn als eigenwillig und über die Maßen eitel. Im Reichstag — so erzählte Bismarck am 21. August 1870 während des französischen Feldzuges — halte er sich immer in der Nähe des Präsidentenstuhles auf und stehe, damit man ihn hübsch sehen könne. Auch kokettiere er, indem er fleißig aufpasse und sich auf ein Papier Notizen mache. „Er denkt dabei" — so schloß diese kleine Charakteristik — „daß die Zeitungen davon Notiz nehmen und seinen Eifer loben werden." Bismarck irrte durchaus nicht; die Presse hatte, wie gewöhnlich, was gewünscht und erstrebt wurde, zur Genüge gethan[3]).

Als im November 1870 bei Tisch die Möglichkeit erwähnt wurde, daß der Papst in Deutschland Aufenthalt und Zuflucht finden könne, setzte Bismarck hinzu: „Für die Opposition der Ultramontanen hörte jeder Vorwand auf. . . . Mallinckrodt träte auf die Seite der Regierung[4])." Nach Mallinckrodt's Tode wurde vom damaligen Reichskanzler die Äußerung berichtet: „Das Rennen zwischen der ultramontanen und der nationalen Partei steht jetzt; bisher war das Centrum gerade um die Länge Mallinckrodt's voraus[5])."

---

[1]) Waldeck, Benedict Franz Leo, Dr. jur. Geb. 31. Juli 1802 zu Münster. Seit 1846 Geheimer Ober-Tribunalsrat in Berlin. 1848 an vier Stellen zur Nationalversammlung gewählt; zur 2. Kammer in 2 Berliner Wahlbezirken gewählt und Mitglied der äußersten Linken. Nach ihrer Auflösung ward Waldeck 16. Mai 1849 verhaftet und mußte 6½ Monate Untersuchungshaft in der Hausvogtei zubringen; bei seiner glänzenden Freisprechung am 3. Dezember 1849 erklärte der Staatsanwalt selbst die Beschuldigungen für Produkte eines Bukenstückes. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1861, 1862—1869, des konstituierenden und des ordentlichen Reichstags 1867—1869. Verstorben 12. Mai 1870.

[2]) Vergl. S. 84.

[3]) M. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I, S. 46.

[4]) Busch I, S. 338.

[5]) Vergl. die „Tribüne" vom 4. Juni 1874.

Digitized by Google

Als Vogel von Falckenstein während des deutsch-französischen Krieges den Abgeordneten Jacoby als franzosenfreundlich demonstrierenden Sozialdemokraten hatte verhaften lassen, und Bismarck sich bei ihm vergeblich für dessen Freigebung verwendet hatte, sagte letzterer: „Wenn er ihn als Rhinozeroskotelett gegessen hätte, meinethalben, aber einsperren — da hat er nichts als einen alten, dürren Juden."

In den letzten Tagen seines Versailler Aufenthalts richtete Bismarck an die polnische Landtagsfraktion, zu Händen des Abgeordneten Dr. Szuman nachstehendes Schreiben:

„Ich erlaube mir, Ihnen und allen Denen, welche die Vorstellung an mich vom 11 cr. unterschrieben haben, zu antworten, daß die deutsche Administration von Elsaß und Lothringen Anweisungen nur insoweit verfügt hat, als sie die militärischen Rücksichten für geboten erscheinen ließen. — Es ist mir bis dahin nicht bekannt, daß unter den Ausgewiesenen sich auch preußische Unterthanen befinden, mögen sich dieselben nur unseren Behörden anvertrauen, und dieselben werden ihnen nach Maßgabe der gesetzlichen Vorschriften bereitwillig Schutz gewähren.

Bismarck.

VIII. Abschnitt.

Die I. Legislatur-Periode des deutschen Reichstags.

(21. März 1871 bis 25. Juni 1873)[1]).

Die Reichstagswahlen vom 3. März 1871 trugen das deutliche Gepräge des hohen nationalen Aufschwungs jener großen Tage. Die liberalen Mittelparteien nahmen zusammen von 382 Mandaten 150 in Besitz (120 Nationalliberale, 30 von der „liberalen Reichspartei"), mit den 38 Mitgliedern der ihnen sehr nahestehenden „deutschen Reichspartei" (den Freikonservativen) sogar 188, also nahezu die Mehrheit. Diese wurde aber in den allermeisten Beschlüssen und Entscheidungen ergänzt durch den größten Teil der 50 Stimmen zählenden Konservativen, manchmal sogar durch die Mehrheit der 44 Abgeordneten der Fortschrittspartei. Die reine Opposition hatte bei den Wahlen schlechte Geschäfte gemacht. Sie zählte insgesamt nur 80 Stimmen, also nur ein Fünftel der Versammlung. Die Sozialdemokratie war von der Oberfläche des politischen Lebens nahezu hinweggefegt. Sie hatte insgesamt nur zwei Abgeordnete durchgebracht, Bebel und Schraps. Dagegen zählten zur unversöhnlichen Opposition

[1]) Es währte die I. Session der I. Legislatur-Periode des ersten deutschen Reichstags vom 21. März bis 15. Juni 1871, die II. Session vom 16. Oktober bis 1. Dezember 1871, die III. Session vom 8. April bis 19. Juni 1872, die IV. Session vom 12. März bis 25. Juni 1873.

Digitized by Google

der Däne Krygger, drei Welfen und dreizehn Polen. Welfen und Polen bargen sich unter den Fittichen der neuen katholischen Partei, die hier zum erstenmal, 57 Mitglieder stark, auf der parlamentarischen Bildfläche des Deutschen Reichs erschien, unfraglich das unholdeste Erzeugnis dieser Frühlingstage, welche Kaiser und Reich zu schaffen vermocht hatten[1]).

Der erste deutsche Reichstag brachte eine große Zahl neuer Parlamentarier nach Berlin, die weder dem Zollparlament noch dem Reichstag des Norddeutschen Bundes angehört hatten.

Aus der nächsten Nähe des Kanzlers war in den Reichstag der damalige Geheime Legationsrat Robert von Keudell eingetreten[2]). Seine erste Frau, geb. von Patow, besaß als Erbteil von mütterlicher Seite das jetzt Herrn von Keudell gehörige Gut Hohenlübbichow im Kreise Königsberg in der Neumark. 1870 war einer der beiden Landtags-Abgeordneten dieses Kreises Eugen Richter. Als im Oktober durch eine von Versailles aus gegebene Bestimmung die Abgeordneten ausgelost worden waren, kam Herrn von Keudell der Gedanke, die Stimmen einiger seinem altliberalen Schwiegervater befreundeten Personen mit denen der Konservativen auf sich zu vereinigen[3]), um Eugen Richter zu schlagen, was dann auch geschehen ist. Den Urlaub zur Wahlreise in den Kreis, den Keudell noch nie betreten hatte, erhielt derselbe leicht, und ohne daß der Chef dabei etwas andres ausgesprochen hätte als den Wunsch, das Vorhaben seines vortragenden Rates möge gelingen. Nachdem Keudell mit geringer Majorität bei der Abgeordnetenwahl durchgekommen war, wurde derselbe im März 1871 in demselben Kreise für den Reichstag als Kandidat aufgestellt und gewählt, ohne daß er nötig gehabt hätte, sich seinen Wählern noch einmal persönlich vorzustellen.

Keudell hat wegen seiner im Herbst 1872 erfolgten Ernennung zum Gesandten in Konstantinopel nur die beiden Frühjahrs-Sessionen 1871 und 1872 mitgemacht und sich der Amtsgeschäfte wegen an den parlamentarischen Vorgängen nur wenig beteiligen können.

Niemals hat der Reichskanzler demselben in bezug auf schwebende parlamentarische Fragen einen Auftrag erteilt. Er war nur zufällig zugegen, als Keudell am 17. April 1882 im Reichstag eine längere Rede hielt, um den Vereinsgesetz-Entwurf von Schulze-Delitzsch zu Falle zu bringen, was auch unter Mithilfe Lasker's gelang.

---

[1]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 14.

[2]) von Keudell, Robert, Wirkl. Geh. Rat und Gutsbesitzer zu Berlin. Geboren am 27. Februar 1824 zu Königsberg i. Pr.; evangelisch. Gerichtsassessor 1850, Regierungsassessor in Potsdam 1851, Oberpräsidialrat in Breslau 1858, im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten 1863 bis 1872, Gesandter in Konstantinopel 1872, in Rom 1873, Botschafter 1876, in vorläufigen Ruhestand getreten 1887. Abgeordneter für Königsberg (N.-M.) auch im Landtage 1871—72, später Mitglied des Reichstags von 1888 bis 1893.

[3]) Vergl. auch M. Busch „Graf Bismarck und seine Leute", Bd. I, S. 318 (Eintrag vom 5. November 1870).

Digitized by Google

In dieser Rede Kendell's ist die Ansicht zum Ausdruck gekommen, der Staat sei die einzige Macht, die berufen und befähigt ist, Organisationen zu schaffen, um die Interessen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer gleichmäßig zu wahren (Stenograph. Ber. S. 79): „Ich wünsche und hoffe, daß unsere höchsten Staatsbehörden, mit denen ja die Parlamente in diesem Falle auf das innigste zusammen zu wirken berufen sein werden, sich der herantretenden Aufgabe in Deutschland gewachsen zeigen werden, und daß es gelingen wird, auf diese Weise die drohenden Gefahren zu bannen."

Der Reichskanzler, welcher die Rede Kendell's mit Interesse verfolgt hatte, bemerkte nachher zu demselben: „Ihre Andeutung über die Staatshilfe wird sich schwerlich erfüllen". Aus dieser Äußerung muß man schließen, daß damals noch kein Gedanke an die drei sozialpolitischen Gesetze in seiner Seele ruhte, welche die Nachwelt dereinst als eine seiner größten Thaten preisen wird[1]).

Unter den Neugewählten befand sich auch der Abgeordnete von Helldorff[2]), nachmals viele Jahre hindurch der Führer der Konservativen. Helldorff sah Bismarck zum erstenmal in Wetzlar, und zwar am 10. August 1867, wo ersterer Landrat war, als der Ministerpräsident den Ort mit der Eisenbahn passierte. Bismarck, welcher von Herrn von Kendell begleitet war, hatte das Mißgeschick, daß ihm beim Verlassen des Zuges auf ein Haar die Hand an der Thür des Coupees gequetscht wurde[3]), so daß das erste Wort, welches Helldorff von Bismarck zu hören bekam, ein kräftiger Fluch desselben war.

Während der ersten Legislatur-Periode des Reichstags (1871—1874) knüpfte Helldorff die ersten persönlichen Beziehungen mit Bismarck an. Zu geschäftlichen Verhandlungen kam es damals noch nicht. Helldorff zählte noch zu den jüngeren Abgeordneten, denen es nicht zustand, die brennenden Fragen mit den Ministern zum Austrag zu bringen.

---

[1]) Über die Vielseitigkeit Kendell's, seines neuen Kollegen im Reichstag, hatte Dr. Braun-Wiesbaden zur Zeit des französischen Krieges geschrieben: „Herr von Kendell ist nicht nur Diplomat, sondern auch Soldat. Er nimmt sich mit seinem frischen und kräftigen Gesicht, den schon etwas ergrauten, scheinbar gepuderten Haaren und dem hochblonden Schnurrbart in der Uniform als Landwehr-Kürassier-Offizier sehr stattlich aus und erinnert an seine Ahnen, welche als deutsche Ritter ausgezogen, um „Kultur nach Osten zu tragen". Er ist der Freund und Vertraute Bismarck's und zieht diese Stellung der ungleich glänzenderen einer auswärtigen Gesandtschaft vor. Wenn der Bundeskanzler der Riesenarbeit, der Schwierigkeit und der Verantwortlichkeit seiner Stellung, bei der die Hauptdifficultäten keineswegs vorzugsweise auf der parlamentarischen Seite zu suchen sind, zu unterliegen droht, so ist es Herr von Kendell, der ihn durch sein musikalisches Talent und seine liebenswürdige Konversation neu zu beleben weiß. Herr von Kendell ist eine Künstlernatur. Alle Welt kennt ihn und alle Welt liebt ihn."

[2]) von Helldorff, Otto Heinrich, Rittergutsbesitzer, königlicher Kammerherr, Landrat a. D. auf Bedra bei Frankleben, Kreis Querfurt. Geboren zu Bedra 16. April 1833 (evangelisch). Mitglied des Reichstags von 1871—74 und 1876—81. Wahlkreis: Reg.-Bez. Merseburg 2. Deutsch-konservativ.

[3]) Über dieses Mißgeschick, das erfreulicherweise keine Folgen hatte, da Bismarck mit einer leichten Hautschürfung davonkam, vergl. die „National Zeitung" 1867, Nr 371, 1. Beibl. S. 1, Sp. 2 und Nr. 373, 1. Beibl. S. 1, Sp. 2.

Digitized by Google

Hannover entsandte in den Reichstag den gegenwärtigen kaiserlichen Botschafter Grafen Münster[1]), welcher mit Bismarck bereits am 7. August 1866 über die Frage verhandelt hatte, ob noch etwa die Krone von Hannover, sei es auch nur für den Kronprinzen, zu retten sei[2]).

Graf Münster war einer der ersten hochgestellten Hannoveraner, welche das fait accompli der Annexion des Königreichs durch Preußen anerkannten. Schon vor der Krisis war er davon überzeugt, daß es so, wie in Hannover regiert wurde, nicht weiter gehen könne.

Im Reichstag war Graf Münster für eine kräftige Ausdehnung der Centralgewalt. Man sagte ihm nach, er huldige geradezu militarischen Tendenzen. Thatsache ist, daß er in seinen Anträgen mitunter weiter ging, als der Reichskanzler. Wäre es nach seinem Wunsche gegangen, so trügen heute alle Geldmünzen das Bildnis des Kaisers und nicht das der Landesherren. Graf Münster stellte einen entsprechenden Antrag im Reichstag, ohne sich mit Bismarck darüber vorher verständigt zu haben. Um so überraschender kam der Widerspruch, den Bismarck gegen diesen Antrag am 15. November 1871 erhob. Vor der Sitzung glaubte Graf Münster, weitaus der größte Teil des Reichstags stehe in dieser Frage hinter ihm. Als Bismarck sich dagegen erhoben hatte[3]), vereinigten sich nur ein Paar Stimmen auf den Münster'schen Antrag; darunter befand sich merkwürdigerweise die des Prinzen Wilhelm von Baden, des Bruders des regierenden Großherzogs von Baden. Auch in der Jesuitenfrage[4]) war die

[1]) Graf zu Münster, Georg Herbert, auf Derneburg bei Hildesheim in Hannover, außerordentlicher und bevollmächtigter Botschafter in Paris. evang.-luth., geb. den 23. Dezember 1820 zu London, wohnthaft zu Paris bezw. Derneburg; berufen in das preußische Herrenhaus durch Allerhöchsten Erlaß vom 16. November 1867. 1856—1864 hannoverscher Gesandter in Petersburg. Seit 1856 Mitglied der ersten Kammer des Königreichs Hannover, während des Ministeriums Borries in der Opposition.

[2]) Vergl. die Schrift des Grafen Münster „Mein Anteil an den Ereignissen des Jahres 1866 in Hannover".

[3]) Gegen den Antrag Münster erhob sich zunächst der württembergische Minister von Mittnacht, dann aber auch Fürst Bismarck mit den Worten: „Wenn es sich um Interessen des Reiches handelte, durch die seine Einheit, seine Festigkeit, sein Vorteil bedingt sind, so würde ich keine Rücksicht kennen. In dieser Frage aber einen politisch in hohem Grade verstimmenden Druck auf die Bundesgenossen auszuüben, dafür hat uns Gott die Macht, die Preußen in Deutschland angewiesen ist, nicht gegeben. Giebt es ein stärkeres Bekenntnis der deutschen Fürsten zum Reiche als in der Prägung der Münzen, wie sie vorgeschlagen ist? Wenn Seine Majestät der König von Bayern auf der einen Seite sein Bildnis schlägt und auf der andern Seite das kaiserliche Reichswappen, kann er offenkundiger und nachhaltiger bekennen: ich hänge am Reiche, ich will ein Glied des Reiches sein?! . . . Es ist mir als Reichskanzler in keiner Weise gleichgültig, wie die verbündeten Regierungen, und namentlich die mächtigeren unter ihnen, persönlich gestimmt sind, und wenn dieses gleich ist, der ist ein Theoretiker; ich muß mit diesen Stimmungen sehr sorgfältig rechnen, sie fallen sehr schwer ins Gewicht . . . Mein Gefühl, als ich nach allen schwierigen Verhandlungen diesen Antrag sah, war, ich hoffe, nicht ganz so ohnmächtig wie Archimedes, zu sagen: Noli turbare circulos meos!"

[4]) Die dritte Lesung des Jesuitengesetzes erfolgte am 19. Juni 1872. Der Bundesrat erteilte die Genehmigung am 25. Juni 1872. Der Abgeordnete Hermann Wagener war in der Jesuitengesetzfrage besonders thätig; er hielt damals eine Rede, die Feuer und Flamme war.

Digitized by Google

Stellung des Grafen Münster von der des Fürsten Bismarck abweichend. Graf Münster sah in dem Vorgehen gegen die Jesuiten den Vorläufer des Kulturkampfes, und vereinigte sich darum mit Lasker und von Blanckenburg zu anderweitigen gesetzgeberischen Vorschlägen.

Graf Münster kam damals mit dem Fürsten Bismarck vielfach zusammen; er war wiederholt sein Gast bei Tisch und sein Gesellschafter beim Ausreiten. Ihm schien es bedauernswert, daß der Kanzler mit den Parteien überhaupt und speziell mit der freikonservativen damals keine rechte Fühlung nehmen wollte.

Zu Anfang der siebziger Jahre hob sich aus der großen Zahl der Nationalliberalen mehr und mehr der Abgeordnete Wehrenpfennig[1]) hervor, welcher den Fürsten Bismarck schon von den parlamentarischen Gesellschaften her kannte, zu geschäftlichen Unterredungen aber erst herangezogen wurde, seitdem er im Jahre 1872 die Leitung der „Spener'schen Zeitung" übernommen hatte. Das Blatt war dem Kanzler wichtig, weil der Kaiser Wilhelm es regelmäßig las; deshalb ließ Bismarck den Abgeordneten Wehrenpfennig häufig durch Kanzleidiener rufen, um ihm seine Wünsche wegen der Behandlung gewisser politischer Fragen in dieser Zeitung mitzuteilen. Artikel schrieb Bismarck für die „Spener'sche Zeitung" nicht; er schickte Wehrenpfennig auch keine solchen zu; kleine Notizen über ganz spezielle Fragen abgerechnet, welche von Ägidi kamen. „Bedenken Sie" — sagte Bismarck zu Wehrenpfennig — „daß Sie Ihre Artikel für den Kaiser schreiben[2])." Das Blatt hatte ehedem seine Hauptabonnenten unter den Pastoren; jetzt, da der alte Schlauch mit neuem Wein gefüllt wurde, gaben sie ihre Abonnements auf, und da neue nicht genügend hinzukamen, so sah sich Wehrenpfennig nach etwa 2 Jahren gezwungen, die Redaktion niederzulegen. Aber auch demnächst blieb derselbe in der Presse thätig. Er arbeitete mit dem nationalliberalen Abgeordneten Dr. Fr. Boetticher an der seit 1874 ins Leben gerufenen „Nationalliberalen Korrespondenz." Wenn Bismarck in der Folge mitunter in den nationalliberalen Blättern heftig angegriffen wurde, ließ er Wehrenpfennig kommen, um ihm seine gravamina vorzutragen. Wehrenpfennig konnte dann einwenden, daß er zwar mittelst der Korrespondenz die nationalliberalen Blätter mit Artikeln versehe, daß er aber nicht in jeder einzelnen Redaktion sitze, und deshalb die Verantwortung für alle Angriffe auf Bismarck nicht übernehmen könne. Als Bismarck an-

[1]) Wehrenpfennig, Wilhelm, Dr. phil., vortragender Rat im preußischen Kultus-Ministerium. Geboren 25. März 1829 zu Blanckenburg in Braunschweig. Früher Lehrer am Joachimsthaler und Oberlehrer am Friedrichs-Gymnasium in Berlin. Unter dem Ministerium Auerswald-Schwerin bis Frühjahr 1862 Direktor des litterarischen Bureaus im Staatsministerium, wurde er beim Wechsel des Ministeriums zur Disposition gestellt. Seit 1863 Leiter der „Preußischen Jahrbücher", die er seit 1867 in Gemeinschaft mit Professor von Treitschke herausgab. 1872 bis Ende 1873 Chefredakteur der „Spener'schen Zeitung". Verfasser zahlreicher philosophischer und historischer Arbeiten. Seit 1868 Mitglied des Hauses der Abgeordneten. Seit März 1869–1881 Mitglied des Reichstags.

[2]) Man beachte die wohl aus der Feder von Wehrenpfennig herrührende Schilderung über den Kompromiß in der Militär-Septennats-Vorlage in der „Spener'schen Zeitung" vom 11. April 1874.

Digitized by Google

fing, die konservative Partei empor zu bringen, hatte derselbe die Absicht, die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ für die konservative Partei zu erwerben und seinen früheren vortragenden Rat im Staatsministerium Hermann Wagener an die Spitze des Unternehmens zu stellen. Wehrenpfennig riet hiervon ab. Die Person Wagener's sei zu ausgesprochen und würde die Haltung des Blattes sofort einen zu pronouncierten Charakter annehmen. — Wehrenpfennig stimmte gegen die Getreidezölle, aber für den Zolltarif als Ganzes. Bismarck war es ganz erwünscht, daß Achenbach vor hatte, ihn für das Ressort des technischen Unterrichts im früheren Handelsministerium als vortragenden Rat zu gewinnen. Er empfahl Wehrenpfennig warm und freute sich über die Erfüllung seiner Wünsche (Ernennung zum Geheimen Rat 19. Oktober 1877)[1]. Von da ab hörten alle Beziehungen Wehrenpfennig's zu Bismarck auf. Wohl sprach er denselben noch auf parlamentarischen Gesellschaften, zu Verhandlungen mit demselben kam es aber nicht mehr.

Unter den neu gewählten Abgeordneten befand sich auch Georg von Bunsen[2]. Seit 1862 dem preußischen Abgeordnetenhause als Mitglied des linken Centrums angehörig, trat derselbe vor 1866 Bismarck nicht näher; später als Mitglied der nationalliberalen Partei besuchte er gleich seinen Fraktionsgenossen dessen Salon. Bei Gelegenheit einer parlamentarischen Soiree im Jahre 1869 trat Bismarck an Bunsen, den er vom Landtag her wohl kannte, heran, und erwartete, daß dieser ihn ansprach. Bunsen that dies, auf das Venenleiden anspielend, das dem Kanzler wohl Schmerzen bereite. Das Gespräch wandte sich alsbald auf das Verhältnis Bismarck's zu seinem Könige und auf die deutsche Gesinnung und Haltung des Königs von Württemberg. „Glauben Sie, Excellenz, daß auf ihn politischer Verlaß ist?“ „Unbedingt“ erwiderte Bismarck. „Mit der jüngeren Kategorie von Offizieren, wozu er zählt, ist er von deutschem Geiste durchdrungen. Kürzlich war in Ulm eine gemeinsame Übung der Bayern und Württemberger, wozu auch österreichische und französische Offiziere geladen waren. Dieselben wurden mit vollendeter Höflichkeit behandelt — aber damit war es auch zu Ende, während den preußischen Offizieren alles gesagt und alles gezeigt wurde. Die französischen Offiziere berichteten nach Paris über ihre Wahrnehmungen. Am Schlusse der technischen Berichterstattung schrieben sie ein paar politische Beobachtungen, die darin gipfelten, daß Württemberg im Falle eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich nicht mit den Franzosen gehen werde.“ Die Unterredung dauerte eine volle Stunde, so daß Bunsen nach Schluß derselben von den Abgeordneten förmlich belagert wurde, die alle wissen wollten, was Bismarck zu ihm gesagt habe.

---

[1]) Vergl. Karl Braun, Reichstagebuchblätter 1877, S. 56.

[2]) von Bunsen, Georg, Dr. phil. in Berlin. Geboren 7. November 1824 im preußischen Gesandtschaftshause auf dem Kapitol zu Rom (evangelisch). Vom Mai 1862–1879 unausgesetzt Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des norddeutschen Reichstags von 1867–1870 und des deutschen Reichstags von 1871–1874 und von 1876–1887, zuletzt der deutsch-freisinnigen Partei angehörig, vordem liberale Vereinigung, nationalliberal.

Digitized by Google

Das Verhältnis nach 1869 blieb ein leidliches, obwohl eine spätere Unterredung zwischen Bunsen und Bismarck nicht mehr erfolgte. Die ersten Spuren seiner Verschlechterung zeigten sich bei Gelegenheit der Beratung des von Bunsen im Reichstag mit Unterstützung fast aller Parteien eingebrachten Gesetzentwurfs, betreffend die Bildung eines Fonds aus der französischen Kriegskostenentschädigung zum Besten derjenigen Reservisten und Landwehrmänner, welche bei ihrer Heimkehr aus dem Kriege einer Unterstützung dringend bedürfen [1]).

Die Stellung dieses Antrags war nicht recht verständlich, da Bunsen wußte, daß sich der Reichskanzler schriftlich auf das entschiedenste gegen seinen Antrag erklärt hatte. Bunsen hatte die Frage dem Reichskanzler schriftlich unterbreitet und umgehend zur Antwort erhalten, daß er nicht geneigt sei, auf den Antrag einzugehen, weil es dem Reich an Organen zur Verteilung fehle, und weil diese Aufgabe kleine Kreise und Vereine zu erfüllen hätten. — Bunsen saß im Herrenhaus, wo der Reichstag eine Zeit lang tagte, Bismarck so nahe, daß er ihm fast auf die Finger sehen konnte. So sah Bunsen, wie Bismarck eine Bleiangabe für den Referenten auf dem Eingange auf einem Blättchen aufsetzte, und zweimal korrigierte, bis er die richtige Fassung hatte, die er dann auf die eingegangene Piece übertrug. So sehr war er sich im Laufe der Jahre der Tragweite jedes seine Unterschrift tragenden Wortes bewußt geworden.

Unter den in Preußen Wiedergewählten finden wir auch den Grafen Fred Frankenberg [2]).

Über die Entstehung des Kulturkampfes schreibt derselbe:

„Gleich zum Beginn der Beratungen des Reichstags, in welchem nicht nur der Kanzler, sein Schöpfer, sondern die ungeheure Mehrzahl des deutschen Volkes das sicherste Gebilde der Einigung und des festen Zusammenschlusses der Nation erblickte, sollte ein Kampf entbrennen, der den patriotischen Geist vergiftete, die kaum begründete Einheit zu zerstören drohte und die Leidenschaften wieder auferweckte, welche unschädlich unter der Asche glimmten, die der 30jährige Krieg auf sie gehäuft hatte. Der Kampf der römischen Partei in Deutschland entbrannte gegen das Deutsche Kaisertum, weil es nicht katholisch war. Die Centrums-Fraktion, welche Wurzeln geschlagen hatte in Deutschland, während die Blüte des Landes nur mit der Vertheidigung des Vaterlandes beschäftigt, jenseits des Rheins weilte und keine andre Politik trieb als Deutschlands Schutz und

[1]) Vergl. die Stenographischen Berichte des Reichstags vom 23. Mai 1871.

[2]) Vergl. S. 92. Derselbe schreibt über seine Neuwahl: „Ich war in den Reichstag gewählt mit 5428 Stimmen gegen einen demokratischen Gutsbesitzer in Grottkau, Herrn von Hönika, der es auf 1868 gebracht hatte. In Tillowitz bekam ich sämmtliche abgegebene 175 Stimmen." Am Abend der Reichstagseröffnung (21. März) konstituirte sich die frühere freikonservative Fraktion unter dem Namen „Deutsche Reichspartei". Der Vorstand wurde gebildet aus Graf Otto Stolberg-Wernigerode, Graf Münster, Generallieutenant von Wagner (ehemals württembergischer Kriegsminister), Dr. Friedenthal, Kanonikus Dr. Künzer; Schriftführer wurden ich und Kommerzienrath Stumm. Im Uebrigen blieb der Stamm der früheren Fraktion von 20 Mitgliedern derselbe.

Digitized by Google

Rettung, sie nutzte diese günstige Zeit wohl aus, „machte mobil“ (wie Fürst Bismarck sich ausdrückte) und stand schlagfertig da, als Kaiser, Kanzler und Heere heimkehrten. Sie erfand für sich den echt deutschen Namen Centrum und ging sofort nicht als Mittelpartei, sondern als extreme Opposition los gegen Bismarck und das junge Reich.

Die Adresse, welcher alle Parteien von der äußersten Rechten bis zur äußersten Linken freudig zustimmten, gefiel nur dem Centrum und 2 oder 3 Demokraten nicht und es fertigte seine „eigene“ Adresse an. Dann behagten ihm weder die Verträge mit den süddeutschen Staaten noch die Verfassung selbst und es schmückte dieselbe mit einigen Ornamenten von Grundrechten aus.

Ich konnte mich nicht enthalten, diesen Herren, welche unter der Fahne meiner Kirche zu streiten vorgaben, sofort *als Katholik* gegenüber zu treten und scharf mit ihren Führern aneinander zu gerathen.

Meine Jungfernrede im ersten Reichstag wurde entscheidend für meine ganze politische Stellung in den kommenden Jahren, des Kulturkampfes. Die Leidenschaft, mit welcher ich sofort von meinen Malteser Konfratres in Breslau angegriffen wurde, deren statutarische Pflichten ich soeben während 7 Monate als Armee-Delegirter so ganz schlecht nicht vertreten zu haben glaubte, zeigte mir, wohin die Dinge getrieben werden sollten. Meine *Thaten* galten nichts gegen meine *Abstimmung* zu Gunsten einer Adresse, aus welcher die Klerikalen eine Abweisung ihrer Ansprüche auf Wiedereinsetzung des Papstes in sein weltliches Königreich herauslasen, und meinen Widerstand, die Verfassung Deutschlands durch Einführung von Grundrechten gefährden zu lassen. Die Hetze ging los, und ein Jahr darauf waren nicht nur ich, sondern der uns von Rom gegebene Bailli Herzog von Ratibor aus dem Vorstande herausgedrängt und der Verein schlesischer Malteser gesprengt.

Der Kampf mit den „Vertretern der deutschen Katholiken“, wie die Centrumsmitglieder sich titulirten, hielt mich selbstredend nicht ab, mich mit einer Frage eingehend zu beschäftigen, welche für alle Katholiken wichtig ist, mit der Garantie nämlich für die Souveränetät Sr. Heiligkeit des Papstes. Ich übergab dem Kanzler Mitte Mai 1871 ein Memoire, worin ich ihm Vorschläge unterbreitete, und er gestattete mir eine eingehende Unterredung darüber.

Ich erhielt hier wieder, was ich schon wußte, bekräftigt, daß der Kanzler nicht entfernt die Absicht hege, mit den Ultramontanen in Unfrieden zu gerathen, aber daß er ihre Angriffe, wie in der Adreß- und Grundrechtsdebatte, wenn sie wiederholt würden, kräftig abweisen werde. Zwei Tage darauf sagte mir Herr von Keudell, er sei beauftragt, in meinem Sinne nach Rom zu schreiben, um das Terrain zu sondieren.

In jener Unterredung ermächtigte mich auch der Kanzler zu der Mittheilung, daß Kardinal Antonelli sich mißbilligend gegen den bayerischen Gesandten Grafen Tauffkirchen darüber ausgesprochen habe, daß die Centrumspartei es mit *der* Regierung verderbe, welche von allen gegen die Katholiken die gerechteste und unparteiischte sei, und welche ihnen volle Freiheit angedeihen lasse.

Digitized by Google

Als ich dies meinen Wählern gegenüber verkündigte, ging der Sturm los, und als der Kanzler in einem Schreiben an mich die Wahrheit meiner Behauptungen bestätigte, flogen alle Minen auf, bis der päpstliche Staatssekretär in sehr diplomatischer, aber wenig loyaler Weise sich selbst desavouirt hatte. Daß diese und viele nachfolgende Vorgänge die Verhandlungen zwischen Bismarck und Antonelli nicht förderten, versteht sich. Bismarck sagte mir kurz und scharf: „Die Centrumsmänner machen uns zu Italienern!" Eins der vielen „Verdienste" der Führer des Centrums um die Interessen der Katholiken ist es ganz unzweifelhaft, daß das Deutsche Reich zum Schutze der Souveränetät des Papstes nichts that."

Das oben erwähnte Schreiben Bismarck's an den Abgeordneten Grafen Frankenberg d. d. 19. Juni 1871 lautet:

„Ew. Hochgeboren beehre ich mich auf die von Ihnen unter dem 12. d. M. an mich gerichtete gefällige Zuschrift zu erwidern, daß die von Ihnen angeführte Thatsache einer Unterredung des Grafen Taufkirchen mit dem Kardinal-Staatssekretär und einer von Letzterem dabei ausgesprochenen Mißbilligung des Vorgehens der s. g. Fraktion des Centrums begründet ist. Diese Mißbilligung ist mir nicht unerwartet gewesen, da die Kundgebungen, welche Sr. Majestät dem Kaiser nach Herstellung des Deutschen Reichs von Sr. Heiligkeit dem Papste zugegangen waren, jederzeit den unzweideutigsten Ausdruck der Genugthuung und des Vertrauens enthalten hatten. Ich hatte deshalb gehofft, daß die Fraktion, welche sich im Reichstage unter dem Namen des Centrums bildete, in gleichem Sinne zunächst die Befestigung der neuen Institutionen und die Pflege des inneren Friedens, auf dem sie beruht, sich zur Aufgabe stellen werde. Diese Voraussetzung traf nicht zu; der parlamentarische Einfluß der Fraktion des Centrums fiel, welches auch die Ansichten der Führer der letzteren sein mögen, thatsächlich in derselben Richtung ins Gewicht, wie die parlamentarische Thätigkeit der Elemente, welche die von Sr. Heiligkeit dem Papste mit Sympathie begrüßte Herstellung des Deutschen Reichs prinzipiell anfechten und negiren. Ich habe von dieser Wahrnehmung die Gesandtschaft des Deutschen Reichs in Rom unterrichtet[1]), damit sie Gelegenheit habe, sich zu überzeugen, ob die Haltung dieser Partei, welche sich selbst als den speziellen Vertheidiger des römischen Stuhles bezeichnet, den Intentionen Sr. Heiligkeit des Papstes entspreche. Der Kardinal-Staatssekretär hat dem Grafen Taufkirchen darüber keinen Zweifel gelassen, daß die Haltung der Partei an der höchsten geistlichen Stelle der katholischen Kirche nicht gebilligt werde. Den Wortlaut der Äußerungen Sr. Exc. bin ich nicht berechtigt ohne spezielle Erlaubniß des Herrn Kardinals wiederzugeben; ich darf aber hinzufügen, daß Äußerungen von Vertretern anderer Mächte in Rom mir die Bestätigung geben, daß der Kardinal Antonelli in seiner gegen den Grafen Taufkirchen

[1]) Zu vergl. die Depeschen Bismarck's an den Geschäftsträger Grafen von Taufkirchen in Rom, d. d. 17. April 1871, 23. u. 30. Juni 1871, veröffentlicht in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 27. März 1887, No. 145.

Digitized by Google

ausgesprochenen Mißbilligung der Haltung der Centrumspartei auch den persönlichen Gesinnungen Sr. Heiligkeit Ausdruck gegeben habe[1]).

Infolge dieses Schreibens publizierte alsbald der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Ketteler, Bischof von Mainz[2]), folgenden an ihn gerichteten Brief des Kardinals Antonelli vom 5. Juni 1871: „Aus Ihrem Schreiben vom 28. Mai habe ich ersehen, daß durch die Gegner der Kirche in deutschen Zeitungen verbreitet wurde: es sei die Handlungsweise der katholischen Fraktion im deutschen Reichstag von mir getadelt worden. Daß dies geschehen, hat mich nicht wenig betrübt. Damit Sie aber deutlich und klar erkennen, wie die Sache sich zugetragen hat, will ich Ihnen mittheilen, daß ich auf Grund von Zeitungsnachrichten, welche im Allgemeinen berichteten, es sei von einigen Katholiken im Reichstag der Antrag eingebracht worden, sich der Angelegenheiten des apostolischen Stuhles anzunehmen, in einer Unterredung mit dem bayerischen Gesandten und zeitweiligen Geschäftsträger des Deutschen Reichs geäußert habe: ich erachte die Absicht, den Reichstag zu einer Meinungsäußerung über eine zum Schutze der weltlichen Herrschaft der Kirche zu beschließende Intervention zu veranlassen, nur für verfrüht. Es hätten dieselben nämlich dieser Absicht Folge gegeben bei Beratung der auf die kaiserliche Thronrede zu gebenden Antwort. Hieraus läßt sich ermessen, daß ich in jener Unterredung durchaus nicht das Bestreben der katholischen Abgeordneten getadelt habe, das Wohl der Kirche zu fördern und die Rechte des heiligen Stuhles zu schützen, indem es durchaus nicht zweifelhaft sein kann, daß dieselben mitten unter den Versuchen, welche man gemacht hat, sie einzuschüchtern, jede geeignete Gelegenheit ergreifen würden, ihrer Gewissenspflicht zu genügen, wozu die Wahrung und die Verteidigung der Religion und der Rechte ihres Oberhauptes gehört."

---

[1]) Über die Reichstagssession 1872 schreibt der Abgeordnete Graf Frankenberg: „Die Wogen des Kulturkampfes gingen höher und höher, und trotzdem mein Kopf und Herz ganz und gar mit andern Dingen beschäftigt war, schrieb ich gerade in jenen Tagen, wo das Centrum die lang zurückgehaltene Kriegserklärung von Bismarck im Abgeordnetenhause provocirt und das Schulaufsichtsgesetz — das erste der Kulturkampfsgesetze — votirt war, eine kleine Broschüre „Ein Mahnwort an Deutschlands Katholiken". Ich versuchte noch einmal zu warnen vor dem unseligen, freventlich von einer Schaar Fanatikern heraufbeschworenen Kampfe, und rief mit Redwitz' Worten:

Kann jeder nicht dem Vaterland
Und seiner Kirche treu ergeben sein?
O! nur nicht solcher Zwiespalt. Eintracht, Friede!

Mit welchem Hohne wurde dieses Mahnwort, welches mir aus tiefster Seele kam und das ich aus Pflichtgefühl hinausgesandt hatte, von der ultramontanen Presse verhöhnt und begeifert! Ich hatte mein Gewissen salvirt und sah, daß nichts zu retten war. Die Episode Kardinal Gustav Hohenlohe als Botschafter bei Pius IX. abgewiesen und das Jesuitengesetz bei Abschluß der Session, der ich nicht mehr beiwohnte, ließen den Stand der Dinge ganz klar erkennen, und ich war überfroh, die leidige Politik los zu werden."

[2]) Freiherr von Ketteler, Wilhelm Emanuel, Dr. theol., geboren 25. Dezember 1811. 1847 Pfarrer in Hopsten, 1848 Mitglied des deutschen Parlaments in Frankfurt a. M., 1849 Propst in Berlin, 1850 Bischof von Mainz, gewählt 1871 in den Reichstag.

Digitized by Google

Der Bischof Freiherr von Ketteler stand bis zum Jahre 1871 zu Bismarck in keinem schlechten Verhältnis[1]). Am 1. Oktober 1870 hatte derselbe an Bismarck das später von ihm in einer Schrift „Die Centrumsfraktion auf dem ersten deutschen Reichstage", Mainz 1872, S. 35, veröffentlichte Schreiben gerichtet, worin er denselben als eine der wohlthätigsten Maßregeln, um den konfessionellen Frieden in dem neugegründeten Deutschen Reiche zu pflegen und zu fördern, die Aufnahme der preußischen Verfassungsbestimmungen über das Verhältnis nicht bloß „der katholischen Kirche", sondern aller anerkannten christlichen Religionsgenossenschaften zum Staate, in die deutsche Reichsverfassung dringend empfahl. Auf dieses nach Versailles gerichtete ausführliche Schreiben erfolgte keine Erwiderung[2]).

Bei Eröffnung des Reichstags erlaubte sich Bischof von Ketteler bei einer Unterredung darauf zurückzukommen, ohne aber damit Glück zu haben[3]). Als das Gnesener Bistum vakant geworden war, bat Bismarck den Bischof Ketteler dringend, dasselbe zu übernehmen und doch der Lüge ein Ende zu machen, als ob die preußische Regierung die katholische Religion im Posenschen bekämpfe, wenn sie sich gegen den revolutionären Polonismus wende. Ketteler lehnte diese Berufung wegen mangelnder Kenntnis der polnischen Sprache ab, fuhr aber auch weiterhin fort, freundliche Beziehungen zum Kanzler zu unterhalten.

Die Entfremdung zwischen beiden Männern, die auf dem nationalen Gebiete viele Berührungspunkte hatten, soll vorzugsweise durch den Reichstagsabgeordneten von Savigny herbeigeführt worden sein[4]). Savigny[5]), der zu den Schul-

---

[1]) M. Busch „Unser Reichskanzler", Bd. I, S. 191.

[2]) Am 18. Februar 1871 überreichte Ketteler dem Kanzler in Versailles eine Adresse von 56 Mitgliedern des preußischen Abgeordnetenhauses, durch welche der Kaiser zur Wiederherstellung der weltlichen Herrschaft des Papstes aufgefordert wurde.

[3]) Nach der „Vossischen Zeitung" vom 26. September 1882, No. 450, soll sich Bismarck an das Schreiben nicht mehr erinnert, aber erklärt haben, daß er gegen die Sache selbst und gegen den Versuch des Centrums, sie in dem Reichstag durchzusetzen, nichts zu erinnern habe, auch die Gründung der Centrumspartei sich gefallen lasse und sich nicht wundern würde, wenn dieselbe in der Folge eine Stärke von hundert Mitgliedern erreiche; er selbst aber könne die Sache nicht weiter unterstützen, da die Majorität des Reichstags dagegen sei und er die zahlreichen obwaltenden Schwierigkeiten nicht anders als mit dieser Majorität zu überwinden vermöge. Bischof von Ketteler hat sich über diese Erklärung niemals verwundert oder unzufrieden geäußert und in der Sache selbst keinen weiteren Schritt mehr gethan. Ueber eine Verhandlung mit Bismarck über weltliches Einschreiten gegen die Italiener hat Bischof von Ketteler niemals ein Wort gesprochen, wohl aber im Privatgespräch geäußert, daß ein kriegerisches Einschreiten gegen die Italiener der preußischen Regierung schon durch die Rücksicht auf die Protestanten, wenn nicht unmöglich, so doch im hohen Grade erschwert und niemals zu erwarten sei.

[4]) Ich folge in Nachstehendem der Darstellung von M. Busch „Unser Reichskanzler", Bd. I. S. 141 f.

[5]) von Savigny, Carl Friedrich, Wirklicher Geheimer Rat und Kammerherr zu Berlin, und auf Gut Trages bei Hanau. Geboren 19. September 1814 zu Berlin, wurde im elterlichen Hause (sein Vater war der Rechtslehrer v. S., seine Mutter die älteste Schwester Clemens Brentano's) erzogen; von 1839 ab Legationssekretär in London, Dresden, Lissabon, Haag und Paris, Geschäftsträger in Kassel, Gesandter in Baden, 1859 in Dresden, 1863 in Brüssel an den Ar-

Digitized by Google

und Jugendfreunden Bismarck's gehörte[1]), war dessen Feind geworden von dem Augenblicke an, wo er die Hoffnung aufgeben mußte, Bundeskanzler zu werden. Dieser Titel war in dem ursprünglichen Verfassungsentwurfe für den preußischen Präsidialbevollmächtigten zum Bundesrate gewählt worden an Stelle des im Bundestage üblich gewesenen Präsidialgesandten. Der Bundeskanzler sollte anfänglich nichts weiter sein als der stimmführende preußische Präsidialbevollmächtigte, der seine Instruktion vom preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu erhalten hätte. Diese Stellung wurde aber eine ganz andre, eine ministerielle, durch den bei der Verfassungsrevision im Reichstage angenommenen Zusatz, daß die Anordnungen des Präsidiums der Kontrasignatur des Bundeskanzlers bedürften. Nachdem dies in der That Gesetz geworden war, erklärte Fürst Bismarck Herrn von Savigny, daß nunmehr die Stelle des Bundeskanzlers, wenn sie nicht die eines selbständigen Ministers neben und über dem preußischen Minister des Auswärtigen sein solle, von ihm, Bismarck, selbst übernommen werden müsse. Savigny verschloß sich der Logik dieser Ansicht wahrscheinlich nicht, war aber der Meinung, daß der Ministerpräsident sich jenem Amendement des Reichstags hätte widersetzen müssen, während er es gar nicht bekämpft, ja vielleicht zu Tage gefördert habe. Daß letzteres nur die Pflicht eines nationalen Politikers war, leuchtete Savigny wohl nicht ein, namentlich dann nicht, wenn dadurch die für ihn in Aussicht genommene amtliche Stellung, deren Dienstwohnung er bereits bezogen hatte, hinfällig werden sollte. Das Anerbieten des Ministerpräsidenten, ihm die nachherige Delbrück'sche Stellung an der Spitze des Bundeskanzler-Amts mit dem Titel eines Vizekanzlers zu gewähren, blieb ab irato unbeantwortet und hatte nur das Verlassen der Dienstwohnung und den Abbruch jeder Beziehung zu dem bisherigen Freunde zur Folge. Von diesem Augenblicke an wurde Savigny zum Feinde und begann Partei gegen den Kanzler zu werben. Wir finden ihn zuerst wieder, wie er in Gemeinschaft mit Ketteler an der Begründung des Centrums arbeitet. Es lag in seiner Natur, mehr hinter den Kulissen als auf der sichtbaren Bühne thätig zu sein, und während seiner Beteiligung an den Verfassungsarbeiten vermied er sorgfältig jede rednerische Äußerung im Parlament. Sein Anteil an der Begründung der Centrumspartei ist deshalb auch weniger

---

beiten der Scheldekonferenz beteiligt. Vom 14. April 1864 ab bevollmächtigter Minister bei der Bundesversammlung in Frankfurt a. M., bekleidete diese Stellung bis zur Katastrophe am 14. Juni 1866, wo er nach Annahme des österreichischen Mobilisierungs-Antrags im Auftrage der preußischen Regierung den Bundesvertrag für gebrochen und erloschen erklärte, die Grundzüge eines neu zu vereinbarenden Bundes vorlegte, die bisherigen Bundesglieder mit Ausnahme Österreichs zum Abschlusse eines solchen einlud, seine Thätigkeit für beendet erklärte und die Sitzung verließ. Später leitete er in Berlin die Regierungskonferenzen für den Norddeutschen Bund und war während des konstituierenden Reichstags preußischer Bundeskommissar. Seit Herbst 1867 bis 1873 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des Reichstags von 1868—1874. Verstorben am 11. Februar 1875.

[1]) In seinem Werke „Aus drei Vierteljahrhunderten", Bd. I, S. 50, teilt Graf Beust mit, seine erste Begegnung mit Bismarck sei im Jahre 1848 in Berlin im Hause des Herrn von Savigny erfolgt.

Digitized by Google

bekannt geworden als derjenige andrer. Aber er war, wenn auch kein öffentlicher Redner, doch ein geschickter Diplomat und hatte hervorragenden Anteil am Zusammentreten und an der Bestimmung der Richtung dieser Gruppe von Abgeordneten. Das Vorgehen der letzteren war nicht von Haus aus durch persönliche Feindseligkeit gegen den Kanzler gezeichnet, und letzterer wurde erst allmählich und, wie wir zu wissen glauben, nicht durch konfessionelle, sondern durch rein politische Motive in den Kampf hineinzogen. — —

Zu den aus Bayern entsandten, national gesinnten Reichstagsabgeordneten, welche Fürst Bismarck gerne sah, zählte der erste Bürgermeister der Stadt Augsburg von Fischer[1]), welcher sich der liberalen Reichspartei anschloß und später durch mehrfache Schreiben des Kanzlers ausgezeichnet wurde.

Unter der Bedingung, daß der Universitätsprofessor Dr. Sepp in München[2]) zur päpstlichen Unfehlbarkeit sich bekenne und gegen Döllinger auftrete, war ihm zeitlebens die Wahl in den Reichstag und in die bayerische Kammer gesichert gewesen. Da Sepp aber als Mann von Charakter nicht wider seine bessere Überzeugung handeln konnte und Tausende auf ihn, den kundigen Laientheologen blickten, so ließ man ihn im Jahre 1871 bei der Reichstagswahl fallen.

Aus diesem Anlaß richtete Fürst Bismarck an den bayerischen Landtagsabgeordneten Dr. Sepp das nachfolgende Schreiben:

> Es ist mir eine Enttäuschung gewesen, geehrter Herr Professor, gerade Sie unter den Abgeordneten zum ersten Deutschen Reichstage zu vermissen. Ich würde mit unbedingtem Vertrauen auf Ihren deutschen Sinn Ihre Mitwirkung an dem großen Werke erwartet haben, zu dem Sie sich in Ihrem eigenen Namen und in dem des edlen bayerischen Stammes so männlich und offen bekannt haben. Ihre Landsleute haben es auf dem Schlachtfelde wie daheim bewährt, daß sie einen vollen und lebendigen Sinn für die deutsche Einheit haben, und wie ich Sie mit Freuden unter den parlamentarischen Vorkämpfern derselben in den kernigen Reden begrüßt habe, so hoffe ich auch ferner auf die Mitwirkung Ihres beredten Wortes zu der Erreichung des uns beiden gemeinsamen Zieles: des Heiles der deutschen Gesamtheit.
>
> von Bismarck.

Im Jahre 1874 wurde Dr. Sepp von dem Fürsten Bismarck mit dem Auftrage beehrt, eine Expedition nach Phönizien zu unternehmen, um die Gebeine

---

[1]) von Fischer, Ludwig Friedrich Alexander, geboren 5. Oktober 1832, seit 1863 Mitglied der bayerischen Abgeordnetenkammer.

[2]) Dr. Sepp hat das früher (vergl. S. 119) abgegebene Versprechen, der Norddeutsche Bund könne beim nächsten Kriege bestimmt auf Bayern rechnen, am 19. Juli 1870 eingelöst, indem er in der bayerischen Kammer das Eis brach und gegen den Referenten Jörg, der mit Moritz Mohl in Stuttgart im Einverständnisse war, durch eine im furor teutonicus gehaltene Rede die Majorität für den Eintritt in den deutsch-französischen Krieg bestimmte. Abgedruckt findet sich die denkwürdige Rede in der Broschüre Dr. Sepp's „Die Kriegsthaten der Jfarwinkler", München, 1874 S. 110. Ebenso trug Sepp am 21. Januar 1871 durch die Macht seiner Rede dazu bei, daß die Versailler Verträge in der bayerischen Kammer angenommen wurden.

Digitized by Google

des alten Barbarossa, welche in der schon zwölf Jahre nach seinem Tode eingestürzten Kathedrale von Tyrus beigesetzt wurden, nach Deutschland zurückzubringen.

Dr. Sepp entdeckte mit seinem Sohne unter den Ruinen wohl den gemauerten Sarkophag, aber die Reliquien waren verschwunden.

Das über diese Expedition herausgegebene Werk[1]) hat Sepp dem Fürsten Bismarck gewidmet.

Dr. Sepp zählt zu den Bayern, „welche gern den Rest ihres Lebens hingäben, um" — wie er mir selbst sagte — „die Jahre unsres großen Kanzlers und Reichsstifters von Gottes Gnaden zu verlängern[2])." —

Das Königreich Sachsen entsandte mehrere persönliche Verehrer Bismarck's in den Reichstag, ich nenne in erster Linie den bekannten Leipziger Verlagsbuchhändler Dr. Eduard Brockhaus[3]), welcher sich dem rechten Flügel der Nationalliberalen anschloß. Auf den parlamentarischen Soireen kam Brockhaus wiederholt in persönliche Berührung mit dem Kanzler; er hat denselben auch nach seiner Entlassung wiederholt in Friedrichsruh und Kissingen besucht.

Die Bekanntschaft zwischen Bismarck und dem Professor Dr. Biedermann[4]), dem Vertreter des 15. sächsischen Wahlkreises, reicht weit zurück. Als Publizist (Biedermann redigierte damals in Leipzig die „Deutsche Allgemeine Zeitung") hat sich derselbe zu Bismarck von dem Augenblicke an bekannt, wo dieser — am 9. April 1866 — an ein deutsches Parlament appellierte. Biedermann hat dann, ohne dem Staatsmann selbst nahe zu treten, die Sache, deren gewaltiger Bannerträger Bismarck war, nach seinen Kräften und in seinem begrenzten Wirkungskreise vertreten: beim Ausbruch des Krieges von 1866 durch leider erfolglose Anstrengungen, das Königreich Sachsen von der Teilnahme an diesem Kriege zurückzuhalten, dann als Mitglied der zweiten sächsischen Kammer bei verschiedenen Gelegenheiten und ebenso als langjähriger Führer der nationalliberalen Partei im Königreich Sachsen.

---

[1]) Der Titel lautet: „Meerfahrt nach Tyrus zur Ausgrabung der Kathedrale mit Barbarossa's Grab. Im Auftrag des Fürsten Reichskanzlers unternommen von Professor Dr. Sepp, Ritter des Heiligen Grabes." Leipzig, Verlag von E. A. Seemann.

[2]) Auf die Äußerung des Fürsten Bismarck hin, er sei geborener Protestant und erwarte von Bayern her Aufschlüsse über die kirchlichen Verhältnisse, beschrieb Dr. Sepp „die Staats- und Kirchenzustände in Süddeutschland" unter dem Namen seines Landsmannes und freisinnigsten katholischen Theologen des vorigen Jahrhunderts. Der Titel des Buches ist: „Staats- und Kirchenzustände in Süddeutschland. Reformschrift von E. Amort dem Jüngeren." München 1878.

[3]) Brockhaus, Heinrich Eduard, Dr. phil., Buchhändler und Buchdruckereibesitzer, älterer Chef der Firma F. A. Brockhaus in Leipzig. Geboren den 7. August 1829 daselbst (evangelisch-lutherisch). Widmete sich seit Verlassen der Universität dem Buchhandel und den verwandten technischen Zweigen. Mitglied des Reichstags 1871—1878.

[4]) Biedermann, Dr. Friedrich Karl, geboren den 25. September 1812, Professor an der Universität Leipzig, ehedem Mitglied des Parlaments und in der zweiten Kammer in Sachsen, Verfasser vieler bedeutsamer politischer Schriften (national-liberal).

Digitized by Google

Die Soireen des Kanzlers hat Biedermann während der kurzen Zeit, da derselbe dem Reichstage angehörte (1871—1874) zwar regelmäßig besucht, jedoch, da es nicht in seiner Natur lag, sich vorzudrängen, an den engeren Cirkeln, die sich bei diesen Gelegenheiten um den Fürsten bildeten, keinen Teil gehabt. Auch der Anlaß, daß er der Deputation von Leipzigern angehörte, welche dem Fürsten das Ehrenbürgerrecht Leipzigs überbrachten, gab zu keiner weiteren Annäherung die Handhabe, da die Audienz, welche der Fürst den Herren aus Leipzig gewährte, nur kurz war, sich im wesentlichen auf eine Ansprache der Deputation und die dankende Antwort des Fürsten beschränkte [1]).

Unter den württembergischen Reichsboten treffen wir den Redakteur des „Schwäbischen Merkur" Dr. Otto Elben [2]). Derselbe hat aus Berlin während der Parlamentszeit unter dem Zeichen 00 an den „Schwäbischen Merkur" mehrfach Referate geschrieben, die, gesammelt, noch heute einen Leserkreis finden würden.

Als im Sommer 1870 in Stuttgart die Intriguen gegen den Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich an der Tagesordnung waren, schrieb Dr. Elben im August eine kleine Denkschrift, in welcher er das Verlangen stellte, mit der Frage des Eintritts der süddeutschen Staaten in das Deutsche Reich nicht zu warten bis der Krieg mit Frankreich zu Ende wäre, sondern mitten im Kriege den Eintritt durchzusetzen [3]). Dr. Elben belegte den Wunsch mit Mitteilungen aus seiner Kenntnis der württembergischen Verhältnisse. Diese Denkschrift übergab derselbe dem preußischen Gesandten von Rosenberg, der sie zur Beförderung an Bismarck übernahm, nachdem er dem Verfasser sein Einverständnis mit den darin niedergelegten Auffassungen mitgeteilt hatte.

Am 21. April 1871 brachte Dr. Elben bei einem traulichen Mahle der nationalliberalen Fraktion im Hotel du Nord in Berlin einen Toast auf Bismarck aus, der mit großem Enthusiasmus aufgenommen wurde [4]). Später begegnen wir dem Abgeordneten Dr. Otto Elben als Vorkämpfer der Eisenbahnpolitik Bismarck's. Als Dr. Elben in der Sitzung des Reichstags vom 17. Mai 1873 den Antrag auf Errichtung eines Reichs-Eisenbahn-Amts begründet hatte, trat Bismarck beim Verlassen des Reichstags auf eine Gruppe Abgeordneter zu, unter welchen sich auch Dr. Elben befand, und unterhielt sich, hauptsächlich gegen den Abgeordneten Bode, seinen ehemaligen Paukgegner gewandt, über den Gegenstand der Sitzung. Bismarck sagte, er sei dem Antragsteller Dank schuldig;

[1]) Bemerkungen über den Empfang der Leipziger Deputation zur Überreichung des Ehrenbürgerrechts-Diploms beim Fürsten Bismarck am 18. Mai 1871 siehe „National-Zeitung" vom 22. Mai 1871. No. 235, Beil.

[2]) Geboren den 30. Januar 1823, Verfasser verschiedener politischer und volkswirtschaftlicher Schriften. Mitglied des deutschen Reichstags 1871—1876, seit 1868 Abgeordneter zur württembergischen Kammer, national-liberal.

[3]) Elben war Referent der großen Stuttgarter Versammlung vom 3. September 1870, welche das Verlangen der nationalen Einigung Deutschlands stellte.

[4]) Der Wortlaut des Toastes ist im „Schwäbischen Merkur", No. 97 vom 26. April 1871, abgedruckt.

Digitized by Google

längst habe er das Bedürfnis gefühlt, den Abschnitt der Reichsverfassung, welcher von den Eisenbahnen handelt [1]), zu verwirklichen; zur guten Stunde seien ihm jetzt die Herren zu Hilfe gekommen, wofür er denselben seinen Dank ausspreche. Auch am Abend desselben Tages, da gerade parlamentarische Soiree war [2]), sprach Bismarck einige Worte mit dem Antragsteller Dr. Elben über den Gegenstand.

Dr. Elben war wiederholt beim Fürsten zu Tisch geladen. So z. B. am 17. Dezember 1874 zu dem parlamentarischen Diner, an welchem der Kronprinz die Kunde brachte, daß die Differenzen zwischen dem Kaiser und Kanzler ausgeglichen seien.

Das gute Verhältnis, welches sich vom Zollparlament und vom Kriegsschauplatz her zwischen Bismarck und dem Abgeordneten Bamberger [3]) etabliert hatte, währte auch in der ersten Zeit nach der Gründung des Deutschen Reichs noch an. Über gewisse mysteriöse Schreckmittel, deren sich Bismarck zur Einwirkung auf den Reichstag mitunter bediente, erzählt Ludwig Bamberger [4]): Eines Abends, gerade um die Zeit, als die Salzsteuer und der strenge Arrest auf der Höhe der parlamentarischen Antipathien standen (Mai 1872), offenbarte der Fürst — so wird von Ohrenzeugen berichtet — einem Kreise lauschender Zuhörer, er habe nächtens einen fürchterlichen Traum gehabt; eingeschlafen in bangen Besorgnissen um den Fortbestand der deutschen Einheit, habe ihm der Traumgott die Karte Deutschlands in die Hände gegeben; die sei allmählich morsch und morscher geworden zwischen seinen Fingern und endlich sei sie wie Zunder in viele Fetzen auseinander gegangen. Schrecken malte sich — erzählt mein Berichterstatter — auf den Gesichtern der Zuhörer, und keiner war unter ihnen, welcher das rechte Wort fand, dem Fürsten zuzurufen: Durchlaucht,

„Ein Traum ist nichts, bedeutet nichts fürwahr,
Bewegtes Blut wirft seinen Schaum auf wie
Bewegtes Wasser."

Zwar nicht die Gesellschaft Jesu, aber doch die ganze ultramontane Partei ist stark genug, dem deutschen Staate noch lange das Leben zu verbittern, aber weder sie noch sonst was ist stark genug, unsre Einheit wieder anzutasten. Fürst Bismarck unterschätzt — wenigstens im Träumen — die Herrlichkeit seines eigenen Werkes.

Erst im Laufe der Session (1873) trat in den Reichstag der Minister Dr. Falk [5]) ein, der sein Portefeuille hauptsächlich der Sachkunde und Eleganz

[1]) Zu vergl. Abschnitt VII, Artikel 41—47.
[2]) Vergl. Bd. I, (2. Aufl.) S. 72.
[3]) Vergl. S. 126 und S. 131.
[4]) In der „Gegenwart" vom 6. Juli 1872, Bd. II, No. 24.
[5]) Falk, Adalbert, Dr. jur., Staatsminister und Minister der geistlichen, Unterrichts- und Medizinal-Angelegenheiten in Berlin. Geboren den 10. August 1827 in Metschkau, Kreis Striegau in Schlesien (evang). Am 30. März 1847 Eintritt in den preußischen Justizdienst; 1850 Gerichtsassessor und Staatsanwaltsgehilfe zu Breslau; 1853 Staatsanwalt zu Lyck in Ostpreußen;

Digitized by Google

verdankte, mit der er im Jahre 1871 das von der Regierung eingebrachte Haftpflichtgesetz verteidigt hatte. Falk war, bevor er Minister wurde, vortragender Rat im Justizministerium und wohnte als solcher im Geheimratsviertel drei Treppen hoch. Eines Tages schellte es an seiner Thür; ein großer Mann stand davor und ließ sich melden. Es war Bismarck, dem Falk für den Posten als Kultusminister empfohlen und der gekommen war, um persönlich wegen der Übernahme des Ministeriums mit Falk zu verhandeln.

Daß Falk Bismarck als Kultusminister genehm war, genügte dem Kaiser aber nicht; er forderte noch das Gutachten des Kriegsministers Roon ein, das dieser unterm 20. Januar 1872 erstattete. In seinem Berichte machte Roon zunächst die verlangten Angaben über die einzelnen Abstimmungen des Abgeordneten Falk in der Militärfrage (Falk war im preußischen Abgeordnetenhause Mitglied der Fraktion Mathis und damit der gemäßigten Opposition gewesen) und fuhr dann fort: „Dr. F. gehört unter allen Umständen zu denjenigen, welche, durch die Erfolge der Reorganisation längst mit derselben ausgesöhnt, offenbar zu einer größeren politischen Reife gelangt sind, so wie er auch stets zu den Männern zu zählen war, welche selbst da, wo sie irrten, einer ernsten, gewissenhaften Überzeugung folgten, zu denjenigen, welche, Feind jeder Frivolität und persönlichen Gehässigkeit, ihre Meinungen stets mit angemessener Würde und einer anerkennenswerten Ruhe zu vertreten wußten."

Die Kulturkampfgesetze machte Bismarck gemeinschaftlich mit dem Dr. Falk, d. h. der Kanzler gab die Gedanken her und der Kultusminister brachte dieselben in die Form von Gesetzentwürfen. Dabei ging es nicht ohne lebhafte Auseinandersetzungen der beiden Staatsmänner ab. Einmal erklärte Dr. Falk rundweg: „Nun, dann bitte ich um meine Entlassung." Bismarck goß Öl ins Wasser: „Wir werden doch noch unsern Meinungsverschiedenheiten Ausdruck geben dürfen!" [1])

1861 Staatsanwalt am Kammergericht und Hilfsarbeiter im Justizministerium; 1862 Apell.-Gerichtsrat zu Glogau; 1868 Geheimer Justizrat und vortragender Rat im Justizministerium; 1871 Geheimer Oberjustizrat und 22. Januar 1872 Minister. 1858–61 Mitglied des Abgeordnetenhauses für Lyck; 1867 Mitglied des konstituierenden norddeutschen Reichstags für Glogau; 1871 Mitglied des Bundesrats und der Kommission für die deutsche Civilprozeßordnung; 1873 Mitglied des Reichstags für Bunzlau-Lüben; 1873 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses bei siebenfacher Wahl, für Duisburg-Essen. (Keiner Fraktion angehörig.)

[1]) Über Bismarck's Haltung zur Frage des Rücktritts des Kultusministers Falk schrieben die „Hamburger Nachrichten" am 16. März 1891: In Rückblicken, die einzelne Blätter anläßlich des Wechsels im preußischen Kultusministerium und des Todes Windthorst's auf den Kulturkampf werfen, finden wir die Ansicht vertreten, daß Fürst Bismarck seiner Zeit Dr. Falk's Rücktritt veranlaßt habe. Das ist nicht richtig. Fürst Bismarck hat vielmehr Falk gehalten, so lange es möglich war und es dem Willen des Ministers entsprach; sollte Dr. Falk einmal die Geschichte seines Ministeriums schreiben, so wird er diese Thatsache nur bezeugen können. Dr. Falk's Rücktritt ist durch die Empfindlichkeit veranlaßt worden, die seine Behandlung am Hofe, namentlich so weit der Einfluß der Kaiserin reichte, in ihm hervorgerufen hatte. Fürst Bismarck war bei der Maigesetzgebung aus Kameradschaft für Falk und im Vertrauen auf ihn mitgegangen, obschon er mitunter andrer Meinung gewesen sein und nicht von allen Einzelheiten Kenntnis gehabt haben mag. Nachdem sich Dr. Falk vom Fürsten Bismarck gegen dessen

Digitized by Google

Die deutsche Reichs- (freikonservative) Partei hatte, wie früher, auch im Jahre 1873 dem Fürsten Bismarck zu seinem Geburtstage ihre Gratulation mit Glückwünschen für seine Gesundheit dargebracht.

Fürst Bismarck dankte mit dem Hinzufügen, daß für seine Gesundheit es entscheidend sei, ob die Angelegenheiten des Deutschen Reiches sich in gutem Fortgang befinden. Hindernisse der politischen Entwickelung des Reiches seien für ihn die hauptsächlichsten Gesundheitsstörer; die beste Medizin aber sei ihm das einträchtige Zusammenwirken aller berechtigten Elemente der Nation.

Wir schließen diesen Abschnitt mit einigen Briefen, welche der im Jahre 1871 in den Reichtag getretene württembergische Abgeordnete von Hölder[1]) während unserer Legislaturperiode in die Heimat gerichtet hat. Dieselben nehmen auf den Fürsten Bismarck zwar nur gelegentlich Bezug; sie sind aber gut geschrieben und geben solchen, die in den parlamentarischen Mechanismus nicht eingeweiht sind, ein so orientierendes Bild, daß die Aufnahme an dieser Stelle keiner weiteren Rechtfertigung bedarf.

Berlin, den 1. April 1871.

Vor einigen Tagen hatte ich eine Audienz bei dem Fürsten Bismarck. Eine solche kann man nur durch briefliches Ersuchen erlangen, da er mit Geschäften überhäuft ist. Er war freundlich und schüttelte mir beim Abschied die Hand.

Gestern habe ich zum erstenmal im Reichstag gesprochen, was Ihr aus den Zeitungen ersehen werdet. Bei großen Debatten, wie heute wieder eine bevorsteht, ist es sehr schwer zum Wort zu kommen. Der Präsident hat hier-

---

Wunsch getrennt hatte, wurden seitens des leitenden Ministers allerdings abweichende Meinungen zur Geltung gebracht, aber diese waren von Anfang an die seinigen gewesen; er hatte nur auf ihre Vertretung verzichtet, um einer so hervorragenden Kraft wie Falk so lange als möglich die Führung des Amtes zu überlassen. Als dies nicht mehr möglich erschien, fiel der Zweck jener Zurückhaltung fort und der Fürst vertrat alsdann seine eigenen Ansichten. Es wiederholte sich hier aus denselben Gründen derselbe Vorgang wie beim Abgang Delbrücks: nachdem Fürst Bismarck sich zum Verzicht auf Kollegen genötigt sah, die er wegen ihrer ausgezeichneten Fähigkeiten als Ressortminister so lange als möglich und unter Zurücksetzung eigener Wünsche und Auffassungen unterstützt hatte, ergab es sich von selbst, daß er nunmehr seine eigenen Wege ging.

[1]) von Hölder, Julius, Rechtsanwalt in Stuttgart. Geboren den 24. März 1819 (evang). Im Frühjahr 1848 vom März-Ministerium als Regierungsrat in das Ministerium des Innern berufen, nahm im Januar 1853 wegen politischer Mißliebigkeit seine Entlassung aus dem Staatsdienst und ließ sich in seiner Vaterstadt Stuttgart als Advokat nieder. Landtagsabgeordneter im Jahre 1849 und 1850, desgleichen seit 1856; 1862 einer der Gründer des deutschen Abgeordnetentags, 1865—66 Gründung der nationalen (deutschen) Partei in Württemberg unter seiner Mitwirkung im Kampfe gegen Volkspartei, Ultramontane und Regierungs-Anhänger. Berichterstatter der württembergischen Abgeordnetenkammer im Juli 1870 über die Verträge Württembergs mit dem Norddeutschen Bund, betreffend den Eintritt Württembergs in das Deutsche Reich. Reichstagsabgeordneter von 1871—73 und wiederum in Folge einer Zwischenwahl vom Herbst 1875 bis 1879. Seit Frühjahr 1875 Präsident der württembergischen Abgeordnetenkammer (nationalliberal). Verstorben am 30. August 1887.

Digitized by Google

bei so ziemlich diskretionäre Gewalt und man muß sich gefallen lassen, wie er einen einrangiert, auch daß er die Ordnung nachträglich wieder ändert. Es giebt aber hier insbesondere von unsrer (d. h. der nationalliberalen) Partei so viele gute Redner, daß man das Geschäft diesen gern überläßt.

Über die Parteiverhältnisse im Reichstag haben Euch wohl die Zeitungen schon Andeutungen gebracht. Bedauerlich war, daß die Bayern mit einigen andern Elementen eine neue Partei gebildet haben[1]). Die liberalen Württemberger in der Zahl von zwölf, die nationalen Badener und Hessen haben sich alle der nationalliberalen Partei angeschlossen. Dieselbe ist die stärkste im Reichstag und zählt über 100 Mitglieder. Weiter nach links steht die Fortschrittspartei mit ca. 36 Mitgliedern, mehr nach rechts die Bayern u. Gen. (wie man hier sagt, eine Partei von gewesenen Ministern und solchen, die es werden wollen)[2]) mit ca. 28 Mann; sie nennen sich „liberale Reichspartei", ferner die früheren Freikonservativen, die sich ebenfalls Reichspartei nennen wollen, mit ungefähr 30 Mann. Diese 4 Parteien suchen wir für wichtigere Fragen zusammen zu halten. Meine Partei, die nationalliberale, hat sich gestern definitiv konstituirt, durch Wahl eines Vorstandes von 7 Mitgliedern und von 4 Schriftführern; in ersteren wurde ich auch berufen. Weitere Parteien, oder wie man hier sagt Fraktionen, sind die Konservativen mit ca. 80 und die Klerikalen (Ultramontanen) mit ca. 65 Mann.

Das Verhältniß der Fraktionen und der einzelnen unter sich ist ein äußerst höfliches. Die Kanzlei des Reichstags besorgt auch die Fraktionsbestellungen und die Sitzungen der letzteren finden im Reichstagsgebäude statt. Dadurch ist dann die Kommunikation unter den Fraktionen ungemein erleichtert. Gewöhnlich haben dieselben Abends Sitzung und machen sich durch Abgesandte Mitteilungen. So kommt es, daß häufig eine im Reichstag vorkommende Angelegenheit schon vorher durch die Beratungen und Kommunikationen der Fraktionen entschieden ist. Übrigens geht alles sehr förmlich zu, in den Fraktionssitzungen sowohl wie im Reichstag.

Berlin, den 8. April 1871.

Berlin hat ungemein viel geistig Anregendes. Die geistigen Kapazitäten aller Branchen, interessante Leute der verschiedensten Art und aus aller Herren Länder strömen hier zusammen. Bei dieser großen Konkurrenz ist der einzelne auf sich verwiesen, Stellung zu gewinnen und sich geltend zu machen. Das trifft auch für den Reichstag zu, wo viele ausgezeichnete Kräfte vereinigt sind. Hier ist es nicht wie bei uns, daß man froh ist, wenn eine mehr oder minder tüchtige Kraft sich zeigt, daß man dieselbe zu fördern und für die politischen Aufgaben zu verwenden sucht. Kräfte mittlerer Bedeutung stehen insbesondere

[1]) Gemeint ist die „liberale Reichspartei", welcher von Bayern beitraten: die Abgeordneten Kastner, Kottmüller, Stadtberger, v. Lottner, Louis, Fürst von Hohenlohe, v. Swaine, M. Barth, Graf Luxburg, v. Hörmann, Fischer und Völk.

[2]) Angespielt wird hier auf v. Bernuth, v. Bonin, v. Kusserow, Freiherr v. Patow, Freiherr v. Roggenbach.

Digitized by Google

der nationalliberalen Partei massenhaft zur Verfügung, und die bedeutendsten Männer und Redner der Partei sind so hervorragend, daß man ihnen gerne die Führung überläßt. Dazu kommt bei wichtigen Fragen der starke Zudrang zum Wort, so daß es schwer fällt, es vom Präsidenten, der eine gewisse Diskretion üben darf und alle Parteien berücksichtigen muß, zu erhalten, ferner die scharfe Kritik, die hier über alles geübt wird. Diese Erwägungen bestimmten mich, bei den Kämpfen mit den Ultramontanen mich gar nicht um das Wort zu bewerben, obgleich ich manches auf dem Herzen gehabt hätte. Sicherheit wird man auf diesem Boden nur langsam erlangen und großer Fleiß, Vorbereitung, Aufmerksamkeit ist unter allen Umständen nötig, wenn man sich auf das Seil wagen will.

Ein von mir auf den Fürsten Bismarck gleich in der ersten Woche meines Hierseins bei einem Essen ausgebrachter heiterer Toast hat mir mannigfache Glückwünsche eingebracht.

Der gedachte, am 24. März 1871 in der juristischen Gesellschaft ausgebrachte Toast lautete:

„Es ist heute Abend viel von dem Deutschen Reiche gesprochen worden und von einer neuen deutschen Rechtsentwickelung, welche auf dem Boden der deutschen Wissenschaft steht. Meine Herren, ich habe den Wunsch, ein Hoch auf den Mann auszubringen, dem wohl vorzugsweise ein Verdienst bei der Begründung dieses neuen Deutschen Reichs zukommt, nämlich auf den Fürsten Bismark. (Beifall.) Zwar weiß ich nicht recht, wie ich es angreifen soll, um diesen Toast hier zu begründen, denn man könnte mir sagen, wie kommt Saul unter die Propheten? (Heiterkeit.) Ich könnte mich wohl auch nicht darauf berufen, daß er zum Doktor der Philosophie ernannt worden ist, wie etwa Blücher seiner Zeit zum Doktor ernannt worden ist. Da wir aber eine Anzahl von Mitgliedern der hiesigen Universität, den Rektor an ihrer Spitze, in unsrer Mitte haben, so möchte ich denselben dringend empfehlen, daß sie es anregen, daß der Fürst Bismarck von der Universität der Reichshauptstadt zum Doktor der Rechte ernannt werde (lebhafter allseitiger Beifall), denn er hat sich als ein guter Jurist bewährt, zwar nicht sowohl als Theoretiker, sondern vielmehr als Praktiker, als ein gewaltiger Praktiker. (Sehr gut!) Er hat ein neues deutsches Staatsrecht aufgestellt und den deutschen Fürsten und Regierungen ein Praktikum in demselben gelesen (Beifall), und zwar mit gutem Erfolge. Sie waren früher etwas hart im Verstehen, aber dem braven Bismarck gehört das Verdienst, daß er ihnen das Verständnis für das deutsche Staatsrecht eröffnet hat. Er hat auch gute Kenntnisse im Völkerrecht bewiesen (Ruf: vorzügliche!) und hat auch außerhalb Preußens Anerkennung seiner Kenntnisse im Völkerrecht gefunden; so sehr, daß sogar die Herren Thiers und Jules Favre Privatissima bei ihm genommen haben (Beifall). So, meine Herren, denke ich, darf man wohl in einer juristischen Gesellschaft ein Hoch ausbringen auf diesen eminenten Praktiker des Staats- und Völkerrechts, auf den Fürsten Bismarck. Er lebe hoch, abermals hoch und immer hoch!"

Digitized by Google

Berlin, den 19. April 1871.

Wie lange der Reichstag noch versammelt bleiben wird, läßt sich noch nicht bestimmen, hoffentlich nicht über Mitte Mai. Über Ostern war es eine fatale Faulenzerei und jetzt geht es nur langsam vorwärts.

An den Verhandlungen beteiligte ich mich durch meine Anwesenheit. Zum Sprechen drängen sich immer Viele, und da lasse ich gerne anderen die Freude. Wir Württemberger müssen auch erst das Terrain kennen lernen. Es wird zur rechten Zeit die Reihe schon noch an uns kommen.

Am vergangenen Samstag war der erste Empfangsabend beim Fürsten Bismarck, der auf vier Samstage eingeladen hat. Ich habe mich dort gut unterhalten, wurde der Fürstin vorgestellt und der Frau unsres Gesandten von Spitzemberg.

Berlin, den 7. Mai 1871.

Meine Geschäfte mehren sich, da ich in die Finanzkommission und in die Elsasser Kommission gewählt bin.

Mit den Einladungen hat es nun Ruhe. Da Fürst Bismarck der Friedensverhandlungen wegen nach Frankfurt a. M. verreist ist, war auch gestern keine Soiree bei ihm. Er hat nun auf die beiden nächsten Samstage eingeladen. Damit ist, wie wir hoffen, auch das Ende des Reichstags bezeichnet. Jedenfalls sind viele Mitglieder entschlossen, nicht über Pfingsten zu bleiben und zu diesen gehöre auch ich.

Berlin, den 22. Mai 1871.

Die Regierung bringt dem Vernehmen nach einen Entwurf im Reichstag ein, betr. die Verteilung der 5 Milliarden, wobei Württemberg schlecht wegkommen wird. Denn der zu verteilende Rest soll nach Verhältniß der militärischen Leistungen, nicht nach der Bevölkerungszahl verteilt werden, und bekanntlich hat Württemberg verhältnißmäßig wenig geleistet. Im Reichstag werden wir nichts durchsetzen können, wenn nicht im Bundesrath durch unsere Minister noch etwas erreicht werden kann. Allein die Wähler könnten meinen, man hätte etwas erreichen können, wenn man da gewesen wäre. Deshalb muß ich so lange aushalten, als dies nach dem Stand der Geschäfte zu Hause irgend möglich ist.

An den Debatten über die Verfassung von Elsaß-Lothringen werde ich mich nicht beteiligen, weil ich mit der Mehrheit unserer Partei im Widerspruch stehe und auf Parteidisziplin Rücksicht nehmen zu müssen glaube. Für die Zeit des Provisoriums bin ich zwar mit den Nationalliberalen einig, allein für das Definitivum stimme ich im wesentlichen mit der Fortschrittspartei überein, deren Anträge Du in den Zeitungen finden wirst. Die nationalliberale Partei will in ihrer großen Mehrheit nicht an eine künftige Verfassung für Elsaß-Lothringen heran, sondern möchte dasselbe möglichst von hier aus regieren, überhaupt sehe ich bei Vielen unitarische Tendenzen, mit denen ich nicht einverstanden bin. Denn so wenig Werth ich den kleinen Fürsten beilege, und so gewiß die Reichsgewalt in manchem noch besser und kräftiger organisirt werden muß, so unbe-

Digitized by Google

dingt notwendig halte ich die Selbständigkeit der einzelnen Staaten bezw. Provinzen in den inneren Angelegenheiten im Interesse der Freiheit und politischen Kraft der Nation für geboten.

Berlin, den 26. Mai 1871.

Um keine Verschleppung der Geschäfte zu veranlassen, trug ich zu dem Beschlusse bei, gar keine Ferien zu machen. Allein die Herren Norddeutschen kehrten sich großenteils nicht daran und heute wurde das Haus ausgezählt, d. h. beim Beginn der Sitzung beantragte ein Mitglied den Namensaufruf, der ergab, daß wir nicht vollzählig waren. Darauf vertagte der Präsident die Sitzung bis nächsten Mittwoch. Neuerdings höre ich, daß die Verteilung der 5 Milliarden uns nicht mehr beschäftigen wird. Es heißt, man wird uns nur für bestimmte Zwecke (Entschädigung) einige Vorlagen machen. In diesem Falle könnten wir in drei Wochen mit unserem Arbeitspensum zu Ende sein.

Gestern gab es eine Hetze mit Bismarck, von der die Zeitungen berichten werden. Er behauptete, man habe ihm ein Mißtrauensvotum gegeben, woran Niemand dachte, drohte mit seinem Rücktritt[1]) u. s. f. Es heißt, er sei sehr böse auf den Reichstag, weil letzterer mehrere Male gegen seine Wünsche Beschlüsse faßte. Gestern handelte es sich um die künftige Verfassung von Elsaß-Lothringen, und ich theilte hierbei im Grunde mehr seine Ansicht als die der Nationalliberalen. Die Sache wurde an die Kommission zurückverwiesen, wo Bismarck erschien und ein Ausgleich stattfand, d. h. die Nationalliberalen gaben im Grunde nach, sie behaupten aber, sie hätten doch vieles erreicht! Ich sagte in der Reichstagssitzung zu Mehreren meiner Kollegen: „Wozu verweist Ihr die Sache an die Kommission? Ihr gebt schließlich doch nach," das ärgerte sie. — In der Kommission sagte Bismarck unter Anderem, man wolle ihn eingrenzen, etwa wie die Rinderpest, der Reichstag sei aggressiv, wir sollen uns einen Anderen suchen, der die Geschäfte unter solchen Beschränkungen besorge, es würden sich schon Leute finden, er habe ohnehin genug u. s. f.[2]) Bei dieser uns ungewohnten Art des Auftretens der Minister geht es aber doch nicht auf die Dauer, und diese Wahlperiode wird noch Konflikte erleben. Wegen der brutalen Versetzung von zwei Postsekretären, deren ganzes Verbrechen eine beabsichtigte Petition an den Reichstag um Gehaltsaufbesserung war, haben Völk, Banks (von Hamburg) und ich, unterstützt von etwa 75 weiteren Mitgliedern aus den 3 liberalen Parteien, heute einen Antrag eingereicht, der ihm auch nicht gefallen wird. Allein verfassungsmäßige Rechte können wir Bismarck zu Liebe nicht opfern. Ein Konflikt ist aber unsererseits natürlich nicht beabsichtigt.

Mit Mittnacht stehe ich hier auf gutem Fuße, derselbe nimmt über wichtige Angelegenheiten des Bundesrats, die Württemberg betreffen, häufig mit mir Rücksprache.

---

[1]) Vergl. Horst Kohl „Bismarck-Reden", Bd. V, S. 87 ff.

[2]) Über die Äußerungen Bismarcks in dieser Kommissions-Sitzung vergl. Kohl a. a. O., S. 87 ff.

Digitized by Google

Berlin, den 14. Juni 1871.

Morgen soll der Reichstag geschlossen werden, nachdem wir uns in den Verwilligungen für Pensionen, Ehrendank (Dotationen) u. s. f. wahrhaftig nicht knauserig benommen haben. Der Kaiser kann mit dem ersten deutschen Reichstag zufrieden sein.

Berlin, den 28. April 1872.

Die neue Session des Reichstag ist bereits seit drei Wochen eröffnet, mit unseren Geschäften geht es aber nicht gerade munter vorwärts. Die Hauptgesetze die wir berathen, sind das Reichsbeamtengesetz, das Gesetz über den Rechnungshof und das Militärstrafgesetz. Schon bei dem ersten giebt es einschneidende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Parlament und der Reichsregierung. Wir wollen den Satz aufnehmen, daß jeder Reichsbeamte für gesetzwidrige Handlungen verantwortlich sein soll, während nach der Anschauung der Regierung der Befehl des Vorgesetzten den Untergebenen von der Verantwortlichkeit befreien soll. Noch stärker gehen die Meinungen bei dem Militärstrafgesetz[1]) auseinander, wo es sich um die Sonderstellung des Militärs, insbesondere der Offiziere, bei Vergehen des gemeinen Strafrechts (im Gegensatz von militärischen Vergehen) handelt. Wir sind natürlich gegen jene Sonderstellung und man spricht schon davon, der Entwurf werde zurückgezogen werden. Ich glaube aber noch nicht daran; man sucht offenbar nach einer Verständigung, und Fürst Bismarck soll bei der gestrigen Soiree wohl dreiviertel Stunden lang mit Lasker darüber gesprochen haben. Pfingsten kommen wir keinenfalls schon nach Hause, wenn es gut geht, Ende Mai.

Berlin, den 1. Mai 1872.

Die Geschäfte des Reichstags haben augenblicklich ihren Schwerpunkt in den Kommissionen. Veranlassung, im Plenum des Reichstags das Wort zu ergreifen, hatte ich bis jetzt nicht. In den Vorstand der Fraktion bin ich wieder gewählt worden und da mehrere Vorstandsmitglieder abwesend sind, liegt mir neben Bennigsen und Lamey[2]) die Aufgabe ob, abwechselnd in den Parteisitzungen den Vorsitz zu führen.

Berlin, den 6. Mai 1872.

In unserer Kommission über das Beamtengesetz kommen wir nur langsam vorwärts, oft erledigen wir nur einen Paragraphen in der Stunde, und wir

[1]) Unter dem Vorsitz Moltke's gestaltete die Reichstagskommission den Entwurf der Regierung wesentlich um. Diese Arbeit fußte einerseits auf den wissenschaftlichen Grundlagen des deutschen Reichsstrafgesetzbuchs, andererseits auf dem Grundsatze, daß zu weit getriebene Menschlichkeit die notwendige eiserne Manneszucht im Heere zu erschüttern drohe. Teshalb ließ auch die Reichstagskommission am 30. April, auf Vorstellung der Regierungen, das Strafmittel des „strengen Arrestes" bestehen. Im Reichstag stellte die Opposition diese Strafe auf eine Linie mit der Folter. Auch Lasker's weichem Gemüt erschien sie zu hart. Er hatte schon in der Kommission an Stelle der Strafverschärfung „Wasser und Brot" vergeblich eine „knappe, nahrungsfähige Kost" setzen wollen. (Hans Blum, „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 126.)

[2]) Lamey, Dr. August, früher Präsident des badischen Ministeriums des Innern.

Digitized by Google

haben noch 50—60 Paragraphen vor uns! Es steht sehr dahin, ob die Session eine fruchtbare sein wird. Beim Militärstrafgesetz sind die Aussichten neuerdings besser.

Berlin, den 11. Juni 1872.

Mit Arbeiten bin ich stark in Anspruch genommen. Die Kommission für das Gesetz wegen Verwendung der Kriegsentschädigung nahm in der letzten Woche mit ihren Sitzungen die Abende oft bis 10 ja sogar bis 11 Uhr in Anspruch [1]). Ich mußte mich um unsere süddeutschen Interessen tüchtig wehren, und es gelang mir in Verbindung mit den süddeutschen Abgeordneten der Kommission und den süddeutschen Ministern gute Erfolge zu erzielen. Im Reichstag wird voraussichtlich nicht darüber gestritten werden. Wir werden hoffentlich den Franzosen nicht das Schauspiel eines Zanks um die noch gar nicht bezahlten Milliarden geben. Der württembergische Militäretat, der ein Teil des deutschen Militäretats ist, beschäftigt mich gegenwärtig lebhaft. Als Mitglied der Kommission für das Militärbudget reichte ich nach hiesigem Gebrauch eine Reihe von Fragen zur Aufklärung ein. Die preußischen Kommissare waren nicht in der Lage, dieselbe in der Sitzung zu beantworten; sie erbaten sich darum Aufschlüsse von Stuttgart. Unser Kriegsminister von Suckow hatte nun die Zuvorkommenheit, den Etatreferenten, Intendanturrath Metzger hierher zu senden, um dem württembergischen Militärbevollmächtigten und mir mündlich die nöthigen Aufschlüsse zu geben. Ich habe schon 2 Tage mit diesen beiden Herrn gearbeitet und beabsichtige, bei der 3. Lesung des Militäretats meine Bemerkungen im Reichstag vorzubringen, — hauptsächlich um unsern Leuten zu Hause die wünschenswerthen Aufschlüsse zu geben.

Aus der letzten Session der ersten Legislaturperiode liegen noch folgende briefliche Äußerungen des Abgeordneten Hölder vor.

Berlin, den 29. April 1873.

Unser Leben hier ist sehr einförmig, und ich sehne mich nach mildem Frühlingswetter. Ich bin in der Kommission für das Kriegsleistungsgesetz (Quartier, Vorspann u. s. f.), in der wir in der Stunde etwa einen Paragraphen erledigen. Man kann sich denken, wie viel Zeit diese Kommission kostet. Dazu kommt beinahe jeden Abend von 7—10 Uhr Fraktionssitzung!

---

[1]) Bayern und Württemberg hatten behauptet, sich „verkürzt" zu fühlen, wenn die Verteilung der Milliarden nur nach den militärischen Leistungen der Einzelstaaten vom 16. Juli 1870 bis zum 1. Juli 1871 stattfände, und nicht auch Gewicht gelegt werde auf andere, namentlich politische Gesichtspunkte. Sie hatten daher ursprünglich vorgeschlagen, die französische Kriegsentschädigung zu $^5/_8$ nach den Kriegsleistungen, zu $^3/_8$ nach der Bevölkerungszahl der Einzelstaaten zu verteilen. Diese unbillige Forderung wurde von Bayern später dahin ermäßigt, daß $^3/_4$ nach der Kriegsleistung, $^1/_4$ nach der Bevölkerungszahl an die Bundesstaaten verteilt werden sollte. Bundesrat und Reichstag stimmten einhellig zu. (Hans Blum a. a. O. S. 125.) Vergl. auch S. 172.

Digitized by Google

In 3 Wochen soll ein von der Reichsregierung veranstalteter Ausflug des Reichstags nach Bremen, Bremerhaven und Wilhelmshaven erfolgen. Derselbe ist auf 2—3 Tage berechnet; ich bin begierig, unseren deutschen Kriegshafen nebst Kriegsschiffen zu sehen. Auch eine Seefahrt von 5—6 Stunden gehört zum Programm.

Berlin, den 5. Mai 1873.

Daß ich in der Diätenfrage eine Rede gehalten habe, wirst Du gelesen haben. Im Übrigen stehe ich unter dem Einfluß einer gewissen mit Bequemlichkeit verknüpften Bescheidenheit oder auch Befangenheit, und lasse gerne Andere die Sachen führen, wenn sie nur in meinem Sinne besorgt oder wenigstens vertreten werden. Mich vorzudrängen, war nie meine Sache.

Indessen werde ich doch noch dem einen oder anderen Gegenstand meine eingehendere Aufmerksamkeit und Studium widmen und dann je nach Umständen auch noch einige Male an den Debatten theilnehmen. Da ich mich jetzt wieder wohl und ausgeruht fühle, werde ich mich auch leichter einarbeiten.

Die Kommission für die Kriegsleistungen (Leistungen der Gemeinden und Einwohner während eines Krieges an Quartier, Fuhren, Arbeiten, Lieferungen u. s. f.), deren Mitglied ich bin, hält noch immer beinahe täglich Sitzung ab. Oft erledigen wir in 2 Stunden nur einen Paragraphen: denn man ist hier womöglich noch kritlicher und breiter als bei uns. Der gestrige Sonntag war von 11—3 Uhr durch die Sitzung dieser Kommission ausgefüllt. Ich sitze in dieser Kommission mit dem Freiherrn von Varnbüler zusammen und wir suchen mit einander die württembergischen Interessen, soweit sie berechtigt sind, zu wahren.

Auch in die Budgetkommission soll ich dem Vernehmen nach gewählt werden. Dieselbe wird namentlich die Militär- und Flottenexigenzen zu prüfen haben; da giebt es Arbeit genug, und zu Vergnügungen bleibt nicht viel Zeit übrig.

Berlin, den 11. Mai 1873.

Die letzten Tage waren angestrengte. Die Berathungen der freien Kommission über die Kriegsleistungen fanden beinahe täglich statt. Wir haben das aus 32 Paragraphen bestehende Gesetz gehörig umgearbeitet; morgen wird dasselbe im Reichstag zur Berathung kommen. Heute hatten wir noch eine Sitzung von 9—1 Uhr und dann war Sitzung der Fraktion, die daneben um 11 Uhr begonnen hatte.

Berlin, den 19. Mai 1873.

Am Mittwoch und Donnerstag findet die Fahrt des Reichstags nach Bremen und Wilhelmshaven statt. Wenn das Wetter gut wird und die Kriegsschiffe operiren können, werden wir ein interessantes Schauspiel erleben.

Berlin, den 29. Mai 1873.

Die Dauer des Reichstags wird sich bis Ende des nächsten Monats hinziehen. Von mehreren Seiten wurde die Vertagung bis zum Herbste angeregt.

Digitized by Google

Das wäre eine schöne Bescheerung gewesen. Das Militärgesetz [1]) kann freilich nicht mehr in Arbeit genommen werden und es fragt sich, ob die Reichsregierung es für angemessen hält, dessen Berathung dem neu zu wählenden Reichstag zu überlassen. Wir sind daher immer noch nicht davor sicher, ob nicht wegen dieses Gesetzentwurfs am Ende doch ein außerordentlicher Reichstag im Herbste berufen wird. Allein in diesem Falle bin ich entschlossen, nur etwa auf 8—10 Tage, wenn es sich um die wichtigsten Abstimmungen handelt, hierher zu gehen.

Daß wir, da von einer Vertagung des Reichstags abgesehen wurde, tüchtig arbeiten müssen, kannst Du Dir denken, und da ich Mitglied der Budgetkommission bin, so bin ich außerordentlich angespannt.

Berlin, den 7. Juni 1873.

Innerhalb 4 Tagen ist der Reichstag drei Mal ausgezählt worden, d. h. auf Antrag oder bei namentlichen Abstimmungen wurden die Anwesenden gezählt und es stellte sich drei Mal heraus, daß das Haus beschlußunfähig sei. Zwei Mal war ich wegen der verlängerten Pfingsttour selbst unter den Fehlenden. — So kann es natürlich nicht fortgehen. Es scheinen nur 10 bis 12 Abgeordnete über die beschlußfähige Zahl hier zu sein, so daß es eine kleine böswillige Minderheit in der Hand hat, die Berathungen unmöglich zu machen. Wenn nothgedrungen und im Interesse der Würde des Reichstags eine Vertagung eintritt, dann ist eine Herbstsession unvermeidlich.

Vom nächsten Montag an soll die Budgetkommission jeden Tag um 9 Uhr Vormittags Sitzung haben, und der Reichstag ebenfalls täglich um 12 Uhr. Die Abende hätte man dann allerdings frei, allein einen Theil derselben muß ich zur Lektüre der Vorlagen verwenden, zumal ich in der einen oder anderen Angelegenheit noch das Wort zu ergreifen gedenke. Wird der Reichstag noch ein paar Mal beschlußunfähig, dann ist freilich Alles zu Ende.

Berlin, den 22. Juni 1873.

Erfreulich ist es mir, berichten zu können, daß der Reichstag rasch seinem Ende entgegen geht. Der Präsident, den ich gestern Abend in einer Gesellschaft bei Bismarck sprach, meinte, am Mittwoch fertig werden zu können. In diesem Falle werde ich wohl am Donnerstag abreisen.

Ob dieser Reichstag noch einmal zusammen treten wird, weiß noch Niemand; meinerseits betrachte ich die hiesige Thätigkeit als abgeschlossen. An Streitigkeiten im Reichstag, in den Kommissionen und Fraktionen hat es fürwahr nicht gefehlt und unter den süddeutschen Nationalgesinnten macht sich allmählig

[1]) Gemeint ist die Vorlage für die Befestigung und Verstärkung der deutschen Wehrkraft, jenes Gesetz, welches nach Ablauf der Pauschsummenjahre (Ende 1874) zur Grundlage der Heeresstärke und des Etats der Heeresbedürfnisse dienen sollte. Die Regierung hatte diesen Entwurf schon 1873 vorgelegt, allerdings erst nach monatelanger Tagung, am 13. Mai, während damals schon die Sorgen um das Reichspreßgesetz den Reichsboten schwere Arbeit machten. Die Regierung genehmigte daher damals die Zurücklegung der Gesetzesvorlage bis zur Reichstagssession von 1874.

Digitized by Google

ein Mißmuth gegen die Manieren unserer norddeutschen Parteigenossen geltend. Seitdem wir aber einige Male derb und grob waren, sind sie geschmeidiger. Es ist ein eigener Charakterzug, daß unsere süddeutsche Gutmüthigkeit und Bescheidenheit sie zum Übermuthe reizt. Festem Auftreten tragen sie Rechnung. In der Budgetkommission bin ich letzthin in einer württembergischen Angelegenheit gegen die absprechende Manier des Regierungskommissars, Geheimrath Michaelis sackgrob geworden. Seitdem ist derselbe äußerst artig und freundlich, er redet mich privatim an, was er früher nie that. Die Norddeutschen kämpfen mit spitzigen Stichen: wir mit Knütteln. Das ist ihnen neu, es thut aber den Dienst.

IX. Abschnitt.

Die XI. preussische Legislatur-Periode.

(14. Dezember 1870—5. Oktober 1873.) [1]

Das Ergebnis der Neuwahlen veränderte die bisherigen Parteiverhältnisse im Abgeordnetenhause nicht in nennenswerter Weise. Die Konservativen und Freikonservativen (171) büßten zwei Mandate ein, die Nationalliberalen erreichten dieselbe Zahl wie im letzten Hause (99), die Fortschrittspartei (43) verlor 4 Mitglieder; dafür mußte aber das linke Centrum beinahe die Hälfte seiner Mandate an die Klerikalen [2] abgeben.

Nach der Unterbrechung durch die Kriegszeit 1870/71 wurde mit einigen Modifikationen (Wegfall der sogenannten Höchstbegüterten in der Kreisvertretung, Verkleinerung der Amtsbezirke u. a.) der Entwurf der neuen Kreisordnung während der Landtags-Session 1871/72 dem neugewählten Abgeordnetenhause wieder vorgelegt und fand im wesentlichen entgegenkommende Aufnahme.

Die zu seiner Vorberatung eingesetzte Kommission verteilte das Referat in 4 Abteilungen, von denen Dr. Friedenthal eine erhielt. Derselbe hatte schließlich als Gesamtreferent den allgemeinen Teil der Kommissions-Beschlüsse vor dem Plenum zu rechtfertigen.

---

[1] Es währte die I. Session vom 14. Dezember 1870—17. Februar 1871, die II. Session vom 27. November 1871—1. November 1872, die III. Session vom 12. November 1872—5. Oktober 1873.

[2] Der ehemalige Rundschauer der „Kreuzzeitung", Dr. Ernst von Gerlach, Appellationsgerichts-Chef-Präsident in Magdeburg, wurde am 15. Januar 1873 in dem katholischen Westkreise Mühlheim a. d. R. zum Mitglied des Abgeordnetenhauses gewählt und trat, obgleich Protestant, sofort dem Centrum bei. In der Sitzung vom 17. Dezember 1873 geriet er mit Bismarck scharf aneinander. Vergl. die Broschüre: „Die Civilehe und der Reichskanzler." Vom Verfasser der Rundschauen. Mit einem Anhange, enthaltend die Rede des Verfassers und des Reichskanzlers im Abgeordnetenhause am 17. Dezember 1873. Berlin, v. Munden. 1874 gr. 8. (55 Seiten.)

Digitized by Google

Nach den bekannten politischen Vorgängen kam es schließlich zur Annahme der Gesetze in einer Form, welche dem Grafen Eulenburg als annehmbarer Kompromiß erschien.

Auch über dieses Stadium der Verhandlungen liegt eine bisher unveröffentlichte Aufzeichnung des Professors Dr. Gneist vor, welche die Teilnahme Bismarck's an dem Gesammtwerke ersehen läßt. Dieselbe ist am Schlusse dieses Abschnittes abgedruckt.

Hatte schon die liberale Kreisordnung die Kreuzzeitungsmänner lebhaft gegen Bismarck aufgebracht, so erwuchs denselben eine neue Pein durch das am 14. Dezember 1871 dem Landtag vorgelegte Schulaufsichtsgesetz. „Es ist ein undankbares Geschäft — so schrieb das Junkerblatt am Jahresschluß — heute noch konservativ zu sein. Bismarck schwimmt mit dem breiten Strom des Liberalismus und kämpft gegen die, mit denen er nach Gottes Ordnung zusammenstehen müßte." Dieser Stoßseufzer klang deutlich genug zugleich als Absage und Kriegsruf gegen den Reichskanzler.

Aus Anlaß des Schulaufsichtgesetzes lief bei Bismarck eine große Zahl von Adressen ein, die ihn hinwiederum seinerseits zu einer lebhaften agitatorischen Korrespondenz veranlaßten[1]).

Am 9. März 1872 richtete derselbe an den Reichstagsabgeordneten und Präsidenten der badischen zweiten Kammer Kirsner in Karlsruhe das nachstehende Schreiben:

Obwohl ich es mir seit einiger Zeit habe versagen müssen, die mir mit Bezug auf das Schulaufsichtsgesetz zugehenden Adressen wesentlich gleichen Inhalts einzeln zu beantworten, kann ich es nicht unterlassen, Ew. Hochwohlgeboren und den der badischen Landesvertretung und zum Theil gleichzeitig dem Deutschen Reichstage angehörenden Herren Mitunterzeichnern der Adresse vom 6. dieses Monats[2]) besonders meinen herzlichsten Dank auszusprechen. Ich erkenne in Ihrer Kundgebung eine Fortsetzung der nationalen Politik, welche in Baden unter der Leitung Seiner Königlichen Hoheit des Großherzogs von lange her gepflegt worden und der von hier aus geförderten nationalen Entwickelung seit Jahren so lebendig entgegengekommen ist. Ew. Hochwohl-

[1]) 23. Februar 1872. Der Abgeordnete Graf Bethusy-Huc bei dem Fürsten Bismarck behufs Überreichung der aus Oberschlesien eingegangenen Zustimmungs- und Dankadressen.

[2]) Die Adresse schloß mit den Worten: Ew. Durchlaucht steht das Vertrauen, die Dankbarkeit, die Vaterlandsliebe und die Geistesbildung des deutschen Volkes in diesem neuen Streite um die Unabhängigkeit des Reiches zur Seite. Die unermeßliche Kraft dieser edlen Hilfsmittel, welche die Nation ihrem Führer in solchem Kampfe um die höchsten Güter des Rechtsstandes und der Gesittung unsrer Zeit verleiht, wird Ew. Durchlaucht aufs Neue die Ehren unvergänglicher Siege gewähren. Möge die Vorsehung, welche schützend über der Begründung des neuen Reiches gewaltet hat, dem deutschen Staatsmanne fernerhin Kraft und Gesundheit verleihen! Die weise, mit sicherer Hand vollzogene Lösung der neugestellten Aufgabe wird Ew. Durchlaucht den Dank und den Segen der Zeitgenossen und der kommenden Geschlechter erwerben.

Digitized by Google

geboren und Ihre Herren Kollegen werden mit mir in der Zustimmung des deutschen Volkes den Lohn für unser Streben finden. Ich ersuche Ew. Hochwohlgeboren ergebenst, diesen meinen Dank zur Kenntniß der Herren Mitunterzeichner bringen zu wollen.

von Bismarck.

Nach Annahme des Schulaufsichtsgesetzes machte der Geheimrat Hermann Wagener den Versuch einer Reorganisation der konservativen Fraktion[1]). Er arbeitete eine bezügliche Denkschrift aus, deren Kernpunkte in dem Artikel „Ein Mitarbeiter Bismarck's" in der „Deutschen Revue", XV. Jahrgang, I. Band S. 182 abgedruckt ist.

Im Februar 1872 hatte der Kongreß deutscher Landwirte beschlossen, durch eine aus 7 Mitgliedern bestehende Kommission die wirtschaftliche Lage der ländlichen Arbeiterklasse prüfen und über den Befund dem Kongreß berichten zu lassen. Die Kommission hatte sich dieser Aufgabe unterzogen und demgemäß bestimmte Fragen formuliert und an die landwirtschaftlichen Vereine und einzelne hervorragende Landwirte versandt, das auf diese Weise gewonnene Material verarbeitet und auf Kosten des Kongresses drucken lassen.

Parallel hiermit ging eine von Staatswegen veranlaßte Enquete über die ländliche Arbeiterfrage. Der praktische Blick Bismarck's sah ein, daß es für das Ergebnis von Wert sei, nicht bloß Beamte, sondern auch parlamentarisch geschulte Landwirte um ihre Ansicht zu fragen. Aus diesem Anlaß entstanden folgende zwei Schreiben an das Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses und des Reichstags von Wedell-Malchow[2]):

Berlin, den 14. Mai 1873.

Das Königliche Staatsministerium hat beschlossen, die ländliche Arbeiterfrage durch Kommissarien der einzelnen Ministerien berathen zu lassen. Die Berathungen sollen unter der Leitung des Herrn Ministers für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten hier stattfinden und in Kurzem beginnen. Indem es meine Absicht ist, das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten hierbei durch einen aus eigener Anschauung mit den Verhältnissen vertrauten und be-

[1]) Im Jahre 1873, als die Altkonservativen dem Fürsten Bismarck den Rücken wandten und ihn in ihren Blättern befehdeten, hielt es ein alter Herr in Pommern (Senfft-Pilsach?) für Recht und Pflicht, ihn in einem abfurden Briefe salbungsvoll zur Einkehr und zum Gebete zu vermahnen. Der Fürst verwies ihn in seiner Antwort, die er Moritz Busch im Jahre 1881 teilweise vorlas, u. a. auf Psalm 12,4 und 5, wo es heißt: „Der Herr wolle ausrotten alle Heuchelei und die Zunge, die da stolz redet, die da sagen: unsre Zunge soll Überhand haben, uns gebühret zu reden; wer ist unser Herr?" Vergl. M. Busch „Unser Reichskanzler" Band I, S. 157, und den Aufsatz: Fürst Bismarck und die Konservativen, von A. B. in der „Gegenwart", Bd. I. Nr. 5, S. 65—66.

[2]) von Wedell-Malchow, Friedrich, Rittergutsbesitzer, Landwirt, Besitzer von Malchow und Polzow, in Malchow (Kreis Prenzlau, Provinz Brandenburg). Geboren den 23. April 1823 zu Malchow (evangelisch). Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses ununterbrochen von 1866 bis zu seinem Tode.

Digitized by Google

währten Sachkundigen vertreten zu sehen, erlaube ich mir die Anfrage, ob Ew. Hochwohlgeboren für den Fall, daß die Wahl sich auf Sie lenkt, bereit sein würden, ein solches Kommissorium entweder direkt oder bei eintretendem Bedürfniß der Stellvertretung zu übernehmen. Ew. Hochwohlgeboren würden mich durch eine baldgefällige Äußerung zu verbindlichstem Dank verpflichten.

von Bismarck.

Berlin, den 20. Mai 1873.

Ew. Hochwohlgeboren beehre ich mich für die in dem Schreiben vom 15. dieses Monats erklärte Bereitwilligkeit, an den Berathungen über die ländliche Arbeiterfrage in abwechselnder Vertretung mit Herrn von Blanckenburg für das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten Theil nehmen zu wollen, verbindlichst zu danken. Das Nähere über Beginn und Art der Berathung werden Ew. Hochwohlgeboren durch den Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten, der den Vorsitz übernommen hat, erfahren. Behufs vorläufiger Information erlaube ich mir Ew. Hochwohlgeboren ein von Seiten des Herrn Präsidenten des Staatsministeriums vorgelegtes Promemoria sowie eine darüber mit dem Herrn Minister für die landwirthschaftlichen Angelegenheiten stattgehabte Korrespondenz hierbei in Abschrift zu persönlicher Kenntnißnahme mit der Bitte um Rückgabe mitzutheilen. Nach mündlicher Besprechung mit Herrn von Blanckenburg darf ich annehmen, daß zwischen beiden Herren eine Verständigung über gegenseitige Vertretung nach Maßgabe Ihrer Konvenienz stattgefunden hat.

von Bismarck.

Bei der Zusammensetzung des Ministeriums — Delbrück, Camphausen, Falk — und dem Umstand, daß sich Fürst Bismarck nach der Rückkehr von Versailles infolge seiner erschütterten Gesundheit mehr und mehr in Varzin einschloß, auch sich an der preußischen Politik verhältnismäßig wenig beteiligte, war es nicht zu verwundern, daß die Führer der liberalen Partei einen wachsenden Einfluß auf die Leitung der inneren Politik gewannen. Die Folge war ein immer gespannteres Verhältnis Bismarck's mit den Konservativen[1]). Der Kanzler bemerkte in einem an den Kriegsminister von Roon gerichteten Schreiben d. d.

[1]) Graf Roon schreibt darüber im Bd. II. S. 573 seiner Denkwürdigkeiten: Bismarck versäumte — oder verschmähte es, mit seinen bisherigen Freunden Fühlung zu halten und sie über die Notwendigkeit, in der inneren Politik andre Bahnen einzuschlagen, rechtzeitig zu orientieren. Die Konservativen ihrerseits waren durch manche Erfahrungen, und weil der Einfluß der Herren Camphausen und Delbrück sichtlich gewachsen war, auch mißtrauisch geworden, und nachdem auch Falk in das Ministerium berufen war, verweigerten sie dem letzteren die unbedingte Heeresfolge, auf welche Bismarck nach seinen Erfolgen ein unbedingtes Recht zu haben glaubte. Ihr Widerstand zeigte sich mehr oder minder offen, als die Entwürfe über Schulaufsichtsgesetz, Civilehe, die kirchlichen Kampfgesetze und die neue Kreisordnung beraten wurden. Die sehr beklagenswerte Folge dieser Haltung war zunehmende Verstimmung Bismarcks gegen seine alten Freunde und Kampfgenossen (welche bekanntlich im Jahre 1873 sogar zum offenen Bruch mit dem größten Teile der Konservativen führte).

Digitized by Google

Varzin, den 12. Dezember 1872.

Im Innern habe ich den Boden, der mir annehmbar ist, verloren durch die — Desertion der konservativen Partei in der katholischen Frage. In meinen Jahren und mit der Überzeugung nicht lange mehr zu leben, hat der Verlust aller alten Freunde und Verbindungen etwas, für diese Welt, entmuthigendes. — — Die meine Bestrebungen kreuzenden Einflüsse sind mir zu mächtig und die — Überhebung und politische Unbrauchbarkeit der Konservativen hat meine Freudigkeit im Kampfe seit letztem Frühjahr gebrochen. Mit den Konservativen ist nichts zu machen, sie folgen den „Rednern" wie K. und den Intriganten wie B., gegen sie mag ich nicht. Der König muß also m. E. neue, im Parteiwesen nicht verbrauchte Leute an die Spitze bringen, und mich in Frieden auf mein diplomatisches Altentheil, oder gänzlich ziehen lassen. In diesem Sinne werde ich übermorgen mein partielles Abschiedsgesuch Sr. Majestät vortragen."

Dem in Berlin persönlich unterstützten Antrage entsprechend wurde Bismarck am 1. Januar 1873 von dem Amte des preußischen Ministerpräsidenten, das nun auf Roon überging, enthoben. Roon und Bismarck wünschten, daß das Portefeuille des landwirtschaftlichen Ministers dem Abgeordneten Moritz von Blanckenburg angeboten werde[1]). Indessen war diese Ernennung nicht durchzusetzen; die Mitglieder des Staatsministeriums wünschten nicht einen neuen Kollegen zu erhalten, der sowohl mit Fürst Bismarck wie mit Roon in innigster vertrauter Freundschaft nahe verbunden war; sie fürchteten, sein Einfluß würde ein zu überwiegender werden — und darum mußte diese Kandidatur fallen gelassen werden[2]).

Zu den wenigen konservativen Abgeordneten, welche in der XI. preußischen Legislatur-Periode mit dem Fürsten Bismarck Berührungen hatten, zählt der Königliche Landrat und Rittmeister a. D. von Woedtke auf Woedtke[3]). Derselbe war häufig Gast des Kanzlers, verdankte aber diese Gunst nicht so sehr seiner politischen Wirksamkeit, als dem Umstande, daß er ein rechter Vetter des Fürsten ist (beider Mütter waren Schwestern). Ihre beiderseitige Bekanntschaft rührt von der Zeit her, da Bismarck noch in Kniephof wohnte und von Woedtke bei den 4. Ulanen in Greiffenberg stand.

Als Mitglied des Reichstags war von Woedtke nur einmal mit einem Auftrage des Fürsten an seine Fraktionsfreunde beehrt worden, und von seiner Fraktion nur einmal mit einer Anfrage zu dem Kanzler geschickt worden.

Dem Umstande, daß von Woedtke als Politiker niemals sich in den Vordergrund gedrängt hat oder hat drängen lassen, ist es zu verdanken, daß er der Gefahr glücklich entronnen ist, in ein Zerwürfnis mit dem Fürsten Bismarck zu gerathen, wie es leider seinem verstorbenen Onkel, dem Oberpräsidenten von Kleist-

[1]) 27. Juli 1872. Der Abgeordnete von Blanckenburg trifft in Varzin ein.

[2]) Roon: Denkwürdigkeiten, Bd. II, S. 585 f.

[3]) von Woedtke, Reinhold, geboren den 23. Juli 1823, gewählt in das Abgeordnetenhaus in der XI. Legislatur-Periode.

Digitized by Google

Retzow und seinem ebenfalls verstorbenen Vetter Moritz von Blanckenburg ergangen ist[1]).

Bereits in der zweiten Auflage des ersten Bandes meines Werkes „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" S. 57 habe ich in gedrängten Zügen eine Unterredung erwähnt, welche Fürst Bismarck auf der parlamentarischen Soiree am 20. April 1872 mit dem Abgeordneten Dr. August Reichensperger[2]) hatte. Der letztere hat mir darüber auf Grund seiner Tagebuchaufzeichnungen noch nachfolgende Mitteilungen gemacht:

Die erste zur Soiree geladene, durchweg aus Parlamentariern bestehende Serie der Gäste hatte sich eben verabschiedet; aus Anlaß eines Gesprächs mit dem Vizekanzler Delbrück war ich, meines Erinnerns das einzige zur Soiree geladen gewesene Centrumsmitglied, zurückgeblieben. Für die zweite Serie wurde der langgestreckte Buffettisch wieder zurechtgemacht. Ich wollte mich dann auch bei dem Fürsten verabschieden, derselbe führte mich aber in eine Fensternische des anstoßenden Salons und begann ein Gespräch mit mir. Alsbald veranlaßte ihn aber das Vorüberziehen der weiteren aus Damen und Herren bestehenden Gäste nach dem Speisesaal hin, mich in ein benachbartes Zimmer zu führen. Dort redete er mich wie folgt an: „Sie und Ihren Bruder halte ich trotz Ihres Ultramontanismus für loyale Deutsche; darum will ich Ihnen offen sagen, was ich von Ihrer Centrumspartei halte und wie ich mich zu derselben zu stellen denke." Die dazu gehörenden Welfen, fuhr der Fürst fort, seien für ihn der Hauptstein des Anstoßes; mit ihnen sei ein friedliches Zusammengehen nicht möglich. „Und wie kommen Sie dazu, diese Fraktion zu gründen; was wollen Sie damit?" Auf diese Frage erwiderte, bezog ich mich zunächst auf die Absetzung des Erzbischofs Ledochowski, weil derselbe zufolge päpstlichen Erlasses nicht gestattet habe, daß in der Kölner Garnisonkirche zu St. Pantaleon zugleich römisch-katholischer und altkatholischer Gottesdienst abgehalten werde; es zeige dies klar,

---

[1]) Am 22. Mai 1871 wurde Bismarck auf der Rückreise von Frankfurt a. M. in Naumburg von Herrn von Rabenau, einem alten Bekannten aus dem Herrenhause, begrüßt. Der Kanzler bat den greisen alten Herrn, sein Haupt zu bedecken. Herr von Rabenau entgegnete aber: das Glück, Seine Durchlaucht sehen zu können, erwärme ihn wie Sonnenschein.

[2]) **Reichensperger**, August, Dr. honor. causa, Apell.-Ger.-Rat a. D. in Köln. Geb. 1808 in Koblenz. Besuchte die Gymnasien in Boppard, Köln und Bonn, studierte 1827—30 in Bonn, Heidelberg und Berlin Jurisprudenz, Auskultator bei dem Oberlandesgericht in Münster, Referendar und Assessor bei dem Landgerichte in Koblenz, Assessor bei dem Apell.-Gerichtshofe in Köln, Landgerichtsrat in Trier und endlich erst Landgerichts-Kammerpräsident und dann Apell.-Gerichtsrat in Köln; seit August 1875 pensioniert. Veröffentlichte zahlreiche Schriften über Politik und christliche Baukunst. Im Jahre 1848 gewählt in das Parlament zu Frankfurt und in die II. Kammer in Berlin, später Mitglied des Parlaments zu Erfurt. Von 1850—1863 Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses. 1855 erster Vizepräsident unter dem Präsidium des Grafen Schwerin. 1867 Wahl zum norddeutschen Reichstag (Landkreis Aachen) abgelehnt, 1870 dreimal, für Münster, Aachen und Koblenz, für das Abgeordnetenhaus gewählt, nahm er für Koblenz-St. Goar an. Mitglied des Reichstags von 1871—1884.

Digitized by Google

daß die Staatsregierung die altkatholische Bewegung begünstige. Weiter sodann wies ich auf die Beseitigung der „katholischen Abteilung" im Kultus-Ministerium hin, als auf eine für die kirchlichen, die religiösen Interessen der Katholiken besonders bedrohliche Maßnahme. Darauf entgegnete der Fürst, die katholische Abteilung habe stets das Staatsinteresse gänzlich außer acht gelassen, deren Chef Krätzig unter einer Decke mit den Polen gelegen, hinter welchen man stets mit gefälltem Bajonnett stehen müsse; „an den Beinen sollte man ihn aufhängen", lautete der vom Fürsten gebrauchte Kraftausdruck. Ich meinerseits nahm den Geheimrat Krätzig auf Grund meiner Bekanntschaft mit ihm in Schutz; sein Wirken, namentlich auch für die im Kriege zu Schaden Gekommenen, werde allerhöchsten Orts anerkannt, sein Verkehr mit der Familie Radziwill könne doch unmöglich seine Loyalität als zweifelhaft, als dem Polentum gewissermaßen affiliiert erscheinen lassen. Dem Vorgang mit dem Bischof Namczanowski sich zuwendend, bemerkte der Fürst, in Bezug auf das Heer sei sorgsam darüber zu wachen, daß jedem undeutschen Einfluß begegnet werde. Sollte es etwa zu einem Kriege kommen, so erfordere das Interesse Deutschlands, es mit Italien zu halten, dessen Regierung, wie unsre deutsche, mit dem Papst gespannt sei. Im Beichtstuhl könnten da leicht unsre Soldaten beeinflußt werden; unsre Bischöfe erschienen ihm wenig zuverlässig; so habe zum Beispiel der Mainzer mit dem Polen Kozmian korrespondiert; nur auf das kirchliche Interesse seien dieselben bedacht. Jeden Glauben respektiere er, selbst einen Glauben an den — vor ihm stehenden — roten Stuhl, wenngleich er als Individuum seinem Gott gegenüberstehe; wie aber die Dinge sich nun einmal gestaltet hätten, dürfe er schlechterdings nicht dulden, daß eine feindliche, die Gestaltung Deutschlands bedrohende Macht sich organisiere. Die Organisation der deutschen Katholiken sei bewundernswert, wie sich dies bei den Wahlen gezeigt habe[1]). Dagegen müsse er rüsten. Meine Zugehörigkeit zum Centrum betreffend, meinte er, Windthorst werde dasselbe führen, wohin mein Bruder und ich nicht wollten. Derselbe sei ein besonders feiner Kopf; durch und durch Welfe, halte er jetzt nur die katholische Maske vor. Hiergegen nahm ich Windthorst auf das entschiedenste in Schutz. Seit einer langen Reihe von Jahren habe ich zu ihm schon in Beziehung gestanden und ihn stets

[1]) Einer Mitteilung des Abgeordneten Dr. August Reichensperger zufolge gab den Anlaß zu dieser Expektoration Bismarcks eine unmittelbar vorher im Wahlkreise Rees-Moers stattgehabte Nachwahl. Die im Jahre 1871 mit schwacher Mehrheit erfolgte Wahl des Centrumsabgeordneten Freiherrn Otto von Loë gab bekanntlich der gegnerischen Parteileitung zu einem Wahlproteste Anlaß und Professor Dr. Gneist als Referent der Wahlprüfungs-Kommission bewies, daß derselbe begründet war. So kam es im April 1872 zur Neuwahl, bei welcher Fürst Bismarck zu Gunsten seines späteren Geheimschreibers, damaligen Professors Dr. Aegidi seinen Einfluß in so verstärktem Maße geltend zu machen wußte, daß es ihm schier unfaßbar war, wie trotzdem der Mann des Centrums mit erhöhter Stimmenzahl sich behaupten konnte. Vor dieser Zeit standen hier zu Lande die Katholiken derartigen Wahlen mit so sträflicher Gleichgültigkeit gegenüber, daß in Dutzenden von Gemeinden sich kaum 10 Proz. an dem Wahlakte beteiligten und beispielsweise 1867 der erste offizielle katholische Kandidat Dr. Kreds (Köln) es noch nicht auf 2000 Stimmen brachte.

Digitized by Google

als glaubenstreuen Katholiken befunden; aus seiner Anhänglichkeit an die Welfen-Dynastie machte er kein Hehl, was ihm im Hinblick auf sein früheres, so nahes Verhältnis zu derselben nicht zu verdenken sei; zu der Annahme aber, daß er seiner nunmehrigen Unterthanenpflicht zuwiderhandele oder derselben Entgegenlaufendes anstrebe, liege, meines Wissens, nicht der mindeste Grund vor. Ich könne nur wünschen, daß der Fürst einen Spion bei unsern Fraktionssitzungen gehabt habe, gewiß würde er aus denselben irgend Strafbares nicht vernommen haben. Mit den Polen[1]) hielten wir nur insofern, als wir gemeinsam mit ihnen unser und unserer Kirche bedrohtes verfassungsmäßiges Recht zu wahren bemüht seien. Auch über andere Centrums-Mitglieder noch äußerte der Fürst sich in unliebsamer Weise. So namentlich über Schröder (Lippstadt), der sich rühme, im Jahre 1848 auf der Barrikade gestanden zu haben, und bei den Verhandlungen über die Dotations-Frage anstößig hervorgetreten sei. Ich konnte darauf erwidern, daß Schröder nur im Scherz sich als Barrikadenheld aufgespielt habe, keinesfalls im Centrum zu den Tonangebenden gehöre.

Ohne daß die Unterredung zu irgend einem bestimmten Abschluß gekommen wäre, setzte der Fürst sich mit mir in Bewegung, um sich zu seinen Gästen zu begeben. Vor seinem Eintreten in die zu denselben führende Thüre richtete ich an ihn noch die Bemerkung, daß es mir schwer begreiflich sei, wie er so viel Aufhebens von der Centrumsfraktion machen könne, da dieselbe doch stets Minorität bleiben und nur in der Defensive sich geltend zu machen im stande sein werde. Mit den Worten: „Lassen wir das gut sein" gab der Fürst mir freundlich die Hand, und verabschiedete ich mich von ihm.

Im Vorgefühle, daß ein schweres Gewitter über der Centrumsfraktion sich zu bilden im Begriff sei, notierte ich, in meiner Wohnung angelangt, sofort das zwischen dem Fürsten und mir Vorgekommene in mein Tagebuch.

---

[1]) Auch im Jahre 1877 während seines Aufenthaltes in Kissingen erklärte der Reichskanzler in einer Unterredung mit einigen schwäbischen Predigern, daß die „Polonisierungsgelüste" den „Kulturkampf" hervorgerufen hätten. Diese letztere Lesart ist seitdem bei den verschiedensten Gelegenheiten wiedergekehrt. Der vierten kirchen-politischen Novelle des Jahres 1886, welche von größerer Tragweite war als die bisher zu stande gekommenen, gingen die bekannten Polen-Vorlagen vorher. Bereits am 3. Dezember 1884 hatte Fürst Bismarck bei Beratung des Antrags Windthorst, betr. Aufhebung des Priester-Ausweisungsgesetzes, im Reichstag erklärt: „Ich würde in dieser Frage wie in vielen andern Konzessionen gar nicht abgeneigt sein, wenn mir die Bemühungen geglückt wären, in unserer Gesetzgebung eine Scheidelinie zwischen jenen Landesteilen einzuführen, welche polnische, und denjenigen, welche deutsche Zunge reden." Und in einer im Abgeordnetenhause am 28. Januar 1886 gehaltenen Rede hatte der Reichskanzler als „den eigentlichen Grund, durch den er überhaupt in den Kulturkampf geraten" sei, die damalige katholische Abteilung im Kultus-Ministerium bezeichnet, welche nach seiner unmittelbaren Erfahrung „rein den Charakter eines polonisierenden Organs innerhalb der preußischen Verwaltung" gehabt habe und „unter der Leitung des Herrn Kräßig ein Institut in den Händen einiger großen polnischen Familien geworden war, in deren Dienst diese Behörde behufs Polonisierung in allen zweifelhaften deutsch-polnischen Distrikten sich gestellt hatte." Am 12. April 1886 erklärte Fürst Bismarck im Herrenhause geradezu: „Durch die Polen-Vorlage wird der eigentliche Zweck der Maigesetze hoffentlich erreicht."

Digitized by Google

Anhang.

Aus dem Essay des Professors Gneist über Bismarck's Teilnahme an der Verwaltungsreform.

Dem verhältnismäßig günstigen Verlauf des ersten Entwurfs der Kreisordnung folgte eine lange Pause, veranlaßt durch den Krieg mit Frankreich und den Abschluß der Reichsverfassung. Inzwischen wurde der Entwurf der Kreisordnung nochmals revidiert, mit Rücksicht auf die voraussichtliche Stellung der Parteien [1]).

Erst im Dezember 1871 erfolgte die Vorlage des zweiten Gesetzentwurfs unter Beibehaltung der früheren Grundlagen. Als erhebliche Änderung führte der Minister nur die Verkleinerung der Amtsbezirke an, und eine Gestaltung der bisherigen Deputationen für das Heimatwesen zu etwas erweiterten Bezirksverwaltungsgerichten. Beide Änderungen entsprechen unverkennbar den im Abgeordnetenhause vorherrschenden Ansichten, da die ursprüngliche Gestaltung der Amtshauptmannschaften den liberalen Vorstellungen etwas zu aristokratisch erschienen war.

Der Entwurf überstand nun ein Kreuzfeuer lang hingezogener Beratungen sowohl im Hause wie in den Kommissionen. Überaus zahlreiche Amendements gelangten zur Annahme, die Mehrzahl von nicht großer Tragweite, darunter auch unverkennbare Verbesserungen an der Vorlage. Erfreulich war die Erscheinung, daß mit dem Eindringen in die Einzelheiten der Reform die Zahl der überzeugten Fürsprecher sich sichtlich vermehrte, und Mitglieder, die das eine oder andere Amendement durchgebracht hatten, mit erhöhtem Eifer weiter teilnahmen. Ein harter Streit drehte sich immer noch um die Zusammensetzung des Kreistags, die zuletzt zu einer Verteilung zwischen Stadt und Land nach der Bevölkerungszahl, zwischen Großgrundbesitz (einschließlich des Bergwerksbesitzes und der Großindustrie) einerseits und den Dorfschaften andrerseits zu gleichen Theilen führte [2]).

Schwer zu überwinden war die liberale Fraktionsforderung der freien Wahl der Amtsvorsteher. Von dieser Seite konnte man sich auch einen Amtsvorsteher nicht denken, ohne ihm eine gewählte Amtsvertretung zur Seite zu geben.

Der hartnäckigste Streit drehte sich um die gesetzliche Regelung der Kreiskommunalsteuern und den möglichen Umfang der partikulären Kreisstatuten. Mit geduldiger Ausdauer wurden die Streitpunkte schließlich zu einem Kompromiß

---

[1]) Dem Minister Grafen Eulenburg gelang es, nun auch in seinem Departement einen Stab von Ministerialräten zu bilden (Wohlers, Persius, von Brauchitsch u. a.), die in dem weiteren Verlauf dem Minister, insbesondere auch in den lang hingezogenen Kommissionssitzungen, wacker zur Seite gestanden haben.

[2]) In der Mehrzahl der Landkreise des Ostens war das Eindringen von Handel, Gewerbe und Industrie in den geschlossenen Agrikulturstaat noch immer ein mehr oder weniger sporadisches. Die Gestaltung der Kreistagswahlen bot daher das Bild von tief ineinander geschobenen Grundsätzen einer ständischen Vertretung nach Besitzgruppen und einer Repräsentation der Steuerzahler als solcher dar.

Digitized by Google

gebracht, zum Teil unter persönlicher Einwirkung des Ministerpräsidenten. Die gesetzliche Regelung der Kreissteuern bot trotz ihres verhältnismäßig geringen Umfangs immer noch so viel intransigente Gegensätze dar, daß wohl alle Beteiligten sich überzeugen mußten, daß eine durchgreifende Regelung des Kommunalsteuersystems und damit auch der Dorfverfassung in diesem Stadium völlig aussichtslos gewesen wäre.

Das glücklich zu stande gekommene, schließlich mit großer Majorität angenommene Gesetzeswerk drohte jedoch noch einmal zu scheitern, da im Herrenhause die ursprünglich sich gegenüberstehenden gesellschaftlichen Anschauungen sich unvermittelter gegenübertraten als im Hause der Abgeordneten. Die gutsherrlichen Interessen der Mehrzahl, die großstädtischen Interessen der Oberbürgermeister fanden nur zu viel an der Vorlage auszusetzen. Man ließ sich zwar die endliche Aufhebung der Gutspolizei gefallen, kam aber, namentlich bei der Zusammensetzung der Kreistage, so sehr auf die ständischen Ideen samt ihrer itio in partes zurück — mit Beibehaltung der Lehnsschulzenämter und mit zahlreichen Einzelamendements —, daß die Unmöglichkeit einer Vereinigung beider Häuser auf diesen Grundlagen evident wurde. Die Generaldebatte ergab sogar heftige Angriffe gegen den Gesamtplan der Staatsregierung, und die Schlußabstimmung am 31. Oktober 1872 führte zu dem überraschenden Resultat einer Verwerfung der Kommissionsvorlage mit 145 gegen 18 Stimmen.

Das Staatsministerium gewann nach den heftigen Streitreden, die der Minister des Innern geradezu als „Leichenreden" bezeichnete, die Überzeugung, daß die gesellschaftlichen Klassengegensätze sich hier noch so schroff gegenüberstanden, daß jahrelange Verhandlungen zu keiner friedlichen Lösung führen konnten, wie solche auch im Abgeordnetenhause mühsam genug zu stande gebracht waren. Der Ministerpräsident entschloß sich daher, die Session zu schließen, dem Herrenhause durch einen Pairsschub 25 neue Mitglieder hinzuzufügen, und unmittelbar darauf in einer neueröffneten Session die Kreisordnung zum drittenmal vorzulegen, der dann nach einer kurzen Generalberatung im Abgeordnetenhause mit übergroßer Majorität, im Herrenhause schon am 9. Dezember 1872 mit 116 gegen 91 Stimmen (unter zahlreichen Stimmenthaltungen) angenommen und als Kreisordnung vom 13. Dezember 1872 sofort publiziert wurde.

Von einer Vergewaltigung der I. Kammer der Legislatur konnte bei diesem raschen Verfahren wohl nicht die Rede sein, da es sich bei der früheren Abstimmung des Herrenhauses nicht sowohl um erhebliche staats- und verwaltungsrechtliche Differenzen, als um Interessengegensätze zwischen Stadt und Land handelte, die in Regierungskreisen nunmehr seit Jahren sorgfältig erwogen und durch eine Reihe billiger Ausgleichungen vermittelt waren. Vor allem waren dem Großgrundbesitz in der neuen Kreisvertretung, in der Beibehaltung der Gutsbezirke, im Kreissteuersystem, in der Neugestaltung der Ehrenämter und der Kreisausschüsse so weitgehende Konzessionen gemacht, daß die Staatsregierung in dieser Richtung nicht

Digitized by Google

weitergehen, vielmehr den seit zwanzig Jahren fortgesetzten Streit über die Kreisordnung endlich schließen mußte [1]).

Eine vergleichende Studie über die Stellung der öffentlichen Meinung und der Staatsregierung zu den Grundideen der Verwaltungsreform ergiebt eine wunderbare Umwandlung der Standpunkte von den Fraktionsprogrammen der früheren Jahrzehnte. Aus den Fraktionen treten zunächst hervorragende Mitglieder zu den Reformideen über, und ihre Zahl ist in langsamer aber stetiger Zunahme. Aus den Fraktionsprogrammen verschwinden langsam eine Reihe alter Schlagworte, die aus der Grundidee kommunaler Parlamentsverfassung erwachsen waren. Die stetige Wechselwirkung der Institutionen des Staats und der darauf beruhenden Gewöhnungen der Gesellschaft zeigt sich auch darin, daß in einem folgenden Jahrzehnt die ehemals heftigsten Gegner konservativer wie liberaler Seite sich so gerieren, als wären sie von Hause aus die eigentlichen Fürsprecher der Umgestaltung gewesen. Sehr erfreulich war es auch, daß im preußischen Beamtentum die alten Charakterzüge der Stein-Hardenberg'schen Periode noch einmal lebendig wurden und sich von dem Druck politischer Parteiprogramme freizuhalten wußten [2]).

Das Verdienst der Neuschöpfung verteilt sich zunächst unter zahlreiche Mitglieder des Landtags [3]) und überaus tüchtige Kommissarien aus dem Kreise der Ministerialverwaltung.

Hervorragend bleiben die persönlichen Verdienste des Ministers Grafen Fritz Eulenburg, der von Jahr zu Jahr die Grundideen der Verwaltungsreformen tiefer erfaßt, genial weiter geführt und energisch durchgeführt hat. Schon vom Jahre 1872 an bekunden seine Reden einen zusammenhängenden Plan durchgreifender Reformen, wie er auch im ganzen und großen zu stande gebracht ist.

---

[1]) Die weitere Fortbildung der Verwaltungsreformen in den höheren Gebieten der Provinzen und Regierungsbezirke wurde hauptsächlich durch die energische Thätigkeit des Ministers Grafen Eulenburg durchgeführt. An dieser Stelle ergaben sich erhebliche Schwierigkeiten daraus, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen Aufgaben in den alten Provinzialverbänden, der Schwerpunkt der obrigkeitlichen Verwaltung in den Regierungsbezirken lag, und schließlich wurde eine Mehrheit für die Neugestaltung der Selbstverwaltung in diesen höheren Bezirken gewissermaßen dadurch erkauft, daß den Provinzen sehr reichliche Ausstattungen aus Staatsfonds zu eigner Verwaltung überlassen wurden. Ebenso gebührt dem Grafen Eulenburg und seinen Räten ein überwiegendes Verdienst um das Zustandekommen des Zuständigkeitsgesetzes von 1876, das in seiner Weise ein Muster technischer Durcharbeitung genannt werden kann, an welchem namentlich auch hervorragende Ministerialräte und Mitglieder aller Parteien (insbesondere Lasker und Hänel) einen erheblichen Anteil haben.

[2]) Man kann die der Reform von Anfang an zu Grunde liegenden Grundgedanken kaum würdiger zusammenfassen, als es später der Ministerialrat von Brauchitsch in der Einleitung zu seiner Ausgabe dieser Gesetze gethan hat.

[3]) Erwähnt mag an dieser Stelle werden die hervorragende Mitwirkung des kürzlich verstorbenen Abgeordneten Wilhelm von Rauchhaupt; derselbe hat im Verein mit Friedenthal, Lasker und Brauchitsch den großen Bericht ausgearbeitet, der ihm bald eine führende Stellung unter den Konservativen sicherte.

Digitized by Google

Der Schwerpunkt der Schöpfung aber bleibt dennoch in der Person des Ministerpräsidenten konzentriert[1]). Der durchdringende Blick des großen Staatsmanns hat in einer scheinbar ratlosen Lage über alle Parteiprogramme hinaus das punctum saliens erkannt und anfangs gegen das Staatsministerium den neuen Reformplan in Gang gebracht. Sein Verdienst war ferner die Wahl und die stetige Unterstützung eines genialen Staatsmannes, des Grafen Eulenburg, der mit richtiger Auswahl seiner Mitarbeiter die höchst verwickelte Aufgabe im einzelnen durchzuführen verstand. In allen Stadien dieser Übergangszeit hat der Ministerpräsident seine starke Hand über der Durchführung des Werkes gehalten, in dem entscheidenden Zeitpunkt den unberechtigten Widerspruch des Herrenhauses mit raschem Entschluß beseitigt und in den Zwischenstadien der Beratung in geduldiger Ausdauer zahlreiche Kompromisse durch seinen maßgebenden persönlichen Einfluß zu stande gebracht. Unter den vielen Ruhmeserinnerungen des großen Reichskanzlers wird sein Verdienst als Schöpfer der neuen Verwaltungs-Ordnung sicherlich Menschenalter hindurch unvergessen bleiben, als eines ebenbürtigen Fortführers der Stein-Hardenberg'schen Reformepoche auch im Innern unsres Vaterlandes.

X. Abschnitt.

Die II. Legislatur-Periode des deutschen Reichstags.

(5. Februar 1874 bis 21. Dezember 1876.)[2])

Die auf den 10. Januar 1874 ausgeschriebenen Reichstagswahlen waren den Konservativen ungünstig. Die Nationalliberalen blieben die stärkste Partei und hatten schon mit der Fortschrittspartei zusammen die absolute Mehrheit. Dazu traten auch hier, wie im preußischen Landtag, in allen nationalen Fragen, insbesondere im Kulturkampf, die Freikonservativen. Gleichwohl hatten die Ultramontanen auch im neuen Reichstag 25 Sitze gegen 1871 (92 statt 67) gewonnen, namentlich bayerische. Immerhin zählte das Centrum auch im Reichstag noch nicht ein Viertel, mit Polen und Sozialdemokraten zusammen nicht ganz ein Drittel, der Versammlung[3]).

Der Einfluß der Konservativen war bei diesem Stimmenverhältnis in unserer Legislatur-Periode ein geringer. Den Verkehr derselben mit Bismarck vermittelte

---

[1]) Nach Roon: Denkwürdigkeiten, Bd. II. S. 574, bestanden über die Kreisordnung zwischen Bismarck und dem Grafen Eulenburg nicht unerhebliche Schwierigkeiten.

[2]) Es währte die I. Session der II. Legislaturperiode vom 5. Februar bis 26. April 1874, die II. Session vom 29. Oktober 1874 bis 30. Januar 1875, die III. Session vom 25. Oktober 1875 bis 10. Februar 1876, die IV. Session vom 30. Oktober bis 31. Dezember 1876.

[3]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 91.

Digitized by Google

u. a. der Abgeordnete von Puttkamer, der Nachfolger Falk's im Kultus-Ministerium[1]).

Unter den aus Preußen in den Reichstag neu Eingetretenen nenne ich den Geheimen Justizrat und ordentlichen Professor der Rechte an der Universität Berlin Dr. Georg Beseler[2]).

Obgleich die parlamentarische Thätigkeit Beseler's im Reichstag und im preußischen Herrenhause ihn vielfach in Berührung mit dem Fürsten Bismarck brachte, hat diese doch zu näheren Beziehungen zwischen beiden nicht geführt. Beseler, der von Hause aus einer gemäßigt liberalen Richtung in den meisten Fragen der inneren Politik huldigte, gehörte dem preußischen Abgeordnetenhause nur vorübergehend vor der Übernahme des Ministerpräsidiums durch Bismarck an, und blieb während der ganzen Konfliktszeit dem politischen Leben fern. Er hatte von vorn herein den Fehler, den die altliberale Partei mit ihrer ablehnenden Stellung zur Armee-Reorganisation einnahm, klar durchschaut, und hat in vertrautem Kreise wiederholt erzählt, daß seine Bemühungen, Georg von Vincke zum Eintreten für den Reorganisationsplan König Wilhelms zu gewinnen, vergeblich gewesen seien. Er gab der Haltung Vincke's in dieser Frage stets die Hauptschuld am Entstehen des beklagenswerten Verfassungskonflikts.

Man wird nicht fehlgehen, wenn man annimmt, daß während der Konfliktszeit von der preußischen Regierung — ob von Bismarck selbst, will ich nicht behaupten — der Versuch gemacht worden ist, Beseler zu einer juristischen Rechtfertigung der Haltung der Regierung in dem Konflikt zu veranlassen. Beseler erklärte sich hierzu außer stande. Die politische Berechtigung des Standpunktes der Regierung erkannte er rückhaltlos an, ihre Schritte, ihre Haltung der Landesvertretung gegenüber aber glaubte er rechtlich nicht begründen zu können.

Diese ablehnende Haltung Beseler's war durchaus charakteristisch für die Handlungsweise seines ganzen politischen Lebens; seine strenge, vielleicht zuweilen schroffe Wahrung des Rechtsstandpunktes auch bei allen politischen Fragen machte es ihm nicht immer möglich, allen Schritten einer Opportunitäts- oder Parteipolitik zu folgen. Hierin lag der Grund, daß er sich, bei allem Einverständnis mit den letzten Zielen, hin und wieder ebensowenig den Wegen der ihm sonst gesinnungsverwandten Politiker, wie denen der Regierung, oder genauer des Fürsten Bismarck anzuschließen vermochte. Hier ist auch die Ursache für sein wiederholtes heftiges Zusammengeraten mit dem Kanzler während seiner späteren

[1]) von Puttkamer, Robert Viktor, geboren den 5. Mai 1828. 1867 bis 1871 vortragender Rat im Bundeskanzler-Amt, 1871 Regierungspräsident in Gumbinnen, 1874 bis 1877 Regierungspräsident von Lothringen, demnächst Oberpräsident von Schlesien, Kultusminister, Minister des Innern und z. Zt. Oberpräsident in Stettin.

[2]) Beseler, Dr. Georg, geboren den 2. November 1809 zu Rödemiß bei Husum in Schleswig (evang.). 1848 für Greifswald in die deutsche Nationalversammlung gewählt, Mitglied des rechten Centrums, Mitglied der Kaiserdeputation, 1849 Mitglied der preußischen II. Kammer, an der Verfassungsrevision beteiligt. Seit Ostern 1859 Professor in Berlin (deutsches Recht und Staatsrecht); 1861—62 Mitglied des Abgeordnetenhauses (vermittelnd bei der Militärorganisation). Nat.-liberal. Vergl. auch S. 8.

Digitized by Google

politischen Thätigkeit im Reichstage und Herrenhause zu suchen. Beseler war der rückhaltloseste Bewunderer der großen nationalen Politik des Kanzlers, die ja das Ziel der alten Frankfurter Erbkaiser-Partei: die Errichtung eines deutschen Bundesstaates ohne Österreich unter preußischer Führung, erreicht hatte; um so mehr schmerzte es ihn, daß Fürst Bismarck der Frankfurter Bestrebungen gelegentlich nicht ohne einen gewissen Spott gedachte, was Beseler veranlaßte, dem Fürsten in einer Herrenhaussitzung auf eine derartige Bemerkung ungefähr zu erwidern: „Wenn das Frankfurter Parlament einen König Wilhelm und eine Schlacht von Königgrätz hinter sich gehabt hätte, würden seine Bestrebungen wohl auch einen andern Erfolg gehabt haben."

Der Wiedereintritt Beseler's in das politische Leben (1874) fiel mit den ersten Septennats-Verhandlungen zusammen. Beseler trat damals in den Kreisen der nationalliberalen Fraktion, der er sich angeschlossen hatte, energisch für das Septennat ein, ja seine persönlichen Wünsche gingen weiter, d. h. bis zur gesetzlichen Festlegung der Friedens-Präsenzstärke überhaupt. Daß er in jener Zeit irgendwie in nähere Beziehungen zum Fürsten Bismarck getreten wäre, dafür fehlen Anhaltspunkte. Sein im Sommer 1874 bedeutender Einfluß auf die rechtsstehenden Teile der damaligen nationalliberalen Partei machte sich vom Herbst dieses Jahres an weniger geltend, da er sich bei einer — wenn ich nicht irre, geschäftlichen — Frage in Gegensatz zu dem Fraktionsvorstand stellte und sich durch dessen Haltung ihm gegenüber veranlaßt sah, aus der Fraktion auszuscheiden, der er auch nicht wieder beigetreten ist. Für seine politische Haltung im allgemeinen, für sein Vertrauen zur Politik des Fürsten Bismarck in jenen Jahren mag folgender charakteristische Zug angeführt werden. Nach einem brutalen Angriff des Abgeordneten Windthorst gegen den Kanzler rief Beseler diesem in einer kurzen Entgegnung auf die Windthorst'schen Angriffe zu, daß er gern fünf Jahre seines Lebens darum geben würde, wenn er dadurch den Fürsten für die Leitung der Reichspolitik erhalten könnte[1]). Damals bahnte sich vorübergehend ein näheres Verhältnis zwischen dem Kanzler und Beseler an; der Fürst kam ihm mit besonderer Liebenswürdigkeit und Aufmerksamkeit entgegen; ohne Zweifel sah er damals in Beseler einen überzeugten Anhänger seiner Person und seiner Politik — und das mit vollem Recht.

Die Gründe, die später zu einer Entfremdung Beseler's von der Person des Fürsten und zu einer ablehnenden Haltung gegen dessen Politik führten, lagen insbesondere auf den Gebieten der Wirtschafts- und der Kirchenpolitik. Wir werden darauf später zurückzukommen haben.

Der Freude über die Wiederwahl des Abgeordneten Dr. Völk[2]) gab Bismarck in folgendem, am 8. Februar 1874 an Herrn W. Schnetzer in Kempten gerichteten Schreiben Ausdruck:

[1]) Vergl. die ungemein sympathischen Worte Beseler's in der Reichstagssitzung vom 4. Dezember 1874 gegenüber dem Angriff des Abgeordneten Windthorst. Stenographischer Bericht S. 490.
[2]) Vergl. S. 115.

Digitized by Google

Ich sage Ihnen für die bei Gelegenheit der Wahl des Dr. Völk mir telegraphisch ausgesprochenen freundlichen Gesinnungen meinen verbindlichsten Dank und freue mich persönlich und politisch, diesen erprobten Vertreter der nationalen Sache bei Ihnen wiedergewählt zu sehen.

von Bismarck.

Baden entsandte in den Reichstag den Abgeordneten von Mohl, den berühmten Professor der Staatswissenschaften in Tübingen und Heidelberg [1]). Derselbe bethätigte durchweg eine nationale Gesinnung, unterstützte nach 1866 kräftig Bismarck's Politik gegenüber dem süddeutsch-partikularistischen Streben und kam auch während seiner Funktionen als Reichstagsabgeordneter mit dem Reichskanzler auf den parlamentarischen Soireen freundschaftlich zusammen. Zu Verhandlungen unter vier Augen lag eine Veranlassung nicht vor. —

Anfangs 1874 teilte ein früheres konservatives Mitglied des Abgeordnetenhauses dem Fürsten Bismarck seine Bedenken wegen Einführung der obligatorischen Civilehe und der Civilstands-Register mit. Fürst Bismarck erwiderte unterm 11. Februar 1874, daß in dem Stadium, in welchem sich die Angelegenheit befinde, eine mündliche Erörterung derselben zu einem praktischen Resultat nicht führen könne. „Auf einzelne Ihrem Standpunkt entsprechende Modalitäten des Gesetzes einzugehen, wäre seiner Zeit gewiß thunlich, aber mit Erfolg doch nur für einen Minister möglich gewesen, der sich auf die Unterstützung einer starken konservativen Partei hätte berufen können. Ich glaubte bis zur Beratung des Schulaufsichtsgesetzes in diesem Falle zu sein, habe mich aber von meinem Irrtum überzeugt, und meinen praktischen Wirkungskreis dieser Erfahrung entsprechend eingeschränkt." —

Die bedeutsamste Vorlage, welche dem neugewählten Reichstag unterbreitet wurde, war die bereits oben flüchtig erwähnte Militärvorlage [2]). Die Einbringung des Gesetzes war schon in den Artikeln 60 und 61 der Reichsverfassung in Aussicht genommen, nach Ablauf der Pauschsummenjahre, durch die Bestimmung: „Für die spätere Zeit wird die Friedenspräsenzstärke des Heeres im Wege der Reichsgesetzgebung festgestellt. Nach gleichmäßiger Durchführung der Kriegsorganisation des deutschen Heeres wird ein umfassendes Reichsmilitärgesetz dem Reichstage und dem Bundesrate zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorgelegt werden." In Erfüllung dieser Zusage und um aus der Fülle zerstreuter und teilweise veralteter preußischer Gesetze und Verordnungen über das Heerwesen das Beste und Bewährte mit einheitlicher Geltung übersichtlich zusammenzustellen, bestimmte der neue Entwurf

[1]) von Mohl, Robert, 1848 Mitglied des deutschen Parlaments in Frankfurt, Reichs-Justizminister und Mitglied der erbkaiserlichen Partei daselbst, von 1861—1866 badischer Bundestags-Gesandter in Frankfurt a. M., dann bis zur Auflösung der badischen Gesandschaft in München (1871) badischer Gesandter daselbst.

[2]) Die folgenden allgemein orientierenden Bemerkungen sind dem Werke von Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 130 f. entnommen.

Digitized by Google

nicht bloß die Ziffer der künftigen Friedensstärke und die organische Gliederung des Reichsheeres, sondern er traf auch eingehende Anordnungen über dessen Ergänzung, über die bürgerlichen und staatsbürgerlichen Rechtsverhältnisse der bei der Fahne stehenden Personen, über den Beurlaubtenstand und die Ersatzreserve erster Klasse. Der Schwerpunkt des Entwurfs lag aber im § 1, welcher lautete: Die Friedenspräsenzstärke des Heeres an Unteroffizieren und Mannschaften beträgt bis zum Erlaß einer anderweitigen gesetzlichen Bestimmung 401 659 Mann. Die Einjährig-Freiwilligen kommen auf die Friedenspräsenzstärke nicht in Anrechnung.

Der Beginn der Beratung des Gesetzes im Reichstag am 16. Februar 1874 ließ keinen Zweifel darüber, wie die Fortschrittspartei und die übrigen Oppositionsparteien zu dem Entwurf sich stellten. Eugen Richter erklärte, seine Partei werde den § 1 unter keinen Umständen und in keiner Form bewilligen. Der Reichstag verwies die Vorlage an eine Kommission, und diese Kommission beriet anfangs gar nicht einmal über den Kernpunkt der Frage, die Präsenzziffer, sondern über den umfangreichen organisatorischen Teil des Gesetzes. Inzwischen versuchten diejenigen nationalliberalen und freikonservativen Mitglieder der Kommission, für welche die Notwendigkeit der Annahme des Gesetzentwurfs von Anfang an feststand, zu einer Verständigung mit den Vertretern der Militärverwaltung auf Grund einer etwas niedrigeren „Durchschnitts"-Präsenzziffer zu gelangen, während sie 401 659 Mann als Maximalfriedensstärke anerkennen wollten. Die Freikonservativen schlugen 385 000 Mann vor, die Nationalliberalen 360 000. Die Militärverwaltung wies jedoch alle Vorschläge auf Herabsetzung der Friedensstärke sowohl als der zeitlichen Begrenzung des Präsenzstandes entschieden zurück. So schien denn eine Einigung ausgeschlossen, da der einzige Mann, mit welchem man zu einem Vergleich hätte gelangen können, der Reichskanzler, an seinem alten rheumatischen Leiden schwer erkrankt war. So war denn leider der § 1 der Vorlage in der Kommission am 13. März mit 24 gegen 4 Stimmen, am 20. März mit 22 gegen 6 Stimmen abgelehnt. Die Nationalliberalen, welche dagegen stimmten, thaten dies nur, um bis zur Wiedergenesung des Fürsten Bismarck behufs der Verständigung mit diesem einen Aufschub zu gewinnen.

Wie ernst Bismarck die Situation auffaßte, erhellt aus folgenden Vorgängen.

Am 27. März 1874 hatten die beiden Mitglieder des Reichstags Dietze-Barby und Dr. Lucius einem Bericht der „Spener'schen Zeitung" zufolge[1]) eine Audienz bei dem Reichskanzler. Sie besuchten die Fürstin, um sich nach des Kanzlers Befinden zu erkundigen und ihre Teilnahme kundzugeben. Zum Fürsten zu gehen hatten sie eigentlich nicht die Absicht. Allein derselbe erfuhr von ihrer Anwesenheit und ließ sie zu sich bitten. Sie fanden ihn nicht so krank, wie sie es nach den offiziellen Nachrichten erwartet hatten. Dagegen war der Fürst sehr unzufrieden mit dem Gange der parlamentarischen Politik. Er bemerkte

[1]) Derselbe stammt mutmaßlich aus der Feder des Abgeordneten Wehrenpfennig.

Digitized by Google

u. a.: „Ich habe 1867 im konstituierenden Reichstage gesagt: Heben wir Deutschland nur in den Sattel, reiten wird es schon können. Ich fürchte, dieses geflügelte Wort muß man wieder streichen. Der Reichstag scheint den Beweis liefern zu wollen, daß Deutschland nicht reiten kann. Der Reichstag verkennt die Situation. Einzelne hervorragende Mitglieder glauben sich durch irgend eine frühere Äußerung gebunden. Sie glauben deshalb, das nicht thun zu dürfen, was die Lage des Augenblicks gebieterisch fordert. Ich habe es anders gemacht. Ich habe stets gestrebt, neues zu lernen; und wenn ich dadurch in die Lage kam, eine frühere Meinung berichtigen zu müssen, so habe ich das sofort gethan, und bin stolz darauf, daß ich so gehandelt habe. Denn ich stelle stets das Vaterland über meine Person. Das gegenteilige Verhalten ist mir geradezu unbegreiflich. Ich habe mich gar nicht besonnen, sogar meine subjektive Meinung zu opfern oder unterzuordnen, wenn es das Wohl des Ganzen erheischt. Hier aber im Reichstage glauben diejenigen Herren, welche ausdrücklich auf meinen Namen gewählt sind, von welchen ihre Wähler wünschen, daß sie die deutsche Reichspolitik stützen, daß sie mir gegen unsre gemeinsamen Feinde beistehen, diese Herren glauben sich dieser Aufgabe stets dann entziehen zu dürfen, wenn sie dadurch scheinbar in Widerspruch geraten mit irgend einem Worte, das sie an einem andern Orte, zu anderer Zeit und unter ganz andern Umständen gesprochen haben. Ich kann mir diese Lage der Dinge nicht gefallen lassen. Ich kann meinen europäischen Ruf nicht opfern. Ich werde, sobald ich wieder im stande bin, die Feder zu führen, meinen Abschied erbitten. Vielleicht findet sich ein andrer, welcher sich in diesem Reichstag eine Majorität, eine zuverlässige Majorität zu sichern weiß. Ich habe an andern Orten, z. B. auch im Bundesrat, schon Schwierigkeiten genug zu überwinden; spöttelnd sagt man mir, unter Hinweisung auf das Verhalten einzelner Liberaler und der Fortschrittspartei im Reichstag: Das also sind die Männer, auf die Sie sich stützen? Einer solchen Lage der Dinge, welche die höchsten Interessen des Reiches schädigt, muß möglichst bald ein Ende gemacht werden; und es giebt nur zwei Mittel hierzu, entweder mein Rücktritt oder die Auflösung des Reichstags."

Auf Anfrage der beiden Abgeordneten ermächtigte der Reichskanzler dieselben, diese seine Äußerungen andern mitzuteilen.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", das Organ des Reichskanzlers, bemerkte erläuternd: „Wir hören, daß diese Relation über Unterredungen, welche die betreffenden Herren nicht gemeinschaftlich, sondern zu verschiedenen Zeiten mit dem Reichskanzler gehabt haben, insofern einen dem Hergange nicht ganz adäquaten Eindruck macht, als der Hauptgedanke, an den der Kanzler seine Betrachtungen knüpfte, nicht wiedergegeben ist, daß nämlich die Stärke und Stellung der Fortschrittspartei und des mit ihr gehenden Teiles der Nationalliberalen die Lage unhaltbar machten. Fünfzig bis sechzig reichstreue, nicht an Zerstörung des Reiches denkende Wahlkreise seien durch Abgeordnete vertreten, welche gegen die Reichsregierung operierten, und das zu einer Zeit, wo die reichsfeindlichen Parteien

Digitized by Google

so stark seien, daß die Majoritäten an und für sich schwankend würden. Dieser Fehler in der Situation werde sich voraussichtlich im Laufe der Legislaturperiode mehr schärfen, anstatt sich zu mildern. Von dieser Auffassung ausgehend, ist der Herr Reichskanzler zu dem Satze gelangt, das einzige Mittel sei eine Berufung an die Wähler, und wenn das den Fehler nicht heile, so sei eine konstante Majorität, auf welche irgend eine Regierung sich stützen könne, überhaupt nicht möglich [1])."

Nachträglich verlautete [2]), daß sich Fürst Bismarck den beiden Krankenbesuchern gegenüber auch über die Abänderungen verbreitet hatte, welche der preußische Gesetzentwurf des Kirchendienergesetzes im Bundesrate erfahren hatte. Der Reichskanzler hielt die juristischen Bedenken, welche zu einer Beschränkung der der Staatsgewalt zuzuweisenden Aktionsmittel geführt hatten, für sehr wenig stichhaltig gegenüber den politischen Erwägungen, welche ihm die volle Entfaltung der staatlichen Kräfte im kirchlichen Kampfe notwendig erscheinen lassen. Da Fürst Bismarck befürchtete, daß im Reichstag sich ebenfalls eine starke Neigung zur Aufrechterhaltung der durch den Bundesrat beschlossenen Abschwächungen des preußischen Entwurfs zeigen möchte, so gab er dieser Besorgnis Ausdruck.

Über die viel besprochene Unterredung der Herren Dietze und Dr. Lucius [3]) mit dem Reichskanzler veröffentlichte der letztgenannte Abgeordnete in der „Spener'schen Zeitung" nachstehende Berichtigung.

Ballhausen bei Erfurt, 30. März 1874.

An die Redaktion der „Spener'schen Zeitung" in Berlin.

Die in Ihrer Zeitung vom 29. cr. enthaltene, teilweise unrichtige Darstellung einer am 27. d. M. mit Sr. Durchlaucht dem Herrn Reichskanzler gehabten Unterhaltung nötigt mich zu nachstehender Berichtigung, welcher Sie gefälligst Aufnahme in einer Ihrer nächsten Nummern gewähren wollen. Ich fand den Fürsten Bismarck durch sein mehr wie dreiwöchentliches Krankenlager über Erwarten verändert und sehr geschwächt, wie es ja bei den permanenten heftigen Schmerzen sowie der gänzlichen Appetit- und Schlaflosigkeit nicht anders sein konnte. Er hatte einen Tag vorher unter Beistand zweier Diener

[1]) Vergl. auch den Artikel in den „Grenzboten", Jahrgang 1874, II. Quartal, S. 29.

[2]) „Voß. Ztg." Nr. 81 vom 8. April 1874.

[3]) Lucius, Robert, Freiherr von, Dr. med., Rittergutsbesitzer, Kreisdeputierter, Landwehroffizier, in Kleinballhausen bei Erfurt. Geboren den 20. Dezember 1835 in Erfurt (katholisch). Machte 1860 den spanischen Feldzug gegen Marokko, 1860–62 die preußische Expedition nach Ostasien als Gesandtschaftsarzt, die Feldzüge 1864, 66 und 70 als Landwehr-Kavallerie-Offizier mit, ward im März 1870 in den Reichstag, November 1870 ins Abgeordnetenhaus gewählt; seit Juli 1879—1890 Minister für Landwirtschaft. Die Beziehungen des Abgeordneten zu dem Fürsten Bismarck reichen bis in das Jahr 1871 zurück. Die Debatte über die Gebührenfreiheit von Postsendungen an die zur Okkupationsarmee gehörigen Soldaten gab den Anlaß zur ersten Annäherung. In den nächsten Jahren bis zum Eintritt des Abgeordneten Lucius in das landwirtschaftliche Ministerium als Nachfolger Friedenthal's, Juli 1879, hat es nicht leicht einen Parlamentarier gegeben, der sich Bismarck's Vertrauen in dem Maße erfreute, als der Freiherr von Lucius.

Digitized by Google

den kurzen Weg vom Bett zum Sopha gemacht und hütete wieder dauernd das Bett. Die Ärzte hatten ihm die Aussicht gestellt, etwa Mitte Juni reisefähig zu sein, um direkt in ein Bad zu gehen, während von einer früheren Übernahme der Geschäfte gar keine Rede sein könne. Nach diesem Befund hat mir wohl nicht die Äußerung in den Sinn kommen können, „der Fürst sei mir nicht so krank erschienen, wie nach den offiziellen Nachrichten zu erwarten gewesen wäre." Was den Inhalt der Konversation betrifft, welchen ich allerdings einigen befremdeten Mitgliedern des Reichstags mitgetheilt habe, um dem Irrthum zu begegnen, bei Einteilung der noch nothwendig zu erledigenden Geschäfte Rücksicht auf die Genesung des Reichskanzlers zu nehmen, so beschränkte ich mich auf die Bemerkung, daß der Fürst seiner Verstimmung über den Entwickelungsgang der Dinge lebhaften Ausdruck gab und die Absicht aussprach, unter diesen Umständen baldigst seinen Abschied nachzusuchen. Er fühle sich nicht mehr kräftig genug, um die amtliche Friktion der vorbereiteten Stadien und die in der schwankenden Majorität des Reichstages entgegenstehenden Schwierigkeiten zu überwinden. Besonders klagte er darüber, daß so viele unbedingt reichstreue Wahlkreise nach Maßgabe der Haltung ihrer Vertreter für die dem Reiche entgegenstehenden Parteien thatsächlich ins Gewicht fielen. Soviel zur Berichtigung! Auf andere, in dem betreffenden Bericht enthaltene Details einzugehen, liegt für mich keine Veranlassung vor.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung zeichne ich als einer verehrlichen Redaktion ergebenster

Dr. Robert Lucius.

Am 8. April 1874[1]) stattete auch der Abgeordnete Miquel dem Fürsten einen Besuch ab. Derselbe überzeugte sich, daß der Reichskanzler durch die soeben überstandene Krankheit doch weit mehr geschwächt war, als man nach manchen durch die Blätter gehenden Nachrichten annehmen sollte. Die politische Lage betreffend erklärte er auf das bestimmteste, daß ihm schon sein körperlicher Zustand nicht erlauben würde, seinen Platz an der Spitze der Reichsgeschäfte zu behaupten, wenn er in einer die innere Konsolidierung wie die äußere Machtstellung des Reichs in so eminentem Maße, wie das Militärgesetz berührenden Frage innerhalb der nationalen Mehrheit des Reichstags nicht eine feste Stütze fände.

Am 9. April erfolgte der Besuch Sr. Majestät des Kaisers bei dem Kanzler, und am Nachmittag desselben Tages ließ der Kanzler zuerst Herrn von Bennigsen[2]) und später Herrn Dr. Lucius zu sich einladen, um ihnen Mitteilungen zu machen, welche die Bereitwilligkeit der Regierung, auf ein Provisorium von längerer Dauer (Septennat statt der ursprünglichen Forderung einer dauernd fixierten Friedenspräsenzstärke) einzugehen, erkennen ließen.

[1]) Anfangs April 1874 dankte Bismarck mit herzlichen Worten der deutschen Reichspartei für das von derselben an ihn gerichtete Geburtstags-Glückwunschschreiben. Die Antwort des Kanzlers war gerichtet an den damaligen Vorsitzenden der Partei, den Fürsten Hohenlohe-Langenburg.

[2]) 16. Januar 1874, Bismarck in der Matinee bei Bennigsen.

Digitized by Google

Die Besprechungen zwischen den Führern der nationalliberalen Partei und der Reichsregierung zogen sich noch einen Tag hin, und erst am 11. April wurde von der Seite jener Fraktion der Beschluß gefaßt, einstimmig für das siebenjährige Provisorium einzutreten. Auch ist, soviel bekannt, die letzte definitive Entscheidung des Kaisers erst Sonnabend den 11. April früh erfolgt. In militärischen Kreisen war man mit dem Resultat keineswegs zufrieden, da man dort die Ansicht vertreten hörte, daß die Regierung die günstige Stimmung des Landes hätte benutzen sollen, um damit eine Pression für die Regierungsvorlage auf den Reichstag auszuüben. Der zu stande gekommene Kompromiß wurde in militärischen Kreisen darum vielfach mit Mißmut aufgenommen und geradezu für eine zu Gunsten der Diplomatie erlittene militärische Niederlage erachtet. Diese Auffassung zeigte aber von der größten politischen Kurzsichtigkeit. Im Laufe der sieben Jahre hat sich für die Regierung noch jedes Mal das Bedürfnis herausgestellt, mit Neuforderungen für militärische Zwecke an den Reichstag zu gehen. Es hätte also schlimmstenfalls ein noch kürzerer Zeitraum als das Septennat angenommen werden können.

Zu der Zeit, da der Kompromiß geschlossen wurde, befand sich der frühere Abgeordnete von Blanckenburg auf drei Tage in Berlin. „Noch will ich Dir — berichtet derselbe dem Kriegsminister von Roon [1]) — schreiben, wie ich Bismarck gefunden habe, an dessen Krankenbett und zuletzt-Stuhl ich die drei Tage viele Stunden allein gesessen habe. Ich fand ihn ganz anders als ich dachte. Er war geistig ganz frisch — körperlich völlig hinfällig, unfähig allein zu stehen vor Schwäche. Es war nicht angethan, tiefer in die Lage einzusteigen, da er zum Widerspruch noch viel zu krank war. Was ich bei dieser letzten Kompromiß-Katastrophe am meisten bedaure, das ist die Art und Weise, wie es in Scene gesetzt ist. Das hat die Konservativen seit 1867 ruiniert und wird jetzt die Nationalliberalen ruinieren, nachdem man Bethusy und Genossen parlamentarisch völlig vernichtet hat. Das schadet dem Ansehen der Regierung: erst alle Organe, auch Kommissare hineinzusetzen und dann plötzlich: linksumkehrt! Das beklage ich, aber nicht den materiellen Inhalt des Gesetzes."

Als Fürst Bismarck im Jahre 1874 nach der Erledigung der Militärvorlage wie üblich zum Besuche der Heilquellen nach Kissingen fuhr, besuchte ihn dort u. a. auch der Reichstagsabgeordnete von Dietze-Barby. Der Zufall wollte, daß, als der Böttchergeselle Kullmann am 13. Juli aus nächster Nähe auf den Fürsten Bismarck eine Pistole abfeuerte, Dietze-Barby ganz in der Nähe des Thatortes war. Eilig bestieg er die Equipage, welche der König von Bayern dem Fürsten zu seinen Fahrten zur Verfügung gestellt hatte, fuhr in Carriere nach der Saline, benachrichtigte zuerst die Fürstin Bismarck und den Grafen Herbert, die im Begriff waren, dort zu baden, und kehrte dann eiligst in die Wohnung Bismarck's zurück. Dietze nahm an dem Verhör Kullmann's teil und stellte fest,

[1]) Denkwürdigkeiten desselben Bd. II, S. 635.

Digitized by Google

daß seine Angabe, sich längere Zeit in Magdeburg aufgehalten zu haben, richtig sei. —

Zu den wenigen preußischen Ministern, welche unter Bismarck das Portefeuille ihrer parlamentarischen Thätigkeit verdanken, zählt der bereits oben genannte Dr. Friedenthal[1]), welcher im Herbst 1874 zum Staatsminister und Minister für die landwirtschaftlichen Angelegenheiten ernannt wurde.

Über seine Wirksamkeit in dieser Stellung schreibt Friedenthal in einer mir von seiner Wittwe zur Verfügung gestellten Autobiographie:

„Einige Zeit nach der Übernahme des durch die Überweisung der Oberaufsicht über die Grundkredit-Institute und andre Materien verstärkten Ministeriums hatte ich Gelegenheit, bei einer in Gießmannsdorf stattgehabten Versammlung des oberschlesischen landwirtschaftlichen Vereins meinen Berufsgenossen die Richtung zu bezeichnen, in welcher ich mir vorsetzte, das mir anvertraute Ressort zu verwalten. Die Zeitungen brachten damals meine als Programm bezeichnete bezügliche Rede.

Unter Anerkennung der Thatsache, daß die Landwirtschaft, das wichtigste und bedeutungsvollste Gewerbe unsres Staates, bisher weder in der Gesetzgebung die ihr zukommende Berücksichtigung, noch in dem Organismus der Verwaltungsbehörden, von den obersten bis zu den untersten Instanzen, die gebührende Stelle gefunden habe, erklärte ich es als meine Aufgabe, in beiden Beziehungen Besserung anzustreben und meine Kräfte namentlich auch dafür einzusetzen, daß in den wirtschaftlichen Einrichtungen des Staates die legitimen Interessen der Landwirtschaft in erheblich höherem Maße als bisher gepflegt würden. Das Heil der Landwirtschaft könne ich nicht darin suchen, daß man sie als sozusagen „politische Institution", als „Grundbesitz-Interesse", von der Gesamtwirtschaft des Staates, von der Gesamtarbeit des Volkes ausscheide und dergestalt isoliere, sondern darin, daß man ihr als integrierendes Glied in dem staatlichen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Organismus die gebührende Stelle erringe und durch Gesetze und Einrichtungen ihre Kraft entwickele. Preußen sei dazu bestimmt, weder ein Handels- und Industrie-Staat, aber auch kein bloßer Ackerbau-Staat zu sein. Zwischen dem Streit der Interessen den Frieden mit starker Hand zu wahren, aber auch gleichzeitig durch positive Schöpfungen die Form und das Ziel konzentrischen Wirkens der Volkskraft Elemente zu schaffen, sei die Mission unsrer Monarchie, und in diesem Sinne wolle ich dem Landesherrn und der Landwirtschaft dienen.

Die landwirtschaftliche Verwaltung, welcher im Frühjahr die bisher dem Finanz-Ministerium zugeteilte Verwaltung der Domänen und Forsten hinzutrat, habe ich bis zum Sommer 1879 geführt.

Als im Herbst 1877 der Minister Graf F. Eulenburg um seine Entlassung bat und von Sr. Majestät dem Kaiser und König zunächst nur einen

[1]) Vergl. oben S. 79.

Digitized by Google

sechsmonatlichen Urlaub erhielt, übernahm ich für diese Zeit nach dem mir direkt gegenüber ausgesprochenen Verlangen Sr. Majestät des Kaisers und auf den besonderen Wunsch des Fürsten Bismarck zugleich die Verwaltung des Ministeriums des Innern. Dasselbe definitiv zu übernehmen, wurde mir im Frühjahr 1878 im Auftrage des Kaisers durch den Fürsten Bismarck angetragen. Ich bat, dasselbe ablehnen, und mein altes, mir lieb gewordenes, durch die Verwaltung der Domänen und Forsten zu verstärkendes Ministerium, das hierdurch zu einem der bedeutendsten und dankbarsten Zweige der inneren Verwaltung geworden war, behalten zu dürfen und führte dieses bis zum Jahre 1879, wo ich in das Privatleben zurücktrat." —

Am 18. Dezember 1874 verlautete, Fürst Bismarck habe infolge der Annahme des Hoverbeck'schen Antrages zu dem Fall Majunke durch die Majorität des Reichstags[1]) seine Demission eingereicht, oder beabsichtige dies demnächst zu thun. Die Nachricht fand um so mehr Beachtung, als sie von Personen ausgegangen war, die dem Fürsten Bismarck persönlich nahe standen, nämlich von den Abgeordneten von Arnim-Kröchlendorff[2]), dem Schwager Bismarck's, und von Denzin[3]), welcher in der konservativen Partei eine Zeit lang die Korporaldienste leistete. Es wurde erzählt, der Reichskanzler habe diesen beiden Vertrauenspersonen erklärt, er wäre müde, mit einer solchen Reichstags-Majorität ließe sich überhaupt nicht regieren. „Wenn die Ultramontanen es wirklich darauf angelegt haben, mich zu Tode zu ärgern, so sind sie von ihrem Ziele leider nicht allzuweit entfernt." In den kritischen Tagen besprach sich Bis-

[1]) Es handelte sich um den aus Anlaß der Verhaftung des Abgeordneten Majunke von den Abgeordneten Lasker und Genossen gestellten schleunigen Antrag, die Verfassungsmäßigkeit der Maßregel zu prüfen und Maßregeln zu beschließen, welche eine Wiederkehr derartiger Eingriffe in die Würde des Reichstags verhinderten. Zur Annahme gelangte die Resolution des Abgeordneten Hoverbeck, welche lautete: „Bei Aufrechterhaltung der Würde des Reichstags ist es notwendig, im Wege der Deklaration resp. Abänderung der Verfassung die Möglichkeit auszuschließen, daß ein Abgeordneter während der Dauer der Sitzungsperiode ohne Genehmigung des Reichstags verhaftet werde." — Eine Charakteristik Leopold von Hoverbeck's findet man in der Zeitschrift „Im neuen Reich", V. Jahrgang 1875, Bd. II, S. 357.

[2]) von Arnim-Kröchlendorff, Oskar Friedrich Ernst Abraham Heinrich Carl, Königlicher Kammerherr und Landrat a. D. auf Kröchlendorff bei Boitzenburg (Uckermark). Geboren 16. Juni 1813, 1849—61 Vertreter des Angermünder Kreises und dann für Angermünde-Prenzlau im Abgeordnetenhause; durch Allerhöchsten Erlaß vom 7. Januar 1860 auf Lebenszeit ins preußische Herrenhaus berufen. Mitglied des konstituierenden Reichstags, des Reichstags des Norddeutschen Bundes und des Reichstags von 1874—1877.

[3]) von Denzin, Carl Friedrich, Rittergutsbesitzer auf Denzin. Geboren 16. Okt. 1800. Wohnte den vereinigten Landtagen von 1847 und 1848 bei, war Mitglied des Staatenhauses zu Erfurt, 1848—53 Mitglied der ersten Kammer. Seit 1853 in der zweiten Kammer, bildete er mit dem Prinzen Hohenlohe-Ingelfingen eine konservative Fraktion, die bis 1858 bestand. Der durch die neue Ära auf dreizehn Anhänger reduzierten, in der folgenden Legislaturperiode jedoch bis zu vierunddreißig Mitgliedern angewachsenen konservativen Partei gehörte er als Vorstand an. Bei der Krönung in Königsberg wurde er von König Wilhelm nobilitiert. Mitglied des konstituierenden Reichstags (konservativ).

Digitized by Google

marck im Konferenzimmer des Reichstags mit dem Führer des rechten Flügels der Nationalliberalen, von Bennigsen, welcher demselben jedenfalls beruhigende Erklärungen über die Haltung seiner Parteigenossen zu geben vermochte. Es unterliegt keinem Zweifel, daß Bismarck bei diesem Anlasse besonders die Haltung des Abgeordneten Lasker scharf tadelte, welcher vierzig seiner Fraktionsgenossen zu bestimmen gewußt hatte, für den Antrag Hoverbeck zu stimmen.

Der Kaiser lehnte das Entlassungsgesuch des Kanzlers ab; in der Sache selbst war aber damit wenig gewonnen, da die mächtigste Partei nach wie vor einer festen Leitung entbehrte. Sie folgte Lasker, der schon lange in den Augen Bismarck's zwar ein guter Soldat, aber ein ganz unfähiger Feldherr war.

Die Geduld, die Bismarck mit Lasker bisher gehabt hatte, schien jetzt ernsthaft auf die Neige zu gehen. Was ihn am meisten von ihm zurückstieß, war, daß bei Lasker alles einstudiert war, alles Phrase, rhetorische Floskel; und dann dieser Redefluß, dieser Doktrinarismus!

Im September 1875 erstattete der Abgeordnete Braun (Wiesbaden) dem Kanzler einen mündlichen Bericht über seine Reiseeindrücke in Bosnien und der Herzegowina und die damit zusammenhängenden politischen Fragen[1]). Braun schwärmte damals für die Türken, gab diesem Gefühle unverhohlenen Ausdruck und beobachtete alles, was er von den russischen Umtrieben, die ihm auf eine Vorbereitung zum Kriege hinauszulaufen schienen, erfahren hatte. Braun sprach schließlich die Ansicht aus, es sei die Aufgabe Deutschlands, den Russen jeden Angriff auf die Türkei zu verbieten oder wenigstens zu verhindern, daß die Türkei ausschließlich von Rußland okkupiert werde; er gedachte der Griechen als eines wichtigen Kultur-Elementes auf der Balkan-Halbinsel und meinte, für das fruchtbare und kulturfähige Land zwischen Sawa, Raschka und Ibar sei ein bißchen österreichische Militärdiktatur, welche die Ordnung aufrecht erhält und Ackerbau-Kolonieen ermöglicht, nicht übel. Der Fürst lächelte. „Friedrich der Große," meinte er, „behauptete von Kaiser Joseph dem Zweiten, derselbe wolle immer schon den zweiten Schritt thun, bevor er den ersten zurückgelegt habe. Hüten wir uns, daß man dasselbe auch von uns sagen könne. Das mächtige Deutschland hat große Aufgaben: vor allem aber die, Europa den Frieden zu erhalten. Dies ist für mich der oberste Gesichtspunkt, auch in der orientalischen Krisis. Ich gedenke mich ohne die äußerste Not nicht einzumischen. Denn gerade durch die Einmischung könnte eine europäische Konflagration entstehen, namentlich dann, wenn auf der Balkan-Halbinsel die Interessen Österreichs und Rußlands einander feindselig entgegen treten. Nähme ich für den einen Staat Partei, dann würde sich Frankreich sofort auf die Seite des andern schlagen, und ein europäischer Krieg stände vor der Thüre. Ich habe zwei mächtige Wappentiere an ihren Halsbändern. Ich halte sie auseinander, erstens damit sie sich nicht zerfleischen, zweitens damit sie sich nicht auf unsre Kosten verständigen können." Ich glaube

[1]) Vergl. dessen Aufsatz „Unterhaltungen mit dem Fürsten Bismarck" in der „Deutschen Revue", X. Jahrgang (1885), I. Quartal.

Digitized by Google

damit nicht nur jedem derselben, sondern auch Deutschland und Europa einen Dienst zu erweisen. Was den von Ihnen befürchteten Angriff Rußlands auf die Türkei anlangt, so ist ein solcher, so viel ich weiß, bis jetzt noch durchaus nicht beschlossen, obgleich es eine Partei giebt, die zum Kriege drängt, und eine andre, welche sich drängen läßt; und so wäre es möglich, daß Rußland dem Kriege entgegentriebe. Was in diesem Falle zu thun, ist Sache demnächstiger Überlegung. Denn, welcher zum Hieb ausholt, in die Klinge zu fallen, ist ein schlechtes Geschäft. Man erwirbt sich damit keine Freunde, und der Behinderte wird einem dies Dazwischentreten bei andrer Gelegenheit entgelten lassen. Es wäre immerhin eine Art Intervention, und die Folgen einer solchen Handlungsweise lassen sich schwer übersehen.

Ich glaube nicht, daß im Augenblick die Türkei schon geteilt und der „unaussprechliche Türke", wie sich Mr. Gladstone ausdrückt, schon ganz aus Europa hinausgeworfen wird. Jedenfalls ist es nicht Mr. Gladstone, der es thun wird.

Ihre Mitteilungen über Bosnien und dessen Verhältnis zu Österreich sind mir von großem Interesse. Es ist das erste Mal, daß ich von einem unparteiischen Beobachter dergleichen höre. Ich meine es gut und aufrichtig mit Österreich-Ungarn und habe nicht die Absicht, es in irgend einem Unternehmen zu hindern, welchem die deutschen Interessen nicht entgegenstehen. Ich zweifle nicht an der Richtigkeit Ihrer Behauptungen, aber die Zeit ist noch nicht gekommen, dieselben praktisch zu verwerten. Jedenfalls wäre es nicht unsre Sache, so zu disponieren, sondern die Sache Europas. Ohne die Zustimmung des letzteren würde die Disposition keine Dauer versprechen." —

Am 13. Dezember 1875 verhandelte der Kanzler längere Zeit mit dem Präsidenten des Reichstags von Forckenbeck, unter Zuziehung des Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Staatsministers Delbrück. Gegenstand der Verhandlungen bildete die Arbeitspause, deren der Reichstag während der Weihnachtstage bedurfte. Der Reichskanzler betonte, welchen Wert die verbündeten Regierungen und er selbst darauf lege, daß alle dem Reichstage gemachten Vorlagen auch in Beratung genommen und ein Urteil des Reichstags über dieselben gefaßt werde. Der Präsident von Forckenbeck gab dem Reichskanzler von der Konferenz der Fraktions-Delegierten und von deren Übereinkommen in betreff der Weihnachtsferien Kenntnis, was sowohl den Reichskanzler als auch den Reichskanzler-Amts-Präsidenten befriedigte. —

Gegen den Schluß unsrer Session wurde das Tischtuch zwischen Bismarck und allen jenen konservativen Abgeordneten zerschnitten, welche seine Rede gegen die „Kreuzzeitung" vom 9. Februar 1876[1]) mit einer Protest-

[1]) „Wenn ein Blatt wie die „Kreuzzeitung" — bemerkte Bismarck — die für das Organ einer weitverbreiteten Partei gilt, sich nicht entblödet, die schändlichsten und lügenhaftesten Verleumdungen über hochgestellte Männer in die Welt zu bringen, in solcher Form, daß sie nach dem Urteil der höchsten juristischen Autoritäten gerichtlich nicht zu fassen ist, aber doch derjenige, der

Digitized by Google

Erklärung[1]) erwidert hatten. Der „Reichs- und Staatsanzeiger" druckte zum ewigen Gedächtnis die Namen dieser „Kreuzzeitungs-Deklaranten" ab.

Zum größten Teile fand man unter diesen „Erklärungen" die Namen der angesehensten und einflußreichsten Männer der protestantischen Bevölkerung der Provinzen Preußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien und Sachsen. Besonders zahlreich waren die Unterschriften in den Ruhestand getretener Offiziere aller Grade bis zum General hinauf, woraus der Schluß erlaubt war, daß der aktive Offizierstand nur durch Rücksichten von der Abgabe gleicher Erklärungen abgehalten wurde. Es war ferner von Bedeutung, daß zu diesen Deklaranten Personen zählten, welche zu Sr. Majestät dem Kaiser in sehr nahen Beziehungen standen und schwerlich ihre Meinung so offen kundgethan hätten, wenn sie eine Mißbilligung dieses Schrittes an höchster Stelle zu befürchten gehabt hätten[2]).

Es war die Zeit, da ein altkonservativer Abgeordneter auf einem pommerschen Wollmarkte mit Emphase renommierte, er werde Bismarck noch so klein machen, „daß er jedem ehrlichen pommerschen Krautjunker aus der Hand fressen möchte."

An Kraftausssprüchen dieser Art hatte es freilich auch früher nicht gefehlt. So hatte sich der Reichstagsabgeordnete Graf Fred Frankenberg in Tillowitz drei Jahre früher zu folgender Erklärung veranlaßt gesehen:

> Berlin, den 17. Mai 1873. Direktor Raczek, Neustadt O.-S. Friedrich Graf Stolberg hat zu Schloß Falkenberg die in der „Schlesischen Zeitung" seinerseits bestrittene Äußerung: Wenn Graf Bismarck gehängt werden soll, so ziehe ich mit am Strick, in meiner Gegenwart gethan[3]).

Wie es aber oft im Leben vorkommt, daß unglückselige Vorgänge den Anstoß zu heilsamen Neuerungen geben, so erging es auch mit dem Deklarantenunfug. Er beschleunigte thatsächlich die Reorganisation der konservativen Partei, die es dann Bismarck möglich machte, von der bisherigen, im Lasker'schen Fahr-

---

sie gelesen, den Eindruck hat: hier wird den Ministern vorgeworfen, daß sie unredlich gehandelt haben — wenn ein solches Blatt so handelt und in monatelangem Stillschweigen verharrt, trotzdem das alles Lügen sind, und nicht ein peccavi oder erravi spricht, so ist das eine ehrlose Verleumdung, gegen die wir alle Front machen sollten, und niemand sollte mit einem Abonnement sich indirekt daran beteiligen. Von einem solchen Blatte muß man sich lossagen, wenn das Unrecht nicht gesühnt wird. Jeder, der es hält und bezahlt, beteiligt sich indirekt an der Lüge und Verleumdung."

[1]) Dieselbe lautete: „Als treue Anhänger der königlichen und konservativen Fahne weisen wir diese Anschuldigungen gegen die „Kreuzzeitung" und die gesamte durch sie vertretene Partei auf das entschiedenste zurück. Wir bedauern, daß der erste Diener der Krone zu derartigen Mitteln greift, um eine Partei zu bekämpfen, die er Jahre lang als zuverlässigste Stütze des Thrones anerkannt hat."

[2]) Von den Mitgliedern des Herrenhauses unterzeichneten die Deklaration gegen Bismarck: W. von Bandemer-Gambin, Rittmeister a. D., von Borcke-Giesenbrügge, Graf Friedrich Carmer auf Pantzkau, Graf von der Groeben-Ponarien, von Hatten, Hauptmann a. D. auf Elotten, Graf Honwald-Streupitz, von dem Knesebeck-Corwin, Graf von Krassow, von Lepell-Wick, Freiherr von Manteuffel-Redel, Major a. D., Graf von der Schulenburg-Beetzendorf.

[3]) Durch Erscheinen auf der parlamentarischen Soiree Bismarck's am 14. Juni 1873 suchte Graf Stolberg den ihm selbst unliebsamen Eindruck seiner Äußerung zu verwischen.

Digitized by Google

wasser schwimmenden liberalen Majorität loszukommen. Bereits im Juni 1876 begann die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ eine lebhafte Agitation für eine konservative Gestaltung der Dinge in Preußen und im Reich und für eine Sprengung der liberalen Majorität. Der Landrat des Kreises Samter forderte seine sämtlichen Kollegen in einem Aufsehen erregenden Wahlrundschreiben auf, die Wahlagitation zeitig genug in die Hand zu nehmen und mit allen Kräften dahin zu wirken, eine möglichst konservative Mehrheit im preußischen Abgeordnetenhause und im Reichstage zusammenzubringen, „die bereit ist, die Politik des Fürsten Bismarck zu unterstützen und auf deren Unterstützung der Fürst rechnen kann — ohne übrigens zu entscheidendes Gewicht auf die konservative Gesinnung des Wahlkandidaten zu legen. Sollte auch ein Abgeordneter mit liberalen Neigungen gewählt werden, so ist das, wenn er sich nur verpflichtet, der „Partei Bismarck“ — sit venia verbo — beizutreten, wie ich glaube, an und für sich gerade nicht bedenklich und zumal dann nicht, wenn der Wahlkandidat etwa Grundbesitzer ist.“

Am 10. Juli 1876 veröffentlichte eine Anzahl Konservativer aus Nord- und Süddeutschland einen „Aufruf zur Bildung einer deutsch-konservativen Partei“. Da das Programm der neuen Partei später Bismarck zu Erörterungen Anlaß bot, lassen wir das Aktenstück hier mit seinen Unterschriften folgen.

Aufruf zur Bildung einer deutschen konservativen Partei.

Wir wenden uns an die konservativen Elemente des Deutschen Reiches mit dem Aufrufe zu vereinter Arbeit für die großen, gemeinsamen Ziele:

1. Wir wollen die für unser Vaterland gewonnene Einheit auf dem Boden der Reichsverfassung in nationalem Sinne stärken und ausbauen. Wir wollen, daß innerhalb dieser Einheit die berechtigte Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Staaten, Provinzen und Stämme gewahrt werde.

2. Wir können nur eine solche Weiterbildung unsres öffentlichen und privaten Rechtes als segensreich anerkennen, welche auf den realen und geschichtlich gegebenen Grundlagen fußend den Bedürfnissen der Gegenwart gerecht wird und damit die Stätigkeit unsrer gesamten politischen, sozialen und geistigen Entwickelung sichert.

3. Wir legen auf politischem Gebiete entscheidendes Gewicht auf die monarchischen Grundlagen unsres Staatslebens und eine kräftige obrigkeitliche Gewalt.

Wir wollen ein volles, gesetzlich gesichertes Maß bürgerlicher Freiheit für alle und eine wirksame Beteiligung der Nation an der Gesetzgebung.

Wir wollen in Provinz, Kreis und Gemeinde eine Selbstverwaltung, gegründet nicht auf das allgemeine Wahlrecht, sondern auf die natürlichen Gruppen und organischen Gliederungen des Volkes.

4. Das religiöse Leben unsres Volkes, die Erhaltung und Wiedererstarkung der christlichen und kirchlichen Einrichtungen, die seine Träger sind, — vor allem die konfessionelle, christliche Volksschule erachten wir für die Grundlage jeder gesunden Entwickelung und für die wichtigste Bürgschaft gegen die zunehmende

Digitized by Google

Verwilderung der Massen und die fortschreitende Auflösung aller gesellschaftlichen Bande.

Wir betrachten den kirchenpolitischen Streit, der als Kulturkampf vom Liberalismus zum Kampfe gegen das Christentum ausgebeutet wird, als ein Unglück für Reich und Volk und sind bereit, zu dessen Beendigung mitzuwirken.

Wir erkennen einerseits dem Staate das Recht zu, kraft seiner Souveränetät sein Verhältnis zur Kirche zu ordnen, und werden die Staatsgewalt den entgegenstehenden Ansprüchen der römischen Kurie gegenüber unterstützen. Andrerseits wollen wir keinen Gewissenszwang und deshalb kein Übergreifen der staatlichen Gesetzgebung auf das Gebiet des inneren kirchlichen Lebens. In diesem Sinne sind wir zu einer Revision der im Laufe des Kampfes erlassenen Gesetze bereit. In diesem Sinne werden wir auch für das gute Recht der evangelischen Kirche auf selbständige Regelung ihrer inneren Einrichtungen eintreten.

5. Gegenüber der schrankenlosen Freiheit nach liberaler Theorie wollen wir im Erwerbs- und Verkehrsleben eine geordnete wirtschaftliche Freiheit. Wir verlangen von der wirtschaftlichen Gesetzgebung gleichmäßige Berücksichtigung aller Erwerbsthätigkeiten und gerechte Würdigung der zur Zeit nicht ausreichend berücksichtigten Interessen von Grundbesitz, Industrie und Handwerk. Wir fordern demgemäß die schrittweise Beseitigung der Bevorzugungen des großen Geldkapitals. Wir fordern die Heilung der schweren Schäden, welche die übertriebene wirtschaftliche Centralisation und der Mangel fester Ordnungen für Landwirtschaft und Kleingewerbe zur Folge gehabt hat. Insbesondere fordern wir die durch Erfahrung gebotene Revision des Gesetzes über den Unterstützungswohnsitz und der Gewerbeordnung.

6. Wir erachten es für Pflicht, den Ausschreitungen der sozialistischen Irrlehren entgegen zu treten, welche einen wachsenden Teil unsres Volkes in feindseligen Gegensatz zu der gesamten bestehenden Ordnung bringen. Wir sind überzeugt, daß die bloße Entfesselung der individuellen Kräfte zu einer gesunden wirtschaftlichen Entwickelung nicht führen kann, daß der Staat vielmehr die Aufgabe nicht abweisen darf, die redliche Erwerbsarbeit gegen das Überwuchern der Spekulation und des Aktienunwesens zu schützen und durch eine wirksame Fabrikgesetzgebung die sittliche und wirtschaftliche Lage der Lohnarbeiter, sowie das friedliche Zusammenwirken von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu sichern und zu fördern.

Alle, welche diesen Grundsätzen zustimmen und gewillt sind, dieselben, unabhängig nach oben wie nach unten, zu vertreten, fordern wir auf, sich zu einer festgeschlossenen Partei der deutschen Konservativen zu vereinigen.

von Below-Saleske (Pommern); Freiherr von Burgk-Roßthal (Sachsen); F. A. Bierling-Dresden; W. Curtmann, Hofgerichts-Advokat, Friedberg (Wetterau); Dreykorn, Gymnasialdirektor, Landau; Graf Finkenstein-Ziebingen (Brandenburg); Freiherr E. A. von Göhler-Karlsruhe; von Haas, Bezirksgerichts-Rat, Ansbach; von Helldorff-Bedra (Pr. Sachsen); Freiherr von der Horst-Hollwinkel (Westfalen); C. Katz-Gernsbach (Baden); Graf

Digitized by Google

Kleist-Tschernowitz (Lausitz); Graf Krassow, Regierungspräsident a. D., Pansewitz (Rügen); Luthardt, Regierungsrat, Augsburg; Freiherr von Maltzahn-Gültz (Vorpommern); Freiherr von Minnigerode-Rossitten (Preußen); Dr. Mühlhäuser, Ober-Kirchenrat, Wilferdingen (Baden); E. Ott-Fürth; E. Graf Rantzau-Rastorf (Holstein); von Rauchhaupt, Landrat, Delitzsch; Erbgraf Reinhardt von Rechtern-Limpurg (Baiern); Dr. M. Rieger-Darmstadt; Fr. Graf zu Solms-Laubach (Hessen); Udo Graf zu Stolberg-Wernigerode (Schlesien); Bernhard Stroedel, Advokat, Dresden; Uhden, Amtsrat, Sorge (Neumark); Weyrauch, Landrat, Kassel.

Das Programm war geschickt abgefaßt; in seinen Falten lag der Keim zur Versöhnung Bismarck's mit den Konservativen, zu dem Bündnis der Konservativen mit dem Centrum und die Kriegserklärung gegen die manchesterlich angehauchte liberale Gesetzgebung des letzten Jahrzehnts[1]).

Da das Mitglieder-Verzeichnis keinen Zweifel darüber ließ, daß die neue Partei mit der alten feudalen Partei der „Kreuzzeitung" wesentlich identisch war, so säumte die Regierung nicht, durch die offizielle „Provinzial-Korrespondenz" erklären zu lassen, daß sie mit der neuen Partei keine Gemeinschaft habe. —

In diese Zeit fällt eine Unterredung, welche der nationalliberale Abgeordnete von Benda zwischen dem 10. und 26. Juli 1876 mit dem Kanzler in Kissingen hatte.

Herrn von Benda's[2]) Bekanntschaft mit Bismarck schreibt sich vom Jahre 1844 her, wo er in Potsdam Regierungsassessor war. Er war als Referendar eingetreten zur Zeit, als Herr von Meding dort Oberpräsident war. Die Regierung in Potsdam zählte damals unter den jüngeren Mitgliedern, Assessoren und Referendaren, eine größere Anzahl angehender Beamten, die sich später im Staats- und öffentlichen Leben in hervorragender Weise hervorgethan haben. Sie standen mit den Offizierskreisen im besten freundschaftlichen Verkehr.

---

[1]) In einer Versammlung liberaler Urwähler sprach sich E. Richter am 26. September 1876 also aus: Ich bin nicht der Meinung, als ob Fürst Bismarck das ganze Programm der Konservativen oder Freikonservativen vollständig teile. Die Herren thun freilich so, als ob es der Fall wäre. Es kommt dem Fürsten, wenn ich ihn recht verstehe, zunächst darauf an, daß die liberale Partei geschwächt, die konservative Partei stärker werde. Beide Parteien sollen sich gegenseitig die Wagschale halten können, damit das Zünglein ihm selbst in die Hand komme. Neutralisieren sich die Parteien, so ist ein bestimmender Einfluß des Reichstags auf ihn nicht mehr vorhanden, viemehr hat er alsdann den Reichstag in der Hand. Positiv könne dasselbe Ziel erreicht werden für ihn durch Bildung einer ihm absolut ergebenen und zugleich den Ausschlag gebenden Mittelpartei. Versuche nach dieser Richtung hin sind gemacht, aber fehlgeschlagen.

[2]) von Benda, Robert, Rittergutsbesitzer in Rudow bei Berlin. Nationalliberal; geboren am 18. Februar 1816 zu Liegnitz; evangelisch. Besuchte das Gymnasium in Berlin und die Universitäten Berlin und München. War früher Regierungsassessor in Potsdam, seit 1853 Landwirt. Mitglied des Kreistags, der Provinzialversammlung und des Provinzialrates. Mitglied des Landtags und des Reichstags. Jahrelang Vorsitzender der Budgetkommission, Vizepräsident im Landtage.

Digitized by Google

Bismarck wurde von seinen Kollegen zuvorkommend aufgenommen, war jedoch bei den geselligen Vergnügungen ein seltener Gast und sein Aufenthalt nur von kurzer Dauer. Veranlassung seines Ausscheidens war eine Begegnung mit dem Oberpräsidenten von Meding, von der man sich folgendes erzählte: Bismarck wünschte dienstlich oder privatim mit dem Oberpräsidenten zu sprechen und wurde von diesem zu einer bestimmten Stunde bestellt. Er trat bei Herrn von Meding ein, welcher an seinem Arbeitstisch saß, ihn eine Viertelstunde stehen ließ, dann aufstand und fragte, was er wolle. Bismarck antwortete darauf in höflicher Weise, er werde sich gestatten, ihm dies schriftlich mitzuteilen, entfernte sich und reichte seinen Abschied ein. Der Vorgang war für die bei der Regierung beschäftigten jungen Leute damals ein ganz erstaunliches Ereignis. Ihre Liebe zu dem Oberpräsidenten wurde dadurch nicht erhöht.

Während der Konfliktszeit gehörte von Benda dem linken Centrum mit von Bockum-Dolffs, Gneist und von Sybel an, und hatte in dieser Zeit weder Veranlassung noch Neigung, mit Bismarck persönlich zu verkehren; war es doch in jener Zeit, seit der Führung des Herrn von Vincke, gewissermaßen Grundsatz der liberalen Parteien, die Hotels der Minister entgegengesetzter Richtung nicht zu besuchen.

Vom Tage der Indemnität ab trat aber ein in dem Gange der umgestalteten Parteiverhältnisse begründetes gutes persönliches Verhältnis zwischen von Benda und Bismarck ein, welches in den langen Jahren bis zu dem Ausscheiden desselben aus seiner hohen Stellung ungestört geblieben ist, wie es auch dieses Ausscheiden überdauert hat.

An zahlreichen persönlichen Begegnungen in dieser langen Zeit hat es nicht gefehlt, zumal seit Begründung des Deutschen Reichs und seit den vielfachen Besprechungen, welche der Reichskanzler mit den Führern der nationalliberalen Partei in den Jahren 1877 bis 1880 hatte.

Besonderen Anteil nahm der Fürst auch an den Verhandlungen des landwirtschaftlichen Kongresses, dessen Präsident von Benda im Jahre 1871 war. Er besuchte den Kongreß, nahm an dessen Verhandlungen teil und bezeugte sein lebhaftes Interesse, indem er in den Bundesrat zur Wahrnehmung der besonderen Bedürfnisse der Landwirtschaft ein Mitglied (Herrn von Nathusius) berief — eine Einrichtung, welche dann später, da ihr praktischer Erfolg den Erwartungen nicht entsprach, wieder aufgegeben wurde.

Bei allen Gelegenheiten, auch bei den späteren Vorgängen, welche unter der Richtung von Niendorf zu Spaltungen und Zersplitterungen im landwirtschaftlichen Vereinswesen führte, hat Bismarck an den Interessen des Ackerbaues den lebhaftesten Anteil genommen und es wiederholt lebhaft beklagt, daß die Förderung dieser Interessen vielfach von einseitigen, vielfach von politischen Parteistandpunkten behandelt und beurteilt würde.

Vom Jahre 1880 datiert der Niedergang der nationalliberalen Partei an Zahl und Einfluß. Auf die Verhandlungen wegen Eintrittes ihrer Führer in die Regierung kam Bismarck nicht mehr zurück. Wie sehr aber auch späterhin der

Digitized by Google

Fürst eine freundliche Stellung zur nationalliberalen Partei begehrte, davon geben die zahlreichen Kundgebungen im Reichstage wie außerhalb desselben, die anerkennenden Äußerungen bei Beantwortung der Geburtstagswünsche, bei der Wahl im Holstein'schen Kreise u. s. w. Zeugnis.

In Kissingen war Herr von Benda seit der Indemnität und nach Beendigung des französischen Feldzuges beim Fürsten ein stets gern gesehener Gast. Bismarck hatte hier die Gewohnheit, außer seiner Familie nur noch einige Herren bei sich zu Tisch zu sehen. Durch eine solche Tischeinladung wurde Herr von Benda im Jahre 1876 gemeinsam mit Herrn von Bernuth und Herrn von Obernitz (dem vermnglückten Freunde der Familie) ausgezeichnet. Der Fürst begrüßte seine Gäste freundlich, war aber sehr ungehalten über die orientalischen Angelegenheiten und den alten Disraeli, der immer den Kriegslustigen spiele, den man auspoltern lassen müsse. Da sei es seine Aufgabe, stundenlang zu sitzen, oder nach Würzburg zum Kaiser zu fahren — das halte er nicht länger aus. Die Unterhaltung bewegte sich ferner ungezwungen über die Verhältnisse des Kissinger Badelebens, sprang dann aber bald wieder auf das politische Gebiet über, wobei der Fürst ziemlich rückhaltlos über die parlamentarischen Führer sowie über seine Kollegen im Ministerrate sich erging. Besonders beklagte er das Ausscheiden von Delbrück[1]), der mit seinen Eigenschaften nicht zu ersetzen sei. Seinen Nachfolger Hofmann habe er auf Empfehlung Delbrück's als Präsidenten des Reichskanzler-Amts berufen; er sei der liberalste unter allen vorgeschlagenen Kandidaten gewesen und erfreue sich derselbe bei seinen Kollegen im Bundesrat hoher Achtung. Beim Kaiser Wilhelm habe sich Hofmann durch seine Unterstützung des Ministers des Innern Grafen Eulenburg bei Beratung der Strafnovelle Beifall erworben. Er hoffe, daß er nicht gleich in der ersten Session werde zerrissen werden. Daran schloß sich die Darlegung der Motive, aus welchen Hofmann in das preußische Ministerium berufen sei. Der Fürst erklärte, er habe mit dem preußischen Partikularismus nicht mehr fertig werden können. Nicht Bayern, nicht Württemberg, nicht Sachsen bereite ihm Schwierigkeiten, den größten Widerstand gegen die Reichspolitik fände er in Preußen, zumal im Finanz- und Handelsministerium; unter solchen Umständen habe er es für nützlich gehalten, ihm ergebene Mitglieder des Bundesrats ins preußische Staatsministerium zu berufen.

Eingehend äußerte sich der Fürst über seine früheren und gegenwärtigen Kollegen im Ministerrate, über Vorgänge, welchen gegenüber Delbrück seinerzeit zu beschwichtigen gewesen sei.

Über das Reichseisenbahnprojekt[2]) ließ sich der Fürst sehr eingehend aus. Er schilderte seine Entstehung, seine Entwickelung und Bedeutung für die Zukunft.

Der künftige Übergang auf das Reich sei das Ziel, welches zu erstreben sei. An geeigneten Männern fehle es nicht, er denke vor allem an Maybach, den

[1]) Delbrück war in seiner Stellung als Präsident des Reichskanzler-Amts am 31. Mai 1876 durch den Großherzoglich hessischen Ministerpräsidenten Hofmann ersetzt worden.

[2]) Vergl. hierüber mein Werk „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I. S. 76, 79 und 82.

Digitized by Google

intelligenten und erfahrenen Fachmann. Ungehalten war der Fürst über die Schwierigkeiten, welche der Erwerb von Privateisenbahnen in der Landesvertretung finde. Es sei eine Thorheit, wohlfeile Käufe abzuweisen, weil irgend eine unbequeme Bedingung damit verbunden sei. Den weiteren und Hauptgegenstand des Tischgespräch:s bildete schließlich die künftige Gestaltung der parlamentarischen Parteien und Bismarck's eigenes Verhältnis zu denselben. Der Fürst würzte diese Unterhaltung durch eine lebhafte und drastische Kritik der hervorragenden Persönlichkeiten. Lasker könne man den Verstand nicht absprechen. Mit Miquel, so hoch er ihn schätze, könne er nicht so frei von der Leber sprechen, wie z. B. mit Bennigsen. Von Benda bemerkte, das Urteil des Fürsten beruhe wohl zum Teil auf der Stellung Miquel's zum Kirchenkampfe, den dieser in seinem Umfange nicht für nötig gehalten habe. Hiergegen verwahrte sich der Fürst sehr lebhaft. Er führte eingehend aus, wie die Erscheinungen in der Provinz Posen, die Absorption des germanischen Elements daselbst durch polnisch-katholischen Einfluß ihm die Überzeugung von der Notwendigkeit des Kampfes aufgedrungen habe, dessen Abschluß nach erreichten Zielpunkten natürlich nur in seinen Wünschen liegen könne.

Auf das Parteiwesen selber eingehend, äußerte der Fürst, er habe erst kürzlich die betreffenden Fragen mit einzelnen seiner Kollegen ausführlich besprochen. Nichts verletze ihn mehr, wie die falschen Nachrichten, die man in der Presse, zumal in der „Kölnischen Zeitung", über seine Absichten und die Verbindungen, die er gesucht, verbreitet habe. Er sei nach wie vor bereit, sich mit der nationalliberalen Partei zu verständigen[1]), in der er bisher seine Stütze gefunden habe, und wenn es heiße, er wolle diese Partei sprengen, um neue Parteibildungen herbeizuführen, so sei dies eine Unwahrheit. Er betrachte als seine Feinde, abgesehen vom Centrum, die spezifischen und extremen Kreuzzeitungsleute, vor allem weil sie die Revolution vertreten, weil sie alles wieder in Frage stellen was in neuester Zeit Großes geschaffen sei — und dann die Fortschrittspartei[2]), welche unfruchtbar und für seine Regierung nur ein Hemmis sei. Was ihn angesichts der nächsten Wahlen besorgt mache, sei der Umstand, daß die nationalliberale Partei die ihr eigentümliche Selbständigkeit, welche ihm, wenn auch mühevoll, die Führung der Politik bisher erleichtert habe, verlieren könne; daß ihre Mehrheit, wie dies in der letzten Session vorgekommen, ins Schlepptau der Fortschrittspartei geraten könne, oder gar mit dieser und der Centrumspartei sich verbinde.

In solchem Falle sei für ihn keine Möglichkeit der Fortführung der Geschäfte gegeben; die Folge würde dann nicht der Eintritt eines liberalen, sondern eines

[1]) Vergl. die Broschüre: „Nationalliberale Partei, nationalliberale Presse und höheres Gentlemanthum. Von einem Nichtreichsfeinde." Berlin bei Julius Springer, 1876, und eine Besprechung derselben in den „Grenzboten", 35. Jahrgang 1876, II. Quartal, S. 192—196.

[2]) Vergl. den Artikel der „Provinzial-Korrespondenz": „Die Fortschrittspartei und die Bismarck'sche Politik" (August 1876) und die Besprechung desselben in der „Post" No. 182 vom 4. August 1876, Beilage.

Digitized by Google

spezifisch konservativen Ministeriums sein, welches seine Majorität in der Vereinigung aller nach rechts stehenden Elemente — das Centrum nicht ausgeschlossen — suchen müsse. Der Lösung solcher Aufgabe werde er sich selbstverständlich nicht unterziehen, aber er werde, wenn es hierzu komme, dem Könige keinen andern Rat geben können. Als Elemente, die für solchen Fall nutzbar zu machen seien, betrachte er auch die Agrarier. Er könne nicht in Abrede stellen, daß die Grundbesitzer berechtigte Beschwerden haben und gegenüber den mancherlei Vorteilen, welche andre Erwerbszweige im Laufe der Zeit sich angeeignet, eine kräftigere Vertretung ihrer Interessen in den Parlamenten wünschen müssen, wenn er auch das agitatorische Vorgehen derselben auf diesem Gebiete vielfach nicht als nützlich angesehen habe.

Herr von Benda bemerkte, daß nach seinen Erfahrungen die agrarische Agitation häufig Gefahr laufe, der politischen Ausbeutung zu verfallen. Der Fürst schien auf weitere Erklärungen über seine Anschauungen nicht eingehen zu wollen; daß ihm die Interessen und Gefahren des großen Grundbesitzes in den östlichen Provinzen lebhaft vor Augen stehen, leuchtete aber aus allem heraus.

Das Gespräch wandte sich demnächst auf das Ungenügende des deutschen Parteiwesens, die Mängel in der Führerschaft und den Mangel der Disziplin in den Parteien selbst; es streifte sodann die aus unserm Nationalcharakter hervorgehenden Schwierigkeiten, welche der feste Zusammenschluß in den bestehenden kirchlichen, nationalen und gesellschaftlichen Verhältnissen findet. Fürst Bismarck bemerkte hierbei wiederholt, es sei entschieden falsch, wenn man ihm imputiere, er sei damit beschäftigt, neue Verbindungen und Kombinationen zu suchen; er nehme auch ferner gerne das freundschaftliche Verhältnis der Nationalliberalen entgegen, aber er müsse eine Majorität ablehnen, in welcher in den entscheidenden Fragen die Führer der Fortschrittspartei den Ausschlag gäben.

Auf den Gang der Gesetzgebung übergehend, äußerte der Fürst, die Überhäufung mit Gesetzesvorschlägen müsse endlich einmal ein Ende nehmen; die Geheimen Räte, nicht er, seien an dieser Abundanz schuld. Jeder Rat, der ins Amt trete, habe nur die Passion, seine Lieblingsideen ins Leben zu führen — stiefmütterlich werde dabei das Herrenhaus behandelt.

Der Entwickelung der Parteibildung in den neu zu wählenden Parlamenten sah der Fürst mit Aufmerksamkeit entgegen, und er behielt sich seine Entschließungen vor.

Die 2 ½ stündige Unterhaltung bewegte sich ungezwungen in lebhaftem Austausch der vielfach abweichenden Anschauungen. —

In der letzten Session der II. Legislaturperiode stellte die Frage einer Verständigung über die Justizgesetze die junge Institution des Reiches auf eine schwere Probe[1]). In der Herbstsession 1874 hatte der Reichskanzler dem Reichstag drei Entwürfe, die Civilprozeßordnung, die Strafprozeßordnung und

[1]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", S. 139 ff.

Digitized by Google

ein Gerichtsverfassungsgesetz zur Beratung vorgelegt. Zunächst wurde in erster Lesung beschlossen, eine außerordentliche „Justizkommission des Reichstags" mit der Durcharbeitung der Entwürfe zu betrauen. Unter den Händen dieser Kommission hatten die drei Entwürfe freilich ein so völlig andres Aussehen gewonnen, daß der Reichstag sich in der zweiten Lesung am 7. November 1876 mit dieser Arbeit, der inzwischen die von keiner Seite beanstandete treffliche Reichs-Konkursordnung hinzugekommen war, in seiner großen Mehrheit unbedingt einverstanden erklärte. Die Schwierigkeit der Verständigung und des Abschlusses der wichtigen gesetzgeberischen Arbeit lag jetzt vielmehr darin, ob es gelingen werde, die Zustimmung der Regierungen zu den Änderungen zu erlangen, welche die ständige Kommission des Reichstags mit der Strafprozeßordnung und dem Gerichtsverfassungsgesetz vorgenommen hatte. Als der Bundesrat zuerst diese neugestalteten Entwürfe beriet, hielt er nicht weniger als 86 der Kommissionsbeschlüsse für „unannehmbar." Da eilte Fürst Bismarck (am 21. November 1876) von Varzin herbei, um die Spannung zu verringern, um die Arbeit von Jahren, die Hoffnung ihres Abschlusses nicht scheitern zu lassen.

Der Abgeordnete, mit dem Bismarck die Differenz bezüglich die Justizgesetze zuerst besprach, war der verstorbene Rechtslehrer Dr. Schwarze[1]; ihm gegenüber fiel bei Besprechung des Falles Arnim das geflügelte Wort des Kanzlers: „Meine Diplomaten müssen auf Kommando schwenken wie die Soldaten".

Am 9. Dezember 1876 bemerkte der Kanzler dem Abgeordneten Dr. Völk gegenüber, daß der Reichstag nunmehr nachgeben und die Beschlüsse des Bundesrats annehmen solle. Darauf antwortete der Abgeordnete Dr. Völk, es wäre doch gut, wenn hier der alte Spruch angewendet würde: Der Gescheidtere giebt nach. Der Reichstag mache ja keinen Anspruch darauf, immer der Geschiedtere zu sein. Der Fürst entgegnete: „Nun, lassen wir es auch einmal umgehen." Im Verlauf des Gesprächs kam nun Dr. Völk auf die große Bedeutung der Sache in Beziehung auf die nationale Entwickelung zu sprechen und bemerkte, daß alle kleinen Rücksichten schwinden müßten, wenn es sich um die Reichseinheit, dieses große Bindemittel im Interesse des Deutschen Reiches handele. Fürst Bismarck meinte nun, die Justizgesetze gingen zunächst die Juristen und die 14 deutschen Justizminister an, er sei darin noch mehr Dilettant als ihm vorgeworfen worden sei in Beziehung auf die Zollfrage. Hierauf erwiderte Dr. Völk: „Durchlaucht, darauf kommt es hier nicht an. Scheitern die Gesetze, so sagt man überall in Deutschland: der Bismarck hat sie nicht gewollt. Verkündet aber der

[1] Schwarze, Friedrich Oskar, Dr. jur. und General-Staatsanwalt für das Königreich Sachsen. Geboren den 30. September 1816 zu Löbau, Königreich Sachsen (evangelisch). Appellationsrat, Hilfsarbeiter im Ober-Appellationsgericht und im Justizministerium 1848–54, Ober-Appellrat 1854, Ober-Staatsanwalt 1856 und General-Staatsanwalt 1860. Derselbe war bei der Straf- und Strafprozeß-Gesetzgebung Sachsens thätig. Er war Mitglied des sächsischen Landtags im Jahre 1849 und vertrat auf dem konstituierenden Reichstage wie auf den späteren Reichstagen den 4. sächsischen Wahlkreis (Neustadt-Dresden ꝛc.); 1874,76 Mitglied der Reichs-Justizkommission.

Digitized by Google

Telegraph, die Justizgesetze kommen zu stande, so sagt man überall: das hat der Bismarck den andern gegenüber erwirkt; der ist doch eigentlich der einzige, der von großen Gesichtspunkten ausgeht". — Daran anknüpfend bemerkte der Abgeordnete Dr. Zinn, daß, wenn die Gesetze scheitern, daran der preußische Partikularismus schuld sei, der, weil er der größte, auch der gefährlichste sei; worauf Fürst Bismarck erwiderte: „Das habe ich ja auch schon gesagt und dem entgegengearbeitet."

Seit Jahren führte Bismarck am 12. Dezember 1876 zum erstenmal wieder den Vorsitz im Bundesrate, als es sich darum handelte, Stellung zu nehmen und Entscheidung zu treffen für die dritte Lesung dieser Entwürfe im Reichstag. Zwischen der zweiten Lesung des Reichstags und dem Erscheinen des Reichskanzlers in Berlin lagen zwei Wochen, welche zu friedlichen Verhandlungen der ständigen Kommission mit Vertretern des Bundesrats benutzt worden waren und schon zur Beseitigung von 36 der 86 Bedenken des Bundesrats geführt hatten. Die mächtige Persönlichkeit und Einwirkung Bismarck's ließ von den 86 „Punkten" schließlich nur 18 dem Bundesrate „wirklich unannehmbare" übrig. Nun begannen in den Tagen vom 15. und 16. Dezember 1876 vertrauliche Verhandlungen der Führer der nationalliberalen Partei, Bennigsen, Miquel und Lasker, mit dem Fürsten Bismarck und dem Bundesrate, welche schon am 16. Dezember zu der allen patriotischen Männern hocherwünschten Verständigung über das gesamte Gesetzgebungswerk führten [1]).

Recht bedauerlich ist, daß über die Mitwirkung Lasker's [2]) bei dem Kompromiß keine näheren Daten vorhanden sind. Derselbe hat — es ist kaum zu glauben — über seinen Verkehr mit Bismarck absolut keine Aufzeichnung hinterlassen. Legationsrat Dr. Cahn im Auswärtigen Amte, der mit Lasker befreundet war und aus seinem litterarischen Nachlaß einiges in der „Deutschen Revue"

[1]) Nach der „Kölnischen Zeitung" kam der Kompromiß auf folgende Weise zu stande. Herr von Bennigsen ging zu dem Fürsten Bismarck, um ihn zu fragen, ob ihm überhaupt am Zustandekommen der Justizgesetze gelegen sei, weil sonst alle Verhandlungen vergeblich sein würden. Der Reichskanzler bejahte die Frage. Wenn die 18 Punkte als unannehmbar bezeichnet wären, so solle das nicht heißen, daß die Regierungen auf dem Ganzen ihrer Forderungen beharren würden, einzelne Bestimmungen könnten sie allerdings nicht opfern, die Abgeordneten möchten zum Justizminister Leonhardt gehen und sich mit ihm verständigen. Dies geschah; der Justizminister bewilligte selbst einige Zugeständnisse wegen der Presse, die Fürst Bismarck aber wieder zurückuahm.

[2]) Lasker, Eduard, Dr. jur. et phil. h. c., Rechtsanwalt und Notar in Berlin. Geboren den 14. Oktober 1829 (mosaisch). Seit 1858 Assessor beim Berliner Stadtgericht. Er schied 1870 aus dieser Stellung und wurde Rechtsanwalt beim Stadtgericht. Später Syndikus des Berliner Pfandbriefamtes. Im 4. Berliner Wahlbezirk im März 1865 und im Juli 1866 zum Abgeordneten gewählt, trat er 1866 aus der Fortschrittspartei aus und wurde Mitbegründer der nationalliberalen Fraktion. Mitglied des konstituierenden Reichstages für den 1. Berliner, des Norddeutschen und der Deutschen Reichstage für den 2. Wahlkreis des Herzogtums Meiningen. Schied 1880 aus der nationalliberalen Fraktion aus, um der liberalen Vereinigung beizutreten.

Digitized by Google

veröffentlicht hat, versicherte mir, es seien in den Lasker'schen Papieren von Bismarck's Hand nur ein paar flüchtig und mit Bleistift auf ein Papier geworfene Zeilen gefunden worden, worin sich Bismarck bereit erklärte, Lasker zur Besprechung einer gewissen Frage zu empfangen. In unsrer Periode waren die Honigmonate von Bismarck's Verhältnis zu Lasker bereits längst vorüber[1]). Am 21. November 1876 war der Kanzler, wie schon erwähnt, zur Schlichtung der Differenzen über die Justizgesetze nach Berlin gekommen, und noch am selben Abende soll Bismarck beim Thee seiner ausgezeichneten Laune „auf Kosten Lasker's" freien Lauf gelassen haben. Ein „Offiziöser" schreibt über diesen Theeabend beim Fürsten Bismarck[2]):

Der Fürst arbeitete gleich den ersten Abend mit seinen Geheimen Räten A. und Z. bis gegen Mitternacht. Dann lud er sie noch zum Thee ein. Es war intimster Familien-Thee, anwesend die Fürstin, die Komtesse, einige Verwandte, Herr v. P. u. s. w. Die Unterhaltung betraf Varzin, die Ernte, die Klee-Kultur, dann die Reise des Kaisers nach Italien, an welcher der Fürst nicht hatte teilnehmen können, dann den eben eröffneten Reichstag.

„Ich hoffe doch, daß wir dieses Mal vor Weihnachten fertig werden," meinte der Fürst.

„Der Mensch denkt und — Lasker lenkt," griff Herr von P. ein. Der Fürst runzelte die Stirn, als wenn ihm der Scherz nicht gefiele. Geheimrat Z. mochte das wohl nicht bemerkt haben. Denn er fiel nach der Bemerkung des Herrn von P. gleich mit den Worten ein: „Da ist mir heute ein seltsames Schriftstück zugegangen; es betitelt sich: Das beste Mittel, die Reichs- und Landtagssessionen abzukürzen, oder was Lasker alljährlich dem Staate kostet."

Es folgte darauf ein männliches und weibliches Gelächter, an dem nur der Fürst nicht teilnahm.

„Wo haben Sie das Schriftstück, lieber Geheimrat?" sagte Herr von P.

„Oh, ich habe es bei mir," erwiderte der Geheimrat, „wenn ich wüßte, daß ich damit nicht langweilte, würde ich es vorlesen."

Die Thee-Gesellschaft forderte stürmisch das Vorlesen. Der Fürst willigte durch sein Schweigen ein.

Ich muß jetzt bemerken, daß ich das Schriftstück nicht wörtlich wiedergeben kann. Es ist mir heute nur eine flüchtige Durchsicht desselben gestattet worden, wobei es mir nur möglich war, die verschiedenen Zahlen, die darin figurieren, zu notieren. Im übrigen bin ich überzeugt, daß der schalkhafte Z. selber das Schriftstück verfaßt oder durch einen seiner Untergebenen hat aufsetzen lassen.

---

[1]) Schon in der Sitzung des Reichstags vom 16. Juni 1873 war es bei Beratung des Preßgesetzes zu einer ungemein heftigen und erregten Aussprache des Kanzlers gegenüber dem Abgeordneten Lasker gekommen. Vergl. den Leitartikel der „Magdeburger Zeitung" No. 276 vom 17. Juni 1873: „Fürst Bismarck und der Reichstag", und No. 277 vom 18. Juni 1873: „Unser Percy".

[2]) Vergl. die Schrift „Aus der Wilhelmstraße." Erinnerungen eines Offiziösen. Berlin, Verlag von Richard Eckstein Nachfolger.

Digitized by Google

Er liebt solche Späße. Der Geheimrat las also ungefähr wie folgt: „Seitdem Lasker im Jahre 1865 die Parlaments-Tribüne betreten, hat er am Dönhofsplatze und am andern Ende der Leipziger-Straße im ganzen 927 745 328 Worte gesprochen". — Lautes Staunen außer beim Fürsten. — — „154 mal so viel Worte, als das ganze alte Testament (incl. Apokryphen) enthält, oder 42 mal so viel, als Goethe geschrieben, oder 3,9 mal so viel, als Cicero in den von ihm aufbewahrten Reden gesprochen. Wenn man Lasker's sämtliche in den verschiedenen Parlamenten gesprochenen Worte hinter einander auf einen Streifen Papier schriebe, so würde dieser mehr als neunmal um die Erde reichen, d. h. neunmal von Berlin aus über den Atlantischen Ocean, Amerika, den stillen Ocean, Japan, Asien, Jerusalem bis wieder nach Berlin reichen". — Schallendes Gelächter, in das schließlich der erst widerstrebende Fürst einfällt. „Spricht Lasker nur noch zwei Drittel einer Legislaturperiode so fort wie bisher, so reicht der Streifen vom Dönhofsplatze bis an den Mond." Stürmische Heiterkeit.

„Nun, und wie lange wird es dauern, bis der Streifen die Sonne erreicht?" fragte darauf eine weibliche Stimme.

„Das sagt leider der Statistiker nicht," erwiderte Geheimrat Z.

„Dafür hat sein Name schon längst die Sonne erreicht," fiel Herr von P. ein.

Der Geheimrat fuhr fort:

„Anträge und Amendements hat Lasker im ganzen 27344 gestellt, wovon 27211 angenommen sind. An Bravos verzeichnen die stenographischen Berichte nicht weniger als 11874 in nur 11 Jahren! Darunter 8881 stürmische Bravos. Zur Ordnung ist er einmal gerufen."

„Wie? was?" fiel hier die Gesellschaft ein, „Lasker ist auch einmal zur Ordnung gerufen?"

Jetzt bemerkte der Fürst selber: „Gewiß, vor einem Jahre im Reichstage wegen einer Äußerung gegen Windthorst; ich habe ihm dazu nur herzlich gratulieren können."

Der Geheimrat fortfahrend:

„Die 927 745 328 Worte Lasker's verteilen sich auf 866 194 Reden und 74 312 persönliche Bemerkungen. Davon beziehen sich 44 912 Reden auf das Budget- und Finanzwesen, 1953 Reden auf das Strafgesetzbuch, 126 auf Wucherzinsen, 14 auf die Lumpen-Ausfuhr des Zollvereins, 17 auf die Impfordnung, 289 auf den Kulturkampf, 71 auf den Gründungsschwindel, 77 auf Aktienwesen, 9 auf die Rinderpest, 22 auf die Leckage in Niederlagen, 4 auf die Prostitution in Berlin, 6 auf die Zwangskehrbezirke der Schornsteinfeger, 13 auf die Reblause . . . ."

„Genug, genug," fiel hier die Gesellschaft ein, deren Lachen die Stimme des Vorlesers mehr und mehr übertönte.

„Lieber Geheimrat, bitte sagen Sie noch einmal, wieviel Worte hat Lasker im Ganzen schon geredet," sagte die Fürstin.

„927 745 328 Worte, Durchlaucht."

„Fehlt nicht viel an der ersten Milliarde," bemerkte Herr von P.

Digitized by Google

„Was meinst Du, Otto, wenn die fünf Milliarden voll sind, müßte Lasker doch so gut in den Adelsstand erhoben werden, wie Herr von Bleichröder; er zählt doch auch von Erschaffung der Welt. Was er wohl sagen würde, wenn er eines Morgens einen großen Brief erhielte mit der Adresse: Sr. Excellenz, dem Herrn Staatsminister von Lasker. Denn Minister wird er doch längst sein, ehe er die fünfte Milliarde ausgeredet hat. Welches Portefeuille hast Du eigentlich für ihn in petto?"

Der Fürst machte zu diesen Worten eine Miene, als wenn er sagen wollte, daß er über diesen Gegenstand den Scherz nicht liebe. Er erwiderte ernsthaft:

„Ich hätte Lasker ganz gerne im Ministerium zur Seite; er ist bloß zu vielseitig; Wahl macht Qual; ich weiß nicht, ob man Justiz, Finanzen, Inneres oder Handel ihm anvertrauen soll."

„Den Krieg, lieber Otto, den Krieg," fiel Herr von P. ein.

„Oder den Kultus," bemerkte eine weibliche Stimme.

„Nun," erwiderte der Fürst, ein guter Jurist ist auch leicht ein guter Kultusminister, Falk oder Lasker." Große Bewegung [1]). —

Zu den Errungenschaften dieser Legislatur-Periode zählt auch das Bankgesetz vom 30. Januar 1875, welches der Zettelbankwirtschaft mit ungedeckten Noten ein Ende machte. Mit dem Abgeordneten Ludwig Bamberger hat Bismarck über dieses Gesetz, wie man anzunehmen geneigt sein könnte, nicht verhandelt, wohl aber über die Frage der Einziehung des Papiergeldes der Einzelstaaten. Bismarck wäre dafür gewesen, daß einzelnen Bundesstaaten bezüglich der Belassung ihres Papiergeldes Konzessionen gemacht würden — aus politischen Erwägungen. Er, Bamberger, war aber mit seiner Opposition gegen jede Konnivenz auf diesem Gebiete durchgedrungen.

Eine Episode seines Zusammenwirkens mit Bismarck, welche sich Ende Dezember 1876 abspielte, hat der Reichstagsabgeordnete Bamberger erst kürzlich in der

[1]) Zu Beginn der Session 1876 wartete des Fürsten Bismarck in den Räumen des Reichstags eine Überraschung. Sie bestand in einem Pokal aus kunstvoll geschliffenem Glase und von einem Deckel aus getriebenem Silber gekrönt, der die Form eines preußischen Helms trug, auf dessen Innenseite von künstlerischer Hand das Familienwappen Bismarcks angebracht war. Als Veranlassung zu diesem Geschenke, das von dem Restaurationspächter des deutschen Reichtags dem Reichskanzler gewidmet worden war und demselben demnächst mit geziemender Feierlichkeit überreicht werden sollte, galt in Abgeordnetenkreisen der Umstand, daß Fürst Bismarck zu Beginn jener Sitzungen, in welchen er eine Rede zu halten die Absicht hatte, sich aus der Restauration einen Krug hellen Bieres holen zu lassen pflegte, um sich die Sprachorgane stark und geschmeidig zu machen. Es war dieser Bierschluck für die Habitues und Intimen des Reichstags von jeher ein Zeichen, daß derselbe in die Debatte eingreifen werde, und hatte demzufolge ein Ausharren der Abgeordneten auf ihren Plätzen zur Folge. Die Abgeordneten sahen nun in dem Bismarckkrug des aufmerksamen Restaurateurs nichts als die berechtigte Glorifikation dieses Signals, und sie hatten darum die Absicht, sich dem Momente der Überreichung durch eine Deputation anzuschließen.

Digitized by Google

Reichstagsrede vom 28. Januar 1893 berührt. „Es war — so bemerkte Bamberger in Widerlegung einer Bebel'schen Äußerung — keine absolute Abneigung in der Reichsregierung vorhanden, die Pariser Welt-Ausstellung von 1878 zu beschicken. Fürst Bismarck erwies mir die Ehre, mich damals zu Rate zu ziehen über die Frage, ob ich glaubte, daß Deutschland gut thue, die Ausstellung von 1878 zu beschicken. Er war sehr zweifelhaft, er hatte aber keine positive Entscheidung getroffen, er erklärte sich jedem Rat zugänglich; ohne Zweifel hat er noch eine ganze Reihe von Persönlichkeiten, die er für kompetent hielt, zu Rate gezogen, und ich habe mich damals ganz rund gegen das Beschicken dieser Ausstellung erklärt, und zwar aus politischen Gründen.

Ich erinnere mich noch sehr gut der früheren Ausstellungen in Paris aus den Jahren 1855 und 1867, wo ich immer den Eindruck hatte: Deutschland kann sehr Gutes und Nützliches in seiner Industrie hervorbringen, aber auf einem solchen Jahrmarkt, der namentlich dazu gemacht ist, die Menschen in Masse zu fesseln und zu blenden, wird es immer keine siegreiche Rolle spielen. Das würde wahrscheinlich im Jahre 1878 auch noch so gewesen sein. Und wenn dazu die Neigung kam, aus internationaler Antipathie abfällig über Deutschland zu urteilen, so war eben damit ein schwarzer Punkt geboten, den man ihr lieber nicht bieten sollte. Ich erinnere mich meines damaligen Gespräches mit dem Fürsten Bismarck noch ziemlich genau, und er war so wenig geneigt, den Franzosen hier einen Tort anzuthun oder zu zeigen, daß Deutschland eines besonderen Mißgefühls wegen wegblieb, daß er zuletzt auf die, wie mir schien, recht ingeniöse und wirklich auch ausgeführte Idee kam, zu sagen: wir wollen es so machen: wenn wir es nicht für angezeigt halten, die Industrieausstellung mit Produkten zu beschicken, wollen wir doch nicht unhöflich sein; wir können unsre Künstler veranlassen, ihre Bilder, Skulpturen dort auszustellen, wir wollen damit gewissermaßen unsre Karte abgeben, einen Akt der Höflichkeit vollziehen, so daß man uns die Sache nicht vom politischen Standpunkte aus auslegen kann.

Das ist auch geschehen[1])." —

In das Jahr 1876 fällt Bismarck's Umkehr in der Wirtschaftspolitik. Der Kanzler war, man kann dies ohne Umschweife aussprechen, ursprünglich Freihändler und ist erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ein überzeugungs-

[1]) Von dem Abgeordneten Geheimen Regierungsrat a. D. Jakobi in Liegnitz war zu Anfang des Jahres 1876 eine Broschüre als Separatabdruck aus dem „Arbeiterfreund" erschienen, welche über den neuesten Stand der gewerblichen Arbeitslöhne in Niederschlesien berichtete. Der Verfasser hatte auch dem Reichskanzler ein Exemplar der Broschüre übersandt, darauf erhielt derselbe ein Schreiben Bismarck's, in welchem dieser unter dem Dank für die Übersendung das große Interesse bekundete, welches die Arbeit beim Durchlesen derselben in ihm hervorgerufen habe. Gleichzeitig sprach der Reichskanzler seine Verwunderung darüber aus, daß die Arbeitslöhne, wie er das von seinen Besitzungen genau wisse, sowohl in Pommern als auch im Lauenburgischen noch nicht den niedrigen Satz erreicht hätten, wie dies, der Broschüre zufolge, in Niederschlesien der Fall war. Bismarck bat den Verfasser, ihm über die Gründe Aufschluß zu geben.

Digitized by Google

treuer Verfechter des Schutzes der nationalen Arbeit geworden[1]). Von da bis zum Zustandekommen eines schutzzöllnerischen Zolltarifs war aber ein weiter Schritt, der dem Fürsten Bismarck von seinen amtlichen Mitarbeitern fürwahr nicht leicht gemacht wurde. Im Frühjahr 1876 war Delbrück gegangen, weil er sich zu einer den praktischen Verhältnissen Rechnung tragenden Wirtschaftspolitik nicht entschließen konnte; damit war Bismarck wohl von dem Generalstabschef der Freihändler befreit, dagegen verblieben ihm die manchesterlich angehauchten Kollegen

[1]) Der Nizzaer Korrespondent des „Pest. Lloyd" wußte im Jahre 1885 eine Reminiszenz über die Entstehung des Art. XI des Frankfurter Friedensvertrages zu berichten, die den Wandel Bismarck's in Bezug auf seine wirtschaftliche Anschauung recht deutlich illustriert. Hiernach war der eigentliche Autor des in Frage stehenden Artikels Bismarck, der über diesen Paragraphen vorzüglich nur deshalb mit Pouyer-Quertier verhandelte, weil der andre Bevollmächtigte, Jules Favre, in wirtschaftlichen Dingen nicht so viel Bescheid wußte. Pouyer-Quertier galt gewissermaßen als die Inkarnation der Schutzzoll-Ideen in Frankreich. Seit dem Jahre 1860 war er der am meisten genannte Vertreter des Protektionismus, so daß seine Parteigenossen in der französischen Industrie ihn wiederholt durch glänzende Ovationen auszeichneten. Da nun nach dem Kriege Thiers an die Spitze des Staates gelangte und den großen Baumwollfabrikanten von Rouen als Finanzminister in sein Kabinett berief, war niemand darüber zweifelhaft, daß damit eine Ära des Protektionismus eröffnet werden sollte. Pouyer-Quertier selbst zweifelte am wenigsten daran. Als der Kanzler des Deutschen Reiches ihm nun den Artikel XI proponierte, ging der französische Bevollmächtigte mit großer Bereitwilligkeit darauf ein. Da er sich aber dem Fürsten Bismarck gegenüber befand, hielt er es nicht am Platze, den Schlauen zu spielen, sondern bemerkte ohne Umstände: „Sie wissen, mein Fürst, daß ich ein Protektionist bin und daß auch Thiers es ist. Nach unsern fürchterlichen Niederlagen und nach den unerhörten Opfern des Krieges werden wir fortan wohl nicht viele Begünstigungen gewähren; für uns kann der Paragraph, den Sie wünschen, also nur angenehm sein; Sie aber, glaube ich, stehen einigermaßen anders, denn Sie in Deutschland sind Freihändler." „Jawohl — erwiderte Fürst Bismarck — ich bin zur Zeit Freihändler. Ich gestehe, mich mit diesen Dingen nicht ganz eingehend beschäftigt zu haben, obgleich ich ihre Wichtigkeit anerkenne. Wenn dieser Artikel Ihnen zum Vorteil gereicht, um so besser! Damit will ich nicht gesagt haben, daß ich für alle Zeiten unbedingt auf meinem jetzigen Standpunkt verharren werde. Es handelt sich natürlich darum, ob dieser sich für Deutschland bewährt. Sollte ich jemals meine Ansicht ändern, so werde ich das offen eingestehen und dementsprechend handeln. Ich werde Sie persönlich davon verständigen." Pouyer-Quertier ahnte damals die Entwickelung der Dinge nicht, welche das gerade Gegenteil von dem brachte, was im Jahre 1871, bei Abschluß des Frankfurter Friedens, erwartet wurde. In der französischen Nationalversammlung gelang es Thiers nur teilweise mit seinen Anschauungen durchzudringen; dagegen hat Fürst Bismarck eine wahre Revolution in allen Ideen über diesen Gegenstand hervorgerufen und diese Revolution vor allem zu Gunsten Deutschlands ausgenützt. Im Jahre 1879, als Fürst Bismarck mit seinen ersten Zollvorlagen vor den Reichstag trat, erinnerte sich Pouyer-Quertier an die Worte des deutschen Kanzlers beim Abschlusse des Frankfurter Friedens, allein auch Fürst Bismarck hatte jene kurze Konversation nicht vergessen, und eines Tages erhielt Pouyer-Quertier in Rouen ein großes Paket aus Berlin zugestellt. Darin befand sich das Original der ersten schutzzöllnerischen Vorlagen des Kanzlers an den Reichstag, ferner eine Übersetzung verschiedener Berliner Zeitungsartikel, welche den Kanzler wegen seiner protektionistischen Velleitäten heftig attackierten und daneben eine Visitenkarte mit der einfachen Inschrift: „Le prince de Bismarck — protectioniste à Monsieur Pouyer-Quertier." Das Erstaunen des Empfängers und die Empfindung desselben, indem er alle vergangenen Dinge überdachte, kann man sich leicht vorstellen!

Digitized by Google

im Ministerium und Bundesrat und das ganze Heer im Delbrück'schen Geiste groß gewordener Geheimräte im Reich und Preußen. Und mit diesem Apparate sollte Bismarck den verfahrenen Freihandelskarren aus dem Sande herausziehen! Bismarck sah ein, daß das eine vergebliche Mühe sei; er wußte, daß ihn die Büreaukratie bei diesem Vorhaben nur lau und widerwillig unterstützen werde; deshalb suchte er sich anderweitig Hilfstruppen, bei den Interessenten und vor allem bei ihren Vertretern im Reichstag.

Zu denjenigen Abgeordneten, welche die Wirtschafts- und Sozialpolitik des Fürsten Bismarck am wirksamsten vorbereitet haben, zählt der Abgeordnete A. Lohren[1]. Selbst lange Zeit an der Spitze eines großen industriellen Unternehmens, mit England durch mehrjährigen Aufenthalt gründlich bekannt, kannte er wie kein zweiter die Bedürfnisse der Industrie. Er zählt zu den ältesten Vorkämpfern der Zolltarif-Reform. Jede Einseitigkeit lag ihm fern; und es ist bezeichnend, daß er mit zuerst auch den Schutz für landwirtschaftliche Produkte verlangte, und zwar zu einer Zeit, da die Landwirte selbst, Bismarck nicht ausgeschlossen, an Getreidezölle noch gar nicht dachten. So kommt es, daß der Zolltarif von 1879 in vielen Positionen geradezu als sein Werk erscheint, wie denn auch manche seiner Ausführungen Wort für Wort in die dem Zolltarif vom Bundesrat mit auf den Weg gegebenen Motive übergegangen sind. Bei der Bedeutung, welche die Zolltarif-Reform in der inneren Politik Bismarck's einnimmt, lohnt es sich, Lohren's Thätigkeit auf diesem Gebiete näher zu besehen.

Am 14. Dezember 1875[2] hielt Lohren bei der Konstituierung des Centralverbandes deutscher Industrieller eine Rede, worin er behufs Feststellung eines Statuten-Entwurfs die Grundzüge für den Zweck und die Thätigkeit des Vereins entwickelte. Als Ziel, welches der Centralverband auf seine Fahne schreiben müsse, bezeichnete Lohren:

„Schutz der gesamten nationalen Arbeit in Industie, Handwerk und Landwirtschaft, Solidarität aller wirtschaftlichen Interessen." Nur das geringste Maß eines die nationale Arbeit wirklich wahrenden und fördernden Schutzes verlangte Lohren — nichts weiter, und in diesem Sinne hat er den Hauptpunkt seines Programms, die Bekämpfung des einseitigen Freihandels, des Systems des „laisser aller" auffassen zu wollen[3].

---

[1] Lohren, Arnold, Rentier in Berlin, geboren 15. Januar 1836 zu Krefeld, 1859—1863 Aufenthalt in England und Frankreich, 1864—1880 Erbauung und Leitung der Berlin-Neuendorfer Kammgarn-Spinnerei zu Neuendorf bei Potsdam. Verfasser einer Zahl wirtschaftlicher, historischer und technischer Schriften. Mitglied des Reichstags von 1881 bis 1890; Mitglied des Hauses der Abgeordneten 1882 bis 1893.

[2] Am 7. Dezember 1875 war der Reichstag auf den Rat Delbrück's über die Petition des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustrieller, welcher darum bat, daß die für 1877 bevorstehende gänzliche Aufhebung der Eisenzölle rückgängig gemacht werde, zur Tagesordnung übergegangen.

[3] Vergl. A. Lohren „Das System des Schutzes nationaler Arbeit", Potsdam 1880. S. 23 bis 26.

Digitized by Google

Am 3. Juli 1876 hielt Lohren im Verein zur Förderung des Gewerbefleißes in Berlin einen Vortrag über die Wirkungen der Freihandelspolitik auf Deutschlands Wohlstand[1]), worin er besonders hervorhob, welche Unsummen alljährlich für die ganz zollfrei eingehenden landwirtschaftlichen Produkte in das Ausland gingen[2]).

Im September 1876 rief derselbe der deutschen Industrie und der deutschen Landwirtschaft die Warnung zu, bei der bevorstehenden Revision des Handelsvertrages mit Österreich auf der Hut zu sein[3]). Andernfalls stehe man vor einer neuen Befestigung des radikalen Freihandelssystems. Am 16. Dezember 1876 hielt Lohren einen Vortrag[4]) im Centralverband deutscher Industrieller in Berlin, in dessen Eingange er die Anwesenden aufforderte, „dem gewaltigen Manne (seil. Bismarck), welcher die Geschicke Deutschlands im treuen Dienste unsres erhabenen Kaisers mit historisch beispielloser Kraft bis jetzt geleitet hat, für seine Reden im Reichstag am 5. und 12. Dezember unsern aufrichtigen Dank auszudrücken. Wenn man bisweilen zweifeln konnte, ob der weitblickende Geist des Reichskanzlers auch in den weiten Gebieten der Volkswirtschaft, die ihm eine terra incognita zu sein schienen, den richtigen Weg finden würde, so dürfen wir heute zuversichtlich vertrauen, daß der Fürst Bismarck nunmehr die Interessen der deutschen Arbeit zu den seinigen machen und kein Mittel unversucht lassen wird, die Benachteiligungen, welche das Ausland uns zufügt, aufzuheben. Die Ausdrücke jener Reden: „Retorsionszoll“, „Kampfzoll“, zeigen uns, wie ernst der Fürst seine Aufgabe aufgefaßt hat, sowie daß sein unverbrüchlich dem deutschen Wohle zugewandter Blick sich bald in den wirtschaftlichen Fragen unsres Landes zurechtfinden und Freund und Feind deutscher Arbeit und Unabhängigkeit klar und scharf von einander unterscheiden wird.“

Lohren betonte hier aufs neue die Notwendigkeit eines ergiebigen Zollschutzes für Getreide, Vieh, Holz und andre Erzeugnisse des Landbaues; er konnte mit Befriedigung konstatieren, daß seit seinem Eintreten die Freihandelsstimmung in den landwirtschaftlichen Kreisen umgeschlagen sei, und daß die Führer dieser Partei mäßigen Schutzzöllen nicht mehr abgeneigt seien. „Voll und ganz habe ich die Überzeugung gewonnen, daß der Ackerbau einer großen Nation handelspolitisch nicht als ein untergeordnetes, sondern der Industrie vollkommen koordiniertes Gewerbe aufgefaßt werden und daß er die dauernde Grundlage aller volkswirtschaftlichen Entwickelung bilden muß. Wo der Ackerbau leidet, können Handel und Industrie sich nicht gesund entwickeln. Nur die Harmonie der Interessen der nationalen Arbeit kann uns dauernd vorwärts führen[5]).“

---

[1]) Abgedruckt a. a. O. S. 52.

[2]) A. a. O. S. 58.

[3]) A. a. O. S. 62 f.

[4]) „Die Reform des Zolltarifs“, Vortrag gehalten im Centralverband deutscher Industrieller von A. Lohren. Berlin 1877, Verlag und Druck von F. A. Günther und Sohn.

[5]) Am 16. Februar 1877 beschloß der Centralverband deutscher Industrieller die Anbahnung einer Verständigung mit der Landwirtschaft.

Digitized by Google

Am 24. Januar 1877 übersandte der Abgeordnete Lohren dem Fürsten Bismarck einzelne seiner auf die Wirtschaftsreform bezüglichen Schriften. Die Zuschrift[1]) lautet:

„Friedrich der Große liebte es, in wirtschaftlichen Fragen manchmal die Ansichten einzelner Industrieller einzufordern. Der Gedanke: was würdest Du in solchem Falle betreffs der Erneuerung der Zoll- und Handelsverträge antworten? ist die Veranlassung gewesen, die erste der beifolgenden Schriften auszuführen.

Die beiden andern Abhandlungen enthalten Vorträge, welche ich infolge mehrfacher Aufforderung als Ergänzung obiger Schrift über die Minimalzölle gehalten habe. Sie konzentrieren meine eigenen Erfahrungen über den Gegenstand und entwickeln ein spezifisches System der Zollgesetzgebung für Deutschland und zwar auf Grundlage der statistischen Erhebungen des Deutschen Reichs, welche ja eigens zur Klarlegung dieser schwierigen Fragen dienen sollen. Die Herstellung des Gleichgewichts der Interessen von Ackerbau und Gewerbe erscheint nur an der Hand dieser Zahlen möglich.

Daß ich erst nach langem Zaudern wage, diese drei Schriftstücke Eurer Durchlaucht zu überreichen, findet seine Erklärung zum Teil darin, daß ich kompetenteren Kräften nicht vorgreifen wollte; ebenso in dem Vertrauen, daß Eurer Durchlaucht das Studium dieser trockenen Zahlenverhältnisse erleichtert werden muß, wenn die Analyse derselben von der Liebe zum großen einigen Vaterlande durchglüht ist.

Hierzu gesellt sich endlich die Meinung, daß jemand, welcher das gewaltige Schaffen Eurer Durchlaucht so bewundert, wie ich, nicht wohl eine ernste Geistesarbeit ausführen kann, welche in den Grundakkorden der Auffassungsweise Disharmonie erzeugen könnte, so sehr auch viele Mängel in der Darstellung der Nachsicht bedürfen.

Neuendorf bei Potsdam, den 24. Juni 1877."

Einen Sukkurs erhielt die von Lohren planmäßig ins Leben gerufene Schutzzollbewegung durch die „Steuer- und Wirtschaftsreformer", die sich am 24. Februar 1876 über ein Programm[2]) geeinigt hatten, das sich mit den späteren wirtschaftlichen Ansichten Bismarck's in der Mehrzahl der Punkte deckte. An die Prophezeihung des Abgeordneten Freiherrn von Schorlemer-Alst, „er höre schon den eisenbeschlagenen Tritt der Agrarier, an deren Spitze Fürst Bismarck als Tambourmajor einherziehe", ist in späteren Jahren mehrfach erinnert worden. —

Die ersten Reichstagswahlen in den Reichslanden erfolgten am 10. Januar 1874[3]). Es währte aber bis zum Anfang des Jahres 1877, bis sich elsaß-lothringische

[1]) Bisher ungedruckt.

[2]) Das erste Programm der Steuer- und Wirtschaftsreformer findet sich abgedruckt im Bd. I. dieses Werkes, 2. Auflage, S. 109.

[3]) Als Fürst Bismarck am 2. Mai 1871 im Reichstage die Gründe entwickelte, welche bei der Angliederung der neuen Lande entscheidend gewesen, lautete der Schlußsatz: „Es blieb uns

Digitized by Google

Reichstagsabgeordnete fanden, welche sich entschlossen, mit Bismarck über die künftige Organisation ihres Landes in Benehmen zu treten. Ehe wir auf diese Verhandlungen näher eingehen, soll zuvor erörtert werden, welche Versuche schon bisher gemacht worden waren, um das staatsrechtliche Verhältnis der Reichslande zu ordnen; denn lange Zeit nach der Annektierung von Elsaß-Lothringen blieb es zweifelhaft, was daraus werden sollte: ob Reichsland oder ein richtiger Bundesstaat, oder ob es als preußische Provinz, oder unter mehrere Bundesstaaten verteilt, als selbständiges Ganzes vollständig verschwinden sollte.

Schon bald nach dem Kriege hatten sich zu verschiedenen Malen Deputationen von Elsässern nach Berlin begeben, Vertreter der Handelskammern und namentlich zwei von den Notabelnversammlungen von Kolmar und Straßburg im Jahre 1871 an den Reichskanzler delegierte Abordnungen[1]). Auch waren namhafte Persönlichkeiten aus dem Elsaß aus eigenem Antriebe und in eigenem Namen verschiedentlich dem Reichskanzler näher getreten, um auf Grund persönlicher Beziehungen oder Empfehlungen mit dem Fürsten die Lage zu besprechen.

Diesen Versuchen einer Anbahnung von persönlichen Beziehungen zur deutschen Regierung und zum Reichskanzler stand die öffentliche Meinung in Elsaß-Lothringen im Anfange nicht, wie dies später der Fall ward, feindlich oder übelwollend gegenüber; man hatte allgemein das Gefühl, daß dieselben nötig seien, wollte man sich eben nicht auf den verderbenbringenden Standpunkt des „in Unterjochung seufzenden eroberten Landes" stellen. Man erinnerte sich daran, daß schon der Chef der Exekutivgewalt in Frankreich, Thiers, als die elsässischen Deputierten der Nationalversammlung in Bordeaux mit der Bitte an ihn herantraten, bei den Verhandlungen des Friedensvertrages gewisse Zugeständnisse für die abgetretenen Provinzen zu verlangen, denselben geantwortet hatte, sie möchten sich nicht an ihn, sondern an den Fürsten Bismarck, bei welchem allein fürderhin die elsaß-lothringischen Interessen zu verhandeln seien, wenden.

Unter den von den Notabelnversammlungen von Kolmar und Straßburg nach Berlin abgesandten Abordnungen befanden sich auch zwei ehemalige Deputierte, welche in der Nationalversammlung von Bordeaux den Protest gegen die Annexion mit unterzeichnet hatten, und welche nun, nach vollendeter That-

---

nichts übrig, als diese Landesstriche mit ihren starken Festungen vollständig in deutsche Gewalt zu bringen." Den Bewohnern dieses deutschen Festungsgebietes aber wurde zu gleicher Zeit die Versicherung zuteil: „Wir sind im stande, ihnen einen viel höheren Grad von kommunaler und individueller Freiheit zu bewilligen, als die französischen Einrichtungen und Traditionen dies je vermochten." Dem letzteren Satze fügte der Reichskanzler dann noch die erläuternde Wendung hinzu: „Wir müssen dem Ziele zustreben, den Spielraum, welcher der Bevölkerung auf dem Gebiet der Selbstverwaltung gelassen ist, allmählich zu erweitern, daß er dem Ideal nahe kommt, daß jedes Individuum, jeder engere, kleinere Kreis dasjenige Maß der Freiheit besitzt, welches überhaupt mit der Ordnung des Gesamtstaatswesens verträglich ist."

[1]) Die folgenden und die sich daran im nächsten Abschnitt anreihenden Ausführungen über die elsaß-lothringische Verfassungsfrage beruhen auf den Mitteilungen, welche Herr Generalkonsul Schneegans mir anzuvertrauen die Güte hatte, und wofür ihm die Geschichte gewiß zu Dank verbunden sein wird.

Digitized by Google

sache, ausdrücklich von ihren Mandataren den Auftrag erhalten hatten, bei dem deutschen Reichskanzler die Konstituierung Elsaß-Lothringens als „autonomes Land", als Bundesstaat, zu befürworten. Es waren dies die Herren Hartmann aus Münster und Kablé, späterer Reichstagsabgeordneter für Straßburg[1]).

Jene ersten Versuche einer Annäherung der damals maßgebenden Persönlichkeiten in Elsaß-Lothringen an die deutsche Reichsregierung[2]) blieben indessen erfolglos; es wurden gewisse Äußerungen des Fürsten Bismarck viel besprochen, wie diejenige, die er einem hervorragenden oberelsässischen Fabrikherrn, dem Reichstagsabgeordneten Jean Dollfus[3]), gegenüber gethan hatte: „Sehen Sie sich an wie eine kleine Republik, die ihre inneren Angelegenheiten selber besorgt". Da demnächst nichts geschah, um dem Reichsland ein, nach der erhofften Richtung hin, bestimmteres und festeres Gefüge zu geben, so trat an Stelle der anfänglich vorhandenen Bereitwilligkeit, sich mit Berlin zu verständigen, das gerade entgegengesetzte Gefühl einer immer weiter um sich fressenden Abneigung gegen jedweden Versuch, eine gegenseitige Annäherung anzubahnen.

Die ersten elsaß-lothringischen Reichstagswahlen von 1874[4]) gaben der aus diesen Momenten entspringenden Stimmung Ausdruck. Der „Mehlthau", der, wie Fürst Bismarck sich einmal im Reichstage ausdrückte, dadurch auf die in Deutschland Elsaß-Lothringen gegenüber gehegten Erwartungen fiel, hatte zur Folge, daß einerseits in den Regierungs- und Reichstagskreisen eine gewisse Zurückhaltung den reichsländischen Angelegenheiten gegenüber eintrat, und andrerseits im Reichsland selbst diejenigen Elemente, welche an einen konstitutionellen Wiederaufbau auf dem Boden des Frankfurter Friedensvertrags herangetreten waren, in ihren Bestrebungen gehemmt wurden und daß sich auch in diesen Kreisen allmählich eine pessimistische Stimmung Bahn brach, welche dahin ging, daß es am

---

[1]) **Kablé**, Jacques, Rentner, Straßburg i. E. Geboren 7. Mai 1830 in Brumath, Unter-Elsaß (protestantisch). Von altelsässischer Abstammung. 1859 Versicherungsdirektor, 1881 durch Ausweisung der französischen Versicherungsgesellschaften in Ruhestand versetzt. 1871 Teilhaber und Mitarbeiter des „Elsässischen Volksblattes". Während der Belagerung Straßburgs (August-September 1870) Präsident des Hilfsvereins für Verwundete, organisierte und leitete er zwölf Lazarette mit 2400 Verwundeten. Munizipalrat und Beigeordneter. Februar 1871 Mitglied der französischen Nationalversammlung. Mai 1871 Delegierter der elsässischen Notabelnversammlung in Berlin. 1878 Reichstagsabgeordneter für Straßburg-Stadt. 1879 Gründer und Mitarbeiter der 1881 durch Diktatorialverfügung unterdrückten „Presse für Elsaß und Lothringen". (Els.-Lothr. Protestpartei.)

[2]) Am 13. Mai 1871 befand sich die elsässische Deputation, bestehend aus dem Maire von Straßburg Herrn Klein, dem Grafen Dürckheim und Herrn Kablé, bei Bismarck.

[3]) **Dollfus**, Joh., Fabrikant, Haus Dollfus, Mieg & Co., in Mülhausen (Elsaß). Geboren 26. September 1800 (protestantisch). Bürgermeister von Mülhausen, Mitglied vom Conseil général in Kolmar, Kommandeur der Ehrenlegion, Offizier de l'Instruction publique.

[4]) Von den gewählten Abgeordneten verließ die weitaus größte Mehrzahl den Reichstag, um niemals wiederzukehren; drei davon (die Pfarrer Guerber, Winterer und Simonis) beteiligten sich zuweilen an den elsaß-lothringischen Debatten, vermieden es aber, an den Kommissionsberatungen teilzunehmen, und schlossen sich teilweise auch als Hospitanten dem Centrum an.

Digitized by Google

besten sei, den Dingen ihren Lauf zu lassen und sich gar nicht mehr um das Werden des Landes zu bekümmern.

Ihrerseits blieb die Reichsregierung auf die Dauer nicht unthätig. Sie ging aber von einem andern Standpunkte als demjenigen aus, der im Reichslande erwartet worden war[1]).

Zunächst wurde durch Allerhöchsten Erlaß vom Oktober 1874 zur Vorberatung und Begutachtung der Gesetze für Elsaß-Lothringen und von Verwaltungsanordnungen von allgemeiner Bedeutung der Landesausschuß eingesetzt, mit der Maßgabe, daß jeder der drei Bezirkstage aus seiner Mitte zehn Mitglieder in den Landesausschuß entsenden sollte.

Der Gesetzgebungs- und Verwaltungsapparat war jetzt, und zwar bis Ende 1876 beziehungsweise Anfang 1877, in kurzem folgender: in Berlin tagten die obersten Instanzen, der Bundesrat und Reichstag als gesetzgebende Körper sowie der Reichskanzler mit dem Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen als oberste Verwaltungsbehörde; in Straßburg der aus den Bezirkstagen hervorgegangene Landesausschuß mit nur konsultativen Gesetzgebungsbefugnissen und das Oberpräsidium als zweite, im Lande residierende Verwaltungsbehörde; ferner die Bezirkstage und Kreistage mit Bezirkspräsidenten und Kreisdirektoren, anknüpfend an die französischen Conseils généraux, Conseils d'arrondissement, Préfets und Sous-Préfets.

Die Einsetzung des konsultativen Landesausschusses war zwar von dem kleinen Kreise derjenigen als ein Fortschritt begrüßt worden, welche, jedweder agitatorischen Politik abhold, den Wiederaufbau ihres Landes auf der Grundlage des Friedensvertrages zum Ziele ihrer politischen Thätigkeit genommen hatten; sie konnten sich aber doch der Empfindung nicht verschließen, daß die langsame und behutsame Gangart der Regierungsmaßregeln auf die Länge gerade in denjenigen Bevölkerungsschichten, die ihnen bis dahin die Hand zur gemeinsamen Arbeit gereicht hatten, eher Unzufriedenheit als das Gegenteil hervorzurufen geeignet sein dürfte. Die Reichstagswahlen hatten den Wagen aus dem Geleise gebracht; die Reichstagsverhandlungen führten ihn immer weiter vom Wege ab; die Einrichtung des nur konsultativen Landesausschusses befriedigte nur in beschränktem Maße; es bemächtigte sich der nicht protestlerischen Bevölkerungskreise allmählich das Gefühl einer Versumpfung im Provisorium.

In jener Zeit beschloß eine Gruppe von Männern, welche die Errichtung beziehungsweise Entwickelung Elsaß-Lothringens zum autonomen Bundesstaat als die einzige richtige Lösung erkannt hatten, den Versuch zu machen, erneuerte und nähere direkte Beziehungen zu den maßgebenden Kreisen und Persönlichkeiten in Berlin anzuknüpfen, um sich Klarheit über die dortige Auffassung der Lage und der elsaß-lothringischen Aussichten zu verschaffen. Mit dieser Sendung wurde

[1]) Die Stellungnahme der Regierung in den elsaß-lothringischen Verfassungsfragen ist aus der Rede des Unterstaatssekretärs im Reichskanzler-Amt für Elsaß-Lothringen, Herzog, in der Reichstagssitzung vom 17. März 1877 ersichtlich.

Digitized by Google

der Direktor des „Elsässer Journals“ und nachmalige Reichstagsabgeordnete Karl August Schneegans[1]) betraut. Für ihn wie für seine Freunde lag der Schwerpunkt der zu lösenden Frage besonders darin, ob man überhaupt in Deutschland und in Berlin an eine festere Gestaltung Elsaß-Lothringens als autonomes Land denke, oder ob der damalige Bureaukratismus als Anbahnung zur Einverleibung in Preußen aufzufassen sei. Erschienen die Aussichten für die elsaß-lothringischen, autonomistischen Wünsche günstig, so galt es zu erwägen, welcher Weg einzuschlagen sei, um zum Ziele zu gelangen.

Zur Erfüllung der ihm gestellten Aufgabe reiste Schneegans während der Reichstagssession im Winter 1876 nach Berlin und verkehrte dort mit vielen politischen Persönlichkeiten, unter andern mit dem früheren preußischen Finanzminister a. D. von Patow, dem Staatssekretär Hofmann, dem Unterstaatssekretär Herzog, dem Geheimrat von Pommer-Esche und den Reichstagsabgeordneten Dr. Lucius, von Forckenbeck, von Stauffenberg, von Roggenbach, von Bennigsen, Miquel, Löwe-Calbe, Marquardsen, Hänel, Lasker, Bamberger, Rickert, Duncker, Virchow, Dr. Siemens, Delbrück, Dernburg und andern.

Bei der Besprechung mit diesen Herren gewann Schneegans die Überzeugung, daß weder die Regierung noch die Regierungsparteien im Reichstag den von seiner Partei verfolgten Bestrebungen abhold waren, daß aber die Weiterentwickelung der Verfassung von Elsaß-Lothringen in erster Linie davon abhängig gemacht werde, welche Stellung die elsaß-lothringischen Abgeordneten im Reichstage dem Reich und dem Friedensvertrage gegenüber einnähmen. Sollten die nächsten Wahlen wieder den 1873 in Scene gesetzten Protest erneuern, so müßte selbstverständlich Abstand davon genommen werden, einem Lande, das sich dem Reiche gegenüber als Feind aufspiele, politische Rechte zu geben, welche dasselbe nur gegen das Reich verwerten würde.

Schneegans vermied es damals geflissentlich, in persönliche Beziehungen zu dem Fürsten Bismarck zu treten, obwohl ihm dies von verschiedenen Seiten nahe

[1]) Schneegans, Karl August, geboren den 9. März 1835 (prot.). Prot. Gymn. in Straßburg, Académie de Strassbourg (Faculté des Lettres), später in Paris. Im Jahre 1857 Reisen nach den Donaufürstentümern, als Sekretär der internationalen Kommission für Regulierung der Donaumündungen; über Konstantinopel, Smyrna, Athen und Italien zurück. Sechs Jahre in Paris, als Lehrer der alten Sprachen in verschiedenen Privatanstalten; Mitarbeiter des „Temps“ (von 1866 an speziell mit den Artikeln über Deutschland betraut). 1863 nach Straßburg als Redakteur des „Courier du Bas Rhin“ unter Börsch; 1870 in die Schweiz, die „Helvetia“ gegründet; 1871 nach Lyon berufen, um die Redaktion des liberalen „Journal du Lyon“ zu übernehmen; nach dem 24. Mai 1873 durch die klerikale Reaktion verdrängt; in das Elsaß zurück, an dem „Elsässer Journal“ gearbeitet, dessen Wesen (Autonomie) er schon im „Journal du Lyon“ und in der „Helvetia“ nach dem Friedensschluß verteidigt hatte. Während der Belagerung Straßburgs Mitglied der Munizipal-Kommission; nachher Beigeordneter (adjunct) des Bürgermeisters Küß. Im Februar 1871 als Deputierter für den Niederrhein in die Nationalversammlung nach Bordeaux gewählt. Im Jahre 1877 von dem Kreise Zabern in den Reichstag gewählt, dem er bis 1879 angehörte. Von da ab Ministerialrat im Ministerium zu Straßburg. Gegenwärtig Kaiserl. Deutscher General-Konsul in Genua.

Digitized by Google

gelegt und die Bewilligung einer Audienz in sichere Aussicht gestellt worden war; ja, er verließ Berlin sogar einige Tage früher, als er es vorhatte, nur um zu verhüten, daß er dem Reichskanzler bei einer Gesellschaft zu Ehren des Reichstags, zu der er auch geladen worden war, vorgestellt würde. Schneegans that dies, weil er sich wohl bewußt war, daß, bei der krankhaften Empfindlichkeit der elsaß-lothringischen Bevölkerung, eine Begegnung mit dem Fürsten Bismarck der autonomistischen Sache mehr schaden als nützen würde.

Seine Wahrnehmungen und Erfahrungen in Berlin veröffentlichte Schneegans in Briefform im „Elsässer Journal" und gab seinen Landsleuten den dringenden und wiederholten Rat, bei den nächstbevorstehenden Reichstagswahlen nur solche Abgeordnete zu wählen, die sich verpflichten würden, mit Hintansetzung ihrer früheren Gefühle, offen und ehrlich auf dem Boden der gegebenen Thatsachen für das Wohl des Landes zu arbeiten. Diese „Berliner Briefe" erregten damals Aufsehen, sowohl in Elsaß-Lothringen als auch in Frankreich, von wo mit Schmähungen der schlimmsten Art geantwortet wurde.

Wir werden später auf die patriotische Wirksamkeit des Abgeordneten Schneegans noch zurückkommen. Wir haben jedenfalls unter unsern Parlamentariern nicht viele, die sich rühmen können, mit dem Fürsten Bismarck in so eingehende, und man darf wohl noch hinzusetzen, in so fruchtbringende Verhandlungen getreten zu sein, als er. —

Wir schließen diesen Abschnitt mit Auszügen aus einigen Briefen, welche der bereits oben genannte Abgeordnete Hölder[1]) während unsrer Legislatur-Periode zur Orientierung den Seinigen in die Heimat geschrieben hat.

Berlin, den 30. November 1875.

Demnächst wird der Gesetzentwurf, betreffend Änderungen im Strafrecht, zur Berathung kommen. Die Regierung will durch äußerst beengende Strafbestimmungen die politischen Freiheiten beschränken, ich möchte beinahe sagen knebeln[2]). Hierauf kann die liberale Partei nicht eingehen und da dieselbe die große Mehrheit hat,

---

[1]) Vergl. oben S. 169.

[2]) Die dem Reichstag im Oktober 1885 vorgelegte Strafgesetznovelle enthielt eine Reihe von Strafverschärfungen, hinsichtlich deren Bundesrat und Volksvertretung übereinstimmten. Der preußische Minister des Innern Graf Eulenburg und Fürst Bismarck suchten bei diesem Anlaß schärfere Waffen gegen die aufhetzende und untergrabende Thätigkeit der deutschen Sozialdemokratie in die Hand zu bekommen und hatten zu diesem Zwecke, in Abänderung der §§ 130 und 131 des Reichsstrafgesetzbuchs, mit Zustimmung des Bundesrats vorgeschlagen, eine strenge Bestrafung „der öffentlichen Angriffe gegen die Institute der Ehe, der Familie und des Eigentums" eintreten zu lassen. Nicht minder sollten Schmähungen der Behörden, der Staatsgewalt, des Reiches, der einzelnen Bundesstaaten, der Gesetze und Verordnungen auch schon dann strafbar sein, wenn der Angeklagte nicht wider besseres Wissen oder unter wissentlicher Entstellung der Thatsachen handelte. Ferner war die Strafdrohung der Aufreizung zu strafbaren Handlungen und gegen geheime Gesellschaften oder solche Gesellschaften, welche den Gehorsam gegen unbekannte Obere fordern oder angeloben, wesentlich verschärft. Vergl. Hans Blum a. a. O., S. 151.

Digitized by Google

so werden die betreffenden Artikel unbedingt verworfen werden. Allein Bismarck legt darauf großen Werth[1]), und da müssen wir uns auf Stürme gefaßt machen. Bei dieser Sachlage ist es sehr zweifelhaft, ob wir bis Weihnachten, also in stark drei Wochen fertig werden können. Möglich ist es immerhin noch; denn die Budgetarbeiten schreiten rasch voran, und außer dem erwähnten Strafgesetz wird keine andere Vorlage besonders aufhalten. Indessen sind noch weitere Vorlagen in Aussicht gestellt und die Dinge sind unberechenbar.

Berlin, den 2. December 1875.

Am nächsten Dienstag bin ich zum Kriegsminister von Kameke zum Diner geladen.

In der Budgetkommission stehen wir heute vor einer neuen, zweifelhaften Militär-Forderung, wodurch für den Kriegsfall die Aufstellung von etwa 150 weiteren Bataillons möglich werden soll. Die Herrn vom Kriegsministerium malen uns die Heeresmassen, welche Frankreich für einen Kriegsfall durch seine neue Gesetzgebung vorbereitet, schaurig aus. Frankreich werde $7\frac{1}{2}$ Armeekorps mehr aufstellen können als wir nach den bisherigen Einrichtungen, man könne aber Abhilfe schaffen, wenn wir die Kosten für die Kommandeurs jener weiteren Bataillons bewilligen wollten. Alles Weitere würde sich schon finden. Bis jetzt bin ich noch nicht gesonnen, Geld für neue Organisationen zu verwilligen. Wo soll das enden? Allein der Entschluß ist mir nicht leicht.

Morgen ist die erste Berathung der sog. Strafgesetznovelle. Nach den in der nationalliberalen Fraktion einstimmig gefaßten Beschlüssen wird dieselbe mit den anderen liberalen Parteien gegen die freiheitswidrigen Artikel entschieden Front machen. Die Herren von der Volkspartei trauen uns dies nicht zu. Man wird aber sehen, daß wir eine wahrhaft freisinnige Partei sind[2]). Ob wohl Bismarck den Rückzug antritt? Dies ist die vielfach erörterte Frage. Morgen werden wir sehen.

Ich habe noch immer die Absicht, Weihnachten mit Sack und Pack heimzugehen und nach Neujahr nur noch zu kurzem Aufenthalt hierher zu kommen. Wenn freilich entscheidende Fragen vorkommen, darf ich nicht fehlen.

Berlin, den 8. Dezember 1875.

In ein paar Tagen wird die Budgetkommission mit ihren Arbeiten fertig sein. Alsdann werden aber auch die Abendsitzungen des Reichstags beginnen. Wenn dieselben dazu dienen, vor Weihnachten mit unserm Pensum fertig zu

[1]) „Es ist das vielleicht einer von den Würmern, die nicht sterben!" — bemerkte derselbe. „Ich sehe in dieser Diskussion den Beginn einer Revision, die sich vielleicht auf mehrere Gesetzgebungsperioden erstrecken wird."

[2]) Lasker beherrschte diesmal noch die große Mehrheit des Reichstags. In seiner $2\frac{1}{2}$ stündigen Rede vom 3. Dezember 1875, bei der ersten Lesung der Vorlage, hatte er diese antisozialdemokratischen Paragraphen des Entwurfes „Kautschukparagraphen" genannt und sie wegen ihrer Dehnbarkeit, welche dem persönlichen Belieben und Empfinden des Richters alles überlasse, für unannehmbar erklärt.

Digitized by Google

werden, so lasse ich sie mir gerne gefallen. Wir haben das Budget so gestaltet, daß keine neuen Steuern und auch keine erhebliche Erhöhung der Umlagen auf die Staaten (Matrikularbeiträge) nöthig werden.

Eben komme ich vom Diner beim Kronprinzen. Es waren etwa 24 Reichstags-Abgeordnete anwesend; im ganzen 36 Gedecke.

Die Kronprinzessin und der Kronprinz unterhielten sich längere Zeit mit mir. Beide sehr liebenswürdig. Er drückte mir freundlichst die Hand und begann die Unterhaltung mit den Worten: er freue sich mich wieder zu sehen.

Berlin, den 26. Januar 1876.

Auf letzten Sonntag hatte ich eine Einladung zum Krönungs- und Ordensfeste erhalten. Es war mir interessant, dem Feste beizuwohnen. Die Zahl der Teilnehmer belief sich auf 7—800. Die Pracht der Toiletten war groß. Die Kaiserin und die Prinzessinnen hatten Schleppen bis zu 1 ½ Metern Länge; diese Schleppen wurden von je 2 Pagen getragen und in der Kirche vor den Sitzen der Damen ausgebreitet. Es war für die Pagen keine kleine Mühe, nach beendigtem Gottesdienst für den Zug die Schleppen wieder in die Reihe zu bringen. Ich setzte mich mit Römer (aus Hildesheim) beim Essen zusammen; auf der anderen Seite hatte ich einen heiteren, alten pensionirten Oberstabsarzt aus der Provinz, der von dem ungewohnten Champagnergenuß bald ein Zöpfchen hatte. — Interessant war mir neben dem kaiserlichen Prunk ein demokratischer Zug. Denn unter den Geladenen war eine große Anzahl Unteroffiziere, Briefträger, niedere Beamte u. s. f., die eine Medaille oder so etwas erhalten hatten. Sie waren Gäste des Kaisers wie die Anderen, saßen unter den Anderen, die Herrschaften unterhielten sich mit Manchem von ihnen: kurz es war eben der Gedanke ausgedrückt, daß das Verdienst auf jeder Lebensstufe den Zutritt zum Kaiser eröffne, und zu einer relativ sozialen gleichen Stellung berechtige. Man kann sich denken, wie es die Anhänglichkeit an die Dynastie fördert, wenn ein Unteroffizier in die Kaserne zurückkommt und von einem solchen Feste erzählt.

Morgen Abend ist wieder ein Fest bei Hofe: große Cour und Konzert. Die Reichstagsmitglieder können sich einfinden, wenn sie wollen. Da es interessant ist, die Sache sich einmal anzusehen, so werde ich vielleicht hingehen.

Bismarck ist unwohl; man sieht ihn nicht. Es heißt, er sei übel disponirt, und es scheint hinter den Kulissen manches vorzugehen. Unter Hinweis hierauf wurden gestern in der Parteisitzung dringende Ermahnungen von Bennigsen erlassen, fester zusammen zu halten, als es in der letzten Zeit der Fall war.

Über das Ende des Reichstags läßt sich noch nichts sagen. Es hängt davon ab, ob und welche Gesetzentwürfe über Bord geworfen werden. Man spricht schon von Mitte Februar.

Berlin, den 1. Februar 1876.

Am Donnerstag bei der Cour befanden sich in dem Saale, der für den Reichstag bestimmt war, etwa 60 Abgeordnete. An diesem Tage war im Reichstag der früher erwähnte reaktionäre Strafgesetzantrag der Regierung verworfen

Digitized by Google

worden [1]), und der Kaiser deswegen nicht gut auf den Reichstag zu sprechen. Er verweilte in unserem Saale kaum 10 Minuten und empfing den Präsidenten mit den Worten: „Heute kann Ich Ihnen kein freundliches Gesicht machen; wohin soll das führen?“ Zu andern Abgeordneten sagte er: „Sie haben heute eine große Schlacht geschlagen, aber sie wurde gegen Mich geschlagen.“ Zu einem Dritten: „Haben Sie heute auch gegen Mich gestimmt?“ Zu einem Vierten: „Sprechen wir lieber nicht von Ihrer heutigen Verhandlung; es ist sehr bedauerlich.“ An mir ging das Gewitter vorüber, meinen Nachbar Wagner fragte er um seinen Namen und ging dann weiter. Die Kaiserin ließ sich eher auf das Vorstellen der Mitglieder ein. Ich wurde ihr vorgestellt und sie fragte mich, ob ich aus Stuttgart sei, was ich nicht leugnen konnte.

Unser Eindruck hätte angenehmer sein können, besonders, da wir beim Konzert auf die Gallerie plaziert wurden, die zwar mit Lehnstühlen versehen, einen guten Überblick über die Pracht des Saales gewährt, aber sehr heiß war. An Erfrischungen fehlte es nicht. Pagen, Schleppen, Kammerherren, galonnierte Diener, Schildwachen von den Gardes du Korps u. s. f. wie beim Ordensfest.

Gestern beim Hofball erging es uns besser.

Alles verlief glänzend. Lange Reihen von Zimmern und Sälen waren geöffnet; prachtvolle Toiletten, gutes Buffet. Der Kaiser ließ sich zwar in dem Zimmer, wo sich vorzugsweise die Reichstags-Abgeordneten aufhielten, nicht sehen. Dagegen unterhielt sich der Kronprinz mit gewohnter Leutseligkeit mit uns, indem er je mehrere zu einem Gespräch zusammen nahm. Nach ihm erschien die Kaiserin sehr huldvoll. Als sie vor mir stand und zu mehreren von uns zugleich sprach, führte ich das Wort zu ein paar Antworten. Nachher kam Simson auf mich zu (die Kaiserin war noch im Saale) und sagte mir, dieselbe habe nach mir gefragt, und er habe ihr gesagt, der mit dem weißen Knebelbart sei ich; sie wolle mit mir sprechen. Ich wurde also nun vorgestellt. Sie fing an, sie müsse auf Stuttgart zurückkommen (Erinnerung an die Frage am Donnerstag); es sei dort so schön, sie sei immer gern dort gewesen; habe einen Vetter dort, den Prinzen Weimar, der ihr viel schreibe, ich würde ihn wohl kennen; er sei ein liebenswürdiger Mann; wie lange ich Präsident sei? Die Kaiserin erinnerte sich Weber's, „den haben Wir ja auch gekannt“; lobte nun ganz Württemberg; gemütliches, schönes Land u. s. f. Ich beschränkte mich auf die nöthigen Antworten und die Sache ging gut vorüber.

Berlin, den 20. November 1876.

Die Geschäfte werden stark betrieben und ein Theil der Abende sowie der Sonntag ist mit Fraktionssitzungen ausgefüllt. Es ist allseitig guter Wille da, die Differenzen, deren Zahl freilich noch groß ist, auszugleichen und die großen Justizgesetze fertig zu bringen. Am Samstage war große Württemberger Schlacht, die von 3 bis nach halb 6 Uhr Abends dauerte. Ich, unterstützt von zwei

[1]) Vergl. oben S. 224, und über die Pläne Bismarck's den Aufsatz von B. A. Gumbrecht: „Der Reichskanzler, die Sozialdemokraten und die deutsche Presse,“ in Nr. 15 der „Gegenwart“, 1876.

Digitized by Google

Drittel unserer Landsleute und den Badensern, die ähnliche Einrichtungen verlieren sollten, kämpfte für die Beibehaltung unserer Gemeindegerichte in Bagatellesachen. Lasker kam uns, indem er uns scheinbar bekämpfte, mit einem Vermittlungs-Vorschlag zu Hülfe und wir siegten in der Art, daß gegen den Ausspruch des Gemeindegerichts binnen einer kurzen Zeit jeder der Betheiligten den ordentlichen Rechtsweg anrufen kann. Andernfalls bleibt es aber doch beim gemeinderäthlichen Ausspruch. Damit ist der praktische Zweck, daß Einwohner derselben Gemeinde in erster Linie bei Streitigkeiten bis zu 60 Mk. verpflichtet werden können, vor dem Gemeinderat Recht zu holen, erreicht. Denn erfahrungsmäßig werden die Leute in neunzehn bis zwanzig Fällen sich vergleichen oder mit dem gemeinderätlichen Spruch zufrieden sein. Die Stimmenmehrheit war nicht groß, und hoffe ich, daß die Errungenschaft uns in dritter Lesung nicht wieder genommen wird. Die Abgeordneten Römer und Gaupp sprachen heftig gegen mich, Schmid und den Badenser Blum; ein erquickliches Schauspiel war es nicht, diese württembergische Wäsche vor dem ganzen deutschen Publikum! Doch fand ich auch bei manchen sachlichen Gegnern, daß sie mir den Sieg gönnten. Mehrere gratulirten mir nachher.

Fürst Bismarck ist noch nicht hier. Erst nach seinem Eintreffen wird man sich darüber verständigen können, ob die schließlich geforderten Nachgiebigkeiten nicht zu stark sind.

Berlin, den 28. November 1876.

Aus Deinem Brief habe ich ersehen, daß Ihr über unseren hiesigen Kampf wegen der Gemeindegerichte das Nähere gelesen habt. Indessen brachte der „Merkur" nur eine sehr ungenügende Darstellung, da Elben, sein Chef-Redakteur, das Interesse hatte, die Sache etwas modifiziert darzustellen, als ob er der Sache in gemildeter Form auch geneigt gewesen wäre, während er unsern Antrag nicht mit unterschrieb, überhaupt anfänglich dagegen war, und nur am Ende wohl mit Rücksicht auf württembergische Verhältnisse nothgedrungen einen zustimmenden Ausweg suchte. Lasker hat die Sache im Wesentlichen gerettet und viele thaten mir den persönlichen Gefallen, der Vermittlung beizutreten. Was Römer betrifft, so beschwere ich mich über ihn nicht; er hat uns, wenn auch in gewohnter Leidenschaftlichkeit, aber loyal auf der Tribüne bekämpft. Gaupp aber hat außerdem mich in Zeitungsartikeln in einer Weise angegriffen, welche meiner Ansicht nach mit einem persönlichen Freundschaftsverhältniß unvereinbar ist. Schmid seinerseits greift nun in den ihm zugänglichen Blättern Gaupp und Römer nicht minder heftig an, nimmt aber alles Verdienst für sich in Anspruch und erwähnt meinen Namen gar nicht. Das ist freilich keine angenehme Situation und die scherzhafte Äußerung Römers, ich hätte mich in Form einer persönlichen Bemerkung gegen den „Freund" verwahren sollen, hat viel für sich. Übrigens stehe ich mit Römer persönlich noch ganz gut.

Der Differenzen in Bezug auf die Justizgesetze bleibt eine große Zahl übrig und es wird ein großes Kunststück sein, sie zu vermitteln. Bismarck nimmt bis jetzt gar keinen Theil und wird erst zwischen der 2. und 3. Lesung seine Stellung

Digitized by Google

nehmen. Bis vor wenigen Tagen „war das Deutsche Reich in Varzin", wie Bamberger sich vor einigen Tagen in der Fraktion ausdrückte. Auf die Dauer kann es kaum ohne verantwortliche Minister gehen, denn wir haben jetzt tägliche 5 bis 6 stündige Sitzungen, die nahezu wertlos sind, weil die Vertreter des Reichskanzler-Amts nichts thun, als pflichtschuldigst den Regierungsstandpunkt Satz für Satz in langweiliger Breite zu vertheidigen. Ein Scheitern dieser Gesetzgebung wäre für die nationale Sache ein schwerer Schlag, allzu weit gehendes schließliches Nachgeben unsererseits aber nicht minder.

Ich war gestern Abend bei Lasker, der mich sehr freundlich empfing, die Haltung Mittnacht's in nationaler Richtung als befriedigend erklärte, einer Erörterung über die Stellung der weniger centralistischen Elemente unserer Deutschen Partei aber auswich. — Die Politik kann einem gründlich verleidet werden!

XI. Abschnitt.

Die XII. preussische Legislatur-Periode.

(12. November 1873—30. Juni 1876) [1]).

Die preußischen Landtagswahlen vom 4. November 1873 lieferten ähnliche Ergebnisse wie die Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874. Das Centrum setzte reichlich 20 Abgeordnete mehr durch als drei Jahre zuvor, bildete aber freilich eine aussichtslose Minderheit gegenüber den 251 Liberalen (darunter 182 Nationalliberale), 40 Freikonservativen und 22 Neukonservativen, welche fast einmütig gegen das Centrum mit der Regierung gingen.

Wenige Tage nach den Wahlen hörte Roon's Interregnum als Ministerpräsident wieder auf. Bereits am 9. November 1873 erfolgte sein Abschied; das Amt des Ministerpräsidenten wurde wieder Bismarck übertragen, während Camphausen Vizepräsident des Staatsministeriums und Kameke Kriegsminister wurde. An Stelle des zurückgetretenen Landwirtschaftsministers Königsmarck wollte Bismarck den bisherigen Reichstagsabgeordneten M. von Blanckenburg ernannt sehen. In einem Schreiben d. d. Varzin, 20. November, worin Bismarck diese, infolge der Weigerung Blanckenburg's gescheiterte Kombination dem Grafen Roon mitteilte, heißt es: „Ich habe es abgelehnt, Moritz vertraulich zu sondieren; ich hatte das, bezüglich Stettin und Berlin, zweimal gethan, und nachdem ich sein Widerstreben überwunden, wurde nichts daraus. Ich verlangte also, daß er diesmal auf Allerhöchsten Befehl amtlich und nicht von mir freundschaftlich gefragt werde. Das Weitere wird Ihnen genauer als mir bekannt sein. Moritz hat mir am

[1]) Es währte die I. Session der XII. Legislatur-Periode vom 12. November 1873—21. Mai 1874, die II. Session vom 16. Januar 1875—15. Juni 1875, die III. Session vom 16. Januar 1876—30. Juni 1876.

Digitized by Google

16. d. geschrieben." Nachdem Bismarck seiner Unzufriedenheit über Blanckenburg's Ablehnung und die Haltung seiner Fraktionsgenossen[1]) und der „Junker" lebhaften Ausdruck gegeben, fährt der Brief fort: „. . ich stehe dienstlich auf der Bresche und mein irdischer Herr hat keine Rückzugslinie, also: vexilla regis prodeunt."

Anfangs Oktober 1875 hielt sich M. von Blanckenburg, dem Bismarck seinen Ministerrefüs inzwischen bereits vergeben hatte, mehrere Tage in Varzin auf. Nach den erhaltenen Eindrücken glaubte er schon damals einen „Zusammensturz der liberalen Minister- und Parlamentsherrschaft" sowie der damals noch herrschenden Wirtschaftspolitik prophezeien zu können; freilich fügte er hinzu: „mit welchen Mitteln dies Ziel aber erreicht werden soll, ist mir, und ich fürchte auch Bismarck, ein völliges Räthsel."

Unterm 24. Dezember 1875 schreibt Blanckenburg: „Politisch liegen die Dinge (ich war einige Tage in Berlin) sehr verwirrt. Bismarck will ehrlich los von den Geistern, die er rief — indeß ich sehe immer noch nicht das Loch, aus dem die Geister entweichen werden. Ja, wenn es sich nur um das alte Preußen handelte — dann wäre es nicht allzu schwer, an eine gesunde Reaktion zu glauben . . . aber Deutschland — da stoßen sich die Parteien so gewaltig und so mannigfach, daß ich nicht weiß, wie Bismarck von der jetzigen Majorität loskommen will." —

Am 24. Februar 1874 erging an den Abgeordneten für den 4. Schleswig-Holsteinschen Wahlkreis, Kreisrichter Hansen, nachstehendes Schreiben:

„Euer Hochwohlgeboren erwidere ich auf den Antrag vom 13. d. Monats ergebenst, daß ich den Entschädigungs-Ansprüchen der vormals Jütischen Enklaven mein besonderes Interesse widme, und für die beschleunigte Erledigung dieser Angelegenheit ohne Verzug die mir ressortmäßig zu Gebote stehenden Schritte gethan habe. Weitere Mitteilung behalte ich mir vor.

von Bismarck.

Die hier in Bezug genommene Entschädigungsfrage spielte in den Verhandlungen der zweiten preußischen Kammer, insbesondere auch im Schoße der Wahlprüfungs-Kommission lange Zeit eine Rolle. —

Zu Anfang des Jahres 1875 war der Abgeordnete von Sybel[2]), augenscheinlich bestimmt durch die drückende Majorität der Klerikalen in der Rhein-

[1]) Zu vergl. die Schrift: „Ein Wort für Bismarck's innere Politik von einem Konservativen." Berlin 1874, Schneider und Comp. (Goldschmidt und Wilhelmi). Eine Widerlegung der harten Worte der „Kreuzzeitung": „Bismarck könne im Innern nicht regenerieren, sondern nur zerstören", und eine Rechtfertigung der Handlungsweise des Staatsmanns im Hinblick auf die gegebenen Verhältnisse und die schmollende Haltung der Konservativen.

[2]) von Sybel, Dr. Heinrich Karl, geboren den 2. Dezember 1817, Professor der Geschichte in Bonn, seit 1875 Direktor der preußischen Staatsarchive, Wirklicher Geheimer Rath. Mitglied des Abgeordnetenhauses 1862—1864, und dann wieder von 1873 ab.

Digitized by Google

provinz, der Ansicht, daß die Emanation einer Kreis- und Landgemeinde-Ordnung für die Rheinprovinz z. Z. als ein wahres Übel zu betrachten sei[1]). In einer Sitzung des Abgeordnetenhauses warf ihm der Abgeordnete Berger seine obstruktive Haltung mit dem Bemerken vor, Herr von Sybel habe sich an Mitglieder der Staatsregierung gewandt und dort mit einem beklagenswerten Erfolge die Gefahren vorgestellt, welche nach seiner Meinung aus dem Erlasse solcher Gesetze für die Rheinprovinz entstehen würden. „Es soll unter andern dem Fürsten Bismarck gesagt worden sein: das kleinste reichstreue Kind in der Rheinprovinz würde Bravo rufen, sobald es bekannt würde, daß diese Gesetzentwürfe nicht vorgelegt würden."

In der Sitzung vom 11. Februar 1875 verteidigte sich der Abgeordnete von Sybel gegenüber den Angriffen des Abgeordneten Berger, gestand aber zu, in der Sache allerdings auch mit dem Fürsten Bismarck gesprochen zu haben; „ich habe aber niemals jenes geistreiche Wort ausgesprochen, welches mir der Herr Abgeordnete in den Mund gelegt hat". Im übrigen hielt derselbe seinen Standpunkt vollständig aufrecht, wogegen der Abgeordnete Dr. Virchow[2]) mit aller Entschiedenheit die Vorlegung eines Gesetzes über die Reform der Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Ordnung für Rheinland und Westfalen verlangte[3]).

Die Frage der Ausdehnung der Verwaltungsreform auf die Rheinprovinz schien dem Fürsten Bismarck so wichtig, daß er, bevor er sich schlüssig machte, noch weitere Informationen einziehen wollte. Es kam dem Fürsten dabei auf das Urteil von möglichst unbefangenen Sachverständigen an. Für unbefangener als die Parteiführer schien er einfache Parteimitglieder zu halten, und er bat deshalb je eins von den drei damals die Staatsregierung stützenden Parteien zu einer Unterredung; von den Konservativen den damaligen Landrat Tiedemann in Mettmann, von der Fortschrittspartei den Abgeordneten Klöppel und von der nationalliberalen Partei den Abgeordneten Seyffardt, Fabrikbesitzer in Crefeld.

Die Unterredung mit dem letztgenannten Abgeordneten fand am 22. Januar 1875 statt. Nach erfolgter Begrüßung ging Fürst Bismarck sogleich direkt auf sein Ziel los: „Sie wissen durch Ihre Unterredung mit Graf Eulenburg, über welche Angelegenheit ich mir Ihre Meinung erbitten möchte. Der Abgeordnete Klöppel, den ich gestern bei mir sah, hat mir zwar mitgeteilt, daß er aus einer Unterredung, die er mit Ihnen gehabt, entnommen habe, daß Sie sich mit ihm bezüglich der Verwaltungsreform für die Rheinprovinz in den wesentlichen Dingen im Einverständnis befinden, doch möchte ich bei der verschiedenen Parteistellung, die Sie einnehmen, auch Sie gern persönlich darüber hören.

Ich muß natürlich wünschen, daß die Entwickelung der inneren Verhältnisse des Staates in einheitlichem Sinne erfolge und daß die Übertragung der Grundsätze der Kreis-Ordnung für die östlichen Provinzen auf die Rheinlande und West-

[1]) Zu vergl. die Rede des Herrn von Sybel im Abgeordnetenhause vom 10. Februar 1875, Stenogr. Bericht S. 176 und 182.

[2]) Stenographischer Bericht S. 200.

[3]) Stenographische Verhandlung über die Sitzung vom 11. Februar 1875.

Digitized by Google

falen keine unnötige Hemmung erfahre. Ehe ich mich aber dafür entscheide, muß ich die Überzeugung haben, daß die Autorität des Staates, für die ich in erster Linie einzutreten habe, bei der Reorganisation nicht irgend welche Beeinträchtigung erfahre. Gewichtige Stimmen aus Ihrer Provinz, ich meine besonders den Führer des deutschen Vereins, Sybel, scheinen in dieser Beziehung schwarz zu sehen und die Befürchtung zu hegen, daß der Ultramontanismus durch die Reform Oberwasser gewinne. Es wird von dieser Seite angenommen, daß die klerikale Opposition, der durch die Maßregeln gegen den Mainzer Katholiken-Verein die Möglichkeit, sich öffentlich geltend zu machen, entzogen wurde, eine neue und dazu gesetzliche Grundlage in den Kreistagen und Kreisausschüssen gewinnen werde, ja es wird befürchtet, daß auch die unpolitischen Befugnisse diesen letzteren Gelegenheit zum Mißbrauch im ultramontanen Sinne bieten werden. Wie denken Sie darüber?"

Der Abgeordnete Seyffardt sprach sich nunmehr dahin aus, daß ihm die beabsichtigte Einführung der Landgemeinde- und Kreis-Ordnung in den westlichen Provinzen angesichts der ultramontanen Agitation allerdings bedenklich erscheine [1]). Auf die Bemerkung, daß das Bestätigungsrecht der Regierung illusorisch sein würde, da eben nur solche Personen präsentiert werden würden, welche den Forderungen des Staates zwar keinen offenen, dafür aber einen desto zäheren passiven Widerstand leisten würden, äußerte Fürst Bismarck, dieser Punkt würde sich erledigen lassen. „Ich würde nie zur Wahl der Bürgermeister in den ländlichen Gemeinden meine Zustimmung geben. Der passive Widerstand ist der schlimmste, denn man kann ihn nicht fassen."

Nach dieser bedeutsamen Erklärung des Ministerpräsidenten schwanden die ursprünglichen Bedenken des Abgeordneten Seyffardt erheblich [2]). Ultramontan freilich — meinte derselbe — würden die Kreistage und Kreisausschüsse in vielen Gegenden ausfallen und es könne dann nicht fehlen, daß hier und da der Versuch zu Demonstrationen gemacht werde. Diese könne der Landrat aber leicht unterdrücken und die Thätigkeit der Ausschüsse auf die verschiedenen wirtschaftlichen

---

[1]) „Wenn wir schon jetzt sehen — bemerkte derselbe zu Bismarck — daß manche mit der Polizeiverwaltung betraute Organe, also die von der Regierung ernannten Bürgermeister und Landräte, durch ihre laue und nichts weniger als energische Haltung die neuen Gesetze illusorisch machen, was dürfen wir dann von Amtsvorstehern erwarten, die ihre Stellung der Wahl der entweder aus Überzeugung klerikalen, oder doch aus allerlei nahe liegenden Gründen klerikal beeinflußten Gemeindeglieder verdanken. Wie diese klerikale Einwirkung sich geltend macht, ist ja bekannt. Was Priester und Beichtstuhl nicht direkt vermögen, thun die Verwandtschaft, die gewerbliche Kundschaft oder aber die Frauen."

[2]) „Wenn demnach dafür gesorgt wäre — bemerkte Seyffardt zu Bismarck — daß nicht durch gesetzliche Bestimmungen die Befähigung der Exekutive, für Recht und Interesse des Staates einzutreten, beschränkt werde, wenn im Gegenteil die bisherige noch vielfach laue Praxis durch festes und an allen Orten gleichmäßiges Eingreifen ersetzt würde, dann vermag ich nicht einzusehen, wie die Einführung der Kreis-Ordnung und die Erziehung der Bevölkerung zur Selbstverwaltung den Staatsinteressen nachteilig sein sollte. Ich muß wirklich annehmen, daß bei Betonung der entgegengesetzten Ansicht Herr von Sybel sich ein wenig in den Eifer hinein gesprochen habe."

Digitized by Google

Funktionen, die ihnen zustehen, deren Bedeutung die praktischen Rheinländer wohl zu würdigen wüßten, beschränken [1]).

Die Anspielung des Fürsten auf Wühlereien des Mainzer Katholiken-Vereins brachte das Gespräch auf den Kulturkampf. Durch Polizeimaßregeln — bemerkte Fürst Bismarck, dem Abgeordneten Seyffardt zustimmend — lasse sich der Kirchenkonflikt nicht lösen. „Eine solche Annahme wäre sehr kurzsichtig. Polizeimaßregeln können nur den Zweck haben, dem Gesetze sofortige Achtung zu erzwingen [2])."

„Die Schwierigkeiten, dem Staate zum Siege zu verhelfen, habe ich niemals unterschätzt, im Gegenteil, ich fühle die ganze Schwere der übernommenen Aufgabe. Nicht leichtsinnig bin ich in den Kampf eingetreten. Erst als ich mich überzeugt hatte, daß er ganz unabwendbar sei, zögerte ich nicht länger, den dem Staate hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Zu der Überzeugung, daß etwas Positives geschehen müsse, hat nichts mehr beigetragen, als die unzweifelhafte Wahrnehmung, daß in den polnischen Landesteilen die deutschen katholischen Geistlichen sich die Polonisierung der bäuerlichen Bevölkerung zur Aufgabe stellten. Leider wird die politische Bedeutung des Kampfes nicht in allen Ressorts der Regierung gleichmäßig gewürdigt. Ich komme täglich in den Fall, mich über die Haltung meiner Herren Kollegen beklagen zu müssen. Es gewinnt viel zu häufig den Anschein, als wenn es sich schließlich nur um die Lösung juristischer Fragen handelt. Selbst Falk [3]) vermag in dieser Beziehung nicht immer die

[1]) „Der Idee, die Kreisausschüsse analog den Vorschlägen für die Provinz Posen, wie von einzelnen Seiten befürwortet wird, zur Hälfte aus gewählten, zur Hälfte aus ernannten Mitgliedern zusammenzusetzen — bemerkte Seyffardt — kann ich unmöglich beitreten. Der Institution würde dann das öffentliche Vertrauen ebenso fehlen wie den jetzigen veralteten Kreisständen. Was nun die von Durchlaucht erwähnte Befürchtung, die Kreisversammlungen werden an die Stelle der Verzweigungen des Mainzer Katholiken-Vereins treten, betrifft, so liegt wirklich kein Bedürfnis vor, die Thätigkeit des letzteren durch eine analoge zu ersetzen. Soweit dazu die Öffentlichkeit erforderlich, leistet die kleine ultramontane Presse das Mögliche, und in Bezug auf geheime Agitation bieten die zahllosen katholischen Vereine: Constantia, Gesellen-, Pius-, Borromäus-, Herz Jesu-Vereine, die z. B. in meinem Wohnort nach Dutzenden zählen, die fertige Organisation. Umgekehrt glaube ich, daß die Einführung der Kreis-Ordnung den Schwerpunkt der klerikalen Bestrebungen aus den Kreisen der jesuitisch erzogenen Geistlichkeit und hier und da der österreichisch gesinnten adeligen Herren in gewählte Körperschaften verlegen werde, die anfangs vielleicht nur in Bezug auf ihre wirtschaftlichen Funktionen, später aber überhaupt mit sich sprechen lassen".

[2]) „So würden also — bemerkte Seyffardt — die Kreisvertretungen ihr Teil mit dazu beitragen, die katholische Bevölkerung zu einer verständigen Behandlung der Streitfragen zu erziehen. Darauf kommt es ja wesentlich an."

[3]) Über Falk äußerte sich Fürst Bismarck unter vier Augen dahin: Dr. Falk habe als Kultusminister die Dinge mit großer juristischer Feinheit und Geschicklichkeit behandelt, aber eben nur mit juristischer, während ihm der politische Blick zuweilen gemangelt habe. Immerhin sei es Dr. Falk gewesen, der ihm, dem Reichskanzler, den Stuhl vor die Thür gesetzt, denn er selbst habe bis zum letzten Augenblick nicht aufgehört, dem Kollegen behilflich zur Seite zu stehen, wenn es sich darum handelte, bei dem Kaiser die Genehmigung zu einer Vorlage zu erlangen, was nicht immer leicht war. — Diese Bemerkung war vorzugsweise dadurch provoziert, daß von der andern Seite entgegengehalten war, Dr. Falk habe seiner Zeit über eine Abnahme der kollegialischen Hilfsbereitschaft des Kanzlers geklagt. Vergl. auch oben S. 168.

Digitized by Google

staatsmännische Anschauung gegenüber der juristischen zur Geltung zu bringen[1]). Die Ansicht, daß mein Rücktritt aus dem Amte in Bezug auf die Kirchenpolitik einen Systemwechsel bedeuten würde, ist grundfalsch. Der alte Gegensatz zwischen der dem Staat absolut nötigen Autorität und den Forderungen der Kirche ist so schroff herausgetreten, daß Se. Majestät von der jetzt eingenommenen Haltung schwerlich abgehen wird und abgehen kann. Die Hoffnung auf den Thronfolger, die sonst in Monarchien den Feinden des herrschenden Systems zum Trost gereicht, trifft bei uns durchaus nicht zu. Der Kronprinz, unter ganz andern Voraussetzungen wie sein Vater, ich möchte sagen unter konstitutionellen Einflüssen ins Leben getreten, ist, wenn möglich, noch entschiedener für das Festhalten an der heute vertretenen Politik. — Daß im Ministerium des Innern bei Ausführung der Gesetze nicht überall mit der wünschenswerten Energie vorgegangen wird, räume ich ein[2]), ebenso, daß ein Menschenalter erforderlich ist, um einen ernstlichen Erfolg zu erzielen. Daß die Staatsregierung die Schule so lange andern Händen überlassen hat, war ein Fehlgriff, dessen Folgen sobald nicht gut zu machen sind. Die Hauptschuld trifft aber die katholische Abteilung im Kultusministerium, welche die Interessen des Staates in unverantwortlicher Weise geschädigt hat[3]).

---

[1]) „Wenn Durchlaucht — bemerkte Seyffardt — sich so offen aussprechen, wird noch ein Moment, das gegen die Sistierung der Verwaltungsreform recht eindringlich spricht, hervorzuheben sein. Es wäre doch nicht der Schein des Stillstehens, es wäre ein wirkliches Stillstehen, wenn die Staatsregierung aus Furcht vor den Ultramontanen einem konsequenten Vorschreiten auf dem Wege, die Verwaltung mit den bestehenden konstitutionellen Verhältnissen in Einklang zu bringen, ablassen wollte. Sie würde dadurch dem trotz aller parlamentarischen Schlappen von den Klerikalen zur Schau getragenen Siegesbewußtsein eine neue Unterlage gewähren. Die ultramontanen Blätter wissen ohnehin nur zu gut bei ihren Lesern die Ansicht zu pflegen, daß früh oder spät das gegenwärtige System doch wieder der früheren Praxis weichen müsse. Durchlaucht hätte nur wahrnehmen sollen, wie dieser Augenblick schon in Aussicht genommen wurde, als Sie vor wenigen Wochen Miene machten, die Last der Staatsgeschäfte auf andre Schulter abzuwälzen."

[2]) „Das ist sehr erfreulich bestätigt zu hören — erwiderte der Abgeordnete Seyffardt — und auch die Hoffnung oder Überzeugung der Reichsfreunde. Wie kann es aber auch in die Überzeugung des irregeleiteten katholischen Volkes übergehen, so lange dieses wahrzunehmen glaubt, daß die Organe der Regierung in der Rheinprovinz gar häufig recht gelinde vorgehen, um bei einem als möglich vorausgesetzten Wechsel nicht zu sehr kompromittiert zu sein. Ich gebe indes zu, daß seit Jahresfrist in dieser Richtung eine wesentliche Besserung nicht zu verkennen ist. Im Unterrichts-Ministerium steht es nicht besser, ohne daß Herrn Dr. Falk deshalb ein besonderer Vorwurf zu machen wäre; ja es wird kaum anders werden, ehe das neue in Aussicht stehende Schulgesetz eingeführt sein wird. Für mich noch ein ganz besonderer Grund, warum ich die Durchführung der neuen Ordnungen, an die die Schulgesetzgebung anknüpfen muß, für so dringend notwendig halte. Das einzige durchschlagende Mittel, um in dem gegenwärtigen Konflikt dauernd Sieger zu bleiben, ist ja doch unzweifelhaft die Erziehung eines jungen Geschlechts mit andern, unsrer Ansicht nach bessern Anschauungen."

[3]) „Wenn Durchlaucht aber zugeben — warf der Abgeordnete Seyffardt hier ein — daß erst von einem zu erziehenden Geschlecht die Wandlung zu erwarten, so werden Sie sich nicht wundern können, daß die bisherigen Maßregeln des Unterrichts-Ministeriums den Reichsfreunden

Digitized by Google

Ich resümiere Ihre Ansichten dahin, daß unter der Voraussetzung ernster Pflichterfüllung und strenger Pflichtauffassung der Organe der Staatsregierung und der Polizeigewalt, Sie von der Einführung der neuen Organisationen in der Rheinprovinz keinen ungünstigen Einfluß auf den Kampf mit dem Ultramontanismus erwarten."

Abgeordneter Seyffardt: „Gewiß nicht." (Sich erhebend.) „Ich bitte Eure Durchlaucht noch recht sehr um Entschuldigung wegen der Mühe, die es gekostet hat, mich zu citieren. Leider kamen die beiden liebenswürdigen Einladungen zum Mittagessen in meiner Wohnung gerade in der Stunde an, die ich in diesen Tagen zum Diner benutzte."

Fürst Bismarck: „Bitte sehr! Mein Unwohlsein läßt mich gewöhnlich erst in den Morgenstunden die unentbehrliche Ruhe finden. Wenn ich dann spät aufstehe, bleibt nur kurze Zeit, um jemand zu Tisch zu laden. Übrigens — setzte er mit schalkhaftem Lächeln hinzu — besonders häuslich sollen Sie in Berlin nicht sein. Ihre Hausleute meinten auf die Frage meines Boten, wo Sie denn wohl anzutreffen seien: Wenn Sie zu jener Zeit ausgegangen, könne es 1 Uhr nachts werden, ehe Sie wieder nach Hause kämen. Nun, ich weiß ja, Hausleute pflegen verleumderischer Natur zu sein."

Abgeordneter Seyffardt: „Durchlaucht, ich merke wohl, ich bin erkannt." —

---

bei uns zwar als Schritte in richtiger Richtung, aber doch nur als halbe Maßregeln erscheinen. Ein Teil der katholischen geistlichen Lokal-Schulinspektoren wird entfernt, ein andrer Teil bleibt im Amte. Über Gehen und Bleiben entscheidet eine Denunziation oder irgend ein Zufall, denn die im Amte Verbleibenden sind genau von denselben Ideen beseelt wie die andern. So lange daher noch ein einziger katholischer Priester Schulinspektor bleibt, werden nicht nur die ihm untergebenen, sondern auch alle übrigen katholischen Lehrer nicht glauben können, daß es sich um eine dauernde prinzipielle Änderung handelt, die ihre Arbeitskraft von dem Drucke der geistlichen Gewalt befreit und sie der civilisatorischen Aufgabe des Staats zur Disposition stellt. Diese Änderung ist aber nötig, denn bis vor ganz Kurzem war von einer Pflege des Patriotismus in den katholischen Schulen auf dem Lande in unsrer Provinz kaum die Rede. Fast allein die Landwehr- und Kriegervereine, deren ältester in weitem Umkreis seit nunmehr 29 Jahren in meinem Wohnort existiert und 1400 Mitglieder zählt, haben die während der Militärzeit unsrer jungen Burschen gepflanzten Keime eines gesunden Patriotismus, des Bewußtseins der Zusammengehörigkeit preußischer und deutscher Lande, lebendig erhalten. Die militärische, in dieser Beziehung ausgezeichnete Erziehung, beginnt aber zu spät, um ganz nach Wunsch wirken zu können. Gelingt es dagegen, in der Volksschule eine von geistlichen Einflüssen ganz befreite kernige Bildung heimisch zu machen, knüpfen wir daran einen Fortbildungs-Unterricht von nur wenigen wöchentlichen Stunden mit etwas weitergehenden analogen Zielen, dann wird der staatsfeindlichen Agitation der Boden entzogen."

B. „Es bleibt mir noch die Frage, ob in Ihren Gegenden die neue Kreis-Ordnung nicht unter Belassung der alten Landgemeinde-Ordnung einzuführen sei, was halten Sie davon?"

S. „Zur Beantwortung dieser Frage bin ich als Stadtbewohner ohne Vorbereitung nicht kompetent. Praktisch habe ich mit der bisherigen Landgemeinde-Ordnung nicht gearbeitet. Für mich sind die vielfachen, in dem neuen Entwurf enthaltenen Reformen der Grund, deren Einführung mit den vorhin erwähnten Modifikationen zu wünschen."

Digitized by Google

Der Abgeordnete Klöppel[1]), welcher vorstehend erwähnt wurde, empfing die Einladung zu einer Unterredung mit Bismarck im Foyer des Reichstags. Fürst Bismarck legte auch ihm die Frage vor, ob die Kreis-Ordnung in den westlichen Provinzen nach dem von dem Geheimen Rat Wohlers ausgearbeiteten, von dem Grafen Eulenburg genehmigten liberalen Entwurfe eingeführt, oder ob diese Einführung, wie Herr von Sybel riet, auf unbestimmte Zeit sistiert, oder endlich nach Ansicht der überwiegenden Mehrheit der nicht ultramontanen Abgeordneten der betreffenden Provinzen nur mit gewissen Abänderungen zur Sicherung der obrigkeitlichen Autorität gegen die zu erwartenden ultramontanen Mehrheiten der Vertretungskörper stattfinden solle. Diese dritte Ansicht vertrat auch der Abgeordnete Kloeppel, aber ohne Erfolg. Fürst Bismarck machte gegen seine Darlegung einige Einwendungen im Sinne der Sybel'schen Ansicht, behielt sich aber den Entschluß vor, der erst bei den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses über den Entwurf in der zweiten Februarwoche bekannt wurde[2]).

Nachdem dieser Gegenstand erschöpft war, führte Fürst Bismarck in der ihm eigenen zwanglosen Weise die Unterhaltung auf andre Gebiete hinüber. So machte er dem Abgeordneten aus den während der Unterredung eingehenden neuesten Depeschen die Mitteilung der Erledigung der Podgorizza-Affaire, dem Vorspiel der einige Monate später beginnenden orientalischen Verwickelung.

XII. Abschnitt.

Die erste Session der III. Legislatur-Periode des Reichstags.

(22. Februar bis 3. Mai 1877.)

Am 22. Dezember 1876 war die vierte und letzte Session der II. Legislatur-Periode des Reichstags geschlossen worden. Die Neuwahlen fanden am 10. Januar 1877 statt; sie ergaben eine Schwächung der Nationalliberalen (128 Mann, Verlust 25 Sitze)[3]), eine Zunahme der Freikonservativen (5 Sitze) und ein Anschwellen der Konservativen (35 statt 22). Die Agitation, welche die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" zum Zwecke einer konservativen Gestaltung der

[1]) Klöppel, Peter, geboren den 1. Juli 1840 zu Cöln, katholisch, seit 1865 Advokat erst in Cöln später in Jena, z. Z. in Leipzig, seit 1872 Leiter der „Rheinischen Zeitung", Mitglied des Abgeordnetenhauses von 1873—1876, des Reichstags von 1874—1876. Derselbe gehörte der Fortschrittspartei nur vorübergehend an.

[2]) Der Minister des Innern Graf zu Eulenburg erklärte sich gegen den Antrag Virchow, weil die Gemeinde- und Kreis-Ordnung für Rheinland-Westfalen im Ministerium noch nicht festgestellt sei und noch Verhandlungen darüber nötig seien. Stenographischer Bericht S. 208 und 211. Trotz dieser keineswegs ablehnenden Erklärung wurde der Antrag Virchow mit 292 Stimmen (unter 320) angenommen.

[3]) Eine merkwürdige Rede Miquel's, der kein Mandat mehr annehmen wollte, vom 4. Januar 1877 findet sich abgedruckt in Schultheß' Geschichtskalender 1877, S. 36.

Digitized by Google

Dinge in Preußen und im Reich und einer Sprengung der liberalen Majorität bereits im Juni 1876 in Scene gesetzt hatte, war also immerhin von einigem Erfolge begleitet gewesen.

Erfreulich lautete die Antwort der elsässischen Wähler bei den Reichstagswahlen vom Januar 1877, welche in sämtlichen fünf unterelsässischen Wahlkreisen den von der autonomistischen Partei unter obigem Programm aufgestellten Kandidaten den Sieg über die Protestler und Ultramontanen gaben. Es waren dies, neben Schneegans, für den Wahlkreis Zabern Kaufmann Bergmann, für Straßburg-Stadt Bankdirektor North, für Straßburg-Land Bürgermeister Neffel, für Hagenau Dr. med. Rack und für Benfeld Erstein.

Die gesamten Wahlkreise des Unterelsasses hatten sich für das autonomistische Programm ausgesprochen; von den andern Abgeordneten schwankten einige zuerst (wie zum Beispiel der Abgeordnete Grad von Kolmar) zwischen Autonomie und Protest; sie schlossen sich jedoch nach kurzem Zögern alle der in der vorhergehenden Legislaturperiode gebildeten, dem Centrum nahe stehenden „elsässischen Gruppe" an, während die fünf Unterelsässer ihre Plätze auf der entgegengesetzten Seite des Reichstags hinter der nationalliberalen Fraktion einnahmen. —

Aus der früheren Darstellung ist bekannt, daß Bismarck die reorganisierte konservative Partei zu Anfang nicht ohne Mißtrauen betrachtete. Die Schwierigkeit lag weniger in dem Programm der Partei, das sich in vielen Punkten mit dem seinigen deckte, als in ihrem Personalbestande. Wenn Bismarck das Mitgliederverzeichnis der neuen Partei zur Hand nahm, so fand er darin mehr als einen Deklaranten, und dazu noch so manche, die ihn als Kanzler von der Tribüne und in der Presse bis vor kurzem auf das heftigste angegriffen hatten. War mit einer Partei, die ihm so feindselige Elemente aufzunehmen nicht Anstand genommen hatte, ein dauernden Bund zu flechten?

Schon die ersten Tage nach dem Zusammentritte des Reichstags sollten die Situation klären. Am 24. Februar 1877 meldete sich der Abgeordnete von Helldorff[1]) mit Herrn von Seydewitz und dem Grafen Kleist[2]) als Vorstand der neu konstituierten Fraktion der Konservativen im Kanzler-Palais. Anlaß war die Aufnahme der Reichstags-Abgeordneten von Nathusius-Ludom und von Kleist-Retzow in die Fraktion der Konservativen.

Bismarck war über die Aufnahme der gedachten Herren in die Fraktion mit Recht ungehalten; denn Nathusius-Ludom[3]) hatte als Redakteur der „Kreuzzeitung"

[1]) Vergl. oben S. 154.

[2]) Graf von Kleist, Conrad, Gutsbesitzer auf Schmenzin (Kreis Belgard), Märk. Friedland. Geboren den 4. April 1839 in Tschernowitz bei Guben (evangelisch). Mitglied des Deutschen Reichstags seit 1874.

[3]) von Nathusius-Ludom, Philipp, Besitzer der Herrschaft Ludom im Kreise Obornik. Sohn des in Gemeinschaft mit Heinrich Leo langjährigen Herausgebers des „Volksblattes für Stadt und Land", Philipp von Nathusius und der Dichterin Marie Nathusius. Geboren 4. Mai 1842 zu Althaldensleben (evangelisch-lutherisch). Bis Herbst 1872 Landwirt, von da ab über-

Digitized by Google

den Abdruck der Perrot'schen „Ära-Artikel" in das feudale Blatt gestattet, und von Kleist-Retzow hatte sich über den Kulturkampf und die Kreis-Ordnung mit seinem alten Duzbruder Bismarck auf das gründlichste überworfen. Nach der Ansicht Bismarck's, der sich auf die reorganisierte konservative Partei zu stützen gedachte, war diese Absicht aussichtslos, wenn im Schoße derselben Abgeordnete saßen, welche die Bekämpfung seiner Person und seiner Politik offen auf ihre Fahne geschrieben hatten. Helldorff führte bei der Konferenz das Wort in der heiklen Sache und erläuterte die Gründe, welche den Vorstand der Fraktion veranlaßt hatten, die Aufnahme der beiden Herren in dieselbe zuzulassen. Bismarck machte erst sachliche Einwendungen, er wollte doch aber jeden Anschein von Kleinlichkeit vermeiden, und entließ die drei Herren gnädig. Die Offenheit Helldorff's hatte aber anscheinend dem Kanzler doch etwas peinlich berührt, wenigstens wurde der erstere, als er sich am 3. und 17. März 1877 auf den parlamentarischen Soireen bei Bismarck befand, durch keine Ansprache ausgezeichnet[1]).

Gleichwie Herr von Helldorff war auch der Abgeordnete Graf Udo Stolberg[2]) bemüht, eine fruchtbringende Verbindung zwischen Bismarck und der reorganisierten konservativen Partei herzustellen. Als Graf Stolberg zum Reichstag nach Berlin gekommen war, besprach derselbe alsbald das Programm der deutsch-konservativen Partei mit dem Kanzler Punkt für Punkt. Bismarck wünschte eine Kräftigung derselben und bemerkte in Bezug auf sein Verhältnis zu der bisherigen Majorität im Reichstag, er gieße getrübtes Wasser nicht aus, bevor er reines habe. Als Zielpunkt setzte Bismarck hin: In den großen politischen Fragen müsse liberal vorgegangen werden, in den wirtschaftlichen unter Berücksichtigung der agrarischen Interessen. Mit diesem letzteren Postulate traf der Kanzler einen Herzenswunsch des Grafen Udo Stolberg, denn er ist es, der die Vereinigung

---

nahm er die Leitung der „Kreuzzeitung", legte dieselbe jedoch im Sommer 1876 nieder. Die Herausgabe der von ihm im Vereine mit Bunsen gegründeten christlich-konservativen Volkszeitung „Der Reichsbote", welche in kurzer Zeit 7000 Abonnenten gewann, behielt er noch eine Zeit lang, er beteiligte sich an der Bildung der Vereinigung der „Deutschen Konservativen" und vertrat auch die Kreuzzeitungs-Partei bei der am 7. Juni 1876 erfolgten Konstituierung derselben in Frankfurt a. M. Kurz vorher erschien bei Puttkammer und Mühlbrecht (Berlin 1876) seine Schrift: „Konservative Position", welche ein ausführliches Parteiprogramm enthält. In demselben Verlage 1872 „Konservative Partei und Ministerium" und „Die Civilehe". In demselben Jahre bei A. Helnicke, Berlin, „Ständische Gliederung und Kreis-Ordnung". In neuerer Zeit widmete Nathusius seine ganze Kraft der Herausgabe des konservativen Konversationslexikons. Die Thätigkeit Bismarck's hat Nathusius daselbst in überaus sympathischer Weise besprochen.

[1]) Die reorganisierte konservative Partei entwickelte im Reichstag von 1877 eine lebhafte Thätigkeit (Initiative in der Gewerbeordnungsfrage).

[2]) Graf zu Stolberg-Wernigerode, Udo, Oberpräsident der Provinz Preußen, Major à la suite der Armee, Besitzer der Fideikommisse Kreppelhof in Schlesien und Dönhoffstädt in Ostpreußen sowie des Rittergutes Cammin in der Neumark. Geboren am 4. März 1840 zu Berlin; evangelisch. Als aktiver Militär die Feldzüge 1866 und 1870/71 mitgemacht, bei Königgrätz verwundet, besuchte die Kriegsakademie, ist Landrat a. D., Mitgied des Herrenhauses, des Reichstags von 1877—81 und von 1884—1893.

Digitized by Google

der Steuer- und Wirtschaftsreformer ins Leben gerufen hat[1]). Ehedem war Graf Stolberg gleich den meisten konservativen Landwirten Freihändler. Erinnern wir daran, daß derselbe Abgeordnete Bismarck's Kirchenpolitik schon vor zwei Jahren im Herrenhause kräftig unterstützt hatte[2]), und daß er auch für dessen Reichseisenbahnprojekt von Anfang an energisch eingetreten war[3]). Nach seiner ganzen politischen Vergangenheit war er sonach der Mann, der geeignet war, Bismarck's Wiederannäherung an die Konservativen in die Wege zu leiten[4]).

Bald nach der Aufnahme Kleist-Retzow's in die konservative Partei vollzog sich dessen Wiedereintritt in das Haus des Fürsten Bismarck. Es wurde die Form einer Tischeinladung des Parlamentariers gewählt. Nach den Verhandlungen zu schließen, welche dieser Einladung unter Mitwirkung des Grafen Udo Stolberg vorausgegangen waren, blieb es zweifelhaft, ob Kleist-Retzow förmlich wie ein andrer Abgeordneter, oder als Verwandter begrüßt werden würde. Schließlich sprach die Stimme des Herzens doch kräftiger, als der Wunsch, den Abgeordneten für seine oppositionellen Abstimmungen zu bestrafen; genug, als derselbe in den Saal trat, begrüßte ihn die Fürstin Bismarck auf das herzlichste mit einer verwandschaftlichen Anrede.

Zu den Abgeordneten, die sich rühmen können, bei den Wahlen von 1877 auf die Empfehlung Bismarck's in den Reichstag gekommen zu sein, zählt Dr. Kapp[5]). Sein Gegenkandidat war Graf Schulenburg-Beetzendorf, derselbe Schulenburg, den Bismarck im Januar 1867 als einen ihm genehmen Reichstagsabgeordneten bezeichnet hatte[6]). Der letztere war freilich inzwischen unter die Deklaranten gegangen und zählte neuerdings zu den offenen Frondeurs des Herrenhauses.

---

[1]) Graf Mirbach trat erst später an die Spitze.

[2]) Am 13. und 15. April 1875 erklärte Graf Udo Stolberg im Herrenhause, die letzte päpstliche Encyklika habe ihn offen auf die Seite des Staates gestellt. Bismarck nahm die von den Konservativen ihm gereichte Hand an und erklärte, es sei dies eine Brücke, um alte Beziehungen zur konservativen Partei, die nicht ohne schwere Verletzung für ihn zerrissen werden konnten, wieder anzuknüpfen. — Kleist-Retzow verharrte damals noch auf seinem ablehnenden Standpunkte.

[3]) Über die Genesis dieses Projektes vergl. mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I. S. 77, Note *. Am 20. März 1876 interpellierte Graf Udo Stolberg die Regierung in betreff der Reichseisenbahnvorlage.

[4]) Die Verhandlungen Stolberg's mit Bismarck über das Programm der reorganisierten konservativen Partei war die bedeutsamste seiner Begegnungen mit dem Kanzler, in dessen Hause er freundschaftlich bis 1890 häufig verkehrte.

[5]) Kapp, Friedrich, Dr. jur., in Berlin. Geboren den 13. April 1824 in Hamm, Prov. Westfalen (evang.), nahm 1848 seinen Abschied aus dem preußischen Justizdienst, lebte in Belgien, Frankreich und in der Schweiz bis Frühjahr 1850, wo er nach Amerika ging. Praktizierte bis 1870 als Advokat in New-York und war dort auch von 1865 bis 1870 Einwanderungs-Kommissar des Staates, kehrte Mai 1870 nach Deutschland zurück, wohnt seitdem in Berlin. Seine Schriften betreffen hauptsächlich die amerikanische Geschichte und den Anteil der Deutschen an der Entwickelung der Vereinigten Staaten (nat.-lib.).

[6]) Vergl. oben S. 83.

Digitized by Google

Ein Zufall wollte es, daß im Jahre 1877, just nach zehn Jahren, als der später von dem Nationalliberalen Dr. Kapp beseitigte Graf Schulenburg wieder Aussicht hatte, in den Reichstag zu gelangen, Fürst Bismarck auf die Anfrage eines überloyalen Mannes, wen er für die engere Wahl empfehle, Schulenburg oder Kapp, zurücktelegraphiert hat: „Wählt Kapp.“[1] —

Wie nähern uns dem Zeitpunkte, da die Kämpfe um die neue handelspolitische Ära alle andern Fragen der inneren Politik in den Hintergrund drängten.

Bedeutsameren Einfluß noch als der oben genannte Abgeordnete Lohren hatte in diesen Beziehungen auf die Entschließungen Bismarck's der frühere württembergische Minister des Auswärtigen, Reichstagsabgeordneter Freiherr von Varnbüler[2]). Derselbe hatte im Februar 1873 im zweiten württembergischen Wahlkreise mit einer Ansprache an die Wähler kandidiert, welche mit großem Geschick abgefaßt war und ein volles, klares und weitsichtiges Programm enthielt[3]). Sein

---

[1]) Ludolf Parisius, „Deutschlands politische Parteien“ I, S. 90.

[2]) Freiherr Varnbüler von und zu Hemmingen, Friedrich Gottlob Karl, Königlich württembergischer Staatsminister a. D., Besitzer der Rittergüter Hemmingen und Höfingen (früher Reichsritterschaftlich) und von Ludwigshöhe. Geboren in Hemmingen den 13. Mai 1809 (luth.). Mehrere längere Reisen nach Österreich, Italien, Frankreich, Belgien, Holland, Dänemark und Schweden. 1833—39 Kollegialmitglied der Königlichen Kreisregierung in Ludwigsburg, von 1839 an Betrieb der Landwirtschaft auf seinen Gütern, 1846—53 Leitung einer großen Maschinenfabrik in Wien. Seit 1845 mit einer Unterbrechung während eines Jahres (1850) Abgeordneter der Ritterschaft in der württembergischen Kammer der Abgeordneten, von September 1864 bis September 1870 Königlich württembergischer Minister des Königlichen Hauses, der auswärtigen Angelegenheiten und der Verkehrsanstalten. 1867—70 Mitglied des Zollparlaments, des Reichstags von 1872—1881. Schrieb „über das Bedürfnis einer Gewerbe-Gesetzgebung in Württemberg“, Stuttgart 1846. „Über die Frage eines Deutschen Heimatrechtes“, Stuttgart 1864. Referate über verschiedene Volks- und staatswirtschaftliche Gegenstände, z. B. über Bau und Betrieb von Eisenbahnen, über die Revision der forstpolizeilichen Bestimmungen in Bezug auf Gemeinde- und Privatwaldungen, über die Erwerbung des Bürgerrechts und die Niederlassung in den Gemeinden, über ein Weideablösungsgesetz, über die württembergische Gewerbeordnung vom Jahre 1862, das Gesetz über Feldweg- und Gewand-Regulierung von 1862 ꝛc. Verstorben am 26. März 1889.

[3]) Der erste Teil desselben diente dem Zweck der Verteidigung seiner früheren Politik und setzte die deutsch-patriotische Gesinnung des Verfassers in das glänzendste Licht. Dem französischen Gesandten, der ihn am 13. Juli 1870 benachrichtigte, daß Napoleon mit dem Verzicht des Erbprinzen von Hohenzollern nicht zufrieden sei, sondern das bekannte Ansinnen an den König von Preußen stelle, erklärte Varnbüler sofort, das sei eine Beleidigung des Königs und Deutschlands Süddeutschlands wie Norddeutschlands, und werde den Nationalkrieg herbeiführen. Diese Antwort teilte er dem preußischen Gesandten mit, der dafür den wärmsten Dank des Grafen Bismarck überbrachte. Daß Bayern eine entschiedene Stellung einnahm, ist gleichfalls das Verdienst Varnbülers, der, als er die dortige Stimmung zweifelhaft sah, selbst nach München eilte, worauf auch dort die Sache ins rechte Geleise kam. Am meisten hat man Varnbüler verdacht, daß nach erklärtem Krieg der französische Gesandte noch geraume Zeit in Stuttgart und Kanstadt sich herumtrieb. Allein das deutsche Volk muß hierfür Varnbüler vielmehr den wärmsten Dank zollen. Es war die reine Kriegslist, daß er den Gesandten der feindlichen Macht so lange hinhielt, dadurch gewann man nicht nur Zeit zu Rüstungen, man störte auch

Digitized by Google

Eintritt in die handelspolitische Arena erfolgte mittelst eines mit seiner Chiffre v. B. gezeichneten, „Die Erneuerung der Handelsverträge“ überschriebenen Artikels der „Post“ vom 3. März 1877, Nr. 53. Angesichts der Verhandlungen über den Abschluß eines Handelsvertrages mit Österreich-Ungarn erklärte von Varnbüler es augenblicklich als unzeitgemäß, für eine Reihe von Jahren unwiderruflich tiefeingreifende Entscheidungen auf dem Gebiete der Zoll- und Steuerpolitik zu treffen. Wohl aber empfehle es sich, daß die Reichsregierung mit den ihr zu Gebote stehenden Mitteln, Zeugnis zu erlangen über die zu ermittelnden Thatsachen, eine unmittelbare, genaue ins einzelne gehende Untersuchung anstellen lasse über die einzelnen Zweige des Erwerbslebens, und zwar durch sachkundige Männer, welche die Fähigkeit haben, die Wahrheit der ihnen abgelegten Zeugnisse zu prüfen. Den Antrag auf eine solche wirtschaftliche General-Enquete stellte demnächst von Varnbüler auch im Reichstag[1]). Da die Regierung aber dem Antrag sehr lau gegenüberstand, so war es für die Freihändler ein leichtes, denselben zu Fall zu bringen. Ein geschäftlicher Verkehr fand in unsrer Session zwischen Bismarck und Varnbüler[2]) noch nicht statt.

Im März 1877 fanden im Reichstag Verhandlungen statt behufs Zurücknahme einer Requisition des Kaiserlichen Oberpostdirektors zu Bromberg, welche die Inhaftierung des Dr. Kantecki wegen Zeugnisverweigerung zur Folge

---

den französischen Kriegsplan und verhinderte einen Angriff am Oberrhein. Das alles wußte man in Berlin und billigte es vollkommen. Aber noch mehr, Freiherr von Varnbüler hat den Anstoß zum Abschluß des Allianz- und des Zollvertrages gegegeben, „welche natürlich von gewichtigstem Einflusse auf die Entschließungen des Jahres 1870 waren“. Die Triumphe über Frankreich, an welchen so auch Herr von Varnbüler erheblichen Anteil hat, „bilden die anerkannten Grundlagen des mächtigen Staates in Europa, den der Deutsche mit Stolz sein Vaterland nennt“. Natürlich erklärte sich Herr von Varnbüler als ein warmer Freund des Reichs. Doch kannte er seine ländlichen Wähler zu gut, um für die Einheit allzu rücksichtslos zu schwärmen. „Es liegt so wenig im Interesse des Reichs als der einzelnen Länder, daß alles über einen Kamm geschoren wird. Es soll künftig Rechtseinheit sein, aber darum dürfen nicht alte Rechtsgewohnheiten durch ein allgemeines Gesetz beiseite geschafft werden. Unsere Einrichtungen im Eherecht, bei Teilungen und Vormundschaften, bei Schuldklagen u. s. w. sind gut, und nur wenn der Beteiligte es anders haben will, dann soll ihm das Reichsgesetz dafür den Anhalt geben. Der Verkehr im Reich soll einheitlich geregelt werden, aber die eigene Post muß uns natürlich verbleiben. Das Reich muß eigene Einnahmen erhalten, aber natürlich darf die Getränkesteuer des Reichs nicht bei uns eingeführt werden.“ Einen Haupttrumpf spielte er schließlich aus, indem er das Unterstützungswohnsitzgesetz beklagte, das der einzelnen Gemeinde die Pflicht auferlegt, alle diejenigen, die zwei Jahre sich in derselben aufgehalten haben, zu unterstützen.

[1]) Die Rede des Freiherrn von Varnbüler über seinen Antrag, betr. die Untersuchung der Produktions- und Absatzverhältnisse der deutschen Industrie und Landwirtschaft (Nr. 57 der Druck. d. Reichstags), findet sich in dem Stenographischen Bericht über die 32. Sitzung des Reichstags am 28. April 1877.

[2]) Zu vergl. die Artikel desselben in der „Post“: „Die letzten Wahlen und das Wahlgesetz“ in der Nr. 29 vom 3. Februar 1877, und „Wehrgeld und rationelles Steuersystem“ in der Nr. 35 vom 10. Februar 1877 (Gegen die Einführung einer Wehrsteuer).

Digitized by Google

hatte[1]). Bei Besprechung dieses Zwischenfalles äußerte Fürst Bismarck namhaften Abgeordneten gegenüber, der Bundesrat würde, wenn der Reichstag zu Gunsten des Dr. Kantecki dem Antrag auf Erlaß eines Notgesetzes zustimme, einem solchen Gesetzantrag niemals seine Genehmigung erteilen[2]).

Am 1. April 1877 feierte der Reichskanzler seinen 62. Geburtstag; an demselben Tage bat er den Kaiser um Entlassung von allen seinen Ämtern und Würden, da seine Kräfte der ungeheuern Last nicht mehr gewachsen seien. — Die Frage eines definitiven und vollständigen Rücktritt Bismarck's von den Geschäften hielt die öffentliche Meinung gewaltig in Spannung[3]).

Ein Mitglied der deutsch-konservativen Partei stellte über die Beweggründe des Reichskanzlers zu seinem Rücktrittsgesuche folgende Betrachtungen an[4]):

„Zu den vielen tendenziösen Erfindungen, welche durch das Entlassungsgesuch des Fürsten Bismarck hervorgerufen worden sind, gehört auch die Behauptung, Fürst Bismarck ginge, weil er der konservativen Reaktion weichen müsse. Was zunächst den Begriff einer konservativen Reaktion betrifft, so mag die liberale Phantasie sich darunter alles Mögliche und Unmögliche vorstellen, thatsächlich besteht sie darin, daß durch die letzten Reichstagswahlen eine „Verschiebung" des Schwerpunktes mehr nach rechts stattgefunden hat in der Weise, daß, während in der letzten Session die Nationalliberalen mit der Fortschrittspartei über die absolute Majorität verfügten, diese Majorität jetzt durch die nationalliberale und die beiden konservativen Fraktionen hergestellt wird. Daß hierin eine Stärkung der konservativen Partei liegt, ist allerdings klar; daß aber durch diese Stärkung die Stellung des Reichskanzlers erschwert worden sei, scheint uns denn doch in den Bereich der bewußten oder unbewußten Täuschung zu gehören. Wir wollen die Gründe, die den Reichskanzler zu seinem Rücktritt bewogen haben sollen, der Reihe nach durchgehen und zeigen, daß die konservative Reaktion oder, um es konkret auszudrücken, die Stärkung der deutsch-konservativen Partei damit nicht

[1]) Der Redakteur des „Kuryer Poznański", Dr. Kantecki, befand sich seit dem 27. November 1876 in Haft beim Königlichen Kreisgerichte zu Posen; die Inhaftierung erfolgte und dauerte fort, weil Dr. Kantecki infolge einer Requisition des Kaiserlichen Oberpostdirektors zu Bromberg, zur zeugeneidlichen Vernehmung darüber aufgefordert, von welcher Person ihm die Mitteilung über den Inhalt der vom Oberpostdirektor zu Bromberg in Nr. 213 des „Kuryer Poznański" vom 19. September 1876 erwähnten, die Beschlagnahme von Briefen Sr. Eminenz des Kardinal Erzbischofs Grafen Ledochowski betreffenden Verfügung zugegangen sei, zwar bezeugt und beschworen hatte, daß ihm diese Nachricht nicht von einem Postbeamten zugegangen sei, sonst aber sich geweigert hatte, die betreffende Person zu bezeichnen. Infolgedessen interpellierte eine große Anzahl Abgeordneter den Reichskanzler, an ihn die Frage stellend: 1. Ist der vorliegende Fall zur Kenntnis des Herrn Reichskanzlers gelangt? 2. Ist der Herr Reichskanzler geneigt, geeignete Maßnahmen zu Gunsten des inhaftirten Dr. Kantecki zu treffen?

[2]) Die Frage wurde gegenstandslos durch die später erfolgte Entlassung des Dr. Kantecki aus der Haft.

[3]) Zu vergl. den Artikel „Der Rücktritt des Reichskanzlers" in den „Grenzboten", 36. Jahrg. 1877, II. Quartal S. 112.

[4]) Vergl. hierüber auch Hans Blum „Das deutsche Reich zur Zeit Bismarck's", S. 250.

Digitized by Google

das mindeste zu thun hat. Zunächst trat in die Öffentlichkeit die Affaire Stosch[1]). Ob und inwieweit dieselbe Einfluß gehabt hat auf den Entschluß des Reichskanzlers, wissen wir nicht und sind auch nicht in der Lage, uns Gewißheit darüber zu verschaffen; aber so viel wissen wir, daß der Chef der Admiralität, dessen militärischen Fähigkeiten wir die höchste Anerkennung nicht versagen, in politischer Beziehung nicht konservativ, sondern im Gegenteil ziemlich prononziert liberal ist. Sodann kommt die Affaire Berlin-Leipzig[2]). Daß deren Ausgang den Reichskanzler verstimmt hat, glauben wir als sicher annehmen zu dürfen, weniger der Sache wegen, als wegen der Motive und der begleitenden Umstände. Wenn es sich im Laufe der Zeit herausstellt, daß der zwischen der Reichshauptstadt und Leipzig hergestellte Dualismus zu Unzuträglichkeiten oder gar zu Gefahren führt, so kann nach zehn, zwanzig oder dreißig Jahren das oberste Gericht von Leipzig nach Berlin übergeführt werden. An und für sich ist die Sache nicht so schlimm. Zwei Punkte aber scheinen es gewesen zu sein, die den Fürsten Bismarck unangenehm berührt haben. Zunächst hat es sich gezeigt, daß die Reichsverfassung thatsächlich eine Majorisierung der preußischen Interessen zuläßt nach formalem Recht, aber gegen die realen Verhältnisse. Dieser Umstand muß notwendig eine Reaktion im unitarischen Sinne hervorrufen. Dadurch wird von neuem an der Verfassung selbst gerüttelt werden, und gerade das ist dem Reichskanzler unlieb, denn er will eine naturgemäße organische Entwickelung auf Grund des Bestehenden und fürchtet das Experimentieren reichsfreundlicher Heißsporne. Sodann wird sich der Reichskanzler sagen, daß der Ausgang wahrscheinlich ein andrer gewesen wäre, wenn er selbst beizeiten sich ins Mittel gelegt hätte. Gerade die Überzeugung aber, daß die Sachen nur dann gehen, wenn er selbst sie betreibt, daß diejenigen, auf deren Unterstützung er glaubt rechnen zu können, nur handeln, wenn sie von ihm geschoben werden, mag ihn mutlos gemacht haben. Mit alledem hat aber die konservative Partei nichts zu thun gehabt. Herr von Kleist-Retzow hat mit Wärme für Berlin gesprochen. Es haben im Reichstage drei Fraktionen für den preußischen Vorschlag gestimmt, keine geschlossen, aber den größten Prozentsatz im Verhältnis zu ihrer Stärke an Stimmen für Berlin hatte die deutsch-konservative Fraktion. Ferner spricht man von den Intriguen in Hofkreisen[3]), die dem Fürsten Bismarck das Leben sauer gemacht haben sollen. Wir wissen nicht, was daran wahres ist; aber so viel wissen wir, daß weder von den Leitern der deutsch-konservativen Bewegung, noch von den Mitgliedern der gleichnamigen Reichstagsfraktion auch nur ein einziger mit derartigen Intriguen das geringste zu thun hat. Der wahre, eigentliche Grund des Demissionsgesuches scheint uns darin zu liegen, daß in den volkswirtschaftlichen Fragen der Reichskanzler sich außer stande

[1]) Am 25. März 1877 lehnte der Kaiser das Entlassungsgesuch des Herrn von Stosch ab; Bismarck konnte nach der ganzen Haltung dieses Ministers nur wünschen, daß derselbe sein Portefeuille niederlege.

[2]) Seil. die Frage über den Sitz des obersten Gerichtshofes in der einen oder andern Stadt.

[3]) Vergl. über die angebliche katholische Agitation gegen Bismarck beim Kaiser den Brief aus Berlin, d. d. 4. April 1877, bei Hansen „Les coulisses de la diplomatie," S. 325 ff.

Digitized by Google

sieht, das durchzuführen, was er als notwendig erkannt hat. Fürst Bismarck hat sein Programm in der Steuer- und Zollfrage offen ausgesprochen[1]; er erstrebt die Beseitigung der Matrikular-Umlagen durch allgemeine Finanzzölle. Ferner hält er eine Reform des Eisenbahnwesens für notwendig. Diese beiden großen Reformen kann er aber nur durchführen, wenn er unterstützt wird von dem preußischen Ministerium und von der Majorität des Reichstags. Statt diese Unterstützung zu finden, ist er auf Indifferentismus und passiven Widerstand gestoßen. Nicht das Gespenst einer konservativen Reaktion vertreibt den Reichskanzler, sondern der Mangel an Unterstützung seitens der herrschenden Partei."

Die Kanzlerkrisis endigte erfreulicherweise mit der Bewilligung eines unbeschränkten Urlaubs, der sich als nichts Anderes herausstellte, als ein „Dienst im Schlafrocke".

Am 11. April 1877 teilte der Kanzler dem Reichstag die Kaiserliche Entschließung, betr. seine Beurlaubung und Stellvertretung, mit. An demselben Tage hatte derselbe eine Unterredung mit dem Präsidenten des Reichstags von Forckenbeck[2]. Einige Tage später äußerte Bismarck einigen Reichstagsabgeordneten gegenüber sein Befremden, sein Schreiben vom 11. April einer Besprechung im Reichstag zu unterziehen[3]. —

Bereits oben haben wir das erfreuliche Resultat gemeldet, das die zweiten elsaß-lothringischen Wahlen gebracht hatten.

Die fünf reichstreuen Abgeordneten Schneegans, Bergmann, North[4], Ressel und Dr. Rack[5] wandten sich sofort nach ihrer Ankunft in Berlin am 23. Februar 1877 mit der Bitte um Bewilligung einer Audienz an den Fürsten Bismarck, welche am 24. Februar, 3 Uhr nachmittags, im alten Reichskanzlerpalais, jetzigen Auswärtigen Amte, im großen Empfangssalon stattfand.

Der Fürst, der im Nebenzimmer arbeitete, ließ die Deputation nur kurze Zeit warten. Er hieß die Herren willkommen, indem er bemerkte, es sei das erste Mal, daß elsaß-lothringische Reichstagsabgeordnete sich an ihn wendeten,

---

[1] Vergl. die Reichstagsrede Bismarck's am 10. März 1877 in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 119 f.

[2] Vergl. die „Post" Nr. 86 vom 12. April 1877. Wahlrede Forckenbeck's in Breslau vom 5. Juli 1877: „Zurück auf die Schanzen", s. Schultheß Geschichtskalender S. 125.

[3] Die Besprechung von Bismarck's Entlassungsgesuch fand gleichwohl am 13. April 1877 statt. Benningsen pries mit begeisterten Worten die Verdienste des Kanzlers. Diskussion der nationalliberalen Fraktion über die aus Anlaß der Kanzlerkrisis aufgeworfene konstitutionelle Frage, s. die „Post" Nr. 86 vom 12. April 1877. Gneist warnte vor einer Änderung der Reichsverfassung nach der Seite der Stellvertretung. Streit über die Opportunität eines Vertrauens-Votums innerhalb der Fraktion.

[4] North, Jean, früher Direktor der Aktiengesellschaft für Boden- und Kommunalkredit in Elsaß-Lothringen, in Straßburg. Geb. 8. März 1828 zu Härtigheim, Landkreis Straßburg, (prot.). Doctor juris (Fakultäten Straßburg und Paris besucht). Advokat am kaiserl. Appell.-Gerichtshof von Paris und am Landgericht zu Straßburg während 5 Jahren. 10 Jahre Notar zu Brumath.

[5] Rack, Achille, Dr. med., Bürgermeister von Benfeld, Ritter der Ehrenlegion. Geb. 19. Juni 1815 (kath.), prakt. Arzt, früher conseil général; Bürgermeister seit 1852.

Digitized by Google

und er begrüße diesen Schritt als eine günstige Vorbedeutung für die Entwickelung der reichsländischen Dinge im Sinne des Anschlusses an Deutschland. Der Abgeordnete für Straßburg, Bergmann[1]), stellte dann seine Kollegen einzeln vor; zu dem Abgeordneten für Hagenau, Bürgermeister Nessel[2]), sagte der Fürst lächelnd: „Wir kennen uns schon von früheren Zeiten". Zu Schneegans sagte der Fürst, indem er ihm die Hand drückte: „Ich habe schon von Ihnen gehört und freue mich, Sie bei mir zu sehen".

Es war das erste Mal, daß Schneegans den Fürsten von Person zu Person sah. Bei der Eröffnung des Reichstags im Weißen Saale sowie im Reichstage selbst verschwand der Eindruck, den der Mensch auf den Menschen macht; hier kam er zur Geltung. „Es war — wie Schneegans selbst schildert — der Eindruck des Gewaltigen, die hohe, mächtige Gestalt, der feste Schritt, der starke, nicht aber hart umspannende Druck der Hand, die sichere, willenskräftige Ruhe des Blickes, alles gab der Erscheinung den Ausdruck der Kraft — und Machtfülle. Nichts Gesuchtes, nichts Suchendes lag in dem ernsten Auge, in welchem ich weniger das oft betonte Fascinierende, als ein selbstsicheres Wohlwollen beobachtete, dem aber, wenn im Laufe der Unterhaltung die Rede des einen oder des andern von der in Erörterung stehenden Frage abzuschweifen drohte, unter der rasch sich zusammenziehenden Stirnfalte wie ein Funkeln von raschem und gebieterischem Mahnen zur Rückkehr zur Sache entflog." Der Abgeordnete Schneegans gewann aus dieser seiner ersten Unterhaltung mit dem Fürsten die Überzeugung, daß, falls er in die Lage kommen sollte, in nähere Beziehung zu ihm zu treten, nur in der vollsten Offenheit nach jeder Richtung hin und nicht im Diplomatisieren der Weg zu finden wäre, um Verhandlungen mit ihm anzuknüpfen.

Die fünf unterelsässischen Abgeordneten besprachen mit dem Fürsten zunächst die sogenannte „Optantenfrage", die damals Elsaß-Lothringen in Aufregung versetzte, indem der Rückkehr derjenigen, die für Frankreich optiert hatten, verschiedentliche Hindernisse in den Weg gelegt wurden, die den Elsaß-Lothringern als nicht sachgemäß erschienen und in den von diesen Maßregeln betroffenen Familien Erbitterung erzeugten. Der Fürst besprach die Frage eingehend und äußerte sich dahin, daß er sich wundere, daß denjenigen, welcher ins Land zurückkehren und sich naturalisieren lassen wolle, die Sache so schwer gemacht würde; dagegen müsse die deutsche Regierung denjenigen gegenüber, welche noch

[1]) Bergmann, Gustav Adolf. Geb. im Mai 1816 in Straßburg. Einer der Gründer und Vorstand des Aufsichtsrats der größten Bank-Kommanditgesellschaft seit 1849 und 1863. Seit 1848 Mitglied der Handelskammer, mehrmals delegiert nach Paris in Eisenbahnfragen, Mitglied des letzten Municipalrates. 1871—1873 Präsident des Ehrensyndicats für das Nieder-Elsaß. 1874 Vertreter für Elsaß-Lothringen in der Eisenbahntarifreform-Enquete. Verfasser zahlreicher volkswirtschaftlicher Schriften.

[2]) Nessel, Xaver Joseph, Eigentümer in Hagenau. Geb. 20. Februar 1834. Beschäftigte sich mit besonderer Vorliebe mit elsässischer Geschichte und Archäologie. Mitglied des Gemeinderates in Hagenau seit 1860; Bürgermeister daselbst seit 1870. Nessel hatte kurz nach dem Kriege gegen Frankreich dem Fürsten Bismarck dadurch Dienste geleistet, daß er denselben über gewisse elsaß-lothringische Verhältnisse orientierte.

Digitized by Google

in einem militärischen Verhältnis zu Frankreich ständen, zurückhaltender und vorsichtiger sein; er wisse, daß die Zahl der letzteren eine sehr große sei, daß in Elsaß-Lothringen eine volle Division militärpflichtiger Franzosen sich befände und daß, im Falle eines Krieges, dadurch dem Reiche eine Gefahr entstehen würde, welcher vorzubeugen die Regierung die Pflicht habe. Frankreich gegenüber müsse Deutschland auf seiner Hut sein, nachdem es im Jahre 1870 mit einer vom Zaun gebrochenen Kriegserklärung überfallen worden sei; Frankreich konzentriere seit einiger Zeit seine Kavallerie an der Ostgrenze und könne Metz investieren. Die Regierung scheine zwar friedlich gesinnt, aber man könne niemals sicher sein, da diese Friedfertigkeit jedwedem Zufalle ausgesetzt sei. Er ersuchte schließlich die Abgeordneten, dem Unterstaatssekretär Herzog eine schriftliche Eingabe einzureichen, die er zu prüfen sich vorbehielt.

Der Abgeordnete Schneegans nahm sodann im Auftrage seiner Kollegen das Wort, um die Verfassungsfrage anzuregen, und entwickelte vor dem Fürsten das Programm seiner Partei, dahin gehend, daß das Reichsland zu einer festen Gestaltung wie die andern Bundesstaaten kommen möge, daß zunächst die Verwaltung nach Straßburg verlegt werde, der Landesausschuß erweiterte Befugnisse erhalte, und daß allmählich Elsaß-Lothringen mit den andern deutschen Staaten immer mehr gleichgestellt werde.

Der Fürst hörte der ziemlich langen Auseinandersetzung aufmerksam zu, ohne den Redner zu unterbrechen, und bemerkte alsdann folgendes: Die Bestrebungen der autonomistischen Partei seien ihm bekannt und auch sympathisch; auch in der Regierung bestehe der Wunsch, die elsaß-lothringischen Verhältnisse in der besagten Richtung hin, wenn auch vielleicht noch nicht in dem von den Abgeordneten gehofften Umfang zu entwickeln. Vieles hänge von der Haltung der Bevölkerung selber ab; wenn diese sich ohne Hintergedanken auf den Boden des Friedensvertrags stelle, so stehe der Verwirklichung der zur Sprache gebrachten Hoffnungen im wesentlichen nichts entgegen; die unterelsässischen Abgeordneten hätten den richtigen Weg zur Begleichung der Hindernisse gewählt, indem sie sich in direkte Beziehungen zum Reichskanzler gesetzt hätten, und es sei zu hoffen, daß sie nicht vereinzelt blieben und den Rest der Bevölkerung nach sich ziehen würden. Übrigens, so schloß der Fürst, würde sich die Gelegenheit bieten, diese Sache im Reichstag näher zu erörtern, da die Regierung eine Vorlage eingebracht habe, welche dem Landesausschuß erweiterte Befugnisse gewähren würde. Er stellte anheim, diese Gelegenheit zu benützen und eine Debatte vor dem Reichstag herbeizuführen.

Bevor er die Herren nach dreiviertelstündiger Audienz entließ, ließ der Fürst an dieselben mündlich die Einladung zu den parlamentarischen Sonnabend-Soireen ergehen, indem er beifügte, er würde dort Gelegenheit finden, die schwebenden Fragen, besonders die Optantenfrage weiter zu besprechen.

Die Herren verfehlten natürlich nicht, dieser Aufforderung Folge zu leisten, und sie gewannen dabei den Eindruck, daß der Besuch dieser parlamentarischen Abende beim Reichskanzler als ein integrierender Teil der Abgeordnetenpflichten

Digitized by Google

anzusehen sei. „Ich bin heute noch der Ansicht — bemerkte Generalkonsul Schneegans — daß in diesen vertraulichen Zusammenkünften der Vertreter aller Parteien und aller Richtungen mehr zur gegenseitigen Verständigung erreicht wird als in endlosen öffentlichen Sitzungen des Reichstags; hier wird vorbereitet, was dort beschlossen wird; hier reift, was dort zur Entfaltung kommt. Da die Sitte und nicht ein steifes Reglement auf diesem Boden den Umgang mit anders Gesinnten beherrscht und denselben die in der Gesellschaft üblichen feineren Formen aufdrückt, so scheiden von selber alle gröberen oder nicht salonfähigen Diskussionsformen aus, welche in den Reichstagssitzungen die Debatten beschweren, den Verhandlungen einen unnötig gehässigen oder auch nur leidenschaftlichen Charakter anheften und statt die verschiedenen Meinungen einander näher zu führen, dieselben zu immer schrofferem Gegensatz zu einander bringen. Wenn ich in der Lage war, während meiner parlamentarischen Thätigkeit meinem engeren Lande Elsaß-Lothringen einige Dienste zu erweisen, manches auszugleichen, manches vorzubereiten, so muß ich dies darauf zurückführen, daß mir unter anderm diese Gesellschaftsabende beim Fürsten die Gelegenheit boten, mit den höchsten Vertretern der Regierung, mit den Mitgliedern des Bundesrats, mit den Abgeordneten aller Parteien in vertraulicher Weise und in der besonderen, für jeden sich anpassenden Form unsre Lage zu besprechen, unsre Wünsche zu formulieren und die Pforten zu finden und zu öffnen, welche uns den Durchgang zu der von uns erhofften Verfassung und Neugestaltung erlauben würden."

Als der Abgeordnete Schneegans mit seinen unterelsässischen Kollegen in der ersten parlamentarischen Abendgesellschaft des Reichskanzlers, am 1. März 1877, erschien [1]), trat der Fürst auf ihn zu, um denselben mitzuteilen, er habe sich von dem Unterstaatssekretär Herzog über die Optantenfrage, infolge der von denselben eingehändigten Eingabe, mehrmals Vortrag halten lassen; die Sache sei im Gange; der Kriegsminister allein mache noch einige Schwierigkeiten, die aber gehoben werden dürften. Der Fürst fügte dann noch hinzu (es klang dabei wie ein Befremden durch des Fürsten Stimme), der oberelsässische Protestabgeordnete Grad [2]) habe bei ihm eine Audienz in dieser Sache nachgesucht, er habe ihm antworten lassen, er (der Fürst) würde an diesem Tage im Reichstage zu sprechen sein, und als Herr Grad ihm dort die Optantenangelegenheit auseinandersetzte, habe er ihm geantwortet: „Sie kommen post festum, ich habe die Sache schon mit ihren unterelsässischen Kollegen erledigt." Der diesen Worten zu Grunde liegende Sinn kam deutlich durch den Stimmfall und durch die die Worte be-

[1]) Die obigen Ausführungen bilden eine schätzenswerte Ergänzung dessen, was über diese parlamentarische Soiree in meinem Werk „Fürst Bismarck und die Parlamentarier" Band I, 2. Auflage, S. 161 ff gesagt ist.

[2]) Grad, Charles, Mitglied der Société industrielle in Mülhausen, seit 1876 Sekretär des Bezirksrats der oberelsässischen Baumwolle-Fabriken von Anton Herzog & Cie. in Logelbach. Geb. 8. Dezember 1842 in Türckheim, Elsaß (kath). Verfasser zahlreicher naturhistorischer, volkswirtschaftlicher und kulturhistorischer Schriften.

Digitized by Google

gleitende Geberde zum Ausdruck; der Fürst wunderte sich augenscheinlich darüber, daß ein Abgeordneter, der sich nicht zu denjenigen bekannte, die die Annahme der gegebenen Thatsachen zur Richtschnur ihrer politischen Thätigkeit genommen hatten, dennoch mit einer Bitte vor die Regierung, deren Existenzberechtigung er doch nicht anerkannte, treten konnte. Das Befremden des Fürsten betraf übrigens nicht den Abgeordneten Grad allein, da, wie nachher bekannt wurde, ein andrer Protestabgeordneter (Jaunez) eine Audienz bei dem Kronprinzen, und die Herren Dollfus, Besanzon, Abel, Germain und Jaunez am 4. März eine Audienz bei dem Kaiser nachgesucht hatten. Letzteres Gesuch wurde am 8. März durch den Reichskanzler dahin beantwortet, daß die Audienz nicht bewilligt worden sei, daß den Herren anheimgestellt werde, ihre Klagen schriftlich dem Reichskanzler einzureichen.

Ich lasse hier die betreffende Korrespondenz folgen:

a) Immediateingabe der Reichstagsabgeordneten Dollfus, Besanzon, Abel, Jaunez und Germain d. d. 4. März 1877:

Sire, Les députés soussignés d'Alsace-Lorraine ont l'honneur de solliciter de votre haute et paternelle bienveillance quelques instants d'audience pour vendredi ou samedi prochain.

Ils seraient heureux de voir leur demande accueillie pour pouvoir entretenir S. M. des conséquences des expulsions qui viennent d'être récemment ordonnées dans leurs deux provinces.

Les soussignés ont l'honneur de prier Sa Majesté de leur permettre de lui offrir l'hommage de leur profond respect.

b) Schreiben an den Reichstagsabgeordneten Dollfus:

Berlin, den 8. März 1877.

Auf die Vorstellung, welche Ew. Hochwohlgeboren gemeinschaftlich unterm 4. d. M. an des Kaisers Majestät gerichtet haben, beehre ich mich, Sie im Allerhöchsten Auftrage zu benachrichtigen, daß Seine Majestät Allerhöchst Sich nicht veranlaßt sehen, Ihnen die nachgesuchte Audienz zu ertheilen.

Falls Sie Beschwerden über Maßregeln der Regierung in Elsaß-Lothringen zu führen haben, so stelle ich anheim, dieselben in schriftlicher Form anzubringen.

Der Reichskanzler.
Fürst von Bismarck.

Die Bestrebungen der unterelsässischen Abgeordneten in betreff der Optantenfrage wurden insofern von Erfolg gekrönt, als der Unterstaatssekretär Herzog am 5. März dem Abgeordneten für Straßburg-Stadt, Bergmann, mitteilte, daß der Reichskanzler neue Instruktionen an das Oberpräsidium habe abgehen lassen, welche die Bevölkerung befriedigen würden. In einem an die unterelsässischen Abgeordneten, zu Händen des Abgeordneten Bergmann, gerichteten Schreiben vom 11. März 1877 sprach sich der Reichskanzler in demselben Sinne aus. Dasselbe lautet:

Digitized by Google

Ich habe die Anträge, welche Ew. Hochwohlgeboren in der gemeinschaftlichen Vorstellung vom 26. v. M. gestellt haben, um die Naturalisation solcher Optanten, welche der französischen Armee angehören, zu erleichtern, in Erwägung gezogen und in Berücksichtigung der von Ihnen geltend gemachten Gründe bezüglich der Gewährung der Naturalisation den Herrn Oberpräsidenten unterm 5. d. M. mit Instruktion versehen. Danach sollen Anträge auf Naturalisation nicht lediglich aus dem Grunde zurückgewiesen werden, weil der Gesuchsteller die völlige Lösung eines auswärtigen Militärverhältnisses nachzuweisen nicht vermag, mit der Maßgabe, daß den nach dem 1. Januar 1851 geborenen Optanten die Naturalisation nur gewährt wird, wenn seit der Option in ihren persönlichen und Familienverhältnissen Änderungen eingetreten sind, welche ihre Befreiung von der Verpflichtung, im deutschen Heere zu dienen, begründen würden, oder ihren Entschluß zur Niederlassung im Reichslande aus Familienrücksichten erklären. Die Umstände, welche eine solche Annahme zulassen, sind den zuständigen Behörden des Näheren schon früher bekannt gegeben. Die unter dieser Voraussetzung naturalisirten Optanten werden nur nach Maßgabe ihres Lebensalters wehrpflichtig, also zur Ableistung des activen Militärdienstes im Frieden nicht mehr einberufen, wenn sie das dritte Konkurrenzjahr überschritten haben. Darüber, ob Optanten, welchen die oben erwähnten Ausnahmegründe nicht zur Seite stehen, die Naturalisation unter der Bedingung gewährt werden soll, daß sie nachträglich der activen Dienstpflicht genügen, sind Verhandlungen eingeleitet, von deren Ausgang die Entschließung abhängt. Es ist angeordnet, daß die Ausführung von Ausweisungsbefehlen gegen Optanten der letzterwähnten Art, welche bei dem Antrage auf Naturalisation sich zur Ableistung der activen Dienstpflicht verpflichtet haben, vorläufig sistirt werden.

von Bismarck.

Obwohl diese Instruktionen eine Besserung in der Lage der Optanten herbeiführten, so wurde die Frage in der Folge doch noch einmal aufgeworfen, da, wie es den Anschein hatte, die Instruktionen in ihrer Ausführung sich nicht mit den von ihnen gehegten Erwartungen deckten.

Die Verfassungsvorlage (Gesetzentwurf, betreffend die Landesgesetzgebung von Elsaß-Lothringen, Reichstagsdrucksache Nr. 5), von welcher der Reichskanzler mit den unterelsässischen Abgeordneten gesprochen hatte, sollte am 17. März im Reichstag zur Beratung kommen. Diese Vorlage, welcher der Landesausschuß schon begutachtend beigestimmt hatte, ging im wesentlichen dahin, daß „Landesgesetze für Elsaß-Lothringen, inklusive des Landeshaushaltsetats mit Zustimmung des Bundesrats und ohne Mitwirkung des Reichstags vom Kaiser erlassen werden können, wenn der Landesausschuß denselben zugestimmt hat".

Bevor die Debatte darüber im Plenum des Reichstags eröffnet wurde, hielten es die unterelsässischen Abgeordneten für angemessen, ihre Stellungnahme vor den in Frage kommenden Fraktionen (den Nationalliberalen, der Reichspartei, den Konservativen, der Fortschrittspartei und der damals noch bestehenden, an die Rechte derselben sich anlehnende „Gruppe Löwe") des näheren auszuführen.

Digitized by Google

Am 10. März 1877 wohnten die Abgeordneten Bergmann, Nessel und Schneegans einer Fraktionssitzung der Nationalliberalen bei. Zuerst ergriff der letztere das Wort, welcher der Klarlegung seines Standpunktes die bündige Erklärung vorausschickte: „Wir treten vor Sie, als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes." Sowohl bei der nationalliberalen als auch bei den andern beteiligten Fraktionen wurde der Schritt der drei autonomistischen Abgeordneten günstig aufgenommen.

Die elsaß-lothringische Gesetzesvorlage gelangte am 17. März im Reichstag zur ersten Beratung. Der Reichskanzler beteiligte sich an derselben nicht. Die Regierung war durch den Unterstaatssekretär Herzog vertreten. Die elsaß-lothringischen Verhältnisse wurden von allen Seiten einer weitgehenden Besprechung unterzogen, wobei die autonomistischen Redner Bergmann, Nessel und Schneegans erklärten, sie würden die Vorlage als „Abschlagszahlung" annehmen, obgleich ihre Wünsche viel weiter gingen, da sie eine Abänderung der Verfassung, durch welche Elsaß-Lothringen den andern deutschen Staaten gleichgestellt und zunächst die Regierung in das Land selber verlegt würde, anstrebten. Die Beratung endete mit der Annahme des Regierungsentwurfs.

An die Einbringung einer weitergehenden Vorlage war in dieser Session selbstverständlich nicht zu denken. Die autonomistischen Abgeordneten beschränkten sich darauf, die Frage, so oft dazu die Gelegenheit geboten wurde, in den parlamentarischen Soireen des Reichskanzlers sowohl mit dem Fürsten selbst als mit den Abgeordneten zur Sprache zu bringen und für eine künftige Reichstagssession in dieser Weise vorzubereiten.

Schneegans verließ Berlin anfangs Mai 1877 mit dem Eindruck, daß er und seine Gesinnungsgenossen den richtigen Weg gewählt hatten, indem sie versuchten, mit dem Reichskanzler selber Verhandlungen anzuknüpfen; in Berlin, im Reichskanzlerpalais und am Hofe allein lag die Entscheidung, und dort mußte der Hebel angesetzt werden, ohne das Dazwischentreten der Straßburger Instanzen anzurufen. Die Herren hatten das Gefühl, daß das bekannte französische Sprichwort auf ihre Lage passe: „Il vaut mieux s'adresser à Dieu qu'à ses saints."

Die elsaß-lothringische Verfassungsfrage war durch die Reichstagsdebatte in Fluß geraten. Sie blieb nun sowohl in Elsaß-Lothringen selbst als auch in der überrheinischen Presse auf der Tagesordnung. In den Zeitungen wurde sie nach allen Richtungen und bis in die Modalitäten ihrer eventuellen Ausführung erörtert; man sprach von Einsetzung einer Statthalterschaft, von Personalunion mit dem deutschen Kaiser, wie Luxemburg dem holländischen Königshause gegenüber, von Anschluß an das Großherzogtum Baden, ebenfalls in Form einer Personalunion, ja selbst von der Errichtung eines süddeutschen Königreichs. Es wurde behauptet, der Kaiser habe sich während seines Aufenthalts in Straßburg eingehend mit der Frage beschäftigt; auch wurde die Reise des Unterstaatssekretärs Herzog nach den Reichslanden im Herbst dieses Jahres mit derselben in Verbindung gebracht. Von süddeutschen Blättern wurden sogar schon Personalfragen dabei berührt und unter andern der Reichstagsabgeordnete Freiherr von

Digitized by Google

Stauffenberg, welcher von jeher und mit Sachkenntnis und besonderem Wohlwollen für die elsaß-lothringischen Angelegenheiten in die Debatten eingegriffen hatte, als der künftige „Minister“ des auf neuer Basis konstituierten Reichs- oder Kaiserlandes genannt.

In der Eröffnungssitzung des Landesausschusses am 10. Dezember 1877 besprach der Alterspräsident Flurer das Gesetz vom 2. Mai 1877, „das für unser Land von größtem Werte ist,“ indem er hinzufügte, „man verdankte es der Haltung unsrer elsässischen Abgeordneten im Reichstag und den zahlreichen Sympathien, welche unsre Sache in dieser Versammlung gefunden hat.“ In der Schlußsitzung vom 23. Dezember faßte diese Versammlung den Beschluß, den Wunsch auszusprechen, „daß dem Lande eine eigene Verfassung als Bundesstaat gewährt werde mit dem Sitze der Regierung in Straßburg und Vertretung im Bundesrate.“

In der Auseinandersetzung, welche sich an diesen Beschluß anknüpfte, wurde von dem Antragsteller, Rechtsanwalt Ferdinand Schneegans (Vetter des Reichstagsabgeordneten Schneegans)[1] sowie von dem Abgeordneten Baron Zorn von Bulach die Errichtung eines „Kaiserlandes“ mit Personalunion, nach Luxemburger Muster, erwähnt und darauf hingewiesen, daß nach dieser Richtung hin die Wünsche der elsaß-lothringischen Bevölkerung Befriedigung finden dürften.

In seiner prinzipiellen, allgemeinen Fassung war dieser Beschluß des Landesausschusses von großem Werte für die autonomistischen Bestrebungen im Reichstag und in den höheren Regierungs- und Gesellschaftskreisen in Berlin.

Im Jahre 1877 hatte der Abgeordnete Karl Braun eine zweite Unterredung[2] mit dem Fürsten Bismarck über das Verhältnis Deutschlands zu Österreich. Braun hatte sich in der österreichisch-ungarischen Monarchie, die er bis in die äußersten Winkel bereist hatte, nach Kräften informiert über die Stimmungen gegenüber Deutschland. Was ihn beunruhigte, waren die schutzzöllnerischen Bestrebungen der österreichischen Industriellen, welche Deutschland in die nämliche Richtung zu drängen suchten.

Dem Freihändler Karl Braun graute vor solchen Plänen. Zwar fürchtete er nicht, daß die Deutschen wieder Österreicher niederer Ordnung werden würden, wie sie es unter Metternich waren, aber er fürchtete einen Pakt andrer Art. Einen Pakt Do ut des, facio ut facias. Sein Trost waren die Ungarn, die einer neuen mitteleuropäischen Kontinentalsperre widerstrebten und keine Lust hatten, sich von den österreichischen Schutzzöllen ausbeuten zu lassen. Die dortigen Freihändler befürchteten von den Schutzzöllen Erschwerung ihres Vieh- und Getreide-Exportes und wollten lieber gar keine Zölle. Die ungarischen Schutzzollinteressenten wollten zwar eine chinesische Mauer, aber sie wollten solche an der Leitha, d. i. gegen Österreich.

---

[1] Über eine Wahlrede des Abgeordneten Schneegans in Buschweiler am 7. Juni 1877 vergl. Schultheß, Geschichtskalender S. 117.

[2] Vergl. oben S. 200 u. zum Folgenden die „Deutsche Revue“ Jahrg. X. Bd. I.

Digitized by Google

Fürst Bismarck hörte Braun's Ausführungen mit Interesse an und versicherte denselben, daß er Österreich liebe, daß das Gewitter von 1866 notwendig gewesen sei, um die Luft zu reinigen, daß er aber auch damals sich der Annexion von Böhmen und Mähren widersetzt und Österreich nichts Unwürdiges zugemutet habe.

„Österreich — so sagte er weiter — konnte den Verlust seiner italienischen Stellung, welche ihm keine Anlehnung gewährte, ohne großen Schmerz schon verwinden. Etwas Andres ist es mit Deutschland. Österreich-Ungarn ist ein eigentümliches Mosaik verschiedener Rassen, Religionen und Völker; deutsche, magyarische, slavische und romanische Stämme wimmeln dort bunt durcheinander. Ist dieses Mosaikbild ganz allein sich selbst überlassen und beginnen dessen einzelne Stifte einander zu stoßen oder zu schieben, so befindet es sich in Gefahr, auseinander zu fallen. Ist es aber an einer dauerhaften Wand angebracht oder auf einem unverrückbaren Boden befestigt, so kann selbst eine Veränderung der mussivischen Zusammenstellung ohne Gefahr sich vollziehen. In dem ersteren Falle führt jede Differenz im Innern auch zu einer Krisis nach außen. Im letzteren dagegen mögen die inneren Fragen in Ruhe und Frieden ihre Verständigung suchen, ohne nach außen zu explodieren. Man denke, was ersteren Fall anlangt an die gegenwärtige Koinzidenz der Ausgleichskrisis und der türkischen Wirren.

Um in solchen schwierigen Fragen nicht mißverstanden zu werden, muß man vor allem sagen, was man *nicht* will. Wir wollen nicht die Wiederherstellung des deutschen Bundestages. Denn er war nur der organisierte Krieg zwischen Österreich und Preußen. Er verleitete Deutschland, sich in die inneren Angelegenheiten des Donau-Reiches einzumischen, und Österreich, sich für jede jämmerliche Kabinettsintrigue im deutschen Bundestags-Wirrwarr zu engagieren. Wir schickten unsern sächsischen Beust und unsern württembergischen Rechberg nach Österreich, und Österreich seinerseits schickte wieder seine Grafen Leiningen und Prinzen Solms nach den „Mittelreichen" von Deutschland. Wir haben beiderseits dabei zu viel Schmerzens- und Lehrgeld bezahlt, um nicht zu sagen: Laß', Vater, genug sein des grausamen Spiels. Es mochte für die Beuste und Rechberge, für die Leiningen und Solmse recht schön sein, aber wir andern, wir „Achivi", sowohl an der Donau und der Theiß, als an dem Rhein, der Isar und der Spree, haben darunter gelitten. Wir wollen ferner auch nicht wieder, wie zur Zeit des seligen Herrn von Bruck, dem Phantom der Zolleinigung nachjagen. Wir haben bei der Münzkonvention schlechte Erfahrungen gemacht, wir haben infolge derselben jetzt die österreichischen Silberthaler auf dem Halse; ihre Einlösung, die im Interesse unsrer Münzreform notwendig ist, wird uns nicht erspart bleiben und eine stattliche Summe Geld kosten. Auch eine Zolleinigung ist unmöglich zwischen zwei Staaten, in welchen Geldumlaufs-, Produktions- und Konsumtions-Verhältnisse so verschieden sind, wie zwischen dem Deutschen Reich und der österreich-ungarischen Monarchie. Etwas Andres ist es dagegen mit Erleichterungen des Grenzverkehrs, welche für beide Teile ebenso erwünscht als praktikabel sind. Wir wollen endlich nicht eine nur vorübergehende Vereinigung ad hoc, etwa zum

Digitized by Google

Zwecke einer Eroberung, wie zur Zeit der schleswig-holsteinischen Krisis. Eine solche Vereinigung ist ohne bleibendes Interesse und kann, wie wir gesehen haben, jeden Tag in ihr Gegenteil umschlagen.

Was beiden Teilen nützlich sein würde, das wäre eine dauernde organische Verbindung, welche weder eine Injektion noch eine Kommixtion, weder eine Fusion noch eine Konfusion, weder eine wirtschaftliche und finanzielle Gemeinschaft noch eine wechselseitige Einmischung in innere Fragen und territoriale oder partikuläre Differenzen anstrebt, sondern alles das auf das bestimmteste und strikteste ausschlösse, welche aber den beiderseitigen gegenwärtigen Besitzstand garantierte und sich zur Aufrechterhaltung des mitteleuropäischen Friedens, zu Schutz und Trutz, mittelst bleibender Institutionen verpflichtete. Damit wäre nicht ausgeschlossen, sondern vielmehr mit inbegriffen eine Reihe von Vereinbarungen zu gleichheitlichen Einrichtungen auf den Gebieten der Rechtspflege, der Gesetzgebung, der Verwaltung sowie der wirtschaftlichen und sozialpolitischen Dinge, eine Zusammenwirkung, welche ohne Zweifel sehr segensreich sein könnte zwischen zwei Gemeinwesen, welche so sehr berufen sind, einander zu ergänzen."

Auf Braun's handelspolitische Auseinandersetzungen gab der Fürst demselben außer dem im obigen Wiedergegebenen keine Antwort. Er kannte denselben als entschiedenen Freihändler und als Anhänger der Volkswirtschafts-, Zoll- und Handespolitik Delbrück's. Er hatte aus diesem Grunde keine Neigung, sich damals, 1877, mit Braun auf eine eingehende Erörterung volkswirtschaftlicher Dinge einzulassen. Der vormalige württembergische Minister Freiherr von Varnbüler-Hemmingen besaß damals schon sein Ohr in dergleichen Angelegenheiten. Jedenfalls aber machten die damaligen Äußerungen des Fürsten auf Braun wenigstens den Eindruck, daß er trotz seiner Vorliebe für Österreich und seiner Überzeugung von der Notwendigkeit, in der großen Politik Hand in Hand mit demselben zu gehen, doch die Idee eines mitteleuropäischen Siebzig-Millionen Reiches oder eines dem entsprechenden österreich-deutschen Zollvereins (nebst Kontinentalsperre) auf das entschiedenste repudiierte.

Über Rußland bemerkte Bismarck noch: „Ich glaube nicht, daß das Testament Peters des Großen apokryph ist. Jedenfalls giebt es in Rußland noch Leute, welche demselben anhängen und welche Rußland immer mehr nach Westeuropa wollen vordringen lassen, wo es sich doch nichts holen kann, als den Nihilismus und ähnliche Krankheiten, welche auch mit einer „heiligen Allianz" nicht zu kurieren wären. Seine Aufgabe ist in Asien. Dort repräsentiert es den Kulturfortschritt [1])." —

Am 30. Dezember 1877 teilte die „National-Zeitung" mit, Herr von Bennigsen sei tags vorher, von Varzin kommend, auf seiner Rückreise nach Hannover

[1]) Karl Braun erinnerte sich, fast wörtlich dasselbe vor etwa 50 Jahren in Ludwig Börne's gesammelten Schriften, Bd. VII. Seite 110, „Fragmente und Aphorismen", Nr. 292, gelesen zu haben.

Digitized by Google

durch Berlin passiert [1]). „Nach dem, was über das Ergebnis der zu Varzin gepflogenen Verhandlungen verlautet, steht eine Lösung der obschwebenden Krisis weder in den wenigen Tagen dieses Jahres noch zu Anfang des nächsten in Aussicht. Als positiv kann jedoch gelten, daß Fürst Bismarck an der Notwendigkeit der Hereinziehung von Elementen festhält, welche eine unmittelbare Fühlung mit der Mehrheit der Volksvertretung repräsentieren. Die Einladung, welche von seiten des Fürsten Reichskanzlers an Herrn von Bennigsen erging, war in einem eingehenden Schreiben erfolgt, das in der entgegenkommendsten und herzlichsten Weise abgefaßt war [2]). Herr von Bennigsen erhielt das Schreiben am Tage der Schlußsitzung des Abgeordnetenhauses. Kurz vorher war ein Kabinettskurier Sr. Majestät des Kaisers mit geheimen Depeschen an den Reichskanzler abgegangen."

In Varzin sollte die Einigung über die Personenfrage erzielt werden [3]); die neuen organischen Veränderungen, welche Bismarck nach dem Abgange Delbrück's für notwendig hielt, scheinen schon früher erörtert worden zu sein. Wenigstens verlautete, Bennigsen sei infolge seiner Unterredung mit Bismarck am 10. oder 11. April 1877 von dem letzteren zu der vertraulichen Mitteilung an seine Fraktionsgenossen ermächtigt worden, daß in Bälde das Reichs-Finanzamt mit dem preußischen Finanzministerium vereinigt werden und der preußische Finanzminister der geborene Reichskanzler-Amts-Präsident sein sollte.

So viel auch darüber geschrieben worden ist [4]), der wahre Sachverhalt der Varziner Verhandlungen und der Minister-Kombination Bennigsen's ist bis heute noch nicht aufgeklärt. Fürst Bismarck selber hat in einem Privatgespräch sich dahin geäußert: Zur Zeit der Varziner Verhandlungen habe er sehr gern mit den National-

[1]) Bereits Ende Juli 1877 hatte Bennigsen nach der Rückkehr aus Italien einen Besuch in Varzin gemacht. Vergl. die „Post" vom 28. Juli 1877, Nr. 189.

[2]) Dasselbe datierte vom 19. Dezember 1877.

[3]) Diesem Gedanken gab Bennigsen auch in der Reichstagsrede vom 13. April 1877 Ausdruck. Infolgedessen widersetzten sich die Nationalliberalen auf ausdrücklichen Wunsch des Fürsten dem Antrag der Fortschrittspartei — der deshalb gar nicht eingebracht wurde — auf Vorlegung eines Ministerverantwortlichkeitsgesetzes.

[4]) Vergl. darüber die „Vossische Zeitung" vom 4. Januar 1878, Nr. 3: Die Varziner Verhandlungen; 15. Januar 1878, Nr. 12: Stellung der Fortschrittspartei dazu; 13. Oktober 1881, Nr. 478: Weshalb Bennigsen nicht Minister' wurde; 14. Oktober 1881, Nr. 480: Noch einmal die Ministerkandidatur Bennigsen's; 25. Oktober 1881, Nr. 498: Die Verhandlungen zwischen Bismarck und Bennigsen; 1. November 1881, Nr. 510: Noch einmal Bismarck und Bennigsen; 10. April 1884, Nr. 172: Gewinnung Bennigsen's zum Eintritt in das Ministerium; 12. April 1884, Nr. 174: Gewinnung Bennigsen's und Miquel's zum Eintritt in das Ministerium; die „Post" vom 30. und 31. Dezember 1877, Nr. 343 und 344: Varziner Zusammenkunft und Äußerungen des „Hannoverschen Couriers" darüber vom 4. Januar 1878, Nr. 3. Äußerung der „Tribüne", Beziehungen Bismarck's zu den Nationalliberalen; 5., 8. und 10. Januar 1878, Nr. 4, 7, 9. Äußerungen verschiedener Tagesblätter („Hannoverscher Courier," „Volkszeitung" „Times") über die Varziner Verhandlungen; 22. März 1878, Nr. 80: Der Reichskanzler und die Nationalliberalen; 1. Mai 1878, Nr. 118: Äußerungen der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" über das gescheiterte Eintreten Bennigsen's in das Ministerium; s. auch die „Post" 1881, Nr. 279, 281, 282, 289 und 1883, Nr. 25.

Digitized by Google

liberalen eine engere Verbindung schaffen wollen, er habe aber nur ein Ministerium offen gehabt und das habe er Bennigsen angeboten. Forckenbeck's Ernennung zum Minister [1]), welchen die Liberalen immer vorgeschoben hätten, sei ihm absolut unmöglich gewesen, der Kaiser sei nicht geneigt gewesen, mehr als einen Minister zu wechseln. Wir werden auf diese Varziner Verhandlungen unten noch mehrmals zurückkommen und schließen auch diesen Abschnitt mit der Wiedergabe einiger Briefe, welche der Reichstagsabgeordnete Hölder während unsrer Session aus der Reichshauptstadt an die Seinigen gerichtet hat.

Berlin, den 27. Februar 1877.

Gestern gegen 1 Uhr bin ich glücklich hier angekommen. Morgen soll ein feierliches Fraktionsessen sein, dem wir anwohnen werden. Ich sehe viele neue Gesichter, wurde von den alten Bekannten freundlich begrüßt.

Die Geschäfte sind noch nicht im Gang und werden erst ordentlich betrieben werden, wenn der preußische Landtag aus ist. Zur Zeit streiten sich noch die Fraktionen im Reichstag darüber, wie viele Mitglieder jede in die Kommissionen zu stellen hat.

Berlin, den 18. März 1877.

Vor einigen Tagen war ich Abends zur Soiree beim Kaiser eingeladen. Es waren etwa 200 Personen der höchsten Gesellschaft da, und es fand ein schönes Hofkonzert statt, dessen Programm ich beilege. Der Flügel und die Sängerinnen waren in der Mitte eines großen runden Saales postirt, um welchen kleinere Tische standen, an denen sich die Gesellschaft niederließ. Auf zwei Seiten des Saales schlossen sich breite Räume viereckig an. An den Tischen wurde nachher soupirt. Einfach, auf dem Tischteppich ohne Tischtuch. Weinflaschen waren keine aufgestellt, sondern die Diener boten kleine Weingläser auf Brettern an, nachher ebenso Champagner. Ich konnte zu einem Glas Wein und zwei Kelchen Champagner gelangen. Ich rief einmal einen Diener um weiteren Wein, ohne Erfolg. Nachher präsentirte man Gläser mit Wasser. Der Kaiser ging freundlich an den Tischen herum, und richtete auch an den unseren einige wohlwollende Worte.

---

[1]) Über den Eintritt Forckenbeck's in das Ministerium vergl. Wiermann a. a. O. S. 243—248. Der Abgeordnete Dr. Friedrich Boetticher schreibt hierüber: „In der nationalliberalen Partei hatten sich schon damals bedenkliche Meinungsverschiedenheiten gezeigt, namentlich auch eine gewisse Verstimmung gegen das Vorwiegen des Hannoveranertums. Unter diesen Umständen war es begreiflich, daß Bennigsen fest erklärte, nur mit Forckenbeck zusammen in die Regierung eintreten zu wollen. Diese Personenfrage und mehr wohl noch die von Forckenbeck gestellten Bedingungen waren es nun allem Anscheine nach, was die Angelegenheit für die nächste Zeit ins Stocken brachte." Die „Hamburger Nachrichten" brachten am 26. Mai 1891 einen auf unsre Frage bezüglichen Artikel, worin es heißt: Herr von Bennigsen stellte die Bedingung, daß die Herren Forckenbeck und Stauffenberg mit in das Kabinett einträten. Diese Bedingung zu erfüllen, war nicht möglich, da der König sich nicht dazu entschließen konnte, zwei Minister zu entlassen, um sie durch so avancierte Politiker zu ersetzen. Der König war entschieden gegen die Idee, der nationalliberalen Fraktion in dieser Weise das Ministerium einzuräumen, und verbot weitere Verhandlungen.

Digitized by Google

Auf morgen bin ich zum Prinzen August von Württemberg, auf Dienstag zu dem württembergischen Gesandten Freiherrn von Spitzemberg zum Diner geladen. An Einladungen fehlt es also nicht. — Gestern Abend war ich zur parlamentarischen Soiree bei Bismarck. Daneben drängen sich die Geschäfte: Fraktions-, Plenar- und Kommissions-Sitzungen. Die Budgetkommission hält häufig Abends von $7\frac{1}{2}$—11 Uhr Sitzung; solche strenge Arbeit sind wir nicht gewöhnt. — Dabei erlebt man manches Interessante. So verkehrte ich schon öfter mit Elsässern. Die sogenannten elsässer Autonomisten, die fünf Abgeordnete durchgesetzt haben, werden offenbar vom deutschen Leben angezogen, sind ihm auch wohl schon gewonnen. Drei derselben sind in unserer Fraktion erschienen, um ihre Wünsche vorzutragen. Der bedeutendste unter ihnen, Schneegans, sprach das schöne Wort in seinem Vortrag: Wir erscheinen bei Ihnen „als deutsche Abgeordnete eines deutschen Landes".

Nächsten Samstag werden wohl unsere Arbeiten bis nach Ostern vertagt werden, wir hoffen auf eine Vakanz von immerhin 10 Tagen. Nachher dürfte der Reichstag bis Anfang Mai fortdauern.

Berlin, den 21. März 1877.

Ich schreibe Dir diesen Brief inmitten des harten Kampfes über den Sitz des Reichsgerichts. Derselbe wird wohl zu Gunsten Leipzigs gegen Berlin entschieden werden. Dies entspricht auch meiner Ansicht; allein die extremen Nationalen sind leidenschaftlich für Berlin und an Vorwürfen herüber und hinüber wird es nicht fehlen.

Berlin, den 23. April 1877.

Nach dem Stande unserer Geschäfte und den Absichten in maßgebenden Kreisen dürfte auch der Schluß des Reichstags in der übernächsten Woche etwa bis zum Himmelfahrtsfest möglich sein.

Heute gingen endlich unsere Arbeiten in der Budgetkommission zu Ende, was mir eine große Erleichterung gewährt, da wir sehr viele Abendsitzungen hatten und dadurch meine freie Zeit sehr beschränkt war.

Im Reichstag tobt gegenwärtig der Kampf zwischen Freihändlern und Schutzzöllnern. Mir stehen diese Fragen ziemlich ferne. Allein den extremen Theorien der Freihändler kann ich nicht beitreten. In etwas scheint die bisher entschieden freihändlerische Reichsregierung einlenken zu wollen, und da regnet es natürlich, wenn auch in höflicher Form, Vorwürfe herüber und hinüber.

Mit dem Jahre 1878 erweitern sich die Aufzeichnungen des Abgeordneten Hölder zu einem ausführlichen Tagebuch. Bevor ich Mittheilungen daraus mache, will ich die Gesichtspunkte mittheilen, die den Abgeordneten Hölder bei Abfassung seiner Erinnerungen geleitet haben und die derselbe in der Einleitung zu seinem Tagebuch niedergelegt hat. Derselbe schreibt:

Stuttgart, den 12. Juli 1877.

Freunde haben mich schon wiederholt aufgefordert, Vorkommnisse meines politischen Lebens aufzuzeichnen, weil solche Aufzeichnungen meinen Angehörigen

Digitized by Google

in späterer Zeit von Interesse sein könnten. Ich mußte die Berechtigung dieser Anschauung in der Voraussetzung eines freundlichen Andenkens anerkennen. Manches habe ich auch erlebt und erfahren, was einen willkommenen Beitrag zu einer Spezialgeschichte meines engeren Vaterlandes abgeben mag; denn ich habe mich schon oft darüber gewundert, wie rasch die Erinnerung an interessante Entwickelungen verloren geht, wie schnell die Menschen wegsterben, welche allein in der Lage wären, über die innere Geschichte so mancher Vorgänge Auskunft zu geben, und wie mit ihnen die Möglichkeit einer vollkommenen Aufklärung überhaupt dahinstirbt. Endlich entspricht es meinem eigenen Wesen, jetzt, wo ich mich den Grenzen des Alters nähere, für mich selbst den Gang meiner Entwickelung und Erlebnisse zu fixieren und damit zu einem gewissen Abschlusse zu bringen. Da ich mich aber zu einer größeren Arbeit schwer entschließen kann, so wage ich mich nicht an eine Selbstbiographie. An eine solche werden mit Recht größere Anforderungen gestellt, als an bloße Notizen, und ich müßte mit ziemlichem Zeitaufwand aus meinen gänzlich ungeordneten Sammlungen von Aktenstücken, Briefen, Zeitungsnotizen u. s. f. sowie aus den Tageblättern der betreffenden Jahre das Material sammeln, um alles mit der wünschenswerthen Genauigkeit und relativen Vollständigkeit wiederzugeben.

So habe ich mich denn entschlossen, statt eine Selbstbiographie zu unternehmen, Tagebuch-Aufzeichnungen zu machen, um wenigstens von jetzt an dasjenige zu fixieren, dessen Erinnerung mir selbst, meinen dereinstigen Hinterbliebenen und je zuweilen vielleicht auch für den Gang der politischen Dinge in Württemberg von Interesse sein mag. Dabei behalte ich mir vor, in freier Weise, wie sich Veranlassung und Zeit dafür darbietet, Erinnerungen aus meinem bisherigen Leben einzuschalten. Wenn Glück und eigener Fleiß günstig sind, könnten sich so am Ende doch die wesentlichsten Elemente meines bisherigen Lebensganges zusammenfinden. Der allgemeine Rahmen für letzteren findet sich in den Notizen des Parlaments-Almanachs und in dem meine Person betreffenden Artikel des bei Brockhaus erschienenen Konversationslexikons der Gegenwart, den ich durchgesehen und ergänzt habe.

Ich werde mich bei meinen Aufzeichnungen strengster Unparteilichkeit und möglichster Objektivität befleißigen. Allein trotzdem müssen ja derartige Notizen den subjektiven Charakter an sich tragen, ganz abgesehen davon, daß sie neben Thatsächlichem auch eigene Ansichten und Anschauungen enthalten werden und enthalten sollen. Sollte ich daher ohne meine Schuld dem einen oder anderen Manne Unrecht thun, so will ich es zum Voraus abbitten.

Und so will ich denn in Hoffnung der erforderlichen Ausdauer und einer glücklichen Hand mit denselben beginnen.

Die erste Stelle des Tagebuchs, welche uns sogleich interessiert, ist die folgende:

Stuttgart, den 20. Januar 1878.

Eine Bismarck befreundete, dem Bundesrat angehörige Persönlichkeit hat sich mir gegenüber gestern in folgender Weise geäußert: Bismarck sei in Varzin

Digitized by Google

sehr angegriffen; um Neujahr habe er noch zu Bett gelegen und werde sobald im Reichstag nicht erscheinen können. Solange der Kaiser lebe, werde dieser wesentlichen Änderungen im Reichsorganismus nicht zustimmen. Was die nationalliberalen Blätter von Änderungsplänen brächten, die Bismarck mit Bennigsen verabredet, sei Schwindel; es seien nichts als die Wünsche dieser Partei. Wie könne man glauben, daß Bismarck durch Lasker und Friedberg einen Plan ausarbeiten lasse, da doch Bismarck Lasker nicht ausstehen könne. Das wäre etwas Schönes, wenn der preußische Finanzminister zugleich der des Reichs wäre[1]), wo die Interessen so oft kollidierten, oder wenn gar der preußische Eisenbahnminister gleichzeitig der Präsident des Reichs-Eisenbahn-Amts wäre. Wenn dies im Wege einer Verfassungsänderung verlangt würde, würden die 14 Stimmen im Bundesrat dagegen sein. Führe es der Kaiser bloß thatsächlich aus, könne man nichts machen, dann habe es aber auch keine so große Gefahr. Preußischer Partikularismus hemme allerdings oft die Reichsbehörden; ob aber dies die rechte Abhülfe sei, daß man den preußischen Partikularismus an die Spitze der Reichsämter stelle, sei doch die Frage. In einigen andern Branchen wäre die Sache weniger gefährlich. Allein diesen Tendenzen gegenüber müsse doch einmal das Verlangen einer staatsrechtlichen Instanz erhoben werden, bei der gegen Übergriffe gegen die Reichsverfassung Hülfe gesucht werden könne. Freilich werde die Hoffnung auf eine solche durch das Erkenntniß des Appellationsgerichts Lübeck in dem preußisch-sächsischen Eisenbahnstreit sehr herabgedrückt werden, doch sei etwas besser als nichts.

Eine der deutschen Bundesregierungen habe einmal bei dem Staatssekretär des Reichs-Justizamts Dr. Friedberg in Anregung gebracht, die Reichsorgane sollten doch über die Ausführungsgesetze der einzelnen Staaten zu den Justizgesetzen kognoscieren, und zwar so lange dieselben noch Entwürfe seien. Friedberg sei ganz einverstanden gewesen; dessen Ansinnen, der betreffende Bundesstaat solle die Initiative durch einen Antrag ergreifen, habe aber die Regierung desselben abgelehnt, dafür aber *ihre* Entwürfe mit kurzem Begleitschreiben an Friedberg eingeschickt. Einige Wochen darauf sei ein von Bismarck selbst unterzeichnetes Cirkularschreiben an die Bundesregierungen ergangen, worin dieselben mit Berufung auf den Vorgang des betreffenden Staates um dasselbe ersucht wurden. Bismarck habe, wie er (Hölder) erfahren, deshalb selbst unterzeichnen müssen, weil Leonhardt als preußischer Justizminister die Vorlegung verweigert habe!

Im Zusammenhang mit dem dem Bundesrath bald darauf vorgelegten Gesetz-Entwurf, betreffend die Stellvertretung des Reichskanzlers, erfuhr Hölder noch, Fürst Bismarck habe dem König von Bayern seiner Zeit versprochen, keine Reichsministerien einzuführen. Bestätigt sich diese Nachricht, so lag es klar, daß Bismarck, um dem allgemein anerkannten Bedürfniß zu entsprechen, sich mit dem oben erwähnten Gesetz behelfen mußte.

[1]) Vergl. hierüber oben S. 254.

Digitized by Google

XIII. Abschnitt.

Die zweite Session der III. Legislatur-Periode des Reichstags.

(6. Februar — 24. Mai 1878.)

In der zweiten Session der III. Legislatur-Periode legte Bismarck dem Reichstag einen großangelegten Finanzplan vor, der sich aus der Besteuerung der Börsenpapiere und Lotterielose, der Regelung des Spielkartenstempels und der Erhöhung der Einheitssätze der Tabaksteuer zusammensetzte. Eine lebhafte außerparlamentarische Unterstützung erfuhren die Steuerpläne des Kanzlers durch den Freiherrn von Varnbüler[1]), auf den derselbe durch zwei Artikel aufmerksam geworden war, die dieser Abgeordnete am 14. und 15. September 1877 in der „Post" veröffentlicht hatte. Der erste betraf den von Preußen ausgehenden Vorschlag, gewisse Stempel- und die Erbschaftssteuer, die bisher von den Bundesstaaten erhoben worden waren, für das Reich in Anspruch zu nehmen. Varnbüler sprach sich lebhaft gegen dieses Finanzprojekt aus, einerseits wegen seines kleinlichen Zuschnittes, anderseits weil es in die Budgets der Einzelstaaten zu empfindlich eingreifen würde. In dem zweiten Artikel betonte er die Notwendigkeit, für das Reich neue erhebliche Einnahmequellen zu schaffen. Da eine Tabaksbesteuerung augenblicklich keine Aussicht auf Erfolg hatte, so empfahl Varnbüler eine Erhöhung resp. Wiederherstellung der Zölle auf Petroleum, rohen Kaffee, Kaffee-Surrogate, Thee, Getreide (0,20 Mark), Mehl, Vieh, Fleisch, Wein, begleitet von einer mäßigen Abgabe aller in das Ausland gehenden Sendungen als Entgelt für die statistische Erhebung derselben. Eine Berechnung der Zölle aus den erwähnten Quellen ergab eine Gesamteinnahme von 36 242 895 Mark, die Varnbüler zu erreichen hoffte, ohne Beeinträchtigung der Einnahmen der Einzelstaaten, ohne jeden Eingriff in ihre Finanzverhältnisse, ohne Steigerung des Verwaltungsapparates.

Entschiedener noch ging Varnbüler bereits auf sein Ziel los in einem „Post"-Artikel vom 30. April 1878 (Nr. 117). Anzustreben sei, daß das Reich mit seinen eigenen Einnahmen seine Ausgaben decke; das Reich vermöge leicht ohne volkswirtschaftlichen Nachteil mehrere hundert Millionen mehr als bisher aufzubringen; da die Steuerkräfte der einzelnen Staaten überspannt seien, so müßten denselben Ersparungen zu teil werden, sei es durch den Wegfall der Matrikularbeiträge oder durch effektive Zuschüsse seitens des Reichs. Über die Konsequenzen der dadurch veränderten Bilanzen hätte die Regierung den Volksvertretungen Vorschläge zu machen[2]). Die eigenen Einnahmen solle sich das Reich haupt-

[1]) Vergl. oben S. 240.

[2]) Pflicht des Reichstags sei es nur, sein Budgetrecht aufrecht zu erhalten; dagegen liege es außerhalb seines Berufes, hierbei in das staatsrechtliche Gebiet des Einzelstaates einzutreten (Frage der konstitutionellen Garantien). „Post" vom 7. März 1878, Nr. 59.

Digitized by Google

sächlich aus dem Tabak schaffen, entweder durch Einführung der Fabrikatsteuer oder durch das Monopol, welch letzteres sich am meisten empfehle[1]).

Mit handelspolitischen Vorlagen wurde der Reichstag in dieser Session noch nicht befaßt; wir sind aber gleichwohl bereits bei dem Zeitpunkte angelangt, da die Zolltarif-Reform die erste greifbare Gestalt annahm. Dabei ist es bezeichnend, daß die beiden wichtigsten Vorarbeiten des neuen Zolltarifs das Licht der Welt nicht in den Ministerialbüreaus erblickten, vielmehr das Resultat der Privatarbeit von Reichstagsabgeordneten waren. Ich habe hierbei im Auge den von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Hermann Grothe[2]) gemeinschaftlich mit dem Regierungsrat Beutner ausgearbeiteten autonomen deutschen Zolltarif[3]) und dem von dem Abgeordneten A. Lohren[4]) ausgearbeiteten „Entwurf eines Zolltarifs für landwirtschaftliche Produkte[5])." Dieser letztere Entwurf wurde am 15. Februar 1878 durch A. Niendorf im Kongresse der Steuer- und Wirtschaftsreformer eingebracht. Lohren sollte denselben selbst dort verteidigen; er lehnte jedoch ab, dieser Einladung zu entsprechen. Die Versammlung beschloß, den Entwurf ihrem Ausschusse zu überweisen, und letzteren zu ermächtigen, durch Hinzuziehung von Fachleuten sich zu verstärken[6]).

Am 5. März 1878 wurde der revidierte Zolltarif-Entwurf von dem Ausschuß des Vereins der Steuer- und Wirtschaftsreformer dem Fürsten Bismarck und dem Reichstag übermittelt[7]).

---

[1]) „Post"-Artikel des Freiherrn von Varnbüler vom 1. März 1878, Nr. 59. Vergl. auch dessen fernere Artikel in der „Post" vom 9. April 1878, Nr. 98: „Zur Einführung und Verwaltung der Tabaksregie" (von Varnbüler empfahl hier für Deutschland die Einführung des Tabakmonopols mit Regie durch das Reich) und vom 2. Mai 1878, Nr. 119, „Die vorgeblichen Nachtseiten des Tabakmonopols" (Polemik Varnbüler's mit der Nr. 195 der „National-Zeitung").

[2]) Grothe, Hermann, Dr. phil., Ingenieur und General-Direktor in Berlin. Geboren den 30. März 1839 zu Salzwedel (evangelisch). Ingenieur für Fabrikbauten, Dozent der mechanischen Technologie (1868–1873) und der Königlichen Gewerbeakademie zu Berlin, Ausstellungskommissar und Berichterstatter (priv. und offiz.), Redakteur der „Polyt. Zeitung". Verfasser mehrerer volkswirtschaftlicher Schriften (nat.-lib., in wirtschaftlichen Fragen gemäßigt-schutzzöllnerisch).

[3]) Der volle Titel desselben (März 1878 im Drucke erschienen) lautet: Revidierter Entwurf eines autonomen Zolltarifs für das Deutsche Reich. Im Auftrag und auf Grund der Beratungen und Beschlüsse des Central-Verbandes deutscher Industrieller ausgearbeitet von Dr. Hermann Grothe, Ingenieur und Reichstagsabgeordneter, und G. F. Beutner, Regierungsrat a. D. Berlin 1878. Druck von F. A. Günther Sohn, Berlin.

[4]) Vergl. oben S. 217.

[5]) Am 30. Dezember 1877 übersandte Lohren diesen Entwurf dem Fürsten Bismarck mit einem längeren Begleitschreiben, welches sich abgedruckt findet in Lohren's Werke „Das System des Schutzes nationaler Arbeit". Potsdam 1880, S. 80–89.

[6]) Vergl. den Bericht über die Verhandlungen der General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 14. und 15. Februar 1878. Berlin 1878. S. 40 und 45.

[7]) A. a. O. S. 85.

Digitized by Google

In der reorganisierten konservativen Partei trat der Abgeordnete von Helldorf[1]) mit seinem ganzen Ansehen für eine entschiedene Stellungnahme für die Zoll- und Steuerpolitik des Kanzlers ein. Aus dieser Zeit stammen die ersten weiteren Beziehungen dieses Abgeordneten zu Bismarck.

War es schon vorher ein Hauptgesichtspunkt der Thätigkeit Helldorff's die konservative Partei aus dem engen Rahmen altpreußischer Auffassung auf den Boden einer weitsichtigeren Reichspolitik zu stellen und die Schwierigkeit zu überwinden, die sich aus der Verstimmung zwischen Bismarck und den preußischen Konservativen (Kreisordnung und Schulaufsichtsgesetz) gebildet hatten, so kam es jetzt darauf an, auf ein richtiges Vertrauensverhältnis zwischen dem Reichskanzler und den Konservativen hinzuarbeiten. Helldorff glaubte seinen Teil dazu beizutragen, indem er auf die Aussöhnung der Deklaranten mit Bismarck hinwirkte.

Auch auf die Aussöhnung von Bismarck mit Kleist-Retzow mag sein Bemühen nicht ohne Erfolg gewesen sein.

Die elsaß-lothringischen Verhältnisse[2]) kamen in der zweiten Session der III. Legislatur-Periode mehrmals[3]), die Verfassungsfrage besonders bei Anlaß des Stellvertretungsgesetzes des Reichskanzlers zur Sprache (8. März 1878).

Bei Vorbesprechung der letzteren vertrat Schneegans bei seinen engeren Parteigenossen die Ansicht, daß die Gelegenheit wahrzunehmen sei, um in irgend einer Weise die noch unerfüllten Forderungen zur Sprache zu bringen.

An einen sofortigen praktischen Erfolg dachte Schneegans dabei nicht, wohl aber daran, daß die elsaß-lothringische Verfassungsfrage dadurch wieder auf die Tagesordnung gebracht und der Aufmerksamkeit der in Betracht kommen könnenden Kreise wieder näher gerückt würde. Schneegans hegte dabei die Hoffnung, daß der Reichskanzler selbst sich veranlaßt fühlen würde, das Wort zu ergreifen, um die ihm im Laufe des Vorjahres und neuerdings wieder in den parlamentarischen Soireen persönlich gemachten Eröffnungen und Ermutigungen vor dem Reichstage zu wiederholen. Im Einverständnis mit seinen engeren elsässischen Parteifreunden brachte Schneegans zunächst folgenden Zusatzantrag zu dem Stellvertretungsgesetz ein:

Der Reichstag wolle beschließen, am Ende des § 2 folgenden Zusatz beizufügen:

„Der Stellvertreter des Reichskanzlers für Elsaß-Lothringen hat seinen Amtssitz in Straßburg."

---

[1]) Vergl. oben S. 154.

[2]) Vergl. oben S. 250.

[3]) Ich verweise insbesondere auf die Reichstagsverhandlung, betreffend die Interpellation des oberelsässischen Abgeordneten Winterer wegen des Verbotes eines projektierten kirchlichen Wochenblattes „Der Elsässer", Stenogr. Verh. S. 237. Vergl. auch den Konflikt zwischen den Abgeordneten Schneegans und Frhrn. von Schorlemer-Alst, S. 252 u. 253.

Digitized by Google

Dieses Amendement wurde von dem Abgeordneten Schneegans namens seiner politischen Freunde zunächst in einer Fraktionssitzung der nationalliberalen Partei (4. März) erörtert, und es gelang dem Redner, die Abgeordneten von Stauffenberg, von Puttkamer und Lasker davon zu überzeugen, daß die ganze Entwickelung zu neuen Reformen in Elsaß-Lothringen dränge[1]). Nur meinten dieselben, für den Augenblick stehe die Neuordnung der inneren Reichsangelegenheiten weit über allem andern, auch über der elsaß-lothringischen Frage, und es scheine darum der Zeitpunkt, um letztere im Plenum des Reichstags zu erörtern, schlecht gewählt.

Bei dieser Sachlage beschloß Schneegans, nach vorheriger Besprechung mit seinen Kollegen, an Stelle der eingehenden Auseinandersetzung, wie dieselbe vor der nationalliberalen Fraktion stattgefunden hatte, eine kurze, so knapp als möglich gehaltene Reichstagsrede treten zu lassen, welche nur den einzigen Zweck haben sollte, die Regierung und womöglich den Reichskanzler selbst zu veranlassen, seinen Standpunkt darzulegen.

Schneegans kam im Reichstag am 8. März 1878 zum Wort, und er hatte das Glück, den Reichskanzler zu der erhofften Stellungnahme gegenüber den geäußerten Wünschen zu veranlassen[2]). Zwar wurde in der entscheidenden Sitzung das oben erwähnte Schneegans'sche Amendement abgelehnt, dafür war es aber gelungen, vom Reichskanzler die Zusicherung zu erhalten, daß die Entwickelung der elsaß-lothringischen Verfassungsverhältnisse im Sinne der Autonomie als eine auf der Tagesordnung stehende Frage behandelt werde, und daß die Regierung sich den zur Sprache gebrachten Bestrebungen in dieser Richtung wohlwollend anschließe.

Der Abgeordnete Schneegans hatte sich im Reichstag schon zum Worte gemeldet und mußte jeden Augenblick gewärtig sein, daß ihm dasselbe erteilt würde, als sein Kollege, der Abgeordnete Bergmann (Straßburg-Stadt) zu ihm trat und ihm mitteilte, der Geheime Rat Tiedemann, Chef der Reichskanzlei, habe ihn soeben im Auftrage des Reichskanzlers rufen lassen und ihm folgende Eröffnung gemacht: Fürst Bismarck werde den elsässischen Antragstellern antworten und ihr Amendement im wesentlichen unterstützen; der Kanzler sei der Ansicht, daß die beste Lösung der Frage darin bestehe, daß der jeweilige Kronprinz des Deutschen Reichs dort die „Souveränität" im Namen des Kaisers ausübe; der Kanzler stelle anheim, die elsaß-lothringische Verfassungsfrage in dieser Richtung und in dieser ganz konkreten Form bei Besprechung des Amendements zur Sprache zu bringen. Der Abgeordnete Bergmann bat Schneegans, sich mit ihm sofort zu dem Geheimen Rat Tiedemann zu begeben, um das Nähere zu besprechen. Da der Abgeordnete Schneegans aber jeden Augenblick gewärtig sein mußte, vom Reichstagspräsidenten das Wort zur Unterstützung seines An-

[1]) Die betreffende Rede des Abgeordneten Schneegans findet sich abgedruckt im „Elsässer Journal" vom 13. März 1878, Nr. 61.

[2]) Bezüglich beider Reden darf auf die Stenogr. Berichte S. 395 f. verwiesen werden.

Digitized by Google

trages zu erhalten, so bedauerte er, dem Wunsche seines Kollegen nicht entsprechen zu können.

So sympathisch ihm die vorgeschlagene Lösung war, so glaubte er überdies doch nicht das Recht zu haben, als Abgeordneter im Namen seiner politischen Freunde zu sprechen, ohne dieselben vorher davon benachrichtigt und ihre Meinung eingeholt zu haben.

Es wird nach Kenntnis dieses Zwischenfalls angenommen werden dürfen, daß, wenn Fürst Bismarck in seiner Reichstagsrede vom 8. März 1878 davon sprach, daß die Wahl des Statthalters auf eine Person fallen könnte, „die sich eines ganz ausnahmsweisen Vertrauens bei dem Träger der landesherrlichen Rechte, Seiner Majestät dem Kaiser, erfreut," darunter der Kronprinz des Deutschen Reichs zu verstehen war.

Der Name des Kronprinzen war schon früher, am Ende des Jahres 1877, von andrer Seite mit den elsaß-lothringischen Reformplänen in Verbindung gebracht worden; auch der Reichskanzler hatte diese Lösung gelegentlich erwähnt, und während der Kaiserreise wurde sie in Straßburg lebhaft besprochen. Nunmehr wurde dieselbe zum erstenmal, wenn auch verhüllt, vom Regierungstische aus proklamiert.

Nach Beendigung der Reichstagsdebatte über das Stellvertretungsgesetz hatte der Abgeordnete Schneegans mehrmals noch Gelegenheit, den Fürsten Bismarck zu sehen; am Sonnabend, den 9. März, bei der letzten parlamentarischen Soiree des Reichskanzlers, wiederholte der Fürst ihm gegenüber die schon im Reichstage abgegebene Erklärung, daß er mit der dortigen Bevölkerung den Zeitpunkt herbei sehne, an dem es möglich sein werde, dem Reichslande eine eigene Landesvertretung und eine eigene Regierung mit dem Sitze in Straßburg geben zu können. Der Reichskanzler kam dabei wiederholt auf das Kronprinzenprojekt zu sprechen und betonte, daß dies die beste Lösung wäre; er möchte aus Elsaß-Lothringen ein deutsches Dauphiné machen, in welchem der jeweilige Kronprinz sich mit der Führung der Geschäfte vertraut machen könnte, wo er einen, wenn auch beschränkten Wirkungskreis finden würde, der ihm später bei der Thronbesteigung von Nutzen wäre.

In der Presse kamen damals die verschiedensten Meinungen zum Ausdruck; man sprach von „Kaiserlichem Kronland", von „Kaiserland", von „Großherzogtum"; das eigentliche „Kronprinzenprojekt" schien aber weitaus die größten Sympathien zu haben.

In diese Zeit (2. April, nachmittags 2 Uhr) fällt eine Besprechung, welche die unterelsässischen Abgeordneten Bergmann, North und Schneegans mit dem Fürsten Bismarck hatten. Der Abgeordnete für Straßburg, Bergmann, nahm zuerst das Wort, um dem Reichskanzler zu sagen, daß das Kronprinzenprojekt vielen Anklang gefunden habe; es frage sich, wie demselben näher getreten werden könne.

Fürst Bismarck antwortete ungefähr Folgendes:

Digitized by Google

„Ich habe die Meinung des Kaisers über die Frage noch nicht eingeholt[1]). Es ist mir also schwer, Ihnen einen Rat zu erteilen. Sie müssen selbst aus den Verhältnissen den richtigen Weg erkennen, der Sie zum Ziele führt. Wie Sie wissen, ist die Frage der Ernennung des Kronprinzen zum Souverän von Elsaß-Lothringen durch die Presse verschiedentlich angeregt worden. Es sind diese Artikel aber insofern nicht ganz richtig, als darin von einer Statthalterschaft des Kaisers durch den Kronprinzen die Rede war; eine solche Statthalterschaft ist aber nicht beabsichtigt; es würde Sie dies auch nicht weiter führen. Wenn man Erbstatthalterschaft gesagt hätte, so wäre das richtiger gewesen; denn der Kronprinz soll Ihr Landesherr, Ihr Souverän sein: er soll die Maßregeln treffen, die jetzt der Kaiser trifft, und zwar soll er sie im Lande selbst treffen. Man hat dagegen geltend gemacht, daß der Kronprinz nicht in Elsaß-Lothringen wohnen kann, da er auch Kronprinz von Preußen ist; aber er brauchte ja auch nicht immer dort zu wohnen, sondern z. B. einen Monat alle Vierteljahre. Mit dem Kaiserland kommen Sie nicht weiter; was Sie brauchen, das ist die Regierung des Landes im Lande selbst; wenn der Kaiser Ihr direkter Souverän wäre und auch einen Statthalter nach Straßburg schickte, so müßte er doch immer noch ein Kabinett in Berlin haben, und das käme immer wieder auf ein Ministerium in Berlin heraus, während der Kronprinz, als direkter Souverän, sich in Straßburg selbst dies Ministerium bilden müßte. Es könnte ein älterer Herr sein, z. B. Herr von Möller, er könnte einen Elsässer an seine Seite stellen oder einen Süddeutschen. Jedenfalls ist diese Souveränität des Kronprinzen der einfachste Weg, der Sie von Berlin losbringt. Der Begriff des Kaiserlandes würde auch Schwierigkeiten mit den verbündeten Regierungen hervorrufen; es würde dies eine Abtretung der Rechte von seiten der andern Staaten erfordern, während, wenn der Kronprinz Ihr Landesherr ist, es nur einer kleinen Änderung im organischen Gesetze bedürfte, nämlich die Worte „der Kaiser übt die Staatsgewalt aus", durch die „der Kronprinz" zu ersetzen."

Auf die Bemerkung des Abgeordneten Schneegans, daß sich doch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" gegen den vom Fürsten befürworteten Vorschlag des Kronprinzen als Landesherrn ausgesprochen habe, erwiderte der Reichskanzler, dieser Artikel sei weder von ihm noch vom Kronprinzen inspiriert; er (der Fürst) kenne die Quelle, welcher er entsprungen sei, er komme aus einer Strömung, die der elsaß-lothringischen Sache nicht sympathisch sei, „denn es giebt auch hier in Berlin solche, die nicht wollen, daß die Dinge bei Ihnen sich konsolidieren."

Der Abgeordnete Bergmann bemerkte alsdann, der Landesausschuß habe sich während des Aufenthalts des Kaisers in Elsaß-Lothringen entschieden für die Personalunion ausgesprochen und der Kronprinz sich ebenfalls mit dieser Kombination einverstanden erklärt. Es frage sich, wie nun vorzugehen sei, mittelst einer Deputation oder auf dem Petitionswege?

[1]) Der Kaiser war dagegen.

Digitized by Google

Hierauf erwiderte Fürst Bismarck:

„Eine Deputation hätte ihre Schwierigkeiten; der Zufall könnte ja wollen, daß der Kaiser unwohl wäre und Sie nicht empfangen könnte; dies würde sofort die entgegengesetzte Strömung fördern. Der Petitionsweg scheine angemessener; der letzte Beschluß des Landesausschusses biete den richtigen Ausgangspunkt zu einer Petition. Die Personalunion würde Sie bald zur Realunion mit Preußen führen, was Sie nicht wollen, und was Preußen auch nicht will. Es würde gehen wie mit Luxemburg. Die Elsaß-Lothringer werden viel eher Deutsche werden wollen als Preußen. Sie müssen ein kleiner Staat werden; in einem solchen befinden Sie sich besser als in einem großen wie Preußen, wo Sie unter den 25 Millionen untergehen würden. Der Kronprinz ist ein zu ehrfurchtsvoller Sohn, als daß er sich gegen väterliche Ansichten hätte aussprechen können. Jedenfalls werden Sie mich bereit finden, Sie in Ihren Bestrebungen zu unterstützen. Ich werde Ihr Advokat sein. Wenn eine Deputation zur Überreichung einer Petition notwendig erscheinen sollte, werde ich es Ihnen sagen. Auf alle Fälle können Sie auf meine Unterstützung zählen."

Das Kronprinzenprojekt schien von diesem Zeitpunkt an in den höchsten Berliner Kreisen festeren Fuß zu fassen. Es wurde in mehreren Zeitungen berichtet, der Kronprinz habe mit den Herren von Roggenbach und von Stauffenberg des näheren darüber beraten. Man wollte wissen, daß diese Herren oder einer von ihnen als Minister nach Elsaß-Lothringen berufen werden würde. Anfangs Mai wurde dem Abgeordneten Schneegans durch Stauffenberg mitgeteilt, daß das „Kronprinzenland fertig sei", als plötzlich die am 14. Mai und 2. Juni erfolgten Attentate auf den Kaiser eine unerwartete Wendung herbeiführten; denn am 6. Juni wurde der Kronprinz mit der Wahrnehmung der Geschäfte und Stellvertretung des Kaisers betraut, und am 13. Juni wurde der Reichstag aufgelöst, hauptsächlich aus dem Grunde, weil er es versagt hatte, der Reichsregierung nach dem ersten Hödel'schen Attentat Waffen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie zu geben.

Über den Entwurf eines Sozialistengesetzes verhandelte Bismarck auch mit dem Abgeordneten Bamberger. Derselbe hatte sich publizistisch gegen den Erlaß dieses Ausnahmegesetzes ausgesprochen (man vergl. seine Schrift „Deutschland und der Sozialismus") und er setzte nunmehr dem Kanzler in einer längeren Unterredung die Gründe auseinander, die seine Ansicht bestimmten.

Ich schließe dieses Kapitel mit folgendem Vorfalle, der sich auf einer parlamentarischen Soiree im Jahre 1878 ereignete.

Es war Bier herumgereicht worden, und zwar aus einem frisch von München angekommenen, im Saale aufgestellten Faß, als der Fürst mit gefülltem Humpen zu dem von Schneegans und seinen Freunden gebildeten Kreise herantrat und fragte:

„Nun, wie fühlen sich die Elsässer in Deutschland?"

„Durchlaucht," antwortete Schneegans, „wir gehen eine Vernunftehe ein, das giebt oft die besten Ehen."

Digitized by Google

Der Fürst lachte und erwiderte:

„Liebe und gegenseitige Achtung stellen sich im Zusammenleben ein; darauf stoßen wir an!“

Und es wurde angestoßen. —

Bereits oben wurde bemerkt, daß sich die Aufzeichnungen des Reichstagsabgeordneten Hölder mit dem Beginne des Jahres 1878 zu einem sehr fleißig geschriebenen Tagebuch erweitern, das für die Beurteilung mancher parlamentarischen Vorgänge als eine wertvolle Quelle bezeichnet werden darf. Es trifft dies besonders zu hinsichtlich der Vorgänge im Schoße der nationalliberalen Partei, in welcher schon lange zwei Seelen wohnten — zwei Richtungen, die der Theoretiker, der Doktrinäre, die das praktische Leben nicht kannten, der Formalisten, angeführt von Lasker, und die der Realpolitiker, als deren Hauptvertreter man Bennigsen und Miquel nennen konnte. Im Jahre 1878 stieß die Zoll- und Steuerfrage einen neuen Keil in die Partei, und zwar so tief in ihr Herz, daß bereits im folgenden Jahre ein erstes Ausscheiden namhafter Mitglieder derselben, und zwar zunächst nach der rechtsliberalen Seite zu (Gruppe Schauß) erfolgte. In den Tagebuchblättern des Abgeordneten Hölder kann man nun schrittweise verfolgen, wie die Krisis innerhalb der Fraktion entstand, wie die Gegensätze auf einander platzten und mit welchem Eifer bis zum letzten Augenblick an der Verklebung der Risse gearbeitet wurde. Hölder stand freilich mitten in den Kämpfen, und insofern möchte man einwenden, es fehle ihm zur Schilderung der Vorgänge innerhalb der Fraktion die nötige Objektivität. Wir wollen abwarten, ob seiner Darstellung dieser Vorwurf nicht erspart bleibt. Verneinendenfalls kann man sich nur freuen, wenn die Geschichte des häuslichen Zwistes innerhalb seiner Fraktion auch noch von einem andern, vielleicht dem Lasker'schen Flügel angehörigen Mitglied derselben geschrieben wird.

Hölder selbst zeigt sich aus seinen Tagebuch-Aufzeichnungen in dem besten Lichte; er ist ein freidenkender, nebenbei aber sehr praktischer Mann, ein Partikularist in des Wortes gutem Sinne, der zwar den Unitarismus bekämpft, an Kaiser und Reich aber mit ganzem Herzen hängt und darum vor keinem Opfer zurückschreckt, wenn es gilt, das Reich zu festigen, sei es auf den Gebieten der materiellen oder kulturellen Interessen. Die Hölder'schen Aufzeichnungen sind stilistisch nicht ausgearbeitet; es sind meist nur ganz knappe, fragmentarisch gehaltene Satzbildungen. Den Sätzen unter einander fehlt oft jede Verbindung. Man sieht es dem Tagebuch an, daß dem Verfasser nur darum zu thun war, die wesentlichen Vorgänge festzuhalten; zu sorgsamer Ausarbeitung fehlte ihm im Drange der Geschäfte und des großstädtischen Berliner Lebens die Zeit.

Das Tagebuch folgt hier in dieser seiner ursprünglichen, ungekünstelten Form. Ich glaube, eine stilistische Ausarbeitung, wie sie der Verfasser vielleicht für später ins Auge gefaßt haben mochte, wäre für einen andern Herausgeber ein Mißgriff gewesen.

Digitized by Google

Berlin, den 13. Februar 1878.

Montag den 4. Februar abends Abreise nach Berlin. Mittwoch den 6. Februar Eröffnung des Reichstags durch den Finanzminister Camphausen und nicht durch den Präsidenten des Reichskanzler-Amts Hofmann. In der nationalliberalen Fraktion wurde die Mitteilung über die Varziner Verhandlungen [1]) verschoben, bis dieselbe vollzähliger versammelt sei. Wunsch, die Debatte über die innere und äußere Frage im Reichstag bis zur Ankunft des Kanzlers zu verschieben. Sorge, bei der ersten Beratung des Budgets könnte sie von anderer Seite hereingeworfen werden.

Mittwoch, den 13. Februar, 12 Uhr Fraktionssitzung. Wie die allgemeine Debatte über das Budget zu leiten? Allgemeine politische Fragen fern halten. Wie stehen wir zur Einführung von neuen Reichssteuern, insbesondere zum Tabak? Klare und gute Rede Bennigsens: Keine zu großen Abstriche bei der Marine; neue Steuern keinesfalls für künftig zu vermeiden bei der Finanzlage der Einzelstaaten; dies gelte besonders auch für Preußen. Tabak ein geeignetes Besteuerungsobjekt; im Nothfall bis zum Monopol [2]). Wenn ich nur auch in den politischen Fragen sowie hier mit Bennigsen einverstanden sein könnte!

Berlin, den 16. Februar 1878.

Bismarck ist gestern hier angekommen. Es war Zeit; denn wo in der Welt würde es die Volksvertretung ruhig hinnehmen, daß bei ihrem Zusammentritt der erste Minister abwesend ist [3]). Der Bundesrat kaut an dem Stellvertretungsgesetz [4]). Ich wünschte, es käme eine loyale Verständigung mit Bismarck zu Stande. Kommt es zum offenen Gegensatz, könnte ich mich kaum für die preußisch-particularistische Lösung, d. h. für Personalunion der preußischen und Reichsminister aussprechen. Allein Bennigsen und die andern Führer der nationalliberalen Fraktion scheinen dafür zu sein. Werde ich dann nicht aus der Fraktion austreten müssen? Freilich finde ich mich schon längst mit derselben in ihrer preußisch-unitarischen.

---

[1]) Vergl. oben S. 254. Sofort am Eröffnungstage fand unter Teilnahme von Bennigsen, Bamberger, Lasker, Stauffenberg und Stephani eine vertrauliche Konferenz bei Forckenbeck statt, in welcher man beschloß, durch Besprechung sowohl der äußeren als der inneren Politik die Situation nach Möglichkeit zu klären.

[2]) Eine Bestätigung der Behauptung, Bennigsen habe für den äußersten Fall auch das Tabakmonopol acceptiert, findet sich weiter unten (s. Tagebucheintrag vom 25. Februar 1878). Mir scheint dieser Punkt trotzdem noch der Aufklärung zu bedürfen.

[3]) Ich möchte hierauf nur sagen: Quod licet Jovi . . . .

[4]) Der Kanzler hatte dem Bundesrat einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher es ihm ermöglichte, einzelne Zweige der Reichsverwaltung durch seine Staatssekretäre verantwortlich versehen zu lassen, unter dem Vorbehalt, eventuell jede Sache an sein eigenes Forum heranziehen zu können. Der Kanzler wollte im Reich kein Kollegialsystem einführen, wie es im preußischen Staatsministerium zu Recht besteht; aber er wollte im stande sein, ihm ferner liegende Geschäfte in staatsrechtlich unanfechtbarer Weise durch die Chefs der obersten Reichsämter erledigen zu lassen. Bisher war eine solche Stellvertretung nur in dem Bankgesetz vom 14. März 1875 (§ 26) vorgesehen. Schon im Bundesrat stieß der Entwurf auf Schwierigkeiten, jedenfalls war Bismarck „vergnügt", als die Vorlage wenigstens dieses Stadium glücklich durchlaufen hatte.

Digitized by Google

Tendenz nicht mehr einig. Allein ich möchte mich nicht in neue politische Kämpfe und Gegensätze begeben und hätte gewünscht, ohne dieselben über die Reichstagswahlperiode hinüber zu kommen. Eine Neuwahl nehme ich keinesfalls wieder an.

Die Arbeiten werden jetzt erst recht beginnen, nachdem Bismarck angekommen ist. Heute bin ich in die Budgetkommission gewählt worden. Am Dienstag ist große europäisch-politische Interpellation und Debatte betreffs Deutschlands Orientpolitik. Demnächst kommen innere politische Fragen zur Beratung, die bei der centralistischen Richtung der nationalliberalen Partei für mich möglicher Weise recht unangenehm werden können.

Berlin, den 17. Februar 1878.

Gestern war Beratung der Fraktion über die Steuergesetze. Keine große Stimmung und Aussicht für sie. Bennigsen's Vortrag über die Frage, was denn die Herren Führer unter der Steuerreform verständen? Antwort: In allen großen Staaten seien die Finanzen wesentlich auf indirekte Steuern gegründet, nur nicht in Deutschland. Die Einzelstaaten hätten wenig indirekte Steuern, und durch die großen Matrikularbeiträge werde auch ein Teil der Reichsausgaben auf die direkten Steuern gewälzt, d. h. mittelbar. Es sei notwendig, das Reich mittelst indirekter Reichssteuern auf eigene Füße zu stellen, und dadurch die Einzelstaaten zu entlasten, die dann ihre, insbesondere die direkten Steuern erleichtern könnten. Geeignet zur Reichsbesteuerung sei insbesondere der Tabak. Dieses Objekt könne das vier- und fünffache des vorgeschlagenen Ertrags abwerfen. Die vorgeschlagene Steuer sei ein Stückwerk und deren Annahme nicht zu empfehlen. Im Notfall würde er bis zum Tabakmonopol gehen, allein das amerikanische Tabaksteuersystem dürfte ohne Monopol dasselbe leisten. Dies sei werth geprüft zu werden. Heute sei es wohl am besten, mit etwaigen Abstrichen im Budget sich noch mit Matrikularbeiträgen zu behelfen, um dem großen Reformplan nicht zu präjudicieren, zu dem es dann um so gewisser kommen müsse.

Im Wesentlichen — so setzt der Abgeordnete Hölder hinzu — bin ich damit einverstanden. Der weitere von mir nicht geteilte Gedanke, das Reich werde den Einzelstaaten noch Steuergelder abliefern können, wird sobald nicht gefährlich sein. Allein das möchte ich nicht, daß am Ende das Reich alle oder doch alle indirekten Steuern erhöbe und die Einzelstaaten vom Reich alimentiert würden. Bezeichnend ist aber der Gedanke für die centralisierende Richtung!

Für Dienstag zur Orientdebatte großer Andrang zu den Billets für die Tribüne des Reichstags. Erhebendes Gefühl für den so lange mißhandelten Deutschen, daß ganz Europa mit Spannung einer Sitzung des deutschen Reichstags entgegensieht!

Berlin, den 20. Februar 1878.

Den 18. Februar (Montag) in der Fraktionssitzung aus Anlaß der Beratung der Steuergesetze. Mitteilungen Bamberger's und Bennigsen's über die sogen.

Digitized by Google

Varziner Verhandlungen[1]), unter Auferlegung strengster Diskretion. Diese Mitteilungen, obwohl ziemlich allgemein gehalten, waren doch interessant und konzentrieren sich in Folgendem: Die Verhältnisse im Reich und auch in Preußen seien nachgerade unleidlich geworden. Gesetz-Entwürfe würden vorgelegt, für die niemand die Verantwortung trage. Reibungen, Schwierigkeiten nach allen Seiten. Das Budget steige naturgemäß an, dabei fehle es an einem durchgreifenden Steuerreformplan. Daher notwendig wirklich verantwortliche Regierung, die aber auch mit der Reichstagsmehrheit engste Fühlung haben müsse. Bismarck sehe dies ein, habe in dieser Richtung mit Bennigsen gesprochen. Reichsministerien könne man wegen der Schwierigkeiten nicht erlangen; daraus sei die Stellvertretungsvorlage entstanden. Irgend etwas werde in dieser Richtung zu erreichen sein. Die Bewilligung neuer Steuern müsse man als Pressionsmittel in der Hand behalten, sowohl dem Bundesrat gegenüber als (wie mir schien, jedenfalls dem Sinne nach) auch dem Kaiser und Bismarck gegenüber, um (kurzgesagt) eine parlamentarische Reichsverwaltung zu erzwingen[2]). Insbesondere müßten die Finanzen des Reichs und Preußens in eine Hand (Bennigsen's) kommen. Letzterer Name wurde nicht mit dieser Deutlichkeit genannt. Appell an die nationalliberale Partei, hierfür fest und einig einzutreten.

Beunruhigung bei mir, ob und in wie weit ich mich entschließen kann, wie mich erklären, um in keine schiefe Stellung zur Partei zu kommen. Am Dienstag mit dem Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg hierüber gesprochen; insbesondere in Bezug auf die beabsichtigte Verbindung preußischer Ministerien mit Reichsämtern, die mir bei verschiedenen Ressorts (z. B. bei dem Reichs-Eisenbahn-Amt) bedenklich scheint. Stauffenberg sagte mir: Es handle sich eigentlich nur um die Finanzen. Die Regierungen wollten den Vizekanzler und die Verantwortlichkeit einzelner Reichsämter zugestehen; fürchteten hauptsächlich die Verbindung eines Kriegsamts mit dem preußischen Kriegsministerium und des Reichs-Eisenbahn-Amts mit einem preußischen Eisenbahnministerium. Um diese Dinge handle es sich aber nicht, sondern wesentlich um die Finanzen. Bennigsen müsse (nach den Intentionen der nationalliberalen Führer) Vizekanzler und preußischer Finanzminister werden. Übrigens hätten sie bei Bismarck auch das preußische Ministerium des Innern beansprucht (wohl für Forckenbeck?)[3]). Auch von ihm (Stauffenberg) sei die Rede gewesen. Allein was bliebe für ihn? Der Wert eines Süd-

[1]) Vergl. oben S. 254. Äußerungen der Presse über die Verhandlungen des Fürsten Bismarck mit den Nationalliberalen und ihr beiderseitiges Verhältnis. „Post" Nr. 57 vom 27. Februar 1878 und Nr. 81 vom 23. März 1878. Auszug aus einem Vortrage des Dr. Kreyssig: „Fürst Bismarck und die liberale Partei." „Post" Nr. 100 vom 11. April 1878, Beilage.

[2]) Vergl. Köbner, S. E., „Die Kanzlerkrisis", „Deutsche Rundschau" Bd. XIV (1878) S. 302 bis 318. Gründe der Krisis und Mittel zur Abhilfe (Einführung der parlamentarischen Regierung, Einführung weiterer Personal-Unionen von preußischen und Reichsressorts, Schaffung einer Vizekanzler-Stelle. Herstellung eines Parteien-Bündnisses zwischen den Liberalen und Konservativen gemäßigter Richtung.)

[3]) Dieses Ministerium war nach einer Mitteilung in den „Hamburger Nachrichten" damals nicht frei.

Digitized by Google

deutschen in der Reichsverwaltung zur Beruhigung der Süddeutschen sei gering, man würde ihn bald nicht mehr als solchen anerkennen. Das Reichs-Justizamt habe seinen Mann. Mit der Stellvertretung werde es nicht gefährlich werden. Stosch und Stephan würden wohl lange warten müssen, bis Bismarck von einer solchen Ermächtigung zu ihren Gunsten Gebrauch mache[1]).

Dienstag, den 19. Februar, fragte ich Bennigsen über die Sache, sprach ihn nur kurz: Das verstehe sich, daß bei Reichsämtern, die eine Aufsicht über Staatsverwaltungen zu führen hätten, nicht von einer Verbindung mit preußischen Ministerien die Rede sein könnte; es handle sich wesentlich um die Finanzen.

Berlin, den 23. Februar 1878.

Auf heute Abend hat Bismarck die Reichstagsabgeordneten zu einer Soiree eingeladen. Die Einladung lautet jedoch nicht auf eine Reihe von Sonnabenden, sondern nur auf heute, ohne Zweifel deshalb, weil der Kanzler nicht weiß, ob er nicht durch die Teilnahme an Kongressen behindert ist. Ich werde hingehen, um ihm damit meine Ehrerbietung zu bezeugen.

Das Gesetz, betr. die Stellvertretung des Reichskanzlers, ist gestern im Reichstag eingebracht worden, die 2. Beratung dürfte gerade um die Zeit von Königs Geburtstag stattfinden. Da der Staatsminister Mittnacht an der Beratung unbedingt Teil nehmen will, so reist er morgen nach Stuttgart, um bis dahin wieder in Berlin zu sein.

Berlin, den 25. Februar 1878 (Montag).

Die letzte Woche war politisch höchst interessant. Am Dienstag fand die Orient-Interpellation statt, die von Bennigsen vortrefflich begründete. Der Kanzler schien nur das gute Vernehmen Deutschlands zu Rußland besonders zu betonen, daher die Nichtbefriedigung der englischen Blätter und die kühle Beurteilung durch die österreichischen begreiflich, von ihrem Standpunkt aus berechtigt.

Mittwoch Fraktionssitzung über die Steuervorlagen resp. über die Verhandlungen mit dem Reichskanzler. Gesichtspunkte der Führer resp. Lasker's: Keine Steuern mit relativ unbedeutendem Ertrag, sondern Steuerreform, um das Reich auf eigene Füße zu stellen. Keine Steuerreform ohne Steuerbewilligungsrecht im Reich und in Preußen und ohne Organisation entsprechender Organe der Reichsverwaltung. Reichsämter verbunden mit preußischen Ministerien, zur Sicherung der einheitlichen Politik des Reichs und Preußens. Beteiligung Bennigsen's u. s. w. an der Regierung, zur Sicherung einer mit der Mehrheit übereinstimmenden Regierungspolitik.

Ich nehme in der Fraktion das Wort zur Bezeichnung meines Standpunkts; billige im Wesentlichen das Vorgetragene und erkläre mich für Vereinigung der Finanzpolitik des Reichs und Preußens in einer Hand aus Gründen der praktischen Notwendigkeit. Es möge sein, daß eine solche Personalunion auch in irgend einem oder andern sonstigen Verwaltungszweige geboten; im andern wäre sie

[1]) Am 18. abends Trauungsfestlichkeiten im Königlichen Schlosse. „Fürchterlich voll, langes Warten und Stehen in der Kapelle, nachher Gedränge an den Büffets."

Digitized by Google

unbedingt abzulehnen, z. B. beim Reichs-Eisenbahn-Amt, das ja eine Art Instanz über den Staatseisenbahn-Verwaltungen bilde. Hier müsse von Fall zu Fall geprüft werden. Für parlamentarische Regierung, da die Notwendigkeit der Dinge darauf hindränge.

Donnerstag Vorstandssitzung bei Lasker zur Beratung der Taktik für die auf Freitag anberaumte Steuerberatung. Bei dieser Gelegenheit betonte ich meinen politischen Standpunkt noch schärfer: so weit wie Lasker würde ich nicht gehen, das ganze indirekte Steuerwesen an das Reich zu ziehen und den Einzelstaaten das was das Reich nicht brauche herauszuzahlen. Das Reich soll finanziell selbständig sein; aber auch die Einzelstaaten, ich sei nicht dafür, daß diese vom Reich alimentiert würden. Ich sei auch für Stärkung der Reichsgewalt, soweit es zu deren richtigen Organisation erforderlich. Allein ich erkenne auch die relative Berechtigung der Einzelstaaten an, in Übereinstimmung mit dem großen Teil der nationalen Partei in Württemberg. Ich sei mir bewußt, in dieser Richtung weiterzugehen als meine hiesigen Freunde; diese Verschiedenheit habe sich ja auch praktisch schon gezeigt; ich sei aber der Ansicht, daß wir, da ich in den praktischen Hauptfragen mit ihnen einig sei, wohl zusammen gehen können, und es werde mich freuen, wenn meine Freunde diese letztere Ansicht teilten.

In letzterem Punkt wurde nicht widersprochen. Lasker erwiderte nur, die Einzelstaaten müßten ja froh sein, wenn sie vom Reich Geld bekämen, Berufung auf Stimmungen in der Bevölkerung könnten für ihn nicht maßgebend sein. Bennigsen betonte in seinem Vortrag, es handle sich nicht darum, die Reichsaufsicht mit preußischen Ministerien zu verbinden.

Kiefer erklärte: sein Großherzog sei nicht so unbedingt sicher für äußerste nationale Tendenzen, warnt wegen des Einflusses einer Tabaksteuer auf das badische Volk. Sie in der badischen Kammer hielten hauptsächlich Regierung und Volk in der richtigen Bahn; sie seien national im preußischen Sinn; aber man soll den Bogen nicht zu hoch spannen. Mir gebe er indessen recht, daß wir in Württemberg nicht anders handeln könnten nach unsern Verhältnissen.

Freitag und Samstag Steuerdebatte im Reichstag: Camphausen und Bismarck[1]). Letzterer erklärt das Tabakmonopol als sein Ziel; ersterer spricht am Freitag so gut wie dagegen, zieht am Samstag eine Denkschrift heraus, wonach

[1]) Am 22. Februar ließ die nationalliberale Partei durch den Freiherrn von Stauffenberg die Finanzpolitik des Kanzlers einer Kritik unterziehen, auf welche Camphausen gewunden und zweideutig antwortete, indem er gleichzeitig die phantastischen Erwartungen von dem Ertrage eines Tabakmonopols ins Lächerliche zu ziehen suchte. Unmittelbar darauf erhob sich Fürst Bismarck, um die Vorzüge des Monopols aus voller Überzeugung zu preisen und die Ausführung desselben als sein „letztes Ideal“ anzukündigen. Es spielte sich am folgenden Tage jene bekannte Rührscene ab, in welcher Camphausen aus den Akten nachwies, wie er bereits vor Jahresfrist dem Reichskanzler die Einführung des Monopols als das Ziel und den vorliegenden Gewichtssteuerentwurf als das Mittel zu diesem Zwecke bezeichnet habe, und Fürst Bismarck erklärte, daß ihrer beider Wege vielleicht noch länger zusammenführen könnten, als er vor Jahren vorauszusehen vermocht habe.

Digitized by Google

er schon vor einem Jahr dafür gewesen. Harte Angriffe gegen ein solches Verhalten der Regierung [1]).

Am Samstag rannen Camphausen die Thränen herunter. Bismarck werde ihm bezeugen müssen, daß er öfter seine Entlassung angeboten, spricht von den Verhandlungen (offenbar die in Varzin), deren Inhalt er nicht kenne, bei denen es sich aber offenbar um den Satz handle: Ote-toi, que je m'y mette.

Mein Eindruck war: Bismarck hat es Camphausen schlecht gemacht; dieser geht, dadurch giebt es Raum für die Nationalliberalen. Betreffend die Äußerung Bismarck's über das Tabakmonopol [2]), so wird er mit sich reden lassen. Bennigsen hatte außerdem selbst in der Fraktion gesagt, unter gewissen Voraussetzungen und äußerstenfalls könne er bis zum Monopol gehen [3]).

Allein die Sache kam anders und es spielen da offenbar Momente mit, welche die Fraktion nicht erfährt.

In der Fraktionssitzung gestern erklären die Führer: nach den Vorgängen der letzten Tage müssen die Verhandlungen mit Bismarck für abgebrochen gelten. Man dürfe zwar auch jetzt keine systematische Opposition machen, allein wo immer nötig eine sachliche, sich auf Auflösung vorbereiten; kurz, es war Feuer im Dach. Zur weiteren Begründung dieser Anschauung wurde nur beigebracht: von Bennigsen, daß zwischen ihm und Bismarck über das Tabakmonopol gar nicht verhandelt und ersterem die gestern ausgesprochene Ansicht Bismarck's durchaus unbekannt gewesen sei; von Lasker: er habe bestimmt erfahren, daß die preußische Regierung schon längst im Prinzip fürs Monopol sich entschieden [4]).

Endlich werden die Äußerungen Bismarck's, er wünsche und hoffe noch recht lange mit Camphausen zusammen zu arbeiten, als ernstlich gemeint angesehen.

Samstag Unterredung mit dem Minister von Mittnacht, mit dem Bismarck vorzugsweise [5]) über den Stellvertretungs-Gesetzentwurf verhandelte.

---

[1]) Der Entwurf des Tabaksteuergesetzes wurde bekanntlich in der Budgetkommission begraben, und das einzige Ergebnis des in dieser Session vorgelegten, groß angelegten Steuerreformplans war das Gesetz vom 3. Juli 1878, betreffend den Spielkartenstempel.

[2]) Über Bismarck's Differenzen mit der Reichstagsmehrheit wegen des Tabakmonopols und dadurch erfolgter Riß mit den Liberalen s. die „Post" Nr. 147 vom 30. Mai 1878 (Auszug aus einem Artikel der „Germania": Bismarck's Popularität).

[3]) Vergl. oben S. 267.

[4]) Nach dem Buche Böttcher's: „Eduard Stephani. Ein Beitrag zur Zeitgeschichte", Leipzig 1887, fand gleich nach der betreffenden dramatischen Reichstags-Sitzung eine Konferenz der nationalliberalen Führer bei Forckenbeck statt. Stephani hatte Herrn von Bennigsen bereits am Abend vorher dringend gebeten, nicht in die Regierung zu treten, und ihn auch in verwandter Stimmung gefunden. Heute hatte nun während der Sitzung Bennigsen eine Konferenz mit dem Kanzler gehabt, über deren Ergebnis Stephani wie folgt berichtet: „Bennigsen erzählte uns, daß er soeben dem Kanzler den Abbruch aller weiteren Verhandlungen erklärt habe, weil Bismarck von uns Verpflichtung auf das Tabakmonopol verlangt und alle konstitutionellen Garantien verweigert habe. Wir alle sagten: Gott sei Dank! Am folgenden Tage wurde von dem Plenum der Fraktion nach einer Rede Bennigsens der Abbruch der Verhandlungen einstimmig gebilligt."

[5]) Auch mit dem bayerischen Minister von Pfretzschner und mit dem sächsischen Gesandten von Nostitz verhandelte Bismarck über diesen Gesetzentwurf persönlich.

Digitized by Google

Berlin, den 26. Februar 1878.

Ich teilte dem Abgeordneten v. Benda meine Bedenken gegen die tragische Auffassung der letzten Debatten und den Abbruch der Unterhandlungen mit den Nationalliberalen mit. Derselbe erwiderte: die Sache hängt damit zusammen, daß der Kaiser dem preußischen Landtag das Steuerverwilligungsrecht nicht einräumen will; deswegen sagte Bismarck kein Wort über die Garantien.

Stuttgart, den 6. März 1878.

In der Fraktionssitzung am 3. März 1878 und in der vorangegangenen Vorstandssitzung war die Stimmung dafür, das Stellvertretungsgesetz unter allen Umständen anzunehmen, wenn auch die gewünschten Abänderungen vom Bundesrath nicht zu erreichen seien. Man ging davon aus, daß die Einzelstellvertretung durch die Inhaber der obersten Reichsämter wirklich eine Verfassungsänderung sei. Es sei (wegen der 14 Stimmen im Bundesrat, die widersprechen könnten) von größter Wichtigkeit, nun einmal diese Barrière zu beseitigen. Dann könne man ja bei Gelegenheit die Sache weiter entwickeln. Aus diesen Äußerungen ersah ich, wie wichtig es für die Mittelstaatsregierungen gewesen wäre, den positiven Inhalt dieses Stellvertretungsgesetzes als Verfassungsgesetz und Teil der Reichsverfassung zu behandeln, um später nicht durch einfache Mehrheit im Bundesrat darüber hinaus geführt zu werden. In der Vorstands- und Fraktionssitzung am 3. März wurde übrigens das Verlangen des Bundesrats, daß die Aufsichtsrechte des Reichs nur vom Reichskanzler resp. Vizekanzler sollen ausgeübt werden dürfen, als relativ berechtigt anerkannt (Bennigsen: „nicht ganz unberechtigt"; Lasker: „die oberste Entscheidung in Aufsichtssachen" u. s. f.). Gewünschte Änderungen: a) Vizekanzler als ständige nicht blos mögliche Institution. b) Andere Fassung des Spezialvertretungs-Paragraphen, wohl um dem Gesetz eine weitere Ausdehnung geben zu können. c) Wo möglich Beseitigung oder bessere Fassung des § 3. — Gneist: Das jederzeitige Eingreifen des Reichskanzlers sei selbstverständlich; folge aus der büreaukratischen, nicht kollegialen Gestaltung der Reichsregierungsorgane, die im Bundesstaat notwendig. Dagegen Bennigsen: wenn durch Kaiserliche Verordnung eine Stellvertretung angeordnet, könne der Reichskanzler sie für sich doch nicht illusorisch machen.

Man erfährt in der Fraktion, daß vielfache Besprechungen Bismarck's mit Bennigsen und Forckenbeck stattfänden. Letzteren habe er am Samstag ängstlich machen wollen, von Auflösung des Reichstags, nötigenfalls regieren ohne Reichstag gesprochen; er habe ja die Militärkonventionen, die seien für die Machtstellung des Reichs ausreichend.

Stuttgart, den 20. März 1878.

(Bericht über eine zweistündige Unterredung mit einem Mitgliede des Bundesrats über das Stellvertretungsgesetz). Derselbe erkennt an, daß es für die Mittelstaaten besser wäre, wenn das Gesetz ein Verfassungsgesetz wäre; das habe man nicht erreichen können. Die Mittelstaaten seien aber davon ausgegangen, daß jede weitere Einschränkung der Befugnisse des Reichskanzlers wiederum durch

Digitized by Google

14 Stimmen verhindert werden könne. Zweifel, ob sie dies noch zu Protokoll erklären sollen. Die andern würden eben schweigen und sich für den praktischen Fall die Entschließung vorbehalten.

Über den Fürsten Bismarck äußerte derselbe Staatsmann: er sei eben hoch über die andern hinausgewachsen, binde sich nie, behalte sich alles vor; sage nunmwunden, wo er befehlen könne, brauche er nicht zu beraten. Bennigsen habe er in den Besprechungen mit ihm nie als künftigen Vizekanzler oder Finanzminister genannt. Bismarck sei sich offenbar selbst noch nicht klar, wie er die Stellen besetzen wolle, schwerlich mit Nationalliberalen. Lasker könne er nicht leiden; daher sein Angriff auf ihn. Lasker habe einmal im vorigen Jahre gesagt: Bismarck soll sich aufs Auswärtige beschränken, die innern Angelegenheiten sollen andere Kräfte übernehmen. Dies scheine Bismarck vorgeschwebt zu haben, er habe nur offenbar nicht gewußt, wann Lasker es gesagt, aber Bismarck genüge zu so einem Ausfall die allgemeine Erinnerung, der Totaleindruck.

Den 14. März von Berlin nach Stuttgart gereist, da der Reichstag und die Budgetkommission eine siebentägige Pause machen. Ich spreche mit dem Abgeordneten Schneegans, welcher mit mir bis Frankfurt reiste, viel über Politik. Schneegans sagt, daß auch er am liebsten mit dem Reichskanzler selbst verhandle. Schneegans erzählt, er habe lange vor dem Kriege die Annexion vorausgesehen, da er sich über die beiderseitigen militärischen Kräfte auf dem Laufenden erhalten. Bei Ausbruch des Krieges habe er offen gesagt: jetzt werden wir annektiert. Er habe längere Zeit vor dem Kriege einmal einen Traum gehabt, welcher die Annexion zum Inhalt hatte.

Berlin, den 22. März 1878.

In den Sitzungen des Reichstags wie der Budgetkommission kam nichts Erhebliches vor, außer daß beide die nächste Sitzung erst am Dienstag halten werden. Also wiederum 4 Tage gänzlich frei. Der Grund liegt darin, daß Bismarck die preußischen Ministerien neu organisieren will[1]) und infolgedessen unerwarteter Weise dem preußischen Abgeordnetenhause neue Vorlagen gemacht wurden, welche dessen Arbeiten bis tief in die nächste Woche hinein verzögern. Sehr fatal für die Dauer des Reichstags. Von Minister-Veränderungen ist alles erfüllt. Mit den Nationalliberalen sind aber alle Verhandlungen hierüber abgebrochen.

Berlin, den 26. März 1878.

In den obersten Kreisen herrscht Verwirrung, Bismarck scheint zwar allmählich sein Ministerium beisammen zu haben. Aber schon spricht man wieder von weiteren Ministern, die sich unsicher fühlen sollen. Die nationalliberale Partei ist selbstverständlicher Weise nicht gut auf diese Zustände zu sprechen, und man ist begierig, ob sie nicht morgen im preußischen Abgeordnetenhaus

[1]) Bismarck betrieb im Abgeordnetenhause die Abzweigung der Verwaltung der Domänen und Forsten von dem Finanzministerium und die Errichtung eines eigenen Eisenbahnministeriums. Das Nähere hierüber findet sich in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirth", Bd. I, S. 134 ff.

Digitized by Google

den Antrag Bismarck's auf Einsetzung eines preußischen Eisenbahnministers bekämpfen hilft. Mir wäre es hauptsächlich um deswillen leid, weil zu befürchten ist, daß bei einem Systemwechsel auch Rom Konzessionen gemacht werden.

Mit dem Kongreß will es auch nicht vorwärts gehen, und so ist die politische Lage nach allen Seiten hin eine unbehagliche.

Berlin, den 31. März 1878 (Sonntag).

Die letzte Woche ist im Reichstag wenig geschehen. Die Ministerkrisis spielte sich im Abgeordnetenhaus ab. Jetzt scheint das Ministerium rekonstruiert. In welchem Sinne? Das ist das Räthsel. Da es mit den Nationalliberalen nichts ist, natürlich in konservativem Sinne. Die Verhandlungen mit Bennigsen scheinen mir nie ernst gemeint gewesen oder doch bei Bismarck nie über das Stadium einer Recognoscierung, ohne festen Entschluß gediehen zu sein. Bismarck bindet sich überhaupt nicht leicht.

Ein Hölder nahestehender Bevollmächtigter zum Bundesrat, der am 30. März beim Fürsten Bismarck in kleinem Kreise zu Mittag gegessen, hatte Hölder in betreff der aus dem Kanzlerpalais mitgebrachten Eindrücke Nachstehendes mitgetheilt: Bismarck's Machtstellung beim Kaiser sei groß. Bismarck spreche sich ganz föderalistisch aus. Bei dem Reichseisenbahnprojekt sei ihm nur darum zu thun, die preußischen Bahnen für Preußen zu erwerben. Ein Eisenbahngesetz habe er ernstlich ins Auge gefaßt; allein er spreche davon, dasselbe im Wege von Konferenzen mit den Mittelstaatsregierungen zu Stande zu bringen. Das sei bereits angenommen, daß bei Differenzen über die Befugnisse des Reichs-Eisenbahn-Amts mit den Einzelregierungen ein förmliches Gericht, keine Karrikatur eines solchen, wie bisher es vorgesehen, entscheiden soll.

Zweierlei bedeutende Fragen fasse Bismarck nie zu gleicher Zeit ernstlich an. — In Zolltarifsachen sei es außer Zweifel, daß Bismarck von der extremen Freihandelsrichtung zum gemäßigten Schutzzoll zurückkehren werde. An Kammer- oder Reichstagsauflösungen denke er nicht mehr. Er habe gesagt, zur dritten Lesung der Vorlage wegen der Ministerien gehe er gar nicht mehr ins Abgeordnetenhaus. Er mache eben jetzt den Maybach zum Handelsminister und erreiche so seinen Zweck auch.

Berlin, den 6. April 1878.

Heute Abend ist bei Bismarck Soiree, die ich besuchen werde, um auch einmal sein neues Palais zu sehen.

Gestern und heute habe ich zum ersten Male im Reichstage gesprochen. Es waren württembergische Budget-Angelegenheiten, deren ich mich annahm.

Berlin, den 7. April 1878.

Gestern Abend (nach Bismarck's Soiree) bei Siechen, der Stammkneipe Völk's, mit diesem, Pfälzern u. A. zusammen. Dr. Groß stellte die Behauptung auf, wenn der Kulturkampf und die Stellung des Centrums aufhöre oder Bismarck mit den Nationalliberalen in einen Konflikt gerate, werde die Zusammensetzung der letzteren sich ändern. Sind wir dann einig? fragte Völk, und setzte

Digitized by Google

die Gegensätze zunächst in wirtschaftlichen Fragen auseinander. Hauptsächlich die Süddeutschen der Partei hätten hier andere Ansichten als die Führer, insbesondere Bamberger, Braun u. s. w. Ein Kollege aus Sachsen bestätigte eine entsprechende Stimmung für sein Land. Zu mir sagte Völk wie schon früher: „Ihr Württemberger hättet eben zur liberalen Reichspartei gehen sollen, Ihr seid bei den Nationalliberalen zu früh eingetreten." Ich hatte ihm das schon im Jahre 1871 ein paar Monate nach Beginn des ersten Reichstags zugegeben. Der doktrinäre Radikalismus Lasker's gefällt vor allem uns Süddeutschen, aber auch manchem nationalliberalen Norddeutschen nicht. Die Mehrzahl der Anwesenden war darin einig, daß wenn Bismarck, anknüpfend an eine maßvoll umwendende Wirtschaftspolitik (insbesondere Schutzzoll), einen Bruch mit den Nationalliberalen inscenieren würde und der Kulturkampf aufhörte, er eine Mehrheit erlangen könnte. Bayern, Württemberg, Sachsen und wohl auch Baden würden ihm in einem solchen Falle wohl entsprechende Wahlen liefern[1]).

Heute mit Bolze über Parteiverhältnisse gesprochen; über die Unterschiede der Nord- und Süddeutschen. Er hält auch die Gründung einer besonderen Partei: echt national aber bundesstaatlich, in wirtschaftlichen Dingen maßhaltend, gemäßigt schutzzöllnerisch, für geboten. Wenn Bismarck den Reichstag wegen einer solchen Frage auflösen würde, müßte man sich entscheiden.

Berlin, den 12. April 1878. Freitag.

Gestern Sitzung des Vorstandes der nationalliberalen Partei, um Stellung zum Tabak-Enquete-Gesetz[2]) zu nehmen. Ich schließe mich dem Votum gegen das Tabakmonopol an aus folgenden Hauptgründen: Die Matrikularbeiträge sollen allerdings der Hauptsache nach durch Reichssteuern ersetzt werden. Allein sie betragen nur ca. 80 Millionen Mark, werden in den nächsten Jahren vielleicht 100—120 Millionen betragen. Es sollen also 80—100 Millionen durch Reichssteuern aufgebracht werden. Dieser Summe gegenüber bedarf es des Monopols nicht, das alle möglichen Mißstände hat. Letztere könnten nur auf das Reich genommen werden, wenn dann wirklich auch ein entsprechender Betrag erzielt würde und ein solcher nötig wäre. Frankreich bezieht aus dem Monopol ca. 260 Millionen Francs bei 6—700 000 Centner Tabakverbrauch, während

[1]) Einige auf der parlamentarischen Soiree vom 6. April 1878 gefallene Äußerungen Bismarck's, welche Hölder an dieser Stelle seines Tagebuchs erwähnt, sind bereits im I. Bande S. 144 (2. Auflage) berücksichtigt.

[2]) Nachdem der Reichstag das ihm am 9. Februar 1878 vorgelegte Gesetz, betreffend die Tabaksteuer, so unfreundlich aufgenommen hatte, daß es demselben nicht einmal eine zweite Lesung bewilligte, legte Bismarck demselben unterm 8. April 1878 einen Gesetzentwurf vor, welcher die Reichsregierung in den Stand setzen sollte, ein Enquete über die rationellste Art der Tabakbesteuerung zu veranstalten. Dazu bedurfte sie gewisser Befugnisse und vor allem Geld. Im Reichstag witterte man auch hinter diesem harmlosen Entwurf das Monopol, oder besser gesagt eine Etappe zu demselben, und war deshalb des Mißtrauens voll. Gleichwohl kam es aber dieses Mal zu einer Einigung unter den gesetzgebenden Faktoren (Gesetz vom 26. Juni 1878, Reichs-Gesetzbl. S. 129).

Digitized by Google

Deutschland ca. 1 600 000 Centner verbraucht. Sollten diese unter dem Monopol auch erheblich abnehmen, so wären hiernach doch immerhin nach Ablauf der Übergangszeit wohl über 300 Millionen Mark zu erzielen, die wir nicht brauchen. Unter diesen würde außer der Steuer vielleicht der Geschäftsgewinn stecken, der durch die Monopolisierung einer Masse mit Tabakshandel und -Fabrikation bisher beschäftigten Bürgern entzogen würde. Ohne Not soll aber das Reich keine Einnahmen in Gewerbsgewinnen suchen. Daß auch durch Tabaksteuer sich bedeutende Ergebnisse erzielen lassen, zeigt Nordamerika. Es ist also immerhin zu hoffen, daß wir unsern Bedarf durch eine Steuer decken können, zumal einige weitere Konsumtionsartikel besteuerungsfähig sind. Dabei sprach ich mich aber gegen Stempel u. s. w. sowie gegen Steuern aus, durch welche die Finanzwirtschaft der Einzelstaaten alteriert würde[1]).

Abends in der Fraktion alles einstimmig, obgleich Gegensätze durch die Hülle scheinen. Ich nahm auch in der Fraktion das Wort, um meine Ansicht darzulegen und vor unnötigen Reibereien mit der Regierung zu warnen, ebenso aber mich dafür auszusprechen, daß man bei sachlichen Differenzen mäßig fest und rechtzeitig entgegentreten soll. Die Motive der Parteigenossen sind freilich vielfach andere als die meinigen. Wir treiben in eine oppositionelle Stellung hinein, wobei ich der nationalliberalen Partei keinen Vorwurf machen kann. Wenn es aber über dem (Zollfragen!) zu Spaltungen und neuen Gruppierungen kommt, würde ich allerdings den Zeitpunkt für gekommen halten, die bundesstaatlichen Elemente besonders zu gruppieren.

Kiefer will bei aller nationalen Haltung „im preußischen Sinne", wie er sich im Vorstand ausdrückte, doch auch Beachtung der Bedürfnisse und Anschauungen Süddeutschlands.

Vor Beginn der Sitzung sprach mich Bennigsen an und äußerte seine Befriedigung darüber, daß ich gestern in der Vorstands- und nachher in der Fraktionssitzung mein Einverständnis mit Ablehnung des Tabakmonopols erklärt hätte. Er lege einen Wert darauf, daß Süddeutschland, insbesondere Württemberg, mit ihnen einig gehe.

Von Bismarck über die Differenzen mit den Nationalliberalen folgende hübsche Anschauung: sie hätten die Gewalt haben können, und Garantien verlangt[2])!

Stuttgart, den 27. April 1878.

Bericht über die Unterhaltung mit einem württembergischen Staatsmann, der sich über die Beschlüsse der Nationalliberalen betr. des Tabakmonopols verschnupft

[1]) Über die Stellung des Abgeordneten Hölder zum Tabakmonopol vergl. auch dessen Artikel in Nr. 95 der früher in Stuttgart erschienenen „Neuen Zeitung" und in Nr. 100 ebendaselbst (Rede Hölder's in der Versammlung der deutschen Partei in Stuttgart).

[2]) Die Rede, welche der Abgeordnete Hölder am 25. April 1878 in der deutschen Partei in Stuttgart hielt, findet sich abgedruckt in der „Stuttgarter Neuen Zeitung" vom 26. April 1878. Hölder bemerkte, er habe sich dem das Monopol ablehnenden Beschlusse der nationalliberalen Partei mit voller Überzeugung angeschlossen. „Nur eine gänzliche Veränderung der Lage könnte die Annahme des Monopols rechtfertigen."

Digitized by Google

äußerte: Es mache eben den Eindruck, als ob die Nationalliberalen überhaupt neue Steuern ernstlich nicht wollten. Mit Bismarck sei aber nicht zu spaßen. Er nehme den Widerstand sehr ernst, und habe — darüber dürfe man sich nicht täuschen — noch einen festen Boden im Volke; jetzt werde es zwar zu keinem Bruche kommen, aber das nächste Jahr könne man für nichts stehen. Darauf erwiderte Hölder: Bismarck werde es nicht bei einer Steuerfrage, sondern bei der Schutzzollfrage nötigenfalls zur Auflösung treiben.

Berlin, den 13. Mai 1878.

Das Ereignis des Tages ist natürlich das Attentat auf den Kaiser. Die Entrüstung ist eine allgemeine; doch hat man außer unter den Linden und in der Nähe des kaiserlichen Palais nicht viel Auffallendes bemerkt. Das Leben einer großen Stadt muß eben auch bei solchen erschütternden Ereignissen seinen Gang weiter nehmen.

Meine Erlebnisse sind nahe bei einander. Am Freitag hatten wir eine interessante politische Debatte über die Tabaksteuer. Am Samstag eine Verhandlung über die Advokatenordnung, an der ich auch einigen Anteil nahm. Die Einrichtungen in den einzelnen deutschen Staaten sind eben ungemein verschieden und alle müssen etwas nachgeben. Es ist uns zwar mit einer Stimme Mehrheit gelungen, eine unsern Einrichtungen entsprechende Bestimmung in einem nicht unwesentlichen Punkte durchzusetzen; allein bei der dritten Beratung wird die Sache wohl wieder geändert werden.

Berlin, den 18. Mai 1878.

Am Tage, ehe ich hierher kam (8. Mai), gab Herr von Bennigsen in der nationalliberalen Fraktion vertraulich weitere Mitteilungen über seine Verhandlungen mit Bismarck.

Von Anfang an habe er den gleichzeitigen Eintritt von Forckenbeck und Stauffenberg ins Ministerium und konstitutionelle Garantien wegen der Steuern verlangt. Gleichwohl habe Bismarck ihn wiederholt zu sich geladen. Vom Tabakmonopol habe dieser nie gesprochen. Gleich nach der Monopolrede Bismarck's habe er ihm erklärt, unter diesen Umständen könne er die Verhandlungen nicht fortsetzen. Bismarck habe gesagt, es sei eben so ein Gedanke, wenn auf andre Art der Tabak das Nöthige abwerfe, sei es ihm auch recht. Nachher habe er einmal zu ihm gesagt: Minister werden nicht auf ewig gemacht; was diesmal nicht möglich gewesen, könne später einmal sein.

Nun wird aber auch der Rücktritt von Falk gemeldet, den allem nach die Hofpredigerpartei weggedrückt hat. Ferner sollen reaktionäre Gesetze vorbereitet werden gegen die Sozialdemokratie, die aber natürlich schließlich gegen jede oppositionelle Regung verwendet werden können. Falls sie nicht durchgingen, sei Auflösung in Aussicht genommen. Wir hatten uns im Reichstag so eingerichtet, um etwa am 22. d. M. fertig zu werden, nun kommt diese unerwünschte Verzögerung.

Dem Kaiser kleben eben seine alten Anschauungen an, die das Heil von Polizei-Verordnungen erwarten.

Digitized by Google

Bismarck liegt alles daran, eine von der nationalliberalen Partei unabhängige Mehrheit zu erhalten. Die Schwäche der letzteren liegt wenigstens für Süddeutschland in ihren centralistischen Neigungen, ferner in ihrer überwiegenden Freihandelsrichtung. Daher bedauerte ich längst, daß sich nicht eine „freisinnige bundesstaatliche Partei" abgeschieden hat, die mit der nationalliberalen wohl meist zusammengehen könnte[1]).

Allein einen Anfang in Württemberg zu machen hinderten einerseits die Centralisten der Partei, andrerseits war das liberale Element in der Partei zu sehr zurückgetreten. Durch eine Gestaltung in der bemerkten Weise hätte man aber die gesunden Teile der Volkspartei an sich ziehen können. Dies ist nun verscherzt und ich sehe voraus, daß die deutsche Partei in Württemberg einerseits von der liberalen großdeutschen, andrerseits von der deutschkonservativen und der Regierungspartei zersetzt werden wird. In meinem Alter und bei meiner Vergangenheit und als Kammerpräsident wollte ich die Schwierigkeiten und Widerwärtigkeiten einer neuen Parteibildung und des Bruchs mit alten Freunden nicht noch einmal durchmachen. In Deutschland überhaupt und in Württemberg insbesondere wird Bismarck die Angst des Philisters vor der Sozialdemokratie und der Umstand zu Hilfe kommen, daß — nachdem fast zehn Jahre lang die liberale Partei in der Mehrheit gewesen und darum für alles verantwortlich gemacht worden ist — nach dem Gesetze von Ebbe und Flut die Massen nun wieder der konservativen Strömung folgen werden. Es wird aber auch wieder anders kommen. Zunächst, fürchte ich, wird Bismarck, wenn es zum Konflikt kommt, dem wir seit drei Monaten zutreiben, die Oberhand bekommen.

Mich selbst führt diese Sachlage mit der nationalliberalen Partei gegen Erwarten wieder enger zusammen. Es scheint, dieselbe wird dem reaktionären Anprall entgegentreten: Ich werde nicht in meinem Alter das fördern, was ich dreißig Jahre lang bekämpft habe. Ich hätte nicht gedacht, daß ich schließlich wieder in engerem Anschluß an diese Partei meine Laufbahn im Reichstag beschließen werde, in einem Gegensatz von liberal und konservativ, statt in einem Gegensatz von centralistisch und föderalistisch. Wird wohl der Rückschlag gegen

[1]) Der „Vossischen Zeitung" wurde am 7. Februar 1878 (Nr. 34) geschrieben: Ein großer Teil der süddeutschen Reichstagsabgeordneten, insbesondere diejenigen, welche der nationalliberalen Partei angehören, sind diesmal, wie man uns aus Süddeutschland schreibt, mit großem Unbehagen nach Berlin gegangen. Mehr noch als die eigentliche Opposition sind die Nationalliberalen Süddeutschlands mit dem Gange der Dinge unzufrieden, einerseits fühlen sie sich innerhalb ihrer Partei, in welcher sie mit ihren oft weitergehenden Forderungen nicht durchdringen, majorisiert, andrerseits glauben sie, daß man ihren kleinen partikularistischen Herzenswünschen zu wenig Gehör schenkt, überdies finden sie weder Rückhalt an der Landes- noch Reichsregierung und unter ihren Wählern herrscht mancherlei, wie sie selbst zugeben, berechtigte Unzufriedenheit. So wissen wir aus guter Quelle, daß einige hervorragende süddeutsche Nationalliberale, wie Hölder, Kiefer u. a., aus Gründen, welche zu nahe liegen, um auch nur angedeutet zu werden, entschlossen sind, bei den Neuwahlen kein Mandat für den Reichstag mehr anzunehmen. Es ist offenbar nicht Müdigkeit oder Gleichgültigkeit, sondern Unmut und Unlust, welche ihnen die parlamentarische Thätigkeit verleiden.

Digitized by Google

die Nationalliberalen dieselben zur Erkenntnis ihrer Fehler in handelspolitischer Beziehung und betreffs der föderativen Fragen bringen [1])?

Dienstag, den 21. Mai 1878. Vor und nach der Sitzung des Reichstags Beratung des Vorstands der nationalliberalen Partei über das Sozialistengesetz. Die Abendberatung fand in Lasker's Wohnung statt. Man ist einig, daß der Entwurf, so wie er vorliegt, verworfen werden müsse. Meinungsverschiedenheit, ob nicht „Etwas" geschehen könne. Ich und Unruh sprechen in letzterem Sinne, wenn es möglich sei. Vortreffliche Darlegungen Bennigsen's, der Vormittags die Frage offen hält, ob nicht durch eine Resolution der Regierung der Weg gezeigt werden könne. Lasker verhält sich ziemlich ablehnend gegen alles, sagt, man solle probieren, ob sich eine annehmbare Resolution finden lasse; man werde keine Formulierung treffen. Frage, ob die Strafgesetze Lücken enthielten und zu ergänzen seien? Kiefer verneint dies nach seiner staatsanwaltlichen Erfahrung. Ich sage, hypothetisch sei doch die Frage aufzuwerfen. Lasker widerspricht. Bennigsen nimmt im Reichstag den Gedanken in dem Sinne an, wenn die Lücke durch strafablehnende gerichtliche Urtheile nachgewiesen werden könne. Schließlich einigt sich der Vorstand dahin, daß statt der Resolution Bennigsen in seiner Rede, namens der Partei, die Anerkennung der Gefahr und die Bereitwilligkeit der Hülfe durch ein Gesetz über Vereine und Versammlungen eventuell durch Ergänzung des Strafgesetzes aussprechen soll.

22. Mai 1878. Fraktionssitzung über das Sozialistengesetz. Einigung auf die Anschauung des Vorstandes nach langen Debatten. Nur Gneist, der sich auch gegen das Gesetz, wie es vorliegt, ausspricht, behält sich die Ausführung seiner besonderen Ansicht vor. (Nachher Streit darüber, ob er nicht auch auf Stellung von Amendements verzichtet habe.) Treitschke für das Gesetz [2]). Bei der Abstimmung dissentiert nahezu niemand. Bennigsen's Rede in der Fraktion war durchschlagend. Auffallend war mir, daß er in irgend einer seiner Reden sich für eine Umkehr von den weitgehenden Freihandelstheorien aussprach.

Der Gesetzentwurf zum Schutze gegen die Sozialdemokratie ist eine Monstrosität, er würde der Polizeibehörde des Orts und weiter dem Bundesrat die Befugniß einräumen, alle Druckschriften, Vereine, Versammlungen „mit sozialdemokratischen Zielen" zu verbieten, und die Übertretung eines solchen Verbots mit Gefängnis bis zu fünf Jahren zu bestrafen. So weit sind wir nun

---

[1]) Der Rechenschaftsbericht des Abgeordneten Hölder, erstattet in einer Versammlung der deutschen Partei in Echterdingen, findet sich abgedruckt in der „Stuttgarter Neuen Zeitung" vom 5. Juni 1878, Nr. 130.

[2]) Ein Auszug aus der Treitschke'schen Rundschau Ende 1877 über die chronische Ministerkrisis findet sich abgedruckt in der „Post," Nr. 341 v. 28. Dezember 1877 (Die Nation verlangt ein Ministerium Bismarck). Vgl. auch die Nr. 342 v. 29. Dezember 1877 (Besprechungen der Äußerungen Treitschke's in der übrigen Presse). Zu vgl. über den Abgeordneten Treitschke auch Wiermann a. a. O. Bd. II, S. 129—150. Derselbe hat über schwebende parlamentarische Fragen mit Bismarck nicht unterhandelt und mit demselben überhaupt nur einmal in dessen Hause über einige Tagesereignisse kurz gesprochen. Es war dies nach einem Diner im Kanzlerpalais.

Digitized by Google

doch noch nicht in der Angst vor dem rothen Gespenst, um die Sozialdemokraten in einen solchen Belagerungszustand zu versetzen und Bestimmungen zu sanktionieren, die wir, als der selige Bundestag solche erließ, aufs heftigste bekämpften. Die Kehrseite wurde gewiß nicht übersehen, und wir werden uns erbieten, in der nächsten Session, nötigenfalls in einer außerordentlichen, im Wege einer ordentlichen Gesetzgebung über Vereine und Versammlungen der Regierung die zum Schutze des Staates gegen Umsturzpläne erforderlichen Vollmachten einzuräumen, auch etwaige Lücken im Strafgesetz auszufüllen. Allein zum Handlanger der offenen Reaktion kann sich eine liberale Partei nicht herbeilassen[1]).

Stuttgart 4. Juli 1878.

Ereignißreiche Wochen liegen hinter mir, seit ich das letzte Mal Notizen niederschrieb. Der Untergang des „Großen Kurfürsten" am 31. Mai, der zweite Mordanfall auf den Kaiser am 2. Juni lasten schwer auf dem deutschen Volke.

XIV. Abschnitt.

Die erste Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags.

(9. September bis 19. Oktober 1878.)

Die Reichstagswahlen vom 30. Juli 1878 ergaben eine konservativ-klerikale Mehrheit und eine entsprechend starke Verminderung der Mittelparteien, vor allem der Nationalliberalen (um 32 Sitze), während die Konservativen um 19, die Freikonservativen um 18 gewachsen waren. Der Fortschritt hatte 10 Sitze verloren. Der Kampf, welchen die konservative und offiziöse Presse während der Wahl gegen den Liberalismus und namentlich gegen die Nationalliberalen geführt hatte, war nach jeder Richtung den Extremen zu gute gekommen, also auch dem Centrum, den Welfen, elsässischen Protestlern und der Volkspartei. Dagegen hatte die Sozialdemokratie, zu deren Bekämpfung die Neuwahlen doch eigentlich ausgeschrieben

[1]) In einem Briefe Hölder's an die Seinigen d. d. 23. Mai 1878 heißt es noch: Wir hatten gestern zwei Vorstandssitzungen, heute Parteisitzung. Alles wurde reiflich erwogen, nach allen Seiten hin; es fehlte nicht an abweichenden Ansichten. Das schließliche Resultat aber war, daß morgen (wohl mit wenigen Ausnahmen, da auch Andersmeinende schließlich überzeugt wurden) die ganze nationalliberale Partei gegen das Gesetz stimmen wird. Da auch das Centrum und die Fortschrittspartei dagegen stimmen, dafür nur die Konservativen und Freikonservativen mit etwa 60 Stimmen, so ist das Schicksal des Gesetzes besiegelt. — Was wird dann erfolgen? Auflösung? möglicherweise. Dann bin ich rascher meiner Verbindlichkeit entledigt, als ich dachte. — Hölder stand mit seiner abfälligen Kritik der ersten Sozialistenvorlage nicht isoliert da. Böttcher schreibt darüber in dem oben S. 272 erwähnten Buche: „Sie ist angeblich gegen die Sozialdemokratie, in Wahrheit gegen die Nationalliberalen gerichtet", meinte Stephani, nachdem er sie zu Gesicht bekommen, und der gleichen Ansicht waren sicherlich die meisten seiner Fraktionsgenossen. Man hatte die Empfindung, als sollte die nationalliberale Partei bei dieser Gelegenheit nach einem damals viel gebrauchten Worte an die Wand gedrückt werden.

Digitized by Google

waren, nur drei Sitze verloren, neun gerettet. Nach den Stichwahlen zählten die Konservativen und Freikonservativen zusammen 115, die Nationalliberalen mit ihrem Anhang 107, der Fortschritt mit seinem Anhang 27, das Centrum 94, die Welfen 10, Polen 15, Protestler 11, Sozialdemokraten 9, die Volkspartei 5 Abgeordnete[1]).

Auf nationalliberaler Seite wurde nun diese Zeit vielfach die Parole ausgegeben, der Kanzler habe sich neuerdings von den Nationalliberalen getrennt und sich der Reaktion zugewandt

„Ich habe," so sagte Bismarck im Januar 1881, als er mit Moritz Busch jene auch von Bamberger erhobenen Klagen und Vorwürfe besprach, „seit ich Minister bin, niemals einer Partei angehört, weder der liberalen noch der konservativen; der König war mein einziger Fraktionsgenosse, und meine einzigen Ziele waren Verteidigung der monarchischen Gewalt gegen verfassungswidrigen Parlamentarismus und Herstellung, Kräftigung und Weiterausbildung des Deutschen Reichs. Die Konservativen waren, soweit sie Reaktion wollten, immer gegen mich, weil ich keine wollte. Sie erinnern sich an die Stellung, welche die „Kreuzzeitung" 1872 und später, zur Zeit der großen Verleumdungen (durch) Joachim Gehlsen's „Reichsglocke" und die sie läutenden Junker) mir gegenüber einnahm. Da haben sie sich von mir losgesagt und mich mit allen möglichen Mitteln angegriffen, weil ich nicht mit ihnen gehen konnte. Ganz ähnlich aber war es 1877 mit den Nationalliberalen. Als das Ministerium Bennigsen nicht zu stande kam, weil der Unmögliches verlangte und andrerseits der Kaiser ihn nicht wollte und weiteres Verhandeln mit ihm ausdrücklich verbot, ließen sie mich im Stiche, sagten sich von mir los und redeten mir allerhand Unwahrheiten nach. In der Kammer aber haben sie mich von da an nur lau oder gar nicht unterstützt und bei meinen Kollegen, den Ministern, Anlehnung gesucht[2])."

Bei den Neuwahlen zum Reichstag gab es zwei Abgeordnete, für deren Wahl sich Fürst Bismarck interessierte. Der eine war der Amtsrat Dietze-Barby[3]), der andre sein jüngster Sohn Graf Wilhelm Bismarck.

Am 10. August 1878 erließ der Landrat Stielow in Quedlinburg folgende Bekanntmachung: „Der Herr Reichskanzler Fürst Bismarck hat mich durch Telegramm vom heutigen Tage zu der öffentlichen Erklärung ermächtigt, daß er es

[1]) Hans Blum „Das Deutsche Reich zur Zeit Bismarcks", S. 273

[2]) In ähnlichem Sinne äußerte sich Fürst Bismarck am 11. Juli 1890 in Friedrichsruh dem Herausgeber des „Frankfurter Journals" Julius Ritterhaus gegenüber. „Mit den Nationalliberalen habe ich mich meist gut vertragen. Es ist mir das Wort in den Mund gelegt worden: ich hätte sie einmal an die Wand gedrückt, bis sie quietschten. Dieser Satz ist mir niemals in den Mund gekommen; nie habe ich einen derartigen Ausdruck gebraucht. Er ist mir gar nicht geläufig; er entspricht so wenig meinem Fühlen und Denken, daß er mir unsympathisch, ja geradezu ekelhaft ist. Dem Sinne nach aber haben die Nationalliberalen seiner Zeit mit mir so verfahren wollen: mich wollten sie an die Wand drücken; mir wollten sie die Macht aus den Händen winden."

[3]) Vergl. oben Seite 49.

Digitized by Google

beklagen würde, wenn der Amtsrat Dietze zu Barby nicht wieder in den Reichstag gewählt werden sollte."

Diese Empfehlung wurde Bismarck von den Liberalen als starke Wahlbeeinflussung sehr verargt; Dietze-Barby kam aber in den Reichstag und bereicherte bald darauf den Anekdotenschatz über den Kanzler durch folgende Geschichte. Er selbst stellte Ende 1878 dem Kanzler die kitzliche Frage, wen er für den ersten Diplomaten halte, worauf Bismarck schnell gefaßt antwortete: „Wen ich für den ersten Diplomaten halte, kann ich nicht sagen, gewiß ist aber Lord Beaconsfield der zweite."

Graf Wilhelm Bismarck, geb. am 1. August 1852 in Frankfurt a. M., zur Zeit der Wahl also erst 26 Jahre alt, kandidierte im 3. Wahlkreise des Regierungsbezirks Erfurt (Mühlhausen, Langensalza, Weißensee)[1]. Bei der Stichwahl entbrannte ein lebhafter Parteikampf, der sich aber entschieden zu Gunsten des Sohnes des Kanzlers gestaltete, seitdem ihm die 2000 Stimmen der Ultramontanen von den Führern derselben zugesagt worden und zwar infolge des nachstehenden seltsamen Depeschenwechsels. Das Wahlkomitee der Centrumspartei richtete an den Grafen Wilhelm Bismarck nach Gastein, wo derselbe sich in der Umgebung des Kanzlers eben aufhielt, folgende telegraphische Anfrage: „Um bei der Stichwahl eventuell Eurer Hochgeboren unsre Stimmen geben zu können, bitten wir um hochgeneigteste sofortige telegraphische Auskunft, ob Hochdieselben Ihren Einfluß auf Aufhebung des Kulturkampfes geltend zu machen gedenken." Hierauf lief am 6. August 1878 abends vom Grafen Wilhelm nachstehende Depesche ein: „Telegramm von gestern erhalten. Ich glaube nicht, daß die darin gestellte Frage den Reichstag beschäftigen wird. Sollte es dennoch der Fall sein, so werde ich für mein Verhalten den Rat des mir persönlich nahestehenden Reichskanzlers erbitten und um so lieber befolgen, als mir die persönliche Gesinnung desselben bekannt ist."

Es war bei der Jugend des neu gewählten Abgeordneten nicht zu erwarten, daß er sich im Parlament zu großen Thaten aufschwingen werde. Gleichwohl ergriff er in mehreren Fragen die Initiative[2]. Bedeutsamer ist wohl seine Thätigkeit hinter den Kulissen gewesen; denn er war es vorzugsweise, an den sich diejenigen Abgeordneten wandten, die sich über die Absichten und Wünsche seines Vaters vergewissern wollten.

Am 29. September 1878 war Bismarck zur Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen[3] in Berlin eingetroffen. Bereits an einem der nächsten Tage

[1] Der Parlaments-Almanach f. d. Jahr 1878 gab noch folgende biographische Notizen: Premier-Lieutenant à la suite des k. preuß. 1. Garde-Dragoner-Regiments in Berlin. Besuchte das Gymnasium in Berlin, studierte in Bonn. Deutsche Reichspartei.

[2] 14. April 1880 Antrag des Grafen Wilhelm Bismarck auf Einsetzung eines Zinsmaximums, Schultheß Geschichtskalender S. 109 und 117 (20.—22. April); 7. Mai 1880 Antrag auf Beschränkung der Wechselfähigkeit, a. a. O. S. 138 (ekr. S. 183).

[3] Von dem Auftreten Bismarck's in der Reichstagssitzung vom 17. September 1878 hat der „Schwäbische Merkur" ein charakteristisches Bild entworfen, dem wir die folgenden Züge

Digitized by Google

stattete demselben ein persönlich nahestehender Reichstagsabgeordneter in früher Morgenstunde einen Besuch ab, der keinerlei politische Motive hatte, sondern vornehmlich die höfliche Nachfrage bezweckte, ob der Gutsherr von Varzin wieder wohl und munter in Berlin eingetroffen sei. Bekanntlich schlief nun der vielbeschäftigte Staatsmann des Morgens gern lange und liebte es nicht, selbst von seinen intimsten Freunden in seinem Schlummer gestört zu werden. Der eben bezeichnete Intimus aber nahm diesmal von der Bismarck'schen Tagesordnung keine Notiz, weil es sich um die Wichtigkeit handelte, allen andern Hausfreunden voraus dem glücklichen Schwiegervater seine Glückwünsche zur Verlobung der Komtesse Marie [1]) abzustatten. Der Leibdiener hatte aber kaum den Besuch, dessen wohlwollende Absicht der Fürst Bismarck schnell durchschaut hatte, gemeldet, als dieser befahl, seinen Lieben und Getreuen in das Empfangszimmer einzulassen, und Tyras, der seinen Herrn bis dahin bewacht hatte, mitzunehmen, damit der Hausfreund, wie sich der Reichskanzler ausdrückte, „bis zu seinem Erscheinen wenigstens einige Zerstreuung habe". Infolgedessen war dem Reichshunde die schmeichelhafte Aufgabe zugefallen, den Besuch gebührend zu empfangen. Tyras übte nun den „gebührenden Empfang" in der Weise aus, daß er den ihm Fremden knurrend beschnüffelte, so daß dieser dem Diener gegenüber seine Be-

---

entnehmen: Der große, stattliche Mann in der kleidsamen blauen Generalsuniform mit den gelben Aufschlägen hat das beste, gesundeste Aussehen von der Sommerfrische mitgebracht. Er überschaut zuerst mit der Lorgnette die neue Situation, die er im Reichstage vorfindet, öffnet sodann sein Portefeuille und liest verschiedene Akten, wobei er seinen großen Bleistift anmerkend oder durchstreichend mit Energie handhabt. Doch jetzt ist Hänel zu Ende und Fürst Bismarck erhebt sich, indem er sich gegen den Präsidenten des Hauses neigt. Der letztere ruft: „Fürst Bismarck hat das Wort!" und plötzlich kehrt eine lautlose Stille im Saale ein. Die Abgeordneten drängen sich mit Macht in die Nähe des Reichskanzlers. Selbst Bebel macht sich auf den Weg und setzt sich zur Rotierung alles Wichtigen in Bereitschaft. Doch wie erstaunen gemeiniglich diejenigen, die den Fürsten zum erstenmal sprechen hören. Statt seiner kräftigen, sonoren Stimme, statt des vermuteten Pathos, statt einer vom Feuer klassischer Beredsamkeit durchglühten Philippika, fließt das so leise und sacht, fast im Konversationstone hervor über die Lippen des großen Mannes, und stockt zuweilen und windet sich, bis der rechte Ausdruck gefunden. Ja fast eine Art Verlegenheit ist anfänglich dem Redner anzuspüren. Sein Oberkörper ist in wiegender Bewegung und alle Augenblicke holt der Kanzler sein Taschentuch aus der hinteren Rocktasche, wischt sich das Gesicht, steckt das Tuch in die Tasche und holt es wieder hervor. Doch ohne jegliche Beklemmung folgt der Hörer den zögernden Ausführungen des Redners. Denn dieser fällt nie aus der Konstruktion und ein hoher, geistvoller Gedanke um den andern wirft Licht auf den Weg. So fließt das murmelnde Bächlein dahin bis zum gewaltigen Schluß, oft unterbrochen vom homerischen Gelächter der Hörer über den eingestreuten attischen Witz, aber ohne jegliches Pathos, selbst bei seinen letzten hochernsten Worten von „den Opfern, die der Kampf noch fordern könnte". Doch gerade dieser Verzicht auf jeden Effekt, diese sachliche Ruhe verleiht den leise gesprochenen Worten eine durchschlagende Wirkung, und das beruhigende Gefühl, das Steuerruder des Staatsschiffes in diesen nervigen Händen zu wissen, kehrt nach Bismarck's Rede in neuer Stärke ein in der deutschen Brust.

[1]) Dieselbe war am 22. September 1878 erfolgt. Zur Hochzeit der Gräfin mit dem Grafen Rantzau waren von Parlamentariern nur geladen: von Kleist-Retzow, von Blanckenburg, Dr. Lucius und Dietze-Barby.

Digitized by Google

fürchtung aussprach, der Hund werde ihn am Ende à la Gortschakoff behandeln. Das geschah nun allerdings nicht, aber Tyras machte sich auf andre Weise zum „chien terrible“. Er griff nämlich ohne weiteres des Abgeordneten Klapphut, der auf einem Fauteuil lag, mit den Zähnen und legte ihn mit einer gewissen Grandezza an der Thürschwelle nieder. — Dieser deutliche Wink hatte denn auch zur Folge, daß der Hausfreund sogleich eine Visitenkarte aus der Tasche zog und sie dem Diener mit der Bemerkung übergab, er bitte Se. Durchlaucht für die Störung zu so früher Morgenstunde um Entschuldigung und werde sich nach einigen Stunden erlauben wieder vorzusprechen. Als Fürst Bismarck diese neue Freveltat Tyras' vernahm, soll er erst gelächelt, dann aber gesagt haben: „Der Schlingel bringt mich schließlich noch um meine besten Freunde!“

Der einzige Beratungsgegenstand des Reichstags war das umgearbeitete Sozialistengesetz. Bei den Verhandlungen darüber war der Abgeordnete von Helldorff lebhaft beteiligt, und in dieser Zeit haben mehrfache Berührungen mit Bismarck stattgefunden.

In den Tagebuch-Aufzeichnungen von Helldorff's finden sich folgende Daten:

Am 2. Oktober 1878 bei Bismarck gespeist, allein mit einem russischen General.

Am 8. Oktober 1878 um 3 Uhr bei Bismarck, und lange mit ihm im Park promeniert.

Am 16. Oktober 1878 bei Bismarck; wirkt für Festhalten an einer längeren Frist für die Geltungsdauer des Sozialistengesetzes.

An demselben Tage abends zu Bismarck eingeladen zugleich mit den Abgeordneten von Bennigsen und Dr. Lucius und dem Minister Graf Eulenburg zur Besprechung des Sozialistengesetzes.

Abgesehen von dem 16. Oktober besprach Bismarck mit Bennigsen, welcher zum Vorsitzenden der Kommission für das Sozialistengesetz ernannt worden war, die parlamentarische Situation noch am 17. September, Ende September und am 7. Oktober 1878 [1]).

Zu einer wertvollen Geschichtsquelle gestaltet sich für unsre Reichstagssession das Tagebuch des Abgeordneten Hölder. Ich beginne mit meinen Auszügen daraus bereits mit der Wahlperiode, weil Hölder's Schilderungen aus dieser Zeit deutlich die Strömungen ersehen läßt, welche damals innerhalb der nationalliberalen Partei [2]) herrschten.

---

[1]) Vergl. über diese Unterredungen die „Vossische Zeitung“ Nr. 223 vom 22. September 1878 und Nr. 231 vom 2. Oktober 1878, die „Post“ Nr. 272 und 279 vom 2. Oktober 1878 und 9. Oktober 1878, endlich Schultheß Europäischen Geschichtskalender 1878, S. 63.

[2]) Artikel der „National-Zeitung“ und des „Hannoverschen Courier“ über die Beziehungen des Reichskanzlers zu den Nationalliberalen s. die „Post“ Nr. 286 vom 16. Oktober 1878. Zur Haltung des Centrums gegenüber Bismarck s. die „Post“ Nr. 285 vom 15. Oktober 1878.

Digitized by Google

Stuttgart, den 12. Juni 1878.

Meine Gründe gegen Annahme einer Wiederwahl sind folgende: Die nationalliberale Fraktion im Reichstag wird in doktrinärer Weise geführt. Damit hängt diese Centralisirungssucht zusammen, der die einzelnen Staaten nur geduldete Organisationen sind. Außerdem hat der Doktrinarismus zu dem Freihandelssystem geführt, das keinen Schutz für die nationale Arbeit kennt und zu den verklausulierten Strafartikeln, welche eine kräftige Repression hemmen. Von diesem Standpunkt aus werden Verbesserungen der Gewerbeordnung (Strafe des Kontraktbruchs ꝛc.) angestrebt; das Gesetz über den Unterstützungswohnsitz, der mit 2 Jahren erworben wird, hat den Heimatbegriff im öffentlichen Recht aufgehoben. Und anderes mehr. In allen diesen Dingen weiche ich nun von der durch Lasker, Bamberger u. s. w. geführten Mehrheit der nationalliberalen Fraktion ab, und in Folge davon ist meine Stellung in derselben eine unbehagliche, da ich nie weiß, ob ich nicht in die Lage komme, meinen Austritt erklären zu müssen. Zudem kommt, daß Gaupp, Elben ꝛc. mich offenbar schon seit Jahren in Berlin als Partikularisten verschrieen haben. Eine Folge davon ist es ohne Zweifel, daß, obwohl ich Mitglied des Vorstands bin, und zwar gemäß dem entschieden ausgesprochenen Willen der Führer, ich doch nicht in das engste Vertrauen derselben gezogen werde. Möglicherweise hängt dies auch mit der Zugeknöpftheit der Norddeutschen und damit zusammen, daß meine geselligen Wege in Berlin andere sind als die Bennigsen's u. s. w.

Diese verschobene persönliche Situation im Reichstag dachte ich nun längst schon durch Ablehnung einer Neuwahl zu lösen. Es geht so am gelindesten. Denn wollte ich als gewählt aus der Fraktion austreten, so müßte es notwendig unangenehme Erklärungen herüber und hinüber zur Folge haben. Und dann würde es sich fragen wohin? Die Freikonservativen sind mir doch zu konservativ; die Partei in schlimmen Tagen verlassen geht auch nicht; überdies würde Übergang zu einer andern Partei stets ungünstig beurteilt. Wilder kann ich auch kaum werden. Eine freisinnige Reichspartei mit föderativer Färbung giebt es nicht mehr und es besteht keine Aussicht einer Neubildung . . . . .

Vor Tisch kam N. zu mir, um über die Wahlen zu sprechen. Ich setzte ihm meine Bedenken gegen eine Wiederwahl auseinander. Er erwiderte: ich könne mich einer Wiederwahl unmöglich entziehen, schon wegen meiner Stellung als Präsident der württembergischen Kammer nicht; es wäre der größte politische Fehler, wenn ich es thäte. Dies sei sein Gefühl und er täusche sich darin selten. Er rate mir daher als Freund, eine Wiederwahl nicht abzulehnen. Vorausgesetzt sei natürlich meine Zustimmung zu Spezialgesetzen gegen die Sozialdemokratie. In diesem Fall werde weder die Regierung noch die konservative Partei hier gegen meine Wahl sein, sie vielmehr wünschen.

(Folgt eine Mitteilung von dem Besuche eines Verwandten.) Auch er erklärt es für unmöglich, daß ich die Wahl ablehne. Der nationalliberalen Partei gehöre die Zukunft, aber sie müsse den Doktrinarismus Lasker's ausstoßen, sonst werde sie durch Jahre der Trübsal gehen müssen, bis sie wieder aufkomme.

Digitized by Google

Er würde in der Fraktion derb gegen derartige Lasker'sche Spitzfindigkeiten auftreten.

Stuttgart, den 26. Juni 1878.

Die letzten 14 Tage bewegte mich schwer die Frage wegen Annahme einer Reichstagswahl. Die Gründe, auch die sachlichen für und gegen, halten sich die Waage. Viele Besprechungen mit Römer, von Schmid, Harth, den Ministern, Fetzer (Renten-Anstalt), Gemmingen, Landeskomitee u. s. w. Die wohlwollendsten, mir persönlich befreundetsten Personen erklären eine Ablehnung meinerseits unter den vorliegenden Umständen für unmöglich. Allein die hiesige Wählerschaft ist ganz gewiß, wenigstens in diesem Augenblick, konservativer als ich, und wie wird sich meine Stellung in der Fraktion im Reichstag gestalten? Ausnahmegesetze gegen die sozialdemokratische Partei könnte ich bei jetziger Sachlage zulassen; ohne eine solche Erklärung wäre auch meine Wahl gar nicht möglich. Allein meine freisinnige Richtung im Ganzen vermag ich nicht aufzugeben. Korrespondenz mit Stauffenberg über die Frage.

Von einer der Regierung nahestehenden Seite erfuhr Hölder noch Folgendes: Die württembergische Regierung sei nicht gegen seine Wahl. Die Abstimmung gegen den ersten Entwurf eines Sozialistengesetzes sei für sie kein Hinderniß. Sie sei zur Abstimmung im Bundesrat zu spät gekommen. So wie es vorgelegen, hätte sie auch nicht dafür stimmen können. Dagegen habe sie für die Auflösung mit voller Überzeugung gestimmt. Die nationalliberale Partei verhalte sich zu wenig positiv, so insbesondere bei den Steuerfragen. Bismarck sei nicht gegen die nationalliberale Partei im Ganzen, wohl aber wünsche er eine Schwächung des linken Flügels und eine Zurückdämmung des Lasker'schen Einflusses. Sonst hätte ja die Auflösung keinen Sinn. Außer einem Vereinsgesetz und dem Gesetz gegen die Sozialisten dürften noch weitere Entwürfe dem Reichstag vorgelegt werden, z. B. über Modifikation des Gesetzes, betr. Freizügigkeit, und über den Belagerungszustand. Es handle sich für mich ja nicht um Austritt aus der nationalliberalen Partei. Ich dürfe überzeugt sein, daß noch viele Nationalliberale in meiner Lage sein werden. Dann gelte es gemeinschaftlich seine Stellung zu nehmen.

Nach langen innern Kämpfen fasse ich endlich meinen Entschluß; ich wähle im Zweifel das Ehrenhaftere, entscheide mich für das, womit mehr persönliche Opfer verbunden sind, also unter gewissen Bedingungen für die Annahme[1]). Entscheidend wäre, wie ich gestern und heute K. Schott zu Händen des Lokalkomitees der deutschen Partei erklärte, wenn alle reichstreuen Richtungen hier in dieser schweren Zeit mir ihr Vertrauen schenkten und jeder Wahlkampf unter ihnen durch meinen Entschluß beseitigt würde; in diesem Falle würde ich die Zurück-

[1]) Über die Annahme eines Mandats seitens Hölder's vergl. den „Schwäbischen Merkur" vom 2. Juli 1878, Nr. 155, die Stuttgarter „Neue Zeitung" vom 2. Juli 1878, das Stuttgarter „Neue Tageblatt", Nr. 171 u. 172, Jahrgang 1878 (Kandidatenrede Hölder's in Stuttgart), Nr. 174 (desgleichen in Feuerbach am 25. Juli), die Stuttgarter „Neue Zeitung" vom 25. Juli 1878, Nr. 172 (Rede Hölder's in einer Stuttgarter Wahlversammlung).

Digitized by Google

weisung des allgemeinen Vertrauens für unzulässig halten. Dabei muß ich aber natürlich meinen politischen Charakter wahren und kann mich zu nichts meiner Überzeugung Widersprechendem verpflichten. Zu offenster Darlegung meiner Ansichten bin ich bereit. Dann erst wird es sich zeigen, ob die Deutschkonservativen (an denen indessen die Minister gar keine Freude haben) ihre Stimmen auf mich vereinigen wollen. Die nächsten Tage werden somit Besprechungen über die politischen Ansichten resp. Ansprüche bringen und ich erklärte Schott, daß ich meine Bedingung ernstlich nehme und mich nur dann zu einer Wahlkandidatur entschließen könne, wenn die Deutschkonservativen auf Grund meiner Ansichten resp. trotz derselben gleichfalls mich zur Übernahme des Mandats auffordern würden.

30. Juni 1878.

Letzten Mittwoch Versammlung der deutschkonservativen Partei. Fetzer kündigt mir am Donnerstag eine Deputation derselben auf Montag (später Dienstag) an.

Große Zweifel, wie ich mich zu dem Programm[1]) derselben verhalten soll? Nicht unbedingt zustimmend.

Stuttgart, den 29. Juli 1878.

Endlich sind Gottlob die Wahlsuiten beendigt. Was aus diesem deutschen Hexenkessel herauskommen wird, muß sich morgen zeigen. Mir ist es am wahrscheinlichsten, daß die Zahlen der Parteien sich nicht wesentlich ändern, höchstens mit 20—30 nach rechts verschieben werden. Allein innerhalb der nationalliberalen Partei wird die Stimmung gemäßigter, konservativer sein. Dann muß es eben biegen oder brechen.

Stuttgart, den 8. August 1878.

In den letzten Tagen mehrfache Besprechungen mit Max Römer über seine künftige Parteistellung im Reichstag; am Dienstag nahm auch Präsident Werner[2]) an denselben Teil. Derselbe hat keine Lust, zu den Nationalliberalen zu gehen, so lange Lasker dort herrscht, will sich aber zunächst auch den Freikonservativen gegenüber nicht binden.

Erörterung der Möglichkeiten: Lasker mit dem linken Flügel der Nationalliberalen tritt aus; dann würde in wünschenswerther Weise der rechte Flügel für sich bleiben, der Regierung gegenüber eine wohlwollende Haltung einnehmen und die doktrinären Konsequenzreitereien unterlassen resp. verbessern können. Oder: der rechte Flügel ist in der Minderzahl und tritt aus. Diese Eventualität wäre mir weniger erwünscht; unter Gneist's und Treitschke's Leitung möchte ich nicht sein. Die Trennung von Bennigsen fiele mir schwer. Wo wären geeignete Führer für eine solche liberale Reichspartei? Am wahrscheinlichsten scheint mir,

[1]) Ein Referat über die zweite Versammlung der deutschkonservativen Partei in Stuttgart, welche beschloß, mit Hölder über die Annahme der Kandidatur in Verhandlung zu treten, s. in Nr. 149 der Stuttgarter „Neuen Zeitung" vom 28. Juni 1878.

[2]) Präsident der württembergischen Centralstelle für die Landwirtschaft in Cannstat. Derselbe trat demnächst der deutschen Reichspartei bei.

Digitized by Google

daß innerhalb der Nationalliberalen mit Hochdruck dahin gearbeitet wird, eine Trennung zu verhüten. Wie und unter welchen Bedingungen wird das aber sein? Lasker ist doktrinär und eigensinnig, Bennigsen ist bei den Neuwahlen von den Offiziösen schwer verletzt worden. Es war m. E. ein Fehler Bismarck's, im Wahlkampf die ganze nationalliberale Partei angreifen zu lassen. Unter den obwaltenden Umständen bleibt nichts übrig, als für die entscheidenden Fragen, entsprechend dem eigenen Wahlprogramm und den Anschauungen meiner Wähler, die eigene Selbständigkeit zu wahren und deren Achtung zur Bedingung der ferneren Teilnahme an der nationalliberalen Partei zu machen. Manche werden in ähnlicher Lage sein wie ich. Schließlich wird es sich ja zeigen, ob die nationalliberale Partei in Zukunft mehr Maß halten, ob sie das Auseinandergehen ihrer Mitglieder in erheblichen Einzelfragen ertragen, oder ob sie am Ende doch auseinandergehen wird. Die schlimmste Entwickelung wäre, wenn Lasker und Genossen im Anfang versöhnlich auftreten und, wenn alles wieder im Geleise ist, doch am Ende wieder ihren alten dominierenden Einfluß erlangen würden. — Es wird unangenehme Beratungen in- und außerhalb der Fraktion bei der nächsten Session geben.

Wir kommen überein, die neugewählten Württemberger der gemäßigt liberalen Partei sollen sich während der bevorstehenden außerordentlichen Session noch zurückhalten und vor dem Eintritt in eine Parteistellung die Entwickelung abwarten.

Rorschach[1]), den 19. August 1878 (Montag).

Der Entwurf des Sozialistengesetzes ist erschienen. Er ist streng konsequent, wird aber vielfach der Änderung bedürfen. Im übrigen: wer den Zweck will, muß auch die Mittel wollen.

Stuttgart, den 30. August 1878.

In der Kammerkanzlei besucht mich Finanzminister Renner und spricht über den Etat. Ich erwähne die Heidelberger Zusammenkunft deutscher Finanzminister. Er ist zurückhaltend, teilt aber doch vertraulich einzelnes mit: Bismarck habe verlangt, man solle 250 Millionen Mark durch neue Reichssteuern aufbringen. Er wolle durchaus schon zum 1. April 1879 neue Steuern einführen. Die Notwendigkeit sei eben eine zwingende. Die Biersteuer solle auch für Norddeutschland erhöht werden. Das Verlangen, die Sonderstellung Württembergs und Bayerns bezüglich der Bier- und Branntweinsteuer aufzugeben, hätten die Vertreter dieser Staaten abgelehnt. Das Reich habe ja ohnehin schon die meisten Steuern und Steuerobjekte an sich gezogen. Renner setzt die Vorteile des Tabakmonopols auseinander. Es sei ein Unding, daß in Deutschland auf den Kopf 90 Pf. Salz- und nur 35 Pf. Tabaksteuer kommen.

Stuttgart, den 31. August 1878.

Aufzeichnung über eine tags vorher (30. August) erfolgte Unterredung mit einem Staatsmann, welcher kurz vorher in Kissingen mit dem Fürsten Bismarck

[1]) In Rorschach am Bodensee nahm Hölder wiederholt seinen Sommeraufenthalt.

Digitized by Google

zusammengekommen und darum in die nächsten Ziele und Absichten des Kanzlers wohl eingeweiht war. Der gedachte Staatsmann teilte Hölder mit, er habe Bismarck gegenüber seinerzeit den Wunsch ausgesprochen, den Entwurf des neuen Sozialistengesetzes vor der Einbringung desselben beim Bundesrat kennen zu lernen. In Folge dessen habe der Kanzler ihm denselben geschickt, wiewohl das Reichs-Justizamt eine vorzeitige Mittheilung des Entwurfs an die Bundesregierungen nicht wünsche. Der Minister keines andern Bundesstaates habe sich einer gleichen Rücksichtnahme zu erfreuen gehabt. Er habe darauf Bismarck seine Erinnerungen zu dem Entwurfe mitgeteilt, das neue Reichsamt beanstandet, nicht in partikularistischem Sinne, sondern weil hier seiner Ansicht nach das Ermessen, aber kein Quasigericht entscheidend sein müsse, ferner zeitliche Begrenzung des Gesetzes vorgeschlagen. Hierauf habe ihn Bismarck nach Kissingen beschieden und ihm erklärt, auch er sei ganz entschieden gegen das Hereinziehen richterlicher Elemente, der Entwurf sei in diesem Punkt nicht nach seinem Sinne. Mit dem Bundesrat resp. einem Ausschusse desselben als Beschwerde-Instanz sei er einverstanden gewesen. Indessen habe nun aber Bayern und Sachsen in Berlin in ähnlicher Richtung, aber aus partikularistischen Gründen Opposition erhoben, und Bismarck habe ihm gesagt, dieser Opposition könne er nicht nachgeben, aber Richter wolle er durchaus nicht. Was thun? Wenn jemand die Vermittelung übernähme? Hierzu habe er (der Staatsmann) sich erboten, das Erbieten indessen davon abhängig gemacht, daß Preußen, wenn der Vergleich zu stande käme, unbedingt mitgehen müsse. Auf das Versprechen Bismarck's, er könne sich hierauf verlassen, habe er von Kissingen aus den bayerischen Minister von Pfretschner um eine Zusammenkunft in Ulm gebeten und habe sich mit ihm nach dem Wunsche Bismarck's verständigt. Indessen seien in Berlin die Dinge kanzleimäßig weitergegangen, Bismarck habe es unterlassen, sogleich nach Berlin Weisung zu geben, und so sei der ursprüngliche Entwurf im Bundesrat eingebracht worden. Nach gewohnter Manier habe die Ausschußsitzung gleich an einem der nächsten Tage stattgefunden, allein bei der ersten Lesung sei niemand instruiert gewesen, und so habe man eben den Entwurf angenommen. Am andern Tage seien dann von allen Seiten, insbesondere auch von Bismarck, die telegraphischen Weisungen eingelaufen, und so sei der Entwurf in jetziger Fassung schließlich einstimmig angenommen worden. Das Odium, statt der halbrichterlichen Instanz aus partikularistischen Motiven den Bundesratsausschuß eingefügt zu haben, werde nun aber doch in der Presse auf die Mittelstaaten gewälzt.

Ueber den Vorschlag der zeitlichen Begrenzung des Gesetzes habe sich Bismarck in Kissingen ausgeschwiegen. Er meine aber, eine solche zeitliche Begrenzung könne der Reichstag durchsetzen. Im Bundesrath hätten nur zwei Regierungen, darunter Braunschweig, für diesen Antrag gestimmt.

Im übrigen werde Bismarck auf allem Wesentlichen beharren. Er sei äußerst energisch, gesünder als je, rede von Auflösen bis er seinen Zweck erreiche, und scheue vor keinen Konsequenzen zurück. Jedenfalls werde er selbst zu den Verhandlungen des Reichstags in Berlin eintreffen.

Digitized by Google

Wir besprachen manches über diesen Punkt und waren darin einig, daß ein Bruch mit dem Reichstag und eine Konfliktsregierung bei der heutigen Situation in Deutschland und Europa sehr bedenklich wäre.

Hölder's Gewährsmann wußte dann noch eine Reihe interessanter Punkte über Bismarck zu erzählen, wovon einiges hier noch angereiht werden mag.

Anfangs August 1878 fanden in Heidelberg die bereits oben erwähnten Ministerkonferenzen zur Berathung der Steuerreform[1]) statt. Der Staatsminister Hofmann sei mit ihm in Kissingen gewesen mit den Protokollen der Heidelberger Konferenz, schön zugeknüpft in eine Rolle mit Rosaband. Bismarck habe die Rolle nicht einmal geöffnet und Hofmann ohne eingehenden Bescheid abreisen müssen[2]). —

Die Verhandlungen Bismarck's mit Bennigsen seien nicht deshalb gescheitert, weil der letztere den Miteintritt Stauffenberg's in das Ministerium verlangte, sondern weil Bismarck eine Parteiregierung gefürchtet habe. Diese Befürchtung habe sich an das Verlangen Bennigsen's geknüpft, politische Freunde mit ins Ministerium zu nehmen.

Auf den Einwand Hölder's, eine Parteiregierung werde Bennigsen damit nicht beabsichtigt haben, wohl aber eine Garantie gegen das Eingreifen Bismarck's ohne Beachtung der Stellung seiner Kollegen, antwortete ihm der gedachte Staatsmann: Da habe aber Bennigsen Bismarck schlecht gekannt, dieser lasse sich von seinem Willen nicht abbringen, und wenn alle Minister andrer Ansicht seien, setze er seinen Willen gegen alle durch. Unter den Ministern seien Leonhardt und Friedberg die gefügigsten; aber auch Delbrück habe oft genug seine Ansicht derjenigen Bismarck's untergeordnet.

Berlin, den 16. September 1878.

Die politische Situation ist noch nicht geklärt. Bei der Präsidentenwahl sprachen Professor Gneist, Dr. Völk und ich dafür, des Friedens und guten Einvernehmens willen, den ersten Vize-Präsidenten den Deutschkonservativen anzubieten. Schon hatte es den Anschein, daß eine Einigung zu stande komme. Im letzten Augenblick sprang jedoch infolge des Auftretens von Forckenbeck und andrer die Stimmung um. Sie hatten das Stimmenverhältnis im Reichstag richtig berechnet. Die Liberalen (Nationalliberale, Fortschritt und liberale Wilde) zählen immer noch 10 Stimmen über die vereinigten Konservativen. So fielen letztere für die engere Wahl durch, in welche Stauffenberg mit einem Ultramontanen kam. Bei der engeren Wahl waren somit die Konservativen in eine Zwangslage versetzt; sie mußten, da ein Ultramontaner auch für sie unmöglich war, für Stauffenberg stimmen. — Es war eine richtige Parteitaktik, ob sie zum Heile des Reichs dient, müssen die nächsten Wochen lehren. — Die Verstimmung von den Wahlen her

[1]) Vergl. hierüber mein Werk: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I., S. 143.

[2]) Hierin wird etwas Absonderliches wohl kaum erblickt werden können, da Fürst Bismarck wahrscheinlich sich ein eingehendes Studium der Protokolle vorbehielt, bevor er bestimmten Bescheid erteilen wollte und konnte. Ein solcher Bescheid wäre doch auch ohne vorgängige Beratung mit dem preußischen Finanzminister verfrüht gewesen.

Digitized by Google

war eben noch zu groß, um die Nationalliberalen zum Kompromiß mit den Konservativen zu stimmen.

Was das Sozialistengesetz betrifft, so ist nun allerdings der Wille vorhanden, ein solches zu stande zu bringen. Die Wähler haben auch in Norddeutschland vielfach ihren Willen dafür deutlich ausgesprochen. — Allein Verbesserungen, Milderungen sind notwendig, und darüber habe ich noch keine Beruhigung, ob man nicht von gewisser Seite innerhalb der Nationalliberalen so einschneidende Änderungen vorzunehmen beabsichtigt, daß das Gesetz am Ende für Bismarck unannehmbar wird. Erschwert wird die Wirksamkeit der Freunde des Entwurfs durch die Unberechenbarkeit und Zurückhaltung Bismarck's. Heute ist die erste Lesung und man weiß zur Stunde noch nicht, ob Bismarck auftreten und die Punkte bezeichnen wird, die für ihn unangreifbar sind. Wüßte man dieselben beizeiten, so glaube ich, würden viele Nationalliberale sie zugestehen. Wartet er aber, bis man sich in Amendements verbissen und sich für Beschlüsse engagiert hat, dann ist eine Verständigung viel schwerer. — Allein man weiß ja nicht einmal, ob Bismarck nicht eine nochmalige Auflösung wünscht, um die Nationalliberalen noch mehr zu schwächen! Morgen wird nun der Entwurf an eine Kommission verwiesen werden, der ich keinenfalls angehören werde. Ich möchte mir meine Ansichten möglichst lange offen halten. Die Thätigkeit der Kommission wird auf 8—10 Tage geschätzt.

Berlin, den 18. September 1878.

Montag vor acht Tagen haben die Sitzungen des Reichstags begonnen, heute wurden dieselben vorläufig ausgesetzt, bis die Kommission über das Sozialistengesetz ihren Bericht erstattet haben wird. Unbedingt zustimmend verhalten sich die beiden konservativen Fraktionen, verneinend das Centrum und der Fortschritt. Die nationalliberale Partei hat somit die Sache in der Art in der Hand, daß ca. 30 Mitglieder derselben das Gesetz zu Fall bringen können. Beim Zusammentritt des Reichstags war die Stimmung der nationalliberalen Führer (Forckenbeck, Bennigsen u. s. w.) noch eine ziemlich gereizte wegen der allerdings heftigen Angriffe, die sie bei den Wahlen insbesondere in Norddeutschland seitens der Konservativen und des Reichskanzlers resp. seiner Preßorgane zu erdulden hatten. Diese Stimmung machte sich bei der Wahl des Präsidiums bemerklich. Mir schien es im Interesse des Reichs von Wert zu sein, daß die drei staatserhaltenden Parteien (Deutschkonservative, deutsche Reichspartei und Nationalliberale) schon hier ihr Zusammengehen dokumentierten, daß daher den Deutschkonservativen der erste Vize-Präsident zugestanden werden solle. Nachdem Stauffenberg nach mehreren halben Erklärungen endlich die Ablehnung seinerseits unbedingt erklärt hatte, schien man darin einig zu sein, die Wahl des ersten Vize-Präsidenten den Fraktionsgenossen frei zu geben. In diesem Falle hätten etwa 25 Mitglieder der nationalliberalen Fraktion sofort für Seydewitz gestimmt, er wäre mit den Ultramontanen in die engere Wahl gekommen und folgeweise gewählt worden. Da trat etwa 15 Minuten vor Schluß der Fraktionssitzung und der sich unmittelbar daran reihenden Plenarsitzung Forckenbeck gegen dieses Ver-

Digitized by Google

fahren und für Festhalten an Stauffenberg auf, und infolge seiner Rede fiel ihm die große Mehrheit zu; die Minderheit bestand aus 7—8 Mitgliedern: Gneist, Treitschke, von Cuny, Völk, Schauß, Römer und ich. — Dies bestimmte mich, Bennigsen nach der Sitzung zu erklären, daß ich aus dem allerdings zunächst provisorischen (früheren) Vorstande austrete. Er meinte, ich solle es noch überlegen, überdies wollte er die Erklärung gar nicht annehmen, da ein Vorstand noch nicht bestehe. Zunächst beruhigte ich mich, folgte aber den Einladungen zur Besprechung der Sozialistengesetz-Vorlage im Schooße des Vorstandes nicht mehr. Von Lasker darüber befragt, nahm ich Bezug auf die Bennigsen gegenüber abgegebene Erklärung, die ich damit motivierte, daß ich mich voraussichtlich noch öfter im Widerspruch mit der Mehrheit der Fraktion befinden würde, weshalb der Austritt der Sachlage völlig entspreche. Er wollte diesen Grund nicht anerkennen, weigerte sich, ihn auszurichten, versprach aber, mein Wegbleiben einfach zu entschuldigen.

In der nationalliberalen Fraktion zeigt sich auf allen Seiten der gute Wille, das Gesetz mit den nöthigen Verbesserungen zu stande zu bringen. Die Stimmung wird jeden Tag ruhiger. Zeitliche Beschränkung, die bei der Regierung wohl keinen Anstand finden wird, ist die Hauptbedingung. Wie es mit der zweiten betreffs der „Rekursbehörde" gehen wird, muß die Zukunft lehren . . . .

Bei den Fraktionsberatungen hielt ich mich zurück. Eine behufs der Verständigung zur Mäßigung ratende Ansicht könnte heute als Ketzerei von der Fraktion verfehmt werden, während vielleicht in 14 Tagen Bennigsen unter allgemeinem Jubel als Ergebniß getroffener Verständigung sie vertritt. Geht es aber zum Bruch, so will ich mich nicht vorzeitig nach der einen oder andern Seite hin engagieren. Indessen ist die Stimmung versöhnlich. Die Gefahr liegt meines Erachtens hauptsächlich darin, daß Bismarck mit seinen Erklärungen zu lange zurückhalten und in Folge davon die Fraktion resp. ihre Vertreter in der Kommission sich zu fest binden könnten. Stauffenberg, den ich heute sprach, teilt auch letztere Ansicht. Derselbe erzählt, der Kronprinz habe ihm gesagt, wir sollten nur so handeln, daß die Schuld eines etwaigen Scheiterns nicht auf uns gewälzt werden könne. Bismarck sprach gestern eine halbe Stunde mit Bennigsen, der aber zurückhielt. Heute liegt Bismarck im Bett. — Bennigsen engagierte sich in der Fraktion nach keiner Seite. Es scheint mir, daß er womöglich eine Verständigung will. Dies wollen indessen, wie mir vielfach gesagt wird, auch die Wähler in Norddeutschland, nicht blos bei uns. Daher ist die geneigte Stimmung in der Fraktion erklärlich . . . .

Max Römer sucht sich rasch zu orientieren und lacht über die Art, wie die Fraktion von einer kleinen Clique geleitet wird. Dies geschieht allerdings unter Anwendung aller großen und kleinen Mittel und Kniffe. Allein jene Wenigen sind eben auch sehr hervorragend. Unzufriedenheit mit dieser Behandlung der Dinge in Verbindung mit einer gewissen vornehmen Zurückhaltung im persönlichen Verkehr mit der Masse ist allgemein. Allein, sagt Römer, die Sklaven klirren nur mit den Ketten, folgen aber im entscheidenden Augenblick immer wieder.

Digitized by Google

Stuttgart, den 26. September 1878.

Mittwoch, den 18. September, wurden die Sitzungen des Reichstags ausgesetzt und die Vorberatung des Sozialistengesetz-Entwurfs einer Kommission von 21 Personen überlassen. Interessant waren die Umtriebe für die Wahl der 6 Mitglieder der nationalliberalen Fraktion. Lasker konnte nicht umgangen werden; dagegen hätte ich die Wahl Gneist's und Völk's gewünscht. Letzteren ersetzten die Führer durch Schauß, ersteren verdrängten sie ganz. Es fielen nur etwa 26—28 Stimmen in der Fraktion auf ihn. So war gesorgt, daß unter den 6 Mitgliedern der nationalliberalen Partei kein entschiedener Gegner der Führer gewählt wurde. Dieselben behielten damit die Bestimmung des Maßes der Nachgiebigkeit in der Kommission sich selbst vor. Zu ihrem großen Ärger wählten die Konservativen der 2. Abtheilung — Gneist als das 21. (freigegebene) Mitglied doch hinein [1]).

Alles was nicht der Kommission des Reichstags angehörte, verließ jetzt Berlin.

Berlin, den 8. Oktober 1878.

Um 11 Uhr war Fraktionssitzung. Bennigsen verhandelt mit Bismarck und es ist alle Hoffnung auf das Zustandekommen des Gesetzes. Dem Anscheine nach ist Bismarck viel willfähriger, als nach den Mitteilungen des Ministers Mittnacht zu erwarten war. Allein ersterer ist eben unberechenbar und Bennigsen ist sehr zurückhaltend. Im gegebenen Augenblick wird er eben der Fraktion ankündigen, worin sie der in Aussicht genommenen Verständigung gemäß noch nachgiebig sein muß. Für mich werden keine Schwierigkeiten zu überwinden sein, da ich in den Änderungen garnicht so weit gehe, als die Mehrheit der Fraktion. Die rechte Seite der letzteren ist etwa 26—30 Köpfe stark. Lasker würde schwerlich die 25 Stimmen Nationalliberaler zusammenbringen, die zur Verwerfung der Vorlage im Reichstag nötig wären; also hängt die Entscheidung von Bennigsen ab, der den Rest von 50 Stimmen, die weder ausgesprochen rechts noch ausgesprochen links sind, nach der einen oder andern Seite hin führen kann.

Die Reichstagssitzung selbst war gestern uninteressant; sie dauerte bis halb 5 Uhr. Um halb 8 Uhr begann bereits wieder die Fraktionssitzung, die bis 10 Uhr währte. Heute um 12 Uhr nehmen die Beratungen in der Fraktion ihren Fortgang und morgen beginnt der Reichstag die seinigen. Alles ist natürlich auf Bismarck's Auftreten gespannt.

Berlin, den 14. Oktober 1878.

Seit letzten Mittwoch dauern die Beratungen über das Sozialistengesetz, und die zweite Lesung wird noch einige weitere Tage in Anspruch nehmen. Ein wohlunterrichteter Landsmann hat mir über den Stand beim Bundesrat und die Erklärungen Bismarck's in dessen Mitte Mitteilungen gemacht. Darnach lägen

[1]) Der Senioren-Konvent hatte die Wahl des 21. Mitglieds in Ermangelung einer andern Verständigung der durchs Loos ausgewählten 2. Abteilung überlassen. In der nationalliberalen Fraktion hatte Professor Dr. Gneist nur ca. 26 Stimmen erhalten, die etwa den rechten Flügel darstellten.

Digitized by Google

gegenüber den Kammerbeschlüssen drei Hauptanstände vor: die zu enge Fassung des Artikels I, die Rekursinstanz und die zu kurze Gültigkeitsdauer von 2½ Jahr. Die übrigen Differenzpunkte seien untergeordneter Art. Zu den letzteren zähle im Civilbelagerungs-Paragraphen das Wort „unmittelbar" bei Gefahr, und das Verbot der Ausweisung aus dem Wohnort. Eine Unterredung Bismarck's mit Bennigsen vor der zweiten Lesung des Sozialistengesetzes in der Kommission scheine ohne Ergebnis geblieben zu sein, wenigstens sei dieselbe bei ihren Beschlüssen geblieben, ohne daß eine wiederholte eingehende Beratung stattgefunden habe. Mir schien — so fährt Hölder fort — hiernach die Sache ziemlich bedenklich zu stehen; denn wenn ich auch bei der Rekursinstanz das große Gewicht, das von der einen und andern Seite auf die verschiedenen Anträge gelegt wird, nicht begreife, fürchtete ich doch große Schwierigkeiten wegen § 1 und wegen der Gültigkeitsdauer des Gesetzes.

Gleich in der ersten Fraktionsberatung zeigten sich aber die Hauptschwierigkeiten als geebnet. Bennigsen hatte seitdem weitere Unterredungen mit Bismarck, und, wenn er auch sehr zurückhaltend sprach, gab er doch zu verstehen, gerade diese letzteren Punkte würden das Gesetz dem Reichskanzler nicht unannehmbar machen. Bei der Fraktionsberatung behielt ich mir gleichwohl meine Abstimmung für eine längere Gültigkeitsdauer vor, denn 2½ Jahre sind eben gar zu kurz. Dagegen betonte Bennigsen nachdrücklich die Notwendigkeit, beim Civilbelagerungs-Paragraphen nachzugehen, und im übrigen die Kommissionsanträge nicht noch mehr zu relaxieren. Damit war die Gefahr für den rechten Flügel, ausscheiden zu müssen, beseitigt. Lasker wehrte sich zwar mit gewohnter Hartnäckigkeit in der Fraktion gegen die Beseitigung der betreffenden Worte beim Civilbelagerungs-Paragraphen, sprach sogar davon, daß bei ihm eine Überzeugung nicht so schnell schmelze wie bei andern, er blieb aber in einer verschwindenden Minderheit (3 oder 4 Stimmen auf seiner Seite). Es zeigte sich eben der gewaltige Einfluß des Wunsches der Wähler, das Gesetz zu stande zu bringen, und der Wille der großen Mehrzahl, es auf keinen Bruch mit der Reichsregierung ankommen zu lassen.

Nicht dem mindesten Zweifel unterliegt es, daß eine Dauer von 5 Jahren, vollends wenn Bismarck dieselbe als conditio sine qua non bezeichnet hätte, eine sehr große Mehrheit in der Fraktion erlangen würde. Allein etwa 25 bis 30 Nationalliberale können das Gesetz im Reichstag zu Fall bringen; Lasker hat also mit dieser Zahl die Entscheidung in der Hand. Ob er diese Zahl von 25—30 hat, beziehungsweise, wenn Bennigsen 5 Jahre vertrat, dieselbe zusammen bekommen hätte, das vermag ich nicht zu beurtheilen. Es wurden insgeheim Unterschriften solcher gesammelt, die bei längerer Dauer als 2½ Jahr unbedingt gegen das Gesetz stimmen würden. Sie haben zwischen 20 und 30 zusammen gebracht und Bennigsen hat die Erklärung Bismarck vorgelegt, woraus sich dessen Nachgiebigkeit in diesem Punkte erklärt. Ob Bennigsen durch die Sachlage gezwungen so handelte oder ob er selbst Bismarck diese Unterwerfung auflegen wollte, wage ich nicht zu entscheiden. Das faktisch in seinen Grundzügen hergestellte Einvernehmen fand seinen äußern Ausdruck in den Reden von

Digitized by Google

Bismarck und Bennigsen. Soviel steht fest, daß Lasker jetzt dessen Grundlagen nicht mehr alterieren kann. Letzten Samstag stimmte er bei dem Versammlungsartikel in einem Punkt mit dem Fortschritt, erhielt aber bei namentlicher Abstimmung nur noch 16 Nationalliberale auf seine Seite und im Hause war immer noch eine Mehrheit von 200 gegen 164 da. Der linke Flügel ist also, soweit das Kompromiß geht, ohnmächtig. Die erwähnte Separation machte in der Fraktion böses Blut, und es wird der Gedanke einer möglichen Ausscheidung des linken Flügels in Privatgesprächen erörtert. Stauffenberg's Stellung auf Seite Lasker's versteht man nicht. — Bei Forckenbeck, der sich am Samstag der kritischen Abstimmung entzog, denkt man an den Oberbürgermeister des fortschrittlichen Berlin. Zwischen Bennigsen einerseits, Stauffenberg und Lasker andererseits soll große Verstimmung herrschen. Ersterer ließ nach der vorgestrigen Abstimmung erklären, wenn sich solche Zwischenfälle wiederholten, könne er für nichts mehr stehen. Den Gedanken einer Beseitigung des linken Flügels habe er als noch nicht an der Zeit abgewiesen.

Herr von Schauß zeigt wegen einer Beschwerde gegen Forckenbeck, der ihn (trotz der Verständigung des Kommissionsvorstandes Bennigsen und des heiseren bisherigen Berichterstatters Schwarze) als neuen Berichterstatter, wie behauptet wird auf Lasker's Betrieb, nicht zuließ, seinen Austritt aus der Fraktion an. Bei einer etwaigen Neugestaltung der Partei hofft er mit seinen bisherigen Genossen wieder zusammen gehen zu können. Die Verstimmung gegen Lasker und Genossen ist ziemlich allgemein in der Partei.

Heute machten die Konservativen den Schachzug, weil sie mit einem Amendement nicht durchdrangen, gegen den Preß-Paragraphen zu stimmen. Derselbe ist also vorerst mit allem was dazu gehört gefallen. Die Differenz ist in meinen Augen keine entscheidende, darum ist das Benehmen der Konservativen in meinen Augen höchst frivol. — Allem Anschein nach hatte sich Bismarck in den beanstandeten Punkt gefunden; denn er ermahnte noch in der Sitzung zum Festhalten. Die Sache wird ja in der dritten Lesung wohl ins Reine kommen. Allein mit dem Feuer soll man nicht spielen, und das Gesetz ist noch nicht über alle Gräben. Der Schwierigkeiten giebt es ohnehin genug[1]).

[1]) Einem Briefe Hölder's an die Seinigen d. d. 14. Oktober entnehme ich noch die folgenden Stellen: Das Zustandekommen des Gesetzes ist gesichert, allein mit Mühe muß man sich kämpfend von Artikel zu Artikel durcharbeiten. Die Gegner wehren sich mit größter Zähigkeit und den Vorwurf kann man dem Gesetz gewiß nicht machen, daß es nicht nach allen Seiten erwogen sei.

Erfreulich ist es mir und wohl auch für die reichstreuen Wähler in Württemberg, daß die nationalliberale Partei — wenn ich so sagen darf — ihren Frieden mit Bismarck geschlossen hat. Die Reden Bismarck's und Bennigsen's gaben der Sache den äußeren Ausdruck. Lasker und Genossen sind zwar damit nicht recht einverstanden und es rumort innerhalb der Partei; allein die große Mehrheit der Partei steht auf Bennigsen's Seite. Daß es jetzt schon zu einer Trennung kommt, ist mir sehr zweifelhaft. Lasker wird es nicht wollen, und wenn nach meiner und vieler Ansicht dessen Ausscheiden auch wünschenswert wäre, so scheint doch Bennigsen den Zeitpunkt zum Bruch noch nicht für gekommen zu erachten. Klar scheint ihm aber zu sein, daß er sich dem Einfluß Laskers entziehen muß. Es sind in der Fraktion schon spitzige Reden zwischen beiden gefallen.

Digitized by Google

Berlin, den 15. Oktober 1878.

Das Spiel von gestern wird von den Konservativen bei § 16 wiederholt werden. Werden die Worte „außerhalb ihres Wohnorts", wie dies geschehen wird, aufrecht erhalten, stimmen sie gegen den Paragraphen. — Ich frage Bennigsen, ob da ein Schachzug Bismarck's mit unterlaufe? Bismarck könnte ja sagen: Mit Euch Nationalliberalen habe ich mich dahin verständigt, daß das Gesetz bei mir keine Schwierigkeiten finden wird, wenn es verabredetermaßen an mich gelangt. Dafür, daß letzteres eintrete, haben die Ordnungsparteien unter sich zu sorgen. Er habe ja in seiner Rede es ausgesprochen, daß diese sich unter sich verständigen müßten. Geschehe das nicht — und er könne den Konservativen nichts befehlen — so bedaure er es; er aber sei unschuldig. Bennigsen erwiderte mir: wir dürften ganz ruhig sein. Er habe ja darauf hingewiesen, daß bei der zweiten Lesung Zwischenfälle vorkommen könnten; bei der dritten werde alles ins Reine kommen.

Das Fatale ist, daß man allerseits so zurückhaltend ist und man Keinem recht trauen kann. Wenn die Zuversicht Bennigsen's auf seine mit Bismarck getroffenen Abreden fehl schlägt, steht es mißlich mit dem Gesetz. Von Anfang an ging meine Ansicht in Berücksichtigung der durch die Wahlen geschaffenen Stimmung dahin, daß Bismarck sehr viel erreichen kann, wenn seine unbedingten Forderungen zur Zeit bekannt werden. Selbst eine längere Gültigkeitsdauer als bis zu 5 Jahren wäre am Ende zu erreichen gewesen. Wenn aber die Fraktion durch Reichstagsbeschlüsse einmal engagiert ist, — vollends wenn sie dies in der Ansicht gethan hat, ihre Konzessionen reichten im übrigen aus — dann wird es Schwierigkeiten haben, sie noch weiter zu drängen und bei der dritten Lesung noch mehr zu erreichen. Denn schon all zu oft hat sie durch solche Nachgiebigkeit ihr Renommée geschädigt. — Darin liegt die Hauptgefahr für das Gesetz; dies war von Anfang bis jetzt meine Ansicht, die ich auch Mittnacht gegenüber mehrmals aussprach.

Berlin, den 16. Oktober 1878 (Mittwoch).

Gestern erhielt das Gesetz eine neue Lücke wegen der seitens der Nationalliberalen verweigerten Ausweisung vom Wohnort.

In weiten Kreisen der Nationalliberalen ist man der Ansicht, das Gesetz unter keinen Umständen fallen zu lassen. —

Ich spreche auch mit Mitgliedern der Rechten (Puttkamer-Slave, Behr-Schmoldow, Lucius); Behr erzählt, in Pommern, Ost-Preußen und in der Mark habe die Bevölkerung förmlich aufgebrüllt gegen den Reichstag: auf ihren König habe man geschossen, derselbe habe Schutz gegen die Mörder verlangt, der Reichstag habe aber denselben verweigert.

Berlin, den 17. Oktober 1878.

Der Abgeordnete Max Römer erfuhr von seinem Jugendfreund Stauffenberg Folgendes:

Bennigsen habe die Verständigung mit Bismarck in Sachen des Sozialistengesetzes ganz auf seine Faust gemacht, ohne Stauffenberg oder Lasker irgend eine

Digitized by Google

Mitteilung davon zu machen. Lasker sei ohne jede Kenntnis davon in die Fraktion gekommen und infolgedessen mit seiner Ansicht gänzlich unterlegen. Darüber sei er schwer aufgebracht und stehe momentan ganz schlecht mit Bennigsen; Stauffenberg habe sich mit letzterm wieder soweit verständigt, daß sie mit einander verkehren könnten. Bennigsen für sich allein könne die Fraktion nicht führen; er habe Lasker notwendig. Im Ministerium könnte sich Bennigsen ohne Forckenbeck gar nicht halten, daher könnte er auch nur mit diesem eintreten. Stauffenberg habe Forckenbeck sehr hervorgehoben; er stehe auch beim Kronprinzen in hoher Gunst. Erst vor ein paar Tagen habe letzterer zu Forckenbeck gesagt: „Auf Sie verlasse ich mich vor allem in diesen schweren Zeiten." Dies sei bedeutsam, denn der Kaiser sei sehr schwach und es sei zweifelhaft, ob derselbe die Regierung wieder übernehmen könne.

Das Gerede, daß der Kronprinz Statthalter von Elsaß-Lothringen werden solle [1]), habe Grund gehabt. Stauffenberg hätte in diesem Fall dessen leitender Minister werden sollen. — Stauffenberg sei momentan deprimiert, theils wegen seines Zerwürfnisses mit Bennigsen, dem er seine Wahl in den Reichstag verdankt, teils weil er mit Lasker augenblicklich so wenig Einfluß in der Fraktion habe. Auf die Bemerkung, die Süddeutschen sehen doch in ihm (Stauffenberg) ihren Vertreter, habe er erwidert: das sei nicht mehr so. Er leugnet, daß er seinen Schwerpunkt nach Berlin habe verlegen wollen. Im bayerischen Landtag wolle er beim Budget energisch auftreten, die dortige Schlaffheit insbesondere in Reichssachen müsse aufhören.

Den linken Flügel, der ihm (Stauffenberg) und Lasker folge, berechne ersterer auf etwa 20; sie seien über die Ansichten eines Jeden genau orientiert. Die Möglichkeit einer Trennung der Partei hätten Stauffenberg und Lasker auch schon ins Auge gefaßt; da es in der Fortschrittspartei auch gähre, dächten sie daran, mit dem rechten Flügel der letzteren zusammen zu gehen. Jetzt komme die Sache nicht zum Austrag, aber nächstes Frühjahr werde es heiße Kämpfe geben.

Mich bestärkten diese Mitteilungen — schreibt Hölder — in der Überzeugung, daß Stauffenberg sich zu sehr von Lasker beeinflussen läßt, dessen Doktrinarismus für viel zu wertvoll hält, statt denselben auf das richtige Maß zurückzudrängen, dadurch hat sich Stauffenberg momentan deplaciert. Dagegen trägt Bennigsen der Situation, den Stimmungen der Wähler und der Mehrheit der Fraktion Rechnung. Oft schon habe ich es geäußert, von Lasker würde ich mich gerne, von Bennigsen nur im äußersten Notfall trennen. Daß Stauffenberg nicht zu diesem letzteren hält, thut mir leid. —

Heute ist Rasttag vor der dritten Lesung des Sozialistengesetzes. Bennigsen referiert in der Fraktion über die Ausgleichsverhandlung; derselbe war gestern bei Bismarck mit Eulenburg und Führern der Rechten. Heute Vormittag Verhandlung mit letzteren; Bennigsen führte die Verhandlungen allein. (!) Ein Aufstand

[1]) Näheres über dieses Projekt s. oben S. 262 ff.

Digitized by Google

bleibt übrig bei § 6 (Presse; Zulässigkeit des Verbots von Tagesblättern ohne vorgängige Bestrafung, wie die Rechte will). Die Deutschkonservativen wollten nicht recht aus Nachgeben heran; sie machen einen Vergleichsvorschlag (wenn das Programm des Blattes den Voraussetzungen des § 1 entspreche oder dasselbe Organ eines unter § 1 fallenden Vereins sei). Mir erscheint der Vorschlag acceptabel, da aber Bennigsen abrät und 25 Stimmen der Nationalliberalen doch die Sache vereiteln können, erhebe ich keinen Widerspruch; auch um die Stellung Bennigsen's bei den weiteren Verhandlungen zu kräftigen. So kann man den Konservativen sagen: die Fraktion beharre einstimmig. Doch beruft Bennigsen Vorsichts halber auf abends halb 9 Uhr noch einmal eine Fraktionssitzung.

N. ist auf die Nationalliberalen nicht gut zu sprechen; sie seien Schuld daran, daß das Gesetz nicht scharf genug ausfalle. Bismarck sei augenscheinlich getäuscht worden, er hätte mehr erreichen können und habe seine Stärke den Nationalliberalen gegenüber unterschätzt u. s. w. Soviel mag wahr daran sein, daß wenn Bennigsen gewollt hätte, möglicherweise eine längere Geltungszeit bei den Nationalliberalen hätte erzielt werden können; vielleicht wären nicht einmal die bewußten 25 Stimmen dagegen übrig geblieben. Bennigsen hätte aber einen Bruch innerhalb der Partei riskiert; jedenfalls bei der übrig bleibenden Minorität (Lasker, Stauffenberg, Bamberger) eine große Verstimmung zurückgelassen. Er ist ein kluger, sicherer, wohlberechnender, einsichtsvoller Führer.

Berlin, den 19. Oktober 1878.

Heute Schluß des Reichstags. Vorgestern Abend kam noch zwischen den Nationalliberalen und den beiden konservativen Fraktionen eine Verständigung zu stande. Im Hauptpunkt gaben letztere nach (Unterdrückung von Zeitungen erst nach vorangegangener Unterdrückung einer Nummer auf Grund des Gesetzes). Bennigsen war unruhig, bis endlich die Nachricht der Zustimmung der Deutschkonservativen eintraf. Er hat vortrefflich operiert, die Sache allein gemacht, ohne Beiziehung andrer, insbesondere ohne Lasker und Stauffenberg, im Vertrauen, daß ihn die Fraktion nicht im Stiche lassen werde. Es ist dies zugleich eine Warnung für Lasker, daß Bennigsen im Notfall ohne ihn seinen Weg gehen werde. Ich konnte nicht umhin, Bennigsen meine Anerkennung für seine kluge und energische Handlungsweise auszudrücken. Er nahm es freundlich auf und reichte mir die Hand.

Gestern und heute 3. Lesung; die Debatte hatte sich doch am Ende erschöpft. Ein Schlußwort Bismarck's behielt der Regierung weitere Vorlagen für den Notfall resp. überhaupt vor. Da haben wir gute Aussicht auf künftige Schwierigkeiten[1]).

[1]) Am 19. Oktober 1878 speiste der nationalliberale Abgeordnete Vogel aus Chemnitz, Vertreter des 16. Wahlkreises des Königreichs Sachsen, bei Bismarck. („Chemnitzer Tageblatt" vom 23. Oktober 1878.)

Digitized by Google

Stuttgart, den 22. Oktober 1878.

von Schmid[1]) erzählt mir, es sei in den höchsten Kreisen die Verlegung der Residenz nach Cassel ernstlich erwogen worden, da gegen Berlin wegen der fortschrittlichen und sozialdemokratischen Wahlen große Verstimmung herrsche. Letzteres finde ich begreiflich, ersteres unwahrscheinlich.

Schneegans erzählt von den Mißständen preußischer Verwaltung in Elsaß-Lothringen[2]). Bekomme man beim Präsidenten und Oberpräsidenten Recht, so komme es vor, daß der Kreisdirektor dagegen protestiere; dann müsse der Instanzenzug von neuem durchgemacht werden. Mit der Justiz- und Forstverwaltung seien sie zufrieden. Die eigentliche Regiminalverwaltung mache große Mißgriffe, sei zu kompliciert, zu eckig, könne nicht ab- und zugeben. — Eine Deputation angesehener autonomistisch gesinnter Einwohner habe in der ersten Zeit wegen einer verfehlten, Erbitterung erregenden Maßregel bei dem betreffenden Präsidenten oder General Vorstellung gemacht, um die Regierung vor einem schweren Fehler zu bewahren; sie schade damit den deutschen Sympathien. „Ich verlange keine Sympathie, sondern Gehorsam," war die kurze Antwort. „Diesen werden Sie ganz gewiß finden", erwiderte die Deputation, nahm die Hüte und entfernte sich. — Das ist moralische Propaganda für das Deutschtum!

Stuttgart, den 24. Oktober 1878.

In den Kreisen meiner hiesigen Bekannten hat das Zustandekommen des Sozialistengesetzes allgemeine Befriedigung hervorgebracht. Man hat sich in Folge davon mit der nationalliberalen Partei wieder mehr ausgesöhnt[3]).

Stuttgart, den 5. November 1878.

Bericht über die tags vorher erfolgte Unterredung mit einem württembergischen Staatsmanne: Meine Vermutung, daß Stauffenberg und die Linke der nationalliberalen Partei bei dem Kronprinzen eine Stütze zu haben glauben, sei richtig und habe sachlichen Anhaltspunkt. Bismarck habe lange geschwankt, ob er mit dem Reichstag brechen oder mit dem Gebotenen sich begnügen wolle; der Kronprinz sei entschieden für letzteres gewesen. Indessen habe er Andeutungen, daß Bennigsen dem Reichskanzler gewisse Aussichten auf weitere Zugeständisse im Frühjahr eröffnet habe. — Bismarck habe sich für die Zusammensetzung der Beschwerde-Kommission sehr interessirt; von Baden habe er gar kein Mitglied

---

[1]) von Schmid, Karl Joseph. Damals Ober-Finanzrat in Stuttgart, später württembergischer Minister. Mitglied des Reichstags.

[2]) Da diese Mißstände jetzt seit lange überwunden sind, so wird es unbedenklich sein, das Schneegans'sche Gespräch hier wiederzugeben.

[3]) Eine Rede Hölder's in der Versammlung der deutschen Partei in Stuttgart, betreffend den Verlauf der Verhandlungen über das Sozialistengesetz im Reichstag, findet sich abgedruckt in der Stuttgarter „Neuen Zeitung" von 1878, Nr. 259 und 259 B. — Ende Oktober 1878 Vortrag Hölder's über den Verlauf der Beratungen über das Sozialistengesetz im Reichstag. Vergl. die Stuttgarter „Neue Zeitung" Nr. 259 und „Schwäbischer Merkur" Nr. 262.

Digitized by Google

gewollt, da werde die Regierung gänzlich von den Liberalen beeinflußt; von Bayern wenigstens kein Bundesratsmitglied, nur ein richterliches habe er concediert.

Bezüglich des Vorsitzenden gehe Bismarck davon aus, daß derselbe keine Stimme habe, dagegen mit den 5 urteilenden an der Beratung teilnehme, so daß bei letzterer die Verwaltung durch 3 vertreten sei gegen die 3 Richter. Schon bei Beratung des Reglements seien die Richter immer überstimmt worden, da stets wenigstens einer mit den Bundesräten gestimmt habe.

Ich erzählte ihm, wie Bennigsen den Lasker und Stauffenberg in der Fraktion an die Wand gedrückt und alle Verhandlungen allein geführt habe, worauf derselbe die eminente Befähigung Bennigsen's anerkannte.

Zwischen den Schluß des außerordentlichen und der Berufung des nächsten ordentlichen Reichstags fallen die vorbereitenden Schritte zur Zoll- und Steuerreform. Der Abgeordnete, der den Kanzler hierbei am kräftigsten unterstützte, war der Freiherr von Varnbüler[1]). Am 10. Oktober 1878 hatte der Kanzler eine Konferenz mit demselben.

Am 19. Oktober 1878 richtete Varnbüler an den Fürsten Bismarck nachstehende Zuschrift:

Euer Durchlaucht!

In dem freien volkswirtschaftlichen Vereine des Reichstags ist der Gedanke angeregt worden, durch eine Interpellation eine offizielle Kundgebung der Reichsregierung über das von ihr beabsichtigte Vorgehen auf dem Gebiete der Zoll- und Handelsgesetzgebung zu veranlassen.

Es wurde jedoch erkannt, daß eine solche Interpellation der parlamentarischen Geschäftslage nicht entsprechen würde. Da aber der Wunsch, über die Absichten der Reichsregierung einigermaßen aufgeklärt zu werden, ein allgemeiner und in den wirthschaftlichen Verhältnissen Deutschlands begründeter ist, so wollen Eure Durchlaucht es mir gestatten, Hochdenselben auf diesem Wege die Frage zu unterbreiten, ob es die Absicht ist, dem Reichstage bei seiner nächsten Session den Entwurf eines revidierten Zolltarifs vorzulegen, und ob die Reichsregierung, bevor dies geschehen, einen neuen Handelsvertrag mit Konventionaltarif nicht abschließen werde?

Ich benutze diesen Anlaß zu dem Ausdrucke meiner ausgezeichnetsten Hochachtung und verehrungsvollen Gesinnung, womit ich die Ehre habe zu sein

Eurer Durchlaucht ganz ergebener

Freiherr von Varnbüler.

Darauf erging nachfolgender Bescheid:

Friedrichsruh, den 25. Oktober 1878.

Die Fragen, welche Eure Excellenz mir in dem Schreiben vom 19. d. M. gestellt haben, würde ich amtlich nur dann beantworten können, wenn die ver-

[1]) Vergl. oben S. 240.

bündeten Regierungen über unsere zukünftige Zollpolitik bereits Beschlüsse gefaßt hätten.

In Ermangelung solcher vermag ich Eurer Excellenz nur meine persönlichen Ansichten mitzuteilen. So weit es mir gelingen wird, letztere zur Geltung zu bringen, liegt es allerdings in meiner Absicht, eine umfassende Revision unseres Zolltarifs herbeizuführen und die dazu erforderlichen Anträge zunächst der Prüfung der verbündeten Regierungen zu unterbreiten. Die Vorarbeiten hierfür sind bereits in Angriff genommen.

Den Abschluß neuer Handelsverträge mit Konventionaltarifen vermag ich so lange nicht zu befürworten, als die Frage der Revision unseres Tarifes nicht ihre Erledigung gefunden hat.

Genehmen Eure Excellenz den Ausdruck meiner ausgezeichnetsten Hochachtung, mit welcher ich verbleibe

Euer Excellenz ganz ergebener

Bismarck.

Die Genehmigung des Fürsten Bismarck zur Veröffentlichung vorstehender Korrespondenz erfolgte durch folgende Mitteilung:

An den Königlich württembergischen Gesandten Herrn Freiherrn von Spitzemberg in Berlin.

Friedrichsruh, den 25. Oktober 1878.

Eurer Excellenz

beehre ich mich, das anliegende, an Ihres Herrn Schwiegervaters Excellenz gerichtete Schreiben des Herrn Reichskanzlers mit der Bitte um Weiterbeförderung ganz ergebenst zu überreichen. Ich füge eine Abschrift des Schreibens bei, welches zu dieser Antwort Veranlassung gegeben, und bitte, Ihrem Herrn Schwiegervater mitteilen zu wollen, daß der Fürst mit der gleichzeitigen Veröffentlichung beider Schreiben einverstanden ist.

Mit der Versicherung ausgezeichnetster Hochachtung habe ich die Ehre zu sein

Eurer Excellenz ganz ergebenster

Tiedemann.

Am 24. Dezember 1878 veröffentlichten die Zeitungen das Schreiben Bismarck's an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878, welches das steuer- und wirtschaftliche Programm des Kanzlers enthielt[1]). Ein paar Tage später (28. Dezember 1878) brachte die „Post" (Nr. 358) einen von Varnbüler gezeichneten Artikel unter der Überschrift: „Unsre handelspolitische Lage und der Handelsvertrag mit Österreich", der sich in einem gewissen Gegensatze zu Bismarck's Programm befand. Das Schreiben des letzteren vom 15. Dezember 1878 legte nämlich den ganzen Nachdruck auf den finanziellen Gesichtspunkt. Die Zollreform sollte ihm in erster Linie das Mittel sein, um die beabsichtigte Steigerung der indirekten Einnahmen des Reichs zu erreichen. Im übrigen war es mehr das

[1]) Abgedruckt in meinem Werke „Fürst Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 170 ff.

Digitized by Google

Programm der Agrarier als das der Schutzzöllner, das Bismarck auf seine Fahne geschrieben hatte. Im Gegensatz hierzu wünschte Varnbüler die bestehenden mäßigen Schutzzölle durch hohe, ja sogar durch Kampfzölle zu ersetzen, an deren Beseitigung eventuell durch Deutschland günstige Handelsverträge gedacht war[1]).

Aus Anlaß des berühmt gewordenen Schreibens vom 15. Dezember 1878 wurde Bismarck auch von dem „Verein für deutsche Volkswirthschaft" auf das freudigste begrüßt. Die von A. Lohren verfaßte Adresse an den Fürsten Bismarck[2]) lautet:

Berlin, den 15. Januar 1879.

Durchlauchtigster Fürst, Hochgebietender Herr Reichskanzler!

Der Verein für deutsche Volkswirthschaft zu Berlin beehrt sich, Eurer Durchlaucht für das große Reformprogramm vom 15. Dezember, welches die für die Zolltarif-Revision maßgebenden Gesichtspunkte darlegt, seine ungeteilte und dankbare Anerkennung ganz ergebenst auszusprechen.

Als unerläßlichste Voraussetzung jeder gedeihlichen wirtschaftlichen Thätigkeit muß die Wiederherstellung einer sicheren, finanziellen Grundlage des Reichs betrachtet werden. Nur auf gesunder und stabiler finanzieller Basis ist es möglich, die Entwickelung von Landwirthschaft und Gewerbe erfolgreich zu fördern.

Wir begrüßen es deshalb mit hoher Genugthuung, daß Eure Durchlaucht die notwendig gewordene Finanzreform in die vorderste Linie gestellt und hierfür die Verminderung der direkten Steuern durch Vermehrung der auf indirekten Abgaben beruhenden Einnahmen des Reichs als Ausgangspunkt genommen haben. Mit diesen Vorschlägen greifen Eure Durchlaucht auf die alte Finanz- und Zollpolitik Preußens und des Zollvereins zurück, welche sich mehr als 30 Jahre vortrefflich bewährt hat, und stellen dadurch die Kontinuität der Gesetzgebung, welche eine Grundbedingung des Vertrauens im wirtschaftlichen Leben ist, wiederum her. Die Befürwortung der Wiedereinführung allgemeiner Zollpflichtigkeit als Regel bei der Einfuhr, sowie die Empfehlung von Staffelzöllen an Stelle der einheitlichen Gewichtszölle für Waren von sehr verschiedenem Arbeitswert haben bei allen Freunden deutscher Arbeit ein Gefühl froher Zuversicht und dankbarer Zustimmung erzeugt. Eure Durchlaucht haben damit eine starke und eine schwache Seite des alten Vereinstarifs gekennzeichnet und sowohl vom finanziellen, wie vom volkswirthschaftlichen Standpunkte in unübertrefflich klarer und mustergültiger Weise beleuchtet.

Den volkswirtschaftlichen Teil anlangend, warnen Eure Durchlaucht wir im echten Geiste des suum cuique vor einem Zollsystem, welches nur einzelne Industriezweige berücksichtigt wissen will und empfehlen den Schutz der ge-

[1]) Denjenigen Blättern, welche die Tarifreform mit Mißgunst betrachteten, kam diese Meinungsverschiedenheit zwischen Bismarck und seinem vornehmsten Berater sehr erwünscht. Und doch waren keine Schlüsse daraus zu ziehen, denn bei Abfassung des „Post"-Artikels kannte Varnbüler den Dezemberbrief Bismarck's noch nicht.

[2]) Dieselbe ist bisher ungedruckt.

Digitized by Google

samten nationalen Arbeit und zwar so hoch, daß der inländischen Produktion auf dem heimischen Markte ein mäßiger Vorzug vor den ausländischen Erzeugnissen zu teil werde.

Auf diesem schönen Grundsatze des Schutzes nationaler Arbeit ist unser Verein gegründet. Derselbe erblickt in der ungestörten Erhaltung und Förderung lohnender Arbeit das heiligste Gut des Menschen und die einzige unversiegbare Quelle des Volkswohlstandes. Er betrachtet deshalb die Lenkung der nationalen Arbeitskräfte zu einer harmonischen Gesamtaktion als die wichtigste Mission des Staates und als den Schlüssel des Erfolges aller kulturpolitischen Bestrebungen.

Zur Ausführung dieser Mission ist die Kenntnis der thatsächlichen Arbeitsverhältnisse in allen Gebieten des Gewerbfleißes und der Landwirtschaft eine unerläßliche Bedingung. Das System der Enqueten durch sachverständige Kommissionen bahnt hierzu bereits den Weg.

Dabei legt unser Verein ein besonderes Gewicht darauf, daß auch die ethische Seite des Grundsatzes volle Würdigung finde. Denn nur dann, wenn der Schutz der nationalen Arbeit sich in gerechter Weise sowohl auf die Besserung der Lage des „Arbeitnehmers" wie des „Arbeitgebers" erstreckt, wird derselbe Gesetz zu einem untrüglichen Leitstern auf dem schwierigen Gebiete der Sozialpolitik. Nur wenn die Bestrebungen nach materiellen Erfolgen Hand in Hand gehen mit den sittlichen, wird die große national-volkswirtschaftliche Bewegung in Deutschland von jenem geistigen Schwung getragen werden, welcher nicht ruht, bis die höchsten Güter des Volkslebens erreicht sind. Indem wir Eurer Durchlaucht großartige Auffassung der sozialen Frage, wie dieselbe in den Debatten über das Sozialistengesetz zum Ausdruck gekommen, mit den Prinzipien des Reformprogramms vom 15. Dezember kombinieren, durchdringt uns die Überzeugung, daß Eure Durchlaucht auf dem Felde deutscher Volkswirtschaft einem Höhepunkt entgegen gehen, von dem herab die ungeahnte Fülle wirkender Kräfte mit klarem Blick zur Erringung einer neuen, großen Epoche deutschen Volkslebens vereint zu Kampf und Sieg geführt werden kann.

Die Mitglieder unseres Vereins erblicken eine Ehre und eine Pflicht darin, Eurer Durchlaucht in diesem Kampfe treu zur Seite zu stehen und verbleiben mit dem Ausdruck wiederholten, tiefempfundenen Dankes

Eurer Durchlaucht ganz gehorsamste.
(Unterschriften.)

Im Freihandelslager verursachte umgekehrt der Dezemberbrief Bismarck's eine lebhafte Bestürzung. Er kostete dem Kanzler insbesondere die fernere Unterstützung seitens aller manchesterlich gesinnten Abgeordneten, Ludwig Bamberger an der Spitze, der sich verpflichtet glaubte, rasch für die gefährdeten freihändlerischen Prinzipien eine Lanze zu brechen. Dies geschah in einem Vortrage, den derselbe in der volkswirtschaftlichen Gesellschaft hielt, und worüber die „Vossische Zeitung" in

Digitized by Google

der Nr. 16 vom 14. Januar 1879, 2. Beilage, des Näheren berichtete. Es reihten sich daran noch ein Schreiben Bamberger's an seine rheinischen Wähler, „Was uns der Schutzzoll bringt" („Post" 1879, Nr. 113, S. 1) und der Vortrag Bamberger's „Ist der Freihandel ein Reichsfeind?" („Post" 1880, Nr. 142, S. 3). Hiermit war das Tischtuch zwischen den beiden zerschnitten, und die späteren Zeiten haben die Kluft, die sich zwischen denselben gebildet, nur noch erweitert und vertieft.

Bald darauf wurde der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Varnbüler von Bismarck zum Vorsitzenden der vom Bundesrat beschlossenen Zolltarif-Kommission ernannt. Diese Stellung bedingte einen häufigeren persönlichen Ideenaustausch mit seinem Auftraggeber, zu dem er sich wiederholt nach Friedrichsruh begab[1]). Der Schwerpunkt der Varnbüler'schen Thätigkeit war natürlich Berlin; des Morgens empfing er die Deputationen, von mittags ab arbeitete er in der Tarif-Kommission. Varnbüler besaß große technische Kenntnisse, die er sich wohl hauptsächlich dadurch erworben hatte, daß er mehrere Jahre eine von seinem Schwiegervater (von Süßkind) ererbte Eisenfabrik in Wien selbständig leitete. Wiederholt beschwerte er sich bei Bismarck darüber, daß er bei den preußischen Mitgliedern der Zolltarif-Kommission nicht die nötige Unterstützung finde.

Es war bisher nicht bekannt, daß Freiherr von Varnbüler bereits im Jahre 1878 dem Fürsten Bismarck einen vollständig ausgearbeiteten Plan für die Zoll- und Steuerreform in Deutschland überreicht hatte. Da das im Jahre 1879 Erreichte sich in manchen Punkten an die Varnbüler'schen Ausführungen anlehnt, darin auch viele Gesichtspunkte enthalten sind, welche noch heute für den Volkswirt von Interesse sind, so habe ich geglaubt, die Denkschrift hier im Auszug wiedergeben zu sollen.

Auszug einer Denkschrift des Abgeordneten Freiherrn von Varnbüler über die Zoll- und Steuerreform, dem Fürsten Bismarck überreicht Mitte 1878[2]).

Eure Durchlaucht!

Es ist unzweifelhaft, daß Deutschland die ihm auferlegten öffentlichen Abgaben an das Reich, den Staat und an die Gemeinde mißwilliger und schwerer

[1]) 2. und 30. Januar 1879 Konferenzen Bismarcks mit Varnbüler in Friedrichsruh zur Verständigung über die Aufgaben der Zolltarif-Kommission. Am 27. Januar 1879 hatte sich noch der Reichstagsabgeordnete Dr. Lucius nach Friedrichsruh begeben.

[2]) Das Datum der Abfassung der Denkschrift hat sich nicht feststellen lassen, die Niederschrift erfolgte aber jedenfalls nach dem März 1878 und vor dem Oktober 1878. Die Denkschrift ist hier nur im Auszuge mitgeteilt. Gestrichen ist eine große Zahl statistischer Nachweise, die Motivierung zu einzelnen Zolltarifpositionen und andre antiquierte Abschnitte. Der Schwerpunkt liegt in den allgemeinen Gesichtspunkten, welche in der Denkschrift enthalten sind, und welche sich Fürst Bismarck, wie seine späteren Vorschläge zeigen, vielfach angeeignet hat. Die Denkschrift enthielt ein praktisches, wohl ausführbares Programm in großen Zügen, das in manchen Punkten noch heute mehr als historisches Interesse in Anspruch nehmen darf.

Digitized by Google

trägt, als die anderen Länder — und doch sind diese Abgaben im Verhältnisse zum Nationalvermögen vergleichsweise nicht höher, sondern niedriger. Der Grund hierfür liegt in der unrichtigen Art der Besteuerung und diese wieder ist zurückzuführen auf die Art der Regelung unserer Steuerverhältnisse, wie sich diese geschichtlich entwickelt hat und entwickeln mußte. Dem Reiche ist im Wesentlichen das Gebiet der indirekten, den Einzelstaaten und Kommunen dasjenige der direkten Abgaben zugewiesen.

Jenes Gebiet, richtig angebaut, gewährt mehr Einnahmen als die Ausgaben des Reichs beanspruchen; doktrinäre Subtilität führt jedoch zu dem Bedenken, daß das Reich dem Einzelstaate keine Einnahmen zuwenden solle, ehe dessen Notwendigkeit und die Art ihrer Verwendung formell nachgewiesen seien, und so gelangt man dahin, das fruchtbare Feld auf der einen Seite brach liegen zu lassen, während man auf der anderen die Ertragsfähigkeit über Gebühr anstrengt.

In welchem Wesen dieses der Fall ist, ergiebt sich daraus, daß die

nach Prozenten betragen:	Einkommens- und Vermögenssteuer	Verbrauchssteuer
in Deutschland	44,22	55,78
„ Österreich	36,06	63,94
„ Frankreich	25,17	74,83
„ Großbritannien und Irland	13,00	87,00

Der hieraus sich ergebende Zustand ist unhaltbar, die aus demselben folgende finanzielle falsche Belastung wird auf das Reich zurückgeführt und entzieht demselben Anhänger und Freunde.

Die Deckung der Bedürfnisse des Reichs durch Matrikularbeiträge, eine durch die Reichsverfassung gebotene Pflicht, genügt nicht; die Aufgabe ist, die Quelle der indirekten Abgaben in dem Maße zu verwerten, wie man es thun würde, wenn die Steuergebiete des Reichs und der Einzelstaaten keine getrennten wären.

Den letzteren ist zu überlassen, über die sich für sie ergebenden Zuschüsse nach ihren staatsrechtlichen und ökonomischen Gesetzen zu verfügen; sie mögen namentlich die Gemeinden durch Übernahme ihrer Lasten oder Zuweisung von Einnahmen erleichtern.

Überall würde der Zuschuß ein willkommener, in den meisten Staaten eine Hilfe in der Not sein. Die Notwendigkeit der ausgiebigen Erhöhung der Einnahmen des Reichs ist allgemein anerkannt, nur über das Maß dieser Erhöhung und die Art, wie sie zu erzielen sei, besteht eine Verschiedenheit der Ansichten.

Daß nur große Summen den zu verfolgenden Zweck erfüllen, ist klar. In Nachstehendem soll nachgewiesen werden, wie sie zu erlangen sind, ohne nachtheilige Rückwirkung auf das wirtschaftliche Leben der Nation.

Digitized by Google

Vor allem stellt sich der Tabak als eine reiche und mit Recht auszubeutende Einnahmequelle dar, und es besteht über diese Frage ein ernstlicher Widerstreit der Meinungen nicht.

Dieser bezieht sich nur auf das Maß und die Art seiner Besteuerung und zwar namentlich darauf, ob sie erfolgen soll mittelst einer Fabrikatsteuer oder durch das Monopol mit Regie durch das Reich.

Zu einer Vergleichung der für die eine oder andre Art der Besteuerung sprechenden Gründe liegt hier ein Anlaß nicht vor; eine nähere Untersuchung muß ergeben, ob die Fabrikatsteuer in Deutschland überhaupt einführbar ist.

Sicher ist, daß das Monopol, richtig verwendet, bald nach seiner Einführung ohne irgend empfindliche, vielleicht ohne jede Erhöhung der von der freien Industrie geforderten Tabakfabrikatpreise, 180 Millionen Mark eintragen kann.

Frankreich bezieht bei einem Tabakkonsum von ca. 650000 Centnern netto 220 Millionen Mark.

Deutschland konsumirt jetzt 1697622 Ctr. Wenn man dessen Verbrauch zu 1500000 Ctrn. annimmt, so könnte man, um einen Reinertrag von 180 Millionen Mark zu erzielen, den Regiegewinn auf ca. 40 Prozent des französischen reduzieren, die Preise der Tabakfabrikate erniedrigen und die Versuchung zur Defraudation und zum Schmuggel vermindern.

Hierbei sind für Verzinsung und Amortisation der Abfindungssumme jährlich 20 Millionen in Rechnung genommen.

Nächst dem Tabak dürften wohl die spirituösen Getränke die geeignetste Steuerquelle bilden.

Der Wein und der Obstmost bilden in Württemberg, den Reichslanden, in Baden und Hessen ein Besteuerungsobjekt, welches ersterem allein 3 Millionen Mark einträgt; es könnte sich fragen, ob dasselbe nicht für das Reich zu verwerten wäre; allein der Konsum dieser beiden Getränke ist hierfür doch wohl im Norden zu klein.

Das Bier, für Bayern und Württemberg eine sehr reiche Einnahmequelle, würde bei Annahme der in diesen beiden Staaten angenommenen Besteuerungsweisen in deren Sätzen einen Mehrertrag von 25 Millionen abwerfen. Die Erhebungsweise hat sich durch lange Erfahrung durchaus bewährt, und es empfiehlt sich daher deren Einführung für die Braugemeinschaft.

Da diese Steuer bei der Fabrikation erhoben wird und das Fabrikat selbst ganz frei in den Verkehr tritt, so könnte bei gleicher Besteuerung der Ertrag den Staaten und den Staatengruppen verbleiben, in welchen sie anfällt, und könnte hierbei von jeder Steuervergütung und Übergangsabgabe abgesehen werden und somit für diesen Artikel die interne Zollgrenze fallen. Die Ausgleichung des verschiedenen Konsums wäre damit von selbst gegeben.

Zu erwägen wäre hierbei freilich, ob die Brausteuergemeinschaft sich nicht durch eine Mehreinfuhr süddeutschen Bieres in ihr Gebiet benachteiligt fände. Durch Erhebung der Differenz zwischen Ein- und Ausfuhr wäre das sich hierbei ergebende Interesse festzustellen, und dann die Entschließung entsprechend zu fassen.

Digitized by Google

Es wäre auch der Modus denkbar, daß weder Rückvergütung noch Übergangssteuer erhoben, sondern die sich ergebende Differenz gegenseitig abgerechnet würde.

Was den Branntwein betrifft, so wäre natürlich eine einheitliche Besteuerung desselben in ganz Deutschland sehr erwünscht. Hierfür scheint jedoch der Augenblick noch nicht gegeben.

Parallel hiermit würde eine Ausschanksteuer laufen können, welche in Form einer jährlich zu bezahlenden, nach bestimmten Kriterien des Ertrages zu graduierenden Schankkonzessionsgebühr zu erheben wäre. Ich schlage vor, diese Gebühr von sämtlichen Schankwirtschaften zu erheben und die Graduierung je nach dem Vorherrschen des Branntweinvertriebes zum Nachteile des letzteren zu steigern[1]). Wenn man die Schankgebühr auf alle Schankwirtschaften, somit auf alle Getränke ausdehnte, so würde eine durchschnittliche Abgabe von 60 Mark eine Einnahme von rund 21 Millionen ergeben.

Es läge in einer solchen Abgabe überdies ein sehr erwünschtes Mittel gegen die Vermehrung der Schankwirtschaft.

Der Zucker[2]).

Eine Erhöhung der Salzsteuer kann wohl nicht ins Auge gefaßt werden[3]).

Die inneren Verkehrssteuern für das Reich in Anspruch zu nehmen, hätte das prinzipielle Bedenken, daß dadurch das ohnehin zu sehr beschränkte Besteuerungsgebiet der Einzelstaaten noch mehr eingeengt würde. Bei Beachtung dieses Bedenkens wird von dieser Einnahmequelle wenig zu erwarten sein, jedenfalls nicht so viel, um die daran sich knüpfenden Störungen des Verkehrs und die Aufstellung eines Kontroleapparates zu rechtfertigen. Ein solcher wird immer unangenehm empfunden und rechtfertigt sich nur durch hohe Staatseinnahmen.

Eine sehr erhebliche Einnahmequelle bilden die Zölle. In betreff derselben wird sich zunächst fragen, ob es sich nicht empfiehlt, eine allgemeine niedrige Abgabe von sämtlichen Gütern zu erheben. Diese Abgabe könnte entweder den Charakter eines Zolles oder einer Kontrolegebühr haben.

Die letztere hätte den finanziellen Vorteil, auch die transitierenden Güter und zwar doppelt zu treffen. Es ständen dem die bestehenden, noch einige Jahre laufenden Handelsverträge rechtlich nicht entgegen, während ein Zoll vom Transitgute nach denselben unzulässig wäre. Der Nachteil dieses Vorgehens bestände darin, daß man durch eine sehr niedrige Kontrolegebühr nur wenig Einnahmen, und keinen entsprechenden Vorteil für das inländische Produkt erzielen, durch eine hohe Bemessung aber das letztere in betreff des Exportes schädigen würde, während eine ungleiche Bemessung der Kontrolegebühr beim Import und Export

[1]) Folgen statistische Nachweise über die Zahl der Wirtschaften in Württemberg und Preußen.

[2]) Folgen heutzutage antiquierte Ausführungen über die Art seiner Besteuerung.

[3]) Folgen Bemerkungen über die Einführung eines Eingangszolles auf Salz zum Schutze der inländischen Salzproduktion.

Digitized by Google

ihr den Charakter des Zolles gäbe und als eine Umgehung der eingegangenen Verträge sich darstellen müßte.

Es wird sich daher empfehlen, auf die frühere Zollgesetzgebung, wie sie bis 1. Juli 1865 bestand, zurückzugreifen und für alle Artikel, welche mit einem speziellen Zolle nicht belegt sind, einen allgemeinen Eingangszoll etwa im Betrage von Mark 0,25 festzusetzen. Derselbe betrug bis 1865 1,5 Mark per Centner; es war aber davon eine größere Anzahl von minderwertigen Artikeln ausgenommen. Auf Massengüter, welche im Verhältnisse des Gewichtes besonders minderwertig sind, mußte diese Abgabe nach höher gegriffenen Gewichtseinheiten (Wagenladungen, Lasten u. s. w.), also verhältnißmäßig niedriger bemessen werden. Zu diesen wären zu zählen beispielsweise Erze, Erden, Holz, Steinkohle, Dünger. Dieser allgemeine Eingangszoll würde die Kontrolegebühr für die Einfuhr unnötig machen und diese könnte dann für die Ausfuhr sehr gering, etwa auf 5 oder höchstens 10 Pfennig bemessen und vielleicht mit der Eingangsgebühr der niedriger zu belegenden Massengüter in Übereinstimmung gebracht werden.

Indem man den allgemeinen Eingangszoll auf 0,25 Mark festsetzte, könnte man denselben auf Salz und Getreide anwenden und würde dadurch die Einwendungen abschwächen, welche eine Belegung dieser beiden Artikel mit einem speziellen Zolle hervorriefe. Derjenige für Getreide unter Zugrundelegung der Einfuhr des letzten Trienniums betrüge rund 10 Millionen Mark und gäbe dem inländischen Produkte bei einem Tarife von 1 Pfennig per Centner und Eisenbahnmeile einen Vorsprung vor dem ausländischen von 25 Meilen. Es wird an solchen nicht fehlen, welche in der Belegung des Getreides mit einer noch so kleinen Abgabe eine Verletzung der Gesetze der Humanität und des Grundsatzes finden werden, daß man die Nahrung nicht verteuern dürfe. Die Vorgänge der Schweiz, Frankreichs, Englands, welches eine Kontrolegebühr erhebt, zeigen, daß andere Staaten hierüber anders denken, und gewiß wird jeder, welcher nur einigermaßen mit dem Gange des Getreidehandels und der Fluktuationen der Getreidepreise und der dieselben beeinflussenden Verhältnisse bekannt ist, darüber unzweifelhaft sein, daß eine solche Abgabe keinerlei fühlbaren Einfluß auf die Preise der Nahrungsmittel üben wird.

Den voraussichtlichen Ertrag der allgemeinen Eingangsabgabe und einer Ausgangskontrolegebühr auch nur annähernd zu berechnen, ist mir ohne großen Zeitaufwand nicht möglich; derselbe ist jedoch aus den amtlichen Notizen zu berechnen. Im französischen Budget erscheint für das analoge „droit de Statistique“ ein Satz von 5 142 000 Frcs.

Bei Festsetzung der speziellen Zölle ist zu unterscheiden zwischen solchen Artikeln, welche den Gegenstand industrieller Verarbeitung bilden, und solchen, welche zum unmittelbaren Verbrauche dienen.

Bei jenen wird es die Aufgabe sein, nach genauer, mit technischer Sachkunde vorgenommener Vergleichung der Produktions-Bedingungen des Auslandes, und zwar namentlich seiner Zolltarife mit denjenigen Deutschlands, die Zölle so zu

Digitized by Google

regeln, daß die inländische Industrie, sofern sie überhaupt für uns sich eignet, unter gleich günstigen Bedingungen arbeite, wie diejenige des Auslandes, daß sie in den stand gesetzt sei, die reichen Arbeitskräfte der Nation zu benutzen und gut zu bezahlen, daß aber namentlich ein Impuls dafür gegeben und die Möglichkeit erhalten werde, die Naturschätze, welche die deutsche Erde birgt und schafft, zu heben und nicht Erze, Erden aller Art, Kohlen, Holz u. s. w. unverwertet zu lassen.

Es ist ein verhängnisvoller Irrtum, wenn der Landwirt sich mit besonderem Eifer gegen die hohen Arbeitslöhne kehrt; er vergißt, daß diese sich in höherer Verwertung seiner Produkte spiegeln.

Eine objektive Prüfung unsres Tarifs und dessen Vergleichung mit demjenigen andrer Länder, namentlich Frankreichs, welches die sachkundigste, aber auch nationalste Tarifkonstruktion besitzt, ergiebt, daß unsre Zollgesetzgebung den Gestaltungen der Gegenwart in keiner Weise mehr entspricht und daher einer Revision bedarf.

Hierbei werden folgende Grundsätze einzuhalten sein:

1. Die Zölle dürfen nicht so hoch bemessen werden, daß dadurch der Impuls gelähmt würde, welchen die Konkurrenz des Auslandes auf dem inneren und auswärtigen Markte zu geben pflegt, aber doch hoch genug und namentlich so stetig, daß die Industrie Kapitalien anziehen, zu fester und sich vervollkommnender Thätigkeit fortschreiten und infolgedessen dem Konsumenten wohlfeilere und bessere Ware liefern kann.

2. Da die Industrie sich zusammensetzt aus einer langen Reihe der verschiedensten Thätigkeiten, welche einander beeinflussen, so ist die Aufgabe zu lösen, daß nicht die Tarifierung der einen Thätigkeit die Entwickelung der andern beeinträchtige. Es ist dies der schwierigste Teil der Zollgesetzgebung und namentlich derjenige, welcher gegen die vertragsmäßige Feststellung der Zölle spricht, weil die Wandelbarkeit und die Vielseitigkeit der wirtschaftlichen Thätigkeit die Bedingungen der Produktion fortwährend umgestaltet. Um diese Sätze etwas konkreter zu gestalten, führe ich an als Beispiel die Eisen-Industrie, deren einzelne Zollsätze sich zu bilden haben werden nach dem Entwickelungsgrade der einzelnen Branchen, vom Stücke Roheisen bis zum Maschinenteile, sowie nach den geognostischen Verhältnissen und dem Grade, wie sie ausgebeutet werden; die Textil-Industrie, bei welcher Rohproduktion (Wolle, Lein, Hanf), Spinnerei, Weberei und Appretur ineinandergreifen, in ihrem Interesse sich oft durchkreuzen und zöllnerisch so zu behandeln sind, daß nicht die Begünstigung des einen Teils den andern in seiner Entwickelung störe.

Die in dem einzelnen Teile der produktiven Thätigkeit schaffende Kraft wird den Maßstab zu bilden haben, für die Bemessung der einzelnen Sätze nach richtigen, technischen Gesetzen.

3. Von sehr großer Bedeutung ist sodann die Regelung der Verkehrsverhältnisse, und man wird sich der Aufgabe nicht entziehen dürfen, diese so zu regeln, daß ferner nicht mehr zufällige und unberechtigte persönliche Verhältnisse

Digitized by Google

und Willkür den regelmäßigen Entwickelungsgang des wirthschaftlichen Lebens stören können.

Die Schwierigkeit der Lösung dieser Aufgaben ist weniger eine sachliche als eine persönliche.

Der eigentlich Sachkundige ist es entweder nur in betreff eines engen Kreises produktiver Thätigkeit oder er ist befangen durch den bewußten oder unbewußten Einfluß seiner Interessen; der Nichtbefangene, also zunächst der Beamte, ist in der Regel im technischen Sinne nicht sachkundig und eben deshalb und wohl auch vermöge der ja auch im geistigen Leben wirkenden vis inertiae dem einfachen und bequemen Prinzipe zugewendet, welches künstlicher Konstruktionen nicht bedarf, indem es alles der ausgleichenden Kraft der freien Bewegung anheimgiebt — mit vollkommenem Rechte, wenn man sich für befugt hält, von jedem nationalen Egoismus zu abstrahieren.

Aus Vorstehendem ergiebt sich, daß bei denjenigen Artikeln, welche integrierende Bestandteile der schaffenden Industrie sind, die volkswirtschaftliche Bedeutung der Zollgesetzgebung deren Aufgabe zu beherrschen hat, die finanzielle eine untergeordnete ist und daher für einen Finanzplan nur insofern in Betracht kommt, als die Lage der Industrie zurückwirkt auf den Ertrag der Konsumtionssteuern. Sie wirkt jedoch natürlich unmittelbar bei allen denjenigen Artikeln, welche nach der bestehenden Gesetzgebung von jedem Zolle befreit, mit Zöllen neu belegt werden sollen, also namentlich bei dem Eisen.

Es knüpfen sich hieran folgende Erwägungen und Vorschläge:

Bis zum Jahre 1865 bestanden höhere Zollsätze, welche übrigens die französischen nicht erreichten.

Diese Sätze waren zu Gunsten des inländischen Gutes um so wirksamer, als nach der damaligen Lage der Verkehrsanstalten in betreff der Transportspesen das Inland dem Auslande gegenüber entschieden im Vorteile war, während jetzt das Gegenteil zutrifft, so daß z. B. beträgt die Fracht von England über Stettin nach Berlin für 1000 Kilo 14 Mark, von den Hauptpunkten der Eisen-Industrie Westfalens 15,50 Mark, von Oberschlesien (Königshütte) 14,20 Mark, nach Dresden von England über Hamburg-Magdeburg 16,50 Mark; von Westfalen 19,50 Mark, von Oberschlesien 17,80 Mark, und nach Mittel- und Süddeutschland sich diese Verhältnisse noch ungünstiger gestalten.

Nachdem die Handelsverträge mit Frankreich und Österreich abgeschlossen waren und sich hieran die übrigen Meistbegünstigungsverträge anreihten, trösteten sich die mit dem englisch-französischen Handelsvertrage gar nicht zufriedenen französischen Industriellen über denselben einigermaßen damit, daß sie sagten: „au moins on sait pour douze ans, où on en est," und wirklich wurden überall die Konventionaltarife als die den Industrien fest geschaffene Grundlage behandelt, nach welcher sie ihre Thätigkeit sicher bemessen könne. Allein in Deutschland wurden während der Vertragsperiode allmählig in den Jahren 1868, 1870, 1873 und endlich 1877 neben einer Reihe anderer Zölle diejenigen auf Eisen mehr und mehr herabgesetzt und endlich ganz aufgehoben, ohne daß

Digitized by Google

man es auch nur versucht hätte, sich dafür vom Auslande irgend eine Konzession auszubedingen.

Notwendig mußte dies Unruhe und Unsicherheit in Produktion, Fabrikation und Handel bringen . . . .[1])

Bei der Woll-Industrie tritt die Frage nahe, ob und in wie weit die rohe Wolle mit einem Eingangszoll zu belegen sei, und nur diese Frage hat eine unmittelbare finanz-politische Seite.

Es muß ja von allen Seiten zugegeben werden, daß die Konkurrenz namentlich der australischen Wolle die deutsche Schafzucht außerordentlich schädigt, und daß der Rückgang der letzteren ein großer Nachteil ist, weil sich an diese eine ganze Reihe großer wirtschaftlicher Vorteile knüpft, Erhöhung namentlich der landwirtschaftlichen Produktion. Andrerseits ist dem Übelstande kaum beizukommen. Der Wert des Centners Wolle bewegt sich zwischen 200 und 250 Mark. Es müßte also ein sehr erheblicher Zoll auf den Wollimport gelegt werden, wollte man dadurch die Schafzucht heben. Ein solch' hoher Zoll aber würde wieder die Verarbeitung der Wolle ungemein erschweren und dadurch mittelbar viel mehr schaden, als der unmittelbare Nutzen beträge.

Ich würde daher die Wolle nur mit dem allgemeinen Eingangszolle von 0,25 Mark zu belegen vorschlagen, zumal sie auch in Österreich und Frankreich frei ist.[2])

Das eigentliche Feld für Finanzzölle bilden diejenigen Artikel, welche zum unmittelbaren Konsum dienen. Verschieden sind sie zu behandeln, je nachdem sie als ein eigentliches Lebensbedürfnis zu betrachten sind oder nur als Genußmittel, und je nachdem sie auch im Lande produziert werden oder nicht.

Es werden bei Bemessung dieser Zölle folgende Grundsätze einzuhalten sein:

1) Der Zoll ist so zu bemessen, daß er nicht die Preise empfindlich steigert und dadurch, indem er den Konsum vermindert, die Einnahme schmälert.

2) Um die Grenze für Bemessung der Höhe des Zolles richtig zu finden, wird man die regelmäßigen Schwankungen in den Preisen der bezüglichen Ware einer genaueren Beobachtung zu unterwerfen haben und darf annehmen, daß, sofern sich der Zollsatz innerhalb der Grenzen dieser Schwankungen bewegt, er die Preise wohl kaum wesentlich beeinflussen wird.

3) Bei denjenigen Produkten, welche Deutschland auch produzirt, wird in Frage kommen, ob deren Einfuhr oder Ausfuhr überwiegt, ob daher der Bezug derselben als Bedürfniß erscheint oder nicht . . . . .[3])

Ich würde glauben, dem mir gewordenen Auftrage nicht völlig entsprochen zu haben, wenn ich an die speziellen Erörterungen und Vorschläge nicht einige

---

[1]) Folgen Vorschläge hinsichtlich der Zölle auf Eisen, der rohen Baumwolle, der Garne, der Baumwollgarne, der Leinen- und Seidenwaaren.

[2]) Ich habe gedacht, vorstehende Bemerkungen abdrucken zu sollen, da die Forderung der Einführung eines Zolles auf rohe Wolle in der Zwischenzeit wiederholt verlangt worden ist.

[3]) Hier folgen Vorschläge nachstehender Steuerobjekte unter eingehender Würdigung ihrer Zweckmäßigkeit: Petroleum, Kaffee, Mehl, Vieh, Weine, Gewürze aller Art, Südfrüchte, Oel.

Digitized by Google

allgemeine Bemerkungen über unsre wirtschaftliche Lage und die Bedeutung beifügte, welche, wie ich überzeugt bin, die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands auf dieselbe geübt hat.

Es ist ja Thatsache, daß weit über die Grenzen Deutschlands sich erstreckend krankhafte Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben hervortreten; man ist daher nicht berechtigt, dieselben für Deutschland auf dessen Zollpolitik allein zurückzuführen. Das schließt aber nicht aus, die Frage zu stellen, in wie weit unsre Not im kausalen Zusammenhange steht mit unsrer Zoll- und Handelspolitik.

Es fehlt hierfür an Anhaltspunkten nicht, das Beispiel der Eisen-Industrie möge diese darthun; diejenige der Textil-Industrie, der Papier-, der Sodafabrikation u. a., deren Rückgang unmittelbar zusammenfällt mit unsrer neuen Zollgesetzgebung, bestärken es.

Die Produktion des Eisens, früher in stetigem Steigen begriffen, ist seit der Herabsetzung und Aufhebung der Zölle progressiv im Niedergange, und zwar nicht bloß in dem einen oder andern Teile dieser großen Industrie, sondern in allen, in der Gewinnung der Erze wie in der Erzeugung der Fabrikate, der Zahl der Arbeiter, dem Werte des Arbeitsproduktes, und zwar in den letzten beiden, — den entscheidenden für die Wohlfahrt — am meisten . . .[1]).

Hiernach leidet die Industrie nicht an der eigenen, zu starken Produktion, sondern an der Konkurrenz des Auslandes, welches sich auf den deutschen Markt in dem Maße mehr drängt, als er sich ihm rückhaltlos öffnet und die andern sich durch Zollschranken schließen.

Wenn Deutschland in den letzten Jahren verhältnismäßig stark exportierte, so liegt in den Preisen der exportierten Waren der Beweis, daß hier ein Kampf um die Existenz, um die Erhaltung namentlich eines Stammes geschulter Arbeiter gekämpft wird.

Wenn in einem Lande, welches wie Deutschland nicht einmal die ihm nötigen Brotfrüchte baut, die wichtigsten Industrien im Niedergange begriffen sind, dann wird auf den Rat der Freihändler, da zu kaufen, wo es am wohlfeilsten ist, wohl die Frage erlaubt sein, womit soll die wohlfeile Ware bezahlt werden?

Deutschlands Handel mit dem Auslande hatte in den Jahren 1872—1876 eine Unterbilanz von 6276 Millionen Mark. Wie immer man über die Bedeutung der Handelsbilanzen denken mag, immerhin mahnt dieses Ergebnis daran, daß wir uns mit der Deckung dieses Saldo zu unsern Lasten recht ernst zu beschäftigen haben.

Dürfte ich Eurer Durchlaucht aussprechen, was ich meine, daß zu geschehen habe, so wäre es:

1. daß unser Tarif ohne alle voreingenommene prinzipielle Richtung in seinen Einzelheiten geprüft,

[1]) Folgen statistische Nachweise über die Wirkung der Eisenzölle seit 1872.

Digitized by Google

2. daß er den erkannten Bedürfnissen unsrer produktiven Thätigkeit angepaßt und namentlich in das richtige Verhältnis zu derjenigen des Auslands gesetzt,

3. daß unser Tarif in kritisch-bewegter Zeit nicht vertragsmäßig für Jahre festgestellt, sondern dafür die Zeit gewonnener Klarheit über die eigenen Interessen abgewartet,

4. daß aber darum eine freundliche Regelung der internationalen Handelsbeziehungen, von dem Tarife abgesehen, keineswegs abgewiesen werde.

Ich habe die Äußerungen Eurer Durchlaucht über die Eisenbahntariffrage nicht dahin verstanden, daß ich darüber mich auszusprechen habe.

Es wäre mir diese auch ohne die eingehendsten Erörterungen nicht möglich gewesen. In dieser ebenso schwierigen als verwickelten Frage steht nur eines ganz fest, daß Abhilfe gegen unzweifelhafte Mißstände gefunden werden muß.

Ich bitte Eure Durchlaucht, vorstehende Erörterungen lediglich als Aphorismen anzusehen, wie sie die mir zugemessene Zeit bedingte.

Die von mir ausgesprochenen Meinungen werden bei genauer Prüfung mancher Berichtigung bedürfen, ihre Begründung, welcher ich mich nötigenfalls nicht entziehen würde, könnte nur geschehen mittelst umfassenden Materials.

Eurer Durchlaucht ganz ergebener

Freiherr von Varnbüler."

XV. Abschnitt.

Die zweite Session der IV. Legislatur-Periode des Reichstags.

(12. Februar bis 12. Juli 1879.)

Sogleich bei Beginn der Session beschäftigte die Frage der Verhaftung Fritsche's resp. die Wahrung der Reichstagsprivilegien das Haus[1]. Die Auffassung an höchster Stelle beziehungsweise die Rücksicht auf diese war von Einfluß und Herr von Helldorff[2] hatte einen harten Stand in der konservativen Fraktion. Es fand aus diesem Anlaß am 20. Februar 1879 eine Kommunikation zwischen Helldorff und Bismarck statt.

Gleich zu Beginn der Session[3] hatte der Kanzler eine denkwürdige Unter-

[1] Gemeint ist die Reichstagsverhandlung vom 19. Februar 1879 veranlaßt durch das Schreiben des Reichskanzlers, betreffend die Einholung der Genehmigung des Reichstags zur strafrechtlichen Verfolgung und zur Verhaftung des Reichstagsabgeordneten Fritsche wegen Zuwiderhandlung gegen § 28 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878, Nr. 19 der Reichstagsdrucksachen.

[2] Vergl. oben S. 154.

[3] Das Datum der folgenden Besprechung zwischen Bismarck und Franckenstein läßt sich nicht feststellen. Sie fällt aber unzweifelhaft in das Jahr 1879 und zwar noch vor dem 22. Februar 1879, also in die Zeit lange vor der Beschlußfassung über den neuen Zolltarif und die Klausel Franckenstein.

Digitized by Google

redung mit dem Reichstagsabgeordneten Freiherrn von und zu Franckenstein[1]). Es rührt darüber folgende Aufzeichnung von der Hand des Freiherrn von Franckenstein her:

Nachdem der Reichskanzler Fürst Bismarck sich entschuldigt hatte, mich am Sonntag nicht haben empfangen zu können, da er nicht mehr schlafen könne, außer von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr mittags, eine Folge der schlechten Gewohnheit, die er früher angenommen hat, die Nacht durch bis in den Morgen hinein zu arbeiten, sprach er mir die Befriedigung aus, daß eine Annäherung zwischen dem Centrum und den Konservativen stattgefunden habe, und bemerkte, hierzu den Konservativen gegenüber das seinige beigetragen zu haben.

Hierauf begann er mit der Erklärung, kein Kulturkämpfer von Passion zu sein, und behauptete, daß die Veranlassung des Kulturkampfes die Bildung einer konfessionellen Partei im Reichstage, vornehmlichst aber das Zunehmen des polnischen Elements in Posen und Oberschlesien, gefördert durch den Klerus der Diözese Posen-Gnesen, gewesen sei. Er, der Reichskanzler, habe darüber mehrfach mit dem seligen Bischof Ketteler in Mainz sich besprochen, und habe leider denselben nicht vermögen können, Erzbischof von Posen zu werden. In wahrhaft erschreckender Weise sei das deutsche Element zurückgedrängt worden, in vielen Gemeinden, in welchen noch vor kurzer Zeit Deutsche gewesen seien, seien nunmehr gar keine mehr, und dieses Zurückdrängen des Deutschtums sei namentlich von der Kanzel und in der Schule durch die Geistlichkeit gefördert worden. Er sei gezwungen gewesen, um in der Schule die deutsche Sprache zu erhalten und deutsche Gesinnung zu verbreiten, das Schulaufsichtsgesetz den preußischen Kammern vorzulegen. Da habe nun die konservative Partei, seine ehemaligen Freunde, den erbittertsten Kampf gegen ihn zu führen begonnen. Sein bester Freund habe geradezu republikanische Gesinnungen manifestiert; mit dem Bruder seiner Schwiegermutter, Herrn von Kleist-Retzow, der ihm so eng befreundet war, habe er brechen müssen. Auch die „Kreuzzeitung", sein früheres Organ, habe eine Reihe von Schmähartikeln gegen ihn erscheinen lassen. Die Motive der genannten Herren seien, was ich kaum verstehen würde, den Gefühlen des Neides zuzuschreiben, und zwar wegen der ihm gewordenen Dotationen. Er habe diese Haltung des preußischen Adels, der seit vier Jahrhunderten durch dasselbe Herrscherhaus regiert worden sei und diesem Hause in den vielen Kämpfen gegen Polen gedient habe, nicht begreifen können, so gut er begreife, daß der süddeutsche Adel, der bis zum Beginn dieses Jahrhunderts unabhängig war, leicht geneigt sei, seinen jetzigen Souveränen oppositionell entgegen zu treten. Dieses Bekämpftwerden durch die konservative Partei habe ihn vermocht, bei der

[1]) Freiherr von und zu Franckenstein, Georg Arbogast, I. Präsident der bayer. Kammer der Reichsräte, Großkanzler des bayer. Hausritterordens vom hl. Georg; Ullstadt bei Langenfeld, Mittelfranken. Geb. 2. Juli 1825 zu Würzburg (röm.-kath.). Stud. auf der Universität München. Mitglied der bayer. Reichsratskammer seit dem Jahre 1847, des Zollparlaments für den Wahlkreis Eichstätt, seit 1872 des Reichstags für den Wahlkreis Lohr. Gestorben am 22. Januar 1890.

Digitized by Google

liberalen Partei Hilfe zu suchen; er liebe nicht, mit Parteien zu gehen, sondern die Hilfe da zu nehmen, wo er sie finde.

Ungerecht sei der Vorwurf, den man ihm mache, daß er ein Centralist sei; der Unitarismus in Deutschland würde zur Republik führen. Nach seiner Meinung sei Preußen zu groß und zu mächtig in Deutschland, er würde es vorziehen, wenn noch mehrere andre, größere Bundesländer in Deutschland bestehen würden. Man habe ihm vorgeworfen, Hannover und Hessen genommen zu haben, das erkläre sich damit, daß der König von Hannover ein eigentümlicher Mann, und der Nachfolger des Kurfürsten mit der Einverleibung Hessens einverstanden gewesen sei; überdies sei allerdings wahr, daß Preußen vor dem Jahre 1866 gleichsam in zwei Hälften geteilt gewesen sei; eine Verbindung der beiden Teile habe not gethan. Gegen andre Annexionen, die namentlich der Kaiser gewünscht habe, nämlich die Einverleibung Österreich-Schlesiens und der Markgrafthümer Ansbach und Bayreuth, habe er entschieden und erfolgreichen Widerstand geleistet. Nachdem der Kaiser durchaus die genannte Ländererwerbung für Preußen machen wollte, habe er nicht nur in Nikolsburg seine Entlassung eingereicht, sondern er habe durch 3 Tage in Nikolsburg seine Thätigkeit als Minister eingestellt. Auch später in Versailles habe er geraten, man möge mit den ersten Kriegskontributionsgeldern die im Jahre 1866 erhobenen Kriegskontributionen zurückzahlen; da habe man gesagt: „Bismarck ist betrunken", und sein Rat sei nicht befolgt worden.

Der Krieg mit Österreich gegen Dänemark habe erwiesen, was Deutschland-Österreich vereinigt vermöge. Alle Staaten wären damals gegen den Krieg gewesen, und keiner habe gewagt, Dänemark zu Hilfe zu kommen. Der Krieg vom Jahre 1866 sei eine peinliche Notwendigkeit gewesen. Der Dualismus in Deutschland konnte, ohne Deutschland zu schädigen, nicht fortdauern, eher konnte Preußen durch den Krieg sich auf die zweite Stellung zurückdrängen lassen, als die Fortdauer des bis zum Jahre 1866 bestandenen Verhältnisses zu dulden. Er, Bismarck, habe, nachdem schon die ersten Schüsse gewechselt worden seien, durch den Bruder des General Gablenz dem Kaiser Franz Joseph das Anerbieten machen lassen, mit Preußen zu sagen, das bisher Vorgefallene sei nur ein Spaß gewesen. — Kaiser Franz Joseph sei nicht abgeneigt gewesen, auf den Vorschlag einzugehen, der österreichische Finanzminister Graf Larisch habe aber gesagt, das ginge nicht, entweder müßten in fünf Wochen die österreichischen Truppen in Berlin stehen, dann sei Geld genug vorhanden, oder der Krieg falle zu Österreichs Ungunsten aus, und dann sei der Grund für einen neuen österreichischen Staatsbankerott gegeben. Graf Mensdorff und die übrigen Minister hätten Graf Larisch zugestimmt, und der Krieg habe das bekannte Resultat gehabt. Die häufig laut gewordene Ansicht, daß er weitere Eroberungen für Deutschland machen wolle, gehöre zu den vielen unsinnigen Dingen, die behauptet werden. Was solle denn für Deutschland noch erobert werden? Etwa Dänemark, Holland, Belgien, oder gar Österreich bis an die Leitha, mit Wien als Provinzialstadt? Der preußische Minister, der je daran denken werde, durch

Digitized by Google

Österreichs Eroberung Deutschland zu vergrößern, würde damit seinen politischen Unverstand dokumentieren. Deutschland und Österreich vereinigt wären die beste Friedensbürgschaft für Europa, so habe er immer gedacht, und werde er immer denken; schon deshalb habe er nicht geduldet, daß im Jahre 1866 Österreich auch nur eine Scholle Landes genommen werde, da dann eine Mißstimmung für lange Zeit entstanden wäre, während jetzt schon ein enges Zusammengehen denkbar und möglich sei.

Wenn die Beziehungen zwischen dem Berliner und Petersburger Hofe intimer seien als zwischen dem Berliner und Wiener Hofe, so sei das den engen Familienverbindungen zuzuschreiben, die zwischen dem deutschen und russischen Kaiserhause bestehen.

Selbst ein Verfassungsverhältnis zwischen Österreich und Deutschland sei denkbar, wohl aber nicht gemeinschaftliche Zölle. Sind Österreich und Deutschland einig, so sind sie gemeinschaftlich jedem Feinde, sei es Frankreich oder Rußland, gewachsen. Solche Ideen habe er dem Kaiser Franz Joseph bei seiner ersten Begegnung mit ihm nach dem Jahre 1866 mitgeteilt.

Was die Verhandlungen mit Rom betreffe, so sei der Tod des Kardinals Franchi [1]) sehr zu bedauern gewesen, mit ihm wäre wohl bald der Abschluß eines Vertrages möglich geworden, nach seinem Tode habe sich alles geändert. Man habe von ihm (Bismarck) verlangt, als Basis für die Verhandlungen die Aufhebung der Maigesetze und die Wiederherstellung der Verfassungsparagraphen zuzusagen, das sei unmöglich.

Eine prinzipielle Einigung sei ja nie mit auch nur einiger Dauer zwischen Kirche und Staat erreicht worden. Er habe auch mit Masella verhandelt, das sei noch ein junger, lebhafter Diplomat und ganz Italiener. Der Schriftenwechsel mit Rom dauere fort, bisher sei durch denselben gar nichts erreicht worden. Er habe nun den Bischof von Rottenburg, Herrn Hefele verlangt, der sei ihm als gescheiter Mann bekannt, mit dem könnte man leicht hier verhandeln. Er hielte es für das beste, im Benehmen mit Rom die erledigten katholischen Pfarreien zu besetzen, dann würde er einen Gesandten beim Vatikan beglaubigen.

Was die Civilehe betreffe, könne er nur sagen, daß er, als die Vorlage an die preußischen Kammern gelangte, in langem Urlaub in Varzin gewesen sei. Roon sei damals Ministerpräsident gewesen, habe den Kaiser zur Ermächtigung, die Vorlage den Kammern zu machen, veranlaßt, dann aber allerdings von ihm (Bismarck) verlangt, daß er die Vorlage mit gegenzeichne, und für den Fall, daß er dies nicht thun wolle, mit seiner Entlassung und jener Camphausen's und Falk's gedroht. Eine neue Ministeriumbildung sei damals unmöglich gewesen, und da habe er nachgegeben, wenngleich er kein Freund der Civilehe sei; er

[1]) Alesandro Franchi, unter Leo XIII. erster Staatssekretär, der im Gegensatz zu dem schroffen Auftreten Pius IX. mit Zustimmung des Papstes eine gemäßigte Politik einschlug und in Preußen schon nicht unbedeutende Erfolge erzielt hatte, wurde plötzlich am 30. Juli 1878 durch einen Anfall von Sumpffieber (nicht ohne Verdacht der Vergiftung) dahingerafft.

Digitized by Google

wisse aber, daß in der ersten Zeit der Christenheit, wo noch Heiden-Christenehen vorkamen, die bürgerliche Ehe von der Kirche anerkannt worden sei[1]). —

Die Session brachte eine Reihe sehr wichtiger Verhandlungen, von denen wir zunächst die Regelung der Verfassung von Elsaß-Lothringen ins Auge fassen wollen.

Die am 30. Juli 1878 stattgehabten Reichstagswahlen hatten eine Schwächung der autonomistischen Partei zur Folge[2]), indem in Straßburg-Stadt der bisherige Abgeordnete Bergmann durch den Protestkandidaten Kablé ersetzt worden war und der Wahlkreis Hagenau — der bisherige Abgeordnete Neffel ließ sich nicht wieder aufstellen — ebenfalls an einen Protestler verloren ging. Hingegen wurde ein autonomistischer Kandidat, Lorette, in Lothringen gewählt. Es waren also ihrer vier: Lorette, North, Dr. Rack und Schneegans. Die Wahl der Hauptstadt konnte nicht ermangeln, eine besondere Bedeutung zu gewinnen. In der deutschen Presse wurde dieselbe allgemein dahin gedeutet, daß die autonomistischen Bestrebungen, wenn nicht sofort aufs Spiel gesetzt, so doch sistiert und aufgehalten seien.

Indessen hatte sich diese Befürchtung erfreulicherweise nicht bewahrheitet. Schon am 22. Februar 1879 konnte sich der zur Eröffnung des Reichstags nach Berlin gereiste Abgeordnete Schneegans überzeugen, daß der Kronprinz entschlossen war, seinen ganzen Einfluß im Sinne einer Sanierung der elsaß-lothringischen Verhältnisse in die Wagschale zu werfen. An demselben Tage wohnte dieser Abgeordnete einer parlamentarischen Soiree beim Reichskanzler bei, der alsbald die Frage an ihn richtete, wie es um die Zukunft von Elsaß-Lothringen bestellt sei. Auf die Äußerung des Abgeordneten Schneegans, die Hoffnung der Autonomisten sei nicht geschwunden, nur glaubten sie nach den Attentaten vom Sommer 1878 nicht mehr an eine Verwirklichung des „Kronprinzenlandes", erwiderte Fürst Bismarck, nach seiner Ansicht dürfe man nicht verzweifeln; es sei an der Zeit, nunmehr einen entscheidenden Schritt nach vorwärts zu machen, ob in der ehedem gedachten Art, das sei zu untersuchen. „Halten Sie sich in meiner Nähe, ich will mit Ihnen darüber sprechen."

Schneegans that, wie der Fürst es gewünscht; aber nach mehreren Versuchen, wobei der Reichskanzler durch Vorstellungen immer aufs neue unterbrochen wurde, sagte er zu dem Abgeordneten, hier ginge es nicht, er möchte am folgenden Tage um 2 Uhr zu ihm kommen.

Am 23. Februar, zu besagter Stunde, stellte sich Schneegans bei dem Reichskanzler ein. Derselbe empfing ihn in seinem Arbeitszimmer im Erdgeschoß, und als er denselben in Gesellschaftstoilette sah, bemerkte er, diese Förmlichkeit sei ganz

[1]) Nach der „Post" hatte Freiherr von Franckenstein auch am 10. März 1879 eine Unterredung mit dem Kanzler.

[2]) Wegen der früheren Versuche zur Lösung der elsaß-lothringischen Verfassungsfrage s. oben S. 281.

Digitized by Google

unnötig, er würde Schneegans öfter zu sich berufen, möglicherweise auch aus einer Reichstagssitzung, und er möchte so erscheinen, wie er eben sei.

„Wir müssen in dieser Session die elsaß-lothringischen Angelegenheiten regeln," fuhr der Kanzler fort, „es kann nicht weiter so fortgehen; die Verhältnisse stehen wohl nicht nach Wunsch? Darum erzählen Sie mir genau und rückhaltlos, wie es dort zugeht."

Der Abgeordnete Schneegans setzte nun die Verhältnisse ebenso auseinander, wie er es später in der Sitzung des Reichstags vom 21. März 1879 wiederholte, worauf Fürst Bismarck seinen Gedankengang ungefähr in folgender Weise entwickelte:

„Mit seinen Feinden regieren, das ist doch stets die schlimmste Politik, deshalb verurteile ich die Haltung jeder Regierung, welche den Wünschen ihrer Gegner, hier also der Protestler, mehr entgegenkommt, als den ihrer eigenen Stützen, der Autonomisten, in der Hoffnung, die Gegner auf diese Weise zu gewinnen.

Sie können mich als Ihren Verbündeten ansehen. Das Projekt des Kronprinzenlandes hat bei dem Kaiser nunmehr noch weniger Aussicht, da der bejahrte hohe Herr, zumal nach den Attentaten, seinen Sohn in der Nähe zu behalten wünscht. Man muß daher eine andre Lösung ins Auge fassen."

Der Fürst ging darauf verschiedene Eventualitäten mit dem Abgeordneten Schneegans durch, erklärte zwei hier nicht näher zu bezeichnende Auswege für undurchführbar, um schließlich das Projekt der Organisation des Landes unter einem Kaiserlichen Statthalter näher zu erörtern. Es sei seine Absicht, Elsaß-Lothringer in die höheren Regierungs- und Verwaltungsstellen zu berufen; man brauche ja kein Beamter zu sein, um einen guten Unterstaatssekretär oder Bezirkspräsidenten abzugeben; in Frankreich besetze man diese höheren Stellen vielfach auch nicht mit geschulten Beamten.

Nachdem der Kanzler sich einige Personalvorschläge in dieser Beziehung von dem Abgeordneten Schneegans erbeten hatte[1]), wünschte er zu wissen, ob es opportun erscheine, den jetzigen Landesausschuß, die Bezirks- und Kreistage aufzulösen und direkte Wahlen auszuschreiben, um den Landesausschuß auf erweiterter Basis neu herzustellen. Schneegans bemerkte dazu, daß bei der jetzigen Stimmung die Gefahr vorliegen würde, daß solche Wahlen als ein Deutschland voraussichtlich ungünstiges Plebiszit aufgefaßt würden.

Als die Rede auf die Gesinnung der Elsässer vor und nach dem Kriege kam, und Schneegans ohne Hehl erklärte, daß er wie alle seine Landsleute von Haus aus die Annexion an Deutschland nicht gewünscht — ja dieselbe geradezu offen bekämpft hätte, bemerkte Bismarck, den Abgeordneten scharf ins Auge fassend: „Das wußte ich, und wenn Sie mir das Gegenteil gesagt hätten, so hätte ich

[1]) Es kam die Rede auf den Präsidenten des unterelsässischen Bezirkstags Klein und auf Schneegans selbst, der bei aller Bereitwilligkeit, einem an ihn ergehenden Ruf zu folgen, doch die Bedenken hervorhob, welche seinem Eintritt in die Regierung zur Zeit entgegenstehen möchten.

Digitized by Google

es nicht geglaubt; daß Sie mir es aber mit dieser Offenheit sagen, dafür zolle ich Ihnen meine Achtung! Mit Männern, wie Sie sind, kann ich verhandeln!"

„Welches auch unsere Gefühle damals waren," fügte Schneegans hinzu, „so haben wir uns jetzt auf den Boden der gegebenen Thatsachen gestellt, um ehrlich den Wiederaufbau unseres Landes herbeizuführen."

Die Vertretung Elsaß-Lothringens im Bundesrat sehe man im Lande als eine Ehrensache an; man würde eine Verweigerung dieser Vertretung wie eine capitis diminutio den andern Ländern gegenüber betrachten. Fürst Bismarck erwiderte, man müsse die richtige Modalität zu finden wissen, es sei schwierig, aber doch nicht unmöglich. Ihm schwebe der Gedanke vor, daß der Vertreter von Elsaß-Lothringen im Bundesrat am besten ein Gesandter, ein diplomatischer Vertreter des Landes sei, der eventuell vom Landesausschuß gewählt werden sollte und womöglich ein Elsässer sein solle.

Der Fürst berührte alsdann noch verschiedene Detailfragen der künftigen Organisation und schloß die zweistündige Besprechung, indem er sagte:

„Können Sie mir versichern, daß ich bei Ihren politischen Freunden einen Halt finde? Ich muß mich doch bei dem Kaiser auf den Willen des Landes stützen können."

„Für mich persönlich kann ich mit Ja antworten," entgegnete Schneegans, „aber ich habe das Recht nicht, für meine abwesenden Kollegen zu sprechen."

„Sind denn die Herren noch nicht hier?"

„Nein, Durchlaucht, ich bin bis jetzt der einzige."

„So telegraphieren Sie ihnen, sie mögen doch erscheinen, und kommen Sie dann mit ihnen, um mich zu besuchen."

„Darf ich dann um eine Audienz einkommen?"

„Nicht Audienz! Schicken Sie mir Ihre Karte; ich werde Sie jedesmal empfangen, um die Angelegenheit weiter zu besprechen."

Auf die telegraphische Aufforderung von Schneegans kamen die autonomistischen Abgeordneten North, Dr. Rack und Lorette bereits am 24. Februar in Berlin an; tags darauf wurden dieselben von dem Reichskanzler empfangen. Nachdem dieselben Punkte wie bei der Konferenz vom 23. Februar erörtert worden waren, stellte der Abgeordnete Schneegans schließlich an den Fürsten Bismarck die Frage, ob er die Stellung eines entsprechenden Antrages im Reichstage für angebracht halte. Nachdem der Kanzler diese Frage bejaht hatte[1]), brachte der

[1]) Die „Post" Nr. 57 vom 27. Februar 1879 wußte über die fragliche Audienz nachfolgendes zu berichten: Der Reichskanzler empfing gestern Mittag die reichsländischen Abgeordneten Schneegans, Rack und North in längerer Audienz. Es soll, wie nationalliberale Blätter wissen wollen, der Gedanke, die reichsländischen Angelegenheiten in einer oder der andern Weise dem Kronprinzen zu unterstellen, wiederum in den Vordergrund getreten sein. Der „Magdeburger Zeitung" schreibt man darüber: Aus unzweideutigen Äußerungen des Reichskanzlers geht hervor, daß das im Frühjahr vorigen Jahres ventilierte Projekt einer dem Kronprinzen zu übertragenden Statthalterschaft für Elsaß-Lothringen neuerdings wieder in maßgebenden Kreisen in den Vordergrund getreten ist. Danach würde die Regierung der Reichslande nach Straßburg verlegt werden, ein vom Kronprinzen ernannter Minister würde daselbst residieren; Elsaß-Lothringen würde eine

Digitized by Google

Abgeordnete Schneegans nach Rücksprache mit seinen politischen Freunden im Reichstage, insbesondere mit dem Präsidenten Dr. von Forckenbeck und Stauffenberg, am 26. Februar folgenden Antrag ein:

„Der Reichstag wolle beschließen: Den Reichskanzler zu ersuchen, darauf hinzuwirken, daß Elsaß-Lothringen eine selbständige, im Lande befindliche Regierung erhalte."

Als Antragsteller waren unterschrieben: Schneegans, North, Dr. Rack und Lorette; unterstützt wurde der Antrag durch die hervorragendsten Mitglieder verschiedener Parteien.

Nachdem der Reichskanzler am 1. und 5. März mit dem zu sich berufenen Abgeordneten Schneegans die Verfassungsfrage noch einmal besprochen und bei dieser Gelegenheit aufs neue gezeigt hatte, welchen Wert er auf den Eintritt von Elsaß-Lothringern in den Reichsdienst lege [1]), gelangte der autonomistische Antrag am 21. März 1879 auf die Tagesordnung des Reichstags. Der Abgeordnete Schneegans erhielt zur Begründung desselben zuerst das Wort [2]). Darauf erklärte der Abgeordnete Kablé im Namen der nicht autonomistischen Abgeordneten, daß dieselben dem Antrage zwar beistimmen würden, in betreff der Ausführung aber gewisse Vorbehalte machen müßten [3]). Nach einer längeren Rede des Reichskanzlers [4]) wurde die Beratung am 27. März fortgesetzt [5]) und hier die vorgeschlagene Resolution beinahe einstimmig (nur eine Stimme war dagegen) angenommen.

---

eigene Landesvertretung erhalten und drei vom Kaiser ernannte Vertreter in den Bundesrat senden. Dies würde den Wünschen der elsaß-lothringischen Bevölkerung durchaus entsprechen In Reichstagskreisen hält man es für wahrscheinlich, daß noch in dieser Session die Angelegenheit den Reichstag beschäftigen wird. Jedenfalls dürfte das oben bezeichnete Projekt demnächst vom Reichskanzler dem Kaiser unterbreitet werden. Fürst Bismarck hat dem Abgeordneten Schneegans darin beigestimmt, daß die Dinge in Elsaß-Lothringen nicht so weiter gehen können wie bisher, und daß eine Abhilfe geschaffen werden müsse, welche der Fürst, wie aus seinen Äußerungen hervorgeht, eben in der angedeuteten Richtung herbeizuführen gedenkt.

[1]) Die „Vossische Zeitung" Nr. 77 vom 16. März 1879 wußte hierüber zu berichten: Wie wir hören, hat der Reichskanzler in den letzten Tagen erneute Besprechungen mit einigen Abgeordneten, so u. a. auch mit dem Abgeordneten Schneegans gehabt. Das Projekt einer Statthalterschaft mit einem Prinzen scheint vorerst gänzlich aufgegeben zu sein. Die ganze Veränderung wird sich darauf beschränken, daß der Kaiser einen Minister zur Übernahme der Regierungsgeschäfte nach Straßburg sendet, und daß der 30 Mitglieder zählende Landesausschuß, dem man das Recht der Initiative in der Gesetzgebung eingeräumt, nicht unerheblich vermehrt werden wird. Dagegen dürfte Elsaß-Lothringen eine aus allgemeinen Wahlen hervorgehende Landesvertretung nicht erhalten.

[2]) Stenographischer Bericht S. 556 f. Die Rede des Reichstagsabgeordneten Schneegans auf Errichtung einer selbständigen Regierung in Elsaß-Lothringen, Reichstagssitzung vom 21. März 1879, ist auch als selbständige Broschüre erschienen.

[3]) Stenographischer Bericht S. 562.

[4]) Stenographischer Bericht S. 563.

[5]) Antwort des Abgeordneten Schneegans auf die Rede des Reichskanzlers, Stenograph. Bericht S. 659.

Digitized by Google

Auf der an demselben Abend stattgefundenen parlamentarischen Soiree sprach der Abgeordnete Schneegans dem Reichskanzler seinen Dank dafür aus, daß derselbe ihn gegenüber einem Vorstoße des Abgeordneten Freiherrn von Schorlemer-Alst[1]) verteidigt hatte, worauf der Fürst äußerte, sie seien ja beide natürliche Verbündete und hätten dieselben Feinde, „da muß man sich auch gegenseitig helfen, und das that ich gern".

Der am 2. Juni 1879 dem Reichstag vorgelegte Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Verfassung und Verwaltung Elsaß-Lothringens (Nr. 238 der Anlagen), wurde nach viertägiger Beratung[2]) mit großer Mehrheit angenommen[3]). Damit war das lang erstrebte Ziel glücklich erreicht.

Im späteren Verlauf der elsaß-lothringischen Angelegenheit trat Fürst Bismarck weniger hervor; die Verteidigung der zuletzt erwähnten Verfassungsvorlage überließ er dem Unterstaatssekretär Herzog. Dagegen berührte der Reichskanzler hin und wieder auf den parlamentarischen Gesellschaften die schwebenden Fragen im Gespräch mit dem Abgeordneten Schneegans.

Eines Abends trat der Kanzler an die Tafelrunde, die Schneegans mit verschiedenen Beamten des Auswärtigen Amts bildete, heran, indem er scherzend äußerte, dort (am großen Tische) werde es jetzt zu steif, er komme lieber 'mal hierher.

Ein andres Mal näherte sich der Hausherr wiederum der von Schneegans und andern Herren gebildeten Tischgesellschaft, welche eben die Frage der künftigen Statthalterschaft diskutierte. „Um was handelt sich's denn hier?" fragte der Fürst lächelnd.

„Durchlaucht," erwiderte der Legationsrat Freiherr von Richthofen mit scherzhaftem Ernst, „wir sind gerade dabei, den Statthalter von Elsaß-Lothringen zu ernennen."

„So? und wer soll das sein?"

„Der Feldmarschall von Manteuffel!"

„Ei! davon ließe sich ja weiter sprechen!" meinte der Fürst und entfernte sich.

In der parlamentarischen Gesellschaft vom 17. Mai 1879 teilte Fürst Bismarck dem Abgeordneten Schneegans mit, daß in der That der Feldmarschall von Manteuffel Kaiserlicher Statthalter, der Unterstaatssekretär Herzog Staatssekretär in Straßburg und der Abgeordnete von Puttkamer Unterstaatssekretär (für Justiz) werden würden. Über die andern Unterstaatssekretärstellen war noch keine Verfügung getroffen. Die dem Präsidenten des unterelsässischen Bezirks-

[1]) Angriff des Abgeordneten von Schorlemer-Alst auf den Abg. Schneegans Sten. Ber. S. 659, Zurückweisung dieses Angriffs durch den Abgeordneten Freiherrn von Stauffenberg S. 663, den Abgeordneten Dr. Hänel S. 667 und den Fürsten Bismarck S. 669.

[2]) Vergleiche die Stenographischen Berichte über die Sitzung vom 13., 14., 21. und 23. Juni 1879. Reden des Abgeordneten Schneegans S. 1762, 1773, des Abgeordneten North S. 1623, 1751, 1754 f.

[3]) Gesetz v. 11. Juli 1879, Reichs-Gesetzbl. S. 165.

Digitized by Google

tages, Klein, angebotene Unterstaatssekretärstelle lehnte derselbe zum großen Bedauern seiner politischen Freunde ab. Dagegen trat der Abgeordnete Schneegans im Oktober 1879 als Ministerialrat in das Ministerium für Elsaß-Lothringen ein, woselbst derselbe bis zu seinem Übertritt in den Dienst des Auswärtigen Amts (Mai 1880) verblieb.

Seit dem 1. Oktober 1879 bilden Statthalter und Ministerium die Grundlage der administrativen Organisation der Reichslande [1]).

Bei weitem die wichtigste Aufgabe des Reichstags war die große Zolltarifreform mit Abwendung von der bisherigen Delbrück'schen Handelspolitik.

In dem vorbereitenden Stadium, ich rechne dahin die Zeit vom Zusammentritt des Reichstags bis zu den Osterferien (12. Februar — 3. April 1879), ist wiederum die hingebende Thätigkeit des Abgeordneten Lohren [2]) zu erwähnen.

Am 24. Februar 1879 referierte derselbe im Kongresse deutscher **Landwirte** über den inzwischen revidierten Tarifentwurf [3]) für landwirtschaftliche **Erzeugnisse**. Tags darauf erklärte Geheimer Rat Tiedemann in der Sitzung, durch sein Erscheinen eine angenehme Pflicht zu erfüllen, indem er versicherte, daß der Fürst Reichskanzler den Verhandlungen des Kongresses mit regem Interesse folge [4]).

In der IV. General-Versammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer am 26. und 27. Februar 1879 erhob die Versammlung nachfolgende Resolution des Abgeordneten Freiherrn von Mirbach zum Beschlusse:

Die Generalversammlung der Steuer- und Wirtschaftsreformer spricht dem zoll- und wirtschaftspolitischen Programm des Fürsten Bismarck sowohl in wirtschaftlicher wie auch in finanzieller Richtung ihre vollkommene Zustimmung aus. Sie hält das in demselben empfohlene Prinzip einer möglichst gleichmäßigen Besteuerung aller belangreichen Importartikel für geboten, einerseits im Sinne einer ausgleichenden Gerechtigkeit, andrerseits zur Erreichung

[1]) Dem zehnjährigen Bestehen des Gesetzes über Verfassung und Verwaltung von Elsaß-Lothringen widmete die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" am 1. Oktober 1889 eine Betrachtung in der es heißt: Wer den Erfolg beurteilen will, darf sich nicht beirren lassen durch vorübergehende Schwankungen, welche in diesen oder jenen Einflüssen des Augenblicks ihren Grund haben mögen; er darf auch zum Maßstabe des Urteils nicht etwa nehmen den patriotischen Wunsch, sondern das Gesetz, welches der Natur der Dinge innewohnt; — wer von diesem Standpunkte aus betrachtet und erwägt, wie Elsaß-Lothringen nach Verfluß eines Jahrzehnts der Statthalter-Regierung das Erscheinen des erlauchten Kaiserpaares in der Mitte seiner Bevölkerung aufgenommen hat, der wird nicht anstehen, zu sagen: die vor nahezu zwei Jahrzehnten angekündigte Politik hat sich bewährt; mit Stetigkeit und Festigkeit verfolgt, muß und wird sie ganz zum Ziele führen.

[2]) Vergl. oben S. 217.

[3]) Zu vergl. den gedruckten Bericht über die Verhandlungen des 10. Kongresses deutscher Landwirte zu Berlin am 24. und 25. Februar 1879, Berlin 1879, S. 3 ff. Der Tarif findet sich abgedruckt a. a. O. S. 88, vergl. bes. S. 34: die Erklärung des Vorsitzenden des Centralverbandes deutscher Industrieller, betreffend die Solidarität der Interessen zwischen Industrie und Landwirtschaft.

[4]) A. a. O. S. 149.

Digitized by Google

großer finanzieller Erträge im Interesse des Reichs und zur Entlastung von der drückenden Doppelbesteuerung im Gebiete der direkten Steuern.

Nach Überreichung dieser Adresse ging dem Freiherrn von Mirbach unterm 20. März 1879 seitens des Fürsten Bismarck ein Schreiben zu, mit dem Ersuchen, in der Versammlung seinen Dank auszusprechen für die Zustimmung zu der von ihm beabsichtigten Wirtschaftspolitik[1]).

Es ist bekannt, daß sich der Kanzler für die Arbeiten der Tarif-Kommission lebhaft interessierte. Ganz ohne sachliche Differenzen ging es auch zwischen ihm und dem Vorsitzenden der Kommission nicht ab. Beweis hiervon folgender Entwurf eines Schreibens des Abgeordneten Freiherrn von Varnbüler an den Fürsten Bismarck[2]).

Eure Durchlaucht!

Die Unterredung vom 8. d. M. hat mich überzeugen müssen, daß Eure Durchlaucht die von mir empfohlene Klassifikation der Gerste in die Position Roggen nicht annehmen. Ich werde demgemäß meine Stimme in der Kommission abgeben, weil ich der Verabredung in Friedrichsruh nicht untreu werden will.

Es geschieht mit schwerem Herzen, weil ich nach vielen gewichtigen Stimmen, welche ich vernommen habe und täglich vernehme, überzeugt bin, daß der von mir gemachte Vorschlag die Landwirte vollständig befriedigt, ja manchen derselben sogar zu hoch erscheint.

Immerhin ist die Differenz mit den Ansichten Eurer Durchlaucht keine absolut prinzipielle.

Dagegen haben Eure Durchlaucht den Ausspruch gethan, ich verfolge einen von dem Ihrigen verschiedenen Zweck, ich handle als Wirtschaftspolitiker, während Sie als allgemeiner Politiker vorgehen — und Eure Durchlaucht haben an diesen Ausspruch praktische Konsequenzen in betreff der Geschäftsbehandlung geknüpft.

Als meine Aufgabe betrachte ich es, zur Aufstellung eines Tarifentwurfes zu gelangen, geeignet, die schroffen Gegensätze zu vermitteln, welche auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Lebens sich bekämpfen und auf diese Weise die Schwierigkeiten zu vermindern, welche die von Eurer Durchlaucht in klarer Würdigung der Bedürfnisse Deutschlands angeordneten Reformen namentlich im Reichstage finden werden, wo ich ja auch für dieselben einzutreten haben werde.

Der Auffassung Eurer Durchlaucht würde entsprechen, eine Reihe einzelner Meinungsäußerungen aus der Mitte der Kommission zu veranlassen, und dadurch die konservative Wählerschaft zu gewinnen.

---

[1]) Vergl. den gedruckten Bericht über die Verhandlungen der IV. General-Versammlung der Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer zu Berlin am 26. und 27. Februar 1879, S. 110.

[2]) Auf den Rat des Grafen Otto zu Stolberg-Wernigerode ist dieses Schreiben nicht zum Abgang gelangt. Es wirft aber so interessante Streiflichter auf die Situation, daß dessen Abdruck gewiß gerechtfertigt erscheinen dürfte.

Digitized by Google

Auf diesem Wege aber vermöchte die Kommission nicht, dem ihr gewordenen Auftrage gemäß zu dem Aufbau eines systematischen Tarifentwurfs zu gelangen, welcher den Berathungen des Bundesrats als Grundlage dienen und so das Reformwerk vorbereiten könnte.

Sollten sich in dem von der Kommission zu entwerfenden Entwurfe Sätze finden, welche den Auffassungen Eurer Durchlaucht entsprechen, so wird ja dort die Korrektur erfolgen.

Wenn es meine Aufgabe ist, die Geschäfte in diesem Sinne zu leiten, in thunlichster Uebereinstimmung einen homogenen Tarifentwurf zu stande zu bringen, dann bedarf ich des Vertrauens, daß ich in der Hauptsache aus eigener Entschließung im Sinne Eurer Durchlaucht vorgehen werde.

Mit diesem Vertrauen wird das Bewußtsein der Verantwortlichkeit steigen; dieses und die hohe Autorität des Reichskanzlers Fürsten Bismarck wird mich oft genug zu Eurer Durchlaucht führen.

Sollte ich jenes Vertrauen nicht in vollem Maße genießen, sollte mir die Möglichkeit nicht gegeben sein, in der Kommission möglichst viel Boden für meine Auffassungen zu gewinnen, dann würde ich glauben, zur Lösung der mir gewordenen Aufgabe nicht gelangen, den Erwartungen nicht entsprechen zu können, welche Eure Durchlaucht an meine Berufung geknüpft habe.

Ich bitte dringend, diese meine Bemerkungen nicht als den Ausdruck von Empfindlichkeit auffassen zu wollen, sie entspringen lediglich dem Bedürfnisse, die vollste Klarheit in mein Verhältnis zu Eurer Durchlaucht zu bringen.

Was immer Eure Durchlaucht beschließen werden, meiner treuesten Ergebenheit und meine warme Unterstützung der geplanten Reformpläne bleibt Ihnen unwandelbar gesichert."

Nach Beendigung ihrer Arbeit legte Freiherr von Varnbüler als Vorsitzender der vom Bundesrate eingesetzten Zolltarif-Kommission am 1. April 1879 das Ergebnis der Beratungen dem Bundesrate vor.

Dem Bericht des Vorsitzenden entnehmen wir folgende bisher unveröffentlichte Ausführungen:

„Von einer Darlegung der volkswirtschaftlichen, zoll-, handels- und finanzpolitischen Erörterungen, welche in der Kommission zum Ausdruck gekommen sind, in einem Generalberichte hat die Kommission Abstand genommen; sie wäre bedingt gewesen durch eine genaue Feststellung der sich durchkreuzenden Ansichten und hätte daher eine wertvolle Zeit in Anspruch genommen, ohne sachlich von entscheidender Bedeutung zu sein.

Die Kommission hat sich beschränkt auf eine Begründung der einzelnen von ihr gefaßten Beschlüsse und ist hierbei der Anordnung des aufgestellten Tarifs gefolgt.

Um den Bundesrat in den Stand zu setzen, auch diejenigen Gründe zu prüfen, welche den Beschlüssen entgegengesetzt wurden, legt die Kommission ihre Protokolle mit den Begründungen der Referenten und den zu den Akten gegebenen Separatvoten vor und hat sie den in der Minderheit stehenden Kommissionsmit-

Digitized by Google

gliedern anheimgegebenen, in dem Berichte selbst ihre abweichenden Ansichten zum Ausdruck zu bringen.

Die Kommission hat es nicht als ihre Aufgabe betrachtet, darüber Untersuchungen anzustellen, welche Folgen für die Finanzen des Reichs ihre Anträge voraussichtlich haben würden. Ehe diese Anträge sich zu Beschlüssen gestaltet haben, hätte jede Zahlenangabe lediglich die Bedeutung einer Vermutung gehabt; dabei wäre eine Aufstellung des voraussichtlichen Zollertrages bedingt gewesen durch eine mühsame, zeitraubende Erhebung vielfacher denselben bedingenden thatsächlichen Verhältnisse.

Die Kommission hat sich darauf beschränkt, die Fassung der einzelnen Positionen des Tarifs zu redigieren und die Zollsätze vorzuschlagen; sie hat sich hierbei selbstverständlich zur Aufgabe gemacht, den inneren Zusammenhang zu berücksichtigen, in welchem die einzelnen Teile des Tarifs zu einander stehen. Hierbei mußte sie zwar die sich ergebenden zolltechnischen Fragen in Erwägung ziehen und berücksichtigen, sie hielt es aber für ihre Aufgabe nicht, über die Art Anträge zu stellen, sondern hat diese den Erwägungen an anderer Stelle anheimgeben zu sollen geglaubt."

Am 4. April 1879 legte Fürst Bismarck den von ihm betriebenen Zolltarif-Gesetz-Entwurf dem Reichstag vor. Am 16. April 1879 referierte Lohren über diesen Entwurf im Verein für deutsche Volkswirtschaft und zwar speziell über die Gruppe Landwirtschaft [1]), und er kam hier zu dem Ergebnis, daß die Landwirtschaft noch eines höheren Zollschutzes bedürfe, als der vorliegende Tarif vorgeschlagen hatte [2]). „Soll Deutschland seine „Unabhängigkeit" nicht verlieren, so muß der für seine Bevölkerung notwendige Bedarf an Rohstoffen zur Bekleidung, sowie an Getreide zur Ernährung im Lande selbst erzeugt werden, wie es Jahrhunderte lang gewesen ist. Diese Unabhängigkeit vom Auslande in der Brotversorgung ist die erste Bedingung stabiler Entwickelung des Staats- und Volkslebens eines großen Reiches."

Lohren hatte wohl die geistige Kraft und die Energie, die Tarifreform nach seinen Gedanken zu formen, aber nicht die Gesundheit, auch noch in den Bureaus und in der Presse für sein Werk zu agitieren. Den Verkehr zwischen ihm und Bismarck vermittelte Ehrenfried Hessel, welcher beim Kanzler wiederholt verkehrte und dessen Entschließungen auf Lohren's Vorschläge entgegennahm [3]).

---

[1]) Abgedruckt ist das Referat in dem Lohren'schen Werke: „Das System des Schutzes nationaler Arbeit", Potsdam 1880, S. 112; bes. zu vergl. S. 128—134.

[2]) Sie hat ihn bekanntlich später auch erreicht.

[3]) Über die Haltung des Oberbürgermeisters Dr. Miquel in der Frage der Eisenzölle vergl. den Leitartikel der „Vossischen Zeitung" vom 11. Februar 1879, Nr. 44. Am 7. März 1879 zog Bismarck den Reichstagsabgeordneten Dr. von Schwarze aus Dresden mit einer Deputation aus Sachsen zur Familientafel. Die gedachte Deputation hatte im Kanzlerpalais vorher eine mit 300000 Namen bedeckte Adresse aus dem Königreich Sachsen überreicht, alles Personen die Bismarck ihre Dankbarkeit für seine Reformpolitik ausdrücken wollten. Sowohl während der Tafel als nach derselben sprach sich der Kanzler in ebenso freimütiger als eingehender Weise über die schwebenden Zoll- und Steuerfragen aus.

Digitized by Google

Kurz vor den Osterferien des Reichstags, am 31. März 1879 erfolgte noch ein parlamentarisches Ereignis ersten Ranges — eine einstündige Unterredung Bismarck's mit dem Abgeordneten Windthorst[1]). Es versteht sich wohl von selbst, daß der Kulturkampf und die Zoll- wie Steuerfrage den Inhalt des Gesprächs ausmachten, das zur vorläufigen Zufriedenheit beider Staatsmänner, wenigstens in den Hauptpunkten, geendet hat[2]).

Wie üblich hatte der Abgeordnete Windthorst beim Reichskanzler schriftlich angefragt, ob und wann er ihn in der Angelegenheit der verwitweten Königin von Hannover sprechen könne. Darauf erfolgte eine sofortige und sehr höfliche Antwort, welche es Herrn Windthorst freistellte, entweder noch am selbigen Tage oder am nächsten Tage zu einer bestimmten Stunde zu erscheinen. Da der nächste Tag nun der 1. April, der Geburtstag des Fürsten war, so entschied sich Herr Windthorst noch für denselben Tag. So war die „Konferenz" mit allen ihren Vorbereitungen das Werk weniger Stunden gewesen.

Die „Germania" suchte zwar der Begegnung jede politische Bedeutung abzusprechen[3]); aber sie mochte schreiben was sie wollte, die bloße Thatsache einer vertraulichen Unterredung zwischen zwei politischen Männern, die durch den denkbar größten Gegensatz von einander getrennt waren, war eines der beachtenswertesten Zeichen der Zeit.

Die Vorgänge, welche Forckenbeck im Verlaufe der Zolltarifdebatten veranlaßten, das Reichstags-Präsidium am 20. Mai 1879 niederzulegen[4]), dürfen als bekannt vorausgesetzt werden. Der Rücktritt Forckenbeck's aus der leitenden parlamentarischen Stellung gewährte Bismarck sichtlich eine Erleichterung. Trotz der vielen Berührungspunkte, welche die langjährige Stellung des Reichstagspräsidiums im Gefolge hatte[5]), hat der beiderseitige Verkehr niemals auch nur annähernd jenen

[1]) Vergl. oben S. 87.

[2]) Vergl. darüber die „Magdeburger Zeitung" vom 2., 4., 10. und 18. April 1879, Nr. 155, 160, 170, 179; die „Nationalliberale Korrespondenz" vom 4. April 1879, Nr. 160; den „Westfälischen Merkur" vom 10. April 1879, Nr. 170; die „Post" 1879, Nr. 93, 94, 96, 99, 123, 140; die „Vossische Zeitung" vom 2., 3., 6., 10. April und 2. Mai 1879, Nr. 94, 95, 98, 102 und 123; die „Neue Preußische Zeitung" vom 4. April 1879, Nr. 80.

[3]) Dieselbe bemerkte: Die Audienz, welche der Abgeordnete Windthorst vorgestern Nachmittag um 4 Uhr bei dem Reichskanzler Fürsten Bismarck hatte, giebt hiesigen und auswärtigen Blättern Stoff zu allerlei Kombinationen, die wir hiermit für völlig unbegründet erklären. Wir haben von der Audienz keine Meldung gethan, um Vermutungen vorzubeugen, welche die Lage der politischen und kirchlichen Verhältnisse nahe legt, die aber nichtsdestoweniger jeder thatsächlichen Unterlage entbehren. Die Angelegenheiten, welche die Audienz veranlaßten, entziehen sich selbstverständlich der Öffentlichkeit.

[4]) Die Rede, die Forckenbeck im Zoologischen Garten zu Berlin aus Anlaß des dorthin berufenen deutschen Städtetags hielt, findet sich abgedruckt in Schultheß Europäischem Geschichtskalender S. 165. Es sprachen daselbst noch Dr. Braun, Rickert, Richter (Hagen) und Saucken-Tarputschen. Vergl. über die Haltung und den Rücktritt Forckenbeck's die „Post" 1879, Nr. 135, 136, 137, 138, 139, 141 und 143.

[5]) Anfang Februar 1876 drückte der Reichskanzler dem Oberbürgermeister von Forckenbeck infolge des Todes der Gattin des letzteren schriftlich sein Beileid aus.

Digitized by Google

freundschaftlichen Charakter angenommen, der zwischen Bismarck und Simson [1] lange Jahre und bis zum Ende bestanden hatte. Schon der Ursprung Forckenbeck's aus der Fraktion Jung-Litthauen machte ihn in den Augen des Kanzlers verdächtig; und dabei dieser energische, schroffe Charakter mit dem Jupiterkopf!

Nach der Sitzung, in der Forckenbeck das Präsidium niedergelegt hatte, berieten alsbald die Fraktionen über die bevorstehende Präsidentenwahl. In der deutschen Reichspartei riet der Abgeordnete Graf Wilhelm Bismarck, mit dem Centrum ein Kompromiß einzugehen, welcher Antrag jedoch kurzsichtigerweise abgelehnt wurde, da die Fraktion sich der Hoffnung hingab, den ihr angehörigen Vize-Präsidenten als Präsidenten durchzubringen [2]. Diese Kombination scheiterte aber, und es wurde zum erstenmal seit dem Bestehen des Reichstags der Präsident von der konservativen Fraktion gestellt; Herr von Seydewitz war der Erwählte [3]. Derselbe war in geschäftlicher sowohl wie auch angenehmer persönlicher Beziehung zum damaligen Ministerpräsidenten von Bismarck schon als Landeshauptmann der Oberlausitz zu der Zeit getreten, als es sich darum handelte, die durch die neue Grundsteuer-Gesetzgebung vom Jahre 1861 wesentlich berührten öffentlichen Verhältnisse der Oberlausitz ohne Schädigung derselben zu regulieren; das Entgegenkommen des Ministerpräsidenten führte zu einem erwünschten Abschluß und von Seydewitz war ihm mit dem von ihm damals vertretenen Landesteil zu aufrichtigem Dank dafür verpflichtet. Seydewitz war von Haus aus Mitglied der konservativen Fraktion, und viele Jahre zum Teil leitendes Mitglied im Vorstande derselben. In näheren Verkehr trat derselbe jedoch mit dem Fürsten Bismarck erst, als er zum ersten Präsidenten des Reichstags gewählt worden war. Er fand im Hause fast allseitige Unterstützung, und besonders erleichterte ihm Fürst Bismarck die Erfüllung seiner Aufgabe. Natürlich war Seydewitz nach der Wahl zum Präsidenten des Reichstags aus der Fraktion ausgeschieden,

---

[1] Im Jahre 1890, als der Präsident des Reichsgerichts Simson seine Versetzung in den Ruhestand beantragte, schrieb die „National-Zeitung“: Es war bezeichnend für die feine Empfindung, welche Fürst Bismarck allezeit für die politisch en „Imponderabilien“ gehabt hat, daß er 1879 Simson bewog, trotz seines Alters, auf welches dieser abwehrend hinwies, das Präsidium des Reichsgerichts zu übernehmen, obgleich gerade damals die Wege des Kanzlers und der nationalliberalen Partei, zu deren verehrtesten Mitgliedern Simson immer gehört hat, sich trennten; Fürst Bismarck empfand die Notwendigkeit, an die Spitze des Reichsgerichts für dessen erste Periode nicht bloß einen hervorragenden Juristen, sondern einen Mann zu stellen, der zugleich einen Namen von national-politischer Bedeutung trug.

[2] Bei der Wahl des Vize-Präsidenten nach der Niederlegung der Vize-Präsidentenstelle seitens des Freiherrn von Stauffenberg wurde demnächst am 24. Mai doch der Centrums-Kandidat Freiherr von Franckenstein gewählt.

[3] von Seydewitz, Otto Theodor, Ober-Präsident der Provinz Schlesien, Kurator der Universität Breslau, Besitzer von Reichenbach O.-L. und Bieß, wohnhaft zu Breslau. Geboren den 11. September 1818 zu Gr. Badegast (evangelisch-lutherisch). Landrat des Görlitzer Kreises, hierauf Landeshauptmann und Landesältester der preußischen Oberlausitz, Vizelandtags-Marschall von Schlesien, Vorsitzender des Schlesischen Provinzial-Ausschusses, Mitglied aller Reichstage vom konstituierenden an bis 1884.

Digitized by Google

in welcher Herr von Helldorff die Leitung übernahm. Bald nach Schluß des Reichstags wurde Seydewitz zum Oberpräsidenten von Schlesien ernannt; er lehnte jetzt ab, in der neuen Session sich als Kandidaten für das Präsidium des Reichstags aufstellen zu lassen, und trat dafür wieder in den Vorstand der deutsch-konservativen Fraktion ein.

Es giebt keine Periode während der ganzen Ministerthätigkeit Bismarck's, da derselbe so viel und so eingehend mit Abgeordneten verkehrt hat, als während der Schlußberatung der Tarifreform. Die widerstrebenden Abgeordneten schließlich doch zu dem Punkte geführt zu haben, der ihm genehm bezw. annehmbar erschien, war einer seiner größten parlamentarischen Erfolge.

Den Verkehr zwischen dem Kanzler und den Nationalliberalen vermittelte Bennigsen. Der Standpunkt des letzteren war dornenreich; zum erstenmal verweigerten ihm seine bisherigen Getreuen den Gehorsam; es gab wohl noch eine nationalliberale Partei, aber die bekannten „zwei Seelen", die in ihr schon bisher gelebt, hatten sich vervielfältigt; jetzt gab es drei ganz ausgesprochene Richtungen: 1. die enragierten Freihändler Lasker, Bamberger, Forckenbeck, Braun-Wiesbaden, Rickert und Stauffenberg, 2. die Schutzzöllner (rechter Flügel), welche sich von norddeutschen Doktrinären nicht länger mehr ins Schlepptau nehmen lassen wollten, endlich 3. eine vermittelnde Richtung, Bennigsen an der Spitze, welche sich auf das Diplomatisieren verlegte, welche Bismarck zwar Konzessionen machen zu müssen glaubte, es aber gleichzeitig mit den Radikalen in der Partei, den bisherigen sogenannten Koryphäen doch nicht ganz verderben wollte. Daß bei dieser Sachlage Bennigsen, der sich zwischen zwei Stühle gesetzt hatte, dem Kanzler keine nachhaltige Unterstützung gewähren könne[1]), war Bismarck gleich zu Anfang klar.

Wir haben oben S. 190 von dem Verhältnis Bismarck's zu dem Abgeordneten Dr. Beseler gesprochen und schon erwähnt, daß das gute Verhältnis, welches sich 1874 anzubahnen schien, später infolge der neuen Zollpolitik des Kanzlers eine Trübung erfahren hat. Beseler war, ohne einen irgendwie radikalen Standpunkt einzunehmen, im allgemeinen überzeugter Freihändler. Doch war weniger diese Lehrmeinung der Grund für sein Auftreten gegen die neue

[1]) Am 29. April 1879 Konferenz zwischen Bismarck und Bennigsen, „Vossische Zeitung" No. 122 vom 1. Mai 1879. — 16. Mai 1879 wiederholte Konferenz derselben im Sprechzimmer des Reichskanzlers, „Vossische Zeitung" No. 138 vom 17. Mai 1879. In Reichstagskreisen wollte man wissen, daß die Konferenz den Zweck hatte, Bennigsen's Einfluß dafür aufzubieten, eine Mehrheit für den Antrag auf Erhöhung des Kornzolls auf 50 Pf. zusammenzubringen, nachdem fast alle Agrarier für die Bundesratsvorlagen, den Eisenzoll betreffend, gestimmt hatten. Scheitern der Vorschläge Bennigsen's in der Tarif-Kommission, „Post" 1879, Nr. 178 und 181; der Reichskanzler hat die Opposition von Bennigsen's nicht zu fürchten, „Post" 1879, Nr. 189; beabsichtigter Rücktritt desselben von der parlamentarischen Thätigkeit, „Post" 1879, Nr. 205, 206, 207 und Schultheß Geschichtskalender 1879, S. 216; Wiederannahme eines Mandats, a. a. O. S. 256.; Bankettrede vom 10. Dezember 1879, Verhältnis Bismarck's zu der nationalliberalen Partei, a. a. O. S. 259.

Digitized by Google

Wirtschaftspolitik des Kanzlers im Jahre 1879[1]), als eine etwas zu idealistische Abneigung gegen jede Vertretung bestimmter einseitiger Wirtschaftsinteressen durch politische Parteien. Er hielt es schlechthin für verderblich für das politische Leben, wenn der Maßstab für den Patriotismus der Partei oder des einzelnen an deren wirtschaftliche Überzeugungen angelegt werden sollte. Diese Gefahr glaubte er durch die Art, wie die Tarifreform eingeführt wurde, heraufbeschworen, und er hielt es für seine Pflicht, davor zu warnen.

Auch die sogenannte clausula Franckenstein[2]) bekämpfte Beseler lebhaft, weil er glaubte, daß die Finanzhoheit des Reichs dadurch verloren gehe. Bismarck hielt diese Annahme vollständig für unbegründet und er wiederlegte die Ansicht ausführlich, weil sie von einem Abgeordneten (Beseler) ausging, „auf dessen Mitwirkung ich seit langer Zeit habe rechnen können, und den ich persönlich hochschätze und verehre." (9. Juli 1879, Stenographischer Bericht S. 2194.)

Bismarck fühlte sich jedoch durch Beseler's Auftreten nicht verletzt, er begrüßte ihn vielmehr, nachdem Beseler im Reichstag ausführlich gesprochen, mit den freundlichen Worten: „Kommen Sie her, alter Kriegskamerad, geben Sie mir die Hand!" Beseler verfolgte übrigens seine Opposition nicht weiter, sondern beteiligte sich, nach Wahrnehmung seines prinzipiellen Standpunkts, nicht mehr an den Debatten, da ihm das Technische der wirtschaftlichen Fragen fern lag. Auch schied er bald ganz aus dem Reichstage aus.

Ein andres Mitglied der nationalliberalen Partei, welches in der Tariffrage markant hervortrat, war der Abgeordnete für Bremen, Alexander Georg Mosle[3]). Derselbe stand schon seit dem Jahre 1871 mit dem Kanzler in Korrespondenz[4]), und seine Vaterstadt freute sich über seine guten Beziehungen zu

---

[1]) Vergl. besonders die Rede Beseler's am 24. Juni 1879, Stenographischer Bericht des Reichstags S. 1810.

[2]) Wir kommen darauf weiter unten zurück.

[3]) Mosle, Alexander Georg, Kaufmann (Firma Mosle u. Co.) in Bremen. Geboren den 8. September 1827 (protestantisch). Reiste 1848 über England nach Brasilien, war daselbst bis 1862 in Rio de Janeiro etabliert und General-Konsul der freien Hansestadt Bremen für Brasilien. Seit 1863 in Bremen etabliert. Mitglied und Vize-Präsident des bleibenden Ausschusses des Deutschen Handelstages. Vorsitzender der geographischen Gesellschaft in Bremen (früher Verein für Nordpolarfahrt). Nationalliberal.

[4]) Schreiben Bismarck's an Mosle als Vorsitzenden des Vereins für die deutsche Nordpolexpedition d. d. Versailles, den 19. Februar 1871, abgedruckt in meinen „Bismarck-Briefen," Neue Folge Bd. II, S. 61. Ein an den Abgeordneten Mosle gerichtetes Schreiben Bismarck's d. d. 1. Februar 1874 (Dank für telegraphisch ausgesprochene freundliche Gesinnungen) findet sich abgedruckt in der „Nat.-Zeitung" vom 5. Februar 1879 No. 30; ein weiteres Schreiben Bismarck's an Mosle d. d. 15. April 1875 (Dank für die freundlichen Glückwünsche der Hansestadt Bremen zum Geburtstag) abgedruckt in meinen „Bismarck-Briefen", Neue Folge Bd. III, S. 147. Am 12. Februar 1876 erging an den Reichstagsabgeordneten Mosle in Berlin nachstehendes Schreiben:

Berlin, den 12. Februar 1876.

Ew. Hochwohlgeboren erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 9. d. Mts. unter Rücksendung der Anlage ergebenst, daß ich nach dem Zustande meiner Gesundheit und der Lage der Geschäfte gegenwärtig nicht im stande bin, Herrn Kapitän Brickenstein persönlich zu

Digitized by Google

Bismarck; hatte sie den letzteren doch selbst mit Ehren überschüttet, als derselbe am 15. Juni 1869 in Bremen Zeuge des Abgangs der zweiten deutschen Nordpol-Expedition gewesen war.

Mosle kam, wie es bei ihm als einzigen Vertreter der freien Hansestadt Bremen gar nicht anders zu erwarten war, 1871 als Freihändler in den Reichstag. Die Persönlichkeit Bismarck's scheint auf ihn eine geradezu fascinierende Anziehungskraft ausgeübt zu haben; seine Politik zu unterstützen, schien ihm eine Lebensaufgabe, und so kam es, daß Mosle nach seiner eigenen Erklärung „durch einen Händedruck des Reichskanzlers" vom Freihändler zum Schutzzöllner umgewandelt worden ist. Von diesem Augenblick an war Mosle's Stellung als Vertreter der freihändlerischen Hansestadt Bremen eigentlich unhaltbar.

Bei Einführung des Zolltarifs dachte Bismarck im Jahre 1879 daran, die Sympathien der deutschen Seeplätze durch Einführung von Flaggenzöllen zu gewinnen. Dieser Plan wurde indessen bald aufgegeben; um so lebhafter interessierte sich der Kanzler demnächst für Differenzialzölle zu Ungunsten der indirekten Einfuhr von Kolonialwaren, besonders über Holland und England, wie solche in dem französischen Tarife erhoben werden. Es war ein Zuschlag von $1^1/_2$ Mark für den Centner beabsichtigt, ohne Unterschied zwischen den verschiedenen Waren, namentlich ohne Unterschied, ob es sich um zollfreie oder zollpflichtige Waren handelte.

Am 4. April 1879 abends konferierte der Reichskanzler mit dem Abgeordneten Mosle längere Zeit über dieses letztere Projekt. Mosle erklärte sich aber mit derselben Entschiedenheit gegen diesen Differenzialzoll, wie seiner Zeit gegen den Flaggenzoll, mit welchem man der deutschen Rhederei beispringen zu können glaubte.

In einer Versammlung der Bremischen Handelswelt vom 15. April 1879 teilte der gleichfalls der nationalliberalen Partei angehörige Abgeordnete Konsul

---

empfangen. Den Verhandlungen der britischen Behörden über die Strandung des Dampfers „Deutschland", deren Ergebniß Herrn Brickenstein zu dem Wunsche veranlaßt hat, wegen Einleitung einer anderweiten Untersuchung jenes Unfalls mündlich bei mir vorstellig zu werden, bin ich mit Aufmerksamkeit gefolgt. Ich bedauere, daß das Urteil des Boards of Trade für ihn nachteilig ausgefallen ist, und ich verkenne nicht, daß er ein wesentliches Interesse daran hat, das Versehen, welches das Urteil ihm zur Last legt, von sich abzulehnen; indessen habe ich nach dermaliger Lage der Gesetzgebung keine Mittel, eine nochmalige Untersuchung des Vorgangs durch eine deutsche Behörde amtlich herbeizuführen. Nach der deutschen Gesetzgebung kann eine amtliche Feststellung der Ursachen eines Seeunfalls nur im Wege der Verklagung, des Zivilprozesses oder des Strafprozesses, mithin nur in einem gerichtlichen Verfahren erfolgen, dessen Einleitung meiner Einwirkung völlig entzogen ist. Ew. Hochwohlgeboren stelle ich ergebenst anheim, Herrn Brickenstein hiervon gefälligst Kenntnis zu geben.

von Bismarck.

Die Korrespondenz, welche der Abgeordnete Mosle anfangs Februar 1876 mit dem Kapitän E. Brickenstein in der Angelegenheit des verunglückten Dampfers „Deutschland" geführt hatte und welche oben erwähnt ist, findet sich abgedruckt in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung" vom 17. Februar 1876, Nr. 40.

Digitized by Google

H. Meier[1]) mit, wie auch ihm in betreff der Surtaxe anerbietende Andeutungen von dem Reichskanzler gemacht worden seien, wie er aber im Hinblick auf die volkswirtschaftliche Abgeschmacktheit, gewissen hochentwickelten Gegenden Deutschlands die natürlichen Handelswege zu erschweren, eine Durchführbarkeit und eine dauernde Herrschaft der Surtaxe für unmöglich gehalten, und aus seiner Ansicht Bismarck gegenüber kein Hehl gemacht habe[2]).

Am 29. April 1879 beschloß eine in Tivoli stattgehabte Versammlung von Reichstagswählern Bremens, an welcher sich ungefähr 3000 Personen beteiligten, nachdem der Abgeordnete Mosle seine Stellung zur Zolltarif-Vorlage dargelegt hatte, die Resolution, daß sie die nationale Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers als notwendig und zweckmäßig erachte, und das volle Vertrauen zur Reichsregierung habe, daß neben den berechtigten Interessen von Gewerbe und Landwirtschaft auch diejenigen von Handel und Schiffahrt die vollste Berücksichtigung finden werden.

In Beantwortung dieser Resolution richtete der Kanzler an den Reichstagsabgeordneten Mosle[3]) nachstehendes Schreiben:

Berlin, den 29. April 1879.

Ew. Hochwohlgeboren danke ich verbindlichst für das Telegramm, welches mich von den Beschlüssen der am 24. d. Monats versammelten Reichswähler Bremens in Kenntnis setzt. Ich sehe in diesen Beschlüssen eine Ermutigung, meine auf Schutz der deutschen Schiffahrt gerichteten Bestrebungen fortzusetzen, und hoffe, daß es gelingen wird, in der Flaggenfrage die nicht ganz identischen Interessen des Handels und der Schiffahrt zu vermitteln.

von Bismarck.

Zu den Zeiten, da Lasker im Bismarck'schen Hause noch freundschaftlich verkehrte, sagte der Kanzler einmal scherzend zu demselben: „Ich wette, wir werden doch noch einmal Kollegen."

Lasker antwortete sehr ernsthaft: „Sollten Durchlaucht wirklich die Absicht haben, Rechtsanwalt zu werden?"[4])

Der Fürst beeilte sich zu einem andern Thema überzugehen.

---

[1]) Meier, Hermann Henrich, Kaufmann, Rheder und Gutsbesitzer, Chef der Firma H. H. Meier & Co. zu Bremen. Geboren daselbst den 16. Oktober 1809 (protestantisch). War Mitglied der Bremer Bürgerschaft, des Frankfurter Parlaments, der Bremer Handelskammer, des konstituierenden und ersten norddeutschen Reichstags, Präsident des deutschen Handelstags, des Norddeutschen Lloyd, der Bremer Bank, der deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger seit deren Begründung.

[2]) Bei Gelegenheit seines Aufenthaltes in Bremen im Juni 1869 war Bismarck bei dem Konsul H. Meier zu Gast. Als derselbe im Oktober 1889 seinen achtzigsten Geburtstag feierte, lief auch vom Fürsten Bismarck ein Glückwunsch-Telegramm ein, worin derselbe an die langen Jahre gemeinsamen Strebens und an die erfolgreichen Unternehmungen Meier's erinnerte.

[3]) Das Schreiben des Abgeordneten Mosle an seine Wähler, d. d. 15. Mai 1879, betreffend seinen Austritt aus der nationalliberalen Partei, findet sich abgedruckt in der „Post" 1879, Nr. 134, S. 2.

[4]) Karl Braun, Reichstagsblätter 1878, S. 162.

Digitized by Google

Bereits vor 1879 war in dem beiderseitigen Verhältnis eine Erkaltung eingetreten; gespannt wurde dasselbe seit dem Wortwechsel über die von Bismarck behauptete übertriebene Milde gegen die Verbrecher[1]), und ganz schlecht, nachdem Lasker die Abgeschmacktheit beging, im Reichstag dem Kanzler ganz ohne Grund Unkenntnis der Gesetze vorzuwerfen[2]).

Den Verkehr zwischen dem Reichskanzler-Palais und den Konservativen vermittelte in der Hauptsache wiederum der Abgeordnete von Helldorff[3]). Derselbe spielte sich in der Hauptsache auf den größeren parlamentarischen Gesellschaften Bismarck's[4]) ab; außerdem sprach Bismarck Helldorff im Reichstag am 1. Mai 1879 während einer längeren Rede Delbrück's und am folgenden Abend im Reichskanzler-Palais.

21. Juni 1879 Verhandlungen Helldorff's mit Bismarck.

30. Juni 1879 nach Tisch Anmeldung Helldorff's bei Bismarck und abends von ½9 bis ½10 Uhr eingehende Besprechung mit demselben.

In die Tage vom 23. Juni u. ff. fielen die entscheidenden Verhandlungen über die Zollvorlage. Zugleich hatten die Minister Friedenthal[5]), Falk und

---

[1]) Vergl. hierüber die „Post" 1879, Nr. 70 und 71. Darauf bezügliche Leitartikel der „Post": „Der Reichskanzler und Herr Lasker", Nr. 72. Stimmen der nationalliberalen Partei, Nr. 74. Eine Charakteristik Lasker's s. bei Hermann Wagener, „Erlebtes", und in dem Grenzboten-Artikel 1879, II. Vierteljahr, S. 525—532.

[2]) Über den Konflikt zwischen Bismarck und Lasker während der Zolldebatte s. die „Post" 1879, Nr. 130 und 132.

[3]) Vergl. oben S. 154. — Schreiben Bismarck's vom April 1879 an den Vorsitzenden des konservativen Kreiswahlvereins in Schwerin, (Dank für ausgesprochenes Vertrauen) abgedruckt in meinem Werke „Bismarck als Volkswirt" Bd. I, S. 216. — 17. Juni 1879, Schreiben Bismarck's an den konservativen Abgeordneten von Erffa (Dank für die Zustimmungsadresse aus dem II. Meininger Wahlkreise) a. a. O. S. 258.

[4]) Helldorff nahm teil an den parlamentarischen Soireen vom 22. Februar, 1., 15. März und 17. Mai 1879 und dem parlamentarischen Diner vom 28. Februar 1879.

[5]) Über sein Abschiedsgesuch und seine spätere Wirksamkeit bemerkt Friedenthal in seiner bereits oben erwähnten Autobiographie: Im Sommer 1879 erbat ich den Abschied und erhielt denselben in Gnaden, indem mir gleichzeitig — ohne mein Vorwissen — von Sr. Majestät dem Kaiser und König der Adel verliehen wurde. In Ehrerbietung bat ich, in meinem bisherigen Stande verbleiben zu dürfen. Im Herbst desselben Jahres wurde ich für Lebenszeit aus Allerhöchstem Vertrauen in das Herrenhaus berufen. Die mir von mehreren Kreisen angebotene Wiederwahl in den Reichstag lehnte ich ab, und habe mich von der Beteiligung an dem politischen parlamentarischen Leben mehr und mehr zurückgezogen. Im Herrenhause habe ich nur als Berichterstatter über die Graf Botho Eulenburg'sche Vorlage, betreffend die Revision der Verwaltungs-Organisations-Gesetze, — der bezügliche Bericht legt meine Stellung zu dieser Frage dar — und über die Vorlage, betreffend den Schlesischen Notstand, teil genommen. Friedenthal war vor dem Freiherrn von Lucius der einzige thätige und schöpferische Landwirtschaftsminister, den es in Preußen gegeben hat; er war eine vornehme Natur. Er hat wegen der Umstände, unter denen sein Ausscheiden aus dem Amte erfolgte (die „Tribüne" hat darüber Andeutungen gemacht), dem Fürsten Bismarck keinen Groll nachgetragen. Als im Jahre 1885 eine Ehrengabe für den Kanzler in Frage kam, war er es, der gegen den Herzog von Ratibor und die Mehrzahl der Komitee-Mitglieder dafür eintrat,

Digitized by Google

Hobrecht ihre Portefeuilles niedergelegt[1]). Der wesentliche Gegenstand einer im Konferenzzimmer des Reichskanzlers im Reichstag stattgehabten Besprechung Bismarck's mit Helldorff waren die konstitutionellen Garantien (Clausula Franckenstein) und die Situation bei diesem Ministerwechsel.

Zur Charakterisierung der Tendenz, in der sich damals Helldorff's Thätigkeit bewegte, citiere ich einen Satz aus den Jahresmitteilungen des Wahlvereins der Deutsch-Konservativen.

„Wesentlich die konservativen Elemente sind es, auf die sich die Reichsregierung bei der Bekämpfung der Sozialdemokratie und bei der Anbahnung einer grundlegenden Reform unsrer Handels-, Finanz- und Steuer-Politik stützen kann."

Gegenstand der Erörterung war ferner vielfach die Gestaltung der parlamentarischen Verhältnisse; die Sammlung der Elemente, die für Bestand und Ausbau des Reichs eintreten; namentlich gegenüber der Politik des Centrums, dessen fester Thurm den Pivotpunkt für die centrifugalen und demokratischen Elemente bildete. Für die konservative Partei war, nachdem die Stellung der Nationalliberalen erschüttert war, nach Helldorff's Ansicht eine Haltung geboten, die es ermöglichte, je nach dem Bedürfnis mit dem Centrum oder mit den Mittelparteien zu gehen. Aus diesem Verhältnis erwuchsen viele Schwierigkeiten und Reibungen, und Herrn von Helldorff's Aufgabe war es, da nach Kräften Mißverständnisse zu vermeiden und Mißhelligkeiten zu begleichen, eine Aufgabe, die nur mit sehr großer Vorsicht und Diskretion — auch den eigenen Parteigenossen gegenüber — zu lösen war.

Die Verhandlungen mit dem Centrum führte Bismarck mit dem Abgeordneten Freiherrn von und zu Franckenstein[2]) und mit Windthorst. Am 3. Mai 1879 erschien der letztere zum erstenmal auf der parlamentarischen Soiree des Kanzlers[3]), am 16. Mai 1879 konferierte Bismarck in seinem Sprechzimmer im Reichstag eine halbe Stunde mit Windthorst über die Erhöhung des bisher auf 50 Pfennig fixierten Kornzolles[4]), und am 4. Juli fand eine nochmalige Konferenz statt[5]).

Am glattesten verliefen die Verhandlungen Bismarck's mit der deutschen Reichspartei. Von dieser Fraktion verkehrten ohnedem die meisten Abgeordneten

daß Bismarck Schönhausen geschenkt würde. „Wird dieser Plan — so bemerkte er — fallen gelassen, dann sorge ich dafür, daß eine neue Sammlung in Scene gesetzt wird, um dem Kanzler das Schloß seiner Väter zu sichern." Friedenthal starb am 6. März 1890.

[1]) Über den Rücktritt der drei Minister vergl. die „Post" 1879, Nr. 178—182, 184, 186, 188, 189 (Unterhaltung Bismarck's mit Friedenthal im Reichstag nach der entscheidenden Abstimmung über die Tarifvorlage. Ostentativer Abschied), 200.

[2]) Vergl. oben S. 315. Die entscheidenden Unterredungen fanden am 28. Mai, 1. und 4. Juli 1879 statt. Vergl. die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 2. Juli 1879, Nr. 263. 17. August 1879 Wahlrede des Freiherrn von Franckenstein, abgedruckt in Schultheß Geschichtskalender, S. 222.

[3]) Vergl. Bd. I. (2. Auflage), S. 170.

[4]) „Vossische Zeitung" vom 17. und 20. Mai 1879, Nr. 138 und 141.

[5]) Schultheß Europäischer Geschichtskalender 1879, S. 196

Digitized by Google

im Kanzlerpalais; die eigentlichen Pourparlers führten Graf Wilhelm Bismarck, der Vize-Präsident des Reichstags Dr. Lucius[1]) und Freiherr von Varnbüler[2]). Nach Abschluß der Zolltarifreform erhielt derselbe den Kronen-Orden I. Klasse, eine Dekoration, die für den ehemaligen Minister des Äußern eines Königreichs nicht gerade als eine hohe bezeichnet werden konnte.

Ich schließe auch dieses Kapitel mit Auszügen aus dem Tagebuche des Abgeordneten Hölder, das auf Schritt und Tritt die Krisis beleuchtet, welche die nationalliberale Partei bei der Genesis der Zolltarifreform durchmachte.

Stuttgart, den 19. Januar 1879.

Bei uns ist man im allgemeinen gegen die extremen Freihändler. Allein die Ernennung Varnbüler's zum Vorsitzenden der Tarifkommission gefällt nicht recht.

Mit dem Entwurf wegen Disziplinierung des Reichstags[3]) ist man nicht einverstanden.

Stuttgart, den 3. Februar 1879.

In der letzten Woche brachte die Linke den Antrag wegen des Maulkorbgesetzes[4]) ein, er wird nächsten Mittwoch oder Donnerstag zur Beratung kommen. Verhandlungen darüber; sie wollten zuerst eine bloße Erklärung abgeben. Schmid gab es nicht zu, und ich erkannte an, daß derartige Erklärungen nicht geschäftsordnungsmäßig sind. Wie wird es bei der Beratung gehen?

Über die Stellung der württembergischen Regierung zu dem gedachten Gesetz-Entwurf im Stadium der Beratung desselben im Bundesrat erfuhr Hölder Folgendes: Württemberg habe im Bundesrats-Ausschuß gegen die Abbitte, die Verweisung an den Strafrichter, die Wahlunfähigkeitserklärung und die vorgesehene Kommission gestimmt und gewollt, nur der Reichstag soll mit $^2/_3$ Stimmenmehrheit die zulässigen Rügen erkennen dürfen. Letzteres sei nicht, dagegen seien erstere Punkte durchgegangen. Bleibe es im Plenum des Bundesrats bei den Beschlüssen des Ausschusses, so könne Württemberg zustimmen. Wenn nicht, erhebe sich die Frage, ob Württemberg gegen das Gesetz stimmen und möglicherweise die gegen ein Verfassungsgesetz ausreichenden 14 Stimmen herstellen helfen solle. Bayern werde gegen das Gesetz stimmen, nicht weil es kein Bedürfnis anerkenne, sondern weil es überhaupt gegen jede Verfassungsänderung sei.

---

[1]) Mit dem letztern konferierte Bismarck am 4. Juli 1879. Am 2. Juli nahm derselbe an einem Diner beim Fürsten Bismarck teil, gegeben zu Ehren des amerikanischen Gesandten Mr. White.

[2]) Zu vergl. die Reichstagsreden desselben zur Beratung des Zolltarifs am 2., 3., 5. und 6. Mai 1879.

[3]) Gemeint ist der Gesetzentwurf, betreffend die Strafgewalt über die Mitglieder des Reichstags. Es wird davon weiter unten noch näher die Rede sein.

[4]) So nannte man den in der vorigen Note erwähnten Gesetzentwurf, welcher ja den Abgeordneten unbequem erscheinen mochte, politisch aber doch sehr motiviert war.

Digitized by Google

Hölder's Gewährsmann erklärte, er würde es für unpolitisch halten, wenn Württemberg dagegen stimmte und dadurch den Reichskanzler reizte. Gedankt werde es Württemberg von niemandem; die Nationalliberalen hätten selbst in dem Gesetzentwurf einen gesunden Kern anerkannt. Das Empfehlenswertheste würde im unterstellten Fall Stimmenthaltung sein.

Stuttgart, den 2. März 1879.

Der Reichstag ist am 12. Februar zusammengetreten. Bis zum 22. Februar war ich durch die Sitzungen des Landtags entschuldigt. Max Römer ist schon seit 3 Wochen zum Reichstag abgereist. Er hat mir über die Situation geschrieben, die noch voll Unklarheit ist. Man mache sich auf eine Auflösung gefaßt. Übereinstimmend sagte mir ein Bevollmächtigter zum Bundesrat, Bismarck sei zu allem entschlossen; es sei gegenwärtig sehr schwer mit ihm verkehren.

Den Gedanken, der mich seit Jahr und Tag bewegte, führte ich aus: ich schrieb an Herrn von Bennigsen, eine Wiederwahl in den Vorstand der nationalliberalen Partei müßte ich ablehnen; der wesentlichste Grund seien die Parteiverhältnisse in Württemberg in Verbindung mit meiner Vertrauensstellung als Präsident der württembergischen Kammer der Abgeordneten, welche mir diese Zurückhaltung auferlegen. Einer näheren Erläuterung wird es hier kaum bedürfen.

Von der deutschen Partei in Württemberg stehen mindestens $^3/_4$ bis $^5/_6$ viel näher der freikonservativen Partei als der nationalliberalen. Von den gegenwärtigen Kammermitgliedern würden in Berlin kaum 6 zur nationalliberalen Fraktion gehen. Letztere hat in Württemberg überhaupt so gut wie keinen Boden. Die centralisierende Richtung ihrer Führer schreckt die Württemberger ab. Sie ist ferner überwiegend freihändlerisch, während wir in Schwaben überwiegend für mäßige Schutzzölle sind. Lasker und seine Freunde, die bei den Wahlen und in der Presse das große Wort führten, neigen entschieden zur Fortschrittspartei, von dieser will unsere deutsche Partei und die Masse der Bevölkerung nichts wissen, während unsere Volkspartei früher oder später in deren Lager eintreten wird, es teilweise schon gethan hat.

In allen diesen Punkten stimme ich mit der hiesigen Partei überein, werde also häufig in Berlin im Widerspruch mit der Mehrheit der nationalliberalen Partei sein. Da würde es sich sonderbar ausnehmen, wenn ich in deren Vorstand wäre, und ich kann bei dieser Sachlage auch die moralische Verantwortung, welche auch ein dissentierendes Vorstandsmitglied immerhin hat, für die nationalliberale Partei nicht übernehmen. Persönlich bin ich ruhebedürftig und will mich in Berlin von aktiver Thätigkeit möglichst fern halten. Als Vorstandsmitglied müßte ich aber, zumal im Fall abweichender Ansichten, diese in öffentlicher Rede vertreten, was wieder mißlich für die Fraktion wäre. Endlich haben die Herren an der Spitze seit lange mit mir wenig oder gar nicht über die zu entscheidenden Fragen verhandelt, während ich den Eindruck habe, daß das Meiste unter ihnen schon vor der Vorstandssitzung aus- und abgemacht ist. Einen Privatverkehr mit mir suchten sie seit lange nicht, der vertrauliche Gedankenaus-

Digitized by Google

tausch fehlte, und dazu halte ich mich denn auch für zu gut, nur mit meinem Namen, der ihnen vielleicht für Württemberg von Wert wäre, auf der Vorstandsliste zu paradieren.

Berlin, den 10. März. 1879.

Die Situation ist eine gespannte. Neuerdings zwar wird wieder weniger von Auflösung des Reichstags gesprochen. Der Reichskanzler selbst stellt derartige Absichten in Abrede. Vielleicht weil er jetzt auf eine Mehrheit für seine zollpolitischen Pläne rechnen kann und nicht unnötig erbittern will. Eine zeitlang aber hatte man den Eindruck, als ob er auch darauf ausgehe, die nationalliberale Partei zu zerstören[1]), avilir puis anéantir: Diese Worte schwirrten mir immer im Kopfe. Denn man hörte von allen möglichen Zumutungen, die er dem Reichstag machen wolle, und denen am Ende auch der gemäßigte Mann nicht folgen könnte. Ich und mit mir manche sind für Beschaffung der Reichsbedürfnisse durch neue Zölle resp. Steuern auf Konsumtionsgegenstände und für mäßigen Schutz der Gewerbe nach Prüfung von Fall zu Fall. Nun schlägt er allgemein Zölle auf alles vor, er will Getreide, Vieh, Holz, Roheisen einem Zoll unterwerfen[2]), er will viel Geld, ohne daß man nur erfährt wie viel, und die Befürchtung ist nicht abzulehnen, daß bei der Schwierigkeit einer Detailprüfung die Frage en bloque auf Ja oder Nein gestellt werden wird. Wie soll man sich da entscheiden?

Im Reichstag und in der nationalliberalen Fraktion rumort es täglich und die kommenden Kämpfe werfen ihre Schatten voraus.

Ich finde übrigens, daß in letzterer die gemäßigten Schutzzöllner stärker vertreten sind, als ich gedacht hätte. Außerdem giebt es darunter viele (mindestens eine starke Minderheit), welche die fortwährenden Angriffe Lasker's auf die Reichsregierung, die ewigen Nörgeleien mißbilligen. Auch die Tyrannei innerhalb der Fraktion, die Mache der Götter und Halbgötter (Führer und ihre Trabanten) haben viele satt. W. Siemens und Zinn brachten eine Besprechung von Fraktionsgenossen zusammen, um einmal sich den Rückhalt zu sichern für Fälle, wo es nötig ist, der herrschenden Clique entgegen zu treten. Wir waren zu 8 und bezeichneten etwa 12 weitere zuverlässige Fraktionsgenossen, von denen wir nach sorgfältiger Erwägung und Prüfung der einzelnen annehmen, daß sie bereit sein werden, bei künftigen vertraulichen Besprechungen mit uns zusammen zu treten.

---

[1]) Daß dem Kanzler diese Absicht sehr fern lag, ist von demselben bei den verschiedensten Anlässen versichert worden. Hölder aber glaubte fest daran. In einem ein paar Tage später (15. März 1879) in seine Heimat gerichteten Briefe heißt es: „Viele meinen, Bismarck lege es darauf an, die Nationalliberalen zu demütigen oder durch eine Auflösung in ihrer Bedeutung vollends zu vernichten."

[2]) Wenn Hölder hier anzunehmen schien, daß Bismarck für die im Texte aufgeführten Gegenstände einen Zoll in ein und derselben Höhe verlangte, so trifft dies nicht zu. Nur alle nicht besonders ausgenommenen Gegenstände sollten mit einer einheitlichen Eingangsabgabe belegt werden. Vergl. Bismarck's Schreiben an den Bundesrat vom 15. Dezember 1878 in meinem Werke: „Fürst Bismarck als Volkswirt", Bd. I, S. 171.

Digitized by Google

(Anwesend waren: Zinn, Völk, Siemens, Kreutz, Klein, Müller und ich. Der achte ist mir nicht in Erinnerung. Als sicher betrachten wir u. A.: Gareis, Pfähler, Groß, ten Dornkaat, Koolmann, Buhl u. s. w.). Schauß sprach sich gestern gegen mich in gleichem Sinne aus. Es sei notwendig, der einseitigen preußischen Leitung der Parteien ein Ende zu machen. Er meinte aber, das sei nur möglich durch Bildung einer neuen Partei. Der Gedanke hat viel für sich; allein wir müssen die Dinge langsam sich entwickeln lassen. Auf meinen Rücktritt aus dem Vorstand bestand ich. Wir wurden in unserm Kreise einig, daß ich in der Fraktion Völk statt meiner vorschlagen solle. Das that ich gestern und derselbe erhielt von 47 bei der Vorstandswahl abgegebenen Stimmen 41. — Außerdem verabredeten wir acht, um Lasker ein Notabene zu geben, nicht für ihn zu stimmen, sondern statt seiner Schauß zu wählen. Der Erfolg war, daß Lasker nur mit 30 Stimmen gewählt wurde, während Schauß 17 erhielt. Merkwürdig war aber, daß bei der Vorstandswahl auch Bamberger nur 30 Stimmen erhielt, den wir nicht als zu streichen bezeichnet hatten. Diesem hatten offenbar ohne Verabredung die Gegner seines Freihandelsstandpunkts ihre Stimmen entzogen.

Dabei ist zu bemerken, daß bei der Vorstandswahl die auf der rechten Seite stehenden Parteimitglieder aus Preußen: Treitschke, Gneist, Cuny, Puttkamer u. s. w. gar nicht anwesend waren. Diese Herren sind uns aber nicht sympathisch, mit diesen wollen wir nicht zusammengehen; man sieht aus dem Gesagten, daß der innere Zusammenhalt der Partei kein besonders starker mehr ist.

Würde sich eine neue Partei bilden, resp. würde die nationalliberale Partei auseinandergehen, so würden bei künftigen Wahlen die Trümmer der letzteren aus Württemberg und Bayern keine Mitglieder mehr bekommen. Die nationalliberalen Badenser halten fest zusammen, doch sind auch sie nicht mehr so einseitige Schleppträger unserer regierenden Parteihäupter wie bisher. Sie haben allen Grund einzulenken, denn ihre Minoritäten sind im Wachsen und einige Plätze haben sie bereits verloren[1]).

Berlin, den 15. März 1879.

Daß Bismarck einer der größten Massenbeherrscher unserer Zeit ist, glauben die meisten, die nicht gerade zu den Konservativen gehören. Man weist auf seine Bearbeitung der Bauern durch die Kornzollprojekte hin. Da aber Bismarck meiner Ansicht nach in vielem Recht hat, so ist es nicht leicht, die rechte Linie zu finden, um weder der Sache zu nahe zu treten, noch Bismarck zu weit nach-

[1]) Zum Verständnis der Haltung Bismarck's gegenüber den Parteien, im besonderen der nationalliberalen Partei, während der Kämpfe um die Zoll- und Steuerreform vergl. die „Post" 1879, Nr. 137 (Die neue konservativ-klerikale Parteikombination. — Centrum Stütze des Fürsten B.), 148 (Machtstellung des Centrums, mit der Fürst B. zu rechnen hat), 153 (Gründe, aus denen die nationalliberale Partei sich der Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers entgegenstellt), 165 (Die Wirtschaftsreform und die Parteien, aus der „Provinzial-Korrespondenz"), 189 (Wirkungen des Programms der wirtschaftlichen Reform des Fürsten B.), 189 (Verteidigung des Fürsten B. gegen die Verdächtigungen seiner liberalen Gegner), 209 („Berliner Bürger-Zeitung": Fürst B. und die nationalliberale Partei. Rechtfertigung Lasker's).

Digitized by Google

zugeben. Es muß da eben die ruhig erwogene Ueberzeugung entscheidend sein. Die Zollentwürfe werden in der nächsten Zeit noch nicht einkommen, obgleich in der Tarifkommission, die der Bundesrat eingesetzt hat, mit fieberhaftem Eifer gearbeitet wird.

Vor Ostern werden der Etat und die wenigen Gesetzentwürfe, die uns vorliegen, zur Erledigung kommen. Dann wird eine mehrwöchige Pause eintreten, und erst nach deren Ablauf kommen die Zoll- und Steuervorlagen zur Beratung; dieselbe wird uns bis in den Juni hinein beschäftigen. Schöne Aussichten!

Berlin, den 21. März 1879.

Jeder Empfang beim Kaiser am morgigen Geburtstage ist abbestellt, wegen des Unwohlseins seit dem in den Blättern gemeldeten Fall desselben[1]; bei dem Alter des Kaisers denkt man gleich an alles. Es wird erzählt, Bismarck sei jetzt geschmeidiger gegen die Nationalliberalen; er habe vor ein paar Tagen Völk nebst einigen andern zu Tisch geladen, sei freundlich gewesen und habe die ihm zugeschriebene Absicht einer Auflösung des Reichstags desavouiert, freilich mit dem Beisatz: wenn man ihm nicht die notwendigen wirtschaftlichen Reformen unmöglich mache.

Heute stand auf der Tagesordnung des Reichstags der elsaß-lothringische Antrag auf Verlegung der Regierung nach Straßburg, größere Selbständigkeit u. s. w. Bismarck war anwesend und sprach lange, im ganzen entgegenkommend; merkwürdigerweise erwähnte er eine Vertretung des Landesausschusses im Bundesrat mit beratender Stimme, ja sogar mit einer Art diplomatischem Charakter.

Welchen Einfluß könnte ein Regierungswechsel auf die Parteiverhältnisse, insbesondere die Nationalliberalen, und auf die Stellung des Reichskanzlers haben? Ich sprach mich gestern gegen Römer, insbesondere auch im Hinblick auf diese Eventualitäten, für ein langsames Tempo unserer Parteibestrebungen aus. Er kommt immer wieder darauf zurück, daß nur ein Austritt aus der nationalliberalen Partei und die Gründung einer neuen Partei helfen könne. Würde es uns da nicht gehen wie Wallenstein mit seinen Generalen? Merkwürdigerweise sprach sich aber heute auch der alte Oetker, mit dem ich über die Parteiverhältnisse sprach, ohne besondere Veranlassung meinerseits im gleichen Sinne aus. Wenn wir einen jüngeren Führer hätten, meinte er, wäre er gleich dabei. Zinn wäre wohl bereit?

Berlin, den 29. März 1879.

Die Freihändler plänkeln bei jeder Gelegenheit im Reichstag. Es ist Zeit, daß ihre Gegner sich vorsehen. Gestern Vormittag war Sitzung der volkswirtschaftlichen Vereinigung, gemäßigte Schutzzöllner aller Fraktionen. Wir beschlossen, durch eine Interpellation an den Präsidenten des Reichstags dem Bemühen der Freihändler entgegen zu treten, durch frühzeitige Osterferien die künftige Ver-

[1]) Auf dem glatten Parkett bei Gelegenheit einer Abend-Unterhaltung im Kgl. Palais.

Digitized by Google

schleppung der Steuer- und Zollreform vorzubereiten. Einstweilen gelang dies, indem der Präsident versprach, wenn möglich bis 4. oder 5. April fortzutagen.

Abends hatten Römer und Zinn eine Besprechung derjenigen Nationalliberalen veranlaßt, die zugleich Mitglieder der volkswirthschaftlichen Vereinigung sind: also Gegner der Freihändler. Es kamen etwa 10 zusammen. Wir fanden bei Rubrizierung des Mitgliederverzeichnisses der Nationalliberalen etwa 32 unserer Richtung, etwa 42 entschiedene Freihändler und etwa 28, die in einer Mittelstellung eine Verständigung nicht ablehnen würden. Zu letzteren rechnen wir auch die stark rechts Stehenden (Behr, Treitschke, Wehrenpfennig ꝛc.), die, wenn auch ihrer Überzeugung nach Freihändler, einen Bruch mit der Regierung unbedingt vermeiden und nicht mit Bamberger, Lasker und Rickert gehen werden. Ferner rechnen wir dazu Bennigsen mit seiner Leibgarde, der aus politischer Klugheit einen Bruch vermeiden, die Partei zusammenhalten, Bismarck seine einflußreiche Stellung fühlbar machen wird und dann sich mit demselben wird verständigen wollen.

Wir kamen mit einander überein, daß die Frage der Verweisung der zu erwartenden Vorlagen an eine Kommission für uns zunächst offen bleiben soll. Dabei betrachten wir aber als unbedingte Voraussetzung der Zustimmung zu einer Kommission deren loyale Zusammensetzung nach Verhältnis der wirtschaftlichen Richtungen. Wenn z. B. bei einer Kommission von 28 die Nationalliberalen 8—9 Mitglieder zu stellen haben, so müssen wir 2—3 davon für uns in Anspruch nehmen. Buhl soll in dieser Richtung offen mit Bennigsen reden.

Die politischen und persönlichen Gegensätze innerhalb der Fraktion wirken selbstverständlich auf diese wirtschaftliche Gruppierung. Mit wenigen Ausnahmen sind, sit venia verbo, die Schutzzöllner zugleich gegen die radikalen Neigungen Lasker's und Rickert's, sowie Gegner der bisherigen oligarchischen Herrschaft innerhalb der Fraktion. Andererseits mag der eine oder andere unserer Gruppe trotz wirtschaftlich gleichen Anschauungen ferne bleiben, wenn er persönlich mit den regierenden Herren eng verbunden ist.

Berlin, den 30. März 1879.

Bericht über diejenigen Personen, welche Hölder am 29. abends auf der parlamentarischen Soiree bei Bismarck gesprochen hatte. Ein sehr gut unterrichteter Landsmann erzählte ihm: „Im großen bestehe über die Zoll- und Steuerprojekte Bismarck's unter den maßgebenden Regierungen Einigkeit. Am Mittwoch (den 3. April) sei die entscheidende Sitzung des Bundesrats, am Freitag soll die Zolltarifvorlage formell beim Reichstag eingebracht, sofort gedruckt und den Abgeordneten während der Osterferien nachgesandt werden. Zinn behauptet, Bennigsen sei, von einem Essen bei Lucius kommend, sehr angeheitert bei Bismarck erschienen, was dieser sofort bemerkt habe.

Berlin, den 31. März 1879.

Die Situation scheint sich etwas zu klären. Wenn es auch nach Ostern heftige Kämpfe geben wird, so bildet sich doch allmählich für die Zollpolitik des

Digitized by Google

Reichskanzlers und für seine Steuerprojekte in ihren Grundzügen eine Mehrheit. Die Konservativen und das Centrum werden wohl in ihrer überwiegenden Mehrheit dafür sein; die — übrigens nur etwa 25 Köpfe zählende — Fortschrittspartei dagegen! Bei den Nationalliberalen steht die Sache etwa so, wie wir kürzlich geschätzt haben. Für die Pläne im großen Ganzen etwa 30, absolute Freihändler und Gegner der Reform etwa 40—45, solche, die zwar freihändlerisch sind, aber teils weil sie in der Fraktion auf der rechten Seite stehen, teils weil sie aus allgemeinen Gründen eine Verständigung wünschen werden, etwa 30 mit Bennigsen an der Spitze. Die Anhänger der wirtschaftlichen Politik des Kanzlers (jene ersten 30), zu denen ich mich rechne, suchen nun in der Fraktion eine sebständige Stellung zu erlangen. Wir haben zu diesem Zwecke am Samstag eine Sonderbesprechung gehalten. Gestern um 12 Uhr war dann Sitzung der „wirtschaftlichen Vereinigung", an der Mitglieder aus allen Fraktionen Teil nahmen, welche dieser Richtung huldigen. Frage, ob die zu erwartenden Zoll- und Steuervorlagen an eine Kommission verwiesen werden sollen oder nicht; das Centrum neigt sich ersterer Ansicht zu. Beschlußfassung auf später ausgesetzt.

Berlin, den 2. April 1879.

Bennigsen hat den neuen Zolltarif schon in der Hand und studierte denselben in heutiger Sitzung fleißig. Rickert sagte zu ihm: „Auch Du, Brutus!" Allem Anschein nach bahnt sich zwischen Bennigsen und Bismarck eine Verständigung an, bei der letzterer der Hauptsache nach bei seinen Vorschlägen bleiben wird, die nötigenfalls auch ohne Bennigsen eine Mehrheit erhalten würden. So dürfte nach menschlicher Berechnung die Steuer- und Zollreform gesichert sein.

Stuttgart, den 8. April 1879.

Letzten Donnerstag (3. April) war die letzte Sitzung des Reichstags vor Ostern. Bis zum Schluß der Sitzung wußte man nicht, ob nicht auch noch am Freitag Sitzung sein soll. Die nächste Sitzung wurde auf den 28. April anberaumt. Fürst von Langenburg sprach für den 23. April, ich stimmte dafür mit wenigen Nationalliberalen und den Konservativen, wir blieben aber in der Minderheit. Der Kaiser hat sich nachher gegen den Fürsten Langenburg sehr ungehalten über Forckenbeck ausgesprochen wegen der langen Ferien. Die Zoll- und Steuerangelegenheit müsse einmal zum Abschluß kommen, sie dürfte nicht verschleppt werden. Die Anhänger der Zollerhöhungen müssen allerdings auf der Hut sein, damit die Freihändler nicht mit allen möglichen Kunstgriffen die Sache am Ende verderben.

Interessantes kam in den letzten Tagen des Reichstags nicht mehr vor, alles ist auf die Hauptschlacht nach Ostern gespannt[1]).

[1]) Am 23. April fand in Stuttgart eine Versammlung zur Besprechung der Zoll- und Wirtschaftsfragen statt, wozu der Abgeordnete Hölder die Vorstände der deutschen und deutschkonservativen Partei daselbst eingeladen hatte. Referate über den Vortrag Hölder's findet man im „Schwäbischen Merkur" vom 25. April und im „Neuen Stuttgarter Tageblatt" vom 25. und 26. April 1879.

Digitized by Google

Berlin, den 2. Mai 1879.

Montag Abend bin ich von Stuttgart abgereist und Dienstag hier angekommen. Von einem in die Verhältnisse eingeweihten Bevollmächtigten zum Bundesrat erfuhr ich, Bismarck habe die Entschädigung der Tabakinteressenten, welche für den Fall der Einführung des Tabakmonopols in dem Moser'schen Gutachten vorgeschlagen worden war, als zu hoch gegriffen bezeichnet. Von allen Gründen dafür ließ er nur den einen gelten, daß wenn das Reich vom Monopol etwa 180 Millionen Mark einnehme, es nicht darauf ankommen könne, 5 Millionen pro Jahr mehr oder weniger für Entschädigung zu zahlen. (Hölder's Gewährsmann meinte, das dem Reichstag vorgelegte Tabaksteuergesetz sei darauf berechnet, die Fabriken ꝛc. zu entwerten, um nachher bei Einführung des Monopols um so weniger an Entschädigung zahlen zu müssen. „Bismarck sage: so sei eben stets die preußische Finanzpolitik gewesen". — Noblesse oblige! scheint nicht im Sittenbüchlein der Preußen zu stehen. — Den Platz, den man vom preußischen Fiskus zum Reichstagsgebäude brauche, müsse man zu einem enorm hohen Preise bezahlen.)

In Berlin traf ich alles in Thätigkeit zur Vorbereitung auf die Zoll- und Steuergesetze.

Die nationalliberalen Dissidenten kamen Dienstag und Mittwoch Abend zusammen. Wir zählen etwa 30, anwesend bei der Besprechung waren nicht über 14—15. Unzuverlässigkeit vieler; nur die Eisenwerkdirektoren gehen durch dick und dünn. Daneben tagte vorgestern und heute die volkswirtschaftliche Vereinigung. Es wurde vereinbart, gewisse Positionen des Tarifs an eine Kommission von 28 Mitgliedern zu verweisen, den Rest desselben aber im Plenum durchzuberathen, Braustеuer und Tabaksteuer sollen je an eine besondere Kommission verwiesen werden. Gestern war nationalliberale Fraktionssitzung. Lasker äußerte, man solle sich lieber trennen, wenn man der Regierung gegenüber keine einheitliche Haltung mehr bewahren könne. Die Fraktion komme jetzt in die Minderheit, da müsse das ewige Nachgeben aufhören. Es fänden Privatbesprechungen statt u. s. w. Schließlich sagte er aber: wenn er in der wirtschaftlichen Frage auch in der Minderheit bleibe, so könnten wir doch zusammen wirken, wenn wir nur bezüglich der politischen Gesichtspunkte (Höhe der zu bewilligenden Steuern, konstitutionelle Garantien) uns einigen könnten. Er besprach die Möglichkeit, daß für ihn eine politische Ruhepause kommen könne. Bamberger sagte mehr elegisch: es erhebe sich für ihn die Frage, ob er noch in der Fraktion bleiben könne. Die wirtschaftliche Wendung werde zum Verderben Deutschlands gereichen. Braun entgegnete derb: die Sache sei einfach; hie Freihändler, hie Schutzzöllner, die einen oder andern müßten austreten.

Bennigsen trat energisch Braun entgegen: die Frage des Schutzzolls sei für die Fraktion eine offene, über die politischen Fragen werde man sich verständigen können.

Schauß erwiderte Lasker; nachher sprach ich und wahrte im Auftrag der Dissidenten bezüglich der wirtschaftlichen Fragen die volle Freiheit einschl. das

Digitized by Google

Recht der Besprechung der taktischen Fragen u. s. w. Daß die wirtschaftlichen Fragen zu politischen Gegensätzen führen könnten, sei richtig, dann würde allerdings ein Zusammengehen nicht mehr möglich sein. Allein man solle doch den Fall abwarten, dann sei es immer noch Zeit sich zu trennen. Die Frage, ob eine oder zwei Kommissionen zu bilden seien, werde aber dieser Fall noch nicht sein. (Die Nationalliberalen hatten bezüglich des Tarifs zwei Kommissionen, eine wirtschaftliche und für die Finanzzölle eine politische beschlossen, die dann die Garantien zu erwägen gehabt hätte.) Schließlich sprach ich mich auch für Garantien und mäßige Steuerbewilligungen aus. Lasker werde daraus ersehen, daß wir in den politischen Fragen uns wohl würden einigen können, wenigstens sei der Versuch nicht aussichtslos; vielleicht sähe er, daß es noch nicht nötig gewesen sei, die Kriegsfrage zu stellen. Ich rühmte Bennigsen's Ruhe und Mäßigung.

Bei der Abstimmung über die Frage, ob auf dem Beschluß wegen Bildung von zwei Kommissionen zu beharren sei, stimmten 19 dagegen. (Unsere Unterfraktion.)

Heute lange wechselvolle Verhandlungen unter unsern speziellen Anhängern, ob der Antrag der volkswirthschaftlichen Vereinigung von uns mit zu unterschreiben sei. Römer, der die Bestellungen und geschäftlichen Befragungen dieser Unterfraktion auf sich hat, verzweifelt über die Unsicherheit der Einzelnen.

Berlin, den 6. Mai 1879.

Die nationalliberale Fraktion befindet sich in einer großen Krisis, aus der sie nicht intakt hervorgehen wird. Es liegen eben zu große Gegensätze vor. Schon zählt jede Richtung ihre Stimmen: absolute Freihändler und politisch zu einer entschiedenen Opposition hindrängend etwa 22, gemäßigte Schutzzöllner und dem Grundgedanken nach auf Bismarck's Seite (unsere Seite) etwa 28, der Rest mit Bennigsen in der Mitte. Unsere Gruppe hält fast täglich Besprechungen ab. In der Fraktion ist die Trennungsfrage bereits angeregt worden. Es ist ein wahres Schachspiel, die Frage ist, wer den andern hinausdrängt. Bennigsen wird sich bald entscheiden müssen. Ein falscher Zug kann großen Nachteil bringen, daher die beiderseitige Vorsicht; persönlich aber ein beinahe freundlicherer Verkehr als vorher.

Berlin, den 10. Mai 1879.

Der Antrag der volkswirtschaftlichen Vereinigung wurde am Ende doch noch von 13 Mitgliedern unserer engern Fraktion unterschrieben. Römer ärgert sich, daß so viele vor der Unterschrift mutlos zurückweichen. Allein billigerweise ist anzuerkennen, daß die Auffassung der gegen die nationalliberale Fraktion zu nehmenden Rücksichten eine verschiedene sein kann.

Sonntag den 4. d. M. greift Lasker in der Fraktionssitzung die Unterzeichnung eines von der Fraktion verworfenen Antrags durch Fraktionsmitglieder als eine noch nie dagewesene Erscheinung an. Ich weise den Vorwurf entschieden damit zurück, daß wir die Freiheit in wirtschaftlichen Dingen nicht blos

Digitized by Google

platonisch für die etwaige Abstimmung im Hause, sondern voll und ganz mit allen Konsequenzen für Vorberatungen, Anträge, taktische Fragen u. s. w. in Anspruch nehmen. Lasker beruhigt sich.

Die Generaldebatte über den Tarifentwurf dauerte von Montag bis gestern. Wir halten fleißig Unterfraktionsberatungen ab. Dienstag hält Bennigsen seine Rede, die wir beinahe unterzeichnen könnten. Damit ist unser Sieg in der Fraktion gesichert. Die ganze Hammelheerde des Fraktionscentrums wird ihm nachspringen. Sie sind zwar recht böse auf Bennigsen, wir trösten sie aber damit, daß sie in kurzer Zeit Bennigsen beitreten werden, der eine etwas früher, der andere etwas später. Sie machen sauersüße Gesichter dazu. Allein auch der entschieden freihändlerische linke Flügel wird einlenken. Sie wagen nicht Bennigsen direkt anzugreifen. Zum großen Aerger Römer's wird kaum einer austreten, wenn auch eine Anzahl im Reichstag ihre Anschauungen festhalten wird. Auch mir wäre es lieber, wenn 1 bis 2 Dutzend der linken Seite austreten würden. Bleiben sie, so ist die Frage nicht gelöst und der Konflikt nur vertagt.

Allein manchen unserer Separatisten ist durch Bennigsen's Rede ein Stein vom Herzen genommen, manche sehnen sich darnach, daß unsere Sonderzusammenkünfte bald aufhören. Mit dem Gedanken der Trennung unsererseits und Bildung einer eigenen Fraktion müssen wir vorsichtig sein.

Bennigsen rechnet und zählt die Häupter seiner Lieben. Er läßt sich von uns die Namenslisten der Separatisten geben. Sie zählt 28 Namen. Allein die Zahl ist flüssig; für eine Verständigung mit der Regierung auch in der Tariffrage dürfen wir immerhin noch etwa 10 dazu rechnen: den politisch rechten Flügel der Partei. Für eine eventuelle Trennung glaubt Römer auf etwa 15 zählen zu können. Langsam und vorsichtig!

22 Namen zählt Bennigsen als Anhänger Bamberger's und Genossen; es ist das wohl zu wenig. Den Rest (102—28—22=52) rechnet er gerne als seine spezifischen Anhänger.

Mittwoch (Bußtag) mit Römer, Graf und Völk in der Gewerbeausstellung. Völk sagte: erforderlichenfalls gründen wir wieder eine liberale Reichspartei.

Gestern endlich Abstimmung, ob der Tarif an eine oder zwei Kommissionen zu weisen. Mehrheit für ersteres, wohl $^2/_3$. Von unserem Sonderklub stimmen etwa 20 dafür, immerhin ein erträgliches Zeichen von Festigkeit.

Berlin, den 12. Mai 1879.

Es spielt die Geschichte mit Mosle, den die Freihändler in der Partei für einen Renegaten erklären. Sie unterbrachen ihn häufig während seiner Rede im Reichstag. Weil er vom semitischen Treiben in der Wirtschaftspolitik sprach, wollen sie ihn aus der Fraktion ausschließen [1]). Völk berichtete letzten Freitag Abend in unserm Sonderklub über die letzte Vorstandssitzung der nationalliberalen

[1]) Vergl. oben S. 332, Note 3.

Digitized by Google

Partei: man sei sehr aufgebracht gegen Mosle und habe beschlossen, ihm den freiwilligen Austritt nahe zu legen. Wir sind der Ansicht, daß eine solch' leidenschaftliche Behandlung der Sache nicht zu dulden sei. Wird dieselbe bei der Fraktion anhängig, so verlangen wir eine ruhige, unbefangene Prüfung des Ganzen incl. etwaiger ungeeigneter Ausschreitungen einzelner Fraktionsgenossen gegen Mosle. Völk wird beauftragt, diese unsere Ansicht dem Vorstand mitzutheilen. Am Samstag erfuhren wir sodann, daß Mosle den freiwilligen Austritt abgelehnt und der Vorstand beschlossen habe, von sich aus nichts weiter gegen ihn zu thun. Die Hitzköpfe werden Wasser unter ihren Wein gießen und sich hüten, die Gegensätze bei einer bedenklichen Personalfrage zum platzen zu bringen.

Freundschaftliche aber berechnete Besprechungen mit Blum und Marquardsen bei Siechen über die Kommissionswahl und den Fall Mosle. Es gilt, den Herren klar zu machen, daß eine starke Minderheit die herkömmliche oligarchische Beherrschung der Fraktion sich nicht mehr gefallen lassen will.

Römer teilt mir in der Sitzung mit, der Vorstand der nationalliberalen Fraktion halte daran fest, den schutzzöllnerischen Separatisten von den 8 Tarif-Kommissionsmitgliedern der Nationalliberalen nur 2 (Hammacher und Schauß, nicht auch Buhl) statt der verlangten 3 zu gewähren. Die Unbilligkeit des Vorschlags läge, da wir nicht über 25 zuverlässige Mitglieder zählen, nicht hierin, sondern in der Aufnahme von 3—4 absoluten Freihändlern in der Kommission (Delbrück, Rickert, Bamberger, Oechelhäuser), während letztere im Gegensatz zu Bennigsen und Genossen nur etwa 22 Mitglieder zählen. Von der Gruppe Bennigsen wäre nur er selbst und Benda in Vorschlag. Allein Bennigsen ist damit wie es scheint zufrieden. Er hat eben zu spät seine Stellung genommen, um noch Dank dafür zu ernten. Ich höre, daß die Konservativen und das Centrum, die in der Kommission die Mehrheit haben werden, ihn weder zum Vorsitzenden noch zu dessen Stellvertreter wählen, sondern diese Stellen aus ihren Reihen besetzen wollen. Dies könnte Bennigsen wieder nach links drängen.

Mit Gneist habe ich über die Parteiverhältnisse gesprochen. Er ist gegen eine Trennung. Ihn möchte ich mit seinen Genossen auch nicht in einer neuen Fraktion mit haben.

Berlin, den 15. Mai 1879. Donnerstag.

Dienstag Fraktionssitzung über die Entsendung der Parteigenossen in die Tarifkommission. Das bei dem oben erwähnten Vorschlage unterlaufende Mißverhältnis hebe ich in der Sitzung hervor, trete übrigens dem Antrag auf Annahme der vorgeschlagenen Liste per Akklamation bei.

Bennigsen giebt der linken Seite der Fraktion viel zu sehr nach; schadet damit der letzteren und am Ende sich selbst. Hieraus erklärt sich der Mißstand, daß die nationalliberale (Berliner) Presse und die Reden im Reichstag (Lasker, Rickert, Bamberger, Braun ꝛc.) sich viel oppositioneller ausnehmen, als es der Ansicht der Mehrheit entspricht. Bei minder wichtigen Dingen läßt Bennigsen diese Oligarchie gewähren, bei Hauptsachen (Sozialistengesetz, Zolltarif) nimmt er seine versöhnende Haltung, welcher die Mehrheit folgt, zu spät ein.

Digitized by Google

Die Folge davon ist, daß die Konservativen und das Centrum im Bunde neuerdings bei den Vorstandswahlen in der Tarif- und Tabak-Kommission die Nationalliberalen, insbesondere Bennigsen, ganz übergangen haben. Bennigsen wird sich bald zwischen dem rechten und linken Flügel entscheiden müssen.

Die Freihändler der Fraktion bis herein gegen die Mitte (30 bis 40) halten nun auch besondere Beratungen ab. Die Dinge treiben vorwärts. Die Tabaksteuer-Kommission hat mit Schutzzoll und Freihandel so gut wie nichts zu thun. Die Fraktion wählte aber doch von unsrer Gruppe nur Buhl und Groß und beseitigte Servais.

Gestern sprach ich auch mit Schmid über Parteiverhältnisse. Auch er beschwert sich über Eigenmächtigkeit des Vorstandes seiner Fraktion[1]) und tadelt, daß die Konservativen bei den Abteilungswahlen statt mit Bennigsen mit dem Centrum gehen. Er ist mit mir darüber einverstanden, daß die Bildung einer neuen Fraktion zwischen den Nationalliberalen und den Freikonservativen mit mehr süddeutscher resp. mittelstaatlicher Zusammensetzung und Leitung erwünscht wäre.

Abends sprach ich einen Landtagsabgeordneten aus Hannover. Wir fanden uns in den Anschauungen über die Parteimißstände und die Fehler Bennigsen's einig. Auch in Hannover schade das Auftreten Lasker's und seiner näheren Freunde der nationalliberalen Partei sehr. Bismarck sei auch dort bei den Nationalliberalen eine dominierende Autorität und er habe Bennigsen schon oft geraten, Lasker mehr im Zaum zu halten oder ihn abzuschütteln.

Berlin, den 17. Mai 1879.

Gestern fand in der Zolltariffrage die erste wichtigere und zwar namentliche Abstimmung statt. Die sogenannten Schutzzöllner erlangten eine Mehrheit von weit über $^2/_3$. Von den Nationalliberalen stimmten etwa 34 für den Schutzzoll, darunter Bennigsen. Damit ist ein gutes Prognostikum für die Durchführung der Sache gewonnen. Wie es schließlich mit dem Bestand der nationalliberalen Fraktion aussehen wird, steht dahin. Mir wäre es am liebsten, wenn die äußerste Linke austreten würde.

Heute Abend hat Bismarck wieder zu einer Soiree eingeladen, zu der ich vielleicht gehe.

Berlin, den 20. Mai 1879.

Die Situation im Reichstag ist eine verworrene. Eben hat Forckenbeck seine Stelle als Präsident des Reichstags niedergelegt. Er hatte aus Veranlassung des Städtetags gegen die Reichstagsmehrheit offen Partei genommen. Da konnte jener Schritt nicht ausbleiben. Wer wird gewählt werden? Bennigsen hätte Aussicht; aber er will nicht. Man bauscht hier die Zollfrage zu einer Frage des Liberalismus auf. Bennigsen steht in der Fraktion zwischen dem rechten und linken Flügel, zur Zeit noch unentschlossen und vermittelnd, aber mit sichtbarer Hinneigung nach links. Es treibt zu einer Entscheidung und ich bin be-

[1]) Soll. der Reichspartei.

Digitized by Google

gierig, wie zu Ende der Session die nationalliberale Partei aussehen wird, bezweifle, ob ich noch dabei sein werde. Angenehm ist diese gespannte Situation nicht.

Berlin, den 21. Mai 1879. Mittwoch.

Heute wurde Herr von Seydewitz von der Rechten an Stelle von Forckenbeck zum Präsidenten gewählt. Die Nationalliberalen gaben meist weiße Zettel ab. Der Zurücktritt Forckenbeck's war kaum zu vermeiden, nachdem er letzten Samstag bei dem aus Veranlassung des Städtetags gehaltenen Bankett sich als Führer der zu bildenden großen liberalen Partei, deren Kern das freie Bürgerthum bilden solle und die auch wirtschaftlich freisinnig, d. h. freihändlerisch sein müsse, proklamieren ließ[1]). Die Gegensätze in der Fraktion schärfen sich, die Freihändler werfen uns vor, wir seien — wenn auch unbewußt — an der Verschiebung der Parteistellung durch unsern Beitritt zu den 204 (freie wirtschaftliche Vereinigung) schuld. Wir erwidern, sie hätten nur die Zollfrage nicht zu einer Parteifrage aufbauschen sollen, sie sei noch nie und nirgends eine Frage des Liberalismus gewesen. Bennigsen bemerkt hierzu, die wirtschaftliche Frage sei eine viel zu schmale Basis zur Bildung einer Partei; Streit in der Fraktion wegen des Verhaltens bei der Präsidentenwahl. Möglicherweise hätten wir mit Hülfe der Freikonservativen Bennigsen durchsetzen können. Allein dies wäre die Sprengung der Partei gewesen, da der linke Flügel erklärt, er würde bei dieser Lage keinem Mitgliede unserer Partei die Stimme geben. Bennigsen hatte also vollkommen Recht, unbedingt abzulehnen, und wir waren daher nicht in der Lage, den Präsidenten zu stellen. Der rechte Flügel will jedoch die Fühlung mit den Freikonservativen nicht aufgeben, während der linke sie „reißen" will, selbst auf die Gefahr, daß ein Centrumsmann erster oder (wenn der kranke Stauffenberg niederlegt) wenigstens zweiter Präsident wird. Es fällt das Wort, das würde der Situation entsprechen, thatsächlich seien das Centrum und die konservative Partei doch einig, Bismarck habe es so gewollt; dann wiederholt sich die Bemerkung, die 204 resp. wir Nationalliberale unter denselben seien daran schuld. Völk erwidert kräftig. Bennigsen konstatirt, es sei kein bindender Beschluß darüber zu fassen, ob weiße Zettel abzugeben seien oder nicht, die Mehrheit sei für ersteres. Die Gefahr eines Centrumsmannes als erster Präsident werde aber beseitigt sein, wenn die Minderheit der Nationalliberalen beschriebene Zettel abgebe. Nach der Fraktionssitzung erfahren wir, daß beide konservative Fraktionen und Centrum sich auf Seydewitz vereinigt hätten. Was wurde letzterem dafür versprochen?

Bei den Freikonservativen scheint es auch heftige Scenen gegeben zu haben. Schmid erzählt mir davon: Freiherr von Varnbüler und Graf Wilhelm Bismarck sollen darauf gedrungen haben, jede Verbindung mit den Nationalliberalen abzubrechen. Er (Schmid) habe opponiert. Viele, selbst der Botschafter Hohenlohe seien ihm beigetreten, von dem Wunsche beseelt, die Beziehungen zum rechten Flügel der Nationalliberalen aufrecht zu halten. In gleicher Weise sprachen sich

[1]) Vergl. oben S. 327.

Digitized by Google

gestern Fürst Carolath und Baron Lerchenfeld gegen mich aus. Schmid sagt, er habe eine große Zahl hinter sich, wie es scheint, die Mehrzahl der Württemberger.

Wir besprachen die Möglichkeit einer neuen Partei, bestehend aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem linken der deutschen Reichspartei mit überwiegend süddeutschen Elementen. Wie viele könnten wir dazu stellen? Vielleicht 15. Die Lage in der nationalliberalen Partei ist aber von der Art, daß der gemäßigte Teil mit Bennigsen viel zahlreicher ist. Letzterer will die Partei zusammen halten, so lange es geht; nur schwankt er lange, vielleicht zu lange. Er ist mit den Leuten des linken Flügels eben persönlich eng befreundet und sie haben die tüchtigen Redner (Forckenbeck, Stauffenberg, Lasker, Rickert, Bamberger, Braun ꝛc.). Bennigsen kann schließlich nicht mit ihnen gehen, er giebt ihnen aber zu viel Spielraum; sie beherrschen auch die nationalliberale Presse. So erklärt sich das weite Mundaufreißen der Parteiorgane und Redner zu Anfang der Verhandlung über einen Gegenstand, das häufig grell kontrastiert mit der schließlichen Haltung der Partei, wenn Bennigsen sich endlich entscheiden muß. Dabei gereicht es denn doch uns zur Beschwerde, daß derselbe immer mit den Leuten vom linken Flügel konferiert, dagegen niemals mit uns. Vor einigen Tagen sprach Völk zu ihm über die politische Situation; er schwieg sich aus. Gestern sagte ich ihm, ich möchte mit ihm über die Lage sprechen, er möchte während der Sitzung, wenn es ihm passend sei, mich holen. Er sagte: es sei ihm recht, kam aber nicht. Allerdings hörte die Sitzung bald auf und es schloß sich die erregte Fraktionssitzung an. Diese Situation ist uns aber keine entsprechende, und es steht dahin, ob wir warten können, bis Bennigsen sich endlich entschließt, auf die eine oder andere Seite zu treten. Alle vom rechten Flügel (Gneist, Treitschke ꝛc.) könnten wir aber auch nicht brauchen. Sie sind mir zu konservativ und zu centralistisch.

Letzten Samstag war ich in der Soiree bei Bismarck. An Bismarck's Tisch saß Völk. Zinn machte sich auch dahin.

Bismarck's heutige Rede wird als meisterhaft betrachtet. Der Mann hat sich jedenfalls tief in die Sache einstudiert. Dagegen finden allerdings seine nebelhaften Steuerprojekte keinen Anklang. Meiner Ansicht nach sollte man nicht viel über die eigenen Bedürfnisse des Reichs hinaus an neuen Steuern bewilligen.

Ueber Delbrück's Rede wird gesagt, er sei zu sehr Detailliſt, die großen Gesichtspunkte fehlten ihm. Er entspreche nicht den gehegten Erwartungen, was von den Freihändlern selbst anerkannt werde.

Berlin, den 23. Mai 1879.

(Beschreibung eines Tags vorher mit Fraktionsfreunden gemachten Ausflugs in die Umgebung von Berlin.) Wir sprachen viel über Politik, über die Notwendigkeit einer neuen Partei aus dem rechten Flügel der Nationalliberalen und dem linken der Freikonservativen. Lange kann es so nicht fortgehen; wir müssen uns von Rickert und Gen. trennen, mit oder ohne Bennigsen.

Digitized by Google

Schmid erklärt, Freiherr von Varnbüler sei ganz bismärckisch. Merkwürdigerweise sei Bennigsen vorgestern Abend bei Siechen[1]) (Völk's und unsere Kneipe) gewesen und habe sich sehr liebenswürdig benommen. Forckenbeck hätte einige Tage früher seine Präsidentenstelle niederlegen sollen. (Sehr wahr!) — Sucht Bennigsen Fühlung mit uns, denen er seit Jahren kaum ein Wort, geschweige politische Mitteilungen gönnte? Bald muß sich's zeigen. Heute wird über die Getreidezölle abgestimmt werden, die Rickert in der Fraktion als eine politische Frage bezeichnet hatte.

Berlin, den 25. Mai 1879. Sonntag.

Gestern Wahl des ersten Vize-Präsidenten an Stauffenberg's Stelle. Die Mehrheit der Nationalliberalen beschließt, weiße Zettel abzugeben. Bamberger führt in der Fraktion aus, nachdem der Reichskanzler mit dem Centrum Frieden gemacht, sei es nicht angezeigt, daß wir den Kampf gegen dasselbe fortsetzen. Völk tritt gegen ihn auf; die kirchlichen Übergriffe müßten von uns stets bekämpft werden; er zeigt, daß die Abstinenzpolitik bei der Wahl falsch sei, daß wir einen Kandidaten, wenn auch ohne Aussicht auf Erfolg, aufstellen müßten und schlägt Benda vor. Dieser lehnt ab; die Linke der Fraktion erklärt, keinem ihre Stimme zu geben. Benda und Bennigsen geben nach. Der Einigkeit der Fraktion wegen soll alles weiße Zettel abgeben. Dem tritt leider auch Schauß bei und sagt nachher, dies sei das letzte mal, daß er nachgebe. In der freikonservativen Partei giebt es analoge Kämpfe! Schmid theilt mir mit, daß Freiherr von Varnbüler das Zusammengehen mit dem Centrum wünsche. Bismarck's Sohn sei auch dafür. — Varnbüler läßt in der Fraktion einen Zettel mit angeblichen eigenen Worten Bismarck's herumgehen[2]). Schmid ist darüber aufs höchste entrüstet, er erhält in seiner Fraktion eine Mehrheit für das Zusammengehen mit dem rechten Flügel der Nationalliberalen, woraus aber nach den Vorgängen in unserer Fraktion nichts wird. — Die Stimmen, die Völk bei der Wahl zum Reichstags-Präsidenten erhielt, rühren teils vom linken Flügel der Reichspartei, teils vom rechten der Nationalliberalen her.

Vielfache Gespräche über den möglichen Ausgang der Krisis. Dr. Hammacher meint, bei den konstitutionellen Garantien werde es zum brechen kommen.

Berlin, den 26. Mai 1879.

Montag. Für den gestrigen Sonntag hatte ich mit Völk eine Tour nach Buckow verabredet; mehrere andre hatten auch mitgehen zu wollen erklärt, es kam aber keiner. Betrachtungen über die Zuverlässigkeit der Menschen, insbesondere der Abgeordneten. Völk und ich machten also die Tour allein, sie war sehr befriedigend; schöner Tag. Wir harmonieren in dem Bedürfnis, in der Natur und in relativer Einsamkeit uns von dem Getriebe der Großstadt und der

[1]) Bierwirtschaft in einer Querstraße der Friedrichstraße zunächst den Linden.

[2]) Über einen Artikel des „Hamburger Korrespondenten", betr. die Beziehungen des Centrums zu den Konservativen, über den Fürsten Bismarck und den Friedensschluß mit Rom, s. die „Post" 1879, Nr. 242.

Digitized by Google

Politik zu erholen. 12 Stunden von Berlin, auf dem Lande steht der Mensch dem Menschen auch wieder menschlich näher, man grüßt und spricht ohne vorgestellt zu sein.

Wir sprachen auch über die Parteiverhältnisse. Völk erzählte, Bennigsen habe ihm gesagt, wenn der linke Flügel nicht blos beim Schutzzoll, sondern auch nachher politisch Opposition machen wolle, so könne man denselben nicht mehr in der Partei brauchen; er nehme die Zahl der für diesen Fall Ausscheidenden zu etwa 12 an. Wir meinen unter uns, es könne nicht schaden, wenn es auch mehr würden.

Stuttgart, den 31. Mai 1879.

Letzten Mittwoch war vor Pfingsten die letzte Reichstagssitzung. Ich stimmte mit nur fünf andern Nationalliberalen für die Holzzölle. Mein Motiv war die notwendige Rücksicht auf den deutschen Wald, der unter beengender Forstpolizei steht, und daher auch einigen Schutz für seine Produkte verlangen kann, gegenüber der maßlosen Konkurrenz aus denjenigen Ländern, in denen die weitgehendste Waldverwüstung gestattet ist.

Stuttgart, den 10. Juni 1879.

Im allgemeinen ist man in meinen Kreisen mit der Haltung des rechten Flügels der Nationalliberalen einverstanden. Viele, insbesondere alle meine näheren Freunde hier halten eine Trennung der Fraktion für bevorstehend und würde sie nicht bedauern. Doch wünschen die meisten, daß sich Bennigsen auf diese Seite schlüge.

Berlin, den 15. Juni 1879. Sonntag Abends.

Die Situation scheint sich wieder verschoben zu haben. Im Centrum treten Gegensätze zu Tage: Schorlemer und Windthorst. Das Centrum macht mit den Finanzzöllen Schwierigkeiten und steht mit Bismarck nicht auf besonders gutem Fuße.

Letzterer ließ Bennigsen gestern mehrmals in sein Zimmer rufen. Er scheint mit diesem wegen des Zustandekommens der Tarife und Bewilligung der neuen Steuern zu verhandeln. Bennigsen seinerseits verhandelt viel mit Bamberger, Rickert ꝛc.; den rechten Flügel der Partei ignoriert er nach wie vor. Römer und ich besprachen die Unleidlichkeit dieses Zustands. Die Stimmung in der Fraktion ist immer noch eine sehr unangenehme. Wenige, fast keine Fraktionssitzungen, in der letzten am Freitag waren nur etwa 15 Mitglieder anwesend.

Berlin, den 19. Juni 1879. Vormittags.

Dienstag den 17. Abends fand eine Besprechung der schutzzöllnerisch gesinnten Nationalliberalen statt. Es handelte sich um das Verhalten zu den Schutzzöllen und konstitutionellen Garantien. Man einigte sich darüber, erst in einigen Tagen der Frage näher zu treten, wenn in der Tarifkommission die verschiedenen Richtungen sich ausgesprochen hätten. Einig war man darüber, einer intriganten Behandlung der Frage seitens der Freihändler entgegen zu treten; andererseits aber auch, die liberalen Grundsätze nicht zu verläugnen. Die neuen Bewilligungen

Digitized by Google

werden je nach den verschiedenen Möglichkeiten zwischen 80 und 120 Millionen Mark betragen. Garantien wegen Überlassung eines entsprechenden Teils an die Einzelstaaten, wie das Centrum will mit Beibehaltung der Matrikularbeiträge? Bewilligung der Finanzzölle nur auf einige Jahre? Die Frage wird erörtert, ob man sich mit Bennigsen in Verbindung setzen und ihn zu Mitteilungen möglichst veranlassen soll? Sie wird verneint mit Rücksicht auf die Schwierigkeit seiner vermittelnden Stellung. Man glaubt, Bismarck werde wegen der sogenannten konstitutionellen Garantien keine großen Schwierigkeiten machen; er ist eben ein praktischer Mann. Wenn er nur das Geld bekommt, giebt er uns gern ein Blatt Papier, und vertraut, daß er, falls dessen Inhalt ihn später genieren könnte, schon wieder Mittel und Wege zur Abhülfe finden werde. Auch Varnbüler, der mich vorgestern wegen der konstitutionellen Garantien fragte und dem ich von der Bewilligung der Finanzzölle auf Zeit sprach, erwiderte, er glaube nicht, daß dieser Gedanke bei Bismarck Schwierigkeiten finden werde.

Berlin, den 19. Juni 1879, Abends.

Im Reichstag findet die Interpellation Delbrück's und Bamberger's, betreffend die Gerüchte über die Einführung der Doppelwährung, statt. Bismarck antwortet, in der Sache befriedigend, allein gereizt, mit persönlichen Ausfällen. Daran knüpft sich eine Debatte von 2—3 Stunden über die Frage, ob die Interpellation nötig gewesen, ob darin ein Angriff gelegen, was in den Blättern gestanden, was privatim resp. offiziös vorher herüber und hinüber gesprochen u. s. w. — Hätte Bismarck einfach „nein" gesagt, so hätte man viel Zeit erspart und sich nicht gegenseitig gereizt.

An demselben Tage hörte Hölder von einem Wohlunterrichteten näheres über die am 18. Juni 1879 stattgehabte Verhandlung im Bundesrat über den Antrag Bismarck's, betreffend die Regelung des Gütertarifwesens auf den deutschen Eisenbahnen. Der Gewährsmann Hölder's meinte: Die Überlassung der Festsetzung der Eisenbahntarife und Zulassung von Aufschlägen an den Bundesrat würde den Mittelstaaten geradezu den Strick um den Hals legen; die Staaten sähen doch ein, daß es sich hier nahezu um ihre Existenz, wenigstens um deren Selbständigkeit handle. Auch Bayern sei auffallend entschieden gewesen; Baden und Sachsen hätten die Opposition geführt. Im Verfassungsausschuß, an den der Antrag gewiesen wurde, seien 2 Stimmen dafür, daß die betreffenden Bestimmungen des Entwurfs eine Verfassungsänderung seien, 7 dagegen. Ob bei dieser Sachlage das Plenum des Bundesrats mit etwa 32 gegen 28 Stimmen dies verneinen und jene Artikel annehmen werde, sei die Frage. Bayern stimme bei der Verfassungsfrage mit, obgleich die materiellen Bestimmungen über die Eisenbahnen dasselbe vermöge seiner Reservatrechte nicht unmittelbar berühren. Eine Vergewaltigung der Mittelstaaten werde Bismarck sich nicht nachsagen lassen. —

Beim gestrigen Diner habe er gethan, als habe er von dem preußischen Ansinnen gar nichts gewußt; er sagte: er wolle nur die Privatbahnen, nicht die Mittelstaaten mit ihren Eisenbahnen treffen. Eine friedliche Verständigung,

Digitized by Google

zu der bei dieser Sachlage Aussicht sei, wäre ihm am liebsten; wenn die Staatseisenbahnen nur nicht gänzlich dem guten Willen des Bundesrats preisgegeben würden. An den Reichstag werde diese Sache keinesfalls mehr, überhaupt nichts Neues mehr kommen. Bei der jetzigen Stimmung würde ein solches Gesetz jetzt keinesfalls durchgehen. Die vielen Vertreter der Privatbahnen, Centrum, Fortschritt, linker Flügel der Nationalliberalen und gewiß viele Vertreter der Mittelstaaten würden gegen solche Vollmachten an den Bundesrat sein. Indessen werde es immerhin geraten sein, die jetzige relativ günstige Situation zu einer billigen und sichernden Verständigung zu benützen, da eine Regelung des Eisenbahntarifwesens notwendig sei, und da ja ein Gesetz darüber unter Umständen die Mittelstaaten gegen Preußen, wenn es seine Privatbahnen vollends erworben und uns umklammert habe, Schutz gewähren könne. —

Berlin, den 20. Juni 1879.

Die politischen Fragen, die sich an die neuen Zoll- und Steuerbewilligungen knüpfen, werden wohl im Wege der Verständigung mit einer erforderlichen Mehrheit ihre Lösung finden, und hierbei wird Bennigsen eine Hauptrolle spielen, der bis jetzt noch zugeknöpft ist bis an den Hals hinauf. — Die Eisenbahntarif-Vorlage, derenthalben Mittnacht hier ist, wird nicht mehr an den Reichstag kommen, denn über den 15. Juli hinaus ist dieser nicht zusammen zu halten.

Berlin, den 27. Juni 1879 (Freitag).

Am Mittwoch (den 25. Juni) keine Reichstagssitzung. Die Tarifkommission behandelt die sogen. konstitutionellen und föderalistischen Garantien. Ich wohne mit vielen Kollegen der Sitzung bei. Bennigsen fällt mit seinen Anträgen (Quotisierung von Salz und Kaffee, Ueberweisung der Ueberschüsse an die Einzelstaaten durch Gesetz), mit denen ich im wesentlichen einverstanden bin, durch. Das Centrum siegt mit den Konservativen. Sie geben die Quotisierung preis, weisen alle neu bewilligten Beiträge den Einzelstaaten zu und behalten darnach die Matrikularbeiträge wie bisher bei. Großer Allarm auf der ganzen Linie. Es heißt, der einheitliche Charakter des Reichs und die Rechte der Volksvertretung seien damit preisgegeben. Manches ist daran wahr, manches übertrieben. Erörterung in allen Blättern über die Krisis innerhalb der nationalliberalen Partei. Wie hat man zum Gesetz im Ganzen zu stimmen, wenn der Centrumsantrag angenommen ist? Wer muß aus der nationalliberalen Partei austreten? Oder wird man sich auf ein gemeinsames Veto einigen? Bennigsen konnte dem Reichskanzler eben nicht genug Stimmen bieten; da 30—50 nationalliberale Freihändler unter allen Umständen gegen das Tarifgesetz stimmen werden, war ohne das Centrum keine Mehrheit zu erlangen. Dazu kommt, daß man für jährliche Bewilligung indirekter Steuern vielfach, insbesondere in Preußen kein Verständnis hat.

Schwere innere Zweifel, wie ich schließlich stimmen soll. Gegen „Ja“: die nationalen und freiheitlichen Prinzipien würden damit preisgegeben. Gegen „Nein“: der große Zweck Schutzzoll und finanzielle Hülfe gegen das Defizit

Digitized by Google

werde wegen bloßer Doktrinen preisgegeben. Die Schmälerung der Reichsstellung sei nur eine formelle, scheinbare; für Konfliktsfälle mit der Reichsregierung werde durch Zuweisung der Gelder an die Einzelstaaten eine gewisse Garantie in den Landesvertretungen gewonnen. Die Rücksicht auf die Fraktion ist mir eine untergeordnete, obgleich ich mit nur wenigen nicht austreten möchte. Mittwoch Abend neige ich mehr zu „Nein", halte dies auch gestern noch fest; heute bin ich mehr für „Ja". Erörterung der Sache mit vielen Kollegen, auch mit einem Mitglied der freikonservativen Partei. Letzterer meint, auch ihm sei die Lage sehr unangenehm, schließlich aber brauche man nicht kaiserlicher zu sein als der Kaiser und Bismarck. Wie wird die Sache im Lande von den Wählern, von den Parteigenossen aufgenommen werden?

Gestern Abend Besprechung der Sache im Kreise der Zolldissidenten im Hotel Magdeburg; Ansichten geteilt, jeder behält seinen letzten Entschluß vor. Die entfernte Möglichkeit einer schließlichen Wendung der Dinge sei noch vorhanden. Zu „Ja" neigen sich: Völk, Schauß, Servais, zu „Nein": Bernuth, Hammacher. Anwesend sind 17; Zinn und Buhl fehlen.

Heute Morgen höre ich, Bennigsen mache noch Versuche, der Sache eine Wendung zum Bessern zu geben. So viel scheint mir sicher, daß auf eine Quotisierung jedenfalls verzichtet werden müßte. Im übrigen scheint mir Bennigsen auf seinen Vorschlägen ziemlich festgenagelt. Gestern Abend wurden begründete Klagen erhoben, daß Bennigsen mit niemandem, mindestens mit niemandem unserer Unterfraktion Rücksprache nehme. —

Ich schalte hier einen Brief ein, den der Abgeordnete Hölder an seinen alten Fraktionsgenossen Elben, den Redakteur des „Schwäbischen Merkur", richtete, um denselben über die Sachlage im Reichstag zu informieren. Derselbe lautet:

Berlin, den 2. Juli 1879.

Lieber Freund!

Deinen Brief vom 30. v. M. habe ich heute früh erhalten. Die Lage ist eine verschobene. Wir konnten hoffen, daß Bennigsen bezüglich der konstitutionellen Garantien sich mit Bismarck verständige und daß dann der linke Flügel der Partei austreten werde. Diese Hoffnung scheiterte, wie Bennigsen in der gestrigen Fraktionssitzung, der ersten seit Wochen, darlegte, lediglich an den Zahlen. Weil bei uns immerhin 30—40 voraussichtlich doch gegen das Gesetz gestimmt hätten, konnte Bennigsen dem Reichskanzler nicht so viel Stimmen garantieren, als zu einer Mehrheit ohne das Centrum nöthig war. Da wendete sich der Reichskanzler als absoluter Realpolitiker ruhig an das Centrum. Bennigsen, Benda u. s. w. sind nur an den Antrag des ersteren gebunden und werden, wenn die Situation sich nicht ändert, wozu keine große Aussicht ist, gegen das Gesetz stimmen. Sie müssen natürlich wünschen, daß die Fraktion dies geschlossen thue. Völk, ich und etwa 10 andere (die Zahl gerechnet ohne den politisch rechten Flügel, Treitschke u. s. w.) legen dem Franckenstein'schen Antrag keine so große Bedeutung bei; Völk und die meisten andern unter jenem Dutzend neigen

Digitized by Google

sich daher zur Annahme des Gesetzes auch mit dem Antrag Franckenstein. Ich neige mich aus principiellen Gründen mehr zum „Nein" sagen; behalte mir aber, wie überhaupt Alle unserer spezifischen Richtung, meine letzte Entscheidung vor.

Der linke Flügel benützte aber die Gunst des Augenblicks und drang auf eine Fraktionssitzung, welche gestern stattfand. In derselben beantragt derselbe, es zur Fraktionssache zu machen, daß, so lange der Franckenstein'sche Antrag bestehe (wohl als Mehrheitsbeschluß der Kommission), die Fraktion bei der Einzelberatung gegen die Finanzzölle und gegen das Gesetz stimmen solle. Sie wollen damit offenbar unseren rechten Flügel hinausdrängen. Du kannst Dir denken, mit welcher Schärfe Rickert, Lasker, Forckenbeck diesen Antrag begründeten. Völk trat entgegen, indem er die relative Harmlosigkeit des Franckenstein'schen Antrags nachwies. Treitschke argumentierte ähnlich, nur mit einer etwas stärkeren Nuance gegen den Antrag. Er schloß: die süddeutschen Freunde könnten versichert sein, daß, wenn sie austreten, bald andere (wegen der allgemeinen Lage in der Partei) folgen würden. Daneben äußerte er sich scharf gegen Forckenbeck, Bunsen u. s. w. Bennigsen nahm seine Stellung so: der Antrag (der Linken) wie er liege, könne zunächst nicht angenommen werden, so lange noch kein Beschluß des Reichstags gefaßt sei. Dann allerdings müsse auch nach seiner Ansicht die Fraktion gegen die Finanzzölle und das Gesetz stimmen. Hierauf folgten die heftigsten Angriffe von Seiten Lasker's und Forckenbeck's gegen Bennigsen persönlich; sie warfen ihm seine Rede über den Zolltarif vor. Forckenbeck bemerkte: Bennigsen suche wieder die Energie der Fraktion zu lähmen. Hierauf erfolgte die Vertagung der Beratung auf heute oder morgen.

Man sagt, der linke Flügel wolle austreten, wenn sein Antrag nicht angenommen werden sollte. Dies würde, wie auch die Angriffe auf Bennigsen (die wohl in der Leidenschaft gemacht wurden) mit meiner obigen Ansicht, daß sie die Situation benützen wollten, um das Centrum der Fraktion auf ihre Seite herüber zu ziehen, allerdings nicht harmonieren. Ich sehe hier über ihre Absicht noch nicht ganz klar.

Meine Ansicht, die ich in der nächsten Fraktionssitzung möglichst milde darlegen oder andeuten werde, ist folgende: Die Fraktion in dieser Zusammensetzung kann nicht bei einander bleiben, und diese Frage muß jetzt zum Austrag kommen. Am richtigsten wäre die Ausscheidung des linken Flügels. In diesem Falle könnte neben den andern Gründen schon aus Rücksicht auf Bennigsen der rechte Flügel sich wohl dazu verstehen, schließlich zum Gesetz mit dem Franckenstein'schen Antrag „Nein" zu sagen. Gelingt dies nicht, so muß der rechte Flügel, allerdings zunächst in kleiner Zahl, austreten, ich mitinbegriffen, ganz unabhängig von der Frage, ob ich zum Gesetz schließlich „ja" oder „nein" sage. Wie dann Bennigsen mit Forckenbeck, Lasker und Rickert zurecht kommt, weiß ich nicht. Die unerquicklichen Zustände innerhalb der Partei würden dann eben fortdauern. Ob wir (etwa mit Löwe, der auch zum eventuellen Stimmen gegen das Gesetz neigt, im übrigen aber mit mir bezüglich der politischen und Parteiverhältnisse fast ganz übereinstimmt) dann eine Gruppe oder Fraktion bilden können, steht dahin.

Digitized by Google

Daß ich bei dieser Sachlage mich durch Fraktionsbeschlüsse in meinen Abstimmungen nicht binden lasse, ist natürlich.

Für Eure Haltung wird es sich empfehlen: die praktische Bedeutung des Franckenstein'schen Antrags unter aller Anerkennung seiner formellen Mißlichkeit auf ihr kleines Maß zurückzuführen, dagegen stark zu betonen, daß Bennigsen und Gen. mit Lasker und Gen. künftig nicht zusammen gehen können, wie auch die Frage des Tarifgesetzes schließlich entschieden werden möge. . . .

Nunmehr lasse ich wieder die Tagebuchaufzeichnungen des Abgeordneten Hölder folgen.

Berlin, den 2. Juli 1879.

Es geht kunterbunt zu im Reichstag und in der Regierung. Centrum und Konservative einigen sich auf den Antrag Franckenstein. 3 Minister treten ab. Ob ein Einverständnis mit dem Reichskanzler hergestellt ist, weiß man noch nicht. Es heißt, er verhandle noch mit dem Centrum über den Betrag der Finanzzölle. Letztere dürften wohl ermäßigt werden. Nicht zu viel bewilligen ist die beste Garantie. Im Centrum scheint aber keine Einigkeit zu herrschen. Viele wollen keine Finanzzölle. In der Reichspartei ist vielen die Allianz mit der Centrumspartei unerwünscht. In der nationalliberalen Partei vollends scheint die Sache zum klappen zu kommen. Ich konferierte viel mit Schmid, Treitschke, Löwe und andern über die brennenden Fragen. Mit den beiden letzteren bin ich bezüglich der Parteilage einig und geneigt, mit ihnen gegen das Gesetz mit dem Franckenstein'schen Antrag zu stimmen. Beide sind aber der Ansicht, daß die linke Seite (Forckenbeck, Lasker, Rickert) aus der Fraktion ausscheiden sollte. Wird Bennigsen die Hand dazu bieten? Er scheint heute sehr bedenklich; die Aussicht, daß etwa 12 jedenfalls austreten werden, wozu noch etwa 6 von der Richtung Treitschke's kommen würden, scheint ihm doch eine üble Aussicht auf seine künftige Lage in der Fraktion der entschiedenen Linken gegenüber zu eröffnen. In der Tarifkommission sind heute alle Finanzzölle durchgefallen. Es ist noch alles im Fluß.

Berlin, den 4. Juli 1879.

Die Stellung der Regierung zum Franckenstein'schen Antrag scheint noch nicht fest zu sein. Die Einigung des Centrums mit derselben ist aber wahrscheinlich. Ein Mitglied der freikonservativen Partei erzählt mir, daß in der Reichspartei viele geneigt seien, zwar gegen diesen Antrag zu stimmen, schließlich aber doch das Gesetz als Ganzes, also mit dem Antrag Franckenstein, anzunehmen. Er rät mir dringend, dies auch zu thun, man würde zu Hause ein „nein" nicht verstehen. Er berichtet ferner von Unterredungen mit dem Abgeordneten Dr. Lucius. Der Reichskanzler werde bei der Debatte den Antrag Franckenstein jedenfalls so auslegen, daß alles Bedenkliche für das Reich wegfalle. Es liegt ja auch auf der Hand, daß auch nach diesem Antrag der einzelne Staat die Zolleinnahmen zunächst nur für die Gesamtheit der Staaten erheben und in Besitz nehmen kann. Erst wenn die Abrechnung geschehen ist, steht fest, was nach derselben dem Einzelstaat gebührt.

Digitized by Google

Es finden viele Privatverhandlungen unter den Fraktionsgenossen statt. Gestern Abend war eine Versammlung der Magdeburger (Schutzzöllner) und Angehöriger der Bennigsen'schen Gruppe. Das Ergebnis der Berathung der letzteren ist mir noch unbekannt. Gestern stand die Sache nach Mitteilungen Marquardsen's an Römer so: In der Fraktionssitzung von heute Abend soll der Antrag Lasker, die Fraktionsfrage jetzt schon zu stellen, abgelehnt werden. Ob dann der linke Flügel austritt, ist mir unwahrscheinlich. Die Gruppe Bennigsen würde den Austritt einiger Führer der Linken wohl nicht ungern sehen, allein den Entschluß zu aktivem Vorgehen gegen dieselben scheint Bennigsen nicht fassen zu können. Vielmehr will er, sobald das Plenum den Franckenstein'schen Antrag angenommen hat, selbst das „Nein" gegen das Gesetz zur Fraktionssache gemacht wissen. Damit würde ein Teil des rechten Flügels u. a. auch ich aus der Fraktion gedrängt. Wir schätzen aber die Zahl nur auf 10—12. Auch bei der Besprechung von gestern Abend waren manche noch zurückhaltend. Austreten würden etwa: Völk, Römer, Klein, Servais, Kreutz, Rentzsch, Bauer, Feustel, Vopel und ich; voraussichtlich auch Schauß und der eine oder andere mehr. Wir einigten uns in Anwesenheit von etwa 17 gegen die Stellung der Fraktionsfrage in der Fraktion zu stimmen. Deren Bejahung bedarf $^2/_3$ der Anwesenden. Da nun etwa 28 Nationalliberale zu den sog. Schutzzöllnern gehören, die Gruppe Treitschke aus etwa 5 Mitgliedern bestehend ausgesprochen gegen die Linke ist und uns derselben nicht wird preisgeben wollen, so haben wir die Hoffnung, daß selbst ein solcher Antrag von Bennigsen nicht die nötige Mehrheit finden werde. Die Anhänger Bennigsen's mahnen uns für heute Abend zur Zurückhaltung.

Berlin, den 5. Juli 1879.

Stephani stellte offenbar unter Rücksprache mit andern Freunden der Mittelpartei einen Antrag dahin: 1. Der Franckenstein'sche Antrag ist abzulehnen. 2. Mit demselben ist das Gesetz unannehmbar. Dieser Beschluß soll ein feierlicher, aber kein etwaige Dissidenten zwingender sein. Er hielt eine schöne Rede über Einigkeit u. s. w.

Völk und ich erwidern. Eine Verpflichtung gegen das Gesetz zu stimmen mit dem Franckenstein'schen Antrag könnten wir nicht übernehmen; wir heben die Gründe hervor, warum uns der gedachte Antrag nicht so gar bedenklich erscheine. In wichtigen Dingen müßten wir nach eigener gewissenhafter Überzeugung stimmen bei aller Achtung vor der Ansicht der politischen Partei. Ich erhebe mich insbesondere gegen Bamberger, der zwischen Völk und mir sprach und ausführte, Bismarck habe sich seit Jahr und Tag von seiner früheren Haltung abgewendet; seine Regierung sei schädlich, zu bekämpfen [1]) u. s. w., wir seien mitten in der Reaktion. Ich führe dagegen aus, in allem wesentlichen seien wir bisher mit Bismarck gegangen, Fehler und Angriffe seien von beiden Seiten vor-

[1]) Vergl. die „Post" 1879, Nr. 194 (Parole der großen liberalen Partei: Fort mit Bismarck); Nr. 208 (Die nationalliberale Partei in der Opposition).

Digitized by Google

gekommen. Ob eine Reaktion kommen werde, vermöge ich nicht zu beurtheilen. Zu einer sachlichen Opposition, wo solche notwendig, werde ich stets bereit sein. Wenn aber wirklich eine Reaktion drohe, so habe man um so mehr Grund beisammen zu bleiben. Einer solchen gegenüber werde die Fraktion uns stets an ihrer Seite sehen, sie möge jetzt so oder so beschließen.

Ich wollte versöhnlich reden, insbesondere auf die Mittelpartei wirken.

Da stellt Forckenbeck den ausdrücklichen Antrag, die Abstimmung gegen das Gesetz mit der Bestimmung Franckenstein zur Fraktionssache zu machen, und begründet denselben damit, daß die Fraktion einig, geschlossen, thatkräftig dastehen müsse. Rickert stellt für den Fall der Ablehnung der zwingenden Kraft den Austritt der Linken in Aussicht.

Bennigsen sagt, heute sei noch nicht die Zeit, hierüber Beschluß zu fassen spricht von der Unmacht der liberalen Partei, wenn sie in die verschiedensten Fraktionen und Fraktiönchen zerfallen würde, hebt dann aber die Gefährlichkeit des Antrags Franckenstein und die Notwendigkeit, sich eventuell gegen das Gesetz zu einigen, so stark hervor, daß ich den Eindruck habe, er werde sich Forckenbeck zu lieb und um den linken Flügel nicht zu verlieren, dazu entschließen, die Endabstimmung zur Fraktionssache zu machen.

Die Frage ist durch diese Sachlage offenbar aus dem Rahmen einer Spezialfrage herausgerückt. Es handelt sich darum, ob der rechte oder linke Flügel auszutreten hat; mag schließlich die Mehrheit in der Fraktion ausfallen wie sie will: eine Trennung zwischen beiden Seiten ist unvermeidlich und die in der Mitte müssen sich zwischen beiden entscheiden.

Abends.

Buhl teilte im Auftrage Bennigsen's Römer mit, er möchte doch unseren Austritt zu verhindern suchen. Er (Bennigsen) werde mit seinen Freunden dem Antrag Forckenbeck's auf Stellung der Fraktionsfrage entgegenwirken. Der gedachte Antrag werde unter diesen Umständen keine Mehrheit, keinesfalls die $^2/_3$ Mehrheit bekommen. Buhl fügte bei, in diesem Falle würden Forckenbeck und seine speziellen Anhänger austreten. Auf unserer Seite würden nach einer Auszählung Römer's eventuell 16—17 austreten, darunter Schauß. Zinn wird zwar gegen das Gesetz stimmen, dann aber mit austreten. Römer läßt Bennigsen sagen, die gedachten 17 bleiben nur in dem Falle, wenn Forckenbeck und Gen. austreten. Dies veranlaßt mich denn doch, Buhl zu sagen, er möge seine Informationen auch von mir holen. Diesen Austritt machte ich nicht gerade zur Bedingung des Bleibens. Nur genüge auch mir zum Bleiben ein notdürftiges Drittel gegen die Kabinettsfrage nicht. Wir müßten mit Ehren und dem Wunsch der überwiegenden Mehrheit gemäß bleiben können.

Römer sagt nachher zu mir, durch meine Nachgiebigkeit verdürbe ich die Verhandlungen mit Bennigsen. Von Feder, bayerischer Regierungspräsident, spricht viel mit mir über den Franckenstein'schen Antrag und scheint geneigt, auch schließlich „ja“ zu sagen.

Digitized by Google

Landmann[1]) hat mit dem Präsidenten des Reichskanzler-Amts, Minister Hofmann darüber gesprochen, der ihm versicherte, nach Ansicht der Reichsregierung bleibe das Eigentum des Reichs an den betr. Geldern bis zur erfolgten Verteilung unbedingt fortbestehen. Diese Auffassung werde Bismarck im Reichstag zur Geltung bringen. Im Etat werde auch die Gesamtheit der anfallenden Zölle in Einnahme, und die Leistung an die Einzelstaaten in Ausgabe gebracht werden. Landmann scheint sich damit zu beruhigen, und es ist diese Erklärung in der That der schlagendste Beweis für die Hohlheit des Geschreis vom Preisgeben der Reichsrechte!

Berlin, den 9. Juli 1879.

Ich bin mit manchen Bestimmungen des Tarifgesetzes nicht einverstanden, und stimme bei diesen Punkten nach meiner Überzeugung mit der Partei und wenn es sein muß, gegen die Regierung. Allein schließlich werde ich doch für das Gesetz stimmen, weil dasselbe nach verschiedenen Seiten große Verbesserungen bringt, welche die Bedenken bei einzelnen Punkten weit überwiegen. Die Partei mag dann thun was sie will und uns hinausdrängen oder nicht. So wie jetzt kann die Partei ohnehin auf die Dauer nicht mehr beisammen bleiben. Wenn es daher auch Bennigsen gelingen sollte, einen Fraktionsbeschluß gegen uns zu verhindern, so ist es doch eine ernste beherzigenswerte Frage, ob wir nicht dennoch austreten und eine neue Fraktion bilden sollen. Dieselbe würde aus 12 bis 20 Mitgliedern bestehen, und außer mir, Völk, Römer u. s. f. zu ihren Mitgliedern zählen.

Berlin, den 11. Juli 1879.

In der Fraktionsfrage treiben die Dinge vorwärts. Man hatte die linke Seite dahin gebracht, den Antrag, die Ablehnung des Tarifgesetzes zur Fraktionssache zu machen, aufzugeben. Forckenbeck hätte die erforderlichen $^2/_3$ Stimmen nicht zusammengebracht. Römer war sehr unglücklich darüber, daß die Fraktion beisammen bleiben solle. Bennigsen gab sich allem nach die erdenklichste Mühe, den Bruch zu vermeiden. Die Rede Bismarck's vorgestern förderte dieses Beginnen; sie war ein Absagebrief an die Nationalliberalen. Da änderte der gestrige Tag die Situation. Völk und ich motivierten im Reichstag unser bevorstehendes Votum für das Gesetz. Bezüglich meiner Rede erkannten die Fraktionsgenossen an, daß sie sachlich gehalten und in keiner Weise verletzend für die Fraktion sei. Dagegen ist über die Rede Völk's Feuer im Dach. Auch wir sind mit derselben nicht durchaus einverstanden. Er legte den „konstitutionellen Garantien" keinen Wert bei, sagte, der Rücktritt Falk's gehe das Reich nichts an. Nun nahm Forckenbeck seinen Antrag wegen der Fraktionsfrage wieder auf. Heute früh war Fraktionssitzung. Gestern Abend waren wir zu 15 im Hotel Magdeburg versammelt und beschlossen, uns in Nichts zwingen, auch Völk nicht fallen zu lassen. Wir bereden die Bildung einer neuen Fraktion und rechnen

[1]) Gustav Landmann, Oberpfarrer, nationalliberales Mitglied des Reichstags.

Digitized by Google

mit Hinzuzählung einiger außer der Fraktion Stehender (Löwe, Berger) auf etwa 20 Mitglieder.

Heute fand eine erregte Fraktionssitzung statt. Als Vermittelungsantrag wurde folgender eingebracht: die Art und Weise, wie Völk seine Ansichten dargelegt habe, sei zu mißbilligen. Forckenbeck zog seinen Antrag zu Gunsten des Mißbilligungsantrags zurück. Wir ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß der letztere für uns ebenfalls den Austritt bedeute. Endlich erfolgte die Vertagung der Abstimmung.

Die Mittelpartei macht die möglichsten Anstrengungen, um eine Verständigung herbeizuführen. Völk soll mindestens eine Erklärung abgeben. Wenn er das Auseinandergehen der Fraktion verhindern will, so muß und kann er dies thun. Kann man es ihm zumuthen? Bennigsen sprach sich dahin aus, es bei der allgemeinen Mißbilligung bewenden zu lassen. Allein es ist sehr zweifelhaft, ob er die Mittelpartei dahin bringt, ihm zu folgen. Die Linke verfolgt ihren Vorteil, den ihr die Erregtheit der Mittelpartei bietet; die guten Leute meinen eben, irgend eine Genugthuung müsse Völk geben, und sie haben dabei streng und formell genommen Recht. Allein es wird eben unter dieser Form über eine viel tieferliegende Frage entschieden. Schauß sprach in der Fraktion sehr gewandt und sehr ruhig, aber mit Bestimmtheit. Die eventuell zum Austritt Entschlossenen sind: Völk, Zinn, Schauß, Groß, Römer, Klein, Rentzsch, Kreutz, Servais, Jäger, Bauer, Feustel, Puttkamer, Vopel, Ohlen und ich. Gneist und Einige vom politischen rechten Flügel werden folgen, Treitschke wird für sich austreten. Zur neuen Fraktion hoffen wir: Löwe, Berger, Bockum-Dolffs, Bethmann-Hollweg zu gewinnen, 5—9 weitere Mitglieder der nationalliberalen Fraktion werden auch fürs Gesetz stimmen, aber, wenn die Frage Völk nicht ins Reine kommt, vorerst nicht austreten.

Der deutsche Botschafter in Paris Fürst Hohenlohe Schillingsfürst ist auch angekommen. Er erzählt, es gelinge ihm absolut nicht, den Franzosen, die mit Interesse sich nach dem Streit erkundigen, die Bedeutung des Franckenstein'schen Antrags klar zu machen. Höfliche sagen ihm auf seine Auseinandersetzungen: Ah! je comprends, ce sont des querelles allemandes, merci Monsieur. —

Lasker spricht nach langer Zeit wieder einmal freundlich mit mir. Wir sind darin einig, daß die Trennung besser wäre als das Zusammenbleiben. Er sagt zu Römer, er habe mit Bennigsen gesprochen und sie beide seien der Ansicht, daß sie künftig besser mit einander auskommen würden als bisher. Auch Gneist ist der Ansicht, daß es jetzt besser wäre, auseinanderzugehen. Liberale Reichspartei ist der wahrscheinliche Name der neuen Partei.

Ich meinestheils forciere den Bruch nicht, wenn aber die Dinge dahin führen, so bin ich nicht dagegen.

Berlin, den 12. Juli 1879.

Der Reichstag geht heute zu Ende. Auf 9 Uhr war Fraktionssitzung anberaumt, um die Anträge auf Zwang zur Verwerfung des Gesetzes und gegen Völk zur Erledigung zu bringen. Gestern aßen wir Separatisten mit einander

Digitized by Google

im Hotel Magdeburg, es waren 15 Abgeordnete anwesend; 2—3 fehlten. Völk brachte zur Besprechung, ob er dem Ansinnen einer Erklärung wegen seiner Rede entsprechen soll. Er für sich allein wolle die Verantwortlichkeit, den Bruch der nationalliberalen Partei herbeigeführt zu haben, nicht auf sich nehmen. Er trug uns seine Gedanken über den Inhalt einer Erklärung vor, die er für den Fall abgeben könnte, wenn der Mißbilligungsantrag vorher zurückgenommen wäre. Seine Erklärung müsse aber eine freie sein, sie dürfe nicht als durch Drohung einer Mißbilligung erzwungen erscheinen. Wir sind mit seinen Anschauungen einverstanden. Während der Reichstagssitzung verhandelt Benda mit Völk. Sie verständigen sich über ein Schreiben des letzteren an den Vorstand der Partei, das womöglich noch nichtssagender als die von uns in Aussicht genommene Erklärung ist. Die mittlere Richtung in der Fraktion will absolut jeden Bruch vermeiden; allein mit den Männern des linken Flügels ist unseres Erachtens beim Wiederzusammentritt des Reichstags ein Zusammengehen nicht möglich.

Abends 6 Uhr.

Die Würfel sind gefallen. Unerwarteterweise erklärten die Antragsteller mit der Erklärung Völk's die Sache nicht für abgethan. Sie beharrten darauf, daß die Fraktion mindestens ihr Bedauern über Völk's Rede auszusprechen habe. Bennigsen, Benda u. s. w. widersprachen vergeblich; Schauß bot als letzten Vermittelungsversuch unsererseits an, diesen Ausspruch mit dem Beisatz anzunehmen: die Fraktion erkläre damit die Sache für erledigt, oder: gebe ihr keine weitere Folge. Bei namentlicher Abstimmung wurde mit 40 gegen 39 Stimmen dieser Antrag abgelehnt, und dann das bloße Bedauern mit ca. 45 gegen 35 Stimmen angenommen, 3—4 der gemäßigten Partei fehlten, die Gegner hatten alle Mann auf dem Platze. Sie haben gestern Abend eine bis 12 Uhr dauernde Versammlung gehalten, worin sie sich verpflichteten, auszutreten, wenn sie keine ausreichende Genugthuung erlangen könnten.

Bennigsen mit seinen speziellen Anhängern hatte für die Milderung und dann gegen den Antrag selbst gestimmt. Große Aufregung; Verhandlungen herüber und hinüber. In unserem engeren Kreise erklärte Völk, der auf Ansuchen Bennigsen's in der Sitzung nicht erschienen war, er trete heute noch aus. Ich erklärte dies ebenfalls, da ich Völk nicht allein ziehen lasse; Zinn, Schauß desgl. Schließlich gaben 15 die Austrittserklärung ab. Treitschke war schon vorher für sich ausgetreten, Gneist, Cuny, Boretius wollen noch abwarten. Einige, die sich vorgestern mit Völk solidarisch erklärt hatten, haben uns im entscheidenden Augenblick verlassen. Ausgetreten sind: Zinn, Schauß, Römer, Klein, Kreutz, Rentzsch, Servais, Feustel, Jäger, v. Ohlen, Bähr-Kassel, Bauer, Puttkamer, Vopel und ich. —

Heute Abend 10 Uhr reise ich ab[1]).

---

[1]) Zu vergl. ist noch der am Tage nach Völk's Rede erscheinende Censur-Artikel der „National-Zeitung" und die daselbst abgedruckte Erklärung der 15 Austretenden.

Digitized by Google

Stuttgart, den 16. Juli 1879.

Unser Austritt aus der nationalliberalen Fraktion wird hier allseitig gebilligt. Viele wünschen uns Glück dazu, sie hätten es schon längst erwartet. Meine Abreise ans Berlin erfolgte schon am Samstag um 8 Uhr abends, $3^1/_2$ Stunden nach Schluß der Reichstagssitzung. Die meisten der Ausgetretenen[1]) speisten noch zusammen im Hotel Magdeburg, wir waren fröhlich und guter Dinge; Völk und ich freuten uns der endlichen Erlösung aus unserer Zwangslage innerhalb der nationalliberalen Partei. Ärgerlich waren wir über so manche, die bis zuletzt versprochen hatten mit uns zu gehen und uns dann doch im Stiche ließen, wie insbesondere Groß, Krafft, Müller-Sangerhausen, Witte-Schweidnitz, Heilig ꝛc. Allein viel zu bekümmern haben wir uns darum nicht. Römer, der Samstag Abend noch in Berlin war, erzählte mir hier, Laporte, Marquardsen, Buhl hätten den Verlauf der Dinge aufs äußerste bedauert. Laporte sage, er wäre mitgegangen, wenn seine persönlichen Verhältnisse zu Bennigsen ihn nicht abgehalten hätten. Dieser sei im höchsten Grade deprimiert und spreche von seinem zeitweisen Rücktritt aus dem politischen Leben. Er ist in einer üblen Lage, hat sie aber teilweise selbst verschuldet durch seine Passivität und Unentschlossenheit. Nach dem Städtetag hätte er mit der Linken der Fraktion brechen sollen, er wurde ja stärker als wir in der Presse des linken Flügels und sogar in der Fraktion von Lasker und Forckenbeck angegriffen. Jetzt wird ihm freilich in der Presse geschmeichelt, allein auf die Dauer wird er dem linken Flügel das Gleichgewicht nicht mehr halten können, und Forckenbeck ist sein gegebener Rivale in der Parteileitung, die er beim letzten Verlauf der Dinge ja in der That nicht mehr hatte. Heute noch wäre es für ihn richtiger, mit seinem Anhang ebenfalls aus der Partei auszutreten und sich mit uns wieder zu vereinigen[2]). Allein in Preußen wartet alles die bevorstehenden Landtagswahlen ab; da wird sich wohl manches klären.

In Bruchsal traf ich im Waggon mit dem bayerischen Justizminister Fäustle zusammen, meinem alten politischen Freunde, der aus Veranlassung der Einführung der Justizgesetze in der Pfalz gewesen war. Die Geschichte unseres Austrittes interessierte ihn sehr und er freute sich des letzteren; insbesondere sei

---

[1]) Da auch noch der Reichstagsabgeordnete Dr. Wehrenpfennig sein Mandat infolge der Krisis in der nationalliberalen Partei niederlegte, so war dieselbe im ganzen um 18 Mitglieder schwächer geworden. Vergl. die Artikel des „Schwäbischen Merkur" vom 15. und 16. Juli 1879.

[2]) Ein von Hölder am 17. Oktober 1879 im Saale der Stuttgarter Bürgergesellschaft erstatteter Rechenschaftsbericht findet sich abgedruckt im „Schwäbischen Merkur" vom 19. Oktober 1879 und in der „Schwäbischen Landeszeitung" vom 19. Oktober 1879. Über die Partei-Entwickelung nach Abschluß des Zolltarifs vergl. die „Post" 1879, Nr. 192 (Die Secession aus dem nationall iberalen Lager), 202 (Die nat.-lib. Partei darf dem Reichskanzler die Unterstützung nicht verweigern, wenn er sie braucht), 205 (Über die von der nat.-lib. Partei den Zollgesetzen gegenüber einzunehmende Haltung), 233 (Der Reichskanzler deckt durch seine machtvolle Persönlichkeit den reaktionären Angriff der klerikal-konservativen Mehrheit), 293 (Annäherung des Fürsten Bismarck an die Nationalliberalen), 301 (Stellung des Fürsten Bismarck zu den Parteien).

Digitized by Google

es ihm auch lieb wegen seines Freundes Völk. Die Bildung einer Fraktion, in der die preußischen Mitglieder nicht einwirken, hielt er für sehr angemessen. Ich stimmte ihm bei. Eine solche Fraktion würde auch einer über die Reichsverfassung und die praktische Notwendigkeit hinausgehenden Centralisierungssucht mit Erfolg entgegentreten können.

Fäustle wohnte seiner Zeit im Jahre 1869 einer vertraulichen Besprechung Nationalgesinnter in Heidelberg aus Veranlassung des dortigen Juristentages bei, die unter meinem Vorsitz den Eintritt in den Nordbund resp. die Mittel dazu berieth.

Mit dem formellen Abschluß der Zolltarifreform des Fürsten Bismarck schließen wir den zweiten Band dieses Werkes, das in einem folgenden dritten Bande bis zu Ende geführt werden wird.

Breslau, Eduard Trewendt's Buchdruckerei (Setzerinnenschule).

Digitized by Google

Denkwürdigkeiten

aus dem Leben des

General-Feldmarschalls Kriegsministers

Grafen Albrecht von Roon

Sammlung von Briefen, Schriftstücken und Erinnerungen

In 2 Bänden

Mit 2 Porträts und einem Faksimile

Geheftet 20 Mk.
In 2 Leinwandbänden 22 Mk. In 2 Halbfranzbänden 25 Mk.

Man darf dem ältesten Sohne des General-Feldmarschalls, Grafen Waldemar Roon, nur dankbar sein, daß er den überaus wertvollen Nachlaß seines Vaters in der zusammenfassenden und erweiterten Form eines Buches der Nation dauernd zugänglich gemacht hat, besonders da die Darstellung der Ereignisse vom Herausgeber in außerordentlich geschickter Weise verfaßt, das Material übersichtlich geordnet und mit erläuternden Bemerkungen versehen ist. — Politisch und militärisch zeigt sich die durchaus kompetente Hand, welche den Stoff völlig beherrscht.

Roon's „Denkwürdigkeiten" geben Roon's Briefwechsel mit seinen Freunden und seiner Frau und enthalten hochinteressante Aufklärungen und Berichte über das Leben Kaiser Wilhelms und das Werden und Wachsen des Reiches. — Die zahlreichen, in dem Buche abgedruckten Briefe Sr. Majestät geben nicht allein die rührendsten Beweise seines nie erschütterten Vertrauens, welches er

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

Digitized by Google

zwanzig Jahre lang — bis zu Roon's Tode — diesem in besonders hohem Maße zugewandt hat, sondern spiegeln auch in Verbindung mit den vielen Schreiben des Prinzen Friedrich Karl, des Fürsten Bismarck und andrer mehr, in der lebendigsten Weise die Menschen und die Dinge, die innersten Gedanken und Handlungen der leitenden Männer wieder.

Für den Deutschen, der sein Vaterland und sein Volk liebt, ist dies Buch nicht nur eine erquickliche und herzerfreuende Lektüre, sondern auch das interessanteste und für die Geschichte der Aufrichtung des Deutschen Reiches wichtigste Quellenwerk.

Der Inhalt ist in folgende Abschnitte geteilt:

I. Die Jugend. 1803—1828.
II. Pädagogisches, wissenschaftliches und militärisches Wirken. 1829—1848.
III. In wichtigen Dienststellen. 1848—1859.
IV. Schwere Kampfeszeiten. 1860—1866.
V. Sieges-Zeiten. 1866—1871.
VI. Neue staatsmännische Aufgaben. 1871—1873.
VII. Im Ruhestande. 1873—1879.

Beide Bände enthalten zwei Anhänge:

I. a) Genealogische Nachrichten über die niederländischen Geschlechter von Roon ꝛc.
b) Reisen mit Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Friedrich Karl.
II. a) Gehört der Kriegsminister in das Hauptquartier der vom Monarchen befehligten Feldarmeen?
b) Näheres über die letzten Lebenstage und den Tod, aufgezeichnet von der im Jahre 1885 verstorbenen Gemahlin des Grafen Roon.

Bildnisse des Premier-Lieutenants Albrecht von Roon aus 1835 und des Kriegsministers Grafen von Roon aus 1871, beide in Kupferdruck, zieren das Buch; auch wird den Lesern das Faksimile des Begleitschreibens zu dem Militär-Reorganisations-Entwurf aus Kolberg vom 18. Juli 1858 eine interessante Beigabe sein.

Digitized by Google

Date Due

RES Jun 8 '55			
RES Jun 8 '55			
RET'D MAY 2 1955			
CHG'D FEB 7 1963			
RET'D MAR 13 1963			

Library Bureau Cat. No. 1137

Digitized by Google

DD218.3
.P8
v.2

Digitized by Google